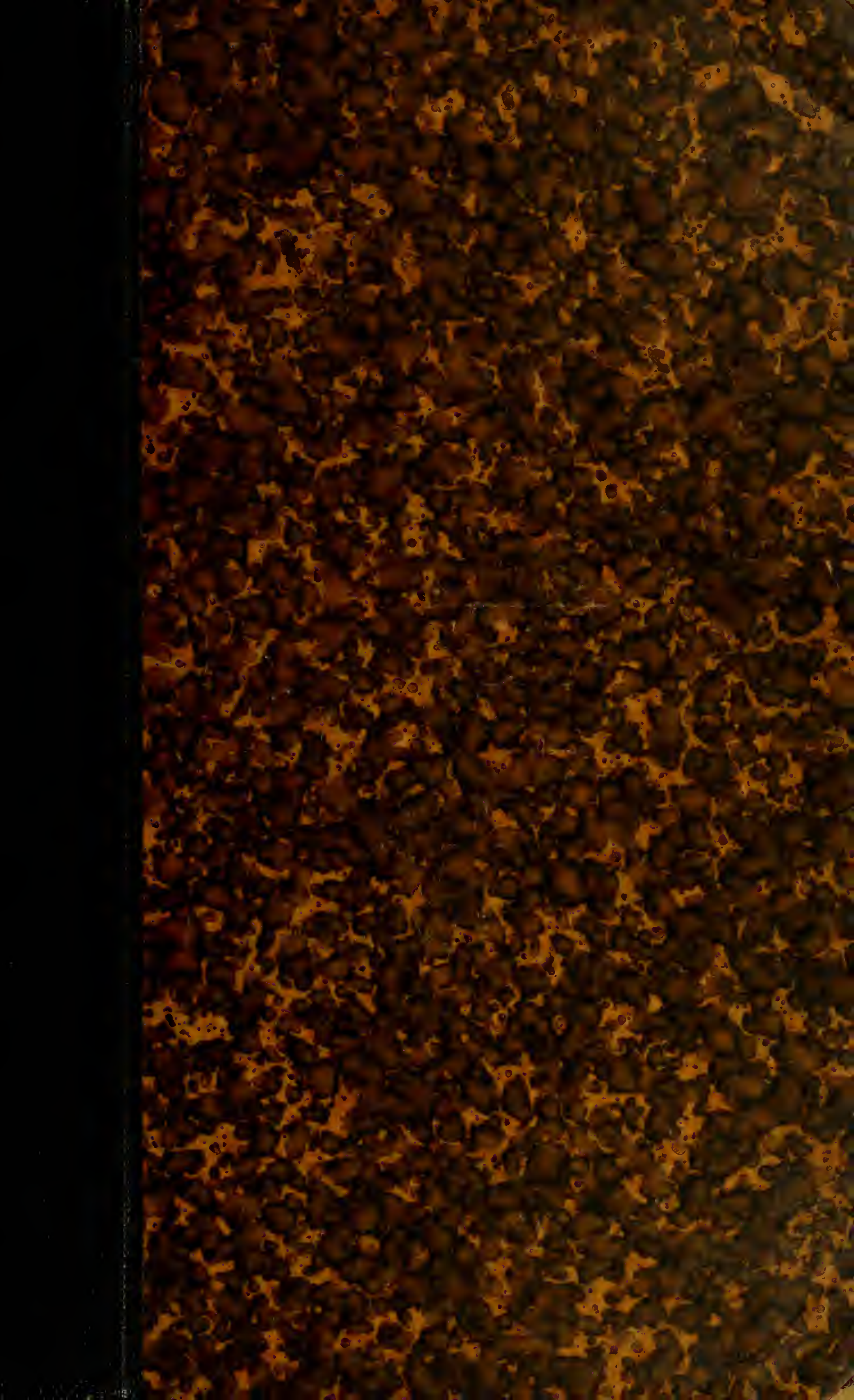
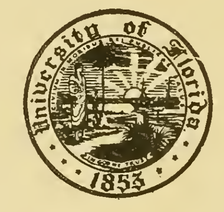





University of Florida
1853



Das Staatsarchiv.

Sammlung

der officiellen Actenstücke

zur

Geschichte der Gegenwart.

Begründet

von

Aegidi und **Klauhold.**

Herausgegeben

von

Ernst Delbrück.

Vierundvierzigster Band.





Leipzig,
Verlag von Duncker & Humblot.
1885.

I. Inhaltsverzeichniss,

nach den Gegenständen alphabetisch geordnet.

*) Unter dieser Rubrik sind nur die Verhandlungen, welche eine allgemeine Regelung der deutsch-englischen Differenzen im Auge haben, aufgeführt. Die Verhandlungen, welche die einzelnen Kolonien speciell betreffen, s. unter den entsprechenden Ländernamen.

Handelspolitik. (S. auch Bündnisse, Conventionen etc.)

Kamerun. (Vergl. Bd. XLIII: Togogebiet und Biafra-Bai.)

Samoa- und Tonga-Inseln. (Vergl. auch Neu-Guinea und Bd. XLIII: Deutsche Interessen in der Südsee.)

II. Inhaltsverzeichniss,

nach den Ursprungsländern der Actenstücke alphabetisch geordnet.



Thronreden, Adressen etc.

Nr. 8350. PREUSSEN. — Thronrede bei Eröffnung des Landtages verlesen vom Vicepräsidenten des Staatsministeriums von Puttkamer am 20. September 1883.

Nr. 8350. Preussen. 20. Sept. 1883.

Erlauchte, edle und geehrte Herren von beiden Häusern des Landtages!

Seine Majestät der Kaiser und König haben mich mit der Eröffnung des Landtages der Monarchie zu beauftragen geruhet.

Die Finanzlage des Staates hat sich günstiger gestaltet.

Das letzte abgeschlossene Rechnungsjahr hat, dank den erfreulichen Ergebnissen der Staatseisenbahn-Verwaltung, einen verfügbaren Ueberschuss von erheblichem Betrage hinterlassen. Das laufende Jahr zeigt ungeachtet des nur theilweise befriedigenden Ausfalls der Ernte keinen Rückgang in der bisherigen allmäligen Besserung der Verhältnisse und lässt auf wachsende Erträgnisse der meisten eigenen Einnahmequellen des Staates auch für das nächste Jahr hoffen.

Der Staatshaushalts-Etat für 1884/85, der Ihnen alsbald vorgelegt werden wird, hat sich unter diesen Umständen, und da wir nach dem bereits festgestellten Reichshaushalts-Etat einen wesentlich geringeren Matrikular-Beitrag zu entrichten und wiederum höhere Herauszahlungen aus dem Ertrage der Zölle und der Tabaksteuer zu erwarten haben, bei strenger Prüfung und Beschränkung jedes neuen oder vermehrten Ausgabebedarfs so aufstellen lassen, dass die Einnahmen und Ausgaben ohne eine ergänzende Inanspruchnahme des Staatskredits das Gleichgewicht halten.

Hierin kann indessen selbst nur dafür, dass bei weiterem Verzicht auf die Befriedigung vieler an sich anzuerkennenden Bedürfnisse die Etats der folgenden Jahre sich ebenso gestalten lassen werden, ein genügender Anhalt nicht schon gefunden werden. Dagegen ist es gewiss, dass das seit Jahren hervorgetretene und von der Staatsregierung geltend gemachte Missverhältniss zwischen den Mitteln des Staates und den Aufgaben, die ihm namentlich aus dem immer härter empfundenen Drucke der Kommunal- und Schullasten und aus der Unzulänglichkeit der Beamtenbesoldungen erwachsen, unvermindert fortbesteht.

Nr. 8350. Preussen. 0.Sept.1883.

Die in dieser Richtung Ihnen bereits angekündigten speziellen Gesetzentwürfe sind inzwischen vorbereitet und zum Theil auch soweit gefördert worden, dass Ihnen entsprechende Vorlagen werden gemacht werden können. Soweit es an der Hand derselben gelingt, jene Bedürfnisse des Landes, welche über die, Preussen allein zur Verfügung gebliebenen Mittel hinausgehen, zu förmlicher Anerkennung zu bringen und im Einverständnisse mit Ihnen gesetzlich festzustellen, wird auch die Mitwirkung des Reichstages zur endlichen Eröffnung der nothwendigen neuen Hülfsquellen auf dem Gebiete der indirekten Steuern, zu welchen die verbündeten Regierungen ihre einmüthige Bereitwilligkeit bereits wiederholt ausgesprochen haben, nicht dauernd vergeblich in Anspruch genommen werden. Darauf rechnet die Staatsregierung mit derjenigen Zuversicht, mit welcher sie von Anfang an jene grossen Ziele nur hat ins Auge fassen können und ohne welche sie auf deren weitere Verfolgung zu ihrem tiefen Bedauern würde verzichten müssen.

Die zur besonderen Freude Seiner Majestät in der letzten Session von Ihnen angenommene Befreiung wenigstens der zu den beiden untersten Stufen der Klassensteuer eingeschätzten Bevölkerung von dem Drucke dieser Steuer und der Heimsuchung mit Steuerexekution kann nach übereinstimmender Auffassung der Staatsregierung und des Landtages nicht als Abschluss einer Reform der direkten persönlichen Staatssteuern gelten, sondern nur als der erste dringlichste Schritt zu einer solchen.

Dem unveränderten Königlichen Willen folgend, der auf baldige weitergehende Befreiungen der nur geringes Einkommen habenden Bevölkerungsklassen gerichtet ist, und zugleich den bei den Verhandlungen des Landtages in weitgehender Uebereinstimmung geäusserten Ansichten über die sonstigen steuerpolitischen Ziele gern entgegenkommend, hat die Staatsregierung sich die Ausarbeitung eines weiteren Gesetzentwurfs zur Umgestaltung der direkten persönlichen Steuern und Einführung einer Kapitalrentensteuer angelegen sein lassen, der Ihnen binnen kurzem unterbreitet werden wird.

Mit der Ueberführung der meisten grösseren Privat-Eisenbahn-Unternehmungen in die Hände des Staates und der gleichzeitigen Erweiterung des Staatseisenbahnnetzes durch Herstellung neuer wichtiger Schienenverbindungen ist das Staatseisenbahn-System in dem grössten Theil der Monarchie mit steigendem Erfolge zur Durchführung gelangt. Um die bedeutungsvolle Reform zum weiteren Abschluss zu fördern und die Vortheile derselben auch denjenigen Landestheilen zuzuwenden, welche der Staatsbahnen bisher zum Theil noch gänzlich entbehrten, wird Ihnen die Staatsregierung den Erwerb einer weiteren Reihe wichtiger Privateisenbahnen in Vorschlag bringen.

Die mit den Gesellschaften vereinbarten Verträge bieten wiederum zugleich die Mittel für eine der Landeswohlfart dienende Erweiterung und Vervollständigung des Staatseisenbahnnetzes in den verschiedensten Theilen des Landes; über die Verwendung dieser Mittel wird Ihnen eine Vorlage zugehen.

Von der angelegentlichen und unverminderten Fürsorge, welche die Staats-

regierung der Entwickelung der natürlichen wie der künstlichen Wasserstrassen zuwendet, wird auch der Entwurf des Staatshaushalts-Etats Zeugniss ablegen.

Nachdem, dank ihrer Zustimmung, die Organisation der Verwaltung die dem Bedürfnisse des Landes entsprechende einfachere und übersichtlichere Einrichtung erfahren hat, ist es an der Zeit, der weiteren Ausdehnung des Reformwerkes näher zu treten. Zu dem Ende werden Ihnen zunächst die Entwürfe einer Kreis- und Provinzial-Ordnung für die Provinz Hannover vorgelegt werden, da die hiervon abhängige Einfügung dieses Landestheiles in den Behördenorganismus der Gesammtmonarchie als eine der dringlichsten Aufgaben unserer inneren Politik zu bezeichnen ist.

Der Entwurf einer für die ganze Monarchie bestimmten Jagdordnung, welcher den Mängeln der bestehenden Jagdpolizeigesetze Abhülfe verschaffen soll, wird Ihnen im Laufe Ihrer Berathungen zugehen.

Meine Herren! Indem ich Sie am Eingange einer neuen Session im Namen Seiner Majestät begrüsse, lade ich Sie dazu ein, Ihre Arbeiten unter dem Schutze gesicherter, friedlicher Verhältnisse wieder aufzunehmen und in einträchtigem Zusammenwirken mit der Staatsregierung einem gedeihlichen Ziele entgegenzuführen.

Im Auftrage Sr. Majestät des Kaisers und Königs erkläre ich den Landtag der Monarchie für geöffnet.

Nr. 8351. GROSSBRITANNIEN. — Thronrede bei Eröffnung des Parlaments verlesen vom Lord-Kanzler.

Nr. 8351. Grossbritannien. 5. Febr. 1884.

My Lords and Gentlemen, — I have called you together for the fifth session of this Parliament, that you may again addres yourselves to the discharge of your arduous and evergrowing duties. || I continue to hold friendly and harmonious relations with all foreign Powers. || My communications with the President of the French Republic, arising out of special incidents in Madagascar*), have closed, as I had anticipated, in a manner such as tends to confirm the cordial understanding between the two countries. || I have likewise, in conjunction with the President, appointed a Commission, which is now sitting in Paris, to discuss a basis of arrangement, which I had proposed, for the future regulation of the Newfoundland fisheries and the avoidance of disputes. || An agreement has been arrived at with Portugal respecting the River Congo**) and the adjacent territories. This agreement will be presented to you forthwith. || Arrangements are in progress for the resumption of diplomatic relations with Mexico, and Special Envoys have been despatched by each Government to promote that end. || Negotiations for a Treaty of

---

*) Siehe Staatsarchiv Bd. XLIII. Nr. 8213—8217.
**) S. Bd. XLIII. Nr. 8194.

Nr. 8351. Gross-britannien. 5. Febr. 1884.

Commerce with Turkey have commenced; an agreement on commercial arrangements with Spain has been signed, which awaits the sanction of the Cortes; a revision of the Commercial Treaty with Japan, on a basis generally agreed to by the Treaty Powers, is nearly completed; and a Treaty of Commerce and Friendship has likewise been signed with Corea. || Having had every reason to be satisfied with the tranquillity of Egypt and with the progress made in the establishment of orderly institutions, I gave, during the autumn, instructions for the evacuation of Cairo, for the further reduction of my military forces, and for their concentration mainly in Alexandria. || But in the month of November the Egyptian army, appointed to maintain the rule of the Khedive in the Soudan, was defeated and broken up with heavy loss. || Upon the occurrence of this defeat, I deemed it wise to recall the order I had given, as a precaution against the possible effects of the military reverse in Egypt itself, and to preclude all doubt as to the certain maintenance of its tranquillity. || While an unforeseen and calamitous necessity has thus required me to suspend the measure I had adopted, the aim of my occupation, which has been explained to you at former times, continues without change. || I have offered to the Egyptian Government such counsels as appeared to be required by a prudent regard to the amount of its resources, and to the social condition of the country. I have also despatched Major-General Gordon to report on the best means of giving effect to the resolution of the Khedive to withdraw from the interior of the Soudan, and have permitted him to act in the execution of the measure. || Papers relating to this and to several of the foregoing subjects will be presented to you. || I have directed communications to be held with the Delegates whom the Government of the Transvaal has sent to this country for the purpose of urging a reconsideration of the Convention of Pretoria. || In this interchange of views attention has been principally turned to the question, always one of difficulty in South Africa, how best to make provision for the maintenance of order and the prevention of oppression on the frontier. || Nothing has occurred to discourage the expectation, that these communications may be brought to a favourable issue. || Papers will be presented to you on the subject in due course, and likewise with respect to the condition of Zululand, which continues to be unsettled, as well as to the resumption of direct Imperial authority in Basutoland, which is in immediate contemplation.

Gentlemen of the House of Commons, — The Estimate sof charge for the public services during the year 1884—85 have been prepared, and will speedily be laid before you. || I anticipate, that the Revenue of the current year will not fall short of the expectations upon which you founded your financial arrangements.

My Lords and Gentlemen, — The condition of Ireland continues to exhibit those features of substantial improvement which I described on the two occasions when I last addressed you. || A measure will at once be presented to you which

will have for its principal object the enlargement of the occupation franchise in Parliamentary elections throughout the United Kingdom. The experience, gained during half a century by the progressive admission of augmented numbers to a share in our representative system, happily warrants the belief that again, as heretofore, the result of a judicious extension of the franchise will be a still closer attachment of the nation to the Throne, the law and the institutions of the country. || I anticipate a like effect from the extension and the reform of local government. || This comprehensive subject embraces all that relates locally to the greater efficiency of administration, to the alleviation of burdens by improved arrangements, and to the enlargement of the powers of ratepayers through the representative system, including among them the regulation of the traffic in intoxicating liquors. || A plan will be laid before you for the extension of municipal government to the whole metropolis. || The preparation under this head, however, which has been made by my directions, has not been limited to London; but the actual presentation of further Bills of the same class must depend upon the progress you may be enabled to make with the weighty business which has been already set forth. || Other public wants have not been neglected; and you will be invited to consider Bills relating to the security of life and property at sea, to the Railway Commission and its powers, and to the repression of corrupt practices at municipal elections. || Measures will likewise be laid before you for the better administration of Scottish business, for the promotion of education and for the closing of public houses on Sunday, in Ireland, and also for the improvement of intermediate education in Wales. || I humbly commend your efforts in the matters I have named to you, and in all other particulars, to the blessing of Almighty God.

Nr. 8351. Grossbritannien. 5. Febr. 1884.

Nr. 8352. DEUTSCHLAND. — Thronrede bei Eröffnung des Reichstages verlesen vom Staatssekretär von Bötticher am 6. März 1884.

Geehrte Herren!

Se. Majestät der Kaiser haben mich zu beauftragen geruht, Sie bei dem Beginn Ihrer Berathungen willkommen zu heissen.

Nr. 8352. Deutschland. 6. März 1884.

Die bedeutsame Aufgabe des Reichstages liegt auch für die bevorstehende Session auf dem Gebiete der social-politischen Gesetzgebung. Der zu wiederholten Malen feierlich und mit besonderem Nachdruck ausgesprochene Wunsch Seiner Majestät des Kaisers, die wirthschaftliche und soziale Lage der Arbeiter durch organische Gesetze zu heben und dadurch den Frieden unter den Bevölkerungsklassen zu fördern, hat im deutschen Volke volles Verständniss gefunden. Die Verhandlungen über das im vergangenen Jahre — dank Ihrer hingebenden Mitarbeit — zu stande gekommene Krankenversicherungsgesetz

Nr. 8352. Deutschland. 6. März 1884.

haben den erfreulichen Beweis geliefert, dass der Reichstag sich mit den verbündeten Regierungen in dem Bewusstsein der Bedeutung und Dringlichkeit der erstrebten sozialen Reformen begegnet.

Der nächste Schritt auf diesem Gebiete besteht in der endlichen gesetzlichen Regelung der Fürsorge für die durch Betriebsunfälle verunglückten Arbeiter und deren Hinterbliebene. Nachdem auch der im Frühjahr 1882 Ihnen vorgelegte Entwurf eines Unfallversicherungsgesetzes zum legislatorischen Abschluss nicht gelangt war, ist derselbe unter Berücksichtigung der aus dem bisherigen Entwickelungsgange geschöpften Erfahrungen nochmals einer sorgfältigen Prüfung unterzogen worden. Dieselbe hat zu dem Plane einer anderweiten Ausgestaltung der in Aussicht genommenen berufsgenossenschaftlichen Organisation der gewerblichen Unternehmer auf der Grundlage ausgedehnter Selbstverwaltung, sowie einer erweiterten Betheiligung der Arbeiter behufs Wahrung ihrer Interessen geführt. Die auf diese Grundlagen gestellte neue Vorlage wird Ihnen unverzüglich zugehen. Für die Erledigung derselben hat der Reichstag durch die frühzeitige Berathung des Reichshaushalts-Etats für 1884/85 die erwünschte geschäftliche Freiheit gewonnen.

Nach dem Zustandekommen des Unfallversicherungsgesetzes wird es unsere Aufgabe sein, auf entsprechender organisatorischer Grundlage eine befriedigende Ordnung der Fürsorge für die durch Alter oder Invalidität erwerbsunfähig werdenden Arbeiter anzustreben.

Die Erfüllung dieser Pflicht gegen die arbeitende Bevölkerung soll in dieser die Segnungen der friedlichen Entwickelung des geeinten Vaterlandes zum vollen Bewusstsein bringen, damit den auf den Umsturz göttlicher und menschlicher Ordnung gerichteten Bestrebungen revolutionärer Elemente der Boden entzogen und die Beseitigung der erlassenen Ausnahmemaassregeln angebahnt werde. Die verbündeten Regierungen werden ihrerseits bemüht sein, auf diesem Wege den Erwartungen und Zusagen zu entsprechen, welche die Vorbereitung und den Erlass des Gesetzes vom 21. Oktober 1878 begleiteten. In der Hoffnung auf Ihre erfolgreiche Mitwirkung an diesem Werke werden die verbündeten Regierungen Ihre Zustimmung zu einer Verlängerung jenes Gesetzes, dessen Geltung mit dem 30. September d. J. abläuft, nachsuchen.

Durch das Krankenversicherungsgesetz werden einige Abänderungen des Hülfskassengesetzes vom 7. April 1876 bedingt. Es wird Ihnen daher der Entwurf einer Novelle zu diesem Gesetze vorgelegt werden.

Die bei der Gründung und Verwaltung von Aktiengesellschaften hervorgetretenen Ausschreitungen und die dadurch herbeigeführten Schädigungen des Volkswohlstandes haben das Vertrauen in die bestehende Aktiengesetzgebung erschüttert. Nach der in der Sitzung des Reichstages vom 27. März 1873 gegebenen Anregung ist die Erkenntniss von der Nothwendigkeit einer Abänderung des Gesetzes vom 11. Juni 1870 in weiten Kreisen zur Anerkennung gelangt. Der infolge dessen aufgestellte Gesetzentwurf, welcher Ihrer verfassungsmässigen Beschlussfassung unterbreitet werden wird, bezweckt die Abstellung

der hervorgetretenen Missstände und nimmt zu diesem Ende insbesondere die Verschärfung der Verantwortlichkeit aller bei der Gründung, Leitung und Beaufsichtigung von Aktienunternehmungen betheiligten Personen, sowie die Herbeiführung einer wirksamen Kontrole über die Verwaltung der Aktiengesellschaften in Aussicht.

Die im Jahre 1882 dem Reichstage vorgelegten Gesetzentwürfe, welche die Zuwendung der durch das Gesetz vom 20. April 1881 den Wittwen und Waisen der Reichsbeamten gewährten Fürsorge auch an die Hinterbliebenen von Angehörigen des Reichsheeres und der Marine, sowie im Anschlusse an das in Preussen geltende Pensionsrecht eine Verbesserung des Pensionswesens für Reichsbeamte und Offiziere in Aussicht nahmen, sind damals zur Verabschiedung nicht gelangt. Die Verhältnisse, welche zu diesen Entwürfen geführt haben, bestehen unverändert fort, und wird der Inhalt derselben Ihren Beschlüssen von neuem unterbreitet werden.

Unter dem fortgesetzten Bemühen, den Erzeugnissen unserer Literatur und des heimischen Kunstfleisses auch ausserhalb der Grenzen des Reiches in immer weiterem Umfange eine durch Rechtsschutz gesicherte Verbreitung zu gewährleisten, sind mit Belgien zwei Verträge über den gegenseitigen Schutz der Rechte an Werken der Literatur und Kunst sowie über den gegenseitigen Schutz der gewerblichen Muster und Modelle vereinbart worden. Dieselben werden Ihnen zur verfassungsmässigen Genehmigung zugestellt werden.

Die Beziehungen des Reiches zum Auslande bilden für Seine Majestät den Kaiser einen Anlass hoher Befriedigung, besonders im Rückblick auf alle Befürchtungen und Vorhersagungen, welche nach der Neubildung des deutschen Reiches den friedliebenden Charakter seiner Politik in Zweifel gestellt haben. Die Gleichheit der friedliebenden Gesinnung, welche die uns benachbarten und befreundeten Mächte beseelt, begründet zwischen ihnen und uns eine Solidarität, welche die Erhaltung des Friedens nicht nur für Deutschland nach menschlicher Voraussicht als gesichert erscheinen lässt. Die Befestigung der ererbten Freundschaft, welche Deutschland und seine Fürsten mit den benachbarten Kaiserhöfen verbindet, und die Aufnahme, welche Seine Kaiserliche und Königliche Hoheit der Kronprinz in Vertretung Seiner Majestät des Kaisers in Italien und Spanien gefunden hat, beweisen, dass dem Ansehen der deutschen Nation im Auslande das Vertrauen der Fürsten und der Völker auf unsere Politik zur Seite steht. Seine Majestät der Kaiser rechnet darauf, Sich dieses Vertrauen und Deutschland den Frieden mit Gottes Hülfe zu erhalten.

Nr. 8353. GROSSBRITANNIEN. — Thronrede bei Eröffnung des Parlaments am 23. Oktober 1884.

Nr. 8353. Gross-britannien. 23. Okt. 1884.

My Lords and Gentlemen, — I have brought you together after a recess unusually short, in order that you may be enabled at once to give your further consideration to the great subject of the representation of the people in Parliament. || I continue to maintain relations of amity with all foreign Powers. || The information received from the Soudan includes painful uncertainties; but the energy, courage and resource, conspicuously displayed by General Gordon in the successful defence of Khartoum, deserve my warm recognition. || The advance of my troops to Dongola has for its object the rescue and security of that gallant officer and of those who have so faithfully co-operated with him. || In Egypt itself I am using my best endeavours to promote further improvement; and I have given my support to the Egyptian Government in the difficult financial position in which it has been left through the failure of the recent Conference. || I have to regret, that circumstances have occurred on the south-western frontier of the Transvaal which demand my vigilant attention. In conjunction with the Government of the Cape Colony I am engaged in considering the means which may be required to secure the faithful observance of the Convention of the present year. || Papers on this subject will be presented to you at an early date.

Gentlemen of the House of Commons, — The operations in the Soudan will render it necessary to ask from you a further pecuniary provision.

My Lords and Gentlemen, — The bill for the extension of the parliamentary franchise will at once be introduced. || In conclusion, I humbly and most anxiously trust, that the blessing of Almighty God may attend upon your labours.

Nr. 8354. DEUTSCHLAND. — Thronrede des Kaisers bei Eröffnung des Reichstages am 20. November 1884.

Geehrte Herren!

Nr. 8354. Deutschland. 20. Nov. 1884.

Ich freue Mich, dass es Mir vergönnt ist, Sie Selbst zu begrüssen, und heisse Sie im Namen der verbündeten Regierungen willkommen.

Es gereicht Mir zu besonderer Genugthuung, dass die Wünsche, welche Ich in Meiner Botschaft vom 17. November 1881 *) an dieser Stelle kundgegeben, seitdem auf dem Wege zu ihrer Erfüllung wesentlich Fortschritte gemacht haben; Ich entnehme daraus am Abend Meines Lebens die Zuversicht, dass der stufenweise Ausbau der begonnenen Reform schliesslich gelingen und für den innern Frieden im Reiche die Bürgschaften herstellen werde, welche nach menschlicher Unvollkommenheit erreichbar sind.

Unsere nächsten Schritte in dieser Richtung werden in der Ausdehnung

*) S. Staatsarchiv Bd. XL Nr. 7640.

der Unfallversicherung auf die Arbeiter der Landwirthschaft und des Transportwesens und in der Erweiterung der Sparkasseneinrichtungen bestehen, wofür die Vorlagen Ihnen zugehen werden.

Der Entwurf des Reichshaushaltsetats für das nächste Rechnungsjahr wird Ihnen unverweilt vorgelegt werden. Die Fortentwickelung der Einrichtungen des Reiches bedingt naturgemäss ein Anwachsen seiner Ausgaben. Sie werden hierin mit Mir eine Mahnung erkennen, neue Einnahmequellen für das Reich zu erschliessen. Der Versuch, der Rübenzuckersteuer im Wege der Reform höhere Reinerträge abzugewinnen, wird für jetzt durch die Nothlage der betheiligten Industrie und der in Mitleidenschaft stehenden Landwirthschaft erschwert.

Die Herstellung des einheitlichen Zoll- und Handelsgebietes im Reich ist durch Verständigung mit der freien Hansestadt Bremen vorbereitet, und wird die Bewilligung eines Betrages Ihnen zur Beschlussnahme vorgelegt werden.

Im Anschluss an den revidirten Gesetzentwurf wegen Subventionirung unserer Dampfschifffahrt werden Ihnen Mittheilungen über die unter den Schutz des Reiches gestellten überseeischen Ansiedelungen und die darüber gepflogenen auswärtigen Verhandlungen zugehen. Wenn diese Anfänge kolonialer Bestrebungen nicht alle Erwartungen, die sich daran knüpfen, erfüllen können, so werden sie doch dazu beitragen, durch Entwickelung der Handelsverbindungen und durch Belebung des Unternehmungsgeistes die Ausfuhr unserer Erzeugnisse dergestalt zu fördern, dass unsere Industrie zu lohnender Beschäftigung ihrer Arbeiter befähigt bleibt.

Im Einverständniss mit der französischen Regierung habe Ich Vertreter der meisten seefahrenden Nationen hierher eingeladen, um über die Mittel zu berathen, durch welche der Handel mit Afrika gefördert und vor Störungen durch internationale Reibungen gesichert werden kann. Die Bereitwilligkeit der betheiligten Regierungen, Meiner Einladung zu entsprechen, ist ein Beweis der freundschaftlichen Gesinnung und des Vertrauens, von welchem alle Staaten des Auslandes dem deutschen Reiche gegenüber erfüllt sind. Diesem Wohlwollen liegt die Anerkennung der Thatsache zu Grunde, dass die kriegerischen Erfolge, die Gott uns verliehen hat, uns nicht verleiten, das Glück der Völker auf anderem Wege als durch Pflege des Friedens und seiner Wohlthaten zu suchen. Ich freue Mich dieser Anerkennung und insbesondere darüber, dass die Freundschaft mit den, durch die Tradition der Väter, durch die Verwandtschaft der regierenden Häuser und durch die Nachbarschaft der Länder Mir besonders nahestehenden Monarchen von Oesterreich und Russland durch Unsere Begegnung in Skierniewice der Art hat besiegelt werden können, dass Ich ihre ungestörte Dauer für lange Zeit gesichert halten darf. Ich danke dem allmächtigen Gott für diese Gewissheit und für die darin beruhende starke Bürgschaft des Friedens.

Nr. 8355. PREUSSEN. — Thronrede bei Eröffnung des Landtages verlesen vom Vicepräsidenten des Staatsministeriums von Puttkamer am 15. Januar 1885.

Nr. 8355. Preussen. 15. Jan. 1885.

Erlauchte, edle und geehrte Herren von beiden Häusern des Landtages! Seine Majestät der Kaiser und König haben mich mit der Eröffnung des Landtages der Monarchie zu beauftragen geruht.

Die Finanzlage des Staates ist an sich eine befriedigende. Das letzte abgeschlossene Rechnungsjahr hat bei fast allen wichtigeren Einnahmezweigen namentlich auch wiederum bei der Verwaltung der Staatseisenbahnen günstige Resultate und insgesammt einen Ueberschuss von mehr als 20 Millionen Mark ergeben, welcher gemäss den gesetzlichen Bestimmungen über die Verwendung der Jahresüberschüsse der Eisenbahnverwaltung bis auf einen geringen verfügbar gebliebenen Betrag zur Tilgung der Staatseisenbahn-Kapitalschuld zu verwenden gewesen ist. Auch das laufende Jahr lässt nach den bisherigen Wahrnehmungen einen günstigen Abschluss hoffen und einen zu gleicher Verwendung kommenden Verwaltungsüberschuss erwarten. Dem entsprechend sind die Einnahmen für das nächste Jahr erfreulicher Weise wiederum in dem Masse höher zu veranschlagen, dass sie zur vollen Deckung des in der bisherigen Weise streng geprüften, aber nirgends unwirthschaftlich beschränkten Ausgabebedarfs hinreichen würden, wenn dem letzteren nicht eine Erhöhung des Matrikularbeitrags für das Reich um mehr als 24 Millionen Mark hinzuträte.

Schon seit längerer Zeit weist eine Reihe grosser und anders als mit neuen Einnahmen vom Reich nicht zu befriedigender Bedürfnisse, namentlich die dringend wünschenswerthe Erleichterung des Druckes der Kommunal- und Schullasten, wie die Verbesserung der Beamtenbesoldungen, auf die Nothwendigkeit der Eröffnung neuer Einnahmequellen des Reiches hin. Der inzwischen hervorgetretene eigene Mehrbedarf des Reiches giebt eine neue Mahnung hierzu, welche, so hofft die Staatsregierung, bald allseitig beachtet werden und in naher Zeit wieder zu einer Ermässigung unseres Matrikularbeitrages auf die für das laufende Jahr festgestellte Summe führen wird. Inzwischen muss von der höheren Bedarfssumme ausgegangen werden und, wenn auch ein Theil derselben noch in den ordentlichen Einnahmen des Staates Deckung finden kann, doch in der Hauptsache zur Deckung derselben eine ausserordentliche Einnahme in Aussicht genommen werden.

Die demgemäss aufgestellten Entwürfe des Staatshaushaltsetats für das nächste Jahr und eines Gesetzes wegen Aufnahme einer Anleihe zur entsprechenden Ergänzung der nächstjährigen Einnahmen des Staates werden Ihnen alsbald zugehen.

Der durch die Gesetzgebung des Reiches herbeigeführte Aufschwung der Gewerbthätigkeit macht sich in einer allmälig fortschreitenden Entwickelung des Volkswohlstandes bemerkbar. Nur die landwirthschaftliche Bevölkerung

entbehrt bisher des ihr gebührenden Antheils an den Wohlthaten dieser Entwickelung.

Trotz der im Ganzen gesegneten Ernte lastet ein Druck auf der Landwirthschaft. Gegenüber den gestiegenen Produktionskosten und den erhöhten öffentlichen Lasten, welche auf diesem wichtigsten Erwerbszweige ruhen, ist eine denselben entsprechende Steigerung der Preise der hauptsächlichsten Erzeugnisse nicht eingetreten; dieselben stehen vielmehr niedriger wie seit vielen Jahren. Der Absatz im Bereiche der landwirthschaftlichen technischen Nebengewerbe stockt, und es sind die Preise für Zucker und Spiritus auf ein Niveau herabgesunken, welches den Betrieb nicht nur nicht mehr lohnend, sondern verlustbringend macht. Es wird ein Gegenstand unausgesetzter Fürsorge der Regierung Seiner Majestät sein, soviel an ihr ist, die Ursachen dieser schweren Krisis aufzuklären und durch ihre Maassnahmen nach Möglichkeit Abhülfe zu erstreben.

Die in der letzten Session nicht erledigten Gesetzentwürfe zur Umgestaltung der direkten persönlichen Steuern und Einführung einer Kapitalrentensteuer sind unter sorgfältiger Prüfung der bei ihrer Vorberathung im Landtage hervorgetretenen Bedenken und Abänderungsvorschläge zum Theil anderweit redigirt worden und werden Ihnen von neuem vorgelegt werden mit dem Wunsche und der Hoffnung, dass die damit vor allem beabsichtigten baldigen weiteren Befreiungen der wenig begüterten Bevölkerungsklassen von dem Drucke der direkten Steuer nicht minder wie die sonstigen steuerpolitischen Ziele derselben nunmehr erreicht werden mögen.

Behufs erhöhter Nutzbarkeit des mit gedeihlichem Erfolge durchgeführten Staatseisenbahn-Systems hat die Regierung auf den Erwerb einiger weiteren Privateisenbahnen für den Staat Bedacht genommen, als das zweckmässigste Mittel zur Lösung der Schwierigkeiten, welche die besonderen Verhältnisse der betreffenden Gesellschaften zum Staate der wünschenswerthen Vereinfachung der Verwaltung entgegenstellen. Die vereinbarten Verträge werden Ihnen vorgelegt und wegen Verwendung der durch den Abschluss derselben bereitstehenden Mittel für die Ausführung von Meliorationsbahnen Vorschläge gemacht werden.

Die Verbesserung der vaterländischen Wasserstrassen schreitet erfolgreich fort und wird in planmässiger Weise ihrem Abschlussse entgegengeführt.

Nachdem in der vorigen Session des Landtages unter Ihrer Mitwirkung für die Provinz Hannover eine Kreis- und eine Provinzialordnung auf der Grundlage der neuen Verwaltungsgesetzgebung zu Stande gekommen und damit der erste Schritt zur Uebertragung der letzteren auf die Provinzen, in denen sie noch fehlen, geschehen ist, erscheint die weitere Durchführung der Reform der inneren Verwaltung als eine wichtige gesetzgeberische Aufgabe. Von denjenigen Provinzen, welche hier in Frage kommen, ist die Provinz Hessen-Nassau wegen der Verschiedenheit ihrer kommunalen und Verwaltungs-Einrichtungen sowohl in der Provinz selbst, wie auch gegenüber den übrigen

Nr. 8355. Preussen. 15. Jan. 1885.

Theilen der Monarchie einer Reorganisation am dringendsten bedürftig. Es werden Ihnen daher, um dieselbe herbeizuführen, Entwürfe einer neuen Kreis- und Provinzialordnung für diese Provinz vorgelegt werden.

Es werden Ihnen ferner Gesetzentwürfe zugehen, durch welche die bewährten Grundsätze der altpreussischen Gesetzgebung über die wirthschaftliche Zusammenlegung der in vermengter Lage befindlichen Grundstücke auf das Geltungsgebiet des rheinischen Rechts und auf die hohenzollernschen Lande unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse dieser Landestheile ausgedehnt werden sollen.

Meine Herren! Indem ich Sie im Namen Seiner Majestät begrüsse, lade ich Sie ein, Ihre Arbeiten wieder aufzunehmen, und gebe mich Namens der Staatsregierung der Hoffnung hin, dass es gelingen wird, die gewichtigen Aufgaben dieser neuen Session nnter Ihrer patriotischen Mitwirkung einer gedeihlichen Erledigung entgegenzuführen.

Im Auftrage Seiner Majestät des Kaisers und Königs erkläre ich den Landtag der Monarchie für eröffnet.

Deutsche Land-Reklamationen auf Fidji*).

Nr. 8356. DEUTSCHLAND. — Konsul in Sydney an den Reichskanzler. — Annexion der Fidji-Inseln durch England.

(Auszug.) Sydney, den 31. Oktober 1874.

Nr. 8356. Deutschland. 31. Okt. 1884.

Euerer Durchlaucht beehre ich mich die Anzeige zu machen, dass ich am 25. d. M. von Fidji wieder in Sydney eingetroffen bin. || Seine Excellenz Sir Hercules Robinson, der Gouverneur der Kolonie von Neu-Süd-Wales, von der englischen Regierung speziell dazu deputirt, hat die Uebernahme der Fidji-Inseln ohne Bedingungen („unconditional Cession") angetreten. Am 10. Oktober wurden dieselben unter üblicher Salutirung der Flagge der englischen Krone einverleibt. || Wie ich in verschiedenen früheren Berichten erwähnte, ist bedeutendes deutsches Kapital auf diesen Inseln angelegt. Dieselben verdanken ihren Fortschritt und ihr Aufblühen zum grössten Theil deutscher Energie und Betriebsamkeit; auch sind daselbst schon seit den letzten 10 bis 14 Jahren grosse Strecken Landes von deutschen Kolonisten käuflich erworben worden. — Es wird gehofft und erwartet, dass die englische Regierung in keiner Weise diesen Landbesitz einer Beschränkung unterwerfen, sondern die Rechte der Grundbesitzer anerkennen und bestätigen wird; eine der ersten Verordnungen jedoch, welche erlassen wurden, ist ein „Statute of Limitation", dem zu Folge Klagen wegen Schuldforderungen, welche vor dem 1. Januar 1871 kontrahirt wurden, bei Gericht nicht angenommen werden dürfen. — Viele deutsche Kaufleute haben schon seit langen Jahren für Waarenlieferungen und Vorschüsse beträchtliche Summen von den Fidjipflanzern zu fordern; während nunmehr die Fidji-Schuldner durch deutsches Kapital in die Lage kommen, ihre Verbindlichkeiten allmählig erfüllen zu können, werden die deutschen Kreditoren durch dies neue Gesetz aller Rechtsmittel beraubt. — Dieser Punkt hat auch hier in Sydney grosses Aufsehen erregt, und es wird erwartet, dass eine Aenderung dieses Statuts eintreten wird; widrigenfalls würde ich es für meine Pflicht halten, später hierauf nochmals zurückzukommen, da dem deutschen Interesse ein grosses Unrecht wider-

---

*) Die folgenden Nummern enthalten einen vollständigen Abdruck des im Januar 1885 ausgegebenen Weissbuchs.

Nr. 8356. Deutschland. 31. Okt. 1884.

fährt. || Unmittelbar nach Einverleibung der Fidji-Inseln setzte Sir Hercules Robinson eine Regierung in der Form einer Kronkolonie ein, welche von Sydney aus interimistisch durch ihn dirigirt wird, bis ein von England ernannter Gouverneur daselbst ankommt. || Die unter dem neuen Regime zu etablirende Ruhe und Ordnung, welche unter der früheren Regierung allerdings so sehr gefehlt hat, wird viel zur Prosperität dieser Inseln beitragen; ich halte es indess für meine Pflicht, darauf hinzudeuten, dass deutsches Kapital, deutsche Energie und Betriebsthätigkeit sehr viel zu deren Fortschritt beigetragen, sowie dass England durch Annektirung dieser Inselgruppe sich eine blühende Kolonie erworben hat. || Ehrerbietigst

Carl L. Sahl.

Nr. 8357. DEUTSCHLAND. — Reichskanzler an den deutschen Konsul in Levuka (Hennings). — Die vom Konsul ausgesprochene Befürchtung, dass die Annexion die deutschen Interessen bedrohe, wird nicht getheilt.

(Auszug.) Berlin, den 17. Januar 1875.

Nr. 8357. Deutschland. 17. Jan. 1875.

Mittelst gefälligen Berichts vom 15. Oktober v. J.*) haben Euere Wohlgeboren mich von den Schritten in Kenntniss gesetzt, welche Sie für nothwendig erachtet haben, um die nach Ihrer Auffassung durch die Besitzergreifung der Fidji-Inseln seitens Englands bedrohten Interessen der dort angesessenen Deutschen zu wahren. Ich theile zunächst jene Befürchtung nicht, bin vielmehr der Ueberzeugung, dass die eingetretene Aenderung nicht nur auf die Verhältnisse des Landes selbst einen nützlichen Einfluss üben, sondern auch namentlich die Lage der Fremden zu einer besseren gestalten wird, und dass die letzteren, unter dem Schutze einer regelmässigen und kräftigen Regierung, eines grösseren Maasses von Sicherheit geniessen und damit erst den Boden zur freien Entfaltung ihrer Thätigkeit gewinnen werden. Insbesondere ist kein Grund zu der Annahme vorhanden, dass die englischen Behörden dem Grundbesitze der Fremden, vorausgesetzt, dass er auf rechtlichem Wege erworben ist, die Anerkennung versagen sollten.

Der Reichskanzler.
In Vertretung: v. Bülow.

An den Kaiserlichen Konsul Herrn Hennings, Wohlgeboren. Levuka.

*) Nicht abgedruckt.

Nr. 8358. DEUTSCHLAND. — Staatssekretär des Ausw. (Bülow) an den deutschen Botschafter in London (Münster). — Die Anordnungen des engl. Gouverneurs der Fidji-Inseln verletzen deutsche Interessen.

(Auszug.) Berlin, den 27. April 1875.

Nr. 8358. Deutschland. 27. Apr. 1875.

Aus der mir übersandten amtlichen Korrespondenz, betreffend die Besitzergreifung der Fidji-Inseln durch Grossbritannien, ersehe ich, dass nach den vorläufigen Anordnungen und nach den Vorschlägen des mit der Verwaltung der neuen Kolonie betrauten Gouverneurs, Sir Hercules Robinson, überhaupt keine Schuldforderungen, welche vor dem 1. Januar 1871 kontrahirt worden, und keine Reklamationen gegen die frühere Regierung, welche vor diesem Termine entstanden sind, klagbar sein oder berücksichtigt werden sollen. || Es liegt auf der Hand, dass die strenge Durchführung dieses Prinzips manche berechtigte Interessen verletzen würde. Wir hoffen deshalb, es werde die grossbritannische Regierung bei definitiver Regelung der Rechtsverhältnisse auf den Fidji-Inseln Vorsorge treffen, dass alle wohlbegründeten Ansprüche deutscher Reichsangehöriger unter dem neuen Regime nicht nur auf einen höheren Grad von Rechtssicherheit, sondern auch auf eine wohlwollendere Rücksichtnahme zählen dürfen, als bisher. || Es dürfte Eurerer Excellenz um so weniger schwer sein, eine diesfällige Zusage zu erwirken, als die grossbritannische Regierung gewiss gern einen Anlass ergreifen wird, um durch die That zu beweisen, dass der Regierungswechsel in Fidji auch den dort lebenden Angehörigen des deutschen Reiches, welche durch ihren Fleiss und Unternehmungsgeist, sowie durch grosse Geldopfer zu dem Aufschwung dieser Inseln erheblich beigetragen haben, nicht zum Nachtheil gereicht, und dass sich dieselben unter der englischen Administration einer erhöhten Sicherheit erfreuen dürfen. || Einem gefälligen Bericht über die Aufnahme Ihrer Mittheilungen werde ich mit Interesse ganz ergebenst entgegensehen.

von Bülow.

Nr. 8359. DEUTSCHLAND. — Botsch. in London an den deutschen Staatssekretär des Ausw. — Lord Derby hat Prüfung der deutschen Reklamationen versprochen.

(Auszug.) London, den 7. Mai 1875.

Nr. 8359. Deutschland. 7. Mai 1875.

In Folge hohen Erlasses vom 27. v. M., betreffend die deutschen Reklamationen auf den Fidji-Inseln, habe ich Gelegenheit gefunden, sowohl mit Lord Derby als auch mit dem Minister für die Kolonien, Lord Carnarvon, zu sprechen. || Beide Minister sagten mir, dass es durchaus nothwendig gewesen sei, den zahllosen Reklamationen gegen die frühere Regierung der Fidji-Inseln eine gewisse Grenze zu setzen. || Ich habe eine Note an Lord Derby

Nr. 8359. Deutschland. 7. Mai 1875. gerichtet, und derselbe hat mir versprochen, den Gouverneur Sir Hercules Robinson mit der sorgfältigen Prüfung dieser Angelegenheit zu beauftragen.

Graf Münster.

Nr. 8360. DEUTSCHLAND. — Reichskanzler an den deutschen Botsch. in London. — Auftrag das Interesse der deutschen Regierung für das Wohl der Reichsangehörigen in Fidji bei jeder Gelegenheit zum Ausdruck zu bringen.

(Auszug.) Berlin, den 30. April 1876.

Nr. 8360. Deutschland. 30. Apr. 1876. In Folge des gefälligen Berichts vom 17. v. M.,*) betreffend die deutschen Reklamationen auf den Fidji-Inseln, werde ich den Kaiserlichen Konsul zu Levuka zu einer Aeusserung auffordern. || Dagegen ersuche ich Euere Excellenz, die Aufmerksamkeit Lord Derby's auf die Stellung der Deutschen gegenüber der Kolonialregierung im Allgemeinen zu lenken. Seine Lordschaft wird nicht verkennen, dass die Bedenken, welchen Sie in Folge meines Erlasses vom 27. April v. J. gegen eine strenge Anwendung der Verordnung Sir Hercules Robinsons Ausdruck gegeben hatten, in noch weit höherem Maasse durch die Ordonnanz Sir Arthur Gordons vom 11. November v. J. hervorgerufen werden, welche den Präklusivtermin für die Ansprüche gegen die frühere Fidjiregierung vom 1. Januar 1871 bis zum 10. Oktober 1874 vorgerückt hat, was einer Spoliation der Interessen nahe zu kommen scheint. || Euerer Excellenz ist bekannt, in wie hohem Masse Voreingenommenheit und kommerzielle Eifersucht bei der Beurtheilung der von den Deutschen in der Südsee mühsam errungenen Positionen eine Rolle spielen. Die Ihnen mitgetheilten Berichte werden Ihnen keinen Zweifel darüber lassen, dass die aus englischen Quellen stammenden Urtheile, welche Ihnen dort über die Deutschen auf den Fidji-Inseln und andern Inselgruppen der Südsee entgegentreten, mit Vorsicht zu behandeln sind. Ich bitte Sie jedenfalls, keine Gelegenheit ungenutzt vorübergehen lassen zu wollen, um das lebhafte Interesse der Kaiserlichen Regierung für das fernere Wohlergehen der Deutschen in jenen Gegenden zu erkennen zu geben. Bei unserem aufrichtigen, gerade in letzter Zeit bei verschiedenen Anlässen wieder bekundeten Wunsche, in allen Fragen von maritimer und kommerzieller Bedeutung uns von der Voraussetzung einer Identität der deutschen und englischen Interessen leiten zu lassen, würde uns nichts unerfreulicher sein, als wenn gerechte Beschwerden von Angehörigen des deutschen Reiches in den englischen Kolonien über Benachtheiligung und Verkümmerung wohlerworbener Rechte erhoben und etwa zum Gegenstand von Reklamationen und Erörterungen in der Presse oder im Reichstage gemacht würden.

Der Reichskanzler.
In Vertretung: von Bülow.

---

*) Nicht abgedruckt.

Nr. 8361. **DEUTSCHLAND.** Reichskanzler an den deutschen Botschafter in London. — Auftrag, aus Anlass der Anwesenheit des Gouverneurs der Fidji-Inseln auf Erledigung der Land-Reklamationen hinzuwirken.

(Auszug.) Berlin, den 23. Mai 1879.

Nr. 8361. Deutschland. 23. Mai 1879.

Es empfiehlt sich, die Anwesenheit Sir Arthur Gordons in London, der dem Vernehmen nach im Juni auf seinen Posten nach Fidji zurückkehren wird, noch rechtzeitig zu benutzen, um die seit vielen Jahren unentschiedene Angelegenheit der Landtitel auf Fidji zu fördern. || Nach Annexion der Fidji-Inseln durch England wurden alle Ländereien zunächst der britischen Krone überwiesen, und die Prüfung der Eigenthumstitel an solchen Ländereien, welche von Fremden, und zwar in sehr erheblichem Umfange von Deutschen erworben worden waren, durch eine hierzu ernannte Kommission vorbehalten. Diese Prüfung hat sich bisher zum Nachtheil der Interessenten verzögert. || Wie gross dieses Interesse ist, erhellt schon aus der Thatsache, dass es sich bei einer einzelnen Firma um ein Anlagekapital von angeblich nahezu 125 000 Pfd. Sterl. handelt. || Es liegt auf der Hand, dass, solange die Entscheidung der Kommission noch aussteht, jede rationelle Verwerthung der Ländereien erschwert ist, und dass die Eigenthümer hierdurch unmittelbare und mittelbare Verluste erleiden. || Euere Excellenz beehre ich mich daher ganz ergebenst zu ersuchen, Lord Salisbury gefälligst auch auf diese Angelegenheit Namens der Kaiserlichen Regierung mündlich und schriftlich aufmerksam machen und über den Erfolg Ihrer Bemühungen berichten zu wollen.

In Vertretung des Reichskanzlers:
von Bülow.

Nr. 8362. **DEUTSCHLAND.** — Botschafter in London an den Reichskanzler. — Salisbury hat den Wunsch der deutschen Regierung zur Kenntniss des Kolonialamts gebracht.

London, den 31. Mai 1879.

Nr. 8362. Deutschland 31. Mai 1879.

Den hohen Erlass vom 23. Mai d. J., die Prüfung der Eigenthumstitel auf den Fidji-Inseln betreffend, habe ich zu erhalten die Ehre gehabt und nicht verfehlt, im Sinne der mir ertheilten Aufträge eine Note an das Foreign Office zu richten. || Euere Durchlaucht wollen aus der in Abschrift beifolgenden vorläufigen Rückäusserung des Lord Salisbury hochgeneigtest entnehmen, dass der Wunsch der Kaiserlichen Regierung, die Anwesenheit des Sir Arthur Gordon hierselbst zur Regelung der betreffenden Landtitelfrage zu benutzen, zur Kenntniss des Ministers für die Kolonien gebracht worden ist.

Graf zu Münster.

Anlage. Auswärtiges Amt (London), den 28. Mai 1879.

Nr. 8362. Deutschland. 31. Mai 1879.

Herr Botschafter, — Ich beehre mich, Euere Excellenz zu benachrichtigen, dass ich nach Empfang der Note vom 26. d. M. Ihrer Majestät Staatssekretär für die Kolonien sofort von Ihrem Wunsche benachrichtigt habe, die Anwesenheit Sir Arthur Gordons in London möchte dazu benutzt werden, um auf Erledigung der Frage, betreffend die Besitztitel der Fremden an Ländereien auf den Fidji-Inseln, hinzuwirken. || Ich beehre mich etc.

gez. Salisbury.

Seiner Excellenz dem Grafen Münster.

Nr. 8363. DEUTSCHLAND. — Botschafter in London an den Reichskanzler. — Der Gouverneur der Fidji-Inseln hat die schleunige Erledigung zugesagt.

(Auszug.) London, den 17. Juni 1879.

Nr. 8363. Deutschland. 17. Juni 1879.

Im Verfolg meines Berichts vom 31. v. M. beehre ich mich, Euerer Durchlaucht gehorsamst zu melden, dass ich diese Angelegenheit wiederholt mit Lord Salisbury besprochen und ihn sehr bereit gefunden habe, den Wünschen der Kaiserlichen Regierung so viel wie irgend möglich gerecht zu werden. Er versprach mir auch, mit dem jetzt hier anwesenden Gouverneur Sir Arthur Gordon über die Angelegenheit zu sprechen, denselben zu einer schriftlichen Aeusserung aufzufordern und mir letztere mitzutheilen. || In den Anlagen beehre ich mich, Euerer Durchlaucht die mir heute zugegangene Note Lord Salisbury's vom 14. d. M. nebst dem betreffenden, an das Kolonialamt erstatteten Bericht Sir Arthur Gordons vom 3. d. M. in Abschrift gehorsamst zu überreichen. || Aus letzterem Schriftstück wollen Euere Durchlaucht geneigtest ersehen, dass allerdings schon viel in Beziehung auf die Eigenthumstitel auf den Fidji-Inseln geschehen ist, und dass Sir A. Gordon sich ernstlich die schleunige Erledigung der Eigenthumstitelfrage angelegen sein lassen will.

Graf Münster.

An Seine Durchlaucht den Fürsten von Bismarck.

Anlage. (Uebersetzung.)

Auswärtiges Amt (London), den 14. Juni 1879.

Herr Botschafter. — Unter Bezugnahme auf mein Schreiben vom 28. v. M. beehre ich mich, beifolgende Abschrift eines von Sir Arthur Gordon an das Kolonialamt gerichteten Schreibens, betreffend die Landreklamationen von Fremden auf Fidji und den Fortschritt, welcher seit dem Tage der Abtretung in Erledigung der-

selben gemacht worden ist, Euerer Excellenz zur Kenntnissnahme zu übersenden. || Ich beehre mich etc.

Nr. 8363. Deutschland. 17. Juni 1879.

Salisbury.

Seiner Excellenz dem Grafen Münster.

Anlage. 48 Upper Grosvenor Street, 3. Juni 1879.

Mein Herr, — Ich habe die Ehre, das Ihrem Schreiben vom 30. v. M. beigeschlossene Schreiben des Foreign Office, betreffend die Land-Reklamationen Fremder auf Fidji, zurückzusenden. || Der deutsche Botschafter ist nicht richtig informirt, wenn er annimmt, dass seit dem Tage der Abtretung kein Fortschritt in der Erledigung von Land-Reklamationen gemacht worden sei. Bis zu meiner Abreise von Fidji waren zwischen acht- und neunhundert Reklamationen geprüft und anerkannt worden, und hierunter befanden sich viele, welche von deutschen Unterthanen, insbesondere den Gebrüdern Hennings, Vertretern der grossen Firma der Godefroy's zu Hamburg, erhoben waren. || Die Untersuchungen haben im vergangenen Jahre langsamere Fortschritte gemacht, theils in Folge meiner Abwesenheit, theils wegen Mangels einer ausreichenden Zahl von Vermessern, und theils, weil bekannt war, dass das Projekt, die abgewiesenen Reklamationen einer erneuten Prüfung zu unterziehen, Ihrer Majestät Regierung zur Erwägung vorlag und man natürlicher Weise wünschte, zunächst über das Ergebniss der letzteren Gewissheit zu erhalten. || Es ist ganz natürlich, dass diejenigen, deren Reklamationen noch nicht untersucht worden sind, über die anscheinende Verschleppung ungeduldig werden; aber thatsächlich ist die Prüfung von über achthundert Reklamationen, von denen viele sehr schwierig, verwickelt und äusserst streitig waren, eine keineswegs unbeträchtliche Arbeit, und dabei eine solche, welche bei schnellerer Erledigung unvermeidlich den Grund für zukünftige Missverständnisse nnd Prozesse gelegt haben würde. || Es liegt indess offenbar eben so sehr im Interesse der Regierung wie der Reklamanten, dass alle diese Fragen schnell zur Entscheidung kommen, und kann der deutsche Botschafter meiner fortdauernden und ernstlichen Bemühungen, die schleunige Erledigung der fraglichen Reklamationen zu fördern, versichert sein. || Ich beehre mich etc.

A. Gordon.

Dem Unterstaatsekretär für die Kolonien.

Nr. 8364. DEUTSCHLAND. — Reichskanzler an den deutschen Botschafter in London. — Das Auftreten des Gouverneurs hat den Erwartungen nicht entsprochen. Neue Beschwerden der Deutschen.

(Auszug.) Berlin, den 23. Januar 1880.

Nr. 8364. Deutschland. 23. Jan. 1880.

Mit Bezug auf den gefälligen Bericht vom 17. Juni v. J., betreffend die Eigenthumstitel von Reichsangehörigen auf den Fidji-Inseln, beehre ich mich,

Nr. 8364. Deutschland. 3. Jan. 1880.

Euerer Excellenz beifolgend im Auszuge einen Bericht des Kommandanten S. M. Kanonenboots „Albatross", d. d. Sydney, den 5. November 1879, nebst Anlage, zu Ihrer gefälligen Information und gelegentlichen Verwerthung im Sinne des Erlasses vom 23. Mai v. J. ganz ergebenst zu übersenden. Euere Excellenz werden daraus ersehen, wie das erste Auftreten Sir Arthur Gordons nach Rückkehr auf seinen Posten nichts weniger als den Erwartungen entsprochen hat, zu welchen sein, Ihnen von Lord Salisbury mitgetheiltes Schreiben vom 30. Juni v. J. (Anlage zu dem oben allegirten Bericht) berechtigte. Denn die Ordonnanz vom 2. Oktober v. J. macht den praktischen Werth auch der wenigen, von der Landkommission getroffenen und als endgültig angesehenen Entscheidungen wieder illusorisch.

Der Reichskanzler.
Im Auftrage: von Philipsborn.

Anlage 1 (Auszug). Sydney, den 5. November 1879.

Im Uebrigen habe ich seitens der in Levuka ansässigen Deutschen darüber Klage führen hören, dass noch immer keine Entscheidung über die Besitztitel der von ihnen vor der im Jahre 1874 erfolgten Annexion der Fidji-Inseln durch England erworbenen Ländereien herbeigeführt ist. Im Gegentheil sind die durch frühere Verfügungen des Gouverneurs festgesetzten Besitztitel durch die letzten Verfügungen des Fidjigouvernements wieder in Frage gestellt.

Mensing I.,
Korvettenkapitän.

An die Kaiserliche Admiralität zu Berlin.

Anlage 2. Levuka, den 10. Oktober 1879.

Euerer Hochwohlgeboren erlauben wir uns ergebenst von folgenden Verfügungen des hiesigen Governments mit Bezug auf im Besitz von Ansiedlern befindliches Grundeigenthum Kenntniss zu geben. || Laut Cessionsurkunde, d. d. 10. Oktober 1874, trat der König Cakobau das ganze Territorium der Fidji-Inseln bedingungslos an die britische Krone ab, wie es in der betreffenden Urkunde heisst: — which cession the said Ini Viti and other high Chiefs relying upon the justice and generosity of Her said Majesty have determined to tender unconditionally. || Artikel 4 der Urkunde bestimmt alsdann: „that the absolute proprietorship of all lands not shown to be alienated, so as to have become bona fide the property of Europeans or other foreigners . . . . shall be and is hereby declared to be vested in Her said Majesty Her Heirs and Successors". || Artikel 7 sub 3 bestimmt: „that all claims to titles of land . . . . . . shall in due course be fully investigated and equitably adjusted". || Es wurde in Folge dessen eine Kommission eingesetzt zur Prüfung der Rechtstitel des Grundeigenthums, welche bis jetzt einen Theil der Titel unter-

Nr. 8364. Deutschland. 23. Jan. 1880.

sucht, ihre Arbeiten aber noch nicht beendigt hat. In den Fällen der Anerkennung der Titel wurde amtlich publizirt, dass den betreffenden Eigenthümern ein crown grant für ihr Land ertheilt werden sollte, und nach gehöriger Aufnahme durch Surveyors wurde alsdann der crown grant ausgehändigt. Dieses Dokument wurde als absoluter Besitztitel betrachtet, und zwar so, dass Hypotheken und zeitweilige Vorschüsse daraufhin gewährt worden sind. Auch Verkäufe von Grundeigenthum haben auf Grundlage solcher crown grants stattgefunden, und wurde in solchen Fällen ein Certificate of Fiji ertheilt. || Neuerlich — unterm 2. d. M. — ist nun eine „Ordinance to provide for the final settlement of certain claims to land" erlassen, deren Artikel XIII bestimmt: „No Crown grant, issued before the passing of this Ordinance of any lands claimed . . . . . . shall be indefeasible until after six months from the passing hereof, and no certificate of title based upon the transfer or transmission of any land comprised in any such Crown grant shall be indefeasible until after the like period". || Diese Verordnung, stellt die ganze Sicherheit, mit welcher die crown grants betrachtet wurden wieder in Frage, und da wir nicht nur Land auf Grund von crown grants erworben, sondern auch Vorschüsse gegen Deponirung von crown grants gewährt haben, so sehen wir in der neuen Verordnung eine erhebliche Schädigung unserer Interessen, und wir bitten Euere Hochwohlgeboren ergebenst, diese Angelegenheit zur Kenntniss der Kaiserlichen Regierung bringen zu wollen. || Wir zeichnen || Euerer Hochwohlgeboren || ergebenste

Hedemann & Co.

Sr. Hochwohlgeboren Herrn Korvettenkapitän Mensing, Kommandant
S. M. Kanonenboots „Albatross", z. Z. Levuka.

Nr. 8365. DEUTSCHLAND. — Reichskanzler an den deutschen Botschafter in London. — Ausführliche Darlegung der deutschen Beschwerden.

Berlin, den 13. Mai 1882.

Nr. 8365. Deutschland. 13. Mai 1882.

Die Angelegenheit der Eigenthumstitel von Reichsangehörigen auf den Fidji-Inseln ist auch bisher leider nicht geregelt worden. Dem Kaiserlichen Generalkonsul für die Südsee-Inseln, welchem früher das Konsulat auf Fidji unterstellt war, hatte sich keine Gelegenheit geboten, dort persönlich für die deutschen Interessen bei der Kolonialregierung einzutreten. Inzwischen ist das Konsulat in Levuka dem Kaiserlichen Generalkonsul für Australien unterstellt worden. Dieser ist in Folge dessen berufen und besonders beauftragt, die Reklamationen der deutschen Landbesitzer gegen die englische Kolonialregierung auf Fidji zu prüfen und zu vertreten. Nach den bisherigen Erfahrungen würden indess seine Bemühungen ohne Eingreifen der grossbritannischen Regierung nicht ausreichen, um eine beschleunigte oder überhaupt befriedigende Behandlung der Sache herbeizuführen. Einer Einwirkung

Nr. 8365. Deutschland. 13. Mai 1882.

unsererseits in London wird es um so mehr bedürfen, als die grossbritannische Regierung unseren Nachrichten zufolge eine von der Kolonialregierung im Juni 1880 nach London beförderte Beschwerde mehrerer deutschen Landbesitzer über die mit Regelung der Landfrage betraute Kommission lediglich dahin beantwortet hat, dass sie sich nicht veranlasst finde, die Behörde zur Entscheidung der Landfrage anders zu komponiren. || Die Nothwendigkeit einer zuvorigen Behandlung der Sache in London folgt auch aus dem Umstande, dass die Kolonialregierung in ihrer vorläufigen Antwort auf die vorerwähnte Beschwerde einfliessen liess, Herr Sahl (unser kaufmännischer Konsul in Sydney, welcher als Theilhaber an dem deutschen Landbesitze auf Fidji die Eingabe mit unterzeichnet hatte) sei naturalisirter britischer Unterthan. || Es liegt die Vermuthung nahe, dass die Kolonialregierung nicht unterlassen haben wird, dieses Moment der grossbritannischen Regierung gegenüber geltend zu machen. || Um einer möglichen Einwendung dieser Art von vornherein begegnen zu können, haben wir die im Sommer v. J. hier eingelaufene Reklamation des Herrn Sahl, als Vertreter der Firma Rabone Feez & Co. in Sydney, gegen die Fidjiregierung vorerst nicht in London zur Sprache gebracht, um zuvor die Staatsangehörigkeitsverhältnisse der Theilhaber der Firma authentisch aufzuklären. Aus den Berichten des zur Aeusserung hierüber aufgeforderten Kaiserlichen Generalkonsuls in Sydney geht hervor, dass Herr Sahl nur vorübergehend die englische Staatsangehörigkeit in Fidji besessen hatte, und dass seine sowie der übrigen Theilhaber der Firma Rabone Feez & Co. Legitimation zur Inanspruchnahme des deutschen Schutzes gegenüber dem Verhalten der Kolonialregierung auf Fidji unbestritten ist.

Dies vorausgeschickt, beehre ich mich Euerer Excellenz in der Anlage Abschrift der Eingabe des Herrn Carl L. Sahl, als Chef der genannten Firma, vom 18. Mai v. J. nebst Anlage mit dem ganz ergebensten Ersuchen zu übersenden, sich der Vertretung dieser Reklamation bei der grossbritannischen Regierung gefälligst anzunehmen. Für Ihre mündliche Besprechung der Sache füge ich ein aide-mémoire bei, welches ich Euerer Excellenz anheimstelle Lord Granville abschriftlich oder nach Uebertragung in das Englische vertraulich zu übergeben. || Sobald Sie die Sache mit Lord Granville besprochen haben werden, bitte ich Euere Excellenz, Sr. Lordschaft das unter den Anlagen befindliche englische Memorandum „Minute on the Land Question" nebst dessen Beilagen mittelst Note zu übersenden. In dieser wollen Euere Excellenz, in Anknüpfung an Ihre frühere Korrespondenz über die Sache, Namens der Kaiserlichen Regierung den Antrag stellen, dass die grossbritannische Regierung durch den baldigen Erlass bündiger Weisungen an die Kolonialregierung auf Fidji dahin wirken möge, dass diese seit nunmehr 8 Jahren schwebende Angelegenheit zum befriedigenden Abschluss gebracht werde. Sie wollen dabei einfliessen lassen, dass es auch für die englische Regierung nicht erwünscht sein könnte, wenn durch das Verhalten der britischen Kolonialbehörden die Hoffnungen zerstört würden, welche an die Besitzergreifung

solcher auch für den deutschen Handel und das Niederlassungsbedürfniss von Reichsangehörigen wichtigen Gebiete durch England im Hinblick auf die davon erwartete Steigerung des Rechtsschutzes früher geknüpft wurden. (Ich erinnere in dieser Hinsicht an Euerer Excellenz gefällige Berichte aus dem Jahre 1875 und an Ihre damalige Korrespondenz mit der englischen Regierung.) Thatsache sei, dass das von Deutschen vor der englischen Besitzergreifung in den bis dahin gesetzlichen und landesüblichen Formen erworbene Grundeigenthum nach der Besitzergreifung zum Gegenstand einer Untersuchung durch Verwaltungsbehörden gemacht worden, welche, mit Ausschluss des Rechtsweges, in diskretionärer Weise den deutschen Eigenthümern die freie Verfügung über ihren Landsitz entzogen, denselben vielfach hierdurch grosse geschäftliche Verlegenheiten bereitet und bedeutende Verluste zugefügt und einen Theil dieser Ländereien zum Besten des Kolonialfiskus eingezogen hätten. || Die Kaiserliche Regierung sei überzeugt, dass die Königlich grossbritannische Regierung nicht anstehen werde, anzuerkennen, dass diese Reklamationen eine wohlwollende Erwägung verdienen, und dass sie die geeigneten Instruktionen nach Fidji ertheilen werde, um eine beschleunigte und der Gerechtigkeit und Billigkeit entsprechende Erledigung derselben zu veranlassen. || Euere Excellenz wollen Lord Granville um eine baldige Antwort bitten, welche die Kaiserliche Regierung in den Stand setzen würde, den Kaiserlichen Generalkonsul in Sydney mit entsprechender Nachricht zu versehen, da dieser beauftragt worden ist, sich nach Fidji zu begeben, um bei der dortigen Kolonialregierung die Interessen der deutschen Landeigenthümer zu vertreten.

In Vertretung des Reichskanzlers:
Graf von Hatzfeldt.

Anlage 1. (Auszug). Sydney, den 18. Mai 1881.

Euerer Durchlaucht hatte ich die besondere Ehre am 18. April 1879 bei meiner Anwesenheit in Berlin durch das Hohe Auswärtige Amt daselbst einen Bericht über die Landfrage auf Fidji einzureichen und in demselben auf die Verluste hinzudeuten, welche den Interessenten durch die Kolonialregierung auf der Fidjigruppe geworden sind. Heute, nach Verlauf weiterer zwei Jahre, sehe ich mich genöthigt, an Euere Durchlaucht ganz gehorsamst wegen Schutzes zu appelliren, um den vollständigen Untergang deutscher Interessen daselbst zu verhindern. || Viele deutsche Firmen hatten auf Fidji Grundbesitz vor Annektirung durch Grossbritannien erworben, welcher denselben jetzt durch die eingesetzte britische Kolonialregierung daselbst bestritten und die Bestätigung des Eigenthumrechts desselben lange vorenthalten oder verweigert wird. Unter diesen befindet sich auch die Firma Rabone Feez & Co., deren Chef ich bin. || Wie aus beifolgendem*)

*) Von Mittheilung dieser Denkschrift, welche die Fidji-Landfrage ohne Berücksichtigung der speciell deutschen Interessen von einem allgemeinen Gesichtspunkte aus behandelt, ist im Hinblick auf ihren Umfang Abstand genommen worden.
Anm. des Weissbuchs.

Nr. 8365. Deutschland. 13. Mai 1882.

„Minute on the land question in Fiji“ zu sehen ist, bin ich als Chef der Firma Rabone Feez & Co. auf genannter Inselgruppe in ausgedehnter Weise betheiligt, und hängt die Zukunft der Brüder Hennings, welche mehrere Häuser auf den Fidji-Inseln besitzen, davon ab, ob das auf Ländereien vorgestreckte Kapital durch Gewährung oder Bestätigung der Besitzurkunden von Seiten der britischen Behörden zurückerhalten werden wird. || Es war 1875, als die Fidjigruppe annektirt wurde, und heute, nach beinahe sechs Jahren, stellt sich das Resultat der Arbeiten der Kommission in der Landfrage, was unseren Besitz anbelangt, wie folgt:

für 6 747	Acres	haben wir die Bestätigung (crown grants) des Eigenthumsrechts erhalten,
„ 3 974	„	haben wir die Gewissheit der Anerkennung, aber nicht die crown grants erhalten, da das Land noch nicht vermessen ist.
„ 10 570	„	auf unseren Namen erworbenes
und 3 620	„	uns von unseren Schuldnern verschriebenes, aber in deren Namen um Bestätigung der Besitzurkunden eingegebenes Grundeigenthum haben wir keine crown grants erhalten, resp. sind dieselben uns verweigert worden.
für 66 130	„	Grundbesitz und
„ 2 000	„	Pachtung auf 99 Jahre, welche wir mit 1000 Acres Kokosnussbäumen und 100 Acres Baumwollenstauden bepflanzt haben,

ist uns noch gar keine Entscheidung zugegangen. || Diese Zahlen sprechen für sich selbst. Jetzt hat sich die Fidjiregierung ferner geweigert, die Entscheidung der Prüfungskommission eher mitzutheilen, als das Land vermessen ist, was die Erledigung der Landfrage noch länger hinausschiebt. || Zur Zeit, als uns 1875 alle Ländereien auf Fidji entzogen wurden, hatten wir die Summe von 82 000 Pfd. Sterl. daselbst angelegt; diese Summe hat nun während 6 Jahre brach gelegen, und der Zinsenverlust, ca. 8 Prozent pro anno, beläuft sich auf 48 124 Pfd. Sterl., ganz abgesehen von den grossen Kosten, welche entstanden sind, um das Eigenthumsrecht vor der „Enquiry Commission“ geltend zu machen, und welche sich auf 7500 Pfd. Sterl. belaufen. Das Land kann nicht eher bebaut werden, als der Besitz gesichert ist. Selbst für Strecken Landes, welche wir mit Kokusnussbäumen bepflanzten, um die eingerichteten Plantagen nicht ganz verwildern zu lassen, und trotzdem wir seit 1875 grosse Summen für dieselben ausgelegt haben, sind uns keine festen Besitzurkunden für solche zugegangen. Von den auf diese Art bepflanzten Strecken führe ich beispielsweise 1000 Acres in Loma-Loma an. || Wenn nun die Kolonialregierung auf Fidji fortfährt, das Eigenthumsrecht auf Grundbesitz vorzuenthalten, wie sie es bisher gethan hat, so muss das Endresultat sein, dass diejenigen Firmen, welche am meisten auf Fidji interessirt sind, ruinirt werden. || Ich bin persönlich mehrere Male seit 1875 auf Fidji gewesen, um die Behörden zu ersuchen, die Angelegenheiten zu beschleunigen; ich habe

Nr. 8365. Deutschland. 13. Mai 1882.

auch Versprechungen erhalten, welche indess niemals erfüllt worden sind. || Ich habe lange gewartet, ehe ich Veranlassung nahm, an Euere Durchlaucht mich zu wenden um Schutz und Unterstützung, durch deren hohe Gewährung die grossen Interessen, welche ich vertrete, jetzt nur noch gerettet werden können. Die Schuld der Verzögerung in vorliegender Sache ist allein der Kolonialregierung auf Fidji beizumessen, und ich erlaube mir deshalb, die ganz gehorsame Bitte vorzubringen, Euere Durchlaucht möchten an betreffender Stelle eine Entschädigung für den mir entstandenen Verlust von 48 124 Pfd. Sterl. beantragen. Ich appellire gleichfalls gegen die willkürliche Art und Weise, mit welcher Ländereien, die uns gehören, uns entzogen werden, und ich bitte, um diesem Verfahren Einhalt zu thun, ganz ergebenst, an Hoher Seite in Vorschlag zu bringen, dass eine Untersuchung in dieser Landfrage eingeleitet werden möchte, welche durch von England aus abgesandte Mitglieder zu führen wäre. Letztere hätten wiederum gänzlich unabhängig von der Fidji-regierung zu sein, und Bedacht wäre ferner zu nehmen, dass der Gouverneur von Fidji keinerlei Einfluss auf dieselben zu üben in der Lage ist. Es wäre weiter der Entwickelung der Sache von Vortheil, wenn während der Dauer der Untersuchung entweder der Kaiserliche Generalkonsul in Apia oder derjenige zu Sydney zur Wahrnehmung der deutschen Interessen anwesend sein würde. || Mit tiefster Ehrerbietung Carl L. Sahl,

Chef der Firma Rabone Feez & Co.

Sr. Durchlaucht dem Fürsten von Bismarck.

Anlage 2.

Aide-mémoire.

Viele Jahre vor Annexion von Fidji durch Grossbritannien hatten Deutsche dort bedeutenden Grundbesitz erworben und zu der Kultivirung dieser fruchtbaren Inseln und zu ihrem Handelsverkehr den Grund gelegt. || Die Rechte und Interessen der Grundbesitzer schienen durch die nachstehenden Bestimmungen der Cessionsurkunde des Königs Cakobau vom 10. Oktober 1874 ausreichend gewahrt. || Artikel 4 besagte: „that the absolute proprietorship of all lands not shown to be alienated, so as to have become bona fide the property of Europeans or other foreigners . . . shall be and is hereby declared to be vested in Her said Majesty, Her Heirs and Successors“. || Artikel 7 sub 3 bestimmte: „that all claims to titles of land . . . shall in due course be fully investigated and equitably adjusted“. || Nach der englischen Besitzergreifung ward indess den Landbesitzern die freie Verfügung über ihr Eigenthum entzogen und die Prüfung der Rechtstitel einem langwierigen Verfahren unterworfen. || Eine besonders hierzu eingerichtete Verwaltungsbehörde, commission, ward mit Prüfung der Rechtstitel beauftragt, und der Gouverneur entscheidet in erster Instanz. Im Falle der Anerkennung der Titel soll dem betreffenden Eigenthümer ein crown grant für sein Land zugesagt werden; er soll denselben aber erst nach gehöriger Aufnahme des Landes durch Vermesser (surveyors)

erhalten. Im Falle der Versagung des crown grant kann sich der betreffende Eigenthümer innerhalb einer bestimmten Frist unter Darlegung seiner Beschwerdepunkte an den Gouverneur wenden, und wird die Sache dann in zweiter Instanz durch eine andere Kommission, in welcher letzterer den Vorsitz führt, und in welcher auch Mitglieder der erstgenannten Kommission Sitz und Stimme haben, endgültig entschieden. || Die in dieser Weise den betreffenden bisherigen bona fide Eigenthümern abgesprochenen Ländereien zieht der Gouverneur zum Besten des Regierungsfiskus (the crown) ein. || Richten sich die erhobenen Beschwerden schon gegen die Zusammensetzung und die Kompetenz dieser Behörden, so ist dies noch mehr in Betreff ihrer Praxis der Fall. Die crown grants werden angeblich sogar deswegen verweigert, weil das betreffende Land noch nicht in Kultur genommen worden ist, während dies häufig nur um deswillen nicht geschehen konnte, weil der Eigenthümer seit der Annexion vergeblich darauf gewartet hat, dass ihm die freie Verfügung über sein Land zurückgegeben werde. Die Verweigerung wird ferner durch die Behauptung begründet, dass die Eigenthümer für die Ländereien früher zu wenig bezahlt hätten, während es auf der Hand liegt, dass der jetzige höhere Werth wesentlich den von ihnen im Laufe der Jahre gemachten Aufwendungen zu danken ist. Der von dem Eigenthümer verlangte positive Beweis dafür, dass die vor langen Jahren stattgehabte Erwerbung in landesüblicher Form stattgefunden, kann jetzt mitunter gar nicht oder nur unvollkommen erbracht werden. || Bei der Beweiserhebung über die früher stattgefundenen Eigenthumserwerbungen werden angeblich mitunter Eingeborene als Zeugen nicht einzeln, sondern in grösserer Anzahl und in Gegenwart ihres Häuptlings vernommen, dessen Aussagen sie nicht zu widersprechen wagen, der selbst aber jetzt ein Interesse hat, die frühere rechtmässige Erwerbung zu bestreiten, weil er hofft, an den von dem Kolonialfiskus eingezogenen Ländereien einen Antheil zu erhalten. || In einem der Fälle, welche den Gegenstand der jetzt vorliegenden Reklamation bilden, ist die Bestreitung der Rechtstitel erst viele Jahre nach der englischen Besitzergreifung erfolgt, und zwar unmittelbar nach dem Tode desjenigen Häuptlings, der, wie die Reklamanten glauben, die rechtmässige Erwerbung bezeugt haben würde. || Ueber den weitaus grössten Theil ihrer Ländereien haben die Eigenthümer bisher (über sieben Jahre nach der Annexion) eine Entscheidung überhaupt nicht erwirken können, und liegen dem Auswärtigen Amt in Berlin die Beweise vor, dass einzelne deutsche Grundbesitzer auf Fidji durch die Verschleppung der Entscheidungen geradzu ruinirt worden sind. || Die auf Anweisung der Kaiserlichen Regierung wiederholt seitens des Kaiserlichen Botschafters in London gethanen Schritte, um eine beschleunigte Erledigung der Landfrage in Fidji herbeizuführen, sind bisher erfolglos geblieben. Die Note Lord Salisbury's vom 14. Juni 1879 berechtigte zu der Hoffnung, dass der Gouverneur Sir Arthur Gordon nach seiner damals bevorstehenden Rückkehr auf seinen Posten die Angelegenheit beschleunigen werde. Statt dessen erliess er unter dem 2. Oktober 1879 eine Ordonnanz, nach welcher selbst die bis dahin, also nach mehreren Jahren endlich ertheilten crown

Nr. 8365.
Deutschland.
13. Mai 1882.

grants abermals innerhalb einer Frist von 6 Monaten angefochten werden konnten. (No crown grant issued before the passing of this Ordinance of any lands claimed . . . shall be indefeasible until after six months hereof, and no certificate of title based upon the transfer or transmission of any land comprised in any such crown grant shall be indefeasible until after the like period.) || Durch diese Verordnung wurde die Sicherheit, welche wenigstens die endlich erlangten crown grants den Landbesitzern zu geben schienen, ebenfalls illusorisch gemacht. Da auf die crown grants hin Hypotheken und Vorschüsse gewährt und genommen worden waren, auch Verkäufe stattgefunden hatten, so musste durch diese Verordnung grosse Verwirrung und eine abermalige schwere Schädigung der davon Betroffenen entstehen. || Unter den Deutschen, welche auf den Fidji-Inseln, schon lange vor der englischen Besitzergreifung, Ländereien erworben hatten, nimmt die Firma F. W. Hennings (5 Gebrüder, wovon drei ihre deutsche Staatsangehörigkeit bewahrt haben, zwei aber in den britischen Unterthanenverband in Fidji getreten sind) eine hervorragende Stelle ein. In Folge von Missernten und Fallen der Baumwollenpreise vor etwa 9 bis 10 Jahren waren sie genöthigt, Kredit zu nehmen und zu gewähren und bei der Firma Rabone Feez & Co. zu Sydney ein Anlehn aufzunehmen, für dessen Zurückzahlung ihnen in Erwartung, dass sie die crown grants wenigstens bis zum Jahre 1880 erhalten würden, eine Frist von 5 Jahren (von 1875 bis 1880) gewährt wurde. Nach Ablauf dieser 5 Jahre waren aber die Besitztitel noch nicht über den zehnten Theil der Ländereien ausgestellt worden. Die Gebrüder Hennings sahen sich deshalb genöthigt, ihre Landtitel an Zahlungsstatt der Firma Rabone Feez & Co. zu cediren. Hierdurch ist die Vertretung dieser Rechte auf Herrn Sahl, als den Chef dieser Firma, übergegangen. Und als Vertreter dieser Rechte hat er im Mai 1881 der Kaiserlichen Regierung eine Reklamation mit dem Gesuche um deren diplomatische Behandlung in London eingereicht.

Bevor der Kaiserliche Botschafter hierzu angewiesen wurde, ist der Kaiserliche Generalkonsul in Sydney zum Bericht über die Staatsangehörigkeitsverhältnisse der Reklamanten und über die Sache selbst aufgefordert worden. Seine Berichterstattung liegt jetzt vor. Danach besteht die Firma Rabone Feez & Co. aus folgenden Theilhabern: || 1. Frederica Feez, geb. Kayser, || 2. Amalie Sophie Hamburger, geb. Feez, || Beide in Deutschland wohnhaft, || 3. Carl L. Sahl, deutscher Konsul in Sydney. || Was den letzteren anbelangt, so wurde demselben, als er sich im Sommer 1880 mit zwei anderen deutschen Landbesitzern auf Fidji mit einer Beschwerde über die Landkommission an die Kolonialregierung wandte, von dem Kolonialsekretär entgegengehalten, dass er naturalisirter britischer Unterthan sei. Dem gegenüber ist zu bemerken, dass er als Vertreter der Firma Rabone Feez & Co. reklamirt; dass die deutsche Staatsangehörigkeit der beiden anderen Theilhaber nicht bestritten ist; dass die Gültigkeit der Naturalisirung des Herrn Sahl in Neu-Süd-Wales nach den dortigen Gesetzen sich ausschliesslich auf diese Kolonie beschränkt,

Nr. 8365. Deutschland. 13. Mai 1882.

und dass diese Naturalisation für alle übrigen Gebiete des britischen Reiches unwirksam ist; endlich, dass seine Naturalisirung nur eine vorübergehende gewesen und in Fidji durch eine ausdrückliche Erklärung vom November 1881 erloschen ist.

Die Lage der Ländereien, um welche es sich in diesem Falle handelt, war im Monate Mai 1881 folgende: || 1. Für 6747 Acres waren crown grants ertheilt; || 2. für 3974 Acres war die Ertheilung zugesichert worden, sobald das Land vermessen sei; || 3. für 10 570 und 3620 Acres (letztere auf Hennings Namen zur Bestätigung eingegeben) war die Ertheilung der crown grants verweigert worden; || 4. über 66 130 Acres Grundbesitz und 2000 Acres Pachtung auf 99 Jahre, wovon 1000 Acres mit Kokosnussbäumen und 150 Acres mit Baumwollenstauden bepflanzt sind, war noch gar keine Entscheidung gefällt. || Als Grund für die Verweigerung von crown grants für die sub 3 erwähnten 14 190 Acres hat die Prüfungskommission für die land claims angegeben, dass die Besitzer nicht genug für das Land bezahlt, oder dass sie dasselbe nicht vollständig bebaut oder in faktischen Besitz genommen hätten. Die Gebrüder Hennings haben diesen Theil der Ländereien, welche den Namen Koroniasatha führen, im Jahre 1865 und 1866 von dem Häuptling Tui Thatlau erworben. Die Bestreitung der auf dieses Land bezüglichen Rechtstitel erfolgte erst nach dem Tode dieses Häuptlings im Jahre 1879.

Die von Herrn Sahl Namens der obenbezeichneten Interessengemeinschaft an die Kaiserliche Regierung gerichteten Anträge gehen dahin: dieselbe möge bei der grossbritannischen Regierung beantragen: || 1. dass die Ausfertigung der Besitztitel (crown grants) über den gesammten, der Firma Rabone Feez & Co. von den Gebrüdern Hennings cedirten Landbesitz beschleunigt und zu dem Ende || 2. eine von der Kolonialregierung in Fidji unabhängige Kommission mit der Prüfung und Entscheidung im Sinne des Artikels 4 der Cessionsurkunde von 1875 nach Recht und Billigkeit, unter eventueller Hinzuziehung des Kaiserlichen Generalkonsuls in Sydney, betraut werde, und || 3. dass den Gebrüdern Hennings für den ihnen bis zum Mai 1881 durch die Schuld der Fidjibehörden erwachsenen Schaden eine Summe von 48 124 Pfd. Sterl. zugebilligt werden möchte, bei deren Berechnung davon ausgegangen wird, dass die Reklamanten bis zum Jahre 1875, wo ihnen die freie Verfügung über ihr Land entzogen wurde, 82 000 Pfd. Sterl. darin angelegt hatten, und dass diese Summe während 6 Jahren keine Zinsen (à 8 Prozent gerechnet) getragen hatte.

Für die den Reklamanten von der Kommission bisher erwachsenen Unkosten von über 7500 Pfd. Sterl. beanspruchen dieselben keine Entschädigung.

Nr. 8366. DEUTSCHLAND. — Botschafter in London an den Reichskanzler. — Granville hat genaue Untersuchung der Angelegenheit versprochen.

(Auszug.) London, den 14. Juli 1882.

Nr. 8366. Deutschland. 14. Juli 1882.

In Gemässheit des hohen Erlasses vom 13. Mai d. J., die Landfrage auf den Fidji-Inseln betreffend, habe ich seinerzeit die Eingabe des Herrn Carl Sahl dem Lord Granville persönlich mit der nöthigen dringenden Empfehlung übergeben. In der beiliegenden Note vom 1. d. M. sprach ich darauf den Wunsch aus, dass der Gouverneur von Fidji umgehend angewiesen werde, der Angelegenheit der Eigenthumstitel seine ganze Aufmerksamkeit zuzuwenden, damit dieselbe sobald als möglich und in befriedigender Weise endlich gelöst werde. || Lord Granville hat nun, wie er mir gestern in einer vom 8. d. M. datirten Note mittheilt, den Befehl ertheilt, die Sache sofort einer genauen Untersuchung zu unterziehen. || Ich werde nicht verfehlen, nöthigenfalls von neuem auf eine baldige Entscheidung zu dringen. Münster.

Anlage. London, den 1. Juli 1882.

Euerer Excellenz hatte ich die Ehre am 26. v. M. eine an den Fürsten Bismarck gerichtete Eingabe des Herrn Carl L. Sahl, Chef der Firma Rabone Feez & Co. in Sydney, nebst einem damit in Zusammenhang stehenden Aide-mémoire persönlich zu überreichen, in welcher der Bittsteller gegen das Verfahren der Kolonialregierung auf den Fidji-Inseln in der Landfrage protestirt. Wie Euerer Excellenz bekannt, ist diese Angelegenheit bereits früher Gegenstand einer Korrespondenz zwischen der Kaiserlichen Botschaft und Ihrer Majestät Regierung gewesen. Ich erinnere in dieser Beziehung an die Note Lord Salisbury's vom 14. Juni 1879. || Den seitdem der Kaiserlichen Regierung zugegangenen Nachrichten zu Folge ist eine im Juni 1880 von der Kolonialregierung nach London weitergegebene Beschwerde mehrerer deutschen Landbesitzer auf den Fidji-Inseln seitens Ihrer Majestät Regierung dahin beantwortet worden, dass kein Anlass vorliege, die zur Entscheidung der Landfragen eingesetzte Behörde anders zu komponiren. Dieser Umstand sowohl wie die später eingelaufene Nachricht, dass die Untersuchungen über die Besitztitel der in Frage stehenden Ländereien nunmehr in erster Instanz abgeschlossen seien und die Entscheidungen in den meisten Fällen auf Einziehung des Landes zu Gunsten der Kolonialregierung oder der eingeborenen Bevölkerung erkannt hätten, hat die Kaiserliche Regierung veranlasst, mich anzuweisen, Euerer Excellenz gütige Vermittelung dahin in Anspruch zu nehmen, dass die Kolonialregierung in Fidji nunmehr angewiesen werden möge, die jetzt seit acht Jahren schwebende Angelegenheit zum befriedigenden Abschluss zu bringen. Der bisherige Gang der Sache hat bei der Kaiserlichen Regierung die Ueberzeugung erweckt, dass ohne das Eingreifen Ihrer Majestät Regierung eine den gerechten Ansprüchen Rechnung tragende Lösung nicht zu erwarten steht; sie hofft um

Nr. 8366. Deutschland. 14. Juli 1882.

so mehr auf Euerer Excellenz wohlwollende Unterstützung, als es gewiss auch der britischen Regierung nicht erwünscht sein kann, wenn durch das Verhalten der Kolonialbehörden die Hoffnungen zerstört werden, welche an die Besitzergreifung jener Gebiete durch England, im Hinblick auf die davon erwartete Steigerung des Rechtsschutzes, seitens der deutschen Reichsangehörigen früher geknüpft wurden. In dieser Beziehung beehre ich mich auf die zwischen Lord Derby und der Kaiserlichen Botschaft im Jahre 1875 geführte Korrespondenz ganz ergebenst aufmerksam zu machen. || Die Kaiserliche Regierung wird der Thatsache sich nicht verschliessen können, dass das von Deutschen vor der englischen Besitzergreifung in den bis dahin gesetzlichen und landesüblichen Formen erworbene Grundeigenthum nach der Besitzergreifung zum Gegenstand einer Untersuchung durch Verwaltungsbehörden gemacht worden ist, welche den deutschen Eigenthümern das wohlerworbene Recht freier Verfügung über ihren Landbesitz ohne Richterspruch entzog und ihnen dadurch bedeutende Verluste zugefügt hat. Ein grosser Theil dieser Ländereien ist zum Besten der Kolonialregierung eingezogen worden. Die Kaiserliche Regierung ist überzeugt, dass Euere Excellenz nicht anstehen werden, die Reklamationen der deutschen Landbesitzer einer wohlwollenden Erwägung zu unterziehen und eine beschleunigte und der Gerechtigkeit entsprechende Erledigung derselben zu veranlassen. || Durch eine Mittheilung über das auf meinen vorstehenden Antrag Veranlasste würden Euere Excellenz mich um so mehr zu Dank verpflichten, als es der Kaiserlichen Regierung darauf ankommt, ihren Generalkonsul zu Sydney zu informiren, welcher beauftragt ist, sich nach Fidji zu begeben, um an Ort und Stelle die Interessen der deutschen Landeigenthümer zu vertreten. Was im Besonderen die von mir Euerer Excellenz übergebene Eingabe des Carl L. Sahl betrifft, so erlaube ich mir zur Vermeidung von Missverständnissen darauf aufmerksam zu machen, dass derselbe, wie aus dem abschriftlich ganz ergebenst beigefügten, an den Kolonialsekretär in Fidji gerichteten Schreiben vom 17. November 1881 hervorgeht, nur vorübergehend die englische Staatsangehörigkeit in Fidji besessen hatte, und dass seine sowie der übrigen Theilhaber der Firma Rabone Feez & Co. Legitimation zur Inanspruchnahme des deutschen Schutzes gegenüber dem Verhalten der Kolonialregierung nicht bestritten werden kann. || Im Anschluss an Vorstehendes beehre ich mich zu Euerer Excellenz gefälliger Kenntnissnahme das beifolgende *) „Minute on the Land Question in the Colony of Fiji", auf welches in der Eingangs erwähnten Eingabe des Carl Sahl an den Reichskanzler Bezug genommen ist, ganz ergebenst vorzulegen. || Genehmigen etc.

Münster.

Seiner Excellenz dem Herrn Grafen Granville etc. etc.

*) Nicht mitgetheilt; vergl. Anm. zu Nr. 8365, Anlage 1, S. 23.

Nr. 8367. **DEUTSCHLAND.** — Geschäftsträger in London (Stumm) an den Reichskanzler. — Der engl. Kolonialminister hat sich mit dem Vorsitzenden der Fidji-Landcommission in Verbindung gesetzt und baldige Beantwortung der Beschwerden versprochen.

London, den 26. Juli 1882.

Nr. 8367. Deutschland. 26. Juli 1882.

Im Anschluss an den Bericht des Kaiserlichen Herrn Botschafters vom 14. d. M., die Landfrage auf den Fidji-Inseln betreffend, beehre ich mich Euerer Durchlaucht anliegend Abschrift einer mir jetzt zugehenden Note Lord Granville's vom 21. d. M. ganz gehorsamst vorzulegen. || Es ergiebt sich aus dieser Note, dass der Kolonialminister mit Mr. Victor Williamson, der seit 1879 mit der Landfrage beschäftigt war und sich jetzt in England befindet, in Verbindung getreten ist und binnen kurzem eine erschöpfende Beantwortung der deutscherseits zur Sprache gebrachten Beschwerden mir zukommen zu lassen hofft. || Lord Kimberley giebt gleichzeitig der Hoffnung Ausdruck, dass die Kaiserliche Regierung nicht etwa von dem Gedanken ausgegangen sei, dass deutsche Unterthanen anders behandelt worden seien, wie britische Unterthanen oder Angehörige anderer Nationen.

Stumm.

Anlage. (Uebersetzung.) Auswärtiges Amt (London), den 21. Juli 1882.

Herr Botschafter, — Ich beehre mich, Euerer Excellenz mit Bezug auf Ihre Note vom 1. d. M., betreffend die deutschen Land-Reklamationen in Fidji, mitzutheilen, dass der Earl of Kimberley mich benachrichtigt hat, Mr. Victor Williamson, der von 1879 bis zum gegenwärtigen Jahre mit der Führung von Untersuchungen in der Angelegenheit beschäftigt gewesen, sei neuerdings nach England zurückgekehrt, und Seine Lordschaft habe sich mit demselben bezüglich der von Euerer Excellenz angeführten Fälle in Verbindung gesetzt und hoffe, binnen Kurzem vollständige Auskunft über die Sachlage zu geben im Stande zu sein. || Lord Kimberley bemerkt indess, er setze voraus, Euerer Excellenz Vorstellungen seien nicht aus dem Eindruck hervorgegangen, dass deutsche Unterthanen eine andere Behandlung erfahren hätten als die, welche britischen Unterthanen oder Personen irgend einer anderen Nationalität zu Theil geworden sei, da thatsächlich deutsche Unterthanen, welche in der Kolonie Land besitzen, mögen sie dort ansässig sein oder nicht, in Bezug auf ihre Ländereien gleiche Rechte haben, wie Ihrer Majestät Unterthanen, und da das Verfahren für die Prüfung der Landtitel durch die Kolonialgesetzgebung vorgeschrieben sei. Ich beehre mich etc.

Granville.

Seiner Excellenz dem Grafen Münster etc.

Nr. 8368. **DEUTSCHLAND.** — Reichskanzler an den deutschen Geschäftsträger in London. — Neue Reklamationen.

Berlin, den 27. Juli 1882.

Nr. 8368. Deutschland. 27. Juli 1882.

In der Angelegenheit, betreffend die Eigenthumstitel von Reichsangehörigen auf den Fidji-Inseln, sind mir durch Vermittelung des Kaiserlichen Generalkonsuls in Sydney neuerdings eine Anzahl weiterer Petitionen deutscher Interessenten bezüglich Wahrung ihrer Rechte zugegangen. || Ich beschränke mich darauf, den betreffenden Begleitbericht des Dr. Krauel vom 25. Mai d. J. zu Euerer Hochwohlgeboren gefälliger Kenntnissnahme in Abschrift ergebenst anzuschliessen, indem ich zunächst über die Stellung, welche die Königlich grossbritannische Regierung generell in der Sache einnehmen wird, demnächstiger weiterer Mittheilung nach Maassgabe des gefälligen Berichts vom 14. d. M. mit Interesse entgegensehe.

In Vertretung des Reichskanzlers:
Graf von Hatzfeldt.

Anlage. Sydney, den 25. Mai 1882.

Euerer Durchlaucht beehre ich mich in den Anlagen die nachstehenden Petitionen von Reichsangehörigen, betreffend Wahrung ihrer Ansprüche auf Ländereien in Fidji, zur hochgeneigten Kenntnissnahme ganz gehorsamst zu überreichen: || 1. Eingaben des Johann Pflüger in Levuka an das Kaiserliche Konsulat daselbst vom 17. Dezember v. J. und 1. Mai d. J., || 2. Eingaben des F. C. Hedemann in Sydney an das Kaiserliche Generalkonsulat daselbst vom 6. und 9. Mai d. J., || 3. Eingaben des Otto Bauer in Levuka als Vertreter des Carl L. Sahl, in Firma Rabone Feez & Co. zu Sydney, an das Auswärtige Amt in Berlin vom 3. Mai d. J. und des Carl L. Sahl in Sydney an das Kaiserliche Generalkonsulat daselbst vom 23. Mai d. J. || Der Kaiserliche Konsul in Levuka theilt mir mit, dass er alle Deutschen auf Fidji aufgefordert habe, ihm ihre Beschwerden gegen das Verfahren und die Entscheidungen der dortigen Landkommission sobald als möglich einzusenden. Es ist daher zu erwarten, dass ich demnächst in der Lage sein werde, Euerer Durchlaucht eine Anzahl weiterer Petitionen in dieser Angelegenheit zu überreichen. || Bevor eine Entscheidung darüber getroffen ist, ob die Kaiserliche Regierung beabsichtigt, Beschwerden der vorliegenden Art, falls sie prima facie begründet erscheinen, einzeln bei der grossbritannischen Regierung zu vertreten, oder die bedrohten Interessen im Wege einer Kollectivvorstellung zu wahren, halte ich es für verfrüht, meinerseits eine gutachtliche Aeusserung über jeden der in den Anlagen besprochenen Fälle beizufügen. Nur darauf gestatte ich mir ehrerbietigst aufmerksam zu machen, dass die rechtliche Lage der Sache bei den verschiedenen Reklamanten eine verschiedene ist. || In den vier Beschwerdefällen des Herrn Pflüger würde an und für sich noch eine Berufung an die von der Kolonialregierung in Fidji eingesetzte zweite Instanz für die Prüfung

Nr. 8368. Deutschland. 27. Juli 1882.

von Landansprüchen statthaft sein. Der Petent will diesen Weg jedoch nicht betreten, weil er in zwei Fällen dadurch den ihm ex gratia zugesprochenen Theil seiner Forderung wieder gefährden würde, und weil er überhaupt bei der Zusammensetzung der zweiten Instanz kein Zutrauen zu der Unparteilichkeit derselben hat. Abgesehen hiervon, erklärte mir Herr Pflüger, der sich kürzlich auf der Durchreise nach Deutschland hier vorstellte, dass ihm die nöthigen Mittel zur Bestreitung der Kosten des zweitinstanzlichen Verfahrens fehlten. || Der zweite Beschwerdeführer, Herr Hedemann, dessen Vertreter in Fidji zusammen mit den Herren Sahl und A. Busch & Co. bereits unter dem 11. Juni 1880 in einer auch dem Auswärtigen Amt abschriftlich mitgetheilten Eingabe gegen die Zusammensetzung und Kompetenz des Court of Appeals in der Fidjilandfrage vorstellig geworden war, will, um der Form zu genügen, die vorgesehene Berufung gegen die Abweisung seiner Ansprüche in erster Instanz einlegen. Er würde daher auch die Entscheidung der Berufskommission abwarten können, wenn er nicht bei dem ungewissen Zeitpunkt des Zusammentritts der letzteren Anlass hätte, sich schon jetzt über die in allen Stadien der Untersuchung vorgekommene Verschleppung zu beklagen. || Im dritten Falle, wo Herr Sahl als Rechtsnachfolger der Gebrüder Hennings petitionirt, liegt res judicata vor. In beiden Instanzen hat die Landkommission den Kauf des beanspruchten Landes für ungültig erklärt und ausnahmsweise sogar Entscheidungsgründe angegeben. Da ein weiteres Rechtsmittel nicht vorgesehen ist, bleibt dem Petenten, der in Folge dieser Entscheidung das gekaufte Land und das Kaufgeld gleichzeitig verlieren würde, nur das Anrufen einer diplomatischen Intervention übrig. Der Fall ist seiner rechtlichen Natur wegen von principieller Wichtigkeit. Er würde sich nach meiner unmaassgeblichen Ansicht zu einer sofortigen Einzelreklamation eignen, wenn es nicht aus anderen Gründen besser erscheinen sollte, im Interesse aller deutschen Landansprüche in Fidji zunächst eine generelle Vorstellung an die englische Regierung zu richten. || Es ist ferner zu bemerken, dass Herr Sahl durch seinen Vertreter auf Fidji die von mir unter dem 11. v. M. mitgetheilte Petition der dortigen Landinteressenten an den Earl of Kimberley mitunterzeichnet hat. Die Herren Pflüger und Hedemann haben dies nicht gethan, und beabsichtigen auch nicht, dies zu thun. Die in dieser Petition enthaltene Forderung der Einsetzung eines sachverständigen, von dem Einfluss der Kolonialregierung befreiten Tribunals zur Entscheidung der Landansprüche scheint mir auch im Interesse der deutschen Reklamanten zu liegen.

Krauel.

Sr. Durchlaucht dem Fürsten von Bismarck.

Nr. 8369. DEUTSCHLAND. — Geschäftsträger in London an den Reichskanzler. — Die englische Regierung ist nicht geneigt, die Reklamationen nochmals zu prüfen.

London, den 7. November 1882.

Nr. 8369. Deutschland. 7. Nov. 1882.

Euerer Durchlaucht beehre ich mich mit Bezugnahme auf den diesseitigen Bericht vom 26. Juli d. J., die Landfrage auf den Fidji-Inseln betreffend, hierneben eine Note Lord Granville's vom 24. v. M. nebst zwei Anlagen ganz gehorsamst einzureichen. || Die Druckanlage enthält ein Schreiben*) des Mr. Victor Williamson, früheren Vorsitzenden der Landkommission in Fidji, an das hiesige Kolonialamt, in welchem er seine Ansicht bezüglich der Landfrage dahin resumirt, dass bei den in dieser Frage gefällten Entscheidungen den Grundsätzen des Rechtes und der Billigkeit durchaus entsprochen worden sei. Dem Schreiben ist ein gutachtlicher Bericht beigefügt, der den Inhalt des der hiesigen Regierung in Gemässheit des Hohen Erlasses vom 13. Mai d. J. übersandten englischen Memorandums „Minutes on the Land Question“ eingehend erörtert und die von den Reklamanten in demselben hervorgehobenen Umstände im Einzelnen zu widerlegen sucht. Die andere Anlage enthält auszugsweise Stellen aus dem Schlussbericht der Landkommission, auf welche Herr Williamson in seinem gutachtlichen Bericht Bezug nimmt. Von der Einreichung des sehr umfangreichen Exemplars der Protokolle der zweiten, für die Entscheidung jener Beschwerden eingesetzten Kommission, welches der Note Lord Granville's ausserdem noch angeschlossen war, glaube ich einstweilen absehen zu sollen, da diese Protokolle nichts auf den speziellen Fall Bezügliches enthalten. || Der Inhalt dieser Note Lord Granville's verweist lediglich auf den gedachten Bericht des Herrn Williamson sowie auf die Entscheidungen der in dieser Frage zuständigen Kolonialbehörden. || Die englische Regierung erscheint also wenig geneigt, die fraglichen Reklamationen auf Grund der diesseits geltend gemachten Gesichtspunkte anderweitig auf ihren Werth zu prüfen. || Weiteren Weisungen in der in Rede stehenden Angelegenheit darf ich seinerzeit ganz gehorsamst entgegensehen. Stumm.

Seiner Durchlaucht dem Fürsten von Bismarck.

Auswärtiges Amt (London), den 24. Oktober 1882.

Anlage 1. (Uebersetzung.)

Herr Botschafter,—In meinem Schreiben vom 21. Juli d. J. erwähnte ich, wie Euerer Excellenz erinnerlich sein wird, dass Ihrer Majestät Staatssekretär für die Kolonien mit Mr. Victor Williamson, früherem Vorsitzenden der Landkommission auf Fidji, wegen der Verluste in Verbindung getreten sei, welche deutsche Unterthanen gelegentlich der Erledigung der Landreklamationen in

---

*) Von Mittheilung dieses Schreibens nebst Anlage ist Abstand genommen. Vergl. Anm. zu Nr. 8365, Anlage 1.

Fidji angeblich erlitten hätten. || Ich beehre mich nunmehr, Abschriften der folgenden, mir vom Earl of Kimberley mitgetheilten Schriftstücke zur Information Ihrer Regierung hier beizuschliessen: || Abschrift eines Schreibens des Mr. Williamson nebst einem Berichte, in welchem die in der Minute on the land question, Anlage zu Euerer Excellenz Schreiben vom 1. Juli, enthaltenen Behauptungen im Einzelnen untersucht werden. || Auszüge aus dem Schlussbericht der Landkommission, auf den Mr. Williamson Bezug nimmt, sowie im Abdruck nebst Anlagen die Protokolle der Sitzungen des Executive Council von Fidji, welcher eine erneute Prüfung der Landreklamationen vorzunehmen hatte. Um eventuelle Rückgabe der letztgenannten Schriftstücke wird gebeten. || Der Staatssekretär für die Kolonien bemerkt, Mr. Williamson sei seit 17 Jahren englischer Barrister; als Sir Arthur Gordon im April 1879 für den ausdrücklichen und einzigen Zweck, die Landreklamationen zu bearbeiten, sich seiner Dienste versicherte, sei er gänzlich ausser Verbindung mit der Fidjiregierung gewesen, und seine Verbindung mit der letzteren habe aufgehört, als er die Kolonie im Februar d. J. verlassen habe. || Ich darf hoffen, dass eine Durchsicht dieser Korrespondenz Ihre Regierung davon überzeugen wird, dass keine Mühe gespart worden ist, eine der Billigkeit entsprechende Lösung dieser schwierigen Frage herbeizuführen. || Ich beehre mich etc.

Granville.

Seiner Excellenz dem Grafen Münster etc.

Anlage 2. (Uebersetzung.)

Auszug aus dem Schlussbericht der Kommission zur Untersuchung von Landansprüchen auf Fidji.

3. Seine Excellenz war ferner angewiesen, eine Kommission einzusetzen, die sich mit der ganzen Frage, betreffend das Eigenthum und den Besitz an Ländereien auf Fidji, zu befassen habe; dieser Kommission sollte er indessen „keine weitergehende Kompetenz als die der Untersuchung und Berichterstattung“ verleihen und sich selber vorbehalten, unter Beirath seines Executive Council anzuordnen, was in jedem einzelnen Falle weiter zu geschehen habe. || 4. In Gemässheit dieser Instructionen wurde sofort nach Sir Arthur Gordons Ankunft in der Kolonie eine Bekanntmachung (in der „Government Gazette“ vom 26. Juni 1875) erlassen, durch welche alle Personen, welche Landansprüche hatten, aufgefordert wurden, ihre Reklamationen binnen möglichst kurzer Frist einzusenden. Es wurde auch am 8. September, sofort nach der Proklamation der Royal Charter, eine Anzeige erlassen, der zu Folge keine Reklamationen angenommen oder anerkannt werden würden, welche von in der Kolonie ansässigen Personen nicht vor dem 31. Oktober und von anderswo Ansässigen nicht vor dem 31. Dezember 1875 eingereicht worden seien. Die Frist, binnen welcher Reklamationen anzumelden waren, wurde indess später für die in der Kolonie Ansässigen bis zum 31. Dezember 1875 und für die anderswo An-

Nr. 8369. Deutschland. 7. Nov. 1882.

sässigen bis zum 31. März 1876 ausgedehnt. || 5. Aber auch nach diesem letzteren Datum gingen noch zahlreiche Gesuche ein, in welchen unter Angabe der besonderen Gründe, welche die rechtzeitige Anmeldung unmöglich gemacht hatten, um Gestattung der Anmeldung in der gewöhnlichen Form gebeten wurde. Wie wir glauben, ist fast ausnahmslos die Erlaubniss zu diesen Anmeldungen gegeben worden. || 6. Aber die Frist für Einsendung der Anmeldungen wurde noch weiter ausgedehnt durch die Lands Claims Ordinance Nr. 25 von 1879, Abschnitt 3, durch welche bestimmt wurde, dass alle Ansprüche, die der Landkommission noch nicht unterbreitet worden seien, innerhalb sechs Monate vom Datum der Ordonnanz (dem 2. Oktober 1879) einzureichen seien. Der Abschnitt schliesst mit den Worten: „Jeder Anspruch, der demgemäss nicht innerhalb des genannten Zeitraums von sechs Monaten vorgelegt wird, soll als kraft- und wirkungslos angesehen und behandelt werden.“ || 7. Eine ganze Anzahl von Personen benutzte diese Ausdehnung der Frist für die Einreichung von Anmeldungen, von denen manche, da sie von in der Kolonie ansässigen Personen ausgingen, innerhalb der zuerst gestatteten Frist hätten eingereicht werden sollen. Als ein Beispiel der Liberalität, mit welcher diese Vorschrift seitens der Regierung ausgelegt wurde, dürfen wir erwähnen, dass in dem Falle eines Anspruchs auf ein kleines Stück Land in Kadavu ein Gesuch um die Erlaubniss der Anmeldung des Anspruchs erst am 11. November 1881 einging, also nur ungefähr 10 Tage vor dem thatsächlichen Beginn der Thätigkeit der zur Untersuchung der Ansprüche in jenem Bezirk neuerdings eingesetzten Kommission, und dass die nachgesuchte Erlaubniss von Euerer Excellenz ungeachtet der oben angeführten Schlussworte des 3. Abschnitts ertheilt wurde. || 8. Die Ernennung der Kommission wurde zuerst am 30. Oktober 1875 amtlich veröffentlicht. Die Kommissare begannen ihre Arbeiten auf der Insel Taviuni am 10. Dezember des folgenden Jahres. || 9. Zwischen letzterem Datum und dem 31. Dezember 1881 sind in verschiedenen Theilen der Inselgruppe an 27 Orten Kommissionssitzungen abgehalten worden (Anlage A)*). || 10. Die Gesammtzahl der bei der Lands Office eingegangenen Anmeldungen betrug 1683 und diejenige der von der Kommission erstatteten Berichte 1327. Die Differenz in den Zahlen erklärt sich leicht durch den Umstand, dass viele Anmeldungen von Zeit zu Zeit in verbesserter Form neu eingereicht wurden, und dass häufig mehrere Anmeldungen für dasselbe Land von Personen eingingen, welche verschiedene Rechte daran beanspruchten.

11. Die Erledigung der 1327**) Berichte zeigt folgendes Ergebniss:

Dem Antrage gemäss anerkannt	in	517
Vom Rechtsstandpunkt aberkannt, aber „ex gratia“ ganz oder zum Theil, oder unter Modificationen anerkannt	„	390

*) Die Anlage ist nicht abgedruckt.

**) Einige Nummern wiederholen sich, z. B. 583 A und B, und wird dadurch die Zahl der Berichte etwas erhöht.

Aberkannt	in	361
Zurückgezogen oder anderweitig erledigt*) . .	„	56
Nicht endgültig entschieden	„	11
	in	1335 Fällen.

12. Wir müssen indessen darauf aufmerksam machen, dass diese Zusammenstellung zu irrthümlichen Auffassungen Anlass geben kann, indem sie die bezüglichen Zahlen nicht mit völliger Genauigkeit wiedergiebt. Bei derselben sind nämlich nicht nur die Ansprüche in Betracht gezogen, welche sich auf die ursprünglichen Rechtsgeschäfte zwischen den Eingeborenen und den ersten Käufern gründen, sondern auch die Ansprüche aus zweiter Hand (subclaims), welche die nachherigen Rechtsgeschäfte zwischen den ursprünglichen Käufern und anderen Weissen, an welche die ersteren wiederverkauften, zur Grundlage haben. || 13. Ferner finden sich Berichte, die, obwohl nur als ein Fall gezählt, thatsächlich eine ganze Anzahl verschiedener Reklamationen umfassen, welche auf einen gemeinsamen Titel gegründet oder bei denen gleichartige Voraussetzungen vorhanden waren. || 14. Als Beispiel möchten wir den Bericht Nr. 71 anführen, welcher 22 Reklamationen der römisch-katholischen Mission auf Ländereien auf Totogo umfasst, welche alle, obgleich aberkannt, auf Grund erfolgter Besitzergreifung nachträglich anerkannt wurden. Ebenso würden die Reklamationen der Polynesia-Kompagnie, welche sämmtlich auf dasselbe ursprüngliche Rechtsgeschäft gegründet sind, einzeln gezählt, die Zahl der Aberkennungen ausserordentlich vermehren, z. B. Nr. 423, um die von 13 verschiedenen Reklamationen auf Suva: Nr. 424 von 9. || 15. Andererseits finden sich viele Fälle von Aberkennung, die, obwohl in obiger Aufstellung berechnet, nur die unvermeidliche Folge der widersinnigen Handlungsweise der Weissen sind, z. B. Nr. 804, 805, 806, 808, 809, 810, 811, 812 und 813. Es sind dies alles Ansprüche zweiter Hand unter einem ursprünglichen Kaufvertrag der Herren . . . und . . . Diese zwei Herren, welche einige 9000 Acres gekauft zu haben glaubten, verkauften Ländereien bis zum Umfange von 16000 Acres, ein Rechtsgeschäft, das einigermassen sonderbar erscheinen würde, wäre nicht im Beweisverfahren vorgebracht worden, Nr. 814, dass die Herren . . . und . . . damals „got on the spree“ (s. das Beweismaterial in der Sache Nr. 814) oder um uns offen auszudrücken, in einem chronischen Zustand der Betrunkenheit sich befanden. Es würde daher kaum billig sein, als Aberkennungen, die man auf die Strenge oder die Tendenz der Regierung schieben könnte, die Zurückweisung von Ansprüchen anzunehmen die in Wirklichkeit in den Launen betrunkener Weisser ihren Ursprung hatten. || 16. Wir gehen nunmehr zur Prüfung der Methode über, nach welcher die Untersuchungen, soweit unsere Erfahrung geht, geführt worden. || 18. Unseres unmassgeblichen Erachtens würde unsere Aufgabe, wenn wir gezwungen gewesen wären, uns in unserer Untersuchung an die streng technischen Regeln der

*) Hierunter sind auch alle Generalberichte einbegriffen.

Nr. 8369. Deutschland. 7. Nov. 1882.

Beweisführung zu halten, fast unausführbar gewesen sein. Es musste, wie dies auch beabsichtigt war, im Verfahren mit halbcivilisirten Leuten, wie den Fidjianern, die in ihrer ganzen Denkweise von den Weissen so sehr verschieden und welche in der für alle halbwilden Rassen, wie wir glauben, charakteristischen Neigung zu Argwohn und Furchtsamkeit befangen sind, eine grosse Freiheit gestattet werden. || 19. Wir wissen recht wohl, dass vermuthlich auf jeder Seite unserer Aufzeichnungen „Hörensagen"-Zeugnisse angeführt werden; dem gegenüber ist daran zu erinnern, dass die furchtbare Masernepidemie im Jahre 1875 die grosse Mehrheit der ursprünglichen Verkäufer, welche gewöhnlich die Aeltesten des Volkes waren, hingerafft hat, und dass wir daher, wenn wir verweigert hätten, darauf zu achten, was gegenwärtig lebende Personen von ihren Vorgängern gehört hatten, eines der wenigen Mittel, Informationen zu erhalten, ausgeschlossen haben würden. || 20. Wir haben nichts weiter hinzuzufügen, als dass wir glauben und vertrauen, diese Freiheit im Verfahren unparteilich beiden Parteien zugestanden zu haben, und unsere Ueberzeugung auszudrücken, dass es den Reklamanten ohne solche Freiheit in den meisten Fällen unmöglich gewesen sein würde, ihre Ansprüche thatsächlich zu begründen. || 21. Es ist aber häufig vorgekommen, dass Reklamanten vor uns erschienen sind und beansprucht haben, „to stand upon their deeds", oder, mit anderen Worten, die von ihnen eingereichten Documente oder Urkunden ohne weitere Prüfung als entscheidend anzunehmen. Es wird daher von Wichtigkeit sein, auf die Natur und den Charakter derartiger Dokumente einzugehen. || 22. In vielen Fällen bestanden die sogenannten Urkunden nur aus Verkaufsnoten der unregelmässigsten und formlosesten Beschaffenheit; sie waren auf irgend ein Stück Papier, das gerade zu bekommen war, und durch irgend eine Person, die sich dazu finden liess, geschrieben. Es wurde aber stets die weiteste Nachsicht geübt in Betreff von Formlosigkeiten, wenn kein gewichtigerer Mangel, als eben der der Formlosigkeit, den Schriftstücken anhaftete. Wenn man die Klasse der Personen berücksichtigt, welche die Mehrheit der ersten Landkäufer auf Fidji ausmachte, und ihre rauhe, halbwilde Lebensweise, so ist vielleicht zu verwundern, dass die Formlosigkeiten und Unregelmässigkeiten nicht grösser waren, als es in der That der Fall ist. Die nachstehenden Bemerkungen müssen daher in gleichem Maasse für die anspruchsvolleren Dokumente gelten, welche von Personen, die sich als Notare gerirten, entworfen und in legale Formen gebracht wurden; und gerade unter diesen letzteren haben wir einige Fälle der skandalösesten Betrügereien, die überhaupt zu unserer Kenntniss gekommen sind, entdeckt. Wir sind aus weiter unten anzuführenden Gründen der Ansicht, dass die Mehrheit der uns vorgelegten Urkunden nur eine sehr geringe Beweiskraft hinsichtlich irgend welcher Einzelheiten des Rechtsgeschäftes besitzen, mit Ausnahme vielleicht hinsichtlich der Absichten des Käufers, und wir sind ferner der Ansicht, dass der wohlbekannte englische Rechtsgrundsatz, dass eine Verleihungsurkunde im Zweifelsfalle stets zu Ungunsten des Verleihers auszulegen sei, angesichts der früher in Fidji herrschen-

den höchst eigenthümlichen Zustände bei der Auslegung dieser Dokumente umgekehrt werden muss. || 23. In civilisirten Ländern ist die Ausfertigung einer Urkunde selbstverständlich die feierlichste und beweiskräftigste Form der Dokumentirung eines Vertrages, und folglich sind die Gerichte in der Zulassung von Zeugenaussagen behufs Auslegung oder Modifizirung von Urkunden sehr vorsichtig und betrachten jeden Versuch in dieser Richtung mit grossem Argwohn. Aber eine Urkunde ist in civilisirten Ländern ein Document, welches sorgfältig vorbereitet und in allen seinen Einzelheiten von den Parteien, die, wie anzunehmen, in der Lage sind, auf gleichem Fuss mit einander zu verhandeln, gründlich überlegt wird. Dies ist hier nicht der Fall. || 24. Die Verkäufer waren natürlich nicht im Stande, die Dokumente, zu deren Vollziehung sie sich bekannten, zu lesen. Sie waren daher für das Verständniss dessen, was sie thaten, von derjenigen Erklärung abhängig, die ihnen der Käufer oder der Dolmetscher, der von ersterem beschafft, von ihm bezahlt und in vielen Fällen fortwährend an ähnlichen Rechtsgeschäften betheiligt war, gaben. || 25. Noch weniger waren sie dieselben zu unterschreiben im Stande, und in Folge dessen fand die Vollziehung fast ausnahmslos durch ein Handzeichen statt. Wir brauchen wohl nicht auf die grosse Leichtigkeit hinzuweisen, die allein schon dieser Umstand gewissenlosen Personen darbot, um sich Urkunden, die wenig besser als betrügerisch sind, zu verschaffen. Als ein Beispiel wollen wir den Fall anführen, dass ein junger Häuptling zur Unterfertigung seines Handzeichens bewogen wurde, der zur Zeit, als er die Feder ansetzte, noch ein Kind von etwa fünf Jahren war (siehe Fall 317). Auch die Thatsache der Beglaubigung der Urkunden ist allein kein Beweis für ihre richtige Vollziehung, da wir auf Fälle des gröbsten Leichtsinns selbst bei einem anständigen Manne gestossen sind, der auf die blosse Versicherung des ihm befreundeten Käufers hin, dass Alles richtig zugegangen sei, die Beglaubigung der Unterschrift vornahm (siehe Fälle 1060, 1061, 1062). || 26. Bei englischen Urkunden können wir in der Regel uns auf die Richtigkeit der als Gegenleistung angegebenen Summe verlassen. In Fidji ist gerade das Entgegengesetzte der Fall. In den weitaus meisten Fällen sind die Zahlungen durch Waarenlieferungen bewirkt worden. Wir hatten in Folge dessen fortwährend mit der Schwierigkeit zu kämpfen, annähernd richtig abzuschätzen, zunächst woraus die gelieferten Waaren bestanden hatten und dann inwieweit diese Waaren billigerweise den in der Urkunde angegebenen Betrag repräsentirten. In einigen Fällen haben wir die gröbsten und skandalösesten Unwahrheiten bezüglich der angeblich gezahlten Summe entdeckt; z. B. fand sich die letztere in einer Verkaufsnote in der Höhe von 50 Pfd. Sterl. angegeben, während in Wirklichkeit nur 5 Pfd. Sterl. bezahlt worden waren. Die Entschuldigung für diese schmähliche Unwahrheit bestand darin, dass Jemand angedeutet habe, 5 Pfd. Sterl. sei ein sehr kleiner Betrag; derselbe „könne ebensogut als 50 Pfd. Sterl. angegeben werden“; diese Lüge wurde mit Wissen und Billigung des Rechtsanwalts der Reklamanten bei der Anmeldung wiederholt (siehe das Beweis-

Nr. 8369. Deutschland. 7. Nov. 1882.

material im Falle Nr. 866). || 27. Aber in allen Fällen ist der den Eingeborenen angerechnete Werth der Waaren bedeutend höher, als man ihn in Levuka bei Baarbezahlung berechnet haben würde; wir haben Zeugenaussagen dafür, dass nach der allgemeinen Schätzung jener Zeit der Werth an der Marcuataküste um 100 Procent erhöht wurde. Daher ist es nie möglich, auch nur mit annähernder Gewissheit festzustellen, wie hoch thatsächlich die Gegenleistung war. || 28. Ganz besonders ist dies der Fall, wenn die Gegenleistung darin bestand, dass die von den Verkäufern in den Läden der Käufer kontrahirten Schulden abgeschrieben wurden. || 38. Diese Betrachtung führt uns von selber zu der Frage des alten Herkommens auf Fidji hinsichtlich des Landbesitzes. Dasselbe ist sehr geschickt dargestellt sowohl durch Konsul Pritchard (Polynesian Remembrances p. 242, herausgegeben in 1866), als auch in neuerer Zeit durch den Rev. Lorimer Fison in Levuka in seinem ausgezeichneten Vortrage, den er in 1880 hielt und der aus dem Journal of the Anthropological Institute, Februar 1881, abgedruckt ist. || Die von diesen Herren ausgesprochenen Ansichten sind durch unsere ganze Erfahrung vollständig bestätigt worden, nämlich, dass das alte Fidji-Landbesitzsystem dem englischen System der estates in tail in der Zeit zwischen der Regierung Eduards I. und der Eduards IV., wo dieselben unveräusserlich waren, ähnlich war. In Folge dessen konnten die Verkäufer streng genommen nur das Interesse verkaufen, das sie daran selbst besassen, nämlich den Niessbrauch für Lebenszeit (a life estate). Wir bezweifeln ferner, ob die Verkäufer, selbst wenn es die „Taukeis“ waren, beim Verkaufe von Ländereien je daran dachten, sich gänzlich ihrer eigenen Rechte zu entäussern, oder nicht vielmehr nur beabsichtigten, den Käufern dieselben Gemeinderechte, die sie selber genossen, zu verleihen, aber ohne ihre eigene Theilnahme an denselben aufzugeben. || 40. Wir glauben, diese Theorie wird zahlreiche, zu unserer Kenntniss gekommene Fälle von Gewaltthätigkeit und selbst Blutvergiessen erklären, welche dadurch verursacht wurden, dass die Weissen die „Taukeis“ der Ländereien, an denen sie Eigenthum erworben (purchased in fee) zu haben behaupteten, als jederzeit entsetzbare Inhaber derselben (as mere tenants at will) betrachteten und diesen „Taukeis“ gewisse Rechte zu nehmen suchten, welche nach deren Anschauung, wie wir glauben, unveräusserlich waren. || 41. Wir bezweifeln sehr, dass auch nur ein einziger Crowngrant, welcher Eigenthum verlieh, hätte ausgestellt werden können (been issued in fee), wenn die Landfrage nur nach dem bei den Eingeborenen geltenden Herkommen, welches schliesslich bis wenige Jahre vor der Annexion die einzige Art von Gesetz bildete, beurtheilt worden wäre. Wir gestatten uns zu bemerken, dass, wenn man sich eine Ansicht über die Landfrage in dieser Kolonie bilden will, man nicht streng genug darauf achten kann, dass zwischen den Gesichtspunkten, von denen der Weisse, und dem, von welchem aus der Fidjianer das Landbesitzrecht betrachtet, ein fundamentaler Unterschied besteht. || 42. Diese Ansicht, dass Land unveräusserlich sei, geht so weit, dass, selbst wenn ein Stamm unterworfen und von seinen Ländereien durch den Sieger

vertrieben oder entfernt wird, der Rechtstitel des Stammes auf dieselben darum noch nicht erlischt; „er betrachtet vielmehr seinen Besitztitel als unauslöschlich, solange er selber seine Existenz nicht verloren hat. Der Besitztitel mag in suspenso bleiben, er kann aber nicht aufgehoben werden.“ ‖ 43. Wir zweifeln daher nicht, dass die zahlreichen Verkäufe von eroberten Ländereien durch die Eroberer, die zu unserer Kenntniss gelangt sind, völlig unrechtmässig waren und ziemlich in dieselbe Kategorie gestellt werden müssen, als die von einzelnen mächtigen Häuptlingen ohne Rücksicht auf die Zustimmung der „Taukeis“ (oder Gemeindemitglieder) vorgenommenen Verkäufe, von denen die bemerkenswerthesten Beispiele die des verstorbenen Tui Cakau auf Taviuni und Cakaudrove sind. ‖ 44. Wir leugnen nicht, dass er und andere Häuptlinge in Folge ihrer Macht oder des Ansehens ihrer Stellung als hohe Häuptlinge im Stande waren zu verkaufen, und es mag auch möglich sein, dass sie, wenigstens solange sie lebten, im Stande gewesen wären, die Käufer im Besitz zu erhalten, hätten diese versucht, thatsächlich Besitz zu ergreifen. Indess zu ihrem Glück tauchte die Frage in vielen Fällen nie auf, indem die Käufer keine Niederlassung versuchten oder später ihre Ländereien, auf denen sie eine Zeit lang gelebt hatten, wieder aufgaben. Immerhin waren aber derartige Rechtsgeschäfte gegen das alte Herkommen und entsprangen aus dem, was in der Fidjisprache „Valavala vakaturaga“ genannt wird, was Mr. Tison mit „masterful doings“ (gebieterische Handlungen) solcher Häuptlinge wiedergiebt; mit anderen Worten, es war eine Streitfrage zwischen dem Recht, wie es durch altes Herkommen repräsentirt wird, und Despotismus oder „Macht wider Recht“. ‖ 45. In derartigen Fällen haben wir daher besonders die Ausdehnung berücksichtigt, in welcher unter solchen Umständen gekaufte Ländereien thatsächlich okkupirt worden waren; und wenn auf den Verkauf eine genügende Besitzergreifung gefolgt war, haben wir gewöhnlich die Anerkennung des Besitztitels befürwortet. Wo aber der Anspruch sich auf einen Kauf bezog, auf welchen niemals solche Besitzergreifung gefolgt war, wurde in der That die Regierung ersucht, „to complete a wrong which had remained incomplete“. Wir haben erachtet, dass solchem Gesuche nicht stattzugeben sei. ‖ Wir würden endlich unserer Ueberzeugung nach unsere Pflicht gegenüber einem besonders verdienstvollen Regierungsbeamten sehr vernachlässigen, wenn wir nicht vorzüglich die grosse Unterstützung erwähnten, welche uns durch die Arbeiten des Mr. E. O'B. Heffernan gewährt wurde. Derselbe war zur Zeit der Serua-Kommission, Februar 1880, zum Assistant Native Commissioner ernannt, damit die Interessen der Eingeborenen vollständig zur Kenntniss der Kommission gebracht würden. Er hat diesen Posten eines Rechtsanwalts der Eingeborenen bis zum Schlusse unserer Arbeiten ausgefüllt. Wir können nicht genug unsere Anerkennung der Besonnenheit und Vorsichtigkeit ausdrücken, mit welcher er eine höchst schwierige und gehässige Aufgabe erledigt hat, eine Aufgabe, die, wie wir überzeugt sind, Anfangs von den Reklamanten als ein blosser Kunstgriff angesehen wurde, um Ländereien für die

Nr. 8369. Deutschland. 7. Nov. 1882.

Eingeborenen wiederzugewinnen und um Widerstand gegen die gerechten Ansprüche der Reklamanten zu erregen.

Nr. 8370. DEUTSCHLAND. — Staatssekretär des Ausw. an den deutschen Botschafter in London. — Vorschlag eine gemischte Commission zur Prüfung der Landfrage zu bestellen.

(Auszug.) Berlin, den 16. April 1883.

Nr. 8370. Deutschland. 16. April 1883.

Euerer Excellenz beehre ich mich anbei den Entwurf zu einer Note, betreffend die Landfrage in Fidji, zu übersenden, welche ich Sie ganz ergebenst bitte an Lord Granville richten zu wollen. || Diese Note findet ihre Ergänzung in dem zu Euerer Excellenz Information abschriftlich beigefügten Memorandum, welches ich dem englischen Botschafter auf dessen Wunsch mitgetheilt habe. Dasselbe enthält u. A. nähere Details über die in dem Noten-Entwurf nur obenhin erwähnten Reklamationsfälle wegen der Inseln Nacula und Malaki. || Euere Excellenz beehre ich mich im Auftrage des Herrn Reichskanzlers ganz ergebenst zu ersuchen, bei Besprechung der Angelegenheit mit Lord Granville einfliessen zu lassen, wie wir mit Rücksicht auf die England von uns auf anderen Gebieten erwiesenen guten Dienste glaubten annehmen zu können, dass die grossbritannische Regierung gern die Gelegenheit ergreifen werde, um unseren Wünschen, welche zudem eine so klare rechtliche Basis hätten, entgegenzukommen. || Lord Ampthill hat mir zugesagt, auch seinerseits die Aufmerksamkeit Lord Granville's auf die allgemeine Bedeutung zu lenken, welche die befriedigende Erledigung dieser Angelegenheit für uns hat. Einem gefälligen Bericht über die Aufnahme Ihrer Mittheilungen werde ich mit Interesse entgegensehen.

Graf von Hatzfeld.

Anlage 1. (Entwurf zu einer Note.)

Ich habe seinerzeit nicht unterlassen, die Antwort, mit welcher Euere Excellenz mich auf meine Note vom 1. Juli v. J. unter dem 24. Oktober v. J. in Betreff der Reklamationen von Reichsangehörigen gegen die in der Landfrage ergangenen Entscheidungen der Kolonialbehörden auf Fidji beehrt hatten, meiner Regierung vorzulegen. || Bevor ich den Auftrag erhielt, bei Euerer Excellenz auf die Angelegenheit zurückzukommen, wünschte die Kaiserliche Regierung den Eingang von Berichten des mit Begutachtung der deutschen Reklamationen betrauten Kaiserlichen Generalkonsuls in Sydney abzuwarten. || Durch die Prüfung dieser Berichte und desjenigen Materials, welches Euere Excellenz mir zur Verfügung gestellt hatten, ist die Kaiserliche Regierung in ihrer Ueberzeugung von der Berechtigung der ihr vorgetragenen Beschwerden bestärkt worden. || Die Thatsache steht fest, dass ein sehr grosser

Theil des Grund und Bodens, welchen deutsche Reichsangehörige vor Beginn der englischen Herrschaft auf Fidji in landesüblicher Rechtsform erworben hatten, denselben durch Entscheidungen von Verwaltungsbehörden, unter Ausschluss des ordentlichen Rechtsweges, zum Besten des Kolonialfiskus und der Eingeborenen entzogen worden ist. Die Besitztitel deutscher Reichsangehöriger, auf welche sich die Ansprüche derselben stützen, sind zu zahlreich, um dieselben im Einzelnen zum Gegenstande einer schriftlichen Erörterung zwischen den beiden Regierungen machen zu können. Die endgültige Erledigung wird sich nach der Natur der Sache ohnehin nur an Ort und Stelle ermöglichen lassen. Die Kaiserliche Regierung hofft aber, sich mit der Königlich grossbritannischen Regierung über die dieser Erledigung zu Grunde zu legenden Prinzipien zu verständigen, und zu diesem Zweck bin ich beauftragt, diese Note an Euere Excellenz zu richten.

Die bisher ergangenen Entscheidungen werden auf Grund eines ad hoc erlassenen Kolonialgesetzes als endgültige bezeichnet. Auch ist, wie der Kaiserliche Generalkonsul in Sydney berichtet hat, eine Petition der Landbesitzer auf Fidji vom April v. J., in welcher über die Zusammensetzung und das Verfahren der Landkommission Beschwerde geführt und um Einsetzung einer von den Kolonialbehörden unabhängigen und unparteiische Urtheile verbürgenden Instanz gebeten wurde, von dem englischen Herrn Kolonialminister ablehnend beschieden worden. || Meine Regierung hat mir eine zweite Petition mitgetheilt, welche der Verein zum Schutze von Landansprüchen auf Fidji (Land Claimants Protection Association) am 27. November v. J. durch Vermittelung des Gouverneurs der Kolonie an die Königlich grossbritannische Regierung gerichtet hat. Der Inhalt derselben überhebt mich der Nothwendigkeit, meinerseits auf das Verfahren, welches den Gegenstand der Beschwerden bildet, nochmals des Näheren einzugehen. Zur Illustration jenes Verfahrens erlaube ich mir indess, Euerer Excellenz Aufmerksamkeit auf die in dieser zweiten Petition unter anderen Fällen hervorgehobene Reklamation der Herren Hennings, resp. des Rechtsnachfolgers derselben, wegen der Insel Nacula, zu lenken. Diese Insel ist trotz Vorlegung einer von dem Fürsten Tui Bua unter Gegenzeichnung des Mr. Wilkinson, nachmaligen Ministers for native affairs, ausgestellten Besitzurkunde und trotz späterer Bestätigung dieser Eigenthumsübertragung durch König Cakobau dem Reklamanten ohne Schadenersatz endgültig abgenommen worden. || Dasselbe ist der Fall in Betreff der Insel Malaki, obwohl hier der Reklamant eine von König Cakobau, unter Gegenzeichnung des damaligen Ministers für Staatsländereien, Mr. Woods, ausgestellte Besitzurkunde produzirt hat.

Es handelt sich in diesen beiden, wie übrigens in den meisten Reklamationsfällen von deutschen Reichsangehörigen, nicht um Landerwerbungen von solchen Eingeborenen, gegen deren Verfügungsrecht hinterher Zweifel geltend gemacht werden könnten, sondern um Kaufverträge, die entweder mit Personen, in deren Händen seinerzeit die Staatsgewalt ruhte, abgeschlossen, oder um

Nr. 8370. Deutschland. 16. April 1883.

solche, die durch die frühere oberste Staatsgewalt bestätigt und welche konsularisch eingetragen worden waren. Wenn bei den ergangenen Entscheidungen sogar solche Beweise für die bona fides der Landbesitzer als nicht konkludent behandelt worden sind, so lässt sich daraus ein Schluss auf das beobachtete Verfahren in denjenigen Fällen ziehen, wo die rechtmässige Eigenthumserwerbung nicht mit gleicher Evidenz nachgewiesen werden kann, ohne dass darum mala fides zu präsumiren wäre. Wenn die Königlich grossbritannische Regierung dennoch Anstand nimmt, eine Revision der ergangenen Entscheidungen anzuordnen, so entziehen sich die Gründe, welche sie dabei leiten, der Beurtheilung der deutschen Regierung. Gewisse Aeusserungen maassgebender Personen auf Fidji berechtigen allerdings zu der Annahme, dass die Kolonialbehörden der Königlich grossbritannischen Regierung berichtet haben, eine Revision des von den Eingeborenen als endgültig angesehenen Verfahrens, in Folge dessen bereits ein Theil der fraglichen Ländereien an Eingeborene überwiesen, ein anderer Theil für öffentliche Zwecke bestimmt worden ist, würde die Ruhe in der Kolonie bedrohen und den dortigen Behörden Verlegenheiten bereiten. || Auch wenn dies der Fall wäre, ist die Kaiserliche Regierung doch überzeugt, dass die Königlich grossbritannische Regierung Mittel und Wege finden wird, um die Maassnahmen ihrer Kolonialbehörden mit der Rücksicht auf wohlerworbene Rechte der Angehörigen einer befreundeten Nation in Einklang zu bringen. || Die Kaiserliche Regierung blickt auf die Erweiterung der britischen Autorität in fremden Welttheilen mit dem Vertrauen, dass sie den Angehörigen aller civilisirter Nationen neue Bürgschaften für Sicherheit des Eigenthums und für eine regelmässige Rechtspflege gewähren werde. Mit dieser Auffassung würde es nicht in Einklang stehen, wenn deutschen Unterthanen das Eigenthum, welches sie vor der britischen Besitzergreifung von Fidji rechtmässig erworben hatten, durch britische Verwaltung ohne Rechtsspruch genommen werden sollte. || Der Cessionsvertrag vom 10. Oktober 1874, durch welchen die Königlich grossbritannische Regierung Rechtsnachfolgerin der Regierung des Königs Cakobau wurde, und welcher einen Theil des fundamentalen Rechts der Kolonie bildet, hat die bona fides als entscheidend für die Anerkennung des vorhandenen privaten Grundeigenthums bezeichnet. Sowohl nach dem Wortlaut dieser Urkunde, als nach allgemeinen völkerrechtlichen Grundsätzen könnte daher das Eigenthumsrecht an Ländereien, welche deutsche Reichsangehörige dort vor der englischen Annektion erworben haben, nur in Fällen nachgewiesener mala fides aberkannt, und sollte nach Ansicht der deutschen Regierung in allen Fällen, wo die rechtmässige Erwerbung in den unter der früheren Herrschaft als gültig anerkannten Formen amtlich beurkundet ist oder wo in Ermangelung einer solchen Beurkundung nicht positive Beweise gegen die bona fide Erwerbung erbracht worden sind, das Eigenthum der betreffenden Angehörigen des deutschen Reiches anerkannt und bestätigt werden. || In denjenigen Fällen indess, auf welche die vorstehenden Grundsätze Anwendung finden, wo aber in Folge der ergangenen Entschei-

dungen die von deutschen Reichsangehörigen reklamirten Ländereien bereits an Eingeborene überwiesen oder von den Kolonialbehörden für öffentliche Zwecke verwandt worden sind und die Rückgabe an die nach dem Vorstehenden berechtigten Personen thatsächlich Schwierigkeiten bieten sollte, wäre nach diesseitiger Meinung den letzteren eine der Billigkeit entsprechende, von Kommissaren der beiden Regierungen zu bestimmende Entschädigung zu gewähren.

Abgesehen von dem unzweifelhaft begründeten Anspruch der deutschen Reklamanten auf die diplomatische Vertretung ihrer wohlerworbenen Rechte gegenüber einem Verfahren, bei welchem die Entscheidung über Eigenthumsrechte in die Hand von Administrativbeamten gelegt ist, welche als Vertreter fiskalischer und politischer Interessen an dem Ausgang nicht uninteressirt sind, und bei welchem der sonst gegebene Weg der Rechtsverfolgung vor den ordentlichen Gerichten durch ein ad hoc besonders erlassenes Kolonialgesetz ausgeschlossen worden ist, hat der von mir beantragte thatsächliche Ausgleich für meine Regierung auch noch eine andere prinzipielle Bedeutung. || Die Reichsangehörigen würden, falls gegen die bisherigen Entscheidungen eine Remedur in der angedeuteten Richtung versagt bleiben sollte, sich in Zukunft mit Recht durch die Besitzergreifung Englands von bisher unabhängigen Gebieten in dem Genuss der von ihnen dort mit Opfern und Gefahren erworbenen Eigenthumsrechte für bedroht erachten. — Für die Kaiserliche Regierung kann es aber nicht gleichgültig sein, wenn der deutsche Handelsstand in seinem Vertrauen zu dem Schutze und dem geordneten Rechtsverfahren, welches er überall erwartet, wo die britische Flagge weht, erschüttert wird und in Folge dessen auch dort sich genöthigt sieht, das deutsche Reich zur Vertretung seiner wohlerworbenen Rechte anzurufen. Euere Excellenz beehre ich mich hiernach zu bitten, den Vorschlag der Kaiserlichen Regierung zur befriedigenden Erledigung der Angelegenheit in wohlwollende Erwägung zu ziehen und mir das Ergebniss derselben mittheilen zu wollen.

Memorandum.

Anlage 2. Berlin, den 16. April 1883.

In dem zwischen Grossbritannien und der Regierung der Fidji-Inseln am 10. Oktober 1874 abgeschlossenen Cessionsvertrage wurde das auf jenen Inseln vorhandene bona fide Grundeigenthum der fremden Ansiedler ausdrücklich anerkannt. || Die Landbesitzer erwarteten mit Recht, dass sie nach dieser Verheissung und entsprechend den allgemeinen völkerrechtlichen Prinzipien über die Respektirung wohlerworbener Privatrechte beim Uebergange eines Landes an eine neue Regierung im Genuss ihres Landbesitzes verbleiben, und dass nur diejenigen Fälle, bei welchen über die bona fide Erwerbung etwa Anlass zu Zweifeln entstände, den Gegenstand einer thunlichst beschleunigten Untersuchung und Entscheidung vor unabhängigen richterlichen Behörden bilden

Nr. 8370.
Deutschland.
16. April 1883.

würden. Statt dessen wurde allen Landbesitzern die freie Verfügung über ihre Ländereien entzogen, und wurden sämmtliche Besitztitel einem jahrelang sich hinziehenden Verfahren vor besonderen, von der Kolonialregierung abhängigen Administrativbehörden, unter Ausschluss der Berufung an die ordentlichen Gerichte, unterworfen. Gegen dieses Verfahren haben die Landbesitzer bisher vergeblich protestirt. || Eine im April v. J. an den britischen Kolonialminister gerichtete Petition wegen Einsetzung einer von den Kolonialbehörden unabhängigen Berufungsinstanz ist erfolglos geblieben. || Durch die ergangenen Entscheidungen sind auch mehrere deutsche Reichsangehörige des grössten Theiles ihres vor der englischen Besitzergreifung erworbenen Grundeigenthums verlustig erklärt worden. || Die Kaiserliche Regierung hat im Laufe der letzten Jahre wiederholt die Aufmerksamkeit der Königlich grossbritannischen Regierung auf diese Vorgänge zu lenken versucht, um solchen Entscheidungen vorzubeugen; ihre Bemühungen blieben jedoch ohne den erwarteten Erfolg. || Zuletzt richtete Graf Münster unter dem 1. Juli v. J. eine Note an Lord Granville, in welcher er hervorhob, dass es gewiss auch der Königlich grossbritannischen Regierung nicht erwünscht sein könne, wenn durch das Verhalten der Kolonialbehörden die Hoffnung getäuscht wurde, welche die Kaiserliche Regierung seinerzeit an die englische Besitzergreifung mit Rücksicht auf die davon erwartete Steigerung des Rechtsschutzes geknüpft hatte. || Mittelst Note vom 24. Oktober v. J. übersandte Lord Granville dem Grafen Münster einen Auszug aus einem Berichte des Mr. Williamson, Mitgliedes der mit der Untersuchung der fraglichen Landansprüche betrauten Administrativbehörde, indem Seine Lordschaft bemerkte, dass dieser Bericht die Kaiserliche Regierung wohl überzeugen werde, wie keine Mühe gespart worden sei, um diese schwierige Frage einer billigen Lösung zuzuführen. || Die Kaiserliche Regierung hat sich indess auch nach Prüfung dieses Berichtes in Verbindung mit dem inzwischen von dem Kaiserlichen Generalkonsulat in Sydney eingereichten Beweismaterial nicht überzeugen können, dass die ihr vorgetragenen Beschwerden ungerechtfertigt seien. Deshalb ist jetzt der Kaiserliche Botschafter in London veranlasst worden, bei der Königlich grossbritannischen Regierung auf die Angelegenheit abermals zurückzukommen. || Die thatsächlichen und prinzipiellen Momente, welche den Anspruch der deutschen Reklamanten auf eine diplomatische Vertretung ihre Rechte begründen, sind folgende: || Nach Artikel 4 des Cessionsvertrages vom 10. Oktober 1874 soll alles nicht bona fide Eigenthum von Privatpersonen u. s. w. Kronland werden. Es folgt hieraus, dass der Kronfiskus bei allen Untersuchungen und Entscheidungen über die bona fide Erwerbung Partei ist. || Das Verlangen der anderen Partei nach einer Instanz, welche von fiskalischen und politischen Erwägungen frei ist, erscheint nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen berechtigt. Die in den einzelnen Fällen stattgehabten Untersuchungen und Entscheidungen, welche durch ein ad hoc erlassenes Gesetz als endgültig bezeichnet werden, sind aber von Behörden ausgegangen, welche nach ihrer Zusammensetzung den Anspruch nicht

erheben können, von der anderen Partei als an dem Ausgang des Prozesses sachlich uninteressirt angesehen zu werden. || Nach der Cessionsurkunde hätte die Untersuchung sich auf den thatsächlichen Nachweis der bona fide Erwerbung beschränken müssen, und wäre der Nachweis in denjenigen Fällen als erbracht anzusehen gewesen, in denen die Erwerbung mit Berücksichtigung der unter der früheren Landesregierung gültigen Formen amtlich bekundet war. || Statt dessen haben die zur Untersuchung und Entscheidung berufenen Verwaltungsbehörden sogar in solchen Fällen die bona fide Erwerbung nicht anerkannt, wo von den Reklamanten Urkunden produzirt wurden, welche den Namen von Fürsten und sogar des früheren Königs der Fidji-Inseln und der Minister desselben trugen, wie die folgenden Beispiele beweisen: || Der deutsche Reichsangehörige Friedrich Wilhelm Hennings erwarb im Jahre 1865 für den Kaufpreis von 3000 Dollars die Insel Malaki von einem Engländer, Mr. Swanston, welcher dieselbe für 500 Dollars am 24. Januar 1861 unter Mitwirkung des britischen Konsuls Pritchard von den zur Verfügung über das Eigenthum an der Insel berechtigten Häuptlingen gekauft hatte. || Es fand sofort eine thatsächliche Okkupirung statt, und liegen Beweise vor, dass auch die Eingeborenen das Eigenthumsrecht des Herrn Hennings stets anerkannten. Dieses Recht wurde am 25. Februar 1873 durch eine von König Cakobau ausgestellte und von dem Minister Woods gegengezeichnete Urkunde ausdrücklich bestätigt. || Die Firma zahlte für die Insel sechs Jahre hindurch Grundsteuer, ohne aus ihrem Besitze, der ihrer freien Verfügung entzogen war, einen Gewinn erzielen zu können. Die Landkommission untersuchte ihr Eigenthumsrecht erst im Mai 1880. Auf den Bericht der Kommission wurde der Anspruch des Reklamanten zunächst von der ersten zur Entscheidung berufenen Instanz, dem Governor in Council, anerkannt, und am 2. September 1880 ward das vorgeschriebene Eigenthums-Certificat ausgehändigt. || Die Kolonialbehörde unterliess jedoch, die durch § 6 des Gesetzes vom 2. Oktober 1879 (An Ordinance to provide for the final settlement of certain claims to Land) vorgeschriebene Veröffentlichung der Entscheidung des Governor in Council in der Royal Gazette zu veranstalten. || Da von dem Datum einer solchen Veröffentlichung die gesetzliche zweimonatliche Berufungsfrist berechnet wird, hatte diese Unterlassung zur Folge, dass eine am 10. November 1880 von dem Vertreter der Eingeborenen eingereichte Berufung nicht als verspätet abgewiesen, sondern dass daraufhin zunächst die bisher versäumte Veröffentlichung in der Royal Gazette angeordnet wurde, welche dann am 1. Oktober 1881, also mehr als ein Jahr nach der Ausstellung des Eigenthums-Certifikats, erfolgte. || Auf diese Art wurde es ermöglicht, dass der sonst unanfechtbare Anspruch der deutschen Ansiedler wieder in Frage gestellt wurde und die Gegenpartei noch nach Ablauf einer so langen Frist an die Berufungsinstanz appelliren konnte. || Diese Behörde, welche in der Hauptsache aus den nämlichen Personen besteht, die bereits in erster Instanz thätig waren, hat sodann, ohne dass die betreffenden Eingeborenen im Termine erschienen, oder eine Zeugenvernehmung, resp.

Nr. 8370. Deutschland. 16. April 1883.

sonstige Verhandlung stattgefunden hätte, dem Reklamanten das Eigenthum an der Insel Malaki endgültig und ohne Schadenersatz aberkannt, obwohl nicht nur eine, die bona fide Erwerbung über jeden Zweifel erhebende, vom Staatsoberhaupte sanktionirte Besitzurkunde produzirt wurde, sondern hier auch der Fall vorlag, wo nach dem gemeinen Recht für den bona fide Erwerber schon der Nachweis eines zehnjährigen Besitzes (inter praesentes) genügt, um durch Usucapion die Anerkennung seines Eigenthums zu erlangen. || In ähnlicher Weise wurde hinsichtlich der Insel Nacula verfahren. Das Haus F. W. Hennings, welches schon seit dem Jahre 1859 auf Fidji sesshaft ist, verkaufte im Jahre 1866 einem der mächtigsten Häuptlinge von Fidji, Namens Tui Bua, damals unabhängigem Herrscher des Kingdom of Bua, etwa 1200 Schafe für die Summe von 870 Pfd. Sterl. Nachdem die hierfür von Tui Bua gegebenen Schuldscheine fällig geworden, übertrug dieser dem Hause Hennings an Zahlungsstatt das Eigenthum an der Insel Nacula. Der hierüber aufgenommene Verkaufsvertrag ist seinerzeit durch den damals im Dienste Tui Bua's stehenden Mr. David Wilkinson, nach der englischen Besitzergreifung Minister „for native affairs", gegengezeichnet und unter dem 8. September 1869 von dem britischen Konsul Thurston im englischen Konsulat zu Levuka eingetragen. Als kurz vor der Cession der Fidji-Inseln an England der Häuptling Tui Bua die Oberhoheit des Königs Cakobau anerkannte, geschah dies unter der Bedingung, dass dieser ausser anderen Regierungsakten Tui Bua's auch jene Eigenthumsübertragung ausdrücklich als zu Recht bestehend anerkannte. || Die zur Entscheidung dieser Reklamation berufenen Administrativbehörden haben indess die von Tui Bua unter Mitwirkung englischer Beamten ausgestellte Besitzurkunde als ungenügend für den Nachweis der bona fide Erwerbung bezeichnet, weil das damalige Recht Tui Bua's, über die Insel Nacula zu verfügen, jetzt von Eingeborenen bestritten worden sei. || Es hat also in diesem Falle die zur Prüfung der bona fide Erwerbung berufene Behörde sich für ermächtigt gehalten, über die Rechtsbeständigkeit staatsrechtlicher Akte vor der englischen Erwerbung ein Urtheil abzugeben, welches geradezu im Widerspruch steht mit der Thatsache, dass die Abtretung von Fidji an England auf Grund einer Urkunde erfolgte, die von dem Könige Cakobau und den anderen Häuptlingen der Inselgruppe, als den Inhabern der rechtmässigen Regierungsgewalt, unterzeichnet war. Ist auf englischer Seite die Befugniss der Häuptlinge anerkannt worden, in staats- und völkerrechtlicher Beziehung über das von ihnen beherrschte Land zu verfügen, so können um so weniger die von denselben Häuptlingen vorgenommenen Verkäufe von Ländereien an Privatpersonen hinterher wegen angeblich mangelnden Verfügungsrechtes derselben für ungültig erklärt werden. || Die englische Krone hat von der Regierung Cakobau's nicht mehr Recht erwerben können, als diese selbst besass, und wenn unter dieser Regierung die Uebertragung des privaten Eigenthums an den Inseln Malaki und Nacula an deutsche Reichsangehörige in der hergebrachten Form erfolgt war, so hat der Cessionsvertrag nicht das Privateigenthum an diesen Inseln hinterher der

Nr. 8370. Deutschland. 16. April 1883.

englischen Krone übertragen können. || Ausser diesen staatsrechtlichen Gründen lässt sich in beiden Fällen zu Gunsten der Reklamanten die exceptio rei venditae et traditae geltend machen, insofern die Reklamanten und die englische Krone beiderseits ihren Eigenthumsanspruch von demselben Urheber — der früheren rechtmässigen Regierung der Fidji-Inseln — ableiten, den Reklamanten aber früher der Besitz an den streitigen Ländereien übertragen worden ist. || Die Anwendbarkeit dieses Einwandes auf völkerrechtliche Verhältnisse wird von den Völkerrechtslehrern anerkannt. Sogar das Staatseigenthum, welches während einer kriegerischen Okkupation von der feindlichen Macht unter lästigem Titel veräussert worden ist, kann nach völkerrechtlichen Grundsätzen von der zurückkehrenden Regierung nicht vindizirt werden, weil hier den Erwerber dieselbe Billigkeit schützt, welche auch im Civilrecht die exceptio rei venditae et traditae erzeugt. || Wenn dies sogar für die feindliche Okkupation gilt, so wird die Einrede um so begründeter in Fällen sein, wie in den vorliegenden, wo die vindizirende (die englische) Regierung auf Grund freiwilliger Cession Rechtsnachfolgerin derjenigen Staatsgewalt geworden ist, welche die Veräusserung vorgenommen, bezw. in formeller Weise sanktionirt hat. || Gleichen Bedenken unterliegen die Entscheidungen in anderen Fällen, wo Reichsangehörige ihres wohlerworbenen Besitzes verlustig erklärt worden sind. || Dies gilt z. B. hinsichtlich der Reklamation der Herren F. C. Hedemann & Pfeiffer, denen, ungeachtet der Produzirung von Besitzurkunden, welche die Namen von, nach den damaligen Verhältnissen zur Veräusserung von Ländereien unstreitig berechtigten Häuptlingen trugen und konsularisch eingetragen waren, das Eigenthumsrecht an etwa 15 000 Acres aberkannt und im Ganzen nur 600 Acres, ex gratia, bewilligt worden sind. || Ein anderer Reichsangehöriger, Johann Pflüger, der gleichfalls nur von ersten Häuptlingen Land gekauft hatte, hat seinen ganzen Grundbesitz von etwa 6200 Acres bis auf ein ihm, ex gratia, zuerkanntes Stück Land von 100 Acres ohne Entschädigung verloren. || Der Verlust, welchen die Herren Hennings, resp. deren Rechtsnachfolger, Herr Kaufmann Carl L. Sahl in Sydney, vertreten durch Herrn Otto Bauer in Levuka, durch die bis zum Mai v. J. ergangenen und als endgültig bezeichneten Entscheidungen erleiden, beläuft sich auf circa 37 000 Acres Land, ohne diejenigen Ländereien im Umfange von beinahe 25 500 Acres zu rechnen, hinsichtlich deren der Reklamant, Angesichts der von den Kolonialbehörden adoptirten Praxis, auf eine weitere Verfolgung seiner Eigenthumsrechte verzichtet hat. Hinsichtlich eines Areals von über 16 000 Acres sollte das Verfahren bis Ende vorigen Jahres zum Abschluss gelangen. || Wenn trotz aller dieser Umstände die Königlich grossbritannische Regierung sich nicht veranlasst finden sollte, die Entscheidungen, gegen welche sich die Reklamationen richten, wieder aufzuheben und eine neue, mit den nöthigen Garantien für Unabhängigkeit und Unparteilichkeit ausgestattete Behörde mit der Prüfung und Entscheidung zu beauftragen, so liegt die Vermuthung nahe, dass dieser Entschluss wesentlich durch Erwägungen der inneren Politik bestimmt

Nr. 8370. Deutschland. 16. April 1883.

wird. Aeusserungen massgebender Personen in Fidji lassen wenigstens darauf schliessen, dass die Kolonialbehörden an die Königlich grossbritannische Regierung berichtet haben, eine Revision der als endgültig bezeichneten Entscheidungen, in Folge deren bereits thatsächliche Besitzübertragungen an Eingeborene stattgehabt haben, würde zu Verlegenheiten führen. || Der Kaiserliche Botschafter in London ist deshalb angewiesen, der Königlich grossbritannischen Regierung einen Vorschlag zu unterbreiten, welcher bezweckt, eventuell den Reklamanten für diejenigen Fälle, wo die Wiedereinsetzung derselben in ihre Eigenthumsrechte aus irgend welchen Gründen mit besonderen Schwierigkeiten verknüpft und deshalb nicht genehm sein sollte, eine angemessene, von Kommissaren der beiden Regierungen abzuschätzende Entschädigung zu Theil werden zu lassen.

Nr. 8371. DEUTSCHLAND. — Botschafter in London an den Reichskanzler. — Erledigung von Nr. 8370.

Nr. 8371. Deutschland. 2. Mai 1883.

(Auszug.) London, den 2. Mai 1883.

Den Hohen Erlass vom 16. v. M., die Landfrage in Fidji betreffend, habe ich am 25. v. M. zu erhalten die Ehre gehabt und die mir damit übersandte Note in der vorgeschriebenen Form an Lord Granville gerichtet. || Da diese Note im Zuge des hiesigen Geschäftsganges nach erfolgter Uebersetzung dem Ministerium der Kolonien zur Begutachtung und behufs Feststellung der Antwort zugeschrieben wird, so habe ich nach einer kurzen Besprechung mit Lord Edmond Fitzmaurice, der die Note noch nicht gelesen hatte und dem die Fidjifrage überhaupt nicht geläufig war, auf seine Anregung eine Unterhaltung mit dem Unterstaatssekretär des Colonial Office, Mr. Evelyn Ashley, gesucht und mich diesem gegenüber vertraulich im Sinne des Erlasses und der Note ausgesprochen. || Mr. Ashley war gerade beschäftigt, dis vorliegende Frage zu studiren, und theilte mir mit, dass die hiesige Regierung beabsichtige, im Laufe der nächsten Woche dem Parlament eine Vorlage darüber zu machen. || Mr. Ashley sprach die Vermuthung aus, dass auf Grund dieser Publikation die Fidjifrage im Parlament diskutirt werden würde, und bat mich, eine weitere Besprechung derselben bis nach Pfingsten auszusetzen, da eine schriftliche Beantwortung meiner Note, die ihm noch nicht bekannt war, doch nicht eher würde erfolgen können. || Er erwähnte dabei gleich, wie eine Revision der bereits ergangenen Entscheidungen in der Landvertheilung in Fidji für England nicht möglich sein würde, ohne die ganzen dortigen Zustände in die grösste Verwirrung zu bringen; es sei ja leicht möglich, dass bei der nach der englischen Besitznahme erfolgten Revision des Grundbesitzes auch einige Ungerechtigkeiten vorgekommen seien; die hiesige Regierung habe sich aber streng angelegen sein lassen, alle in Fidji Angesessenen gleichmässig zu behandeln — einerlei, ob sie Engländer oder Fremde gewesen seien —; und soviel er wisse,

sei in den deutschen Reklamationen und unserem Schriftwechsel auch niemals eine Beschwerde über ungleiche Behandlung erhoben worden. || Es sei deshalb schwierig, selbst beim besten Willen, den Reklamationen der deutschen Ansiedler zu entsprechen, weil das erneute stürmische Reklamationen aller, den anderen Nationen angehörigen Ansiedler zur Folge haben würde. || Mr. Ashley wies darauf hin, wie kurz vor der englischen Okkupation, als man an ihre Durchführung glaubte, die ungerechtfertigtsten Besitzergreifungen von Land in Fidji stattgefunden hätten. So wären von einem Individuum z. B. mehrere tausend Acres für eine alte Flinte, die nicht mehr als $2_{,50}$ Mark werth gewesen sei, erstanden worden. || Solche Willkürlichkeiten hätte man nicht sanktioniren können. Ferner müssten die deutschen Reklamanten doch auch bedenken, dass der Grund und Boden in Fidji, seit es englische Kolonie sei, ganz bedeutend an Werth gewonnen habe, so dass selbst ihr jetzt verringerter Besitz werthvoller sei, als der frühere zur herrenlosen Zeit. || Wenn man die Leute aufs Gewissen fragen würde, ob sie die früheren Zustände lieber wieder haben wollten, so würde das gewiss Jeder, der die Wahrheit spräche, verneinen. || Ich beschränkte mich darauf, Mr. Ashley zu erwidern, dass ich eine weitere Besprechung der Sache gern bis nach Pfingsten verschieben wolle, und ihm nach Maassgabe des Schlusses des dem Hohen Erlasse vom 16. v. M. beiliegenden Memorandums zu sagen, dass meine Regierung die Schwierigkeiten, welche eine Neuordnung des Landverhältnisses mit sich bringen würde, allerdings nicht verkenne. Sollten sich diese wirklich als unüberwindlich erweisen, so erwarte sie aber, dass die englische Regierung wenigstens die Hand dazu bieten würde, um die Ansprüche der deutschen Reklamanten durch eine von beiden Regierungen einzusetzende Kommission zu prüfen, und in solchen Fällen Kompensationen zu gewähren, in denen die Rechtmässigkeit der deutschen Reklamationen begründet erscheine. || Mr. Ashley erklärte, er könne allerdings keine bindende Zusage nach dieser Richtung geben, da er nicht Chef des Colonial office sei, er glaube indess, dass seine Regierung keinen Anstand nehmen würde, auf den Vorschlag, beiderseitige Kommissare behufs endgültiger Regelung der vorliegenden Frage einzusetzen, einzugehen.

Nr. 8371. Deutschland. 2. Mai 1883.

Graf zu Münster.

Nr. 8372. DEUTSCHLAND. — Eingabe des deutschen Konsuls Sahl in Sydney. — Neue Reklamationen.

Sydney, Neu-Süd-Wales, den 4. Mai 1883.

Euer Durchlaucht! — Bezüglich der Landfrage in Fidji, in der ich mit den Herren F. u. W. Hennings betheiligt bin und worüber ich bereits in verschiedenen früheren Eingaben berichtete, sehe ich mich nun genöthigt, die immer schlimmer werdende Lage meiner gerechten Forderungen Euerer Durchlaucht zu unter-

Nr. 8372. Deutschland. 4. Mai 1883.

Nr. 8372. Deutschland. 4. Mai 1883.

breiten. || Wie schon aus meinen oben erwähnten früheren direkten Eingaben sowohl, als auch aus Berichten des diesseitigen Generalkonsulats hervorgeht, hat die Verzögerung der Anerkennung der Landbesitztitel seitens der Kolonialregierung in Fidji mir grosse Verluste verursacht, welche mir vom Standpunkte der Gerechtigkeit aus kaum auferlegt werden durften. || Ohne auf die allgemeine Frage wieder einzugehen, erlaube ich mir heute ganz ergebenst, die folgenden zwei Spezialfälle zur gefälligen Kenntnissnahme Euerer Durchlaucht zu unterbreiten. || Die Besitzthümer von Vala-Vala, enthaltend 12 800 Acres, und Natasa, 2540 Acres, sind die grössten, die ich mit den Herren Hennings gemeinsam in Fidji beanspruche. Das erstere wurde am 31. Juli 1867 und letzteres am 26. August 1870 von dem Häuptling Tui Cakau käuflich erworben, woraufhin Plantagen und Handelsstationen angelegt wurden, in Folge dessen ich schon seit der Besitznahme durch England mit grosser Spannung die Anerkennung des Besitztitels erwarte, um diese Ländereien weiter zu bearbeiten oder zu verwerthen. || Der Werth des benannten Eigenthums, welches mir durch dieses ungewisse und unentschiedene Vorgehen der Regierung seit dem Jahre 1874 quasi nutzlos ist, beläuft sich auf wenigstens 30000 Pfd. Sterl. || Alle unsere gemeinsamen Bemühungen und Gesuche an den Gouverneur, unsere Besitzthumsrechte untersuchen zu lassen, blieben für lange Zeit erfolglos, trotzdem, dass die Landkommission häufig ganz in der Nähe des besagten Landes ihre Sitzungen hielt, und mein Antrag, doch die Aussagen des Häuptlings Tui Cakau, des Verkäufers, zu vernehmen, da derselbe alt und schwach war und man dessen baldiges Ende befürchtete, wurde abschläglich beschieden. || Erst nach dem Tode des Häuptlings, meines wichtigsten Zeugen, hielt die Kommission im September 1880 ihre Sitzung, während welcher die Verkäufe von Vala-Vala und Natasa geprüft wurden, wobei Herr W. Hennings und ich, durch die Wichtigkeit der Verhandlung sowie auch durch den Werth des Landes veranlasst, gegenwärtig waren. Seitdem ist es mir ganz unmöglich gewesen, weder über die Rechtmässigkeit meiner Ansprüche eine Entscheidung zu bekommen, noch deren Veröffentlichung in dem offiziellen Organ (Royal Gazette) zu ersehen. Offiziös wurde mir mitgetheilt, dass die Regierung sich dahin entschieden habe, uns den grössten Theil des Landes zu entziehen; aber bis mir diese Entscheidung offiziell mitgetheilt wird, was ganz von der Beendigung der Vermessung des Landes abhängt, kann ich nach den lokalen Gesetzen dagegen nicht appelliren oder in Fidji weitere Schritte zur Erlangung meines Rechts nehmen. || Im August 1882, während meines Aufenthalts in Fidji, stellte ich persönlich aufs genaueste meine Lage dem dortigen Gouverneur Mr. des Voeux vor, muss aber leider gestehen, dass derselbe mir wenig Hoffnung auf eine Aenderung und schnelle Erledigung meiner Forderungen gab; im Gegentheil hielt er mir vor, dass ich bei der deutschen Regierung Beschwerde eingereicht habe, und sagte ganz offen: „it makes me inclined to treat you with less consideration than one might otherwise have done.“ || Da ich sicher bin, dass ein so willkürliches Verfahren seitens des Gouverneurs kaum

von der grossbritannischen Regierung gebilligt wird, wende ich mich an Euere Durchlaucht mit der unterthänigsten Bitte, sich für mich in meiner Angelegenheit nach Gutdünken zu verwenden und auf eine schnelle Erledigung meiner Forderungen geeigneten Orts hinzuwirken, besonders da ich in Folge der unerklärlichen Verzögerung in der Entscheidung der Besitzurkunden, sehr geschädigt und gänzlich verhindert bin, in Fidji selbst mir Genugthuung zu verschaffen. || Es sind jetzt beinahe 9 Jahre seit der Annektirung der Kolonie, während welcher Zeit mir der für mich so werthvolle Landbesitz entzogen wurde, und leider sind alle Aussichten vorhanden, dass diese unglücklichen und für mich und die Herren Hennings so schadenbringenden Zustände noch geraume Zeit fortdauern werden, falls nicht die lokale Regierung höhere Weisung erhält, unsere gerechten Forderungen von Eigenthum, welches längst vor der Annektirung erworben wurde, auf zufriedenstellende Weise zu entscheiden. Ich hoffe, dass Euere Durchlaucht sich in dieser meiner Angelegenheit geneigtest verwenden werden, und zeichne || Euerer Durchlaucht || ganz gehorsamster Carl L. Sahl.

Nr. 8372. Deutschland. 4. Mai 1883.

Nr. 8373. DEUTSCHLAND. — Geschäftsträger in London (Graf Bismarck) an den Reichskanzler. — Das englische Kolonialamt lehnt die Ernennung einer gemischten Kommission ab.

London, den 26. Juli 1883.

Eurer Durchlaucht beehre ich mich im Anschluss an den Bericht des Herrn Botschafters vom 2. Mai d. J., die Fidjilandfrage betreffend, beifolgend Abschrift einer Note nebst Anlagen ganz gehorsamst einzureichen, welche Lord Granville unter dem 23. d. M. in dieser Angelegenheit an mich gerichtet hat. || Die hiesige Regierung glaubt dieser Mittheilung zufolge nicht in der Lage zu sein, die Angelegenheit in der diesseits angeregten Weise erledigen zu können. Graf Bismarck.

Nr. 8373. Deutschland. 26. Juli 1883.

Anlage 1 (Uebersetzung).

Auswärtiges Amt (London), 23. Juli 1883.

Herr Geschäftsträger — In dem Schreiben, welches ich unterm 9. Mai d. J. an Seine Excellenz den Grafen Münster zu richten mich beehrte, versicherte ich Seine Excellenz, dass die Vorschläge, bezüglich der Reklamationen einiger deutschen Unterthanen wegen der Landfrage in Fidji, welche er im Auftrage der deutschen Regierung in seinem Schreiben vom 26. April gemacht hatte, von Ihrer Majestät Regierung in sorgfältige Erwägung gezogen werden würden. || Seiner Excellenz Schreiben sowie ein Memorandum der Kaiserlichen Regierung zu Berlin, welches ich durch Ihrer Majestät Botschafter erhalten habe und welches im Wesentlichen dieselben Vorschläge

Nr. 8373. Deutschland. 26. Juli 1883.

wie die von Graf Münster unterbreiteten enthält, sind seitens Ihrer Majestät Staatssekretärs für die Kolonien sehr aufmerksam und eingehend von allen Gesichtspunkten aus erwogen worden. || Ich beehre mich nunmehr, Ihnen behufs Mittheilung an Ihre Regierung Abschrift eines Schreibens zu übersenden, welches ich vom Kolonialamt erhalten habe. In demselben werden ausführlich die Gründe angegeben, welche es dem Earl of Derby unmöglich machen, bei der gegenwärtigen Sachlage auf den Vorschlag der deutschen Regierung einzugehen. Zugleich hat die Prüfung der Angelegenheit, wie Sie ersehen wollen, Seine Lordschaft zu der Ueberzeugung geführt, dass der Gouverneur der Kolonie und seine Beamten in der Behandlung dieser verwickelten Sache den grössten Fleiss und die grösste Gerechtigkeit und Umsicht gezeigt haben. || Sie wollen ersehen, dass in dem Schreiben des Kolonialamts besonders auf gewisse Dokumente aufmerksam gemacht wird, die sich in einem, dem Parlament neuerdings vorgelegten, diesen Gegenstand betreffenden Blaubuch befinden, von dem ich ein Exemplar beizufügen mich beehre. Aus denselben geht hervor, dass von den 109, seitens der Herren Hennings vorgebrachten Reklamationen nicht weniger wie 89 ganz oder zum Theil anerkannt worden sind; bei 12 Reklamationen ist von der Appellation kein Gebrauch gemacht worden. Als Summe der zurückgewiesenen Reklamationen bleiben nur acht übrig, für welche und vielleicht auch für die 12 nicht weiter verfolgten Reklamationen, Abhülfe gefordert worden ist. || Indem ich diese Dokumente zur Mittheilung an die deutsche Regierung unterbreite, kann ich nicht umhin, die Hoffnung auszudrücken, dass eine genauere Kenntniss der thatsächlichen Verhältnisse und der Erwägungen, die Ihrer Majestät Staatssekretär zu der Entscheidung geführt haben, ihre Wirkung nicht verfehlen werde. Ich beehre mich etc.

Granville.

Dem Grafen Herbert von Bismarck.

Anlage 2 (Uebersetzung).

Downing Street, den 25. Juni 1883.

Mein Herr, — Ich bin von dem Earl of Derby beauftragt, den Empfang Ihres Schreibens vom 10. v. M., welchem eine Note des deutschen Botschafters am hiesigen Hofe, betreffend die Reklamationen deutscher Unterthanen wegen Regelung der Landfrage in Fidji, in Uebersetzung beigefügt war, und Ihres Schreibens vom 15. v. M., welchem Abschrift einer Depesche des Botschafters Ihrer Majestät in Berlin nebst einem Memorandum der Kaiserlichen Regierung über denselben Gegenstand beilag, zu bestätigen. || 2. Der deutsche Botschafter schlägt vor, dass „in allen Fällen, wo die rechtmässige Erwerbung in den unter der früheren Herrschaft als gültig anerkannten Formen ordnungsmässig beurkundet ist oder wo in Ermangelung einer solchen Beurkundung nicht positive Beweise gegen die bona fide Erwerbung erbracht worden sind, das Eigenthum der betreffenden Angehörigen des deutschen Reiches anerkannt

Nr. 8373. Deutschland. 26. Juli 1883.

und bestätigt werden solle. In denjenigen Fällen indess, auf welche die vorstehenden Grundsätze Anwendung finden, wo aber in Folge der ergangenen Entscheidungen die von deutschen Reichsangehörigen reklamirten Ländereien bereits an Eingeborene überwiesen oder von den Kolonialbehörden für öffentliche Zwecke verwandt worden seien und die Rückgabe an die nach dem Vorstehenden berechtigten Personen thatsächlich Schwierigkeiten bieten würde, sollte den Letzteren eine der Billigkeit entsprechende, von Kommissaren der beiden Regierungen zu bestimmende Entschädigung gewährt werden.“ || Das Memorandum, welches in Lord Ampthills Depesche enthalten war, übermittelte im Wesentlichen denselben Vorschlag. || 3. Würde diesem Vorschlage zugestimmt werden, so würde die Folge sein, dass jeder Reklamant jeder anderen Nationalität, dem es nicht gelungen ist, seinen Rechtstitel von dem zu diesem Behuf eingesetzten Gerichtshofe anerkannt zu sehen, dieselbe Rücksicht beanspruchen könnte. Das Ergebniss hiervon würde sein, dass die ganze, nach jahrelanger mühevoller Arbeit und unparteiischer Untersuchung erzielte Landregelung der Kolonie wieder von vorn begonnen werden müsste. Ausser dem Zustande von Verwirrung und Unruhe, der erfolgen würde, müsste unvermeidlich bei den Eingeborenen das Gefühl entstehen, es geschehe ihnen Unrecht, wenn sie fänden, dass eine Regelung, welche sie in loyaler Weise als endgültigen Vergleich acceptirt haben, wieder aufgehoben würde, und dass die feierlichsten, im Namen der Königin abgegebenen Versicherungen bezüglich der Endgültigkeit jener Regelung und bezüglich ihres vollen Anrechtes auf Bewahrung der Besitzthümer ihrer Vorfahren missachtet würden. Es würde dies die verderblichsten Folgen für die Kolonie haben, selbst wenn die weitere Untersuchung zur Bestätigung aller früheren Entscheidungen führen sollte. Was andererseits den Vorschlag von Entschädigungen anbelangt, so kann wenig Zweifel darüber obwalten, dass ihre Zahlung die Kolonie zu hoffnungslosem Bankerott führen würde. || 4. Es würde daher Lord Derby unmöglich sein, auf den Vorschlag einzugehen, wenn nicht die klarsten Beweise dafür erbracht werden, dass die zu Stande gekommene Regelung in Widerspruch stehe mit den allgemeinen Grundsätzen natürlicher Gerechtigkeit, welche bei Entwirrung der verwickelten Beziehungen, die in Landfragen zwischen weissen Ansiedlern und den Eingeborenen vor der Abtretung von Fidji an Ihre Majestät bestanden, allein in Anwendung kommen sollten. Dies ist aber durchaus nicht der Fall; im Gegentheil ist Seine Lordschaft der Ansicht, dass der Gouverneur der Kolonie und seine Beamten in der Behandlung dieser verwickelten und schwierigen Sache den grössten Fleiss und die grösste Gerechtigkeit und Umsicht gezeigt haben. || 5. Ich bin angewiesen, beifolgendes Exemplar eines vor kurzem dem Parlament vorgelegten Blaubuches (C. — 3584) Lord Granville zur Berücksichtigung zu übermitteln und besonders auf die Schriftstücke Nr. 19, 25, 33 und 34 mit ihren Anlagen aufmerksam zu machen. Es ist daraus zu ersehen, dass in Fidji seit unbekannten Zeiten und bereits lange vor der Abtretung ein komplizirtes, aber genau bestimmtes

Nr. 8373. Deutschland. 26. Juli 1883.

System des Rechtes an Landbesitz bestanden hat. Nach demselben waren die Inseln in allgemein anerkannte Landbezirke getheilt; jeder dieser Landbezirke stand im gemeinsamen Besitze und Gebrauche einer Gemeinschaft von Eingeborenen, welche an demselben für ihre Lebenszeit den Niessbrauch ausübten. Der Häuptling des Stammes besass keine weitergehenden noch grösseren Rechte an dem gemeinsamen Besitzthum als jedes andere Mitglied der Gemeinschaft. || Es wird auch klar ersichtlich sein, dass, abgesehen von allen Fragen betreffend mala fides, Betrug oder Anwendung von Gewalt seitens der angeblichen Käufer, von denen Fälle vorgekommen zu sein scheinen, die Untersuchung von Landansprüchen nicht nur eine Prüfung des Rechtsgeschäfts zwischen den angeblichen Verkäufern und Käufern, sondern in vielen Fällen auch eine weitere Prüfung der Rechte dritter Parteien nöthig macht. Dies ist z. B. der Fall, wenn Eingeborene an dem Lande, welches sie im Besitz haben, Eigenthum beanspruchen, weil sie bei dem Verkauf desselben nicht mitgewirkt hätten. || 6. Es mag zweifelhaft sein, ob die britischen Beamten, welche die Verhandlungen führten, zur Zeit der Abtretung über dieses Landbesitzsystem der Eingeborenen sich ganz klar waren und ob nicht vielmehr die ganze Bedeutung desselben erst während der und zum Theil durch die, lange Jahre hindurch fortgesetzten Untersuchungen von Landansprüchen aufgeklärt worden ist. Es war indess bekannt, dass in den Rechtstiteln der weissen Ansiedler grosse Verwirrung herrsche und dass die Rechtmässigkeit einiger derselben höchst zweifelhaft sei, und man glaubte, dass die bei einzelnen Erwerbungen vorgekommenen Umstände eine Untersuchung nicht würden aushalten können. Es würde daher nicht auffallend gewesen sein, wenn der Gouverneur, in der Absicht, weitere Verwirrung zu verhindern sowie ferneren Enttäuschungen und möglicherweise auch neuen Ungerechtigkeiten vorzubeugen, verboten hätte, dass überhaupt diese Ländereien zum Gegenstand des Handels gemacht würden, bis ihre Rechtstitel untersucht und beglaubigt worden seien. Diese Maassregel wurde indess nicht ergriffen, obgleich unter den jetzt von deutschen Unterthanen vorgebrachten Beschwerden, auf die sich diese Schriftstücke beziehen, die Behauptung aufgestellt ist: „dass alle Landbesitzer der freien Verfügung über ihren Grundbesitz beraubt worden seien“. Thatsache ist, dass diese Herren, mit Ausnahme weniger Monate nach der Abtretung im Jahre 1875, keinerlei Einschränkung in der freien Verfügung über ihre Interessen an dem von ihnen beanspruchten Lande unterworfen worden sind, selbstverständlich vorbehaltlich der endgültigen Feststellung des thatsächlichen Inhaltes dieser Interessen. Lord Derby hat Anlass zu glauben, dass viele der Ansprüche der Herren Hennings nach der Abtretung erworben sind. || Es ist darauf hinzuweisen, dass diese Herren für ihre von Eingeborenen verliehenen Rechtstitel einen britischen Crown Grant in fee simple für das ganze von ihnen beanspruchte Land verlangen (C. — 3584, S. 36). Sie behaupten (S. 35), dass das ihnen durch den Governor in Council aberkannte Land zu Gunsten der Krone an den Gouverneur falle. Diese Forderung und Behauptung findet sich in einem Aide-mé-

moire, welches Graf Münster im Juni 1882 Lord Granville mittheilte, und wird augenscheinlich auf eine citirte Stelle der Abtretungsurkunde gestützt. || In dieser Urkunde wird, nach Aussprechung der Abtretung des Besitzes und der vollen Souveränität und Herrschaft über die Inselgruppe an Ihre Majestät, in Artikel 4 erklärt: „dass das unbeschränkte Eigenthum aller Ländereien, welche nicht zur Zeit als derartig veräussert nachgewiesen werden, dass sie bona fide Eigenthum von Europäern oder anderen Fremden geworden sind (oder sich zur Zeit nicht im thatsächlichen Niessbrauch oder Besitz eines Häuptlings oder Stammes befinden, oder nicht thatsächlich für den wahrscheinlichen zukünftigen Unterhalt eines Häuptlings oder Stammes erforderlich sind), Ihrer genannten Majestät, ihren Erben und Nachfolgern anheimfalle". Das Aide-mémoire indess sowie die Anlage von Lord Ampthills Depesche unterlässt, denjenigen Theil des Artikels, der sich auf die Eingeborenen bezieht, anzuführen, und ist diese Auslassung (oben in Klammern gesetzt) von hoher Wichtigkeit. Denn wenn wirklich alles europäischen Reklamanten nicht zuerkannte Land der Krone anheimfiele, so würde dies möglicherweise der in dem Aide-mémoire ausgesprochenen und in den Anlagen Ihres Schreibens ausführlicher wiederholten Behauptung einen Schein von Begründung geben, dass ein Gerichtshof, der aus dem Gouverneur und anderen Verwaltungsbeamten zusammengesetzt sei, nicht als befriedigend, noch frei von Vorurtheil angesehen werden könne, da dieselben „als Vertreter von fiskalischen und politischen Interessen an dem Ausgange nicht uninteressirt seien". Da sich aber herausgestellt hat, dass fast ausnahmslos ganz Fidji von undenklichen Zeiten her thatsächlich im Niessbrauch oder im Besitz eines Häuptlings oder Stammes sich befand, oder als anerkanntes Eigenthum einer Gemeinschaft von Eingeborenen angehörte, und dass die britische Krone nur den Rechtstitel eines ultimus heres in der Zukunft erwirbt für den Fall eines etwaigen Aussterbens einer oder mehrerer dieser Gemeinschaften, so muss billigerweise zugestanden werden, dass die Möglichkeit des Eintreffens dieses Falles zu entfernt ist, als dass man daraufhin den Gerichtshof wegen Interesses an der Sache für befangen halten könnte. Man wird ferner auch finden (S. 100 von C. — 3584), dass thatsächlich nur ein Fall vor den Gerichtshof zweiter Instanz kam, an dessen Entscheidung die Krone ein unmittelbares Interesse hatte. || 8. Lord Derby will die Gesetzlichkeit oder Angemessenheit, Landreklamationen durch einen solchen Gerichtshof anstatt durch die gewöhnlichen Gerichte untersuchen zu lassen, nicht erörtern, da dieser Gegenstand endgültig vom Lordkanzler in dem auf Seite 92 von C. — 3584 abgedruckten Memorandum behandelt worden ist. Um indess die Natur einiger der zu erfüllenden Pflichten zu zeigen, soll ich auf die Karten auf Seite 64 jenes Buches hinweisen. In Betreff der Ausdehnung und der schwierigen Beschaffenheit der zu erledigenden Aufgabe soll ich auf den Seite 28 abgedruckten Schlussbericht der Landkommission hindeuten, und in Betreff der bei den verschiedenen Fällen aufgewandten Sorgfalt und Urtheilsgabe soll auf die Entscheidungen Bezug genommen werden,

Nr. 8373. Deutschland. 26. Juli 1883.

von denen Beispiele auf den Seiten 94 bis 106 zu finden sind. || 9. Man wird ersehen, dass der Hauptbeschwerde- und Wortführer derjenigen, für welche die diplomatische Intervention der deutschen Regierung angerufen wurde, der deutsche Konsul zu Sydney, Herr Sahl, in Vertretung seiner Firma Rabone Feez & Co. ist. Diese zu Sydney ansässige Firma scheint nicht in direkter Geschäftsverbindung mit den Eingeborenen gestanden zu haben, sondern hat als Gläubigerin der Fidji-Firma Hennings & Co. die Landansprüche und Sicherheiten der letzteren Firma übernommen und verfolgt und würde bedeutenden Nutzen daraus ziehen, wenn diese Ansprüche und Sicherheiten in unbestreitbare Rechtstitel umgewandelt oder für dieselben Geldentschädigungen gezahlt werden würden. || 10. Was die Natur, den Ursprung und den verschiedenartigen Charakter dieser Ansprüche und Sicherheiten anbelangt, so soll ich auf ein Memorandum Sir Arthur Gordons, S. 90 bis 91 in C. — 3584, hinweisen und zugleich auf den liberalen Geist, in welchem seitens der Landkommissare sowie seitens des Gouverneurs und des Executive Council mit gerade diesen Transaktionen verfahren worden ist. Denn aus demselben Memorandum, S. 89, ist ersichtlich, dass von einer Zahl von 109 seitens der Herren Hennings erhobenen Ansprüchen nicht weniger als 89 ganz oder theilweise anerkannt, 12 in zweiter Instanz nicht verfolgt wurden, und dass nur 8 als Gesammtzahl der zurückgewiesenen Ansprüche verbleiben, wegen welcher, und vielleicht wegen der 12 nicht weiter verfolgten Ansprüche, nunmehr auf diplomatischem Wege reklamirt wird. || 11. Wenn man die oben beschriebene Natur des Systems des Landbesitzes der Eingeborenen, die von der Landkommission bei Ermittelung der Thatsachen angewandte Methode (Klausel 17 bis 20 ihres Schlussberichts auf S. 30) und den Geist der Vermittelung, in welchem sie ihre Schlussfolgerungen zog, berücksichtigt, so mag wohl in Frage gestellt werden, ob diese Reklamanten ebensogut vor dem Supreme Court fortgekommen wären, wo natürlich starrere Regeln der Beweisführung und strengeres Festhalten am absolut gesetzmässigen Rechte die Oberhand behalten haben würden. || 12. In Bezug auf die Reklamationen der Herren Hedemann und Pfeiffer und des Herrn Pflüger, welche in der Anlage zu Lord Ampthills Depesche erwähnt sind, und auf die Reklamation der Herren Hennings betreffs Malaki Islands hat Lord Derby von Sir Arthur Gordon, der sich gegenwärtig in England aufhält, die folgenden Einzelheiten in Erfahrung gebracht: || Herrn Pflüger's Ansprüche auf Ländereien waren sieben an der Zahl: Nr. 345, 346, 684, 1004, 1025, 1032, 1033. Von diesen wurden fünf anerkannt, einer gänzlich und einer theilweise aberkannt. || Herren Hedemanns und Pfeiffers Ansprüche waren drei, Nr. 1157, 1163 und 1164. Von diesen wurde einer im Umfange von 670 Acres anerkannt, mit der gewiss gerechtfertigten Ausschliessung des öffentlichen Badeplatzes der Stadt Vcisagi. Dieser Anspruch wurde allerdings hinsichtlich des grösseren Theiles, von einigen 40 000 Acres, mit 13 Städten und ihren Ländereien, über welche die Verkäufer keinerlei Rechte hatten, aberkannt. Der zweite wurde aberkannt in

Folge des zweifelhaften Charakters der Urkunden und des Kaufes und in Folge des fortgesetzten entgegenstehenden Besitzes. Der dritte wurde in Bezug auf die Front anerkannt und mit Seitenlinien soweit, dass die Bodenfläche 500 Acres ausmacht. (Auf der zweiten Karte auf S. 64 von C. — 3584 ist ersichtlich, dass die Ansprüche dieser Herren bei der Vermessung als auch von Anderen beanspruchtes Land umfassend befunden wurden). || 13. In Bezug auf die Insel Malaki war die Betheiligung der eingeborenen Eigenthümer an dem angeblichen Verkaufe seinerzeit nachgesucht und deren Nothwendigkeit anerkannt worden, wie sich aus der Thatsache ergiebt, dass den gedachten Eingeborenen Bezahlung angeboten wurde. Es ist indess als ganz zweifellos erwiesen worden, dass die Eigenthümer, welche damals Malaki in Besitz hatten, die Zahlung nie angenommen, dieselbe im Gegentheil, als sie ihnen zugesandt wurde, unverzüglich zurückgeschickt und die Anerkennung der Gültigkeit des Verkaufs fest und beharrlich verweigert haben. Die Frage lief somit wesentlich auf die des thatsächlichen Besitzes hinaus, und obgleich die Eingeborenen nachwiesen, dass sie denselben niemals gänzlich aufgegeben hätten, so erschien dem Governor-in-Council die Okkupation, welche von den Herren Hennings nachgewiesen wurde, obwohl schwach, doch genügend, um die Anerkennung ihres Anspruchs zu rechtfertigen. Da die Eingeborenen gegen diese Entscheidung appellirten, wurde der Fall sehr eingehend vor dem Board of Rehearing von neuem verhandelt, wobei den Herren Hennings der geschickteste Rechtsanwalt in der Kolonie zur Seite stand. Der genannte Gerichtshof gelangte zum Schluss, dass das Recht der Eingeborenen das bessere von beiden sei, und verwarf die frühere Entscheidung. || 14. Der einzig übrige, in der Anlage zu Lord Ampthills Depesche oder in Graf Münsters Schreiben mit Namen angeführte Fall bezieht sich auf die Insel Nacula. In beiden Schriftstücken wird derselbe Ihrer Majestät Regierung als ein schlagendes Beispiel für das Unrecht vorgeführt, welches deutschen Unterthanen zugefügt sei durch die Zurückweisung ihrer gerechten Ansprüche, die durch Dokumente, welche „den Namen von Fürsten und sogar des früheren Königs der Fidji-Inseln und der Minister desselben trugen", beurkundet gewesen seien. Die thatsächlichen Verhältnisse dieses Falles sind in der Entscheidung auf S. 95 von C. — 3584 geschildert. Daraus geht hervor, dass Tui Bua diese Insel verkauft und Cakobau den Verkauf bestätigt hat, ohne dass einer der Beiden irgend einen Rechtstitel auf dieselbe besass, indem dieselbe vor, während und seit jenem Rechtsgeschäft in ungestörtem Eigenthum und Besitz gewisser Eingeborenen gewesen ist und sich noch befindet, welche sich an dem Verkaufe nicht betheiligt haben, und deren Vorfahren seit undenklichen Zeiten als Eigenthümer in Besitz gewesen waren. || 15. Ich soll bemerken, dass Lord Derby nicht umhin kann, seine Besorgniss auszudrücken, dass die deutsche Regierung nur sehr unvollständige Information betreffs der in Frage stehenden Beschwerden erhalten haben kann. Ich verbleibe etc.

John Bramston.

Nr. 8374. DEUTSCHLAND. — Eingabe des Konsuls Sahl in Sydney. — Neue Reklamationen und Werthanschlag der entzogenen Ländereien.

Sydney, N. S. W., den 16. Oktober 1883.

Nr. 8374. Deutschland. 16. Okt. 1883.

Mit Bezugnahme auf meine früheren Berichte, betreffend die Regulirung meiner Landforderungen, bezw. Ansprüche an die lokale Regierung in Fidji, erlaube ich mir heute ganz unterthänigst einen weiteren Fall Euerer Durchlaucht behufs Kenntnissnahme des mir geschehenen Unrechts zu unterbreiten.

Die seinerzeit in meinen Besitz durch Kauf übergegangene Firma F. & W. Hennings war am 12. April 1878 vor der durch die Regierung von Fidji ernannten Landeskommission vertreten, um ihre Anrechte auf eine Strecke Landes „Tui na Taci" an der Küste von Toi Levu auf Viti Levu geltend zu machen und um eine neue Besitzurkunde gegen Rückgabe der Original-Kaufbriefe zu erlangen. || Das in Frage stehende Land war im Jahre 1871 durch Mainwairing Hugh Frazer von den Eingeborenen angekauft und im Jahre 1873 mit einigen anderen kleinen Ländereien für 800 Pfd. Sterl. durch dessen Vormund an die Firma Hennings abgetreten. || Die ursprüngliche Grösse dieses Grundbesitzes belief sich auf ungefähr 2000 bis 2700 Acres, von welchen ungefähr 300 bis 400 Acres flaches Land repräsentirten. || Nachdem die Landeskommission die Besitzurkunde eingehend geprüft und ihren Bericht darüber dem Gouverneur und Executive Council zur Entscheidung eingereicht hatte, wurden mir die nachstehenden Bescheide zu Theil, nämlich, dass nur ein Theil des von mir beanspruchten Landes bewilligt wäre und auf meine weitere Anfrage bei dem Landdepartement, dass sich diese Entscheidung auf 300 Acres beziehe. || Da es unter den obwaltenden Umständen unmöglich war, gegen diese Entscheidung zu appelliren, war ich gezwungen, mich in dieses, mir angethane Unrecht zu fügen und die 300 Acres anzunehmen. Als nach langer Zeit endlich die Besitzurkunde ausgefertigt war, bemerkte ich, dass die darin enthaltene Fläche nur 57 Acres betrug. Ich wies in Folge dessen die Annahme der Urkunde zurück und machte das Gouvernement darauf aufmerksam, dass hier ein Irrthum obwalten müsse. || Ich appellirte gegen ein solches Verfahren bei dem zuständigen Appeal Court; der Fall wurde vertagt, bis die Regierung die nöthige Information über die Beweggründe der Abänderung einziehen konnte. || Schliesslich im August 1883, bei Eröffnung des Appeal Court, wurde mir durch den Gouverneur als Präsident mitgetheilt, dass die Vermessung nur 57 Acres ergeben hatte, dass demnach meine Forderung auf das mir zugesprochene Land von 300 Acres abschlägig beschieden werden müsste, was um so auffallender war, da dieses Urtheil in öffentlicher Sitzung des Appeal Court und ohne jegliche Vernehmung von Zeugen und Aussagen des Landvermessers und ohne Protest seitens der Eingeborenen geschah. || Da den Gesetzen gemäss es Niemandem zusteht, den Ausspruch des Gouverneurs im Council in irgend einer Weise zu beanstanden oder demselben zuwiderzu-

handeln, so würde eine Umstossung der ursprünglichen Entscheidung nur dadurch ihre Rechtfertigung gefunden haben, wenn gegen das erste Urtheil Proteste seitens anderer Parteien, welche angeblichen Anspruch auf dasselbe Land haben, eingereicht worden wären, was ja aber in dieser Forderung durchaus nicht der Fall ist. || Indem mir nun in der Kolonie von Fidji keine anderen Wege offen stehen, zu meinem Recht und Eigenthum zu gelangen, sehe ich mich gezwungen, Euere Durchlaucht um geneigte Wahrung meiner Interessen in vorbenanntem Falle ganz gehorsamst und unterthänigst zu bitten, und zeichne Euerer Durchlaucht etc.

Carl L. Sahl.

Sydney, N. S. W., den 18. Oktober 1883.

Euerer Durchlaucht erlaube ich mir ganz ergebenst einen Werthanschlag der Ländereien zu geben, die mir auf unberechtigte Weise von der Fidjiregierung entzogen worden sind:

Insel „Malaki“, Bericht vom 9. Oktober 1882, 500 Acres	2000 Pfd. Sterl.
Insel „Nacula“, Bericht vom 3. Mai 1882, 800 Acres oder die Zahlung des Wechsels Tui Bua's von 870 Pfd. Sterl. mit 10 Prozent Zinsen von dem Jahre 1866 an.	3200 „ „
„Ura“ Tavium (Vakawau), 589 Acres à 5 Sh. Stlg.	2945 „ „
Osonovono, Bericht vom 30. März 1883, 320 Acres à 5 Sh. Stlg.	1600 „ „
„Tui na Taci“, Berichte vom 16. Oktober 1883, 243 Acres à 5 Sh. Stlg.	1215 „ „
	10 960 Pfd. Sterl.

Meine bereits im Bericht vom 4. Mai 1883 erwähnten Ansprüche auf die Grundstücke von „Vala Vala“, 12 800 Acres, und „Natasa“, 2540 Acres, zusammen 15 340 Acres, sind jetzt von der grössten Wichtigkeit, besonders da, wie mir offiziös durch das Landesdepartement mitgetheilt worden, der Gouverneur in Council entschieden hat, die obgenannten Areale auf 2000 und 500 Acres resp. zu reduziren, was in solchem Falle mir sämmtliches nutzbares Land entzieht und nur Stein- und Bergland, gänzlich ohne Werth, in meinen Besitz bringt. Es sind dies die zwei einzigen Landansprüche, die eine grössere Ausdehnung haben, um in grösserem Maasstabe Plantagen etc. anlegen zu können. Der momentane Werth dieser Grundstücke ist auf 2 Pfd. Sterl. pro Acre geschätzt oder 30 680 Pfd. Sterl. || Weiteres Unrecht wurde mir dadurch zugefügt, dass die Regierung mir in Levuka die Wasserfront entzogen und in einem gewissen Falle sogar Erlaubniss gegeben, ein öffentliches Gebäude auf reclamirtes (eingefülltes) Land vor meinem Eigenthum aufzubauen, so dass, anstatt am Wasser zu liegen, mein Eigenthum in der Hinterstrasse liegt etc. || Die wesleyanische Mission, welche sich in einer ähnlichen Wasserfrontange-

Nr. 8374. Deutschland. 16 Okt. 1883.

legenheit durch die Handlung des Gouverneurs zurückgesetzt fühlte, wendete sich durch ihre Vertreter in London an die englische Regierung direkt, mit dem Resultate, dass das von derselben beanspruchte Land (Jore shore) und sogar noch mehr als die gestellte Forderung derselben zugesprochen wurde und sie dafür die nöthige Besitzurkunde erhielt. || Bemerken möchte ich noch, dass die Besitzurkunden, worauf ich mein Eigenthumsrecht gründete, denen der englischen Mission (und worauf ihr die Wasserfront zuerkannt wurde) gleichstehen. || Die Firma Hennings hatte sehr zur Werthbarmachung des Eigenthums beigetragen, indem sie diese Wasserfront zur Erbauung von einer Werft zur Ein- und Ausladung von Schiffen benutzte. || Ich bitte ganz ergebenst, dahin wirken zu wollen, dass den Herren Hennings und mir die durch die willkürliche Handlung des Gouverneurs entzogene Wasserfront zurückgegeben werde, oder uns eine angemessene Geldentschädigung dafür von der englischen Regierung geleistet wird. || Die Regieruug hat auf keine Weise versucht, diese Wasserfront zu verbessern oder zum Nutzen des Publikums zu verwerthen, und die Herren Hennings und ich sind verhindert, es selbst zu thun, trotzdem, dass wir ganz dazu bereit sind und wir uns zu diesem Zweck auch der Regierung gegenüber gern verpflichten würden. || Auch den Verlust an Zinsen des brachliegenden Kapitals, welcher sich laut meinem Bericht vom 18. Mai 1882 auf 48 142 Pfd. Sterl. stellte, wünsche ich ganz ergebenst in Erinnerung zu bringen. || Nach meiner heutigen Eingabe ist es abermals zu ersehen, dass es durchaus nur durch die Willkür der Regierung geschah, dass die Regulirung der Landfrage nicht schon längst und auf eine zufriedenstellendere Weise in Ordnung gebracht worden ist. || Im Falle die englische Regierung die Wiedereröffnung der Landfrage in Fidji nicht wieder anregen will, ersuche ich ganz ergebenst, dass mir eine angemessene Entschädigung für die mir entzogenen Ländereien gegeben werde, und wende ich mich nun an Euere Durchlaucht in vollem Vertrauen, mich im Erlangen meines Rechts zu unterstützen und ganz besonders darauf zu bestehen, dass meine Ansprüche auf „Vala-Vala“ 12 800 Acres und „Natasa“ 2540 Acres, die noch nicht offiziell entschieden sind, nicht nach der Willkür des Gouverneurs von Fidji erledigt werden, besonders da er jetzt weniger wie je geneigt sein wird, meine gerechten Forderungen anzuerkennen. || Es ist jetzt in Fidji sowohl als auch in der Südsee durch das eben publizirte Blue Book der englischen Regierung, betreffend die Landfrage, allgemein bekannt, dass ich mich zum Schutze und Wahrung meiner Interessen an Euere Durchlaucht gewandt habe, und die Nichterlangung meiner Rechte wird nicht nur ein schwerer und entmuthigender Verlust für mich sein, sondern auch ein Schlag für das ganze deutsche Interesse in der Südsee, auf welches es einen niederdrückenden Einfluss ausüben wird. || Euerer Durchlaucht etc.

Carl L. Sahl.

Nr. 8375. **DEUTSCHLAND.** — Botschafter in London an den engl. Min. des Ausw. — Die deutsche Regierung wünscht die Auffassung der engl. Regierung, nicht diejenige des Kolonialamts zu erfahren.

Deutsche Botschaft, den 18. Oktober 1883.

Nr. 8375. Deutschland. 18. Okt. 1883.

Mylord, — Die Note, betreffend die Landreklamation auf Fidji, welche Euere Excellenz unter dem 23. Juli d. J. an mich zu richten die Güte hatten, habe ich seinerzeit nicht verfehlt zur Kenntniss meiner Hohen Regierung zu bringen. Die Kaiserliche Regierung hat mit Interesse davon Kenntniss genommen, vermisst jedoch in derselben eine bestimmte Antwort auf den ausführlich motivirten Vorschlag, die deutschen Reklamationen durch beiderseitige Kommissare erledigen zu lassen. Die Note verweist vielmehr in dieser Beziehung auf ein beigefügtes Schreiben des Kolonialamts an den Unterstaatssekretär des auswärtigen Amts vom 25. Juni d. J., worin sich ersteres für Ablehnung des Vorschlages ausspricht und wegen näherer Motivirung seiner Ansichten wiederum auf verschiedene Gutachten in einem der Kaiserlichen Regierung mitgetheilten Blaubuch über Land Claims in Fidji Bezug nimmt. || Die Note vom 30. Juli geht dagegen über die von deutscher Seite in der Angelegenheit geltend gemachten thatsächlichen und rechtlichen Gesichtspunkte hinweg, und drückt nur die Hoffnung aus, dass eine vollständigere Kenntniss des Thatbestandes und der Erwägungen, welche zur Entscheidung des Staatssekretärs für die Kolonien geführt haben, ihre volle Wirkung haben werde. || Die Kaiserliche Regierung hält jedoch auch nach sorgfältigster Prüfung der von Euerer Excellenz gütigst zur Verfügung gestellten Drucksachen nach wie vor an ihrer Ueberzeugung von der Berechtigung der Beschwerden gegen die in der Landfrage ergangenen Entscheidungen der Kolonialbehörden auf Fidji fest, zumal derselben, soweit Reklamationen von Reichsangehörigen in Betracht kommen, ein weit reichhaltigeres Material zu Gebote steht, als in dem Schreiben des Kolonialamts vom 25. Juni d. J. oder in dem Blaubuch über Fidji Land Claims zu finden ist. || In Betreff der in Euerer Excellenz Note vom 23. Juli angezogenen, aus dem in dem Blue Book abgedruckten Memorandum von Sir Arthur Gordon stammenden Notiz betreffs der Reklamationen der Gebrüder Hennings erlaube ich mir nur noch zu bemerken, dass die bezüglichen Reklamationen in einem anderen Lichte erscheinen, wenn man die in dem Memorandum nur unvollständig mitgetheilten maassgebenden Zahlen über die Grösse der den Gebrüdern Hennings zuerkannten oder abgesprochenen Grundstücke genauer ins Auge fasst. Nach der dem auswärtigen Amt vorliegenden Statistik hatten die Kolonialbehörden in Fidji von den Hennings'schen Eigenthumstiteln für gültig erklärt 80 im Betrage von 28 839 Acres Land, für ungültig 31 im Betrage von 61 719 Acres. In 12 Fällen hat Herr Sahl als Rechtsnachfolger der Gebrüder Hennings auf eine weitere Verfolgung der Ansprüche auf Ländereien, die ein Areal von 25 450 Acres umfassen, frei-

Nr. 8375. Deutschland. 18. Okt. 1883.

willig verzichtet. Bringt man diesen Betrag in Abrechnung, so ergiebt sich als Resultat, dass den deutschen Reklamanten 36 269 Acres genommen und 28 839 Acres zugebilligt sind. Die im Vergleich zu dem Umfang des bewilligten Areals grosse Zahl der anerkannten Eigenthumstitel erklärt sich daraus, dass letztere vielfach auf kleine Parzellen innerhalb der Stadt Levuka — sogenannte town lots — Bezug haben. || Die Kaiserliche Regierung, welche sehr eingehende Informationen über den Gegenstand der vorliegenden Beschwerden besitzt, ist bereit, wenn erforderlich, weitere Beweisstücke vorzulegen, sobald sie durch eine direkte Antwort Euerer Excellenz auf die in der Note vom 25. April d. J. enthaltenen Ausführungen in den Stand gesetzt ist, die Auffassung der Königlich grossbritanischen Regierung über die vorliegenden Reklamationen, deren prinzipielle Bedeutung für die Kaiserliche Regierung ausdrücklich betont ist, näher kennen zu lernen. || Mit der ausgezeichnetsten Hochachtung u. s. w.

Münster.

Nr. 8376. DEUTSCHLAND. — Eingabe des Konsuls Sahl in Sydney. — Reklamation, betreffend das Levonithal.

(Auszug.)

Sydney, N. S. Wales, den 6. December 1883.

Nr. 8376. Deutschland. 6. Dec. 1883.

Euerer Durchlaucht habe ich wiederum die Ehre eine weitere Angelegenheit betreffs meiner Landforderungen in Fidji zu unterbreiten. || Im Jahre 1872 kam der Premierminister der damaligen Regierung von Fidji, Herr George Austin Woods, nach Sydney, um eine Staatsanleihe zu erheben. Zu diesem Zweck war derselbe mit den üblichen Vollmachtskredenzien, welche eigenhändig von König Cakobau und seinem Chefsekretär unterzeichnet waren, versehen. || Die zu erhebende Anleihe sollte für nöthige Arbeiten und nützliche Anschaffungen von der Regierung verwendet werden, und meine Firma Rabone Feez & Co. dahier entschloss sich, die gewünschte Anleihe im Betrage von 2000 Pfd. Sterl. abzuschliessen, wogegen als Garantie eine förmliche Hypothek auf verschiedene Ländereien ausgefertigt und am 1. Juni 1872 von König Cakobau und seinem Ministerium anerkannt und unterzeichnet wurde und somit als öffentliche Urkunde in Fidji wohlbekannt war. || Im Jahre 1873 wünschte die Regierung, einen Theil der Gelder abzuzahlen, um die Schuld zu verringern, was auch geschah, in Folge dessen wir die Rückgabe von 10 000 Acres Land, welche auf den Inseln Vau und Viti Levu sich befanden, und welche in der Hypothek benannt waren, genehmigten. || Demnach verblieb meiner Firma nur noch die Hypothek des Levonithales auf der Insel Ovalau. || Im Jahre 1874, während meiner Anwesenheit in Fidji, hatte ich eine Rücksprache mit Kommodore Goodenough, welcher zur Zeit in einer politischen Mission im Auftrage der grossbritannischen Regierung die Inselgruppe von Fidji besuchte und bei welcher Gelegenheit derselbe sehr befür-

Nr. 8376. Deutschland. 6. Dec. 1883.

wortete, dass das Land auf der Insel Ovalau ohne Verzug in den Besitz von Europäern kommen sollte, falls eine Annektirung seitens Englands ausser Möglichkeit wäre, um vielleicht mit der Zeit eine ähnliche Kolonie, wie die von Hongkong in China, zu etabliren. || Ich setzte nun die Regierung von Fidji davon in Kenntnis, dass ich die Besitznahme des mir in der Hypothek überschriebenen Landes im Levonithale auszuführen beabsichtigte, worauf sich dieselbe bereit erklärte, mir besagte Schuld durch dieses Land abzuzahlen, und dabei dasselbe zu zehn Shillingen per Acre schätzte. || Während diese Arrangements noch unter Diskussion standen, trat die eben ins Leben gerufene Fidji Banking Company auf, und da dieselbe unter ihrem Vertrage (Charter) mit der Regierung 10 000 Acres Land erhalten sollte, worunter auch welches im Levonithale, so verpflichtete sich dieselbe, unsere Hypothek zu übernehmen, im Falle, dass die Regierung ihr einen Besitztitel (Urkunde) für das ganze Areal im Levonithale übergebe. Dieser Vorschlag wurde seitens der Regierung angenommen und eine Besitzurkunde demgemäss für 2725 Acres (Betrag meiner Hypothek) und 2025 Acres (als Berechtigung unter deren Charter) an die Bank ausgefertigt. || Da nun das Areal des Levonithales als ein Ganzes von 4750 Acres ein werthvolles Eigenthum für Kultivation bildete, so kam ich mit der Fidji Banking Company ins Einverständniss, dieses Land gemeinschaftlich mit derselben zu bebauen und nutzbar zu machen; aus dieser Ursache und dem Grunde, dass die Bank stets an Ort und Stelle war, vertrat dieselbe späterhin nach der Annektirung Fidji's seitens der englischen Regierung meine Interessen in dieser Angelegenheit vor der Landkommission. || Zur weiteren Aufklärung muss ich noch bemerken, dass während der Zeit, als diese Verhandlungen noch im Gange waren, die vorbenannte Fidji Banking Company in den Besitz der Bank of New Zealand überging und letztere sämmtliche Aktiva und Passiva der Ersteren übernahm. Es begab sich nun, dass die Bank of New Zealand gewisse Forderungen an die englische Regierung von Fidji hatte und ferner im Besitze von Staats-Werthpapieren der früheren Cakobauregierung war, welche von England gezahlt werden sollten. Beim Antritt der Regierung durch Sir Arthur Gordon zeigte sich derselbe schon abgeneigt, unsere gemeinschaftlichen Forderungen zu gewähren, was aus seiner Korrespondenz mit Lord Carnarvon aus dem Blaubuch hervorgeht. || Später jedoch versprach Sir Arthur Gordon uns dieses Besitzthum unter der Bedingung, dass die Bank seine Konditionen behufs oben erwähnter Forderungen, mit denen unsere gemeinschaftliche Forderung gar nichts gemein hatte, annehmen würde. || Obgleich ich nun wiederholt bei Sir Arthur Gordon gegen ein solches Verfahren protestirte und demselben auf's genaueste vorstellte, dass die Forderungen der Bank in keiner Weise irgend etwas mit der gemeinschaftlichen Levoniforderung zu thun hatten und mir durch die Vorenthaltung einer Besitzurkunde grosses Unrecht zugefügt würde, so war es mir nie vergönnt, Genugthuung zu erlangen. || Endlich, nach geraumer Zeit, nahm die Bank die von der Regierung gestellten Bedingungen an, und hofften wir,

Nr. 8376. Deutschland. 6. Dec. 1883.

dadurch in den sofortigen, uns versprochenen und von der Annahme obiger Bedingungen abhängigen Besitz des Levonithales zu gelangen. Jahre verflossen, und die Besitzfrage blieb eine schwebende; schliesslich, im November 1882 erschien eine öffentliche Bekanntmachung in der Royal Gazette, welche die Entscheidung des Gouverneurs ausdrückte, nämlich dass unserer Forderung kaum zur Hälfte Genüge geleistet werden sollte. || Es stellte sich nun heraus, dass der Theil, welcher demnach unser Besitzthum zu werden bestimmt war, nur aus Bergland und Felsen bestand und sämmtliches fruchtbare Land davon ausgeschlossen war. || Euerer Durchlaucht erlaube ich mir nun ganz unterthänigst obige Angelegenheit zu unterbreiten mit der Bitte, nach gefälliger Einsicht darauf hinzuwirken, dass das mir seitens der englischen Regierung in Fidji zugefügte Unrecht gutgemacht und ich in den Besitz des von mir beanspruchten Landes im Levonithale gesetzt werde, oder dass, wenn dieses nicht zulässig, mir der Werth des entzogenen Landes, welches auf 6 Pfd. Sterl. pro Acre geschätzt ist, vergütet werde.

Carl L. Sahl.

Nr. 8377. DEUTSCHLAND. — Reichskanzler an den deutschen Botschafter in London. — Die engl. Regierung ist an Beantwortung des deutschen Vorschlages (No. 8370) zu erinnern.

Berlin, den 31. Dezember 1883.

Nr. 8377. Deutschland. 31. Dec. 1883.

Unter Bezugnahme auf meinen Erlass vom 1. Oktober d. J.*), die Landfrage in Fidji betreffend, beehre ich mich Euere Excellenz zu ersuchen, bei der dortigen Regierung gefälligst in Erinnerung bringen zu wollen, dass der diesseitige Vorschlag, die deutschen Reklamationen durch beiderseitige Kommissare zu erledigen, bisher unbeantwortet geblieben ist. || Eine baldige Rückäusserung der britischen Regierung erscheint um so wünschenswerther, da immer neue Fälle, in denen die Kolonialbehörden in Fidji deutschen Staatsangehörigen das Eigenthum an den von ihnen erworbenen Ländereien ohne genügenden Grund abgesprochen haben, hier zur Kenntniss gebracht werden.

Der Reichskanzler.
Im Auftrage: Busch.

Nr. 8378. DEUTSCHLAND. — Botschafter in London an den Reichskanzler. — Ablehnung der gemischten Kommission durch die engl. Regierung. Memorandum des Kolonialamts.

(Auszug.) London, den 11. Januar 1884.

Nr. 8378. Deutschland. 11. Jan. 1884.

In Erledigung des hohen Erlasses vom 31. Dezember v. J. beehre ich mich Euerer Durchlaucht in der Anlage Abschrift einer Note Lord Granville's

---

*) Nicht abgedruckt. Anm. des Weissbuchs.

vom 9. d. M. nebst einem Memorandum und dem darin angezogenen Blue Book, betreffend die Landfrage in Fidji, ganz gehorsamst vorzulegen. || Aus derselben geht hervor, dass die grossbritannische Regierung nicht geneigt ist den Wünschen der Kaiserlichen Regierung bezüglich der Regelung der Landansprüche zu entsprechen. Münster.

Anlage 1. (Uebersetzung.)

Auswärtiges Amt (London), den 9. Januar 1884.

Herr Botschafter, — Unter Bezugnahme auf meine Note vom 9. November v. J. beehre ich mich, Euerer Excellenz behufs Mittheilung an Ihre Regierung beifolgend ein Memorandum zu überreichen, welches die Ansichten Ihrer Majestät Regierung hinsichtlich der Reklamationen gewisser deutschen Unterthanen auf Ländereien in Fidji wiedergiebt und die Gründe entwickelt, welche Ihrer Majestät Regierung zu ihrem Bedauern verhindern, den in Euerer Excellenz Note vom 18. Oktober v. J. ausgesprochenen Wünschen zu entsprechen. || Ich beehre mich etc.

gez. Granville.

Seiner Excellenz dem Grafen Münster etc.

Anlage 2. (Uebersetzung.)

Memorandum, betreffend deutsche Landansprüche auf Fidji.

Die hier behandelten Vorstellungen sind in zwei Noten des Grafen Münster vom 18. October v. J. enthalten*), in welchen der von der deutschen Regierung gemachte Vorschlag wegen Einsetzung einer gemischten Kommission behufs „Erledigung der deutschen Reklamationen" erneuert wird. Der Vorschlag ging ursprünglich von Herrn Sahl, dem deutschen Konsul zu Sydney, aus, welcher beantragte, dass „eine von der Kolonialregierung in Fidji unabhängige Kommission mit der (gerechten und unparteiischen) Prüfung und Entscheidung im Sinne des Artikels 4 der Abtretungsakte von 1875 (gemeint ist die Abtretungsurkunde von 1874), unter eventueller Hinzuziehung des Kaiserlichen Generalkonsuls in Sydney, betraut werde." || 2. Graf Münster machte am 26. April v. J. den Vorschlag, dass „in allen Fällen, wo die rechtmässige Erwerbung in den unter der früheren Herrschaft als gültig anerkannten Formen ordnungsmässig beurkundet ist, oder wo in Ermangelung einer solchen Beurkundung nicht positive Beweise gegen die bona fide Erwerbung gebracht worden sind, das Eigenthum der betreffenden Angehörigen des deutschen Reiches anerkannt und bestätigt werden sollte. In denjenigen Fällen indess,

---

*) Die zweite Note des Grafen Münster vom 18. Oktober 1883, welche eine Berichtigung der englischen Angaben, betreffend die Zahl der erledigten Landreklamationen, enthält, ist nicht abgedruckt. Anm. des Weissbuchs.

Nr. 8378. Deutschland. 11. Jan. 1884.

auf welche die vorstehenden Grundsätze Anwendung finden, wo aber in Folge der ergangenen Entscheidungen die von deutschen Reichsangehörigen reklamirten Ländereien bereits an Eingeborene überwiesen oder von den Kolonialbehörden für öffentliche Zwecke verwandt worden sind und die Rückgabe an die nach dem Vorstehenden berechtigten Personen thatsächlich Schwierigkeiten bieten würde, sollte den letzteren eine der Billigkeit entsprechende, von Kommissaren der beiden Regierungen zu bestimmende Entschädigung gewährt werden.“ || 3. Graf Münsters Note vom 26. April schien die Aufgabe der vorgeschlagenen Kommission darauf zu beschränken, dass sie die Höhe der Entschädigung in gewissen, vorher von einer anderen Körperschaft bestimmten Fällen abzumessen habe. Der vorliegende Vorschlag scheint aber darauf hinauszugehen, dass, wie Herr Sahl es wünschte, eine gemischte Kommission nach Fidji entsandt werde, um über die deutschen Reklamationen zu entscheiden, und dass alle Personen in Fidji, welche mit den fraglichen Ländereien etwas zu thun haben, an das gefällte Urtheil gebunden sein sollen. Man glaubt annehmen zu müssen, dass dies die Absicht des Vorschlages ist; denn es geht aus den Fällen Malaki und Na Cula, auf welche sich die §§ 13 und 14 des Schreibens des Kolonialamts vom 25. Juni beziehen, deutlich hervor, dass eine blosse Prüfung der von Herrn Sahl der deutscheu Regierung eingereichten Schriftstücke zu einem befriedigenden Ergebniss nicht würde führen können. || 4. Lord Derby hat schon in dem soeben erwähnten Schreiben Gründe angegeben, welche es ihm unmöglich machen, auf einen derartigen Vorschlag einzugehen. Er hat indess nicht verfehlt, die Angelegenheit wiederholt zu prüfen, um nicht durch eine Erwiederung ohne vorhergehende weitere Erwägung des dort angenommenen Standpunktes den Schein eines Mangels an Aufmerksamkeit gegenüber den Beschwerden einer befreundeten Macht unabsichtlich auf sich zu laden. Er bedauert indess nach umfassender und sorgfältiger Erwägung, dass er aus Gerechtigkeit gegen die anderen, an diesen Ländereien interessirten Personen zu keinem anderen Schluss, als dem in seinem Schreiben vom 23. Juni mitgetheilten, kommen kann. || 5. Ihrer Majestät Regierung bemerkt, dass die Note vom 26. April von „dieser wohlbegründeten Forderung deutscher Reklamanten auf diplomatische Vertretung ihrer wohlerworbenen Rechte“ und dass die gegenwärtige Note von Ländereien spricht, welche den deutschen Reklamanten genommen seien. Es kann indess nicht zugegeben werden, dass diese Ausdrücke den Thatsachen entsprechen, denn die deutschen Reklamanten haben zu zwei verschiedenen Malen Gelegenheit gehabt, ihren Rechtstitel vor Tribunalen zu beweisen, die zum Zwecke der Untersuchung solcher Reklamationen eingesetzt worden waren, und zu beiden Malen ist es ihnen nicht gelungen, das Tribunal davon zu überzeugen, dass sie rechtmässig irgend welche Rechte auf dasjenige Land erworben hätten, welches sie jetzt in einer dritten Untersuchung vor einer gemischten Kommission, vermuthlich auf Grund derselben Beweismittel wie bei den beiden früheren Gelegenheiten, zu erlangen suchen. Man kann überdies nicht behaupten, dass das Land

den Reklamanten genommen worden sei, wenn man sieht, dass ihr Recht auf dasselbe nicht anerkannt worden ist, während andererseits ihre Ansprüche nur hätten befriedigt werden können, wenn man das Land dem Besitz und der Okkupation derjenigen Personen entzogen hätte, deren Rechtstitel zweimal als die besseren anerkannt worden waren. Die Geschichte eines jeden Rechtsgeschäfts ist zweimal an Ort und Stelle untersucht worden; die Reklamanten haben alle möglichen Beweise zur Unterstützung ihres Rechts auf das Land vorgebracht, und zweimal ist es ihnen misslungen, dieses Recht zur Anerkennung zu bringen. || 6. Nach Ansicht Ihrer Majestät Regierung würde der Frage, die Kolonialgesetze dahin abzuändern, dass eine dritte Untersuchung gesetzlich zugelassen würde, nur in einem Falle näher getreten werden können, nämlich wenn die Inkompetenz oder Parteilichkeit der früheren Tribunale klar bewiesen worden wäre. Letzteres ist aber durchaus nicht der Fall gewesen. || 7. Vor der Abtretung der Fidji-Inseln an Grossbritannien waren viele auf Ländereien bezüglichen Rechtsgeschäfte zwischen Europäern oder Amerikanern einerseits und Eingeborenen von Fidji andererseits abgeschlossen worden. Dieselben waren durch Dokumente beurkundet worden, welche von den angeblichen Käufern oder für sie entworfen und in einem Idiom abgefasst waren, das von den angeblichen Verkäufern auch beim Sprechen besten Falles nur höchst unvollkommen verstanden wurde. Unterzeichnet wurden die Dokumente nur mit Handzeichen seitens des Verkäufers, dem der Natur des Falles nach keine unabhängigen Rathschläge zur Seite stehen konnten. Auf diese Transaktionen folgte in einigen Fällen thatsächliche Besitznahme, während in anderen kein Versuch gemacht worden ist, einen Rechtstitel geltend zu machen oder das Land zu okkupiren oder zu benutzen, und in einigen dieser Fälle Vorgänge höchst unregelmässiger Natur bekannt geworden sind. || 8. Es war offenbar eine der ersten Pflichten der britischen Behörden, durch eine Untersuchung und Entscheidung über die Rechtstitel der Personen, welche gekauft zu haben behaupteten, alle wohlbegründeten Ansprüche auf eine sichere Grundlage zu stellen. Es wurde die Nothwendigkeit einer solchen Untersuchung in der Abtretungsurkunde anerkannt, und als Sir Arthur Gordon zur Uebernahme des Gouvernements abreiste, instruirte ihn Lord Carnarvon unterm 4. März 1875 dahin: „Um bestehenden Landbesitz möglichst wenig zu stören, und um alle ehrlichen, vor der Abtretung eingegangenen Verträge (soweit und unter denjenigen Modifikationen, welche in jedem einzelnen Falle von der Gerechtigkeit und Staatsweisheit erfordert werden) aufrecht zu erhalten, solle die Kolonialregierung, auf welche in dieser Beziehung alle Rechte der Krone übergegangen seien, unverzüglich alle Europäer, welche Land durch Kauf erworben zu haben behaupten, auffordern, genügende Beweise für die Rechtsgeschäfte mit den Eingeborenen, auf welche sie ihren Rechtstitel stützen, beizubringen. Und die Kolonialregierung solle, wenn das Land ehrlich und zu einem angemessenen Preise erworben erscheine, denjenigen Personen, welche nach gehöriger Untersuchung als Besitzer anerkannt worden seien, Crown grants für das volle

Nr. 8378. Deutschland. 11. Jan. 1884.

Eigenthum (in fee simple) an dem Lande, zu welchem sie berechtigt erscheinen, ausfertigen." || 9. Es ist daher klar, dass von Anfang an die Einsetzung eines besonderen Tribunals in Aussicht genommen war, und ausser den entscheidenden Gründen für diese Maassregel, welche der Lordkanzler in dem auf Seite 92 in C 3584 abgedruckten Memorandum gegeben hat, ist hier noch zu bemerken, dass, wäre die Regelung dieser Reklamationen den gewöhnlichen Gerichten überlassen worden, das Ergebniss wahrscheinlich die gänzliche Zurückweisung wenigstens der grössten Mehrheit derselben gewesen sein würde. Die Verträge hätten nothwendigerweise nach den Gesetzen und Gewohnheiten der Eingeborenen berutheilt werden müssen, unter denen sie zur Zeit, als englisches Recht auf den Inseln noch keine Geltung hatte, abgeschlossen worden waren; und da aus den Schriftstücken Nr. 19, 25, 33 und 34 von C 3584 und ihren Anlagen hervorgeht, dass diese Gesetze und Gewohnheiten eine absolute Entäusserung von Land, wie sie in europäischen Rechtssystemen besteht und durch die in Rede stehenden Rechtsgeschäfte angeblich herbeigeführt sein soll, nicht anerkannten, so darf kaum bezweifelt werden, dass die Gerichte der englischen Kolonie gezwungen gewesen wären, die meisten, wenn nicht alle, Reklamationen zurückzuweisen. || 10. Eine allgemeine Zurückweisung der Reklamationen würde in den Fällen, wo das in gutem Glauben erworbene Land jahrelang thatsächlich okkupirt gewesen ist, nicht der Billigkeit entsprochen haben. Obgleich daher die Gemeinschaften der Eingeborenen dadurch, dass die Landsachen nicht von den Gerichten abgeurtheilt wurden, Nachtheil und die Europäer Vortheil gehabt haben mögen, so forderte doch die Gerechtigkeit gegen Alle, dass ein Tribunal in der höchsten Zusammensetzung, die in der Kolonie zu erreichen war, die hier vorliegenden verwickelten und schwierigen Fragen entscheide. Dieselben wurden demgemäss dem Gouverneur und den Mitgliedern des Executive Council, in deren Hand alle höheren Regierungs-Machtvollkommenheiten liegen, übertragen, und ihnen wurde der Chief Justice, welchem als Einzelrichter die ganze höhere Rechtsprechung obliegt, zugesellt. Ihrer Majestät Regierung ist der Ueberzeugung, dass kein besseres Tribunal zu finden gewesen sein würde, da alle Mitglieder desselben frei von persönlichem Interesse an den ihnen vorliegenden Fragen waren, und obgleich in allgemeinen Ausdrücken behauptet worden ist, dass sie als Regierungsbeamte und als „Vertreter von fiskalischen und politischen Interessen an dem Ausgang nicht uninteressirt seien", so ist schon in dem Schreiben des Kolonialamts an das Foreign Office vom 25. Juni dargelegt worden, dass das Interesse der Krone an dem Ausfall der Landreklamationen ein so entferntes war, dass die Behauptung der Befangenheit des Tribunals zu Boden fallen muss. Und ferner wurde das Tribunal der Appellationsinstanz des Weiteren durch die Beigebung eines geschickten englischen Barristers verstärkt, der gänzlich ohne Beziehungen zu der Kolonie war und hinsichtlich dessen die Vermuthung irgend einer Parteilichkeit offenbar unhaltbar sein würde. || 11. Die Sorgfalt, welche der Behandlung dieser Landreklamationen gewidmet wurde, ist aus den

Fällen ersichtlich, welche im Anhange zu dem Blaubuche C 3815, von dem ein Exemplar beigefügt ist, abgedruckt sind. Ihrer Majestät Regierung ist überzeugt, dass die zwei Tribunale ihre Entscheidungen mit dem vollsten Bestreben, den Parteien gleichmässige Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, abgegeben haben, und es scheint ihr in der That kein Grund vorzuliegen, auf den Vorschlag, die Verhandlungen über diese Angelegenheiten wieder zu eröffnen, einzugehen. Herr Sahl scheint das wirkliche Verhältniss der Krone zu dem Landbesitz auf Fidji missverstanden und die grosse Bedeutung der Worte, welche er bei Anführung des Artikels 4 der Abtretungsurkunde in seiner durch den Grafen Münster im Juli 1882 übermittelten Denkschrift ausgelassen hat, nicht erkannt zu haben, als er die deutsche Regierung bewog, die Angelegenheit dieser Landreklamanten auf eine Vermuthung hin aufzunehmen, die zwar jeder thatsächlichen Begründung entbehrt, aber einen Schein von Berechtigung haben könnte, wenn das Interesse der Krone ein so unmittelbares wäre, wie aus der unvollständigen Anführung des Artikels 4 der Cessionsurkunde hervorzugehen scheint, welche sowohl in dem von Graf Münster im Juni 1882 mitgetheilten Aide-mémoire, wie in späteren Schreiben an Ihrer Majestät Regierung wiederkehrt. || 12. Zur Bequemlichkeit wird hier der Wortlaut des Artikels 4 der Cessionsurkunde mit Unterstreichung der ausgelassenen Worte wiedergegeben: „Das absolute Eigenthumsrecht an allen Ländereien, die nicht als zur Zeit in solcher Weise veräussert erwiesen werden, dass sie das bona fide Eigenthum von Europäern und anderen Fremden geworden sind, *oder die nicht in thatsächlichem Niessbrauch und Besitz von irgend einem Häuptling oder Stamm sich befinden oder nicht thatsächlich für den wahrscheinlichen zukünftigen Unterhalt eines Häuptlings oder Stammes erforderlich sind*, sollen sein und werden hiermit erklärt als Ihrer genannten Majestät, Ihren Erben und Nachfolgern anheimgefallen.“ || 13. Da die Entscheidungen der Tribunale in gutem Glauben abgegeben sind, so sieht sich Ihrer Majestät Regierung ausser Stande, eine Prüfung dieser Entscheidungen anzuordnen, und wird auf die Detailfragen, welche in Graf Münsters Noten vom 18. Oktober aufgeworfen sind, hier nicht weiter eingegangen. In Erwiederung dieser Noten kann Ihrer Majestät Regierung nur ihr grosses Bedauern ausdrücken, dass sie ausser Stande ist, den Wünschen des Grafen Münster entgegenzukommen; sie kann es aber nicht auf sich nehmen, eine derartige Aenderung der Gesetze von Fidji zu beantragen, als erforderlich sein würde, um die Entscheidungen des Court of rehearing in der Kolonie durch eine gemischte Kommission oder sonstwie von neuem prüfen zu lassen.

Nr. 8379. **DEUTSCHLAND.** — Botschafter in London an den engl. Min. des Ausw. — Entgegnung auf das Memorandum des Kolonialamts.

London, den 8. April 1884.

Nr. 8379. Deutschland. 8. April 1884

Ich habe nicht unterlassen, die Noten, welche Euere Excellenz in der Fidjilandfrage unter dem 23. Juli v. J. und 9. Januar d. J. an mich zu richten die Güte gehabt, nebst den sonst mir zur Verfügung gestellten Materialien meiner Regierung vorzulegen. Erhaltenem Auftrage gemäss beehre ich mich, auf jene Schreiben Folgendes zu erwidern: Ich hatte Euerer Excellenz in meiner Note vom 18. Oktober v. J. den Wunsch meiner Regierung ausgesprochen, dass es der britischen Regierung gefallen möge, ihrerseits die Angelegenheit einer eingehenden Prüfung zu unterziehen. Dieser Wunsch hat, zum Bedauern meiner Regierung, keine Erfüllung gefunden; auch Euerer Excellenz letzte Antwort nimmt nur auf Ausführungen der Kolonialbehörden Bezug und vermeidet noch mehr wie die Note vom 25. Juli v. J. jedes Eingehen auf die meinerseits geltend gemachten thatsächlichen und rechtlichen Gesichtspunkte. || Das vom Kolonialamt an die Hand gegebene Material ist zum grossen Theil schriftlich sowie mündlich von mir bereits besprochen worden, und ich darf daher davon absehen, meinen früheren Bemerkungen hierüber etwas hinzuzufügen. Neu ist das in dem letzten Memorandum des Kolonialamts in Bezug genommene Blaubuch C 3815. Auf dasselbe näher einzugehen, erscheint indess entbehrlich, da sein Inhalt für Beurtheilung der deutschen Reklamationen überhaupt ohne Werth ist; denn die Entscheidungen sind ohne eingehende Motivirung und hinsichtlich der von der deutschen Regierung vertretenen Ansprüche Aufschlüsse nicht zu finden. || Was den sonstigen Inhalt des Memorandums betrifft, so erscheint es nur geboten, solche Pnnkte hervorzuheben, bei denen es sich um irrthümliche Voraussetzungen oder um unrichtige Auslegung diesseitiger Meinungen handelt. Ich gestatte mir, ein Promemoria hier beizufügen, in welchem diese Punkte erörtert sind, und dessen Durchsicht, wie ich annehmen möchte, Euere Excellenz zu der Ueberzeugung führen wird, dass der diesseitigen Auffassung jedenfalls schwerwiegende Gründe zur Seite stehen. Täuscht diese Annahme nicht, so glaube ich auch der Hoffnung mich hingeben zu dürfen, dass die englische Regierung, wenn sie nicht allein die Ansichten und Wünsche der Kolonialbehörden befragt, sondern von ihrem freieren Standpunkte aus auch anderen Interessen sowie politischen Erwägungen Beachtung schenkt, geneigt sein wird, den diesseitigen Vorschlägen sich zu nähern. || Dass den vorliegenden Beschwerden abgeholfen wird, erscheint um so wünschenswerther, als mehrere, auf Inseln der Südsee etablirte deutsche Firmen aus Anlass der Beschlüsse der interkolonialen Konferenz zu Sydney, insbesondere der Resolution vom 9. Dezember v. J. über Landkäufe, sich an das Auswärtige Amt gewendet und, unter Hinweis auf das Verfahren in Fidji, um Schutz ihrer bedrohten Interessen gebeten haben. Meiner

Regierung liegt es zwar fern, Beschlüsse, welche die englische Regierung sich nicht angeeignet hat, zum Gegenstand von Vorstellungen zu machen. Da aber, wie die Eingaben erkennen lassen, das Vertrauen des deutschen Handelsstandes zu dem Rechtsschutz in Folge der Behandlung der Fidjireklamationen erschüttert und somit die in meiner Note vom 26. April v. J. vorgesehene Eventualität eingetreten ist, so würde es meiner Regierung sehr erwünscht sein, wenn sie durch eine befriedigende Lösung der Fidjilandfrage in den Stand gesetzt würde, mit einem Hinweis hierauf die Besorgnisse der deutschen Südseefirmen zu zerstreuen, und wenn auf diese Weise eine anderweite Sicherstellung ihrer Interessen entbehrlich gemacht werden könnte. || Indem ich mich beehre, Euerer Excellenz die reifliche Erwägung der diesseitigen Vorschläge nochmals anheimzustellen, spreche ich gleichzeitig die Bitte aus, mich von dem Ergebnisse seinerzeit unterrichten zu wollen. | Gemehmigen u. s. w.

Münster.

Seiner Excellenz dem Grafen Granville.

Anlage 1.

Promemoria, betreffend die Fidjilandfrage.

In dem der Note Lord Granville's vom 9. Januar 1884 beigefügten Memorandum des Kolonialamts wird mit besonderem Nachdruck betont, die deutsche Regierung setze mit Unrecht voraus, dass die englische Krone ein Interesse daran gehabt, die Landansprüche der fremden Residenten nicht anerkannt zu sehen; sie sei zu dieser Annahme vermuthlich dadurch verleitet, dass Herr Sahl in einem seiner Gesuche den Artikel 4 der Cessionsurkunde vom Jahre 1874 unvollständig zitirt habe. || In letzterer Beziehung ist zu bemerken, dass dem Auswärtigen Amt der Cessionsvertrag bereits im März 1875 eingereicht und dass ihm hieraus sowie aus zahlreichen Blaubüchern, Eingaben und anderen Schriftstücken der Wortlaut des Artikels 4 längst vollständig bekannt gewesen ist. Auf eine Täuschung ist jene Annahme daher nicht zurückzuführen; das Interesse der englischen Regierung, in der neuen Kolonie Land zur Verfügung zu haben, erschien selbstverständlich; die Annahme wurde bestärkt durch die Sir A. Gordon unter dem 4. März 1875 ertheilte Instruktion, durch die Bestimmungen des Gesetzes vom 30. Oktober 1880, aus denen hervorgehen dürfte, dass nach Auffassung der englischen Regierung das Land so lange der Krone gehört, bis ein Eingeborener sein Recht als Eigenthümer dargethan hat, endlich durch den Umstand, dass in manchen Fällen den Reklamanten ex gratia Parzellen bewilligt sind, die britische Krone also sich als verfügungsberechtigt und gewissermaassen als Obereigenthümerin des gesammten Grund und Bodens ansieht. || Das Kolonialamt lässt es sich weiter angelegen sein, darzuthun, dass die Fidjibehörden mit voller Unparteilichkeit verfahren seien. || Gerade in dieser Beziehung erscheint es nothwendig, kein Missverständniss bestehen zu lassen. Es ist daher vorweg zu bemerken, dass von keiner Seite behauptet ist, die Deutschen seien schlechter behandelt als Andere. An-

Nr. 8379. Deutschland. 8. April 1884.

gesichts der vielfachen Beschwerden englischer Unterthanen und englischer Blätter kann ein Zweifel darüber nicht bestehen, dass die Reichsangehörigen eine ausnahmsweise ungünstige Behandlung nicht erfahren haben. || Ausser den schon früher in Bezug genommenen Auslassungen von englischer Seite ist noch zu erwähnen der letzten Eingabe der Land Claimants Protection Association an Lord Derby, vom 29. November 1883, in welcher mehrfache Angaben in den Blaubüchern direkt als unrichtig bezeichnet werden, der Fiji-Times vom 15., 26. und 29. September und des Sydney Morning Herald vom 31. Oktober v. J. || Ebenso nachdrücklich ist sodann hervorzuheben, dass die persönliche Ehrenhaftigkeit der englischen Beamten nirgend in Zweifel gezogen, dass nirgend behauptet ist, sie hätten sich von eigenem Interesse leiten lassen. || Die Gründe, welche wirklich gegen die mit Erledigung der Landreklamationen beauftragten Behörden und für Einsetzung einer anderen Kommission geltend gemacht sind, kehren in den Eingaben der Interessenten zu häufig wieder, als dass es für angebracht erachtet werden könnte, sie hier nochmals auseinanderzusetzen. || Nur insofern wird nachstehend auf diesen Punkt eingegangen werden, als es sich um Richtigstellung von Thatsachen, die für die Gesammtbeurtheilung von Wichtigkeit sind, und um eine Vertheidigung Reichsangehöriger gegen Angriffe handelt, welche gegen sie gerichtet worden. || Von den Interessenten ist nicht in Abrede gestellt, dass die Landkommission, wie das Kolonialamt hervorhebt, so gut zusammengesetzt war, als es an Ort und Stelle überhaupt geschehen konnte, sie sind aber der Meinung, dass sich an Ort und Stelle keine Kommission bilden liess, welche die nöthige Unbefangenheit besessen hätte, und dass, wenn die Sache den ordentlichen Gerichten entzogen werden sollte, besondere Kommissare, wie seinerzeit nach Neu-Seeland, so auch nach Fidji hätten entsendet werden müssen. || Die Reklamanten haben darauf hingewiesen, dass mehr als die Hälfte der Mitglieder der Landkommission theils von der Kolonialregierung, theils von dem Gouverneur abhängig gewesen seien und deshalb der für ihre Aufgabe unerlässlichen Selbständigkeit und Unbefangenheit entbehrt hätten. || Namentlich war es die Stellung und Thätigkeit des Gouverneurs, welche von den fremden Landbesitzern beanstandet ist: er vertritt die Rechte der englischen Krone, er ernennt die Mitglieder der Kommission, er entscheidet über die Gültigkeit oder Ungültigkeit der Besitztitel mit dem Executive Council in erster Instanz und mit zwei weiteren Beamten in der Berufungsinstanz; sein Einfluss macht sich daher in jedem Stadium der Sache geltend. || Angesichts dieser Machtfülle hat sich der fremden Landinteressenten ein Gefühl der Unsicherheit bemächtigt, als sie den Gouverneur seine Vorliebe für die Interessen der Eingeborenen mehrfach ausdrücklich betonen sahen, z. B. in dem Memorandum vom 18. Juni 1881 (Blaubuch C 3584 S. 23 f.). Dies Gefühl verwandelte sich in die Ueberzeugung, zurückgesetzt zu sein, als persönliche Angriffe gegen sie gerichtet wurden, als die Auslassungen der Kolonialbeamten anfingen, Angaben zu bringen, welche nach den Wahrnehmungen der Reklamanten mit den thatsächlichen Verhält-

nissen nicht in Einklang standen, und als ihr Verlangen, dass diese beanstandeten Punkte einer Prüfung unterzogen würden, unberücksichtigt blieb. So hat Sir A. Gordon in seinem Berichte vom 27. Februar 1883 den Charakter und die kaufmännische Ehrenhaftigkeit der Gebrüder Hennings, von denen selbst Herr Williamson erklärt, er habe alles Gute, was er über sie gehört, persönlich nur bestätigt gefunden, in ein bedenkliches Licht gestellt. Das, was die Herren Hennings zu ihrer Vertheidigung beigebracht haben, ist in der anliegenden Erklärung*) enthalten. || Hinsichtlich der Ungenauigkeiten einzelner Anführungen der Kolonialbeamten bringen die mehrfach in Bezug genommenen Kundgebungen der Land Claimants Protection Association ein reichhaltigeres Material. || Hier soll nur noch auf einen Punkt aufmerksam gemacht werden. || Es war von deutscher Seite geltend gemacht, die Lage der fremden Landinteressenten sei dadurch noch besonders erschwert worden, dass eine Regierungsverfügung ihnen bis zur Entscheidung über ihre Ansprüche die Disposition über Grund und Boden verboten habe. Die Richtigkeit dieser Angabe wurde von Sir A. Gordon in Abrede gestellt und behauptet (Bericht vom 27. Februar 1883 § 15), er selbst habe dies Verbot Sir H. Robinsons bereits im Jahre 1875 aufgehoben. Da den Betheiligten eine solche Anordnung nicht bekannt geworden war, ihre praktischen Erfahrungen auch mit der Behauptung Sir A. Gordons in Widerspruch standen, so wandten sie sich an Herrn J. H. Garrick, Barrister in Levuka, der mehrere Jahre Attorney General für die Regierung in Fidji gewesen war, und durch dessen Hände alle Gesetze gehen mussten. Die hier beigefügte Antwort des Herrn Garrick ergiebt, dass das Verbot von Sir A. Gordon selbst erlassen und nicht aufgehoben ist. || In der Auffassung, dass ihre Interessen nicht dieselbe Würdigung fänden, wie die der Eingeborenen, sahen sich die fremden Residenten bestärkt, je mehr die ihnen ungünstigen Entscheidungen sich häuften und in der Kommission Grundsätze zur Anwendung gelangten, die den in der ersten Zeit maassgebenden Regeln widersprachen und nicht minder die Zusicherungen der Cessionsurkunde und späterer amtlicher Kundgebungen ausser Acht liessen. || Ausser den der britischen Regierung bereits mitgetheilten Fällen sind inzwischen bei dem Auswärtigen Amt in Berlin noch einige andere angemeldet. Es kann jedoch davon abgesehen werden, die neuen Reklamationen hier zu Sprache zu bringen, da die Details denen der schon bekannten ähnlich sind; es sollen nur kurz noch zwei Sätze aus dem Memorandum des Kolonialamts berührt werden. Dasselbe wendet ein, die Ausdrücke: „begründeter Anspruch der deutschen Reklamanten auf die diplomatische Vertretung (in dem Blaubuch *restoration*) ihrer wohlerworbenen Rechte“, entsprächen ebensowenig den Verhältnissen, als wenn von Land geredet wird, welches den Inhabern von Besitztiteln „genommen“ sei. Denn die Reklamanten hätten zweimal Gelegenheit gehabt, die Berechtigung ihrer Ansprüche darzuthun; beide Mal aber einen,

*) Ebenso, wie der Bericht Sir A. Gordons vom 27. Februar 1883, nicht abgedruckt.
Anm. des Weissbuchs.

Nr. 8379. Deutschland. 8 April 1884.

dem Tribunal genügenden Beweis nicht zu erbringen vermocht. Die Einwendungen treffen die Sache selbst nicht. Es ist nicht nur nicht im Allgemeinen von wohlerworbenen Rechten gesprochen und noch weniger behauptet worden, wie das Kolonialamt scheinbar annimmt, die Deutschen seien etwa gewaltsam ihres Besitzes entsetzt, sondern es waren im Einzelnen Fälle vorgeführt, wo die, mit der Autorität gerichtlicher Urtheile nicht ausgestatteten Entscheidungen der Spezialbehörden dem Recht und der Billigkeit zu widersprechen schienen, und es war daran der Wunsch und der Antrag geknüpft, dass die britische Regierung die Prüfung solcher Fälle ermöglichen und eine Ausgleichung herbeiführen möge. Statt dessen ist auf die Gutachten und Berichte der Kolonialbehörden, zum Theil gerade der Personen, deren Verfahren Gegenstand der Beschwerden bildet, verwiesen. Dass diese Auslassungen die Bedenken zu beseitigen nicht geeignet sind, wird näherer Ausführung kaum bedürfen. || Der zweite Satz des Memorandums, der noch hervorzuheben bleibt, ist die Hypothese, dass, wenn die ordentlichen Gerichte über die Reklamation zu entscheiden gehabt hätten, wahrscheinlich der bei weitem grösste Theil gänzlich abgewiesen sein würde. Die Richtigkeit dieser Annahme und des daraus gezogenen Schlusses, als seien die Landinteressenten durch Einsetzung der ad hoc bestellten Kommission noch besonders begünstigt worden, darf aus manchen Gründen bezweifelt werden. Es ist nicht ein Satz partikulärer Gesetzgebung, sondern entspricht allgemeiner Rechtsanschauung, dass die Rechtmässigkeit des Erwerbs nicht nach ex post aufgestellten Regeln zu beurtheilen ist, und dass dem Erwerber, falls nicht mala fides vorliegt, bei der Restitution mindestens der Kaufpreis erstattet werden muss. || Es darf angenommen werden, dass englische Gerichte gegen diese Rechtsgrundsätze nicht verstossen haben würden. || Wenn aber auch in manchen Punkten eine Verschiedenheit der Beurtheilung besteht: unzweifelhafte Thatsache ist, dass, lange bevor die Fidji-Inseln von England in Besitz genommen sind, Deutsche sich dort niedergelassen, unter Opfern und Gefahren Handelsverbindungen angeknüpft und zum Theil durch ihre Thätigkeit den Erwerb der Inselgruppe erst zu einem begehrenswerthen gemacht haben, — dass dieselben Deutschen Landbesitz unter Beobachtung der damals üblichen und ausreichenden Förmlichkeiten erworben, dass es sich bei keiner der deutschen Reklamationen um unredliche Geschäfte handelt, die bona fides, d. h. die begründete Ueberzeugung, ein gültiges Geschäft abzuschliessen, vielmehr klar zu Tage liegt, — und dass endlich die Käufer nicht nur das Land, sondern gleichzeitig auch den Kaufpreis sowie die Aussicht verloren haben, für baare Aufwendungen und Verbesserungen Entschädigung zu erhalten. || Herr Williamson erkennt selbst in seinem Schreiben vom 15. August 1882 an, dass grosse Härten vorgekommen sein mögen. Um solche Härten eben handelt es sich bei den Reklamationen, die von der deutschen Regierung unterstützt werden, und es besteht die Meinung, dass eine gemischte Kommission am besten im Stande sein werde, diese Unbilligkeiten auszugleichen. || Der Widerspruch der Kolonialbehörden gegen diesen

Vorschlag möchte hauptsächlich durch den Umstand zu erklären sein, dass sie ihm, wie es scheint, eine viel zu weit gehende Bedeutung beigemessen haben. Sie meinen, dass ein Eingehen darauf die grösste Verwirrung erzeugen, die Bewilligung von Entschädigungen aber zu hoffnungslosem Bankerott führen würde. || Abgesehen davon, dass vom Standpunkte des Rechts dieser Grund nicht stichhaltig sein würde, setzt jene Befürchtung die Annahme voraus, als verlangte die deutsche Regierung, dass alle Landreklamationen von Reichsangehörigen von neuem der Entscheidung einer zu dem Zwecke bestellten gemischten Kommission unterbreitet werden. Diese Voraussetzung trifft nicht zu. Zunächst ist der Sachlage, wie sie nun einmal geschaffen ist, soweit Rechnung getragen, dass auf alle Restitutionen in natura verzichtet wird, wenn der englischen Krone daraus Verlegenheiten erwachsen würden; sodann aber kann in Fällen, wo die Reklamanten ihren Ansprüchen entsagt oder mit den Entscheidungen der englischen Behörden sich ausdrücklich oder stillschweigend einverstanden erklärt haben, von einer Wiederaufnahme der Sache überhaupt nicht die Rede sein. Es handelt sich daher um verhältnissmässig wenig Fälle; selbst angenommen, dass sie alle zu Gunsten der Reklamanten entschieden werden, so würden dadurch doch Opfer, die irgend in Betracht kommen könnten, der englischen Krone nicht auferlegt.

Anlage 2 (Uebersetzung).

Levuka, den 22. September.

Geehrter Herr, — Unter Bezugnahme auf Ihre Bemerkungen hinsichtlich der Richtigkeit der von Sir Arthur Gordon aufgestellten Behauptung, dass sofort nach seiner Ankunft in der Kolonie alle der freien Verfügung über Ländereien entstehenden Hindernisse aufgehoben worden seien, vermag ich nur zu erwidern, dass die Ordonnanz Nr. III von 1875, welche von Sir Arthur Gordon erlassen wurde und seinen Namen als den des derzeitigen Gouverneurs trägt, dergleichen Hindernisse enthält. Es ist keine Ordonnanz erlassen worden, welche diese Ordonnanz aufhebt, vielmehr ist sie noch in Kraft, und sind Verfügungen über Ländereien, für welche ein Grant nicht aufgestellt ist, in den Kolonialgerichten nicht klagbar. || Im Supreme Court der Kolonie wurde am 25. April 1879 eine Klage eingereicht, um die Ausführung eines Landverkaufsvertrages zu erzwingen. Der Kläger war Herr Parr, der Beklagte Herr Stanlake Lee. Ein Vertheidigungsgrund oder vielmehr die klaghindernde Einrede (the demurrer) hatte folgenden Wortlaut: „dass die Einzelheiten der Forderung des Klägers ergeben, dass die Klage einen Titel auf Ländereien betrifft, für welche keine Grants unter dem öffentlichen Siegel der Kolonie in Gemässheit der Ordonnanz Nr. III dieser Kolonie von 1875 ausgestellt worden sind.“ || Auf diese Einrede hin entschied das Gericht zu Gunsten des Beklagten. || Ihr ergebener

H. H. Garrick.

Herrn C. L. Sahl.

Nr. 8380. DEUTSCHLAND. — Botschafter in London an den Reichskanzler. — Granville ist den deutschen Vorschlägen geneigt, der Widerstand kommt vom Kolonialamt.

London, den 10. April 1884.

Nr. 8380. Deutschland. 10. April 1884.

Der mir durch Hohen Erlass vom 4. d. M.*) ertheilten Weisung gemäss habe ich die Note und das Memorandum wegen der Entschädigungsansprüche deutscher Unterthanen auf den Fidji-Inseln vorgestern abgehen lassen. Ich habe diese Angelegenheit wieder mit Lord Granville und Sir Julian Pauncefote eingehend besprochen. Ich fand bei beiden das grösste Entgegenkommen, und Lord Granville bat mich, Euerer Durchlaucht zu versichern, dass ihm sehr viel daran gelegen sei und er Alles daransetzen werde, um, soviel es möglich sei die Anpsrüche der deutschen Unterthanen zu befriedigen. || Im Kolonialamt ist man leider weniger geneigt dazu; man hält dort die Ansprüche für nicht gerechtfertigt, glaubt, dass sie übertrieben würden, und dass die einzelnen Reklamanten durch die Besitzergreifung durch England und die grosse Steigerung, die das Land dadurch erfahren, doch immer sehr gute Geschäfte gemacht haben. || Ich sprach mehrere Male mit dem jetzigen Kolonialminister Lord Derby darüber. Dieser sagte, er würde auch gern unseren Wünschen nachkommen, es sei aber der englischen und amerikanischen Reklamanten wegen sehr schwer, die früheren Entscheidungen umzustossen. || Vor allem scheut man sich davor, an die einmal geregelten Besitzverhältnisse wieder Hand anzulegen. Man wird daher, wo wirklich Härten und Ungerechtigkeiten vorliegen, lieber mit Geld als mit Land entschädigen. Lord Granville hatte ein Memorandum vom Kolonialamt verlangt. Es soll dabei meine letzte Note und das Memorandum berücksichtigt werden. || Lord Granville sagte mir, er wisse, welchen Werth Euere Durchlaucht auf diese Angelegenheit legten, und von seiner Seite würde Alles geschehen, um zu einer befriedigenden Lösung zu gelangen.

Münster.

Nr. 8381. DEUTSCHLAND. — Derselbe an denselben. — Die engl. Regierung bittet um Ueberlassung des gesammten Beschwerde-Materials und wird nach Prüfung desselben die Ernennung einer Kommission in Erwägung ziehen.

(Auszug). London, den 9. Mai 1884.

Nr. 8381. Deutschland. 9. Mai 1884.

So eben, kurz vor Abgang des Feldjägers, erhalte ich die in Abschrift ganz gehorsamst beigefügte Note Lord Granville's vom heutigen Tage, betreffend die Landfrage auf Fidji.

Graf Münster.

---

*) Nicht abgedruckt. Anm. des Weissbuchs.

Nr. 8381. Deutschland. 9. Mai 1884.

Anlage (Uebersetzung).

Auswärtiges Amt (London), den 9. Mai 1884.

Herr Botschafter, — Ich beehre mich, den Empfang Euerer Excellenz Schreibens vom 8. April anzuzeigen, welchem ein weiteres Memorandum über die Fidji-Landreklamationen beigeschlossen war, in welchem die Gründe auseinandergesetzt werden, aus denen Ihre Regierung noch an der Ansicht festhält, dass in der Regelung jener Landreklamationen eine Rechtsverweigerung oder Rechtsbeugung zum Nachtheil gewisser deutschen Unterthanen stattgefunden habe, und dass es daher erwünscht sei, wenn eine neue Untersuchung derjenigen Fälle, welche zu Beschwerden Anlass gegeben haben, vor einer gemischten Kommission erfolge. || Ihrer Majestät Regierung hat zu ihrem grossen Bedauern aus der erwähnten Mittheilung ersehen, dass die Auseinandersetzungen und Beweisstücke, welche Ihrer Regierung mitgetheilt worden sind, dieselbe nicht davon zu überzeugen vermochten, dass die Untersuchung der Landreklamationen auf Fidji in streng gesetzmässigen Grenzen und im Sinne der Gerechtigkeit und Unparteilichkeit gegenüber allen betheiligten Parteien, welcher Nationalität sie auch angehört haben mögen, geführt worden sei. || Euerer Excellenz Schreiben und dessen Anlagen beweisen, dass der entgegengesetzte Eindruck, unter dem Ihre Regierung noch befangen ist, zum grossen Theil aus einer irrthümlichen Auffassung gewisser darin berührten Punkte entspringt. Ich hoffe dieselbe in einem Memorandum, wegen dessen ich gegenwärtig mit dem Staatssekretär für die Kolonien in Verbindung stehe, und welches ich baldmöglichst Euerer Excellenz zu übermitteln mich beehren werde, zu berichtigen. || Inzwischen legt Ihrer Majestät Regierung Werth darauf, Euere Excellenz ihres ernstlichen Wunsches zu versichern, den Wünschen Ihrer Regierung soweit entgegenzukommen, als sie es rechtmässig hinsichtlich derjenigen, deutsche Interessen betreffenden Reklamationen zu thun vermag, in Bezug auf welche thatsächliche Gründe für die Befürchtung vorliegen, dass die angegriffene Entscheidung die Folge irgend welcher Mängel der Kolonialgesetzgebung oder Verwaltung sei. || Wenn Ihre Regierung daher geneigtest Ihrer Majestät Regierung das ganze Material für die Begründung einer jeden derartigen Reklamation und der gegen die Entscheidung der Kolonialregierung erhobenen Einwendungen, sowie der als billig erachteten Höhe der Entschädigung für den Fall, dass es sich als unmöglich herausstellen sollte, den Reklamanten Ländereien zuzuweisen, mittheilen will, so wird Ihrer Majestät Regierung unverzüglich zur sorgfältigen Prüfung eines jeden derartigen Falles schreiten und wird, wenn erforderlich, Ihrer Regierung Vorschlag, denselben einer gemischten Kommission vorzulegen, in Erwägung ziehen. || Ich hege das Vertrauen, Herr Botschafter, dass durch die vorstehenden Versicherungen jeder von Ihrer Regierung etwa gewonnene Eindruck verwischt werde, als bestehe seitens Ihrer Majestät Regierung ein Mangel an Bereitwilligkeit, einer Vorstellung seitens einer befreundeten Regierung die aufmerksamste Berücksichtigung zu Theil werden zu lassen, insbesondere wo sie im Interesse von

Nr. 8381. Deutschland. 9. Mai 1884.

deutschen Unterthanen gemacht ist, welche so innig mit dem Wohlergehen der Kolonie, in der diese Streitfrage entstanden ist, verknüpft sind. || Ich beehre mich etc.

Granville.

Nr. 8382. DEUTSCHLAND. — Reichskanzler an den deutschen Botschafter in London. — Das engl. Anerbieten ist nicht genügend.

(Auszug.) Berlin, den 7. Juni 1884.

Nr. 8382. Deutschland. 7. Juni 1884.

Euerer Excellenz gefälliger Bericht vom 9. v. M., die Fidjilandfrage betreffend, ist hier richtig eingegangen. Wir müssen abwarten, was Lord Granville uns antworten wird, nachdem ihm das Gutachten oder die Bedingungen Lord Derby's zugegangen sein werden. Die gemischte Kommission ist an sich nicht Zweck, sondern ein Mittel zum Zweck; aber auch dieses Mittel wird uns in weiter Ferne als ein Ziel gezeigt, welches vielleicht zu erreichen ist. Dieser Kommission sollen die Reklamationen nur in solchen Fällen zugewiesen werden, wo die Entscheidung, über welche Beschwerde geführt wird, Mängel der kolonialen Gesetzgebung oder Verwaltung zur Unterlage hat. Eine Abhülfe wird also nur in Aussicht gestellt, wenn sich in den Gesetzen oder Verordnungen Fehler nachweisen lassen. Es liegt auf der Hand, dass diese Bedingung die Zusage illusorisch macht. || Weiter aber verlangt Lord Granville, dass der englischen Regierung zunächst die Beschwerden, die in vorstehender Weise begründet sind, vorgelegt werden; dann soll die englische Regierung jeden Fall untersuchen, und wenn nöthig, wird sie demnächst unseren Vorschlag einer gemischten Kommission in Erwägung ziehen. || Es ist zu befürchten, dass bei dieser Prozedur mit Hülfe des Kolonialamts das Material derart gesichtet wird, dass nur unerhebliche Fälle vor die Kommission gelangen würden. || Jedenfalls wird unseren Angehörigen bei allen Reklamationen die Möglichkeit genommen, vor einem unbefangenen Tribunal ihre Auffassung zur Geltung zu bringen. || Dem Wunsche Lord Granville's, ihm das vollständige Reklamationsmaterial mitzutheilen, zu entsprechen, bin ich zur Zeit nicht im Stande, weil wir selbst nicht im Besitze desselben sind. Zwar nehme ich keinen Anstand, diejenigen Reklamationen zur Kenntniss der dortigen Regierung zu bringen, welche dem Auswärtigen Amt nachträglich noch zugegangen sind. Ich lasse zu dem Zwecke die unter Rückerbittung beigefügten Schriftstücke folgen; den Uebersichten sind die Fälle angefügt, welche bereits früher Gegenstand der Besprechung gewesen sind. Ich bemerke jedoch, dass dieses Material einer Entscheidung nicht zur Grundlage dienen kann; es bedarf der Vervollständigung, auch insofern, als der Geldwerth der Reklamation noch nicht überall zum Ausdruck gebracht ist. Mit diesem Vorbehalte wollen Euere Excellenz von den Anlagen Lord Granville gefälligst Mittheilung machen. || Im Uebrigen werde

ich die in Aussicht gestellte weitere Eröffnung der dortigen Regierung zunächst abwarten müssen und danach beurtheilen, ob ihre Vorschläge uns die Grundlage für eine annehmbare Regelung der Frage gewähren. || Indem ich Euerer Excellenz anheimstelle, nach vorstehender Anleitung die Bedenken, welche uns das letzte Anerbieten Lord Granville's ungenügend erscheinen lassen, ihm gegenüber gefälligst zur Sprache zu bringen, werde ich Ihrem Bericht über den weiteren Verlauf der Angelegenheit mit Interesse entgegensehen.

von Bismarck.

An den Kaiserlichen Botschafter
Herrn Grafen zu Münster, Excellenz, London.

Anlage 28.

I.

Reklamation des Herrn Johann Pflüger in Levuka, aus Wachbach in Württemberg.

A. Pflüger kaufte im November 1868 ein Stück Land von circa 700 Acres in der Provinz Serua, Insel Vitu Levu, für 110 Dollars. Der Kaufvertrag ist von dem ersten Häuptling King George, dessen Bruder Ledorodo, dem Häuptling Naigoro und mehreren Zeugen unterschrieben, am 8. Januar 1869 im Konsulat der Vereinigten Staaten im Beisein der Verkäufer registrirt und später auch im deutschen Konsulat eingetragen. Die Landkommission hat Anfangs des Jahres 1880 nur 300 Acres zugesprochen.

B. Im Jahre 1869 kaufte Pflüger von der Polynesian Company limited 60 Shares à 2 Pfd. Sterl. für Land im Luradistrikt. Laut Statut stand ihm das Recht zu, sich einen Acre Stadtland und 240 Acres Land in der Umgegend auszuwählen. || Pflüger übertrug die Hälfte der Shares an seinen Schwager O. Sullivan, und dieser veräusserte dieselben weiter an Herrn Paul Loske in Sura. || Pflüger lies das von ihm ausgewählte Land amtlich vermessen und zahlte dafür an Kosten 12 Pfd. Sterl. — Die Landkommission hat ihm auch diese Ländereien abgesprochen, während sie das Eigenthum des Loske, der dasselbe erst von Pflüger herleitet, grösstentheils anerkannt hat.

C. Am 7. Mai 1870 hat Pflüger in der Provinz Ba (Viti Levu) circa 4500 Acres von dem Oberhäuptling Tawaka Tui Ba für 250 Dollars baar gekauft. Der Kaufvertrag ist von den Kontrahenten sowie von mehreren Häuptlingen und von mehreren Europäern unterzeichnet und im Konsulat der Vereinigten Staaten, sowie später im deutschen Konsulat eingetragen worden. || Von 1870 bis 1877 blieb Pflüger im ungestörten Besitze des Landes, wurde auch von der Regierung des Königs Cakobau in seinem Eigenthum anerkannt, dadurch, dass er zu Abgaben und zu militärischer Hülfe gegen rebellische Bergbewohner herangezogen wurde. Im Oktober 1881 wies die Landkommission den Pflüger mit seinen Ansprüchen auf den vorbezeichneten Länderkomplex ab.

Nr. 8382.
Deutschland.
7. Juni 1884.

D. Am 2. September 1872 kaufte Pflüger von dem Häuptling Tawake circa 200 Acres Land an der Ba; der Kaufvertrag wurde im deutschen Konsulate zu Levuka eingetragen und das Land von Pflüger in Besitz genommen und angepflanzt. Der Häuptling Tawake liess auch durch seine Leute für Pflüger auf dem verkauften Lande ein Haus errichten. || Bei der Untersuchung durch die Landkommission wurden zunächst nur Zeugen der Regierung vernommen. Der Vorsitzende Mr. Williamson erklärte, sich erst das Land ansehen zu wollen, bevor er die Zeugen des Pflüger hörte, und soll bei der darauf erfolgten Besichtigung des Landes bemerkt haben, dass wenig Unterschied zwischen den von Pflüger und den von den Eingeborenen angegebenen Grenzen bestehe. Auf das nochmalige Ansuchen des Pflüger, seine Zeugen zu vernehmen, soll Mr. Williamson erwidert haben, es sei dies nicht nöthig, „your case is closed". || Die Landkommission wies darauf Pflüger mit seinen Ansprüchen ab, bewilligte ihm aber ex gratia 100 Acres von dem streitigen Grundbesitz. || Der Werth der Parzelle ad B wird mit Rücksicht auf die günstige Lage dicht neben Sura auf etwa 5000 Pfd. Sterl., der Werth der Parzellen ad A und C auf zusammen etwa 5000 Pfd. Sterl. angegeben. Ad D ist eine Werthangabe nicht gemacht. || Das von der britischen Regierung zusammengestellte Verzeichniss der deutschen Reklamationen führt die Pflügerschen Ansprüche ad A, C und D unter Nr. 684, 1025 und 1004 auf. Der Anspruch zu B ist nicht mit aufgeführt.

II.

Reklamation des Kaufmanns Friedrich Cäsar Hedemann in Sydney, aus Hamburg.

Mittelst der Verträge vom 28. Februar, 1. März und 5. April 1870 haben die Kaufleute Friedrich Cäsar Hedemann und Christian Detlef Adolf Pfeiffer, Inhaber der damaligen Firma Hedemann & Pfeiffer, drei verschiedene Parzellen Land an der Macuataküste, Insel Vanua Levu, Fidji, von den eingeborenen Häuptlingen mit Genehmigung des Königs von Macuata, Ratu Ritova, für 190, 100, bez. 78 Pfd. Sterl. gekauft und den Eigenthumserwerb zunächst im Konsulat der Vereinigten Staaten sowie am 19. September 1874 im deutschen Konsulat eintragen lassen. || Die Untersuchung durch die Landkommission fand erst im Dezember 1881 statt und hatte das Resultat, dass von der 15 000 Acres betragenden Fläche nur circa 600 Acres zugesprochen wurden. Der Verlust ist auf 26 000 Pfd. Sterling angegeben worden. || Die Hedemann'schen Ansprüche sind in dem von der britischen Regierung zusammengestellten Verzeichniss der deutschen Reklamanten unter Nr. 1157, 1163 und 1164 aufgeführt.

Nr. 8382.
Deutschland.
7. Juni 1884.

III.

Reklamation der Firma Rabone Feez & Co. in Sydney (vertreten durch Kaufmann Carl L. Sahl) als Rechtsnachfolger der Firma F. W. Hennings.

Mittelst eines im Jahre 1875 zwischen der Firma F. W. Hennings und der Reklamantin abgeschlossenen Vertrages hat die erstere ihre Landansprüche in Fidji der letzteren für eine auf 82 000 Pfd. Sterl. aufgelaufene Forderung abgetreten.

Einzelne Reklamationen.

A. Malaki (Nr. 769 des britischen Verzeichnisses der deutschen Reklamationen). || Am 24. Januar 1861 wurde die Insel Malaki im Raki Raki-Distrikt von Viti Levu von dem Engländer R. Swanston den eingeborenen Häuptlingen für 500 Dollars abgekauft und im Jahre 1865 für den Kaufpreis von 3000 Dollars an F. W. Hennings weiter veräussert. Am 25. Februar 1873 wurde das Eigenthum dieser Firma durch eine von dem damaligen Könige der Fidji-Inseln Cakobau ausgestellte und von dessen Minister der Staatsländereien gegengezeichnete Urkunde anerkannt. Trotz dieses formell gültigen Titels wurde der Firma Hennings nach der Annexion der Fidji-Inseln auch über die Insel Malaki die Disposition entzogen und, wie sich aus den amtlichen Schriftstücken ergiebt, das Prüfungsverfahren eingeleitet, welches damit abschloss, dass am 2. September 1880 eine das Eigenthum der Firma Hennings an der Insel Malaki anerkennende Urkunde ausgestellt wurde. Nach Ablauf der zweimonatigen Einspruchsfrist soll von zwei Eingeborenen gegen diese Entscheidung Berufung eingelegt worden sein. Die Berufung wurde als zulässig anerkannt mit der Begründung, dass die Frist erst von der Publikation des Urtheils in der Fiji Government Gazette laufe und der Bescheid vom 2. September 1880 überhaupt noch nicht publizirt sei. Am 6. Oktober 1881 wurde die Publikation nachgeholt und am 22. Mai 1882, ohne dass die beiden Eingeborenen im Termine erschienen und ohne das eine Verhandlung stattfand, der bereits ertheilte Eigenthumstitel kassirt. Der Werth der Insel Malaki wird auf 2000 Pfd. Sterl. angegeben.

B. Korosoniatha (im britischen Verzeichniss nicht aufgeführt). || Im Jahre 1865 schenkte der Häuptling Tui Cakau dem W. Hennings bei Gelegenheit eines Volksfestes das Land Korosoniatha. Später wurde wegen der gesetzlich nothwendigen Eintragung im britischen Konsulat ein schriftlicher Kaufvertrag aufgesetzt und dem Tui Thakau ein Gegengeschenk von 1200 Thalern ausgezahlt. Im Jahre 1866 wurde das Land vermessen und Karten und Pläne angefertigt sowie der Eigenthumsübergang im britischen Konsulat registrirt. Hennings ist seitdem im ungestörten Besitz von Korosoniatha geblieben und allgemein als Eigenthümer des Landes, welches Henningsland genannt wurde, anerkannt worden. Trotzdem hat die Landkommission seine Ansprüche verworfen und ihm von der circa 12 000 Acres betragenden Fläche nur 200 Acres

Nr. 8382. Deutschland. 7. Juni 1884.

ex gratia zugesprochen, der Werth des Grundstücks ist nicht angegeben; im Jahre 1866 waren 3000 Thaler darauf verwendet.

C. Vala Vala und Natasa (ersteres ist im britischen Verzeichniss unter Nr. 901 aufgeführt; letzteres ist darin nicht erwähnt). F. W. Hennings hat am 31. Juli 1866 Vala Vala mit einem Flächeninhalt von circa 12 800 Acres und am 26. August 1870 Natasa mit einem Flächeninhalt von circa 2540 Acres von dem Häuptling Tui Cakau gekauft und sofort in Besitz genommen, indem er Pflanzungen und Handelsstationen darauf errichtete. Trotz der eifrigsten Bemühungen, die Landkommission zu einer Prüfung der erhobenen Ansprüche noch bei Lebzeiten des Verkäufers zu bestimmen, geschah dies nicht. Die Angelegenheit wurde vielmehr erst im September 1880 (nach dem Tode Tui Cakau's) in Angriff genommen. In der später ergangenen Entscheidung wurden Hennings' Ansprüche abgewiesen, ihm aber ex gratia 2000 bezw. 500 Acres zugebilligt. || Der Werth der Grundstücke wird auf 25 600, bezw. 5080 Pfd. Sterl. angegeben.

D. Osonovono (Nr. 781 des britischen Verzeichnisses). Am 17. August 1868 haben die Herren R. Spowart und F. W. Hennings den Länderkomplex Osonovono von circa 320 Acres von den Häuptlingen Toga Kula und Tui Levuka für 5 Pfd. Sterl. gekauft, um eine Kaffeeplantage anzulegen. Das Grundstück ging später in das alleinige Eigenthum von F. W. Hennings über und ist seither bis 1877 im ungestörten Besitz desselben verblieben. Im Jahre 1875 suchte er für das genannte Gebiet ein crown grant nach, wurde aber am 21. August 1880 mit seinen Ansprüchen abgewiesen. Die Originalurkunden sind sämmtlich der Landkommission eingereicht. || Der Werth des Grundstücks wird auf 1600 Pfd. Sterl. angegeben.

E. Nacula (Nr. 472 des britischen Verzeichnisses). || Die Firma F. W. Hennings verkaufte und lieferte im Jahre 1869 dem Häuptling Tui Bua 1200 Schafe zu dem vereinbarten Kaufpreis von 870 Pfd. Sterl. Der Kaufpreis wurde durch Wechsel berichtigt. Als am Verfalltage die Wechsel nicht eingelöst werden konnten, schlossen Tui Bua und F. W. Hennings unter dem 14. August 1869 einen Vertrag ab, wonach an Stelle des Kaufgeldes die Insel Nacula dem letzteren zum Eigenthum übertragen wurde. Der Vertrag ist im englischen Konsulat registrirt worden, und die Regierung des Königs Cakobau hat das Eigenthum des F. W. Hennings an Nacula stets anerkannt. || Die Landkommission entschied im Jahre 1878 dahin, dass die Reklamantin mit ihren Ansprüchen abzuweisen sei. || Der Werth von Nacula ist auf 3200 Pfd. Sterl. angegeben.

F. Tui na Taci (im britischen Verzeichniss nicht aufgeführt). || Mainwairing Hugh Frazer hat im Jahre 1871 die Strecke Tui na Taci, an der Küste von Tai Levu auf Viti Levu, den Eingeborenen abgekauft und 1873 mit einigen anderen kleinen Ländereien für 800 Pfd. Sterl. an die Firma F. W. Hennings weiter veräussert. Der Flächeninhalt dieses Grundstücks betrug 2000 bis 2700 Acres. Die Landkommission bewilligte nur einen Theil dieses Grund-

stücks, welcher nach einer von dem Landdepartement ertheilten Auskunft 3000 Acres betragen sollte. Die lange Zeit später ausgestellte Besitzurkunde lautete indessen nur über 57 Acres. Die deshalb erhobene Beschwerde wurde mit der Begründung zurückgewiesen, dass die Vermessung nicht mehr ergeben habe. || Der Werth des Grundstücks ist auf 1215 Pfd. Sterl. angegeben.

G. „Ura“ Taviuni (Nr. 31 des britischen Verzeichnisses). Es fehlen nähere Angaben. Der Flächeninhalt soll 589 Acres und der Werth 2945 Pfd. Sterl. betragen.

H. Levuka (im britischen Verzeichniss nicht aufgeführt). || Die Regierung hat einem der Firma F. W. Hennings gehörigen Grundstücke in Levuka die Wasserfront entzogen und Erlaubniss gegeben, dass auf aufgefülltem Lande ein öffentliches Gebäude errichtet wurde, so dass das Henning'sche Grundstück, anstatt am Wasser zu liegen, jetzt auf die Hinterstrasse stösst. || Der Betrag einer eventuell beanspruchten Entschädigung ist nicht angegeben.

I. Die Firma Rabone Feez & Co. beansprucht ferner als Ersatz für die entzogene Benutzung sämmtlicher Ländereien seit 1875 die Zinsen desjenigen Kapitals, welches die Firma F. W. Hennings ihr zu jener Zeit schuldete und für welches sie sich die Landansprüche derselben hat abtreten lassen. || Die Zinsen jenes 82 000 Pfd. Sterl. betragenden Kapitals sind bis zum 18. Mai 1882 auf 48 142 Pfd. Sterl. berechnet.

Zusammenstellung der Ansprüche, soweit dieselben in Geld ausgedrückt sind:

		Betrag	
A.	Malaki	2000	Pfd. Sterl.
B.	Korosoniatha	—	„ „
C.	Vala Vala	25 600	„ „
	Natasa	5080	„ „
D.	Osonovono	1600	„ „
E.	Nacula	3200	„ „
F.	Tui na Taci	1215	„ „
G.	„Ura“ Taviuni	2945	„ „
H.	Levuka	—	„ „
I.	Zinsen bis 18. Mai 1882	48 142	„ „
	Summa	89 782	Pfd. Sterl.

Reklamationen der Firma Rabone Feez & Co. aus eigenem Recht.

Mittelst Hypothekenurkunde vom 1. Juni 1872 verpfändete die Regierung des Königs Cakobau in Fidji der Firma Rabone Feez & Co. in Sydney die Staatsländereien im Levonithale auf der Insel Ovalau, sowie 10 000 Acres von den Privatländereien des Königs auf den Inseln Gau und Viti Levu für ein Darlehn von 2000 Pfd. Sterl. Im Jahre 1873 wurde ein Theil des Darlehns zurückgezahlt und die Ländereien auf den Inseln Gau und Viti Levu aus der Hypothek entlassen. Im Jahre 1874 erklärte sich die Regierung des

Nr. 8382. Deutschland. 7. Juni 1884.

Königs Cakobau damit einverstanden, dass für den Rest der Schuld die noch verpfändeten Ländereien im Levonithale der Gläubigerin zu Eigenthum überlassen würden. Ehe die hierüber geführten Verhandlungen ihren formellen Abschluss fanden, schloss die eben ins Leben gerufene Fidji Banking Company mit der Regierung einen Vertrag, wonach ihr 10 000 Acres Land, von denen ein Theil im Levonithale lag, überwiesen werden sollten. Es kam nun ein weiteres Abkommen zwischen der genannten Bank und der Firma Rabone Feez & Co. zu Stande, Inhalts dessen sich die erstere zur Uebernahme der noch nicht getilgten Hypothekenschuld verpflichtete, falls ihr die Regierung einen Besitztitel für das ganze Areal im Levonithale ausstellte. Die Regierung trat diesem Abkommen bei und händigte der Fidji-Bank eine Besitzurkunde über das ursprünglich an Rabone Feez & Co. verpfändete Gebiet von 2725 Acres sowie weitere 2025 Acres für eigene Rechnung aus. || Die genannte Bank, welche inzwischen mit Aktiven und Passiven von der Bank of New Zealand übernommen wurde, verständigte sich mit der Firma Rabone Feez & Co. dahin, dass das überwiesene Land gemeinschaftlich bebaut und nutzbar gemacht werden sollte. || Bei der Landkommission wurde der Anspruch auf den bezeichneten Grundbesitz gemeinschaftlich geltend gemacht und während der Verhandlungen durch die Bank of New Zealand vertreten. Nachdem die Angelegenheit Jahre lang hingezogen war, erschien im November 1882 in der Royal Gazette eine öffentliche Bekanntmachung der Entscheidung des Gouverneurs dahin, dass das Eigenthum der Reklamanten kaum an der Hälfte des gesammten Flächeninhalts anerkannt wurde. Das zugesprochene Land bestand ausserdem nur aus Bergland und Felsen, während die fruchtbaren Thalstrecken vorenthalten wurden. || Der Werth des entzogenen Landes wird auf 6 Pfd. Sterl. pro Acre angegeben.

Nr. 8383. DEUTSCHLAND. — Botschafter in London an den Reichskanzler. — Granville schlägt Ernennung einer Kommission vor.

(Telegramm.) London, den 19. Juni 1884.

Nr. 8383. Deutschland. 19. Juni 1884.

Auf den Erlass vom 7. Juli beehre ich mich Folgendes gehorsamst zu berichten. || Ich habe die Fidjiangelegenheit mit Lord Granville wiederholt besprochen, habe ihm vorgestellt, wie ernst Euere Durchlaucht diese Sache auffassen. || Lord Granville hat mir erklärt, die grossbritannische Regierung habe die feste Absicht, Euerer Durchlaucht Wünschen zu entsprechen. Lord Granville schlägt vor, eine Kommission, welche aus einem deutschen und einem englischen Beamten besteht, zu ernennen. Dieselbe soll die einzelnen Entschädigungsansprüche prüfen und das Ergebniss dieser Prüfung den beiderseitigen Regierungen unterbreiten.

Münster.

Nr. 8384. **DEUTSCHLAND.** — Staatssekretär des Ausw. an den deutschen Botschafter in London. — Annahme des Vorschlages.

(Telegramm.) Berlin, den 21. Juni 1884.

Wir sind mit Lord Granville's Vorschlag einverstanden.

Nr. 8384. Deutschland. 21. Juni 1884.

Hatzfeldt.

Nr. 8385. **DEUTSCHLAND.** — Botschafter in London an den Reichskanzler. — Granville bittet um Vorschläge für die Zusammensetzung der Kommission.

London, den 4. Juli 1884.

Nr. 8385. Deutschland. 4. Juli 1884.

Euerer Durchlaucht beehre ich mich beifolgende Note Lord Granville's nebst Anlage vom 3. d. M. ganz gehorsamst einzureichen. Lord Granville formulirt darin schriftlich seinen schon mündlich gemachten Vorschlag, unsere Beschwerden wegen Fidji's einer gemischten Kommission zur Erledigung vorzulegen. || Euere Durchlaucht bitte ich gehorsamst, mich eventuell durch Uebersendung eines Noten-Entwurfs in den Stand zu setzen, Lord Granville unsere Wünsche wegen der Zusammensetzung und des Vereinigungspunktes der Kommission mitzutheilen. || Die Beifügung des englischen Memorandums ist von nur retrospektivem Interesse. Lord Granville hat den darin noch vor vier Wochen eingenommenen Standpunkt aufgegeben.

Münster.

Anlage (Uebersetzung).

Auswärtiges Amt (London), den 3. Juli 1884.

Herr Botschafter, — In meinem Schreiben vom 9. Mai benachrichtigte ich Euere Excellenz, dass ein Memorandum vorbereitet werde, welches die verschiedenen, in dem mir durch Ihr Schreiben vom 8. April mitgetheilten Promemoria berührten, auf die Regelung der deutschen Landreklamationen auf Fidji bezüglichen Punkte besprechen solle. || Seitdem haben die stattgehabten weiteren Verhandlungen zu einer Vereinbarung geführt, dergemäss jene Reklamationen durch beiderseitige Kommissare untersucht werden sollen, und es ist daher unnöthig, die Diskussion über die im deutschen Promemoria behandelten Punkte fortzusetzen. Da Ihrer Majestät Regierung indess Werth darauf legt, dass jede bisher etwa gehegte Vermuthung, die Zusammensetzung des Tribunals oder seine Verfahrungweise sei direkt oder indirekt den Reklamationen deutscher Unterthanen nachtheilig gewesen, beseitigt wird, so füge ich ein mir von dem Staatssekretär für die Kolonien zugestelltes Druckexemplar des versprochenen Memorandum hier bei*). || Ich sehe gern den Vorschlägen Ihrer Re-

*) Nicht abgedruckt. Anm. des Weissbuchs.

Nr. 8385. Deutschland. 4. Juli 1884.

gierung bezüglich der Ernennung von Kommissaren behufs Eröffnung der Untersuchung der fraglichen Reklamationen entgegen. || Ich beehre mich etc.

Granville.

Seiner Excellenz dem Grafen Münster.

Nr. 8386. DEUTSCHLAND. — Botschafter in London an den engl. Min. des Ausw. — Wünsche bezüglich der Zusammensetzung, des Sitzes und der Thätigkeit der Kommission.

London, den 4. August 1884.

Nr. 8386. Deutschland. 4. Aug. 1884.

Euerer Excellenz gefällige Note vom 3. d. M. in der Fidjilandfrage habe ich nicht unterlassen zur Kenntniss meiner Hohen Regierung zu bringen. Erhaltenem Auftrage gemäss beehre ich mich darauf Folgendes zu erwidern: || Meine Regierung nimmt mit Befriedigung davon Akt, dass sich die britische Regierung bereit erklärt hat, die auf den Landbesitz in Fidji bezüglichen Reklamationen deutscher Reichsangehöriger durch eine gemischte Kommission untersuchen zu lassen. || Als Kommissar von deutscher Seite ist der Kaiserliche Generalkonsul in Sydney, Dr. Krauel, in Aussicht genommen. || Bezüglich des britischen Kommissars erscheint der Wunsch gerechtfertigt, dass derselbe nicht aus den an Ort und Stelle befindlichen Beamten entnommen, sondern dass eine unparteiische, der lokalen Beeinflussung nicht unterworfene Persönlichkeit von England aus entsendet werde. || Als Vereinigungspunkt der Kommission dürfte Levuka oder ein anderer, den Kommissaren besser geeignet erscheinender Ort der Fidji-Inseln ins Auge zu fassen sein. || Die Thätigkeit der Kommission würde nach Auffassung meiner Regierung sich dahin zu richten haben, jede einzelne der anhängig gemachten Reklamationen — soweit nicht die betreffenden Reklamanten ihren Ansprüchen bereits entsagt oder mit den Entscheidungen der englischen Behörden sich einverstanden erklärt haben — einer genauen Prüfung zu unterziehen, die erforderlichen Beweisaufnahmen vorzunehmen und in den Fällen beiderseitigen Einverständnisses selbständig die Entscheidung zu treffen. Ueber etwaige streitige Fälle würde die Kommission hinwegzugehen haben und die Erledigung derselben nach London zu transferiren sein, von wo aus Regierungsinstruktionen leichter eingeholt werden können. || Meine Regierung hofft, dass diese Vorschläge sich des Beifalls der britischen Regierung erfreuen werden. Im Falle des Einverständnisses glaubt dieselbe demnächst der Bezeichnung des britischen Kommissars sowie einer Aeusserung darüber, wann voraussichtlich die Kommission würde in Wirksamkeit treten können, entgegensehen zu dürfen.

Münster.

Nr. 8387. **GROSSBRITANNIEN.** — Min. des Ausw. an den deutschen Geschäftsträger. — Zustimmung zu diesen Vorschlägen.

(Uebersetzung.)

Auswärtiges Amt (London), den 16. September 1884.

Nr. 8387. Gross-britannien. 16. Sept. 1884.

Herr Geschäftsträger, — Ich beehre mich, Ihnen mitzutheilen, dass ich wegen des Inhalts der Note des Grafen Münster vom 4. v. M., in welcher die Zustimmung der deutschen Regierung zu dem Vorschlage, die Reklamationen der deutschen Unterthanen bezüglich der Fidji-Landfrage durch eine gemischte Kommission untersuchen zu lassen, erklärt und gewisse hiermit in Zusammenhang stehende Vereinbarungeu vorgeschlagen werden, mit dem Staatssekretär des Kolonialamts in Verbindung getreten bin. || Indem ich Ihnen, Herr Geschäftsträger, die allgemeine Zustimmung Ihrer Majestät Regierung zu den Vorschlägen, welche in dem Schreiben des Grafen Münster enthalten sind, ausspreche, bin ich beauftragt, hinzuzufügen, dass Ihrer Majestät Regierung sich bemühen wird, eine baldige Absendung des britischen Kommissionärs zu bewirken, und dass Ihnen hierüber weitere Mittheilungen werden zugehen. || Ich habe etc.

Für Lord Granville
T. V. Lister.

An Baron Plessen etc.

Angra Pequena*).

Nr. 8388. **GROSSBRITANNIEN.** — Gouverneur der Kapkolonie (Frere) an den Min. der Kolonien (Kimberley)*) — Ein Artikel der Berliner Geographischen Nachrichten über deutsche Kolonisation in Afrika hat Aufsehen erregt [I, 1].

Government House, Cape Town, July 19, 1880.

Nr. 8388. Gross-britannien. 19. Juli 1880.

My Lord, — I have the honour to forward a translation**) of a remarkable article by Ernst von Weber, published in the Berlin "Geographische Nachrichten" for November last, which has attracted much attention among persons interested in South Africa. || It contains a clear and well argued statement in favour of the plan for a German Colony in South Africa, which was much discussed in German commercial and political circles even before the Franco-German War, and which was said to have been one of the immediate motives of the German mission of scientific inquiry which visited Southern and Eastern Africa in 1870—1871. || Recent events have drawn together the German and Dutch Republicans in this colony, whose feeling towards the English Government is sufficiently indicated in Mr. Weber's paper. I have &c.

H. B. E. Frere, Governor.

The Right Hon. the Secretary of State &c.

---

*) Die folgenden Aktenstücke sind den englischen Blaubüchern C—4190 (August 1884), C—4262 und C—4265 (December 1884) entnommen. Die Depeschen, welche in Uebersetzung auf Grund des deutschen Weissbuches bereits in Band XLIII publizirt sind, sind hier nicht wiederholt. Die hinter der Inhaltsangabe in [ ] enthaltenen Verweisungen geben die Nummern, unter welchen die Aktenstücke in den Blaubüchern (mit I, II und III bezeichnet) stehen. Anm. der Red.

**) Nicht aufgenommen. Anm. der Red.

Nr. 8389. **GROSSBRITANNIEN.** — Ausw. Amt an das Kolonial-Amt. — Eine deutsche Kolonie in Afrika hat keine Aussicht auf Unterstützung seitens der deutschen Regierung [I, 3].

Foreign Office, September 22, 1880.

Sir, — With reference to your letter of the 3rd instant, I am directed by Earl Granville to return to you Sir Bartle Frere's Despatch, and to transmit to you at the same time, to be laid before the Earl of Kimberley, copy of a Despatch from Her Majesty's Ambassador at Berlin, to whom the Article by Ernst von Weber was forwarded for any observations his Excellency might have to offer, from which it would appear, that the plan for a German Colony in South Africa has no prospect of success. || I am, &c.

Nr. 8389. Grossbritannien. 22. Sept. 1880.

Julian Pauncefote.

The Under Secretary of State, Colonial Office.

Berlin, September 18. 1880.

My Lord, — I have the honour to acknowledge the receipt of your Lordship's Despatch of the 9th instant, enclosing Sir Bartle Frere's Despatch of the 19th July, forwarding a translation of an Article by Ernst von Weber, in favour of a plan for a German Colony in South Africa, which in obedience to your Lordship's instructions, is herewith returned. || Herr von Weber's plan will not meet with any support either at the hands of the German Government or on the part of the German parliament, while German emigrants feel more attracted by a republican form of Government than by that of a Crown Colony. || The German Government feel more the want of soldiers than of colonies and consequently discourage emigration. || The German parliament has marked its disinclination to acquire distant dependencies however advantageous to German enterprise, by the rejection of the Samoa Bill. || Under present circumstances therefore the plan for a German Colony in South Africa has no prospect of success. || I have, &c.

Odo Russell.

The Earl Granville, K. G., &c.

Nr. 8390. **GROSSBRITANNIEN.** — Geschäftsträger in Berlin (Walsham) an den engl. Min. des Ausw. — Die deutsche Regierung ist der Gründung von Kolonien nicht geneigt [I, 12].

Berlin, August 31, 1883.

My Lord, — In your Lordshig's Despatch of the 9th of September 1880, Lord Ampthill's attention was called to an alleged project for founding a German colony in South Africa, and his Excellency was asked whether there was

Nr. 8390. Grossbritannien. 31. Aug. 1883.

Nr. 8390. Gross-britannien. 31. Aug. 1883.

any likelihood of the scheme being officially supported by the German Government. In reply, Her Majesty's Ambassador stated that neither the German Government nor the German Parliament were at the time favourably inclined to emigration from the Empire, nor to the acquisition of distant dependencies, however advantageous to national enterprise the latter might appear to be. || I think it right to refer again to this question, as a short time ago the Press here published an account of the recent purchase from a Hottentot Chief by Herr Luderitz, a Bremen merchant, of territory in the Bay of Angra Pequena on the West Coast of South Africa, the extent of the territory being given at one hundred and fifty English square miles. || In alluding to this purchase, the Press expresses its satisfaction at learning that the German Government have accorded protection to Mr. Luderitz's undertaking; but it is also clear, that the amount of protection to be afforded is precisely what would be granted to any other subject of the Empire who had settled abroad and acquired property. It would be a mistake to suppose that the Imperial Government have any present intention of establishing Crown colonies, or of imitating, as the Press adds, the practice adopted by France of assuming a protectorate over any territory acquired by a French traveller or explorer. || The German Government are opposed to any plan which might hamper their foreign relations, and I believe that what Lord Ampthill stated in his despatch, to which I have referred, is as true to-day as it was in 1880. || It is impossible in time of peace to put a stog to emigration from Germany, and therefore the Government may not be disinclined to see it assume a shape which, without compromising Germany, may have a certain national character, and lead to the development of the increasing foreign trade of the Empire. || I should mention, that even in the Press the Luderitz enterprise is never alluded to otherwise than as a "commercial colony" — „Handelsniederlassung." || I have, &c.

John Walsham.

The Earl Granville, &c.

Nr. 8391. GROSSBRITANNIEN. — Ausw. Amt an das Kolonial-Amt. — Anfrage der deutschen Regierung, ob England die Suzeränetät über Angra Pequena in Anspruch nimmt [I, 15].

Foreign Office to Colonial Office.

Foreign Office, September 22, 1883.

Nr. 8391. Gross-britannien. 22. Sept. 1883.

Sir, — I am directed by Earl Granville to transmit to you herewith, to be laid before the Earl of Derby, copy of a Pro Memoria left at this office by Baron Plessen, the German Chargé d'Affaires, in which inquiry is made as to whether Her Majesty's Government claim the suzerainty over the Bay of

Angra Pequena. || In leaving this memorandum, Baron Plessen explained, that he was instructed only to ask for the information as to the suzerainty of England over Angra Pequena unofficially, for the private information of his Government, who would also be glad to know, in case the suzerainty exists, on what grounds it rests. || Baron Plessen also asked in the same unofficial manner what view Her Majesty's Government would take of the proceedings of M. Luderitz, who proposes to establish a trading establishment on the Bay of Angra Pequena, and whether they had any objection to them. || I am, &c.

Nr. 8391. Gross-britannien. 22. Sept. 1883.

Philip W. Currie.

The Under Secretary of State, Colonial Office.

(Translation.)

Memorandum.

Communicated by Baron Plessen, September 10, 1883.

F. A. E. Luderitz, of Bremen, merchant, a subject of the German Empire, intends to establish factories on the coast territory between the Orange River and the Little Fish River on the West Coast of Africa. It appears from his statements, that in April last he acquired by purchase from a Hottentot chieftain an area of about 150 English square miles on the Bay of Angra Pequena in South-west Africa, and that in the month of August he embarked with a staff of workmen for Cape Town, with the view of proceeding thence to Angra Pequena and further into the interior.

Since the project of Luderitz has been the subject of considerable discussion in the German as well as in the English Press, being last mentioned in an article in the „Times“ of the 1st of this month, it is the desire of the Imperial Government to be informed whether Her Majesty's Government claim the suzerainty of the Bay of Angra Pequena.

Nr. 8392. GROSSBRITANNIEN. — Administrator der Kapkolonie an den Min. der Kolonien. — Englische Ansprüche auf Angra Pequena [I, 31].

(Received November 28, 1883.)

Government House, Cape Town, November 6, 1883.

My Lord, — I have the honour to enclose, for your information, copies of two Minutes which I have received from Ministers calling attention to the present position of the port of Angra Pequena, and the unannexed territory on the west coast. || I have &c.

Nr. 8392. Gross-britannien. 6. Nov. 1883.

L. Smyth, Lieut.-General,
Administrator and High Commissioner.

The Right Hon. the Earl of Derby, &c.

Nr. 8392.
Gross-
britannien.
6. Nov. 1883.

Ministers to Administrator.

(Minute.)

Colonial Secretary's Office, Cape Town, October 31, 1883.

Ministers have the honour to forward, for the information of his Excellency the Officer Administering the Government, a letter from Captain John Spence, a merchant in this city, forwarding copies of two Deeds of Cession of a certain tract of country situate on the west coast of Africa, between Walfisch Bay and the boundary of the Colony, made in 1863 and 1864 respectively, and signed by David Christian, the Chief of the Bondezwart Hottentot tribe. || Ministers do not think it necessary to make any observations, as to the validity or otherwise of these documents, which affect private rights beyond the boundary of the Colony; but they think it right to call the attention of his Excellency to the fact that the existence of such claims may very possibly affect the question which has been raised by the recent alleged purchase by German traders of land in the same locality.

John X. Merriman,
Commissioner for Colonial Secretary.

Captain Spence to Hon. John X. Merriman.

Cape Town, October 29, 1883.

Sir, — With reference to the report, that certain German traders are about to settle at Angra Pequena, and to take possession of the adjacent territory, and that this measure is favoured by the German government, I beg to bring to the notice of his Excellency the Administrator of Government the fact that British subjects have for years been in possession of a valuable tract of country near Angra Pequena, under a grant from the native Chief, the late David Christian. || I enclose copy of the grant, dated 21st September 1863, and the original, for comparison. || The lands were acquired by an English syndicate, with the object of developing the trade into south-western Africa, and to explore and work the mines of copper and silver which are known to exist in the locality. || A large sum has been expended in prospecting and determining the existence of the minerals, and testing the quality; but more active operations have been for some time suspended until further means could be raised to construct available roads. || But if the German Colony is permitted to take possession of the country, without some protection to existing British interests being guaranteed, the proprietors of the tract of land in question will be deprived of the property which they have hitherto possessed and on which they have expended a large sum of money. || On behalf, therefore, of these proprietors, whose interest I represent, I respectfully bring their case to the favourable consideration of his Excellency, and to pray that he will be pleased to represent our case to the Imperial authorities,

whose interposition we respectfully solicit with the German government. || I have, &c. J. Spence.

Nr. 8392. Gross-britannien. 6. Nov. 1883.

The Hon. John X. Merriman,
Minister for Crown Lands and Public Works.

Monday, September 21, 1863.

I, David Christian, the acknowledged Chief of the territory called Great Namaqualand, hereby grant to Captain B. Sinclair and his employers, Messrs. de Pass, Spence, & Co., of Cape Town, the tract of coast land from Baker's Cove to Angra Pequena, and inland to the 15.50 degree of east longitude, and I affixed my signature to the same in the presence of witnesses. || Further, I grant to them, and them only, the right of working mines for any kind of minerals in any part of my territory, binding myself to protect them, by force if need be, against any party or parties who may try to operate in the same way (viz., mining) and prevent them from so operating, unless de Pass and Spence, consent to their doing so, and a remuneration accepted by them, de Pass and Spence half of which I am to receive.

Witness: W. Goodman. George Robinson.
Isaak Frederick.

To all to whom it may concern. || Whereas David Christian, the Chief of the territory called Great Namaqualand, did, on the 21st day of September 1863, grant unto Captain Benjamin Sinclair, on behalf of his employers Messrs. de Pass, Spence & Co., of Cape Town, Merchants, the tract of coast and from Baker's Cove to Angra Pequena, extending inland to the fifteenth degree, 50 miles of east longitude, or about 55 miles inland. And whereas I did further grant to them the sole and exclusive right of working mines for any description of minerals within the above-mentioned territory, under the guarantee of my protection against all attempts on the part of third parties to dispossess them of the same, or to interfere with the monopoly. I hereby granted to said de Pass, Spence & Co., subject known to the conditions that, in case the said de Pass, Spence & Co. shall consent to such third parties working mines in the before-mentioned territories, hereby granted, one clear half of the consideration, if any, paid by such third parties for such consent, shall be paid over to me. || And I further grant to said de Pass, Spence & Co. a certain mountain called "Nambor Raphonberg," with two miles of ground round base of said mountain. || This mountain was inspected by Messrs. P. G. van der Byl, J. Spence and B. Sinclair, in the month of December 1864, with the Captain (David Christian) and his Raad. || It is hereby further understood and agreed, that the said de Pass, Spence & Co. shall pay to Captain David Christian, or whom may succeed him, the sum of twenty shillings sterling per ton of 21 cwts. of copper ore that the said de Pass, Spence & Co. may ship from Angra Pequena or Pomona from the aforesaid mountain. || De

Nr. 8392. Gross-britannien. 6. Nov. 1883.

Pass, Spence & Co. shall have the right of working the mine at "Nambor Raphonberg" for the term of forty years from this date.

Executed at i Kuies, this 9th day of December, 1864.

David Christian.

Witness to D. Christian's mark:—

H. Kreft. George Robinson.

We, the undersigned, approve of the foregoing agreement between Captain David Christian and Messrs. de Pass, Spence & Co.:

Joseph × Francks.	Thomas × Klaase.
Petrus × Boy.	Paul × Bantam.
Johannes × Jacob.	Saul × Francks.
Isaak × Frederick.	Johannes × Minie.
Klass × Francks.	Adam × Lambert.
Lasanes × Bantan.	Job × Byl.

Witness to the above marks of the members of the Raad.

H. Kreft. Georges Robinson.

Ministers to Administrator.

(Minute.) Colonial Secretary's Office, Cape Town, Cape of Good Hope, October 31, 1883.

In returning the Despatch from the Right Honourable the Secretary of State for the Colonies, with enclosures on the subject of the settlement effected by certain German traders at or near Angra Pequena, Ministers have to express their thanks for the information afforded. || It is impossible to ignore the complications which may arise from the creation of a rival interest in a country which has hitherto been considered as a kind of commercial dependency of this Colony, or from the inevitable interference in the interminable Native feuds which devastate that part of South Africa by Europeans who profess to acquire anything like a permanent footing in the country. || The policy of the Colonial Government, which has been at different time approved by Her Majesty's Government, has been to endeavour to regulate the supply of arms introduced through the south-west coast, and with this object, *inter alia*, in 1875 the Colonial Parliament consented to undertake the responsibility for the Government of Walfisch Bay, which after some delay was, in March 1878, with the full concurrence of the Right Honourable the Secretary of State for the Colonies, formally annexed to the British Empire, on the understanding that the expenses arising therefrom should be defrayed by the Colony. || The tract of country then annexed consisted of the harbour of Walfisch Bay and a small *rayon* of surrounding country, and it has since been occupied by a magistrate, appointed by, and acting under the instructions of, the Government of the Cape Colony. || For a short time after the annexation, a resident was appointed with the Damara chief at Okohandja, some distance in the interior; but this officer was with drawn in consequence of complications arising out of

Nr. 8392. Gross-britannien. 6. Nov. 1883.

inter-tribal disputes. || The coast between Walfisch Bay and the Orange River consisting as it does of shifting sand-hills, with one or two fairly commodious harbours, has never been formally annexed to the British Empire, unless the action to which allusion will be hereafter made, can be considered to constitute a formal act of possession. || Certain small barren islets, valuable only for their guano deposits, lying a short distance from the mainland, were, however, annexed to the Colony in the year 1867, by a formal act of legislature, and the revenue derived from the lease of them has been paid into the Colonial Treasury. || The belt of sand-hills is pierced at one or two places by tracks, which give access to a less barren country inhabited by the Namaqua Hottentots, a congeries of small clans, some indigenous, others refugees from the Cape Colony, indolent, thriftless nomads, with a curious facility for adopting a queer travesty of European religion and forms of Government unknown to the Negroid tribes. The whole of the country is believed, from indications brought to light by superficial prospecting, to be surpassingly rich in mineral deposits, chiefly copper, though on the coast silver ore of great richness has been worked. The trade with the interior has hitherto been carried on either through Walfish Bay, or by traders who start from the Cape Colony and make their way inland from the several small harbours between that port and the mouth of the Orange River. || In the years 1863 and 1864 a Cape Town firm, Messrs. de Pass, Spence & Co., purchased a tract of country, marked on the map annexed, extending from Angra Pequena for a considerable distance southward, with the mineral rights attached, from the Hottentot chieftain, who was the ruler of the horde occupying the part of the interior country adjacent to it. The deeds of cession, which have been forwarded under a separate Minute, appear to have been made with the consent of the representatives of the tribe, and to be regular as far as the chief's rights of disposal extended. || No attempt was made to obtain recognition of this cession from either the Imperial or Colonial Government, and beyond an effort that was made to develope a silver mine on the coast, abandoned after a few months, the rights of possession, whatever they might have been, were suffered to lie dormant. || In the early part of this year a party of Bremen merchants appear to have purchased from a chief, who is in one report styled the Captain of Bethany, a piece of ground for a trading station, at a price stated in one account as 100 guns and 200l. cash, in another as 200 guns and 100l in cash. || This party has established itself, and reports have been freely circulated in the press that they have the protection and approval of the German Gouvernment in their enterprise. || They are reported to have distributed a considerable quantity of ammunition gratis, and the Resident Magistrate of Walfisch Bay mentions a report, which has reached him, to the effect that they have supplied the Hottentots with goods of all kinds at two months' credit, warning them that, if payment is not then forthcoming, it will be enforced. || Whatever the value of these reports may be, it is clear that the establishment of a

Nr. 8392. Grossbritannien. 6. Nov. 1883.

trading station of this kind, must put an end to all hopes of any control over the import of arms and ammunition to South-western Africa, while, in other respects, the establishment of what is practically a free port will lead to a very great disturbance of the ordinary trade which has hitherto existed with the Colony. At the same time, the creation of separate proprietary rights may very possibly tend to complications and disputes, of an extremely inconvenient kind, among the different European interests on the coast. || Ministers are glad to learn from the despatch and enclosures from the Right Hon. the Secretary of State for the Colonies, dated 18th September 1883, that the nature of the German enterprise has been considerably misrepresented, and that the undertaking may be looked on as a purely commercial and in no sense a national one. It is difficult indeed to imagine, that any serious idea could have been entertained of establishing a Colony, in the ordinary sense, upon so inhospitable a spot; but it is quite within the bounds of possibility that, as an inlet for interior trade, or on account of the hitherto undeveloped mineral wealth, the possession of a territory on this coast might be of very considerable value. || Ministers have thought it right briefly to call attention to the facts connected with this occupation, and to point out the grave consequences which will ensue from the unrestrained trade in arms and ammunition, and from the possible disputes between Europeans of different nationalities beyond the borders of any civilized jurisdiction, but yet sufficiently close to a very large and singularly mixed population, which is sure to take a lively interest in any quarrel that may arise. || They would venture to express their opinion that the present would be a suitable occasion to define more accurately than hitherto the position of this coast with regard to the exercise of sovereign rights. || It appears, that as far back as 1796, as reported by Commodore Blanket*), a Captain Alexander, in Her Majesty's Sloop "Star", landed upon Angra Pequena—25° 40′, Walfisch Bay—22° 50′, Wyndham's Bay—16° 44′, and Alexander's Bay—15° 22′, taking formal possession

---

*) Colonial Office Records. Cape of Good Hope. 1796. Vol. 3.

„America," Table Bay, February 17, 1796.

Sir, — When I had the honour to address you last, I mentioned to you that I had despatched Captain Alexander in His Majesty's sloop "Star" to examine the coast to the northward. He returned yesterday, having proceeded as far as 15° South, and has found several bays affording good shelter and excellent anchorage, but entirely destitute of wood and fresh water. The names of those bays are St. Hellen's in 32° 50′, Angra Pequena 26° 40′, Spencers Bay 25° 40′, Walwish Whalefish Bay 22° 55′, Wyndham's Bay 16° 44′, and Alexander's Bay 15° 22′. Wherever he landed he took possession in His Majesty's name by hoisting the King's colour, firing three volleys and turning over the soil. He saw few of the natives, and those seemed to avoid his people. In the Bay of Angra Pequena, he found two English whale fishers, who informed him that in the last season there were thirty ships fishing from Thompson's Island (alone), which is in 27° South, and that they had all good success; one half of these ships were Americans. He found all the bays full of seals, so that this coast seems to offer a

of them in the king's name, and that later, in the Convention signed at London on the 28th July 1817, between Portugal and England, the Portuguese possessions were defined as, upon the West Coast, extending between the 8th and 18th degress of South Latitude, thus fixing the latter as the southern limit of the Portuguese Dominions. || No attempt has hitherto been made to interfere with the claim of Great Britain to be considered the paramount power on the coast of South Africa, beyond and to the south of territory claimed by Portugal; but it seems desirable, in the event of contingencies, not unlikely to arise, that a more exact definition of the relation of the Imperial Government towards the sea-board of those territories not hitherto included in the jurisdiction of any civilized government should take place, even if such definition only takes the form of an assertion of a right, leaving the practical enforcement of it to be dealt with as circumstances may from time to time arise.

Nr. 8392. Gross-britannien. 6. Nov. 1883.

John X. Merriman,
Commissioner, for Colonial Secretary.

Nr. 8393. **GROSSBRITANNIEN.** — Derselbe an denselben. — Der Hafen von Angra Pequena ist 1866 annectirt [I, 33].

(Received December 6, 1883.)

Government House, Cape Town, November 13, 1883.

My Lord, — With reference to my Despatch of the 6th instant. I have the honour to acquaint your Lordship, that on examining the records of this office I find that the harbour of Angra Pequena was annexed by Captain Forsyth in Her Majesty's ship "Valorous" on the 5th May 1866. || A copy of Captain Forsyth's proclamation was forwarded to Mr. Cardwell under cover of Sir Philip Wodehouse's Despatch of the 18th July 1866.*) || I have, &c.

Nr. 8393. Gross-britannien. 13. Nov. 1883

L. Smyth, Lieut.-General,
Administrator and High Commissioner.

The Right Hon. the Earl of Derby &c.

---

very beneficial commerce to the King's subjects, and I trust you will send your directions relative to the conduct to be maintained towards foreigners interfering in these fisheries. || I have, &c.

(On the Dorse.) J. Blankett.

H.M.S. "America,"
Table Bay, 17th February 1797.
Commodore Blankett.
R. 3rd. May.

*) Not printed.

Nr. 8394. GROSSBRITANNIEN. — Kolonialamt an die Admiralität. — Sind Berichte englischer Schiffe über frühere englische Annexionen bei Angra Pequena vorhanden? [I, 34.]

Downing Street, December 12. 1883.

Nr. 8394. Gross-britannien. 12. Dec. 1883.

Sir, — With reference to previous correspondence respecting the sovereignty of the Bay of Angra Pequena and adjacent territory, I am directed by the Earl of Derby to transmit to you to be laid before the Lords Commissioners of the Admiralty, an extract of a minute addressed by the Ministry of the Cape Colony to the Administrator on this subject. || 2. It would appear probable from this minute, and also from the report of Captain Church of H. M. S. "Boadicea" dated 5th ultimo, of his recent visit to that locality that the territory in question has already been taken possession of in the name of Her Majesty, and that a formal and distinct proclamation of the frat is all that would now remain necessary to establish the Queen's sovereignty. Before, however, taking any further steps in the matter, Lord Derby would be glad to know whether their Lordships have any record of the proceedings of Her Majesty's Ships referred to by the Cape Ministry and by Captain Church, or of any confirmation or disallowance of these proceedings by Her Majesty's Government. || I have &c.

John Bramston.

The Secretary to the Admiralty.

Nr. 8395. GROSSBRITANNIEN. — Admiralität an das Kolonialamt. — Uebersendung der verlangten Berichte. [I, 36.]

Admiralty, December 27, 1883.

Nr. 8395. Gross-britannien. 27. Dec. 1883.

Sir, — With reference to your letter of the 12th instant, transmitting an extract of a minute addressed by the Ministry of the Cape Colony to the Administrator on the subject of the sovereignty of the Bay of Angra Pequena, and asking if there is any record in this Department of the territory in question having been already taken possession of in the name of Her Majesty, I am commanded by my Lords Commissioners of the Admiralty to transmit to you, for the Earl of Derby's perusal, the accompanying memorandum, giving all the information on the subject contained in the records of the Admiralty. || I am, &c.

G. Tryon.

The following information is derived from Admiralty Records:—

1. H. M. S. "Grecian" visited Angra Pequena in 1851; but there is nothing to show, that the ship took possession of any portion of land on behalf of the Crown.

2. Proceedings of H. M. S. "Furious" in 1861. — It would appear, that

Her Majesty's Government on 1st April 1861 decided to annex Ichabo Island (24 miles north of Penquin Island, Angra Pequena) to the Crown, and in June 1861 Captain Jones, of H. M. S. "Furious," was ordered by the Commander-in-Chief at the Cape of Good Hope to visit Ichabo on his passage to England, and take possession of it, and declare the said Island a dependency of the Government of the Cape of Good Hope. || Captain Jones reported to the Admiralty, in letter dated 20th August 1861, that on 21st June 1861 he took possession of Ichabo Island. and put up a notice to the following effect: — || "This Island of Ichabo is this day taken possession of, for, and in the name of, Her Britannic Majesty Queen Victoria, and ishereby declared a despendency of the Government of the Cape of Good Hope.

Nr. 8395. Grossbritannien. 27. Dec. 1883.

21st June 1861. Oliver J. Jones,
Captain H. B. M. S. 'Furious'."

All claims as to right of soil or territory on Ichabo are to be made to His Excellency the Governor of the Cape Good Hope.

"God save the Queen."

These proceedings of Captain Jones were communicated to the Colonial Office in letter dated 24th August 1861. || It must be observed, that the "Furious" did not call at Angra Pequena in 1861 on her way to Ichabo Island.

Early in 1864, in a correspondence between the Admiralty and Colonial Office relative to a statement in Commander-in-Chief's letter No. 248, dated Simon's Bay, 17th December 1863, that "Penguin Island, Angra Pequena, was annexed to this (Cape) Colony in August 1861, together with Ichabo and others, as a guano island, by a Proclamation of Sir George Grey, subject to the approval or disallowance of Her Majesty's Government; but it does not appear to have been confirmed or noticed in any way from home." The Admiralty were informed by the Colonial Office, 8th February 1864 that "the Island of Ichabo was taken possession of in June 1861, as the Lords Commissioners of the Admiralty are aware, by Captain Jones of H. M. S. 'Furious', with the sanction and under the orders of Her Majesty's Government. But, until the arrival of the present mail, the Duke of Newcastle never heard of the Act by which Sir George Grey assumed to declare Penguin Island and certain other rocks and islets on the same part of the Coast of Africa as Ichabo to be British territory. || This measure was not submitted to, and has not been confirmed by, Her Majesty's Government, and it is very doubtful whether in that event the Act would in the meanwhile be valid as a point which cannot be determined without legal advice. But the opinion of the Law Officers has been sought, arising out of the case of the 'Saxon,' which occurred in the waters where some of these islands are situated, and the result will be communicated to the Lords Commissioners of the Admiralty."

3. Proceedings of H. M. S. "Valorous" in 1866. — On 9th February 1866 Her Majesty's Government sanctioned the annexing to Cape Colony of

Nr. 8395. Gross-britannien. 27. Dec. 1883.

Penguin and other small islands; and in May the "Valorous" left Simon's Bay to carry out this annexation. || Commodore Cockburn reported to the Admiralty, in letter dated Simon's Bay, 8th June 1866, that their Lordships' order to take possession of the Penguin Islands has been duly performed by Captain Forsyth in H. M. S. "Valorous". || The group consists of a range of small islands or rocks, the resort of birds, and are useful in giving guano; they extend from Hollam's Bird Island, in latitude 24° 38′ S., longitude 14° 23′ E., to Sinclair's Island, in latitude 27° 41′ S., longitude 15° 31′ E.; Ichabo forming about the centre.

Admiralty, 27th December 1883.

Nr. 8396. GROSSBRITANNIEN. — Die Kap-Minister an den Administrator. — Empfehlen Annexion der ganzen Süd-West-Küste. [I, 42.]

Nr. 8396. Gross-britannien. 30. Jan. 1884.

Colonial Secretary's Office, Cape Town, January 30, 1884.

In returning to His Excellency the Administrator the despatch forwarded in his Minute 1884, from the Right Honourable the Secretary of State, dated the 13th December 1883, which invites a further expression of opinion on the subject of Walfisch Bay, Ministers can only repeat the opinion recorded in their Minute of the 3rd October 1883, as to the necessity for this question of the south-west coast beyond the borders of the Colony being taken into consideration by Her Majesty's Government with a view of placing it under, at any rate, the formal sovereignty of some recognised power. Ministers have already drawn attention to the possible consequences which may arise from the presence of rival traders of different nationalities in a territorry to which both lay claim by right of purchase, and where there already exist elements of discord in the shape of a number of petty marauding tribes, who may be relied on to join in any adventure which holds out a promise of drink or plunder without the penalty of hard work. Later advices from the spot confirm the apprehensions expressed by them, that a practically unlimited free trade in arms and ammunition has already been set up which cannot but prove entirely destructive to all efforts which the Colonial Government may make to control the trade; efforts which have been a different times repeatedly pressed upon this Government by the Right Honourable the Secretary of State. The original annexation of Walfisch Bay was mainly undertaken with a view of giving some sort of control over one of the main inlets of the trade in munitions of war; and Ministers would venture to remind the Right Honourable the Secretary of State that it has been conducted without any charge to Her Majesty's Government. They desire, in reply to the request contained in the despatch under reply, to put on record their opinion that,

in the present circumstances of South Africa, the interests of order and civilization would be best served by the annexation to the Empire of the remainder of the coast from the Portuguese Possessions to the Orange River, and by the issue of a commission to the officer who may be charged with the administration of the Government of the Cape of Good Hope as Governor of the territory in a manner similar to that which was followed in the case of the territories of Tembuland and St. John's River, leaving the question of the settlement of the amount of effective control and the provision to be made in that behalf to be arranged between Her Majesty's Government and the Government of the Colony. || Such a course would, in their opinion, not only provide for cases similar to that under notice at Walfisch Bay, but would at the same time meet any emergency which might possibly arise out of the complications which they have brought to the notice of the Right Honourable the Secretary of State in their Minute above quoted.

Nr. 8396. Grossbritannien. 30. Jan. 1884.

John X. Merriman,*)
Commissioner, for the Colonial Secretary.

Nr. 8397. **GROSSBRITANNIEN.** — Min. der Kolonien an den Administrator der Kapkolonie. — Ist die Kapregierung bereit, Angra Pequena zu übernehmen? [I, 39.]

Downing Street, February 5, 1884.

Sir, — With reference to your despatch of the 6th of November last**) I have the honour to inform you, that on the 3rd instant I sent you a telegram, in which I inquired whether there was any prospect of your Government undertaking the control of Angra Pequena in the event of that place being declared British, as it might, I informed you, be difficult otherwise to resist the representation made by the German Government that, failing other protection for German subjects there, they would be compelled to assume jurisdiction over the place. || I have &c.

Nr. 8397. Grossbritannien. 5. Febr. 1884.

Derby.

The Officer Administering the Government.

---

*) Before this was received (23. Februar 1884. A. d. R.) the Ministry, of which Mr. Merriman was a member, had retired from office.

**) Die Antwort der Kapregierung vom 6. Februar [I, 40] sowie die denselben Gegenstand betreffende telegraphische Korrespondenz zwischen Derby und der Kapregierung (Telegramme vom 7. Mai, 29. Mai, 17 Juni, 9. Juli [I, 45, 54, 60, 71] sind nicht besonders abgedruckt, da sie in der Depesche Derby's vom 4. December 1884 (Nr. 8423 Absatz 15 und 16) wörtlich reproduzirt sind. Anm. d. Red.

Nr. 8398. **GROSSBRITANNIEN.** — Kolonial-Institut an das Kolonialamt. — Befürwortet die Ausschliessung fremder Mächte von der Süd-West-Küste Afrika's. [I, 52.]

15, Strand, W. C. May 28, 1884.

Nr. 8398. Gross-britannien. 28. Mai 1884.

My Lord, — I am directed to inform jour Lordship, that the Council of the Royal Colonial Institute have been much concerned at observing recent announcements of measures said to have been taken by the Government of His Imperial Majesty the Emperor of Germany for the acquisition by that country of the Bay of Angra Pequena and adjacent territory on the south-west coast of Africa. || Being deeply impressed with the great importance of these possessions to the political and commercial interests of Great Britain and her South-African Colonies, the Council would respectfully urge upon Her Majesty's Government to maintain the right which your Lordship has claimed to exclude foreign powers from the occupation of this valuable harbour and the country adjacent thereto. || I have &c.

J. S. O'Halloran,
Secretary.

The Right Hon. the Earl of Derby, K. G.,
H. M. Secretary of State for the Colonies

Nr. 8399. **GROSSBRITANNIEN.** — Kolonialamt an das Ausw. Amt. — Die Kapregierung ist zur Uebernahme Angra Pequena's bereit. [I, 55.]

Downing Street, June 2, 1884.

Nr. 8399. Gross-britannien. 2. Juni 1884.

Sir, — With reference to your letter of the 22nd ultimo, and to previous correspondence on the subject of the sovereignty of Angra Pequena, I am directed by the Earl of Derby to transmit to you, to be laid before Earl Granville, a copy of a telegraphic despatch from the Governor of the Cape Colony*), reporting that his Ministers have decided to undertake the control of the coast line from Orange River to Walfisch Bay. || 2. Lord Derby would suggest, that the German Government be informed that after careful consideration and communication with the Government of the Cape Colony, Her Majesty's Government have decided that arrangements shall be made for giving protection under the British flag to any persons, German as well as English, who may have duly acquired concessions, or established commercial enterprises, on the coast between these two points; that as full consideration will be given to the claims and wishes of German subjects on that coast as to those of British subjects; but that as the correspondence indicates that there may be a greater or less incompatibility between the claims of Mr. Luderitz or other German subjects and those of Messrs. Sinclair and Spence or other British subjects on this coast, it would seem desirable to appoint a joint

*) Vom 29. Mai 1884. Vgl. Anmkg. zu Nr. 8397.

Commission to report upon all such claims, in order that they may be so clearly and authoritatively defined that there shall be no risk of disputes or collisions hereafter, which would be a matter for much regret. || 3. Lord Derby understands, that a German ship-of-war is likely to visit the spot, and it appears to him that, for this purpose, it might be convenient to associate the naval officer commanding it with a British naval officer. If, however, the German Government should prefer another constitution of the joint Commission, such a proposal could of course be entertained. || 4. I am to add, that it would seem desirable to send a British ship-of-war without delay to Angra Pequena, in order that there may be no ground for alleging that the continued absence of British protection has rendered German intervention necessary. || I am, &c.

Nr. 8399. Grossbritannien. 2. Juni 1884.

Robert G. W. Herbert.

The Under Secretary of State, Foreign Office.

Nr. 8400. **GROSSBRITANNIEN.** — Gouverneur der Kapkolonie an den Min. der Kolonien. — Die Kapkolonie will die Regierung der Küste vom Orange-Fluss bis Walfisch-Bay und die Kosten derselben übernehmen. [I, 63.]

(*Received June 26, 1884.*)

Government House, Cape Town, June 4, 1884.

My Lord, — With reference to my telegram of the 29th ultimo, I have the honour to enclose for your information a copy of a Minute which I have received from Ministers, expressing their readiness to recommend Parliament to undertake the control and cost of the coast line from the Orange River to Walfisch Bay. || I have, &c.

Nr. 8400. Grossbritannien. 4. Juni 1884.

Hercules Robinson, High Commissioner.

The Right Hon. the Earl of Derby, &c.

Ministers to Governor and High Commissioner.

Minute. Colonial Secretary's Office, Cape Town, May 29, 1884.

With reference to the Minute of his Excellency the Governor of the 9th instant, transmitting, for the consideration of Ministers, a telegram from the Right Honourable the Secretary of State for the Colonies relative to Angra Pequena, and the reply of the late Administration thereto, Ministers have the honour to state that, like their predecessors, they would have preferred to avoid any extension of responsibilities in connection with the west coast, but, under the special circumstances, some such extension seems to be unavoidable. || Two courses would appear to be open; first, a declaration of British jurisdiction over the coast line to the depth of five or ten miles inland from the Orange River

Nr. 8400. Gross-britannien. 4. Juni 1884.

to the boundary of the Portuguese settlements, and also over such islands adjacent to the coast as have not already been annexed to this Colony or declared to be British territory; or, secondly, the annexation of that coast line, or part thereof, together with the adjacent islands, to this Colony. The first of these courses would, for many reasons, be the more satisfactory; and, while retaining British jurisdiction over the coast line merely, it would entail no expenditure upon Her Majesty's Imperial Government. || If it be adopted, power should be given to govern the ports, such as Walfisch Bay, which is now under British jurisdiction, Sandwich Harbour and Angra Pequena, by means of a Commission similar to that under which the Port of St. John is now governed, the cost of such government being borne by this Colony. || If, however, the course suggested be deemed inexpedient, Ministers will be prepared to lay before Parliament the proposals necessary for carrying into effect the alternative suggestion to the extent of the coast line between the Orange River and Walfisch Bay. || Responsibility for Walfisch Bay has already been undertaken by the Colonial Government, although there has been no formal act of annexation to the Colony. Further, by an Act of the Colonial Legislature, No. 4, of 1874, the following islands, islets and rocks on the coast line between the Orange River and Walfisch Bay have been annexed to this Colony, that is to say, Hollands Bird Island, Mercury Island, Long Island, Seal Island, Penguin Island, Halifax Island, Possession Island, Albatross Rock, Pomona Island, Plum Pudding and Roast Beef or Sinclair's Island. || Accordingly, the additional responsibility to be incurred by the Colony would arise from the control of the coast line and harbours only, as Ministers do not desire to extend the responsibilities of the Colony into the interior. || In the event of annexation to the Colony being sanctioned as proposed, so as to include Walfisch Bay, but no higher, Ministers would urge the necessity for the retention of British jurisdiction from that place to the Portuguese settlements with a view to the prevention of contraband trade. || Ministers beg to recommend that a telegram be forwarded to the Right Honourable the Secretary of State for the Colonies in the terms annexed.*)

Thomas Upington.

Nr. 8401. **GROSSBRITANNIEN.** — Kolonialamt an das Ausw. Amt — Empfiehlt, die Kollision der Ansprüche der engl. und deutschen Firmen durch Kommissare beider Länder zu schlichten.

Downing Street, June 27, 1884.

Nr. 8401. Gross-britannien. 27. Juni 1884.

Sir, — With reference to previous correspondence on the subject of Angra Pequena, I am directed by the Earl of Derby to transmit to you, to

*) Vgl. Anmerkung zu No. 8397.

be laid before Earl Granville, a copy of a letter from Mr. de Pass, submitting some further particulars of his own claims as opposed to those of M. Luderitz. || It appears to Lord Derby that under existing circumstances it would probably be desirable, with a view to an amicable and final settlement of the matters in dispute, that this inquiry should be made by an English and a German Commissioner jointly. || I am, &c.

Nr. 8401. Gross-britannien. 27. Juni 1884.

Robert G. W. Herbert.

The Under Secretary of State, Foreign Office.

Daniel de Pass, Esq., to Colonial Office.

(Anlage) 128, Leadenhall Street, London, June 26, 1884.

Sir, — On the 13th July 1883 I adressed an inquiry regarding the origin of a report, then circulated at Cape Town, that the Germans had bought and occupied Angra Pequena and some miles of inland territory; you then had no information to give me. || Having been away from England, my firm have addressed you on the 20th August 1883 and the 6th May 1884. I returned from Natal last week, hence I have been unable to follow up the inquiries the above letters ask for. In going over the various statements which have been from time to time made in the Houses of Parliament on this Angra Pequena question, I can only rely on newspaper reports. || In the "Daily News" of 24th May 1884 the Earl of Derby said, in reply to a question put by Viscount Sidmouth, viz.:—

"As to Angra Pequena, two separate questions were involved, that of the islands outside the harbour and that of the harbour itself; as to the islands, there was no colonial or Imperial agency there. They had been claimed as British possessions; but he did not know whether a flag was there or not."

The group of Guano Islands was by lease granted to me and others by the Governor of Ichaboe and Penguin Islands, who became such Governor by Letters Patent dated at Westminster, 27th February 1867. || The Earl of Derby was unaware, when he made the statement, that there are Guano islands, named on the charts as Seal, Penguin and Shark (called in the lease Long Island), which are inside and part of the harbour, and inside shore of the bay. The captain of a loaded vessel from Penguin Island informs me that, while lying there loading, that it was with difficulty these German depredators could be restrained from landing on our islands, and shooting the birds. || Up to a very recent date one of my captains held Her Majesty's commission as Justice of the Peace for these parts; but after his death no further commission was issued, as during some 15 years of British occupation not a single instance occurred requiring this office. Flags have been flown at nearly every island. || Now, keeping within the rights of my lease, I stoutly protest against the aggressive action of Mr. Luderitz; he lands at Angra with 40 men, sets up a fort, mounts a cannon, and has endeavoured to stop my men in their work and in places in the harbour they had been accustomed to land, where our

Nr. 8401. Gross-britannien. 27. Juni 1884.

staging has been erected for some 30 years. || I was quite aware of the visit of the "Boadicea" in October last; the captain of that ship saw our old servants and obtained all the evidence procurable. I was satisfied, that the report would establish a protection for the rights of British subjects, and therefore I have not incessantly urged my case. When this report arrived in England, I cannot know; possibly it has not come to hand at all, as the statements I have alluded to, made by the Earl of Derby, could not have been made with such information. || The sum and substance of this position we are now in, is, that Germany is going to do what I stated in my letter of July 1883, viz., protect the acquisitions of Herr Luderitz, and against this I must urge that my acquisitions, obtained in 1863 from David Christian as a general grant to Captain B. Sinclair on behalf of my firm, and subsequently extended on the 9th of Decembre 1864 by David Christian and the principal men of the country, cannot be overridden by what Herr Luderitz has done. Has he a title which includes the different principal men of the country? || We spend some 30,000*l.* in the country in opening up different mines, and David Christian had his share of the ore regularly sent him. It has been stated, that the copper mine has been abandoned, which is untrue, as Captain Sinclair has his trading station at the mine, is there now, and has always been there. || I should be very much obliged if you would convey to me the meaning of the language used by Prince Bismark at the Budged Committee at Berlin, 23rd instant, as to protection of German subjects at Angra Pequena; why do they want protection there more than at any other portion of Her Majesty's dominion? Why do German subjects plump down in the midst of British traders to sell guns and gunpowder to natives, and tell them that, unless they (the British traders of 40 years' standing) pay a customs tariff to Germany, the goods will not be allowed to land. || Do the Germans mean to lay claim to Angra Pequena harbour with our British islands, called on the map Shark Island (but in our lease Long Island) and Seal Island, on the north side of the bay? Both of these islands can be at low water considered to form a part of the shore of the harbour. || Some 30 years my firm have carried to Angra Pequena traders and their merchandize, and have discharged the goods at our landing place at the southern portion of the bay. Our grant from David Christian and his principal chiefs included this landing place, as described on the map herewith handed to you. || In view of Prince Bismark's statements as reported in the "Times" of to-day, it would appear that Herr Luderitz's recent purchase will override that of mine, and of my occupation for so many years. || I herewith enclose copies of the leases of the mainland, which are indicated on the chart, and shall be glad to hear what my position is. || I am, &c.

Daniel de Pass.

The Under Secretary of State for the Colonies.

Nr. 8402. **GROSSBRITANNIEN.** — Kolonialamt an das Ausw. Amt. — Die Annexion der Küste, soweit sie nicht von Lüderitz erworben, ist bei der Kapregierung in Anregung zu bringen. [I, 70.]

Downing Street, July 8, 1884.

Nr. 8402. Gross-britannien. 8. Juli 1884.

Sir, — With reference to previous correspondence on the subject of Angra Pequena, I am directed by the Earl of Derby to state that, as the Cape Parliament will be prorogued in about a fortnight from the present time, he proposes, with Earl Granville's concurrence, to telegraph to Sir H. Robinson informing him that Her Majesty's Government have determined that they are not in a position to oppose the intention of the German Government to afford its protection to German subjects having duly acquired concessions or formed establishments where no British sovereignty exists, and that so much of the country, therefore, at or near Angra Pequena, as may after due inquiry be found to have been duly acquired by M. Luderitz will be under German protection. || 2. Lord Derby proposes to add, however, that Her Majesty's Government will be prepared to proclaim British protection and authority over any other places on the coast at which British subjects have concessions or establishments if the Cape Parliament will make the necessary provision for the cost. || In connexion with this subject, his Lordship would invite Lord Granville's attention to the accompanying copy of a further letter from Mr. de Pass, who, it will be seen, states that he has establishments at Sandwich Bay and Hottentot Bay as well as at Angra Pequena. Lord Derby proposes to point this out to Sir Hercules Robinson, adding that it is inferred that the Cape Government will desire British protection over the coast north of M. Luderitz's concession, which is said to extend to latitude 26. || I am, &c.

Robert G. W. Herbert.

The Under Secretary of State, Foreign Office.

Daniel de Pass, Esq. to Colonial Office.

(Anlage) 128, Leadenhall Street, London, July 4, 1884.

Sir, — By the last incoming mail from Cape Town, I am advised by letter that the Premier of the Cape Parliament had assured Mr. John Spence (a gentleman associated with me in the coast business), that the Cape Government had asked the Imperial Government to annex to the Crown the coast line from Walfish Bay north up to the Portuguese territories and south to the Orange River.

I beg to mention, for the information of the Colonial Secretary of State, that south of Walfisch Bay there is another very fine harbour called Sandwich Harbour, at which place I have houses, sheds and drying poles, forming a fishery, and a party of 16 to 20 fishermen who have been in constant occu-

Nr. 8402. Grossbritannien. 8. Juli 1884.

pation there for some 35 years; latitude 23·20 south, longitude 14·31 east. I have also another establishment at Hottentot Bay; latitude 26·7 south, longitude 14·57 east.

As the Cape Government have expressed their willingness for the annexation of the above-mentioned coast line, and the German flag has not yet been hoisted, future misunderstandings would be avoided by the Government ordering by cable the "Boadicea", now in Simon's Bay, to proceed north to perform such annexation, and she would arrive before the German gunboat could reach that portion of the coast. || I have, &c.

Daniel de Pass.

To the Under Secretary of State for the Colonies.

Nr. 8403. GROSSBRITANNIEN. — Gouverneur der Kapkolonie an den Min. der Kolonien. — Die öffentliche Meinung verlangt die Aufrechterhaltung der engl. Autorität über die Küste. [I, 71.]

(*Received July 9, 1884.*)

(Telegraphic.)

Nr. 8403. Grossbritannien. 9. Juli 1884.

9th. Ministers request me to send you a message in following terms. *Begins:*—As Parliament will soon be prorogued, Ministers are anxiously awaiting information relative to negotiations with German Empire on question of West Coast, referred to in your telegram received on the 18th June. Ministers advise me, that feeling in Colony is strongly in favour of retention of British authority over coast line from Orange River upwards, and that rumour that British jurisdiction over Walfisch Bay is to be abandoned has caused great uneasiness. Annexation of Damaraland to German Empire is also greatly deprecated. *Ends.*

Nr. 8404. GROSSBRITANNIEN. — Ausw. Amt an das Kolonialamt. — Nothwendigkeit, die deutschen Ansprüche anzuerkennen. [I, 73.]

Foreign Office, July 12, 1884.

Nr. 8404. Grossbritannien. 12. Juli 1884.

Sir, — In my letter of the 4th instant I transmitted to you, by direction of Earl Granville, for the information of the Secretary of State for the Colonies, copy of a despatch*) which his Lordship addressed on the 14th ultimo to Her Majesty's Ambassador at Berlin, recording the substance of a conversation with Count Herbert Bismarck respecting the claims of Germany at Angra Pequena

*) Gleichen Inhalts wie Nr. 8310.

Lord Granville now desires to submit, for the consideration of the Earl of Derby, certain proposals for the settlement of this question. || Count Herbert Bismarck, in his communications with Lord Granville, explained that the German Government intended themselves to give henceforth full protection to Germans settling in uncivilized countries which were not under the Sovereign jurisdiction of other European States. The German Government, however, would always scrupulously respect acquired rights, and he added that they had no idea of establishing a convict settlement at Angra Pequena. || After careful consideration of all the communications which have passed, and of all the circumstances of the case, Her Majesty's Government have come to the conclusion that in view of the definitions which have been publicly given by them of the limits of the Cape Colony, they cannot contest the claim of the German Government to afford protection to German subjects who have established themselves at Angra Pequena under concessions from native chiefs, though no doubt can be entertained as to Walfisch Bay and the islands adjacent to Angra Pequena being British. || I am therefore to request, that you will state to the Secretary of State for the Colonies that, if he should concur, Lord Granville is disposed to inform the German Government at once that Her Majesty's Government will be prepared to recognize their right to protect German subjects at Angra Pequena, as soon as proper arrangements can be agreed upon between the two Governments for giving security against the formation of any penal settlement upon any part of the coast in question, and for making provision for the recognition of acquired rights, and the protection of the interests of British subjects, who may hold concessions or carry on trade in those parts. || It is probable that the best way of deciding all conflicting claims would be to nominate an Anglo-German Commission to examine into and decide all such claims on the spot, and Lord Granville will be prepared to propose to the German Government the appointment of such a Commission if the course of action indicated in this letter should meet with Lord Derby's approval. || I am, &c.

Nr. 8404. Gross-britannien. 12. Juli 1884.

J. Pauncefote.

The Under Secretary of State, Colonial Office.

Nr. 8405. **GROSSBRITANNIEN.** — Min. der Kolonien an den Gouverneur der Kapkolonie. — Anregung der Annexion der Küste nördlich von der Lüderitz'schen Niederlassung. [I, 74.]

(Telegraphic.)

14th July. In reply to your telegram of 9th July, Her Majesty's Government have determined, that they are not in position to oppose intention German Ministry to extend protection to German subjects having acquired concession

Nr. 8405. Gross-britannien. 14. Juli 1884.

Nr. 8405. Grossbritannien. 14. Juli 1884.

or formed settlement where no British jurisdiction already exists. || So much therefore of the country in neighbourhood of Angra Pequena as may be, after careful inquiry, found to have been acquired in proper form by Luderitz, will be under protection of German Empire. || Her Majesty's Government will be prepared proclaim under British protection and authority any other places on the coast at which British subjects have claims, if Colonial Legislature will make arrangements for cost. || De Pass stated, that he has claims at Sandwich Bay and Hottentot Bay as well as Angra Pequena. Her Majesty's Government infer Colonial Government will consider it desirable that coast to the north of Luderitz concession, which is said to extend to latitude 26°, should be placed under British protection.

Nr. 8406. GROSSBRITANNIEN. — Gouverneur der Kapkolonie an den Min. der Kolonien. — Annexion der ganzen Küste ist beschlossen. [II, I.]

(Extract.) Telegraphic.

Received July 23, 1884.

Nr. 8406. Grossbritannien. 23. Juli 1884.

Resolution passed declaring expedient to annex to Colony coast line between Orange River and Walfisch Bay, and between Walfisch Bay and Southern Portuguese boundary. Prorogation of Parliament to-morrow.

Nr. 8407. GROSSBRITANNIEN. — Min. des Ausw. an den engl. Botschafter in Berlin. — Der Ausschluss von Strafkolonien in Angra Pequena ist nur ein Wunsch der engl. Regierung, keine Bedingung der Anerkennung des deutschen Protektorats. [II, 3.]

Foreign Office, August 7, 1884.

Nr. 8407. Grossbritannien. 7. Aug. 1884.

My Lord, — The German Ambassador called upon me this afternoon, and spoke to me of the objection taken by Prince Bismarck to that passage in your Excellency's note to Count Hatzfeld of the 19th ultimo*) which refers to the engagement not to establish any penal settlement at Angra Pequena. || I stated to his Excellency, that I was a little surprised that official objection had been taken to a note which had been agreed upon between Count Herbert Bismarck and myself. || As to the sentence complained of it did not at the time strike either Count H. Bismarck or myself as objectionable, and I could not help thinking that the objection was not so strong in reality as seemed to be felt by Prince Bismarck. The words used were meant only to imply, that we wished to be sure that the assurance which Count H. Bismarck

---

*) Nr. 8315.

had given me would be confirmed by his Government. || But I had no wish to retain the phrase. || The best way of meeting the difficulty would be by a common agreement binding both Governments not to establish any convict settlement on that part of the coast. If, however, this plan were not agreeable to the German Government we should be quite satisfied with a separate Despatch confirming Count H. Bismarck's assurances which had already been announced to Parliament. || I am &c.

Nr. 8407. Grossbritannien. 7. Aug. 1884.

Granville.

His Excellency Lord Ampthill, G.C.B., &c.

Nr. 8408. **GROSSBRITANNIEN.** — Ausw. Amt an das Kolonialamt. — Officielle Mittheilung des deutschen Protectorats. Eine Opposition dagegen erscheint nicht angängig. [II, 5.]

Foreign Office, August 20, 1884.

Nr. 8408. Grossbritannien. 20. Aug. 1884.

Sir, — I am directed by Earl Granville to request, that you will inform the Earl of Derby that Baron von Plessen, who is now in charge of the German Embassy in London, called at this office on the 16th instant, and stated by direction of his Government that the German Admiralty at Berlin had received an official report from Cape Town to the effect that on the 7th instant the „Lüderitz territory“, from the Orange River to the 26th degree of south latitude, had been placed under the protection of His Majesty the Emperor of Germany by one of his Imperial Majesty's ships. || Baron von Plessen stated, that he was instructed to make the above communication officialy. I am further to state, that Baron von Plessen called again at this office on the 18th instant, and stated by direction of his Government that they felt some embarrassment in consequence of a report having reached them that the Cape Government had declared its intention of extending the colonial limits beyond the Orange River, over territories which had been brought under the Protectorate of Germany. || Lord Granville is disposed to think, that no objection can properly be taken to the action of the German Government in this matter, but that inquiry should be made as to the nature of the protection referred to, and as to the rights and obligations which the German Government claim thereunder, and that a general reservation should be made of the rights of British subjects in the territory in question. || As regards the reported intentions of the Cape Government his Lordship would propose to inform the German Government, that they need apprehend no action on the part of the Colony which will interfere with their just rights. But his Lordship would suggest that the Cape Government be informed by telegraph of the communication made by the German Government, and be cautioned against interfering with the claims of Germany between the Orange River and the 26th degree of south latitude. Lord Granville is also of opinion, that the German Govern-

Nr. 8408. Grossbritannien. 20. Aug. 1884.

ment should be urged to proceed at once with the appointment of the Commissioners of the two countries who are to report on the various claims of British and German subjects on that coast. || I am to request, that you will move the Earl of Derby to favour Lord Granville with his observations on the communications made by the German Government, and with his views as to the action to be taken thereon. || I am, &c.

J. Pauncefote.

The Under Secretary of State, Colonial Office.

Nr. 8409. **GROSSBRITANNIEN.** — Gouverneur der Kapkolonie an den Min. der Kolonien. — Resolution des Kapparlaments zu Gunsten der Annexion. [II, 6.]

(Received August 25, 1884.) Government House, Cape Town, July 30, 1884.

Nr. 8409. Grossbritannien. 30. Juli 1884.

My Lord, — With reference to your Lordships telegram of the 14th instant, I have the honour to enclose, for your information, a copy of a minute which I have received from Ministers covering copies of resolutions of both Houses of Parliament in favour of the annexation to this Colony of the coast line between Walwich Bay and the mouth of the Orange River, and between Walwich Bay and the southern boundary of the Portuguese possession. || It have, &c.

Herkules Robinson, High Commissioner.

The Right Hon. the Earl of Derby, &c.

Ministers to Governor and High Commissioner.

(Minute.)

Colonial Secretary's Office, Cape Town, Juli 25, 1884.

In transmitting resolutions of both Houses of the Legislature affirming the expediency of providing for the annexation to this Colony of the coast line between Walwich Bay and the mouth of the Orange River and between Walwich Bay and the southern boundaries of the Portuguese possessions, Ministers have the honour to express to his Excellency the Governor their satisfaction with the contents of the telegram of the Right Honourable the Secretary of State for the Colonies, received on the 15th instant and transmitted for the information of Ministers, under cover of His Excellency's Minute of the same date, distinctly pointing out that Her Majesty's Government is prepared to assent to the extension of German protection to such German subjects only as have "acquired concession or formed settlement where no British jurisdiction already exists." Ministers would respectfully submit that, according to the Despatch of Sir P. E. Wodehouse, addressed to the Right Honourable E. Cardwell, M. P., under date July 18th, 1866, the harbour of Angra Pequena was undoubtedly placed under British jurisdiction, for in the

words of the then Governor "the sovereignty of the Queen has been proclaimed over the harbour of Angra Pequena." || Under these circumstances, Ministers would earnestly urge upon Her Majesty's Government the advisability of insisting upon the reservation to British jurisdiction of the bay, harbour and shores of Angra Pequena. Ministers have no desire whatever to infringe upon any rights acquired by Mr. Luderitz upon soil not under British jurisdiction, but, for the preventing of contraband trade, they strongly advocate the necessity for preserving intact under British jurisdiction the coast line from the Orange River northwards.

Nr. 8409. Gross-britannien. 30. Juli 1884.

Thomas Upington.

Extract from Minute of Legislative Council.

Friday, 18th July.

"That it is expedient to provide for the annexation to this Colony of the coast line between Walwich Bay and the mouth of the Orange River and between Walwich Bay and the southern boundaries of the Portuguese possessions."

Motion put and agreed to.

Clerk, House of Assembly, to Colonial Secretary.

Annexation on North-west Coast.

House of Assembly, Cape Town, July 16, 1884.

Sir, — I have the honour to direct your attention to the resolution of the House of Assembly adopted this day: — || That is expedient to provide for the annexation to his Colony of the coast line between Walwich Bay and the mouth of the Orange River, and between Walwich Bay and the southern boundary of the Portuguese possessions, so far as it shall be proclaimed British territory. || I have, &c.

Jno. Noble, Clerk of the House of Assembly.

The Hon. the Colonial Secretary.

Nr. 8410. **GROSSBRITANNIEN.** — Min. des Ausw. an den engl. Geschäftsträger in Berlin. — Der deutsche Geschäftsträger hat die Ausdehnung des Protectorats bis Kap Frio angezeigt. [II, 14.]

Foreign Office, September 13, 1884.

Sir, — Baron Plessen, the German Chargé d'Affaires, called at this Office on the 8th instant to give notice on behalf of the German Government that the West Coast of Africa from 26⁰ South to Cape Frio, excepting Walfisch Bay, had been placed under the protection of the German Empire by the hoisting of the German flag by the Commander of His Imperial Majesty's

Nr. 8410. Gross-britannien. 13. Sept. 1884.

Nr. 8410. Grossbritannien. 13. Sept. 1884.

ship "Wolf." || He was also to propose on behalf of his Government that "the settlement of the question" should be entrusted to Commissioners to be named for the purpose. || Baron Plessen was asked what he understood by "the settlement of the question;" he said he thought it probably referred to the delimitation of Walfisch Bay, but he had no explanation in his instructions. || I have to request you to inform the German Foreign Office, that Her Majesty's Government will be quite ready to appoint a Commissioner, and await a further communication from the German Government with a view of settling the joint instructions to be given to the Commissioners. || I am, &c.

Granville.

C. S. Scott, Esq., &c.

Nr. 8411. GROSSBRITANNIEN. — Gouverneur der Kapkolonie an den Min. der Kolonien. — Englische Ansprüche auf Angra Pequena und die Westküste. [II, 18.]

(Received September, 17, 1884.)

Government House, Cape Town, August 27, 1884.

Nr. 8411. Grossbritannien. 27. Aug. 1884.

My Lord, — With reference to my Despatch of the 20th instant, I have the honour to forward, for your Lordships information, copy of a further minute which I have received from Ministers, forwading communications from Captain Spence, enclosing copy of the lease by Sir Philip Wodehouse of the islands on the West Coast, and copies of the grants of land at Angra Pequena made by the Chief David Christian. || I have, &c.

Hercules Robinson, High Commissioner.

The Right Hon. the Earl of Derby, &c.

Colonial Secretary's Office, Cape Town, August 25, 1884.

(Minute.)

With reference to their Minute of the 16th instant, relating to the proclamation of German sovereignty on the West Coast, Ministers have the honour to submit, for the information of his Excellency the Governor, copy of a letter dated the 19th instant, received from Captain Spence as the representative of lessees, under the British Crown, of islands lying within gunshot of the mainland, pointing out that, if the proclamation above referred to has been duly made and sovereignty over the islands transferred to a foreign Power, his rights as lessee will be interfered with, and, in addition, complaining of the danger of the sea-birds on the islands being scared away by the firing of guns as mentioned in the proclamation of Captain Schering. || A copy of the lease made to the lessees by Sir Philip Wodehouse in his capacity as

Governor of the islands in question is sent herewith. || Ministers further beg to submit copy of a subsequent communication from the same gentleman regarding his right to certain lands at Angra Pequena, extending along the seaboard from Baker's Cove to Angra Pequena and inland to a distance of 50 miles. || Copies of the grants of the lands claimed by Captain Spence are also sent herewith.*) || Finding from a report, which has just reached this Colony, of remarks made in the House of Commons, on the 29th ultimo by Mr. Ashley and Lord E. Fitzmaurice, that it was the intention af Her Majesty's Imperial Government to assent only to the protection of German subjects at Angra Pequena, and that annexation to the German Empire of the coast-line northward of the Orange River was not contemplated, Ministers would in the interests of the Colony beg to again urge strongly the necessity for the maintenance of the coast-line, as well as the harbour of Angra Pequena, as British possessions to be annexed to the Cape Colony in accordance with proposals to that effect made to Her Majesty's Imperial Government. || It appears from the Public Records of this Colony, that so far back as 1796, a precisely similar course to that recently adopted by Captain Schering acting on behalf of the German Empire was adopted by Captain Alexander acting on behalf of the British Crown at Angra Pequena. Captain Alexander landed there and "took possession, in His Majesty's name, by hoisting the King's colours, firing three volleys, and turning over the soil." || Many years later a further formal proclamation of the sovereignty of Her Majesty the Queen over the harbour of Angra Pequena was made, that is to say, on May 5th, 1866, when Captain Forsyth, commanding Her Majesty's ship "Valorous," acting under the orders of the officer in command of Her Majesty's ships and vessels on the Cape of Good Hope Station, issued, with the knowledge and assent of Her Majesty's Imperial Government, a proclamation, copy herewith, declaring that "the sovereignty and dominion of Her Britannic Majesty Queen Victoria was declared over the harbour commonly known as Angra Pequena." || Since that time Angra Pequena has been considered to be under British jurisdiction, and British subjects such as Captain Spence have acquired interests there. || Ministers were therefore surprised to find, that Angra Pequena, and also the entire coast line from the 26th degree of south latitude downwards to the Orange River, together with adjacent islands already forming portion of this Colony, had been formerly taken possession of by a foreign Power. || Ministers trust, that it may yet be found possible to accede to the proposals of this Colony with regard to the coast-line, including the harbour of Angra Pequena. || The cost of carrying out such proposals would devolve solely upon the Colonial Government, and the Imperial Government would incur no other responsibility than that which attaches to it as the head of the empire.

Thomas Upington.

*) Siehe Anlagen zu Nr. 8392.

A.

Bury Street, Cape Town, August 19, 1884.

Nr. 8411. Gross-britannien. 27. Aug. 1884.

Sir, — My attention has been called to a statement in the newspapers, that the German frigate "Elizabeth" has taken formal possession in the name of the German Empire of Angra Pequena on the mainland and of the islands within gunshot of the mainland. || If this statement be correct then the German Empire has taken possession of the islands known as Ichaboe, Roast Beef (alias Sinclair's Island), Albatross Rock, Halifax, Possession, Plum Pudding, Pomona, Seal, Long, Penguin, and 84 islands, which with two other islets, Mercury and Hollandsbird, lying a little further off, were, by deed dated the 11th day of Januar 1869, leased as British possessions to my late firm de Pass, Spence and Company, and Robert Augustus Granger, by his Excellency Sir Philip Edmond Wodehouse, Covernor of Ichaboe and the Penguin Islands, thereunto empowered by Royal Letters Patent bearing date ad Westminster the 27th day of Juli 1867. || My said firm subsequently acquired the share of rights of Mr. Granger, and I am now, under arrangements made at the dissolution of my firm, the possessor of a moiety of the lease, and all rights thereunder, and Mr. Daniel de Pass, now a resident in England, but whom I represent, of the other moiety. || By the said lease, copy of which I enclose for fuller information, the said islands were leased to us for a period of 21 years, expiring on the 30th July 1895. The consideration was cession by us to the Governor of the Patent Slip of Table Bay, on which we had expended 22,500l. and the annual rental of 800l., besides the expenditure of a large yearly outlay incurred in protecting the guano birds, the staple of the island, from molestation. || Ichaboe was formally taken possession of, for and on behalf of Her Majesty the Queen, on the 21st of June 1861, and the other islands, islets and rocks on the 5th May 1866, and the whole again were on the 16th of July 1866 annexed by proclamation of Sir Philip Edmond Wodehouse to this Colony, and declared to form part thereof, which annexation orginally, but, as it subsequently appeared, somewhat informally, was confirmed by the Colonial Act, No. 1 of 1873, and thereafter more formally by the present Act, No. 4 of 1874. || Under the circumstances stated, it is clear that the islands said to have been taken possession of are British territory, and as much a portion of this Colony as Robben Island at the mouth of Table Bay, and that British interests have been jeopardised, and private rights disregarded by a foreign Power. || I am quite prepared to hear of serious mischief done by the mere act of firing a royal salute at the hoisting of the German flag in Angra Pequena Bay, as I am informed was done on the 7th instant. || The value of Ichaboe, and the Penguin Islands depends on the guano annually deposited by sea birds of shy habits, who frequent these places to breed, and who are very easily scared away. || The firing of cannon will drive away all the birds within reach of the noise, and once scared away, years pass before they revisit the place. So well is this fact

known, that Her Majestys cruisers visiting the guano islands have received instructions to abtstain from firing guns. || I cannot too strongly urge upon the consideration of the Government the grievous loss Mr. De Pass and myself will sustain, if measures are not promptly taken to protect us against the threatened appropriation of our property, and the destruction of a valuable branch of Colonial trade by the proceedings at Angra Pequena which I have the honour to bring under your notice. || I am, &c.

J. Spence.

The Hon. Thomas Upington, Q.C.,
Attorney General, &c., Cape Town.

B.

To all whom it may concern.

Whereas by Letters Patent bearing date at Westminster, the twenty-seventh day of February, in the year one thousand eight hundred and sixty-seven, it was among other things provided that the Governor of the islands of Ichaboe and the Penguin Islands should be authorised and empowered, as he might deem expedient, under his hand and seal, to confirm any grant, disposition, lease, or license which might have been made or issued before the date of the said Letters Patent to any person or persons in respect of the said islands of Ichaboe, or the said Peguin Islands, or any of them or any part thereof, by any Governor of the Colony of the Cape of Good Hope. || And whereas on the twenty-fourth day of October, in the year one thousand eight hundred and sixty-one, the said Governor of the Cape of Good Hope did by certain three leases, copies whereof are hereunto annexed, grant unto Thomas Watson, William Clifford Knight, Daniel de Pass, John Spence and Robert Augustus Granger a certain exclusive right in and over the islands in the said leases named respectively for a term of seven years, commencing on the first day of August, in the year one thousand eight hundred and sixty-one, and terminating on the thirty-first day of July, in the year one thousand eight hundred and siyty-eight, and subject to the reservations and conditions in the said leases contained respectively. And whereas on the sixteenth day of October, in the year one thousand eight hundred and sixty-six, the said Governor of the Cape of Good Hope did by certain two other leases, copies whereof are also hereunto annexed, grand unto Robert Augustus Granger, represented by Charles Akin Fairbridge, Daniel de Pass and John Spence, a certain exclusive right in and over the islands in the said leases named respectively for a term of five years, commencing on the first day of August, in the year one thousand eight hundred and sixty-eight, and terminating on the thirty-first day of July, in the year one thousand eight hundred and seventy-three, and subject to the reservations and conditions in the said lease contained respectively. || And whereas on the sixteenth day of August, one

Nr. 8411. Gross-britannien. 27. Aug. 1884.

thousand eight hundred and sixty seven, I, Sir Philip Edmond Wodehouse, K. C. B., Governor of the said islands of Ichaboe and the Penguin Islands, did by grant passed under my hand and seal at Cape Town, copy whereof is hereunto annexed, confirm each of the said leases herein-before recited. || And whereas the sole parties now interested in the said leases and entitled to any rights and benefits thereunder, are the said Daniel de Pass and John Spence, trading in co-partnership under the style of de Pass, Spence and Company, and the said Robert Augustus Granger, in the following proportions, that is to say, the said de Pass, Spence and Company to the extent of two-thirds share, and the said Robert Augustus Granger to the extent of one-third share, as herein-after specially mentioned. || And whereas the said de Pass, Spence and Company and Robert Augustus Granger, for the consideration after mentioned, and for other divers good causes them thereunto moving, have jointly and severally surrendered to me and wholly renounced, all and singular, their right, title, claim, interest, demand in and to and under the said several leases and grant of confirmation, declaring the same to be wholly cancelled, null and void, and of no legal force and effect whatsoever. || Now know ye, that for the consideration aforesaid, and in consideration of the rent and conditions herein-after reserved and contained respectively, and on the part of the lessees to be paid and performed respectively, and for divers other good considerations and under and subject to the provisions herein-after contained, I, the said Sir Philip Edmund Wodehouse, as such Governor aforesaid, do hereby declare to grant by way of lease the said islands to the said de Pass, Spence and Company and Robert Augustus Granger, for the term or period of twenty-six years and upwards, that is to say from the present day to the thirtieth day of June one thousand eight hundred and ninety-five, in the manner, for the purposes and on the conditions and stipulations following, that is to say—

First. The said islands hereby leased shall consist of those known as Ichaboe, Roast Beef (alias Sinclair's Island), Albatross Rock, Halifax, Mercury, Possession, Plumpudding, Pomona, Seal, Long, Penguin, Hollamsbrid, and Eighty Four Islands, and Black Rock and Steeple Rock and Reef. || Second. All rocks and islets lying beetween Hollamsbird Island on the north, and Roast Beef (or Sinclair's Island) on the south, not herein specially named, called the Ichaboe Group, shall nevertheless be declared and taken to be included in this lease. || Third. The said lessees shall have the sole and exclusive right to remove from the said islands, islets and rocks all or any of the guano, feathers, skins, oil, or other produce which the said islands, islets, and rocks may yield, minerals and precious stones excepted, which are hereby expressly reserved. || Fourth. The said lessees, their heirs, administrators and assigns shall respectively have and possess the right at all times during this their lease so construct or put up any buildings or other erections, and erect machinery or other appliances, or any work calculated to develop their natural resources (minerals and precious stones excepted) on the said islands and rocks which

may be considered necessary or requisite for their operations, and at any time before the expiration of the said lease they shall he entitled to remove or sell and dispose of the same and every part thereof. || Fifth. The lease shall be deemed to have commenced on the first day of August one thousand eight hundred and sixty-eight. || Sixth. The said lessees shall during the period of their lease take all proper measures to preserve the birds frequenting the said islands, and shall collect and remove guano and seal skins during the usual proper seasons only, and the said lessees shall not kill or destroy, or injure or suffer to be killed, destroyed, or injured, any of the birds called malagas birds or other useful birds frequenting the said islands, or any of them, without previously obtaining license from the Governor for the time being of the said islands, and shall not in any way exceed such license as may from time to time be granted by such Governor for any such purposes either by killing, destroying, or injuring any birds of a kind to which any such license shall not extend, or in a place, or at a time to which any such licence shall not extend, or by killing, destroying, or injuring birds of a kind to which any such license may extend to an amount or number beyond the amount or number of which such license may from time to time authorise the killing, destruction, or injury. || Seventh. All guano, birds, eggs, feathers and seals, while in the said islands, rocks, or any of them, shall be deemed and considered to be lawful personal property of the said lessees, their heirs, administrators and assigns. || Eighth. No duty or tax shall be imposed on the export from the said islands, or any article the produce of the said islands, exported from the said islands, or any of them, by the said lessees, their heirs, administrators and assigns. || Ninth. The said de Pass, Spence and Co. and Robert Augustus Granger shall pay annually during the continuance of this lease the sum of eight hundred pounds sterling, to be paid on the first day of August of each and every year, up to the year one thousand eight hundred and ninety-four inclusive, and also on the thirtieth day of June in the year one thousand eight hundred and ninety-five, in respect of the tenancy of the said islands, during the period from the first day of August one thousand eight hundred and ninety-four to the said thirtieth day of June one thousand eight hundred and ninety-five, to the Governor for the time being of Ichaboe and the Penguin Islands (or to such other person as the said Governor shall order) such payments to be made respectively each in one payment, in good, current, and lawful money. || Tenth. If the said de Pass, Spence and Company, or the said Robert August Granger, shall fail to make such annual payments for two consecutive years, the said annual payment shall not only be recoverable by process of law, but the said Governor for the time being shall thereupon be entitled to cancel these presents, and thereupon all the rights, title and interest of the said lessees, their heirs, executors, administrators and assigns, and all right, title and interest of every person claiming by, through or under them or any of them, or under or by virtue of these presents in the said is-

Nr. 8411. Gross-britannien. 27. Aug. 1884.

lands, islets and rocks shall be forfeited to Her Majesty the Queen, in respect of Her sovereignty over the same. || Eleventh. It shall be lawful for the said lessees, their heirs, executors, administrators and assigns, if they shall see fit during the continuance of the terms hereby granted, to determine the said lease by giving twelve calendar months clear notice of their intention so to determine the same on the first day of August in any year to the Governor of the said islands and premises hereby granted, paying all rent, and performing all the conditions of these presents up to the day of actual determination thereof, including such day, and thenceforward all the rights, title and interest of the said lessees, their heirs, executors, administrators, and assigns, in or to the said islands islets and rocks and premises, shall cease and determine. And the same revest in Her Majesty the Queen in respect of Her sovereignty over the same premises, fued, and discharged from these presents and every incumbrance thereunder, and the said lessees, their heirs, administrators, executors and assigns, shall thenceforward be discharged of all rent which would otherwise subsequently accrue under or by virtue of these presents and of and from the performance of the other conditions hereof which would otherwise have to be performed under the provisions of these presents in respect of any obligation, accruing thereunder, subsequently to the day on which these presents shall be so determined as aforesaid. || Twelfth. Subject to the foregoing stipulations and conditions the said lessees shall be entitled to sub-let or to sell and dispose of and convey their right, title and interest under this lease. || Thirteenth. It shall be lawful for the Governor for the time being of the said islands, islets, and rocks (for the purpose of better securing the performance of the conditions of this lease to be observed by the lessees), to enter upon the same or any of them, or any part thereof, at any time during the continuance of the term by these presents granted, or to appoint and authorise any person or persons so to enter from time to time, or to remain upon any of the same islands, islets and rocks, and the said Governor and every person so to be appointed or authorised by him in that behalf, shall have full license and free liberty from the lessees, their heirs, executors, administrators, or assigns, and their servants without let or hindrance to proceed to every part of the said islands, islets, or rocks (but not so as to disturb the birds and seals thereon in any way, or to any degree not necessary or reasonably required for securing the performance or detecting the non-performance or breach of any of the conditions of the presents), and into every building or other erection thereupon made, built, or erected, and shall have free access to all parts thereof, or of the said islands, islets, and rocks, and to all papers and documents, and books of account, or other writings or documents relatings to the business carried on on the said premises hereby leased, or in respect of the produce thereof, and the said lessees, their heirs and executors, administrators, and assigns, and every other person lawfully claiming any right, title, or interest under these presents, their and his ser-

vants, and agents shall and will give every reasonable assistance to the said Governor or any person or persons by him appointed or authorised as aforesaid to enable him and them to make such entries and inspections as aforesaid, and shall afford and render, if so required by the said Governor, to him and them, extracts and copies of any accounts, papers, documents, books of account and other writings which he or they may require, tending to show the true state of the business carried on, on the said islands, islets rocks, or in respect of the produce thereof respectively. || In witness whereof the said parties hereto have hereunto set their hands at Cape Town, Cape of Good Hope, this eleventh day of January, one thausand eight hundred and sixty-nine.

As witnesses:—
William Downs Griffith.
Chas. A. Fairbridge.

P. E. Wodehouse.
De Pass, Spence & Co.
Robt. A. Granger.

C.

Cape Town, August 19, 1884.

Sir, — As it is understood, that the occupation of Angra Pequena by Germany is now an accomplished fact, I and Mr. Daniel de Pass, now of London, as the successors and representatives of the late firm of de Pass, Spence and Co., British subjects and Cape merchants, beg leave to represent that we are the owners of certain lands at Angra Pequena, extending along the seaboard from Baker's Cove to Angra Pequena to 50 miles inland, acquired from the native Chief David Christian and Councillors in the years 1863 and 1864, as per copy of grants*) enclosed. || This land has been occupied by us ever since its acquisition for the purposes of general trade, while the search for minerals has been prosecuted at considerable expense. We have expended 6000 *l.* on Pomona Mine alone, and our representative and manager, Mr. George Hall, with his men, have been at work mining long prior as well as subsequently to the arrival of the first German settlers. || The territory having now passed into the possession of a friendly Power, with the approval of Her Majesty's Government, I respectfully desire to bring the rights of Mr. de Pass and myself to its notice through his Excellency the Governor and the Government of this Colony, and to pray that interposition may be made to secure us in our rights, and to protect us in the possession of our said property. || I have &c.

J. Spence.

The Hon. Thomas Upington, Q.C.,
Attorney General, &c.,
Cape Town.

---

*) Siehe Anlagen zu Nr. 8392.

Nr. 8411. Grossbritannien. 27. Aug. 1884.

Proclamation.

By Charles Codrington Forsyth, Esquire, Captain of Her Majesty's steam frigate "Valorous."

Having received orders from Commodore James Horsford Cockburn, in command of Her Majesty's ships and vessels on the Cape of Good Hope station, dated at Simon's Bay, on board Her Majesty's ship "Seringapatam," on the 27th day of April 1866, to take possession of the Penguin-Islands situated in latitude 26° 30′ south, longitude 15° east, in the name of Her Britannic Majesty Queen Victoria, Now, therefore, I do hereby (by the power vested in me) proclaim, declare and make known, that the sovereignty and dominion of Her said Britannic Majesty Queen Victoria shall be, and the same are hereby declared over the following islands or rocks adjacent to Ichaboe, that is to say, Hollamsbird, Mercury, Long Island, Seal Island, Penguin Island, Halifax, Possession, Albatross Rock, Pomona, Plum-pudding, and Roast Beef, or Sinclair's Island, as well as the harbour commonly known as Angra Pepuena. This proclamation of Her Majesty's sovereignty and dominion to take effect from the date hereof. || Given on board Her Majesty's ship "Valorous," at Penguin Island, the 5th day of May, in the year of Our Lord 1866.

C. C. Forsyth.

Nr. 8412. GROSSBRITANNIEN. — Ausw. Amt an das Kolonialamt. — Die deutsche Regierung macht keinen Anspruch auf die zur Kap-Kolonie gehörigen Inseln. [II, 24.]

Foreign Office, September 23, 1884.

Nr. 8412. Grossbritannien. 23. Sept. 1884.

Sir, — I am directed by Earl Granville to request, that you will inform the Earl of Derby that Baron Plessen, the German Chargé d'Affaires at this Court, called at this office on the 20th instant with the object of informing Lord Granville verbally that the islands on the West Coast of Africa which were annexed to Cape Colony in 1874 would not be considered as included in the Protectorate recently established by the German Government upon that coast. || Baron Plessen stated, however, that Shark's Island, in the Bay of Angra Pequena, which is joined to the mainland at low tide, is the property of Mr. Luderitz, and does not appear to have been annexed at any time by the Cape Colony. || Baron Plessen added, that the islands belonging to the Cape Colony on the coast in question are believed by the German Government to be ten in number. || Lord Granville would be glad to be favoured with any observations which Lord Derby may have to offer on the subject of Baron Plessen's communication. || I am, &c.

T. V. Lister.

The Under Secretary of State, Colonial Office.

Nr. 8413. GROSSBRITANNIEN. — Geschäftsträger in Berlin an den deutschen Staatssekretär des Ausw. — Benennung der beanspruchten Inseln. [II, 49.]

Her Majesty's Embassy, Berlin, October 4, 1884.

Nr. 8413. Gross-britannien. 4. Oct. 1884.

M. le Ministre, — With reference to the note which I had the honour to adress to his Excellency the Count de Hatzfeldt on the 22nd ultimo*) in regard to the protectorate recently proclaimed by the Imperial Government over a part of the South-West Coast of Africa I am now directed by Her Majesty's Principal Secretary of State for Foreign Affairs to inform the Imperial Government, that the representation, which I was instructed to make in that note in regard to the claim of Her Majesty's Government to the islands on the coast with special reference to the German protectorate established north of the 26th degree of south latitude, will apply equally to the case of the islands between the 26th degree and the Orange River, of which the principal are—Ichaboe, Long Island, Seal Island, Penguin Island, Halifax, Possession Island, Albatross Rock, Pomona, Plum-pudding and Roast Beef (or Sinclair) Island. ‖ These islands were acquired by the Cape Colony under the authority of the Queen's Letters Patent of 27th February 1867 and the Act of the Cape Parliament No. 4 of 1874, and are no doubt identical with the ten islands which His Imperial Majesty's Chargé d'Affaires verbally informed Earl Granville would not be considered as included in the protectorate recently established by the German Government upon the coast in question. ‖ In doing myself the honour of making the above communication to your Excellency, as instructed, I am to add that a further communication will be made to the Imperial Government with reference to Baron Plessen's verbal statement of the 20th September in regard to Shark Island, and probably some other islets and territory in the same vicinity. ‖ I avail, &c.

His Excellency Dr. Busch, &c. C. S. Scott.

Nr. 8414. GROSSBRITANNIEN. — Gouverneur der Kapkolonie an den Min. der Kolonien. — Lüderitz macht Anspruch auf die Inseln.

Telegraphic. (Received October 6, 1884.)

Nr. 8414. Gross-britannien. 6. Oct. 1884.

6th October. Herr Luderitz, of Angra Pequena, claims that through hoisting German flag on mainland, all island on West Coast of Africa from Orange River up to 26° south latitude have come into his possession, and he calls upon Captain Spence, the lessee of those islands, which have been formally annexed to this Colony, to vacate them. ‖ Ministers request me to bring the unlawful proceedings of Herr Luderitz to the immediate notice of Her Majesty's

*) S. Nr. 8333.

Nr. 8414. Grossbritannien. 6. Oct. 1884.

Government, with a view to prevention of encroachments upon British territories formally annexed to this Colony.

Nr. 8415. **GROSSBRITANNIEN.** — Kolonialamt an das Ausw. Amt. — Memorandum über die englische Politik*). [II, 46.]

Downing Street, October 7, 1884.

Nr. 8415. Grossbritannien. 7. Oct. 1884.

Sir, — I am directed by the Earl of Derby to transmit to you, to be laid before Earl Granville, a copy of the memorandum on the subject of the course of events which have taken place respecting Angra Pequena. ‖ I am, &c.

John Bramston.

The Under Secretary of State, Foreign Office.

Memorandum.

The note and *pro memoria* communicated to Earl Granville by Baron von Plessen on the 26th of August last**) show, that the German Government is under considerable misapprehension as to the course taken by Her Majesty's Government in connexion with the German proceedings at Angra Pequena. It is complained that the inquiries made by Count Münster on the 31st of Decembre 1883, as to the existence of British claims to sovereignty over the Namaqua-Damara coast, might have been answered in a few days, but that the answer was put off for more than six months, and that the interval was utilised in promoting rival schemes for English annexation of territory, thereby implying that the British Government knew of the existence of a scheme of "annexation of territory" on the part of Germany, with which an Englisch scheme would be in rivalry. Proceeding to details, Baron von Plessen particularly complains of Lord Derby's published telegrams of the 4th of February, 8th of May and 14th of July, as having first gradually awakened and even to the latest date heightened the inclination of the Cape Government for enlarging their territory. In answer to this complaint it may be said, that until quite a recent date, Her Majesty's Government had no idea that the German Government contemplated any such annexation of territory as appears from Baron von Plessen's letter to have been all along in view. It had been fully understood that the founding of Colonies or political protectorates was not an object of German national policy, and this understanding was based on the information received in London, and still more strongly and constantly from Lord Ampthill in his Despatches, some of which contain records of his conversations on the subject with Count Hatzfeldt. The first communication received by the Foreign Office from the German Embassy as to Angra Pequena

*) Vgl. No. 8333 a. E. Bd. XLIII Seite 317.

**) Vgl. Nr. 8326 und 8328.

Nr. 8415. Gross-britannien. 7. Oct. 1884.

was the verbal and unofficial inquiry made by Baron von Plessen in September 1883 as to whether Her Majesty's Government claimed suzerainty over Angra Pequena Bay, and if so on what grounds the claim rested. In a *pro memoria* which he left at the Foreign Office, it was stated that Mr. Luderitz of Bremen had obtained from a Hottentot Chief a concession at Angra Pequena the extent of which was about 150 English square miles, and, in the same unofficial manner as before, Baron von Plessen inquired what view Her Majesty's Government would take of the proceedings of Mr. Luderitz, who proposed to establish a trading establishment on the Bay of Angra Pequena, and whether they had any objection to them. It may be noted, that in this *pro memoria* the extent of Mr. Luderitz's territory was, apparently through inaccurate information, understated to the extent of more than 2,000 per cent., its real superficies being about 3,200 English square miles. It is of importance to notice this mistake, because if the size of the region in question had been more correctly apprehended from the first, the importance of the question would have appeared greater. A concession of 150 square miles in an uncivilised country like Damara-Namaqua land, measuring itself some 150,000 square miles, could hardly be considered as seriously raising the question of the political supremacy over that country. A concession of over 3,000 square miles is quite a different affair, for in itself it is large enough to constitute a province. || The next communication received from the German Embassy was a verbal inquiry made by Count Münster at the Foreign Office on the 16th of November 1883, which was to the same effect as regards the rights of Great Britain as the previous inquiry of Baron von Plessen, but does not appear to have included any direct reference to M. Luderitz, or to have corrected the miscalculation as to the extent of his claim. Neither Baron von Plessen nor Count Münster appears to have stated the reason for which information was asked as to the rights of Her Majesty, nor was any indication given of an intention, in the absence of British rights, to establish any special protectorate over M. Luderitz. Indeed, the inquiry of Baron von Plessen appeared to indicate a desire to treat with consideration the wishes, no less than the rights, of the British Government, as it included a request for information as to whether Her Majesty's Government objected to an act by a German trader which was lawful and innocent in itself, and which the British Government would not be likely to object to, namely, the opening of a store for purposes of commerce. || Count Münster's official inquiry was replied to by Earl Granville's note of the 21st of November, in which it was stated that Her Majesty's sovereignty had not been proclaimed over any points except Walfisch Bay and the islands, but that Her Majesty's Government considered that any claim to sovereignty or jurisdiction by a foreign power on that part of the coast would be an infringement of its legitimate rights; and in conclusion, certain remarks were added as to what was then understood by England to be the only matter requiring attention, namely, the adjustment of the possibly conflicting private interests

of certain German and English subjects in a region which had not been claimed by either State as part of its dominions. Lord Granville's note called forth Count Münster's reply of the 31st of December 1883, and it is desirable to state explicitly in what sense that communication was understood by Her Majesty's Government. || Notwithstanding that Lord Granville had stated in the clearest terms, that this country did not claim sovereignty over the coast in question except at certain points, Count Münster argued at considerable length against the supposition that this country had acquired such sovereignty. He did not, however, question or demur to the intimation which had been formally made to him that the assumption on that coast of jurisdiction by a foreign power would be an unacceptable interference with Her Majesty's position. He expressed no desire on the part of the German Government to acquire any sort of jurisdiction there, and concluded by asking "what institutions England possesses on that coast which could secure such legal protection for German subjects in their commercial enterprise *as would relieve the empire from the duty of providing itself, directly, for its subjects in that territory the protection of which they might stand in need.*" || It was, therefore, understood, that the German Government would be fully satisfied if Her Majesty's Government would exercise such responsibility as circumstances might call for in that part of South Africa, and "would make such arrangements as might enable the German traders to share (under British supervision)" in the occupation of the land at Angra Pequena, reserving to itself the right of establishing such protection or jurisdiction as might be necessary in the event of this country declining to exercise the functions which primarily devolved upon it. It may here be observed, that it is a well understood and well established principle that though a non-civilised country may not be under the formal sovereignty or even suzerainty of a civilised State, that State may claim to exclude the influence and intervention of another State or other States in its affairs. Indeed, the examples of such claims of political isolation and exclusion are too numerous to admit of the existence of such a right being disputed on abstract grounds. || Count Münster, however, as has been stated, did not demur to the claim of such a right by Great Britain on a coast line adjacent to one of its most important Colonies, and on which British sovereignty has been proclaimed at various points. His note was, therefore, understood to be intended as a protest against the assumption of British supremacy on the coast if it were not to be accompanied by such effective institutions for the protection of trade (including German trade) there, as would relieve the German empire from the duty of providing for the needs of its subjects. It was supposed that the German Government intended to renew, in favour of Mr. Luderitz, an expression of that desire for effective protection which had been put forward in the case of the Rhenish missionaries in 1880, and which appears not to have been met in a sense entirely satisfactory to the German Government. Great Britain has not been slow to protect German subjects in Africa, where

Nr. 8415. Grossbritannien. 7. Oct. 1884.

that course appeared to be practicable and in accordance with the interests of civilisation and the dictates of humanity. One of the objects for which the Ashanty war was pressed to the point of an invasion of the interior was to obtain the release of certain Germans held in durance by King Koffee-Kalkalli. The Zulu war of 1879 partly arose out of a desire to protect German missionaries in Zululand and a German establishment at Luneberg. The case of Mr. Luderitz appeared different from the case of the Damara-Namaqualand missionaries, which occurred in 1880, inasmuch as his establishment was on the coast, whereas they were established in the interior and divided from succour by a belt of thirty miles of waterless desert. As all that seemed to be required by the German Government was that our institutions should be effective in order that they should be recognised, it was decided to reconsider the decision (which had been arrived at some years previously) not to bring the coast between the Orange River and the Portuguese boundary under British protection, and to extend an effective protectorate over the whole coast, or, at all events, over the part in which Mr. Luderitz was interested, if the Cape Ministry would agree to bear the ordinary charges of administration, Her Majesty's Government providing at the same time naval protection. Accordingly, after consulting Sir H. Robinson, the Governor of the Cape Colony, who was then in this country, Lord Derby telegraphed to Cape Town, on the 4th of February, asking, "Is there any prospect of the Cape Government undertaking the control of Angra Pequena, as, if not, it will be difficult to resist the representation of the German Government, that, failing other protection for German subjects at that place, they must assume jurisdiction in it." This telegram was not in any way kept secret, and was, in fact, published in the Cape Colony. The Cape Ministers asked. that the matter might be kept open as the Premier was away. A change of Government in the Colony ensued, and further delayed the answer to Lord Derby's question; and on the 7th of May Lord Derby again telegraphed to the Cape Government, that "it is necessary to tell the German Government what is intended by Her Majesty's Government respecting Angra Pequena; and if the Colonial Government desire that it should be under British jurisdiction they should immediately express readiness to accept the responsibility and cost." And on the 29th of May the Cape Government replied, that they would recommend Parliament to undertake the control and cost of the coast line from the Orange River to Walfisch Bay. || It has been complained, that Count Munster's note was left for six months *) without a definite reply, though it might have been replied to in three days. It has, however, been shown that in so far as that note consisted of an argument against the existence of British sovereignty, it had been answered in

*) *See* Nos. 62 and 69 of [C. 4190,] (cf. Staatsarchiv No. 8308 und 8310.] The delay arose through the change in the Cape Administration. The Colonial Office having been unable to obtain replies to its inquiries, which, however, were being attented to by the Colonial Government.

Nr. 8415. Gross-britannien. 7. Oct. 1884.

anticipation by a concession of the point which Count Munster's argument was designed to establish. The part of the letter which appeared to require a reply, that is, the part which was understood to demand that British power should be made a reality or disclaimed, obviously could not be answered at once. It is to be regretted, that Count Munster was not informed that his letter was receiving attention, and that Her Majesty's Government were in communication with the Cape Government respecting it; but on the other hand it may also be regretted, that the German Gôvernment did not revert to the subject and further explain their views before taking action. || It could not be expected, that a machinery of government would be in existence where until Mr. Luderitz made his purchase from Captain Frederick Christian, no government was regarded as necessary or demanded by the traders and fishermen, mostly British, frequenting it. The machinery of government would have to be created, and its creation would require the co-operation of the Cape Colony. At the moment when the supposed wishes of the German Government were communicated to Cape Town, there was a change of Government there, and it was not until May, that the new Ministers had satisfied themselves that it would be prudent or possible for the Colony to undertake to provide for that British protection which Germany was supposed to desire. || And even when Her Majesty's Government were made aware that the German Government had decided to take Mr. Luderitz and his establishment under its own direct protectiȯn, nothing was said as to the establishment of a territorial protectorate, or the attitude which Germany would adopt towards non-Germans on the coast. On the assumption that the protection to be given to Mr. Luderitz was, as stated, to be merely personal to him and his establishment, there was nothing in the communications of the German Government up to that time to preclude action by the British Government in favour of its own subjects on any part of the coast, and even within the area included in Captain Christian's grant tȯ Mr. Luderitz. Still less was there any ground for supposing, that Germany would have any such objections as those now put forward to actiȯn by the British Government *north* of the Luderitz territory. And, accordingly, Lord Derby, in his telegram of the 14th of July, informed the Cape Government that the country acquired by Mr. Luderitz near Angra Pequena would be under German protection, but that the British Government would be prepared to proclaim under British protection and authority any other places on the coast at which British subjects have claims, if the Colonial Legislature would make arrangements for the cost of such protection, and that it was inferred that the Colonial Government would desire that the coast to the north of the Luderitz concession should be placed unter British protection. Such an extension of British jurisdiction is represented by Baron von Plessen as being a measure calculated to injure „the German undertaking.“ The only „German undertaking“ of which Her Majesty's Government has hitherto had notice is

that of a single individual, Mr. Luderitz, who is not known to command unlimited resources, and who has already obtained the right for himself to exercise his energies and his capital within an area of over three thousand square miles. || Baron von Plessen bases his objections to British interference to the northward of Mr. Luderitz's claim on the possession by German subjects of certain treaties, said to have been obtained from native Chiefs over portions of the coast to the nothward. It is not stated who are the subjects, or who are the Chiefs, nor what are the limits of the concessions, and nothing appears to have ever been publicly heard of them in South Africa. It is not made plain in Baron von Plessen's communications whether the German Government intends to assume on its own behalf the political rights obtained by its subjects; but it may be assumed that this is the case, because the exercise of sovereign rights by private individuals would be anomalous, and the recognition of their sovereign character could not be claimed for them by their Government. This belief is confirmed by the report now received of the action taken by the German war vessel „Wolf," and accordingly Her Majesty's Government have decided to accept, as an arrangement likely to prove generally beneficial, the establishment of German protection over the whole coast (Walfisch Bay and the British islands always excepted), and they entertain the hope of arriving at a permanent and satisfactory arrangement of the question of jurisdiction. || It has been already shown, that until the recent communications by Baron von Plessen, the British Government had no reason to suppose that the German Government had any *territorial* claims or projects inconsistent with its own. But a further justification of the construction placed on the proceedings of the German Government is to be found in the speeches made by Prince Bismarck in the Reichstag on the 23rd and 25th of June. In the latter speech, he is reported to have said that his policy was not to found provinces, but mercantile settlements. In the previous speech of the 23rd of June, he had referred to an extension of the consular system to Angra Pequena, and in the speech of the 25th he said that a Consul or Resident would be appointed in such places as Angra Pequena to represent the authority of the Empire, and that a Consul would be established in Bremen or Hamburg who would decide all disputes between the merchants residing in such Colonies. || Before quitting the question of the action of Her Majesty's Government it is necessary to notice the suggestion of the German Chargé d'Affaires that it was Lord Derby's telegrams which gradually awakened the inclination of the Cape Government to enlarge its territory. || So far from this being the case it will be seen, when the correspondence is published, that *five days before the first of Lord Derby's telegrams was sent*, the Cape Ministry addressed a minute to the Officer Administering the Government, recommending the annexation of the whole coast. The extension of British jurisdiction over the coast has at various times been desired by the Cape Colonists, and as far back as 1875 both Houses of the

Nr. 8415. Gross-britannien. 7. Oct 1884.

Cape Parliament resolved that it was expedient that the limits of the Colony should be extended so as to include Walfisch Bay, and such tract of country inland as may be found necessary, with due regard to the interests of the native Chiefs. In furtherance of this resolution a special Commissioner was despatched by the then Governor of the Cape and High Commissioner in 1876 to Damara and Namaqualand, who on the 9th of September in that year, at a place called Okahandja, obtained an offer of submission to British jurisdiction from the Damara or Herero Chiefs of the whole of their country including the seaboard, as far north as what they supposed to be the Portuguese boundary, and as far south as Rehoboth, which lies a little inside the tropic. The same officer subsequently received from some of the principal Namaqua Chiefs separate offers of submission over a great part of Namaqualand. Her Majesty's Government did not accept the offers of submission to any greater extent than to carry out the annexation of Walfisch Bay with a surrounding territory, estimated to contain an area of 300 square miles, and the observations of Lord Kimberley, to which such emphatic reference has been made by the German representatives, were merely intended to express adhesion to the views of his predecessors, who had declined to take action in the sense desired by the Cape Colonists. Attention may be drawn, in passing, to the fact that it is not correct to assume, as is done by Baron von Plessen, that „England had no claim to any part of the territory north of the Orange River except Walfisch Bay.“ Leaving out of sight the fact that the whole coast was taken possession of in the name of King George, in the year 1796, by Captain Alexander, R. N., England may be said to have had at one time, and that not so long ago, the best possible claim, namely, a provisional cession from the rulers of the country. The action of Captain Alexander was not followed up, and is not now of much more than historical interest. The offers made by the Chiefs in 1876 have never been finally accepted, and public declarations have been made to third parties that they will not be accepted; hence British claims are not now insisted on as against those of Germany, but it is nevertheless a mistake to use language implying that England has desired to intervene in a quarter where it never had any scintilla of title. || One more remark may be made in regard to the complaints as to Lord Derby's telegrams, which will probably be regarded as conclusive. If their object had been that suggested, they would never have been published. || Passing next to the complaints of Baron von Plessen against the recent action of the Cape Parliament, they may be at once set at rest by explaining that a Colonial Parliament and Government have no power to extend their own borders. They can do no more than express a desire that such extensions should be made, and a willingness to accept the burden therein involved. That is what has been done in the present case by the resolutions of both Houses of the Cape Parliament. It will be noted that the northern limit of the annexation contemplated by this joint resolution is the Portuguese

boundary, and that there is therefore absolutely no foundation for the statement in a telegram from Mr. Luderitz, that the Cape Parliament had declared itself willing to agree to the annexation of the coast so far as *and beyond* the Portuguese boundary — a telegram to which Baron von Plessen has stated that his Government was inclined to give credence. If the annexation of the coast had been determined on its accomplishment would have been the act of Her Majesty's Government. It would have been carried out in the first instance by the commander of one of Her Majesty's ships, and afterwards made good by the presence, as occasion required, of Her Majesty's cruizers, the control of affairs on shore being entrusted to colonial officers and police. These explanations appear to dispose of the fear entertained by Baron von Plessen, that the Cape Government would take action on its own responsibility inconsistent with the aims of Germany, and his belief that the Cape Parliament entertained a theory „of theoretical annexations of extended and unexplored coasts and stretches of land by means of its decrees published at a distance." || The assumption that the coast is *unexplored* should next be noticed. If British jurisdiction could be objected to on these grounds, the same objection would at least equally apply to the claim of Germany. To whatever extent the coast has been explored, the bulk of the explorations has been the work of English naval officers and mariners, as is plainly indicated by the number of English names which have been given to the features of the coast such as False Cape Frio, Ogden Harbour, Sugar Loaf Mountain, Hope Bight, Cock's Comb Mountain, Cape Cross, Half Moon Bay, Pelican Point, Sandwich Harbour and Spencer Bay. On the whole, an examination of the British nautical records seems to point to the inference that it has been rather more carefully examined than its commercial or political importance warranted. || In the proclamation of protectorate made by the captain of the German frigate "Elizabeth" he is reported to have included all the islands within gunshot of the shore. It was supposed, that the fact that these islands were British was now definitely known to the German Government, and Prince Bismarck is reported to have informed the Reichstag of the fact at least as regards the principal island. But the captain of the frigate was not instructed in the same sense, and on a review of the correspondence it will be seen that in Count Munster's note of the 30th of December 1883, he appears to have desired to express a doubt as to the fact. The truth is that one of them, namely, Ichabo, was taken possession of by a captain in the Royal Navy under instructions from Her Majesty's Government in June 1861, and that in June 1866 another British naval captain took possession of the following islands, Hollams Bird, Mercury, Long Island, Seal Island, Penguin Island, Halifax, Possession, Albatross Rock, Pomona, Plum-pudding and Roast Beef or Sinclair's Islands. These annexations were formally ratified by Her Majesty's Letters Patent of the 27th of February 1867, and from that date became definitively British soil, though for the time not forming a part of

Nr. 8415. Gross-britannien. 7. Oct. 1884.

any Colony. In these Letters Patent their incorporation with the Cape Colony was authorised on the passing of the necessary Act by the Cape Parliament. Such an Act was passed by that body in 1873, and, as Count Münster appears to be aware, it was not approved by Her Majesty's Government, but he is wrong in drawing therefrom the inference that the acquisition itself was disapproved. That acquisition was the act of the Imperial Government itself, and the disapproval of the Cape Law was founded upon reasons of form. In the following year, 1874, the Cape Parliament passed an Act in proper form, and it was confirmed by Her Majesty in the same year, since which the islands have formed part of the Cape Colony. Before February 1867, leases of the above-mentioned islands had been granted by Sir Philip Wodehouse, Governor of the Cape, who by Commission from the Queen, dated 27th of February 1867, was appointed Governor of Ichaboe and the Penguin Islands, and authorised to confirm existing leases or to grant new ones. Eventually the existing leases were surrendered, and on the 7th of January 1869, the Governor granted a lease to de Pass, Spence and Co. of the above-named islands and of two or three others by name, as well as of „all rocks and islets lying between Hollams Bird on the north and Roast Beef (or Sinclair's) Islands on the south, and not therein specially named.“ This Crown lease is still in force. || The early definition of the extent and character of the jurisdiction to be exercised by Germany on this coast is of urgent importance in order to prevent the occurrence of disorders which might cause serious complications. It is reported, that Mr. Luderitz and his employés have not duly respected the rights of the British lessees to the Penguin Islands, where they have disturbed the birds and injured the property; and further that it is the intention of the same individuals to expel the trader Radford, who has been peaceably settled near Angra Pequena for several years, and to levy duties for the benefit of the firm on all goods landed at Angra Pequena. A tract of land along the coast which was granted by David Christian to Captain Sinclair in 1863, would seem to come within this claim for duties, and as there is no evidence that these duties will be applied for any public or useful purpose, it is to be apprehended that the British traders will not acquiesce in a demand coming from such a quarter; and acts may be committed which although hitherto justiciable in the Cape Courts under the Act 26 & 27 Vict. cap. 35, would not be punishable in the event of the operation of that Act being superseded without the establishment of any other effective jurisdiction.

Nr. 8416. **GROSSBRITANNIEN.** — Geschäftsträger in Berlin an den engl. Min. des Ausw. — Vorschlag wegen Lüderitz' Ansprüche auf die Inseln [II, 62].

Berlin, October 9, 1884.

Nr. 8416. Gross-britannien. 9. Oct. 1884.

My Lord, — On receipt of your Lordship's telegram of yesterday*), I at once called on the Acting Minister for Foreign Affairs, and made a strong representation to his Excellency in the sense of your Lordship's instruction in regard to the action of M. Luderitz at Angra Pequena requesting that instructions might be sent to that gentleman to desist from advancing claims to the possession of the islands lying off the West Coast of Africa 26° S. and the Orange River, and from interfering with those islands or with the British lessee. || Dr. Busch at once admitted, that these islands were the 10 referred to by Baron Plessen, as claimed by the Government of the Cape Colony, to which the German Protectorate would not extend,' and promised to attend to my representation as soon as possible. || His Excellency said, that as there was at the present moment no German Consul or authority within easy access to Angra Pequena, M. Luderitz had probably acted without full knowledge of the latest views and intentions of the Imperial Government in regard to the recently established protectorate. || I have, &c.

C. S. Scott.

The Earl Granville, K.G., &c.

Nr. 8417. **GROSSBRITANNIEN.** — Kolonial-Amt an das Ausw. Amt. — Empfiehlt, die von Deutschland angebotenen commissarischen Berathungen abzulehnen [II, 63].

Downing Street, October 17, 1884.

Nr. 8417. Gross-britannien. 17. Oct. 1884.

Sir, — I am directed by the Earl of Derby to acknowledge the receipt of your letter of the 11th instant, covering a note*) from the German Chargé d'Affaires, dated the 8th instant, respecting the German Protectorate in South-West Africa and the appointment of the proposed mixed commission.

2. Before entering into the general question off the duties to be assigned to such commission, I am to intimate that Lord Derby learns with much surprise that the German Government are disposed to question Her Majestys right to the sovereignty of any of the islands of the coast. It is a notorious fact that certain islands in the immediate vicinity of Angra Pequena have for years past been in British occupation as part of Her Majesty's dominions, and Lord Derby cannot but notice with regret that Baron Plessen's note refrains from indicating any grounds for the position assumed by the German Government in questioning the British title to these islands. The omission however

*) Nr. 8334.

Nr. 8417. Grossbritannien. 17. Oct. 1884.

is supplied by a telegram from the Governor of the Cape, dated the 6th of October, in which he reports "Herr Luderitz, of Angra Pequena, claims that "through hoisting German flag on mainland, all islands on West Coast of "Africa from Orange River up to 26° south latitude have come into his pos-"session, and he calls upon Captain Spence, the lessee of those islands, which "have been formerly annexed to this Colony, to vacate them." || Lord Derby thinks that this telegram should be communicated to the German Government, with an intimation that Her Majestys Government cannot admit that under any principle of law one sovereign power by occupying and hoisting its flag in territory theretofore unoccupied acquires any rights in islands near the coast of such territory which are already in the occupation of another sovereign power, and that they do not perceive that there is any occasion for submitting the question to the proposed commission.

3. I am also to take this opportunity of asking what meaning Lord Granville attributes to a protectorate of a territorial character. Lord Derby infers, that this long stretch of coast in question, although under the protection of the German Empire does not become German soil, as part of the Empire, and consequently will not be subject to any system of German law. If Lord Derby is correct in this view the territory would seem to remain under Hottentot law, that is to say, no law, and it would appear that the Act 26 & 27 Vict. cap 35 is not abrogated, under which British subjects committing crimes up to lat. 25° S. are finable by the courts of the Cape Colony. Should this view coincide with Lord Granville's appreciation of the position, it would seem that the German settlers will be protected against offences by British settlers, while Her Majesty's subjects will have no corresponding protection against the acts of German settlers. || I am, &c.

John Bramston.

The Under Secretary ot State, Foreign Office.

Nr. 8418. GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Berlin an den deutschen Staatssekretär des Ausw. — Uebersendung der Urkunden, auf welche de Pass und Spence ihre Ansprüche stützen [II, 67].

Berlin, October 17, 1884.

Nr. 8418. Grossbritannien. 17. Oct. 1884.

M. Le Ministre, — With reference to Mr. Scotts notes to your Excellency of the 22nd ultimo and the 4th instant, and for the further elucidation of questions relating to territorial claims in the neighbourhood of Angra Pequena, I have the honour to transmit to your Excellency copies of certain documents referring to the claims of Messrs. de Pass and Spence as lessees of certain islands and rocks under a lease granted to them by the Colonial Government, and dated the 11th of January 1869, and, secondly, to their

claim under grants by the Namaqua Chief, David Christian, in 1863—1864, to the coast line from Baker's Cove to Angra Pequena, and to certain country and mining rights inland in addition to the islands of the coast. || The documents, of which I have the honour to enclose copies, are the following: — Ist Copy of the lease for 26 years of the islands to Messrs. Spence and ee Pass from Sir Philip Wodehouse, Governor of the Cape, dated the 11th January 1869*). || 2nd. Copies of the grant of certain lands and mining rights to Messrs. de Pass, Spence and Co., by David Christian, Chief of the territory called Namaqualand, dated respectively the 21st September 1863 and the 9th December 1864**). || According to a statement made by Mr. Spence the land granted by the Chief, David Christian, has been occupied by Messrs. Spence and Co. ever since its first acquisition for the purposes of general trade, the search for minerals has been prosecuted at considerable expense, and their representative manager, with his men, have been at work mining long prior as well as subsequently to the arrival of the first German settlers.|| The above-mentioned documents will enable your Excellency to understand the nature and extent of the title of British subjects to the territory and islands in question, as well as the grounds on which Messrs. de Pass and Spence rest their claims, and in submitting them to your Excellency's friendly attention. || I avail &c.

Nr. 8418. Grossbritannien. 17. Oct. 1884.

E. Malet.

His Excellency the Acting Minister for Foreign Affairs.

Nr. 8419. **GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Berlin an den engl. Min. des Ausw. — Lüderitz ist angewiesen, sich aller Eingriffe in die Rechte der in Angra Pequena etablirten Personen zu enthalten [II, 69].

Berlin, October 18, 1884.

My Lord, — With reference to your Lordship's telegram of the 8th instant, and to Mr. Scott's reply of the following day, I have the honour to inform your Lordship that Dr. Busch, Acting Minister for Foreign Affairs, informed me to-day that he had sent for Mr. Luderitz, and had informed him that he was not to interfere with the rights of persons established at Angra Pequena or the neighbourhood, and that all questions as to such rights which might be in dispute must be referred for settlement to the Commissioners to be appointed by England and Germany. || I have, &c.

Nr. 8419. Grossbritannien. 18. Oct. 1884.

E. B. Malet.

The Earl Granville, K.G., &c.

---

*) Siehe Anlage B zu Nr. 8411.

**) Siehe Anlage F zu Nr. 8392.

Nr. 8420. **GROSSBRITANNIEN.** — Kolonial-Amt an das Ausw. Amt. — Darlegung dėr Auffassung des Kolonial-Amts über den Conflikt in Angra Pequena [II, 72].

Colonial Office to Foreign Office.

Downing Street, October 28, 1884.

Nr. 8420. Gross-britannien. 28. Oct. 1884.

Sir, — I have laid before the Earl of Derby your letter of the 21st October*) (received here on the 23rd), enclosing a copy of Despatch from the German Government, relative to the appointment of a Joint Commission to determine the respective rights of certain British and German subjects to land at Angra Pequena and its neighbourhood, and I am to refer to the letter from this Department of the 17th October**) in which, by Lord Derby's direction, it was asked that before entering upon the general question of the duties to be assigned to the Commission, the telegram from Sir Hercules Robinson of the 6th October***) might be communicated to the German Government, with an intimation that Her Majesty's Government could not admit that another Sovereign Power by occupying and hoisting the flag upon the mainland of a country could acquire any rights upon the adjoining islands which were already in British occupation as part of the British dominions, and in which it was stated that there was no occasion for submitting the question of the British title to the proposed Commission. Lord Derby remains of this opinion, in which Lord Granville doubtless concurs, and I am to ask that this Department may be furnished with a copy of any communication addressed to the German Government in consequence of the letter of the 17the October.

2. It appears from the documents enclosed in your letter under acknowledgment, that the British title to these islands is disputed by the German Government on the faith of the following passage in Mr. Luderitz's letter of the 30th September, addressed to Sir Hercules Robinson: — [die folgenden Absätze stimmen fast wörtlich mit den entsprechenden Absätzen des Memorandum vom 1. November 1884 (Nr. 8423) überein und sind hier ausgelassen.] — before such territory can become incorporated in any Colony.

5. It may be excusable in Mr. Luderitz not to understand, that the Cape Colony does not claim these islands as annexed by it on its own behalf; but it has been fully explained to the German Government, in the Memorandum already communicated to them, that the islands now in question belong to Her Majesty, and that after they had been duly taken possession of for Her Majesty, and had become part of Her dominions, it pleased the Queen to place them under the control of the Cape Government by formally authorising their annexation to that Colony. The German Government are, as Lord

---

*) Mit demselben übersandte das Auswärtige Amt dem Kolonial-Amt die Depesche des Unterstaatssekretärs Busch an Plessen vom 13. October 1884 (Nr. 8335).

**) Nr. 8417.

***) Nr. 8414.

Derby presumes, in possession of a copy of the Letters Patent of February 1867, which were published in the Cape Government Gazette on the 26th of April 1867. These are a solemn Act by Her Majesty and Her Privy Council, authenticated under the Great Seal of the United Kingdom, whereby after declaring that these islands had at an earlier date been taken possession of upon Her behalf, the Queen proceeds to authorise the measures usual for incorporating outlying territories in a neighbouring Colony, and Lord Derby can only suppose that through some oversight the German Government has inadvertently adopted the irresponsible assertions of Mr. Luderitz.

6. Lord Granville may think it desirable in a friendly and unofficial manner to mention this view of the matter to the German Minister of Foreign Affairs, and while in no way admitting that Her Majesty's Government are liable to explain to any one the origin of the British occupation, the existence of which and its formal adoption by the Queen were duly notified by the issue of the Letters Patent of 1867, yet in order to close this part of the question in a friendly manner, and to show that Mr. Luderitz is entirely mistaken as to the facts, Lord Derby desires me to enclose, for communication to the German Government, a copy of a proclamation*) dated the 6th of May 1866, made by Captain Forsyth, of H.M.S. "Valorous", taking, in the name of Her Majesty, possession of the islands and the harbour of Angra Pequena, and proclaiming Her Majesty's sovereignty therein; also a copy of a proclamation by the Governor of the Cape, Sir Philip Wodehouse, dated the 16th day of July 1866, purporting to annex the said islands (but not the harbour) to the Colony of the Cape of Good Hope. I am also to enclose, for convenience of reference, a copy of the Letters Patent of 1867, and of the subsequent Act of the Cape Parliament, and of the leases now held by Messrs. de Pass and Spence.

7. It will be seen, that the harbour of Angra Pequena, which had been taken possession of in the name of the King in 1796 by Captain Alexander, of His Majesty's ship "Star", was thus again formally taken possession of by Captain Forsyth, and it was only necessary for Her Majesty to have adopted and ratified his act at any time before the hoisting of the German flag in order to have completed Her title to the sovereignty over that bay. As regards the shore of this bay and the mainland generally, when it was known that the German Government would take Mr. Luderitz and his establishments under their protection, all claim to British sovereignty on the mainland has been withdrawn without reserve.

8. The case is, however, different with respect to the islands, which it may be here stated, owe their present value entirely to the exertions and expenditure of capital by British subjects during the past thirty years. They had been for some years in the occupation of British subjects before Captain

---

*) Siehe Anlage D zu Nr. 8411.

Nr. 8420. Grossbritannien. 8. Oct. 1884.

Forsyth, acting under the orders of Her Majesty's Government, took formal possession on behalf of the Queen, and the Queen's sovereignty was extended to the islands in order to secure to these persons the fruits of their enterprise, who received a Crown lease of them at a substantial rent, and partly in consideration of the surrender to the Crown of valuable lands at Cape Town, and it should be intimated to the German Government that Her Majesty still regards them as in every sense part of Her dominions, and that after this explanation it is preferable that the inquiries of the Commission should be confined to the questions of private rights on the mainland.

9. Lord Derby had also intended to propose, that all matters on the mainland should remain in statu quo until after the Commission had held its inquiry, and his Lordship learns with satisfaction from your letter of the 25th instant*), that the German Government had already informed Mr. Luderitz that that course must be followed. It seems, however, still desirable to maintain the British sovereignty in the manner indicated in the earlier portion of this letter.

10. Lord Derby hopes before long to be in a position to propose to Earl Granville the name of a gentleman to serve as British Commissioner, and he agrees to Cape Town as the place of meeting; but it will doubtless be necessary, that the Commissioners should proceed to the localities in question before concluding their labours. || I am, &c.

John Bramston.

The Under Secretary of Staate, Foreign Office.

Nr. 8421. DEUTSCHLAND. — Botschafter in London an den engl. Min. des Ausw. — Urkunden, auf Grund deren Lüderitz die privatrechtlichen Ansprüche der Engländer bestreitet [II, 81].

London, October 29, 1884.

Nr. 8421. Grossbritannien. 29. Oct. 1884.

My Lord, — With reference to the Notes from this Embassy of the 8th and 15th instant, respecting the Angra Pequena affair, I have the honour, in pursuance of instructions which I have received, most respectfully to transmit to your Lordship certified copies of the documents in virtue whereof Herr Luderitz disputes the English private claims which compete with his rights in South-West Africa. || With, &c.

Münster.

The Earl Granville, K.G., &c.

---

*) Uebersendung von Nr. 8419.

Contract of Sale between Captain Joseph Fredriks, of Bethany, Great Namaqualand, and F. A. E. Luderitz, of Bremen, in Germany.

Nr. 8421. Grossbritannien. 29. Oct. 1884.

Translation.

On this day, the 25th August 1883 (twenty-fifth August one thousand eight hundred and eighty-three), Captain Joseph Fredriks, of Bethany, dit sell and give up to the firm of F. A. E. Luderitz, of Bremen, in Germany, for , a portion of his country, namely, the entire coast from the Great or Orange River up to the twenty-sixth degree of south latitude, inclusive of all harbours and bays; likewise the country up to 20 geographical miles inland, reckoned from every point of the coast.

At the same time, the seller by his signature declares to give up that portion of country above described, likewise to have received the . . .

The purchaser, on his part, declares by his signature to have taken possession of the purchased land, and also that the bas been handed over.

Bethany, the 25th August 1883.

× Joseph Fredriks, Captain.
F. A. E. Luderitz.
Hein Vogelsang, Atty.

As witnesses:

J. H. Bam, Rhenish Missionary. C. A. E. von Pestallozzi.
× Adam Lambers. × Ruben Fredriks.
× Jefta Mattys. Daniel Fredriks.
J. Christian Goliath. A. de Gough.

I hereby certify, that the foregoing is a true translation of the annexed copy.

C. Fred. Silberbauer,
Sworn Translator to the Supreme Court.

Cape Town, 5th November 1883.

I, Josef Fredericks, Captain, of Bethanie, in Great Namaqualand, rightful successor of the late Captain David Christian, hereby declare, in concert with my council, as follows:—

1. The grant (not sale) by Captain David Christian under date of 21 September 1863, to Captain B. Sinclair on behalf of his principal, Messrs. de Pass, Spence & Co., merchants at Capetown, comprises the coast land as far as 15° 50′ longitude E. inland, from the northern head of Baker's Cove to the southern corner of Angra Pequena, so that both bays are excluded from this grant.

2. Under the expression Angra Pequena Bay we understand here on land the whole water that, according to the marine chart laid before us (viz., "Coast of Africa included between Cape Frio and the Cape of Good Hope," London,

Nr. 8421. Gross-britannien. 29. Oct. 1884.

published by James Imray & Son, 89 and 102, Minories, 1880), extends between Diaz Point and North-East, and which embraces Shearwater Bay, Robert Harbour, Angra Bay, Careening Creek, &c. to about $5^1/_2$ nautical miles to the south of the southern point of Shark Island.

3. I hereby again expressly declare, that the aforesaid tract of land and my right thereover *was never sold* to Messrs. de Pass, Spence & Co., *but that they acquired only the concession* (vergunning) *thereof.* Nor have they ever paid anything for it; since the 60*l.* which they have up to now paid, are by the contract concluded with them, of 9 December 1864, were (sic) to be paid for the copper ore from the mountain Il Naob or Rapoenberg(?), and these 60*l.* have therefore nothing to do with the concession specified in § 1.

4. Whereas Herr F. A. E. Luderitz, of Bremen, in Germany, in virtue of contracts of sale of May 1, 1883, and August 25, 1883, has purchased from me the whole coast from 26° S. latitude to the Great (Orange) River, including all the havens and bays, as well as the land extending inward from each point of the coast for 20 geographical miles, and is thereby become from this time the sole and rightful owner thereof, the above-mentioned grant to Messrs. de Pass, Spence & Co. ceases herewith of itself.

5. As respects the shipment of copper ore from the mountain Il Naob or Rapoenberg at Angra Pequena, or Pomona, this concession remains valid till the 9th December 1904, as laid down in the contract between Captain David Christian and Messrs. de Pass, Spence & Co., under date 9 December 1864.— Bethanie, November 24, 1883.

× Joseph Fredericks, Captain.
× Reuben Fredericks, Regter (Magistrate).
× David Fredericks, „
J. Christian Goliath, Secretary.
× Adam Lambert, Sub-Captain.
× Lucas Zwartbooi, Regter.
× Lazarus Bantam, „
× Klass Saul, „
Daniel Fredericks, „

The accuracy of the contents and of the signatures is hereby attested by

J. H. Bam,
Rh(enish) Missionary.

I, Joseph Fredriks, rightful successor of David Christian Fredericks, and rightful owner of Bethanie, hereby declare, in concert with my council, as follows:—

1. The original inhabitants of Bethanie were the "Gei-Khan" or "Red Folk."

2. About 100 years ago a certain man named Kobus Fredriks came from the Colony, which was then Dutch, to these districts. This Kobus Fredriks had become a great person under the Dutch Boers. Then he had acquired a knowledge of work, not only of agriculture but especially also of smiths' work. When he came here he was an object of general wonder. The aborigines had never before seen a man dressed in clothes. Their astonishmen

reached its climax when they saw the knives and axes that he made. At first he lived at Kuru-tabes, but subsequently moved to Bethanie, where he began to till the soil.

3. The whole territory bounded on the north by the Tsontab and Useb River, on the south by the Great River, on tho north-east by the Gawa-Gam River, on the south-east by the Fish River, and on the west by Knibes, was assigned by the then captain of the "Red folk," Tsdomab, for his residence and that of his successors. For this territory Kobus Fredriks gave knives, axes, harpoons, iron rings, &c.

4. The territory thus purchased from Isaomab, Kobus Fredricks increased by adding the whole coast land between Knibes and the sea, and enriched the same by making friendship with the Bushmen, who, as the sole owners of these sandy tracts, as yet swarmed in great numbers in the arid country. In this wise is old Kobus Fredricks, the sire of the present Amas (Amas is understood to mean all descendants of old Kobus Fredriks), become rightful owners of the whole country, so that it is now ruled by the present Captain Joseph Fredericks.

5. By the Captain of the "Red Folk," Cornelius Oaseb, the land old Kobus Fredriks bought (see above) from Captain Isaomab, was in the assembly of the Chiefs at Hoaxas in the year 1856 expressly declared to be the property of David Christian Fredriks and his people.

By Cornelius Oaseb also were the boundaries of David Christian's land fixed, and thus, to wit, on the north the Tsontab and Useb River, on the south the Great River, on the north-east the Gawa-Gam River, on the south-east the Fish River, on the west the sea (Atlantic Ocean). The present Amas of Fredriks are thus the rightful and sole owners of the territory named.

6. William Christian, Captain of Warmbad, has no right of any kind, however called, over the territory of Joseph Fredriks.

Bethanie, December 31, 1883.

× Joseph Fredricks, Captain. × Klaas Saul, Regter (Magistrate).
× Lazarus Bantam. David Fredriks, Regter (Magistrate).
Daniel Fredriks. T. Christian Goliath, Secretary.

In attestation of the signatures,

J. H. Bam,
Rh[enish] Missionary.

Rep. No. 1122. I, William Edward Leonhard Koels, hereby certify, after careful previous comparison, word with word, and figure with figure, that the four preceding transcripts entirely agree with the original documents which have been submitted to me.

Nr. 8422. GROSSBRITANNIEN. — Ausw. Amt an das Kolonial-Amt. — Memorandum, betreffend die staatsrechtlichen Ansprüche Englands auf die Inseln bei Angra Pequena.

Foreign Office, November 13, 1884.

Nr. 8422. Gross-britannien. 13.Nov. 1884.

Sir, — I am directed by Earl Granville to transmit to you herewith, to be laid before the Earl of Derby, a printed copy of a Memorandum respecting the Crown title to the islands near Angra Pequena, which was delivered by Lord Granville to the German Ambassador at this Court on the 11th instant. ‖ I am, &c.

J. Pauncefote.

The Under Secretary of State, Colonial Office.

Memorandum.

On the 8th October Baron von Plessen addressed a note to Earl Granville, by direction of his Government, conveying their acceptance of the proposals of Her Majesty's Government that a Mixed Commission should be appointed to inquire into and secure the rights of British subjects in the territories on the south-west coast of Africa, recently placed under the Protectorate of Germany, and containing explanations as to the character and extent of that Protectorate. ‖ On the same day (the 8th October) Her Majesty's Chargé d'Affaires at Berlin was instructed to make representations to the German Government respecting the claim which, according to a telegram received from the Governor of the Cape Colony, had been preferred by Herr Luderitz to certain islands on the south-west coast, which are British territory and form part of the Cape Colony. ‖ Mr. Scott reported on the 9th that, in reply to his representations, the Acting Minister for Foreign Affairs had at once admitted that these islands were those claimed by the Government of the Cape Colony to which the German Protectorate would not extend, and that Herr Luderitz had probably acted without full knowledge of the latest views and intentions of the Imperial Government in regard to the recently established Protectorate. ‖ On the 15th October Baron von Plessen communicated to Lord Granville a copy of a Despatch addressed to him by his Government on the 13th October on the subject of the Mixed Commission, to which was appended a copy of a letter addressed by Herr Luderitz to the Governor of the Cape on the 30th September last. ‖ On the 21st October his Excellency the German Ambassador, who had then returned to London, was informed that the above communication had been referred to the Secretary of State for the Colonies and that a further communication would be addressed to his Excellency on the subject. ‖ The following observations are now submitted to the consideration of the German Government. ‖ In Baron von Plessen's note of the 8th October, as well as in his communications of the 15th, it appears to be the desire

of the German Government that the title of the islands claimed as British territory should be referred to the Mixed Commission for inquiry. || Her Majesty's Government do not feel justified in acceding to that proposal, for they cannot admit that the title of the British Crown to the islands in question, which were in British occupation as part of the British dominions long before the establishment of the German Protectorate over the adjoining mainland, can be affected by such Protectorate. || It appears, that the British title to the islands in question is disputed by the German Government on the faith of the following passage in M. Luderitz's letter of the 30th September, addressed to Sir Hercules Robinson:—

„As your Excellency is aware, I have by purchase acquired the said territory with all its privileges from the legitimative [*sic*] owners, the duly recognised native Chiefs. || The contracts of sale and receipts given by the vendors state, that the object of sale comprises the entire coast from the Orange River northward, including all ports and bays as well as 20 geographical miles inland, and these documents have been deposited with the Foreign Office at Berlin. || In consideration of the fact that according to international law all islands, rocks, reefs &c., situated within the reach of a canon-shot from the coast belong to the latter, I have naturally taken it for granted that all islands, rocks, reefs so situated near the territory acquired by me also became my property, and therefore did not deem it necessary specially to enumerate the same in the deed of sale. || To my great surprise I have now been informed by the Foreign Office at Berlin, that your Excellency, on behalf of the Colony of the Cape of Good Hope, claims a right of property to these islands, alleging that they have some years ago already been annexed by a British ship-master on behalf of the said Colony. According to the records this annexation has never been proclaimed, and the British Government in the year 1880 declared that the Cape Colony was bounded on the north by the Orange River, thus depriving them of the right of property to the territory situated between the latter boundary and the Portuguese Settlement, Walwich Bay excepted."

It is clear from the above extract, that M. Luderitz is dealing with the question of private property, and not with that of *public sovereignty*; and that he is under the mistaken impression that the 3 mile doctrine is applicable to questions of private ownership as well as to questions of sovereign territorial jurisdiction; that is to say, M. Luderitz contends that the sale of the private ownership of a strip of land along the coast would carry with it the cession in private ownership of everything within 3 miles of that coast. || As to the sovereignty, however, it is possible that the German Government may have been misled by M. Luderitz's letter into a supposition that the Cape title to the islands rests only upon the acts of the authorities of that Colony, and it is advisable at once to correct such a misapprehension. || It should be explained accordingly that no British Colony possesses any power

Nr. 8422. Gross-britannien. 13. Nov. 1884.

of adding territory to the Queen's dominions. Acts of Annexation require the previous authority or the subsequent ratification of the Queen, and a further Act by the Queen is necessary before such territory can become incorporated in any Colony.

Herr Luderitz has, no doubt, not understood, that the Cape Colony does not claim these islands as annexed by it on its own behalf. It has, however, been fully explained in the Memorandum already communicated to the German Government that the islands now in question belong to Her Majesty, and that after they had been duly taken possession of for Her Majesty, and had become part of Her dominions, it pleased the Queen to place them under the control of the Cape Government, by formally authorising their annexation to that Colony. || A copy is annexed of the Letters Patent of February 1867, which were published in the Cape Government „Gazette" of the 26th April 1867. They are a solemn Act by Her Majesty and her Privy Council, authenticated under the Great Seal of the United Kingdom, whereby, after declaring that these islands had at an early date been taken possession of upon her behalf, the Queen proceeds to authorise the measures usual for incorporating outlying territories in a neighbouring Colony.

For the fuller information of the German Government, copies are annexed of the following papers, viz.: — || 1. Proclamation, dated the 6th May 1866, made by Captain Forsyth, of Her Majesty's ship „Valorous", taking possession, in the name of Her Majesty, of the islands and the harbour of Angra Pequena, and proclaiming Her Majesty's sovereignty therein.*). || 2. A Proclamation by the Government of the Cape, dated the 16th July 1866, purporting to annex the said islands (but not the harbour) to the Colony of the Cape of Good Hope. || 3. Copy of the Letters Patent of 1867, above referred to, appointing the Governor of the Colony of the Cape of Good Hope to be Governor of the Islands of Ichaboe and the Penguin Islands, and authorising the annexation of the aforesaid islands to that Colony. || 4. Subsequent Act of the Cape Parliament, entitled „The Ichaboe and Penguin Islands Acts, 1874". || 5. The lease of the islands now held by Messrs. de Pass and Spence**).

Before proceeding further with the appointment of the Mixed Commission, Her Majesty's Government desire that no misunderstanding should arise as to the scope of its functions, and they can hardly entertain any doubt that the German Government, after an examination of the documents transmitted herewith, will entirely concur in their view, that those functions should be restricted as originally proposed to an inquiry into the private rights of British subjects within the limits of the German Protectorate, and should not be extended to an inquiry into the title of the British Crown to the islands in question.

Foreign Office, November 1, 1884.

---

*) Anlage D zu Nr. 8411.
**) Anlage B zu Nr. 8411.

Nr. 8422. Grossbritannien. 13. Nov. 1884.

Proclamation.

By his Excellency Sir Philip Edmond Wodehouse, Knight Commander of the Most Honourable Order of the Bath, Governor and Commander-in-Chief of Her Majesty's Colony of the Cape of Good Hope, in South Africa, and of the Territories and Dependencies thereof, and Vice-Admiral of the same, and Her Majesty's High Commissioner, &c.

Whereas, the Island of Ichaboe was on the 21st day of Juni 1861, taken possession of for and in the name of Her Britannic Majesty Queen Victoria, and declared a dependency of the Cape of Good Hope: And whereas, by a Proclamation bearing date the 12th day of August in the same year, it was proclaimed and declared that the sovereignty of Her said Majesty should be, and the same was, thereby declared over certain islands, islets, or rocks on the coast of Africa, adjacent to the said Island of Ichaboe — that is tho say, Hollams Bird, Mercury, Long Island, Seal Island, Penguin Island, Halifax, Possession, Albatross Rock, Pomona, Plum-Pudding and Roast Beef, or Sinclair's Islands, and that such Proclamation should be subject to Her Majesty's gracious confirmation or disallowance: And whereas, Her Majesty was pleased, on such last-mentioned Proclamation being brought to Her knowledge, to disallow the same: And whereas, by a Proclamation bearing date the 9th day of May 1864 such disallowance was publicly notified, and it was thereby declared that the said several islands, islets, or rocks in the said Proclamations of the 12th day of August 1861, and the 9th day of May 1864 respectively, should not be viewed as British territory: And whereas it has, since the date of the Proclamation lastly herein-before recited, seemed good to Her said Majesty that the same islands, islets, or rocks should be taken possession of for and on behalf of Her Majesty: And whereas, it has also seemed and does seem to Her Majesty that it is expedient, and that it is for the interest as well of Her Majesty's dominions and subjects, especially of Her said Colony of the Cape of Good Hope and the inhabitants thereof, that the same islands, islets, or rocks, and the said Island of Ichaboe, should be annexed to and become and form part of the Colony of the Cape of Good Hope: And whereas, pursuant to orders in that behalf received, Charles Codrington Forsyth, Esq., captain of Her Majesty's steam frigate "Valorous," did on the 5th day of May last past proceed to Penguin Island aforesaid, being one of the said islands, islets, or rocks, and did there, by Proclamation bearing date the 5th day of May, take possession of the same in the name of all the said islands, islets, or rocks herein-before, an in the said Proclamations of the 12th day of August 1861, and the 9th day of May 1864, respectively mention, for and on behalf of Her Majesty, and did thereby declare the sovereignty and dominion of Her Majesty over all the same islands, islets, or rocks: Now, therefore, I do hereby proclaim and make known that the said Island of Ichaboe and the said islands, islets, or rocks adjacent thereto, that is to say, Hollams Bird, Mercury, Long Island, Seal Island,

Nr. 8422. Grossbritannien. 13. Nov. 1884.

Penguin Island, Halifax, Possession, Albatross Rock, Pomona, Plum-Pudding and Roast Beef or Sinclar's Islands, shall be from the day of the date hereof, and the same are hereby annexed to, and form part of, the said Colony of the Cape of Good Hope.

God save the Queen!

Given under the public seal of the Settlement of the Cape of Good Hope, this 16th day of July 1866.

P. E. Wodehouse,
Governor.

By command of his Excellency the Governor.
Colonial Secretary.

(*Islands of Ichaboe and Penguin Islands.*)

Draft of Lettres-Patent passed under the Great Seal appointing the Governor of the Colony of the Cape of Good Hope to be Governor of the Islands of Ichaboe and the Penguin Islands, and authorising the annexation of the aforesaid islands to that Colony.

Letters Patent, dated 27th February 1867.

Victoria, by the Grace of God, of the United Kingdom of Great Britain and Ireland, Queen, Defender of the Faith, to all to whom these presents shall come, greeting:

Whereas the Island of Ichaboe, on the south-west coast of South Africa, was on the twenty-first day of June 1861, duly taken possession of for us, and on our behalf; || And whereas, on the 5th day of May 1866, certain other islands, islets and rocks on the said south-west coast of South Africa, that is to say, Hollamsbird, Mercury, Long Island, Seal Island, Penguin Island, Halifax, Possession, Albatross Rock, Pomona, Plum-pudding and Roastbeef or Sinclair's Island, which said islands, islets and rocks are herein-after called the Penguin Islands, were also duly taken possession of for us and on our behalf; || And whereas by a proclamation, dated the sixteenth day of July, 1866, by his Excellency Sir Philip Edmond Wodehouse, Governor and Commander-in-Chief of our Colony of the Cape of Good Hope, and of the territories and dependencies thereof, and Vice-Admiral of the same, the said Island of Ichaboe and the said Penguin Islands were declared to be annexed to, and to form part of, the said Colony of the Cape of Good Hope; || And whereas doubts are entertained touching the legality of the said annexation of the said Island of Ichaboe and the said Penguin Islands by proclamation, and it is expedient that such doubts should be removed; || And whereas it is further expedient, that the said Island of Ichaboe, and the said Penguin Islands, should be annexed to, and form part of, the said Colony of the Cape of Good Hope, if the Legislative Council and House of Assembly thereof should desire such annexation; || And whereas it is expedient, that until such annexation the affairs of the said Island of Ichaboe, and of the said Penguin Islands,

should be administered by a Governor, to be for that purpose appointed by us; || Now know ye, that in consideration of the premises, we, of our special grace, mere motion, and certain knowledge, have thought fit to constitute and appoint, and by these presents do constitute and appoint, the Governor and Commander-in-Chief for the time being of our said Colony of the Cape of Good Hope, to be the Governor of the said Island of Ichaboe and Penguin Islands, and we do hereby vest in him all the powers and authorities which by these presents are given and granted to the Governor for the time being of the said Island of Ichaboe and Penguin Islands. || And we do hereby further declare our pleasure to be, that in the event of the death or incapacity of the said Governor and Commander-in-Chief for the said Colony of the Cape of Good Hope, or in the event of his absenting himself from the said Colony otherwise than for the purpose of visiting the said Island of Ichaboe or the said Penguin Islands, then and in either of these cases the officer for the time being who may be administering the Government of the said Colony of the Cape of Good Hope shall be and he is hereby constituted and appointed Governor for the time being of the said Island of Ichaboe and Penguin Islands. || And we do hereby further authorise and empower the said Governor of the said Island of Ichaboe and Penguin Islands to make all such rules and regulations as may lawfully be made by our authority, for the order, peace and good government of the said Island of Ichaboe and Penguin Islands, subject, nevertheless, to any instructions which may from time to time be hereafter given him under our sign-manual and signet, or through one of our Principal Secretaries of State. || And we do hereby further authorise and empower the said Governor of the said Island of Ichaboe and Penguin Islands, so long as he shall be Governor thereof, by any instrument under his hand and seal, to make leases and other dispositions for a term or terms of years, of any of the said Islands of Ichaboe or Penguin Islands as aforesaid, or any part or parts thereof, and to issue licenses authorising the person or persons designated therein to take guano or other fertilising substances or produce from the said Islands of Ichaboe or Penguin Islands, or any of them, and to insert in such leases, dispositions, or licenses, as the case may be, all such reservations by way of rent or royalty, or otherwise, and all such conditions, exceptions, and stipulations as may to him seem advisable: provided always, that in the execution of the powers hereby conferred on him, he shall conform to such instructions as he may from time to time receive from us, under our sign-manual and signet, or through one of our Principal Secretaries of State. || And we do hereby further authorise and empower the said Governor, as he may deem expedient, under his hand and seal, to confirm any grant, disposition, lease, or license, which may have been made or issued before the date of these presents, to any person or persons in respect of the said Island of Ichaboe or the said Penguin Islands, or any of them, or any part thereof, by any Governor of the said Colony of the Cape of Good Hope, or to accept

Nr. 8422. Gross-britannien. 3. Nov. 1884.

a surrender of any such grant, disposition, lease, or license and to make and issue any new disposition, lease, or license to the persons surrendering the same, or their nominees, under the powers and in the manner herein-before declared. || And we do hereby further declare our pleasure to be that, if at any time hereafter the Legislative Council and House of Assembly of the said Colony of the Cape of Good Hope shall, by resolution or otherwise, request the said Governor of the said Island of Ichaboe and Penguin Islands to transfer the same to the said Colony of the Cape of Good Hope, for the purpose of their being annexed to and forming part of the said Colony, and shall by law provide that upon such transfer and annexation all laws which may be in force in the said Colony on the day on which the said Island of Ichaboe and Penguin Islands shall be annexed thereto, shall immediately upon such annexation take effect and be in force in and upon the said islands so annexed, then the said Governor shall, and he is hereby authorised and empowered to transfer to the said Colony the said Island of Ichaboe and the said Penguin Islands, and from and after the date of such transfer the said islands so transferred shall be deemed and taken to be and shall be annexed to and form part of the said Colony of the Cape of Good Hope. || And we further declare our pleasure to be that the said Governor of the said Island of Ichaboe and Penguin Islands shall declare by proclamation the said transfer, and from and after the date of such proclamation these presents shall cease and be of none effect so far as relates to the appointment of a Governor of the said Islands of Ichaboe and Penguin Islands and his powers thereunder, but not further or otherwise, and not so as to effect any instruments acts, matters, or things made or done by him while such Governor as aforesaid, in pursuance of the powers hereby conferred on him. || And we do hereby reserve to us, our heirs and successors full power and authority from time to time to revoke, alter, or amend these our letters-patent, as to us or them shall seem meet. || In witness, &c. Witnes, &c.

C. Romilly.

Westminster, 27the February 1867.

Nr. 8423. GROSSBRITANNIEN. — Min. der Kolonien an den Gouverneur der Kap-Kolonie. — Uebersicht der Verhandlungen über die Proclamirung des deutschen Protectorats. [III, 1.]

Downing Street, December 4, 1884.

Nr. 8423. Gross-britannien. 4. Dec. 1884.

Sir, I have the honour to transmit to you, for communication to your Ministers, copies of papers about to be presented to Parliament relative to the establishment of a German protectorate north of the Orange River, and its recognition by this country; and I take the opportunity which thus presents

Nr. 8423. Gross-britannien. 4. Dec. 1884.

itself of explaining, for the information of your Government, the course which Her Majesty's Government have taken in this matter.

2. Before commencing a review of the case, I may premise that acting on the recognised principle that fresh territory ought not to be acquired except for strong and urgent reasons, my predecessors have from time to time found it necessary to resist pressure from various quarters in favour of the annexation of the region now in question. In 1867 the question was brought before my predecessor, the Duke of Buckingham and Chandos, by the then Governor of the Cape Colony, the special reason for desiring action being the supposed existence of silver in the country. His Grace dealt with and negatived the proposal in a Despatch of the 23rd of August 1867. "Her Majesty's Government," he wrote, "are not prepared to assume British rights over so long a tract of country without some stronger evidence of its necessity and more information than it appears to have been in your power to communicate when you wrote your Despatches of the 11th of March and 14th of June on this subject." "It must," he continued, "be borne in mind that a great Power cannot declare its sovereignty over an extensive territory, however barren and thinly peopled, without the possibility of responsibilities that cannot at the time be foreseen" —an observation which he illustrated by referring to events which had occurred at the Penguin Islands (then already annexed) during the American civil war.

3. In the following year the question was again urged on the Colonial Department — this time by the German missionaries in Damaraland, and by Prince (then Count) Bismarck, Chancellor of the North German Confederation. On the 6th of November 1868, I, being then at the Foreign Office, received a memorial from the Rhenish Missionary Society urging the intervention of the British Government in the affairs of Namaqua-Damaraland (which the society believed might be settled by the despatch of a commissioner and 200 British troops), and suggesting that Walfisch Bay and a small adjacent territory might be at the same time declared British, "as it lately happened (so said the memorial) with Angra Pequena." But the memorialists at the same time expressed a strong preference for larger measures, viz., for the whole of Herero (*i.e.* Damara) land being "declared British territory, taken under British protection, and brought into regular order." Namaqua-Damaraland, it was stated, might be of greater importance than Basutoland for the further development of South Africa.

4. On the 9th of November in the same year I received a note from the German Chargé d'Affaires at this Court, referring to the above memorial, and arguing in favour of the energetic interference of the British Government and the despatch of such instructions to the Governor of Cape Town as would lead him to send a British commissioner and 200 soldiers to restore those regions to their peaceful condition. Baron von Katte concluded his note by stating formally that, by direction of the Chancellor of the North

Nr. 8423. Grossbritannien. 4. Dec. 1884.

German Confederation, he begged leave earnestly to solicit my favourable consideration of the society's petition.

5. I communicated these representations to the Secretary of State for the Colonies, who, however, was unable to adopt the German views upon the subject; but at the same time, under his sanction and authority, measures were taken by Sir Philip Wodehouse which eventually, for the time at least brought about the end immediately desired by the Germans in the territory and their Government at home, namely the pacification of the country. These measures included the despatch of a commissioner to Namaqualand and the use of pressure and influence in relation to the Southern Namaqua captains, with whom the settlement of the question practically lay. Peace was concluded in 1870, and in forwarding a copy of the treaty to Sir Henry Barkly, Dr. C. H. Hahn, the Superintendent of the Rhenish Mission, bore testimony as follows to the effectiveness of Sir Philip Wodehouse's measures: — "I have also," he wrote, "great pleasure in informing your Excellency, that we firmly believe that under Providence we owe it chiefly to the kind interest taken by your Excellency's esteemed predecessor, Sir P. E. Wodehouse, who used his best influence with the above alluded to Namaqua Chiefs, that things have arrived at this happy issue." — (Annexure p. ii. to Mr. Palgrave's Report, Cape Parliamentary Papers (G. 50—77).)

6. The establishment of a formal peace did not, however, entirely end the troubles of the country or set at rest the question of annexation, which continued to be stirred both by natives and Europeans, until in 1875 the Cape Parliament passed a resolution in favour of the extension of the limits of the Colony so as to include Walfisch Bay and as much of the country inland as, with the approval of the Crown, it might be found expedient to acquire. In pursuance of this resolution Mr. W. Coates Palgrave was despatched as Special Commissioner to the Damara and Namaqua Chiefs, and (as recounted in his Report laid before the Cape Parliament in 1877) he received offers of submission from all the important Chiefs in the country. It is plain from this Report, that the German missionaries were active on his side, inasmuch as they officiated as interpreters in his meetings with the Chiefs, countersigned the Damara offers of submission, and, in one case where three Namaqua captains appeared strongly bent on holding aloof, a missionary used arguments of an energetic character which (p. 79 of Report) proved entirely successful. Before leaving the country Mr. Palgrave received from the traders a petition in favour of annexation. A majority of the names at the foot of that petition appear to be those of Germans and Swedes.

7. Mr. Palgrave's Report was brought under the notice of the Earl of Carnarvon in a long and able Despatch from Sir Bartle Frere, dated the 13th of November 1877 (Imperial Blue Book, C.—2000, p. 1). I note in that Despatch the following passage: — "Neither he (Dr. Hahn) nor the other missionaries who accompanied him in his interviews with me, nor the many respec-

table Damaraland traders whom I saw, had the slightest national or colonial bias in the mattter. They were none of them Englishmen or Cape Colonists by birth, though the Cape was their adopted country, and their trade centred in Cape Town. But they were unanimous in expressing from various points of view their hope, that Mr. Palgrave might be sent back to finish the work which he had so well begun."

8. Sir Bartle Frere's recommendations were that, as a first step, an Order in Council should be passed empowering the Cape Parliament to legislate for the purpose of annexing the coast up to the Portuguese boundary, and that in the meanwhile no time should be lost in hoisting the British flag at Walfisch Bay. To this latter step Lord Carnarvon assented, and it was shortly afterwards carried into effect; but he did not at the moment feel in a position to sanction Sir Bartle Frere's larger proposals, and within a few days he quitted office. Sir Bartle Frere subsequently renewed his representations on the subject; but Her Majesty's Government continued of opinion, that no action should be taken. Thus matters stood, as regards the question of title, when you proceeded to take up your present office in 1880, and it became the duty of my immediate predecessor, the Earl of Kimberly, to convey to you the views of her Majesty's Government on the questions of policy which were then awaiting solution. It need hardly be said, that since the question was last stirred, nothing had happened which could lessen the objections of the Imperial Government to annexation beyond the Orange River. This country had been put to vast expense by the Cape, Zulu, aud Sikukuni wars, the affairs of Bechuanaland (then called the Keate Award Territory), were unsettled and the condition of Zululand was commencing to cause anxiety. The Cape Colony had its hands full with the rebellion in Basutoland and lawlessness in the Transkei. Indeed the Governmeut of Mr. Gordon Sprigg appeared in no way inclined to an extension of responsibilities north of the Orange River. War having broken out about July 1880, between the Damaras and Namaquas, the Cape Government recalled Mr. Palgrave, who was acting as Special Commissioner in the Trans-Gariep, and authorised Major Musgrave, the Resident at Okahandja, to withdraw himself to Walfisch Bay. These instructions were based on the fact that the "moral force hitherto exercised" was "no longer producing the desired results," und it was also expressly stated that it had been decided from the very first that no attempt to employ any other kind of force should be made." (p. 8 of C.-2783.)

9. Lord Kimberley therefore did nothing at variance with the apparent policy of the Cape Ministers who were then, as now, in office, when he instructed you that a Resident was not to be pressed in any case on a native tribe against its will, that it was necessary that the responsibilities of this country should not be extended beyond the present boundaries of Herr Majesty's possessions, that the Orange River should be maintained as the northwestern boundary of the Cape Colony, and that Her Majesty's Government

Nr. 8423. Gross-britannien. 4. Dec. 1884.

would give no encouragement to schemes for the extension of British jurisdiction over Great Namaqualand and Damaraland. (C.—2754, p. 8.)

10. I may note in passing that on the occasion of the outbreak of hostilities, to which I have alluded, the German Ambassador at this Court communicated a Memorandum to Earl Granville describing the special dangers which threatened German life and property in Damaraland, and requesting that, since there could be "no question as to an independent proceeding on "the part of Germany for the protection of life and property of its subjects "in those regions," the "British Government would direct that any measures "ordered or intended for the protection of life and property of English sub-"jects might be extended likewise to the German missionaries and traders li-"ving there." (p. 3 of C.—2783)*).

11. In view of the disinclination of the Cape Government to use other than moral force, and the still stronger feeling of Her Majesty's Government against interference, it was impossible to make any other answer to this request than that the Cape Government would extend to German subjects, as readily as to the subjects of Her Majesty, such protection as it might be in its power to give, but that Her Majesty's Government could not be responsible for what might take place outside British territory, which only included Walfisch Bay and a very small portion of country immediately surrounding it. (C.—2783, p. 10)**).

12. I now come to the action taken by the German Government in 1883. As explained in the Colonial Office Memorandum, which has been communicated to the German Government, and will be found in the enclosed parliamentary papers, that action was not for some time understood in the sense in which it has since been explained by the German Government and its representatives. It appeared to us to amount to a reiteration, in a new and modified form, of the demand, so often made in German interests, that British influence should be extended north of the Orange River. The first communication was in February 1883 ***), when the German Embassy inquired of the Foreign Office whether British protection could be extended to a factory about to be established by a Bremen merchant north of the Orange River, intimating that if this could not be done they would do their best to extend to it the same measure of protection which they give to their subjects in remote places, but without any design to establish a footing in South Africa. There was here no indication of any contemplated interference with British possessions or British subjects. There were, indeed, certain new features in the situation. On this occasion the German Government seemed to indicate that, failing British action, it would itself do, on behalf of German subjects,

---

*) S. Staatsarchiv Bd. XLIII Nr. 8283 gegen Ende.

**) Nr. 8284.

***) Vgl. Nr. 8288.

what Count Munster had declared in 1880 to be out of the question, namely, take an independent proceeding. But it appeared to us from the language used in the Ambassador's note of December 1883,*) that such a proceeding would only be resorted to as an alternative, from which Germany would willingly be relieved by action on the part of tho British Government. I fully understood, that the choice was before us of annexing the country or acquiescing in a German annexation.

13. Her Majesty's Government recognised as fully as any of its predecessors the general arguments against the adoption of the former course. But the situation was now different from what it had been at any previous time, and Her Majesty's Government decided that, on the whole, it would be better to take such measures as might be in accordance with the wishes both of the German Government and of the Cape Colony. In the first place, action only appeared to be invited in one portion of the country, and that situated on the sea coast, so that the trouble and responsibility to a Power habitually maintaining a squadron on the coast was comparatively trifling. Moreover, it was conceivable that, however friendly the general relations between this country and Germany, the Cape Government might entertain practical objections to the establishment at the other side of the Orange River of a German protectorate. There would be, for instance, the dangers of smuggling along the northern border, and of a break-down of the arms policy of the Colony by a free introduction of guns and ammunition through the German ports.

14. The situation, also, had greatly changed in regard to native affairs generally, since the time when my immediate predecessor had put such a decided negative upon the extension of the Colony to the north. The Transkei was quiet, and the Colony had been relieved of the charge of Basutoland, whilst what was hoped would be a satisfactory solution of the Bechuana difficulty, was on the point of being concluded.

15. In these circumstances, I telegraphed to the Officer Administering the Government on the 3rd of February,**) inquiring whether there was any prospect of the Cape Government undertaking the control of Angra Peyuena, which was the only point then prominently in contemplation, in the event of that place being declared British, because, as I explained, it might be difficult otherwise to resist the representations of Germany, that, failing other protection for German subjects there, that country would be compelled to assume jurisdiction over the place. On the 6th of February I received a telegraphic reply asking that the matter might be kept open pending a meeting of the Cabinet at the Cape, the Premier being away. I heard nothing more of the intentions of your Ministers for three months, and on the 7th of May,

---

*) Nr. 8295.

**) Vergl. Nr. 8397 und Anm. dazu.

Nr. 8423. Gross-britannien. 4. Dec. 1884.

in consequence of certain communications from the German Government, I telegraphed again saying that it was necessary to tell the German Minister what was intended by Her Majesty's Government as to Angra Pequena, and that, if the Colonial Government desired that it should be under British jurisdiction, they should immediately express their readiness to accept the responsibility and cost.

16. On the 29th of May, you replied by telegram stating that your Ministers had decided to recommend Parliament to undertake the control of the coast line from the Orange River to Walfisch Bay. I communicated this telegram to the Foreign Office with a suggestion as to the terms of the final answer to be made to Count Munster's inquiries of the previous December; but it then proved to be too late for this country to take action as far as the Angra Pequena territory was concerned. The German Government had, during the interval, made up its mind to take its subjects in that region under its protection and, in effect, to adopt the grant to Mr. Luderitz as a grant of sovereignty or supremacy to itself.

17. The views of the German Government having become more clearly understood, I telegraphed to you on the 17th June, saying that it would be better not to bring forward the vote for the control and cost of the coast line and Angra Pequena at present in order to avoid any misunderstanding between Her Majesty's Government and the German Ministry, with whom communications were proceeding. On the 9th of July you telegraphed to me, that your Ministers were anxiously awaiting information relative to the negotiations with Germany. Your Ministers, you said, advised you that the feeling in the Colony was strongly in favour of the retention of British authority over the coast line from the Orange River northwards, and that the annexation of Damaraland to the German Empire was also greatly deprecated. On the 14th of July I replied by telegram in which I intimated, that Her Majesty's Government did not consider itself in a position to oppose the German claims as I understood them, and that "so much therefore of the country in the "neighbourhood of Angra Pequena as may be, after careful inquiry, found to "have been acquired in proper form by Mr. Luderitz, would be under the "protection of the German Empire." I suggested in conclusion, that the coast north of the 26th degree of south latitude should be placed under British protection.

18. The resolutions of the Cape Parliament which were passed on the 16th of July in consequence of this message, declared in favour of the annexation of the whole coast line from the Orange River to the Portuguese frontier; but before the resolutions of the Cape Parliament could reach this country, two very material events had taken place, the first of which was the proclamation in situ of a German protectorate by a German man-of-war over the coast between the Orange River and the 26th parallel of south latitude. This being an act of state, and amounting to a formal annexation by a civil-

ised Power of a territory vacant in the eye of International Law, superseded any necessity for inquiry as regards the public title, though not as regards Mr. Luderitz's private claims. On the 22nd of August, that is only three days before the Cape resolutions were received in this country, the second event to which I have alluded occurred: the German Chargé d'Affaires called at the Foreign Office and notified*) the existence of German claims to the north of the 26th parallel in the neighbourhood of Walfisch Bay, and, in effect, lodged a counter claim to the whole or to parts of the whole of the northern coast on behalf of his owm Government, who appeared to intend to take over the acquisitions of its subjects. It thus became difficult to decide how far the Cape resolutions could be acted on without coming into collision with German claims, and, whilst the matter was under consideration, a second German gunboat, the "Wolf," set all questions at rest by taking possession of the whole of the rest of the coast, Walfisch Bay excepted, in the Emperor's name. Upon this, Her Majesty's Government decided to acquiesce in the action of the German Government and to welcome Germany as a neighbour**). The German Emperor had acquired for himself, by the recognised means, a strip of territory to which the Queen of England had no sufficient legal title, and in which German trading and missionary interests were apparently more considerable than those of her own subjects. Great Britain, which already possesses large tracts of unoccupied territory, could not fairly grudge to a friendly Power a country difficult of development, with regard to which it might have been said that we had never thought it worth acquiring until it seemed to be wanted by our neighbour.

19. This being the state of the case, it remains to consider what should now be done to protect British Colonial interests from any inconvenience that might possibly result from the presence of a foreign settlement on the frontier of the Colony. It will be necessary to see, that individual British rights in the country are safeguarded, to watch how far the restrictions on the acquisition of arms by natives are affected, and to guard against smuggling from over the Orange River into the Colony.

20. I glance at this last possibility of danger, because Mr. Palgrave has adverted to it in his Report recently laid before the Cape Parliament, but having regard to the absence of such smuggling in the past whilst the coast was open to anyone who choose to go there, and having regard to the geographical conditions, I am far from thinking that it is likely to become rife. The interests of individual British subjects will, I hope, be satisfactorily settled as a result of the proposed joint Commission.

21. If the extent of the importation of arms through the protectorate should seem to threaten danger, the obvious and I should hope successful course would be to lay the facts and arguments before the German Govern-

*) Nr. 8325.
**) Nr. 8333.

Nr. 8423. Gross-britannien. 4. Dec. 1884.

ment, and invite it to act the part of a good neighbour in counteracting the evil.

22. In other Despatches I have acquainted you with the views taken by her Majesty's Government with regard to the Ichaboe and Penguin Islands, belonging to the Cape Colony, which the commander of the German vessel "Elizabeth." erroneously included in his proclamation of protectorate.

23. I am awaiting a definite declaration as to the ultimate limits of the protectorate inland, as to whether German law or some other kind of law is to prevail there, and as to whether it remains Kaffir territory, or is to be regarded as part of the German Empire. || I have, &c.

Sir Hercules Robinson. Derby.

Nr. 8424. **GROSSBRITANNIEN.** — Min. des Ausw. an den engl. Botschafter in Berlin. — Die Expedition nach Bechuanaland ist nicht geeignet, die deutschen Interessen zu schädigen*).

Foreign Office, December 10, 1884.

Nr. 8424. Gross-britannien. 10. Dec. 1884.

Sir, — Count Münster called upon me to-day, and told me he had received a letter from Prince Bismarck, in which the Chancellor complained of the conduct of Her Majesty's Government with regard to Samoa, the Cameroons, and Bechuanaland. || His Excellency observed that the colonial possessions of Great Britain are so enormous that no German Settlement could ever do them harm. But public opinion in Germany was much excited about their Colonies, and his Excellency added, that it was to be hoped that England should show herself friendly to Germany as Germany has been showing herself friendly to England on former occasions in Egypt, and by the way she is treating the Niger question now. || I stated that, with regard to Samoa, I had already given an assurance to Count Hatzfeldt, through your Excellency, that Her Majesty's Government would take no steps, pending the settlement of the questions connected with the Pacific which are now being discussed between the two Governments, and that I was prepared to exchange reciprocal assurances for the maintenance of the independence of Samoa and Tonga.

As to Bechuanaland and the Chancellor's complaint, that Sir C. Warren has been appointed Commissioner over all the districts that may eventually enlace Angra Pequena, I explained to his Excellency that the object of the English expedition is to secure the observance of the treaty made last year with the Boers by removing the freebooters who have invaded the British Protectorate from the Transvaal. || I pointed out, that Bechuanaland is separated from Angra Pequena by 700 miles, chiefly of desert land, and I repudiated any intention on the part of Her Majesty's Government to connect this

*) Aus dem Blaubuch 'Transvaal'. Februar 1885 [C—4310] Nr. 1.

expedition in the slightest degree with the German colonial movement. The expeditionary force is large, in consequence of the necessity of guarding against any risk of interference from sympathisers coming to assist the free-booters from any part of South Africa, but it has at no time been in contemplation to employ that force in any part of the country to the westward of Bechuanaland. || Count Münster having alluded to a Despatch of Sir H. Robinson, on which he spoke of jealousy on the part of the Cape Colony of German extension, which is in the Parliamentary Paper [C.—4252] recently published, I pointed out that there will be found (at p. 37) a distinct declaration that Her Majesty's Government, having recognised the German Protectorate on the coast of Damaraland and Namaqualand for 20 miles inland, have assented to the conditions on which it was announced to them that it had been established (one of wich was that the inland boundary was not to be considered as now definitively fixed), and that therefore it would not be in accordance with international comity for this country to annex the territory immediately adjacent to the existing German limit. || And Lord Derby added that, independently of this consideration, Her Majesty's Government would not be at present prepared to entertain the question of annexing any portion of Damaraland or Namaqualand. || The country, however, which lies immediately north of the Cape Colony to the eastward of the 20th meridian of east longitude is of special importance to the Cape Colony, which has reasonably stipulated that under no circumstances should it be "hemmed in" to the northward; and Her Majesty's Government have consented to entertain the wish of the Cape Government to have the control of the Kalahari country. || There is therefore no conflict of interest or of policy between Her Majecty's Government and the Government of South Africa in respect of these territories, and, in fact, Her Majesty's Government see no reason why Germany should not now extend the Angra Pequena Coast Protectorate over as much of Damaraland and Namaqualand as the German Government may think it convenient to have under their control; and would have no objection to see the inland limit of that Protectorate advanced even as far as to the 20th meridian of longitude.

With respect to the Cameroons, I repeated the assurances given by your Excellency to the German Minister of Foreign Affairs, to the effect that Her Majesty's Government had from the first loyally accepted the position which had there been acquired by Germany; that they viewed with no jealousy her presence in the neighbourhood of our recent acquisitions in the Oil River district, nor the extension of her possessions to the upper waters of the old Calabor or Cross River, which it was understood was the district referred to by Prince Bismarck in a recent conversation with your Excellency as the "upper country" behind the Cameroons district. || I added, that I did not doubt that if any questions should arise as to the actual boundaries between Bimbia and our Settlement of Victoria they would be easily susceptible of friendly adjustment between the two Governments. || I am &c. Granville.

Neu-Guinea und Südsee-Inseln*).

Nr. 8425. **DEUTSCHLAND.** — Eingabe des Geh. Kommerzienrathes v. Hansemann, betreffend die deutschen Kolonialbestrebungen in der Südsee. [1.]

(Auszug.) Berlin, den 11. November 1880.

Nr. 8425. Deutschland. 11. Nov. 1880.

In Verfolg des hohen Erlasses Euerer Durchlaucht vom 7. Mai d. J.**) an den Verwaltungsrath der deutschen Seehandelsgesellschaft in Liquidation hatte der gehorsamst Unterzeichnete als Vorsitzender dieses Verwaltungsrathes die Aufgabe übernommen, eine Denkschrift über die Kolonialbestrebungen in der Südsee auszuarbeiten und hieran Vorschläge für die Entwickelung der deutschen Interessen in der Südsee zu knüpfen etc. In Folge dessen beehre ich mich, hierbei die Denkschrift***) gehorsamst zu überreichen, welche die bei unseren Kolonialbestrebungen in der Südsee ins Auge zu fassenden Ziele des Näheren darlegt . . . . Aus dem Vorstehenden ergeben sich die folgenden Vorschläge:

„Als Ausgangs- und Centralpunkt des Unternehmens soll zunächst Mioko, der Hafen der deutschen Admiralität†) auf der Duke of York Insel, die sich durch ihre gesunde Lage auszeichnet, dienen.“

„Die Vereinigung der ersten Unternehmer wird zwischen Mioko und den

---

*) Die deutschen Aktenstücke sind entnommen aus dem Weissbuch „Deutsche Interessen in der Südsee II“, die englischen, soweit nicht ein anderes Blaubuch ausdrücklich angegeben ist, aus dem Blaubuch 'Neu-Guinea and the Western Pacific Islands. Februar 1885 [C.—4273].' Die in [ ] hinter der Inhaltsangabe stehende Zahl bezeichnet die Nummer, unter welcher das Aktenstück in dem Blau-, resp. Weissbuch steht.

**) Nicht abgedruckt. Anm. des Weissbuches.

***) Nicht abgedruckt. Anm. des Weissbuches.

†) d. h. ein vertragsmässig für die Kaiserliche Marine gesicherter Hafen. Anm. des Weissbuches.

Inselgruppen der Südsee eine regelmässige Dampfschifffahrts-Verbindung errichten, vorausgesetzt, dass letztere durch Frachtgarantie der deutschen Etablissements in Apia, Tongatabu, Levuka, Jaluit etc. sowie durch eine Subvention des Reiches die genügende Unterlage erhält."

Nr. 8425. Deutschland. 11. Nov. 1880.

„Von Mioko aus, auf der Duke of York-Insel als Centralstelle, wird die Vereinigung die Nordostküste von Neu-Guinea vom Ostkap bis zum 141. Gr. O. L. an allen geeigneten Punkten mit Handels-Niederlassungen besetzen, während gleichzeitig andere Häfen als Kohlenstationen für die deutsche Marine gesichert werden müssen."

Falls Euere Durchlaucht die Vorschläge im Allgemeinen billigen, giebt der Unterzeichnete gehorsamst die Bestimmung anheim, in welcher Weise die weitere Verhandlung zu führen ist . . . . Ich verharre Euerer Durchlaucht gehorsamster

A. v. Hansemann.

Nr. 8426. DEUTSCHLAND. — Aufzeichnung des stellvertretenden Staatssekretärs im Ausw. Amt, Grafen von Limburg-Stirum, über die mündliche Beantwortung der Eingabe des Geh. Kommerzienraths von Hansemann vom 11. November 1880. [2.]

Berlin, den 15. Februar 1881.

Dem Geheimen Kommerzienrath von Hansemann habe ich heute auf seine Vorschläge bezüglich der deutschen Handelspolitik in der Südsee Folgendes eröffnet. || Der Herr Reichskanzler sei der Meinung, dass nach Ablehnung der Samoavorlage es für ihn unthunlich sei, eine kräftige Initiative in einer Richtung zu nehmen, wie sie jene Eingabe bezwecke. Eine energische Unterstützung des deutschen Handels in den dortigen Gegenden, wie sie Herr von Hansemann vorschlage, könne eine Regierung nur dann eintreten lassen, wenn sie einen starken Rückhalt Seitens der Nation hinter sich habe. Die Abstimmung über die Samoavorlage habe gezeigt, dass irgend ein lebhaftes Interesse für solche Unternehmungen dem überwiegenden Theil der Vertreter der Nation nicht beiwohne. || Bei der Haltung, die der Reichstag in der Südseefrage eingenommen, könne sich die Regierung auf Okkupationen in der Südsee nicht einlassen. Wie die Sache liege, müsse es den Privatunternehmungen überlassen bleiben, auf eigene Hand vorzugehen. Die Regierung werde dem von Privatunternehmungen erworbenen Besitz maritimen und konsularischen Schutz angedeihen lassen.

No. 8426. Deutschland. 15. Febr. 1881.

Stirum.

Nr. 8427. **DEUTSCHLAND.** — Generalkonsul in Sydney (Krauel) an den Reichskanzler. — Aufnahme des Artikels der Augsburger Allgemeinen Ztg. über die Kolonisation von Neu-Guinea*). [3.]

Sydney, den 10. Februar 1883.
(Auszug.) (Eingegangen in Berlin den 22. März 1883.)

Nr. 8427. Deutschland. 10. Febr. 1883

Der hier erscheinende Sydney Morning Herald veröffentlichte in seiner Nummer vom 7. d. M. auszugsweise die Uebersetzung eines Artikels der Augsburger Allgemeinen Zeitung vom 27. November v. J., worin die Besitzergreifung und Kolonisation Neu-Guinea's seitens des deutschen Reiches befürwortet wird. Der Herald, welcher dieser Uebersetzung unter der sensationellen Ueberschrift „German Annexation of New-Guinea" mittheilte, bemerkte dabei, dass ihm der Artikel der „Augsburger Allgemeinen" seitens des Premierministers von Neu-Süd-Wales, Mr. Alex. Stuart, zugegangen wäre. || Der Sydney Morning Herald kommt in einem Leitartikel seiner heutigen Nummer auf diese Angelegenheit zurück und äussert bei Besprechung der Möglichkeiten einer Besitzergreifung Neu-Guinea's seitens einer europäischen Macht, dass in erster Linie England diese Insel annektiren sollte, dass jedoch, falls England nicht wollte, es am besten wäre, Neu-Guinea in den Händen von Deutschland zu sehen (if the place is to be annexed by any other Power than England, we should be glad to see it in the hands of Germany). Krauel.

Nr. 8428. **DEUTSCHLAND.** — Derselbe an denselben. — Agitation für die Annexion. [4.]

Sydney, den 13. März 1883.
(Auszug.) (Eingegangen in Berlin den 24. April 1883.)

Nr. 8428. Deutschland. 13. März 1883.

In meinem Berichte vom 10. v. M. beehre ich mich die im Sydney Morning Herald veröffentlichte Besprechung eines Artikels der Augsburger Allgemeinen Zeitung vom 27. November v. J. über die Insel Neu-Guinea zur hochgeneigten Kenntnissnahme vorzulegen. || Mit demselben Artikel hat sich nunmehr auch ein in Brisbane, der Hauptstadt von Queensland, erscheinendes Blatt „The Queenslander" beschäftigt, und zwar wendet sich dasselbe in ziemlich scharfer Weise gegen den Plan einer deutschen Besitzergreifung von Neu-Guinea, befürwortet dagegen die Annexion der Insel durch England in der Weise, dass die einleitenden Schritte hierzu unter der finanziellen Verantwortlichkeit von Queensland, als dem zunächst interessirten Theile, unternommen werden sollen. || Die deutsche „Nord-Australische Zeitung" in Brisbane bekämpfte ihrerseits diese Anschauungen des „Queenslander" und spricht die Hoffnung aus, dass das in der „Allgemeinen Zeitung" angeregte Unternehmen

*) Vergl. Bd. XLIII Nr. 8198. und folg.

einer deutschen Kolonisation von Neu-Guinea zur Thatsache werde. „Wir selbst würden uns aber freuen, wenn Deutschland endlich aus seiner Austernschale heraustreten würde und den Anfang mit einer deutschen Kolonie machte, zu welcher Neu-Guinea wie geschaffen erscheint.“ || Aus dieser Zeitungs-Polemik dürfte besonders interessiren, dass auch der „Queenslander“ Neu-Guinea als ein sehr geeignetes Kolonisationsgebiet für Europäer bezeichnet: „it has extensive and salubrious uplands, which might be profitably occupied by Europeans with their flocks and herds, and those uplands might be approached with comparative ease.“ Die von der Nord-Australischen Zeitung vertretene Auffassung beweist andererseits, wie wichtig unter Umständen die Stärkung des deutschen Elementes in den australischen Kolonien für alle auf eine Erweiterung des deutschen Einflusses in den Südsee-Inseln gerichteten Pläne werden kann. || Inzwischen hat sich telegraphischer Nachricht aus Brisbane zufolge die dortige Regierung entschlossen, die in dem mitgetheilten Artikel des „Queenslander“ entwickelte Idee einer unter den Auspizien von Queensland vorzunehmenden Kolonisation Neu-Guinea's zur Ausführung zu bringen. Das betreffende Zeitungstelegramm, das augenscheinlich offiziösen Ursprungs ist, lautet in wörtlicher Uebersetzung folgendermaassen: „Die Regierung dieser Kolonie hat auf amtlichem Wege die grossbritannische Regierung aufgefordert, Neu-Guinea zu annektiren. Sie hat dabei zu verstehen gegeben, dass die queensländer Regierung, vorbehaltlich der Zustimmung des Parlaments, dort eine Niederlassung gründen und die Kosten der für den Schutz der ersten Ansiedler nothwendigen Regierung tragen will. Eine Mittheilung dieses Inhalts ist dem General-Agenten in London mit dem Auftrage zugegangen, dieselbe Lord Derby vorzulegen. Eine Rückäusserung ist noch nicht erfolgt. Einleitende Schritte zur formellen Besitzergreifung eines geeigneten Punktes an der Küste von Neu-Guinea sind bereits getroffen. || Es ist wohl kaum zu erwarten, dass die englische Regierung auf den abenteuerlichen Plan, Neu-Guinea in Bausch und Bogen zu annektiren, eingehen wird; doch kann die von Queensland ergriffene Initiative immerhin dazu führen, dass zunächst eine unter englischem Schutz stehende Niederlassung auf der genannten Insel etablirt wird und bei günstiger Entwickelung derselben die Besitzergreifung anderer Gebietstheile Neu-Guinea's erfolgt.

Krauel.

Nr. 8428. Deutschland. 13. März 1883.

Nr. 8429. DEUTSCHLAND. — Konsul für die Marschall-Inseln an den Reichskanzler. — Ausschreitungen englischer Arbeiterschiffe. Zerstörung einer deutschen Station durch das engl. Schiff 'Stanley'. [8.]

Matupi, Neu-Britannien, den 29. Mai 1883.

(Auszug.) (Eingegangen in Berlin den 10. August 1883.)

Der Handel in Neu-Britannien und Neu-Irland ist in stetem Aufschwunge begriffen und, seitdem die letzten englischen Stationen von der deutschen

Nr. 8429. Deutschland. 29. Mai 1883.

Nr. 8429. Deutschland. 29. Mai 1883.

Handels- und Plantagen-Gesellschaft auf Samoa übernommen wurden, soweit hier ansässige Firmen in Betracht kommen, vollständig in deutschen Händen. || Jedoch sind meine im letzten Berichte ausgesprochenen Befürchtungen, dass die Arbeiterschiffe von Queensland und Fidji uns hier überschwemmen und schädigen würden, leider in vollstem Maasse eingetroffen. Obschon die sogenannte Saison für diesen Handel erst am 1. Mai beginnt, sind bis heute schon acht unter englischer Flagge fahrende Arbeiterschiffe hier angelangt, und hatten wir schon vielfach Gelegenheit, uns über die Unrechtmässigkeiten im Verfahren der Mannschaften dieser Schiffe zu beklagen. || Nach allen Berichten ist in allernächster Zeit noch eine Menge weiterer Schiffe zu erwarten, und es ist beinahe mit Bestimmtheit anzunehmen, dass durch das Vorgehen derselben, besonders derjenigen, deren Regierungsagenten nicht sehr gewissenhaft in der Ausübung ihrer Pflichten sind, in allernächster Zeit die Eingeborenen so sehr gereizt werden, dass an eine Sicherheit für irgend welche kommerziellen Unternehmungen kaum mehr zu denken ist. || Es ist dies um so mehr zu beklagen, als wir gerade jetzt nach jahrelangen Anstrengungen und Opfern, und wesentlich unterstützt durch den kürzlichen Besuch zweier Schiffe der Kaiserlichen Marine, deren Aufenthalt hier sich zum ersten Mal über einige Wochen erstreckte, endlich soweit gekommen waren, ein gutes, auf gegenseitigen Vortheil gegründetes Verhältniss mit den eingeborenen Stämmen in diesem Archipel erlangt zu haben, dessen civilisatorischer Einfluss sich immerhin schon bemerkbar machte. || Es ist die hiesige Arbeiterrekrutirung vollständig verschieden von der seither auf andern Inselgruppen des südlichen Theils des Stillen Oceans betriebenen Anwerbung und würde, wenn die Thatsachen bekannt, ohne allen Zweifel von den englischen Kolonialregierungen nicht gestattet werden. || Ich habe die genauesten Erkundigungen eingezogen und bin zu dem Resultat gelangt, dass die erlassenen Gesetze, welche besonders für die von Fidji fahrenden Schiffe strenge sind, einfach umgangen werden, und dass die Arbeiteranwerbung in Neu-Britannien und Neu-Irland mit wenigen Ausnahmen der reine Sklavenhandel ist, wie derselbe nicht schlimmer in Afrika betrieben wurde. || Nur an wenigen Plätzen der so zu sagen schon civilisirten Blanche-Bai finden die Schiffe Arbeiter, welche sich freiwillig anwerben lassen. Es sind dies „Alleinstehende", deren Familie gestorben, die ihr Land verkauft haben, die zu wenig Eigenthum besitzen, um Weiber zu kaufen, oder schliesslich solche, die irgend etwas verbrochen haben und von ihrem Stamme geflohen sind. || Dieselben lassen sich durch Versprechungen der Häuptlinge, welche den Kaufpreis für sie in Empfang nehmen, bewegen, auf einige Jahre wegzugehen, um dann bei ihrer Rückkunft Frauen zu bekommen, oder von einflussreichen Landbesitzern adoptirt zu werden. || Der Natur der Sache nach sind dies jedoch nur sehr wenige, lange nicht genug, um auch nur ein einziges der sämmtlich zwischen 100 und 250 Arbeiter fassenden Schiffe zu füllen. Alle andern Arbeiter werden einfach von den Häuptlingen gekauft. || Unter den Eingeborenen hier ist Sklaverei eine althergebrachte Institution.

Nr. 8429. Deutschland. 29. Mai 1883.

Um sich Waffen zu verschaffen, verkauft der Häuptling sowohl seine eigenen Leute, als besonders Kriegsgefangene. || Ausser in Blanche-Bai und der von Händlern bearbeiteten Nordküste von Neu-Britannien sind die Eingeborenen überall noch ebenso kriegerisch als früher, und die einzelnen Stämme können, da sie niemals Reisen unternehmen und auf Strecken von 20 bis 30 Meilen schon andere Dialekte haben, sich kaum verstehen, während selbstredend englische und andere Sprachen und auch Begriffe civilisirter Nationen ihnen ganz fremd sind, sodass von einer richtigen Interpretation, wie die Gesetze Queenslands und Fidji's sie verlangen, absolut keine Rede sein kann. || Der Regierungsagent verlässt sich auf den vom Kapitän engagirten Dolmetscher, der die vorgelegten Fragen nach seiner Instruction übersetzt und beantwortet. || Sobald die Eingeborenen an Bord sind, werden sie streng bewacht; nichtsdestoweniger entweichen viele, was dann regelmässig zu Gefechten zwischen der Schiffsmannschaft und dem betreffenden Stamme führt. || Von dem englischen Dreimastschooner „Hopeful" z. B. entwichen von 104 Mann im Ganzen 13, indem sie sich bei Nacht auch bei weiter Entfernung vom Lande ins Meer stürzten. || Sechs derselben soll die Schiffsmannschaft wieder eingefangen haben, 3 erhielt man auf Drohungen von dem betreffenden Häuptlinge zurück; der Rest soll ertrunken sein. || Jeder in Queensland eingeführte Eingeborene wird dem Eigner des Schiffes mit 22 Pfd. Sterl. bezahlt; hiervon erhält der Kapitän gewöhnlich 18 bis 20 Sh., der rekrutirende Steuermann 5 bis 10 Sh. pro Kopf. Alles Summen, gross genug, um solche Leute zu veranlassen, alle Mittel anzuwenden, sich so rasch wie möglich eine grosse Anzahl Eingeborener zu verschaffen. || Als Hauptzahlungsmittel werden von allen Schiffen Feuerwaffen und Munition verwandt, und können durchschnittlich auf je 2 Arbeiter drei Gewehre gerechnet werden. || Für je 5 Mann Angeworbener erhält der Häuptling, welcher sie bringt, eine Extrabezahlung, der für den Einzelnen gegebenen gleichkommend. || Der Kommandant S. M. Korvette „Carola", Herr Korvetten-Kapitän Karcher, hat in einem an mich gerichteten Schreiben, die Ergebnisse der Expedition nach den Hermit Inseln besprechend, mich ersucht, im Interesse der friedlichen Entwickelung des Verkehrs dahin zu wirken, dass der Handel mit Feuerwaffen in diesen Gewässern aufhöre. || Aus Obigem geht jedoch zur Genüge hervor, dass ein Vorgehen der Deutschen in dieser Richtung ganz einseitig und erfolglos bleiben würde, und ich kann auch sonst nach meiner langjährigen Erfahrung in der Südsee solche Vorschriften durchaus nicht befürworten. || Als Illustration zu dem gewaltthätigen Auftreten der Mannschaften der englischen Arbeiterschiffe einerseits und der dadurch hervorgerufenen Störungen im friedlichen Verkehr und legitimen Handel mit den Eingeborenen andererseits erlaube ich mir nun noch folgende zwei Fälle ganz gehorsamst mitzutheilen und wage unterthänigst die Hoffnung auszusprechen, dass Euerer Durchlaucht es gefallen möge, mich auf geeignet erachtete Weise in der Bemühung zu unterstützen, deutsches Eigenthum auch in diesen Gewässern ebenso vor der Anmaassung der sich hier ausserhalb des Bereiches

Nr. 8429. Deutschland. 29. Mai 1883.

der Gesetze glaubenden Mannschaften englischer Arbeiterschiffe als vor Angriffen der Eingeborenen zu schützen. | Etwa Mitte April kam auf den Laughlan-Inseln, einer durch die Friedfertigkeit ihrer Eingeborenen bekannten Gruppe, auf welcher die Firma Hernsheim & Co. schon seit circa 3 Jahren einen Agenten unterhält, der Schooner „Stanley“, Kapitän Davis, von Maryborough an, um auch dort womöglich Arbeiter zu rekrutiren. || Unser Agent, ein Deutscher, Namens Tetzlaff, glaubte, sein Interesse werde dadurch geschädigt, dass die Eingeborenen auf diese Weise in den Besitz von vielen Waaren gelangten, die sie sonst von ihm gegen Kopra gekauft hätten, und soll dem Könige abgerathen haben, seine Leute gehen zu lassen. || Durch dies Auftreten wurde der Kapitän des „Stanley“ gegen denselben erbittert und fuhr, nach eigener Aussage des Regierungs-Agenten, mit diesem an Land, um Tetzlaff mit Güte oder Gewalt zur Revocirung der gemachten Aussagen zu zwingen. Bei Annäherung des Bootes soll ein Schuss aus der Station abgefeuert sein; als aber das Boot trotzdem anlegte, wurde die Station verlassen gefunden, da der Agent, wahrscheinlich aller Art von Gewaltthätigkeiten gewärtig, sich in den Busch gerettet hatte. || Kapitän und Regierungs-Agent gaben darauf, wie Letzterer mir persönlich prahlend mittheilte, Befehl, die Station sowie seiner Angabe nach circa 20 Tons Kopra, welche in einem der Häuser lagerten, in Brand zu stecken, um dem Agenten zu zeigen, „dass mit Queensland-Arbeiterschiffen nicht zu spassen sei.“ || Als ich dem Agenten, der mich hier in Matupi im Boote besucht hatte, darauf mittheilte, dass die niedergebrannte Station sowohl als die darin lagernden Produkte und Waaren das Eigenthum der Firma Hernsheim & Co. gewesen, und dass diese ihn und den Kapitän des Schiffes jedenfalls dafür verantwortlich machen würde, erklärte er, es thue ihm zwar sehr leid, auf diese Weise die Firma geschädigt zu haben; von einer Rekompensation könne jedoch keine Rede sein, und ganz Queensland sei viel zu sehr an der Arbeiterzufuhr interessirt, als dass man von einem solchen Falle Notiz nehmen würde. || Um keine Zeit zu verlieren, habe ich mich durch Vermittlung des Kaiserlich deutschen Konsuls in Brisbane direct an den Sekretär der Kolonie gewandt. || Ich erwähne, dass, sobald der Bericht des genannten Karl Tetzlaff über diesen Fall eingetroffen ist, meine Firma natürlich versuchen wird, ihre Ansprüche gegen das Schiff direct vor dem Gerichtshofe in Brisbane geltend zu machen. || Als weiteren Beleg, wie häufig der Verkehr dieser Arbeiterschiffe Anlass zu Unruhen und Mordthaten unter den Eingeborenen giebt, erlaube ich mir nun noch folgenden, vor etwa 14 Tagen in meiner nächsten Nachbarschaft vorgekommenen Fall zur Kenntniss Euerer Durchlaucht zu bringen. || Von den seiner Zeit durch die Schiffe des Marquis de Rays hierher gelangten Französischen Missionaren hatte sich ein Père Lanuzel in dem Dorfe Nadup, etwa 4 Meilen von Matupi, angesiedelt und war auch, nachdem er vor kurzem auf dem Arbeiterschiffe „Fanny“ von Port Maclay, von einer nach Europa unternommenen Reise zurückgekehrt, wieder dahin gegangen, um sich bleibend dort niederzulassen. || Der Kapitän der

Nr 8429. Deutschland. 29. Mai 1883.

„Fanny“ hatte dann in dem Dorfe einige junge Häuptlinge als Dolmetscher und Anwerbungsagenten engagirt und war mit denselben nach der an der Nordküste von Neu-Britannien gelegenen Insel Man gegangen. Dort weigerten sich die Eingeborenen, an Bord des Schiffes zu gehen, und es fand ein Gefecht zwischen der Mannschaft eines der Boote dieses Schiffes und den Eingeborenen statt, in welchem einer der erwähnten Nadup-Häuptlinge erschlagen wurde. || Der Kapitän soll den im Boote an Bord gebrachten Leichnam ins Meer haben werfen lassen. Er begab sich mit dem Regierungs-Agenten im Boote nach dem Dorfe Nadup, um den Eingeborenen das Vorgefallene mitzutheilen und für den Erschlagenen eine Entschädigung in Waaren zu bezahlen. || Die Eingeborenen in Nadup wurden durch diese Kunde jedoch so erbittert, dass sie zu den Waffen griffen und über den Kapitän und seine Leute sowohl als auch über den Missionar herfielen. || Dieselben retteten sich, von ihren Revolvern Gebrauch machend, mit genauer Noth in ihr Boot, und es gelang ihnen, das Schiff wieder zu erreichen; doch sollen sowohl der Kapitän als der Regierungs-Agent schwer verwundet sein. || Der französische Missionar, dessen ganze Habe, die Ausstattung einer römisch-katholischen Kirche mit Geräthen etc. einbegriffen, von den Eingeborenen hierauf geraubt wurde, wandte sich an mich mit der Bitte um Beistand. Ich bin bemüht, die Eingebornen, mit welchen wir vor dem Eintreffen dieser Schiffe jahrelang in den besten Beziehungen standen, dazu zu bewegen, die Sachen dieses allerdings ganz unschuldig Leidenden wieder herauszugeben, werde aber ohne Unterstützung durch ein etwa ankommendes Kriegsschiff kaum viel Erfolg haben. Die „Fanny“ ist sofort nach dem nächsten australischen Hafen unter Segel gegangen, um die Schwerverwundeten unter ärztliche Behandlung zu bringen. || Der in der Nähe dieses Platzes ansässige Agent der deutschen Handels- und Plantagen-Gesellschaft hat sein Haus ebenfalls im Stiche lassen müssen, da auch er fürchtete, von den Eingeborenen angefallen zu werden. || Ich begnüge mich damit, diese Vorfälle ohne weitere Kommentare und Schlüsse Euerer Durchlaucht ganz gehorsamst zu berichten, und wage nun nochmals den ehrerbietigen Wunsch auszusprechen, dass eines der in der Südsee fahrenden Schiffe der Kaiserlichen Marine für einige Zeit hier stationirt werden möge, um nach eingehender Prüfung der Sachlage geeignete Schritte zu ergreifen, die deutschen Interessen zu schützen und dem ohne Wissen gegen die Gesetze der australischen Kolonial-Regierungen von den Unternehmern betriebenen Sklavenhandel ein Ziel zu setzen. || Auch von Samoa, von der deutschen Handels- und Plantagen-Gesellschaft, sind kürzlich drei deutsche Schiffe hier angelangt, um Arbeiter für dort zu rekrutiren, und ich werde Gelegenheit nehmen, die Führer derselben darauf aufmerksam zu machen, dass ein striktes Befolgen der denselben in Samoa ertheilten Instructionen im Interesse aller Betheiligten unerlässlich ist, um Anlass zu berechtigten Klagen zu vermeiden.

Hernsheim.

Nr. 8430. GROSSBRITANNIEN. — Kolonialamt an das Ausw. Amt. — Ist die Einmischung fremder Mächte in Neu-Guinea zu befürchten? [1.]

Colonial Office to Foreign Office.

Downing Street, June 18, 1883.

Nr. 8430. Gross-britannien. 18. Juni 1883.

Sir, — Her Majesty's Government have considered the request of the Governments of the Australian Colonies, that the Queen's sovereignty may be established in the eastern part of the islands of New Guinea, possession of which was taken in Her Majesty's name by Mr. Chester, an officer of the Queensland Government, on the 4th of April last*), by proclamation, a copy of which I am to enclose, and they are of opinion that sufficient reasons have not been shown for the annexation at the present time of so large an extent of territory. || It is, however, very desirable to be assured, that no foreign Power will attempt to take possession of, or to exercise jurisdiction over, any part of the territory included in the proclamation. || I am, therefore, directed by the Earl of Derby to request, that Earl Granville will have the goodness to inform him whether, having regard to the steps which have been taken at various times in recent years, and more particularly (1) by Captain Moresby, R.N., when, in the year 1874, he took possession of the islands at the south-eastern end of New Guinea; (2) by Her Majesty's Government in annexing to the Colony of Queensland other Islands on the south shore of New-Guinea in the year 1878; and (3) to the step lately taken under the direction of the Government of Queensland, as well as to the fact publicly known through the papers presented to Parliament, that the establisment of the Queen's sovereignty in New-Guinea has long been under consideration, Her Majesty's Government can rely with full confidence on the absence of interference by any foreign Power in New Guinea, pending the declaration of the Queen's pleasure with respect to the prayer of the Australian Governments. || Lord Derby does not, of course, suppose that it is probable that such interference will take place, but in such a case as this it is desirable to guard, as far as possible, against the risk of any foreign claim being set up. || In connexion with this point I am to call attention to the letter from Sir T. Mc. Ilwraith, printed at page 132 of the Parliamentary Paper on New Guinea [C.—3617], lately published, of which I enclose a copy. || I am, &c. Robert G. W. Herbert.

---

*) Vergl. Bd. XLIII Nr. 8201.

Nr. 8431. **GROSSBRITANNIEN.** — Ausw. Amt an das Kolonialamt. — Granville hegt in dieser Beziehung keine Besorgnisse. [2.]

Foreign Office, June 26, 1883.

Nr. 8431. Gross-britannien. 26. Juni 1883.

Sir, — I have laid before Lord Granville your letter of the 18th instant, notifying the decision come to by Her Majesty's Government with reference to the request of the Australian Colonies for the establishment of the Queen's sovereignty in the eastern part of New Guinea, that sufficient reasons have not been shown for the annexation at the present time of so large an extent of territory. In regard to the Earl of Derby's observation that it is desirable to be assured that no foreign Power will attempt to take possession of, or to exercise jurisdiction over, any part of the territory included in Mr. Chester's proclamation, and to the wish expressed by his Lordship to be informed by Lord Granville whether Her Majesty's Government can rely with full confidence on the absence of interference by any foreign Power in New Guinea pending the declaration of the Queen's pleasure with respect to the prayer of the Australian Governments, I am to request that you will state to his Lordship that Lord Granville has reason to believe that no such action is intended on the part of any foreign Power. || I am, &c.

T. V. Lister.

Nr. 8432. **DEUTSCHLAND.** — Konsulatsverweser in Apia (Stübel) an den Reichskanzler. — Die deutschen Handlungs-Häuser befürchten die Annexion der Südsee-Inseln durch die australischen Kolonien. [10.]

(Auszug.) Apia, den 8. August 1883.

(Eingegangen in Berlin den 8. Oktober 1883.)

Nr. 8432. Deutschland. 8. Aug. 1883.

Euerer Durchlaucht beehre ich mich im Anschluss an meine früheren Berichte, betreffend die Verhältnisse in Neu-Britannien, beifolgend eine mir zugegangene Eingabe der hiesigen Hauptagentur der deutschen Handels- und Plantagen-Gesellschaft der Südsee-Inseln vom 6. d. M. ehrerbietigst zu überreichen. Darin werden die deutschen Interessen in der Südsee durch das neuerliche, auf Annexionen in der Südsee gerichtete Vorgehen der australischen Kolonien als auf das schwerste bedroht dargestellt, und es wird die Hoffnung ausgesprochen, dass es noch gelingen werde, der drohenden Gefahr vorzubeugen. || Wie weit die ausgesprochenen Befürchtungen für den Augenblick begründet sind, lässt sich von hier aus nicht beurtheilen. Das Kritische der augenblicklichen Lage aber ist, dass es nur im englischen Interesse liegt, dem australischen Chauvinismus einstweilen Halt zu gebieten und damit den Annexionen seitens anderer Mächte vorzubeugen. Inzwischen kann die englische Kulturarbeit ruhig ihren Fortgang nehmen; wo heute deutsche Interessen ausschliess-

Nr. 8432. Deutschland. 8. Aug 1883.

lich oder überwiegend sind, werden englische Interessen entstehen und das Uebergewicht zu erlangen suchen, und damit wird die endliche sichere Annexion des Ganzen an England vorbereitet, wo sich heute voraussichtlich nur die Annexion eines Theiles erreichen lassen würde. || Diese Gefahr ist nicht nur in Neu-Britannien und den angrenzenden Inselgruppen, sondern, wenn auch in geringerem Grade, selbst in Samoa vorhanden. Die angesehene Auckländer Firma Mc. Arthur & Co. hat hier bereits Handels- und Plantagen-Interessen. Vor kurzem hat sich in Neu-Seeland eine neue Gesellschaft gebildet, um ebenfalls Samoa durch Handel und Plantagenbau auszubeuten. Ein Agent der Gesellschaft hält sich hier seit Monaten auf. Auch die Verwerthung des seither ungenutzt gelegenen Landbesitzes der amerikanischen Landkompagnie soll in Aussicht genommen sein. Der amerikanische Konsul hat in diesen Tagen eine Besichtigung des Landes vorgenommen. Zeitungsnachrichten zufolge soll auch schon jetzt Neu-Seeland Anspruch auf Samoa erheben. || Man wird das beste Zutrauen zu der neuen Leitung der deutschen Handels- und Plantagen-Gesellschaft der Südsee-Inseln haben können und doch daran zweifeln müssen, ob die Leitung eines einzigen und selbst des grössten kaufmännischen Geschäftes und ob überhaupt die Leitung kaufmännischer Geschäfte allein im Stande sein wird, die Bedingungen für einen dauernden Bestand deutscher Interessen in der Südsee zu schaffen und zu erhalten.

Dr. Stuebel.

Apia, den 6. August 1883.

Wir erlaubten uns bereits vor einiger Zeit in unserm ganz ergebenen Schreiben vom 11. Mai d. J. Veranlassung zu nehmen, auf die folgenschwere Tragweite ganz gehorsamst hinzuweisen, welche der damals hier bekannt gewordenen provisorischen Annexion Neu-Guinea's durch die Kolonialregierung Queenslands mit Bezug auf unsere und die deutschen Interessen in der Südsee überhaupt zweifelsohne innewohnt. || Seither ersehen wir nun aus australischen Zeitungsnotizen, dass jenes zu annektirende Territorium alles zwischen dem 141 bis 155 Grad O. L. liegende Land, einschliesslich der vorliegenden Inseln (adjacent Islands), in sich begreifen soll, also auch Neu-Britannien, Neu-Irland u. s. w. || Dass diese Auffassung, bezw. Absicht, zunächst seitens Queenslands, in der Folge aber auch seitens der britischen Regierung thatsächlich vorliegt, kann nach den mit letzter Post weiter eingetroffenen, sowohl australischen als auch englischen Zeitungsnachrichten keinem Zweifel mehr unterliegen. || Wenn nun auch ferner die ersten sich widersprechenden Meldungen — vielleicht inspirirt von diplomatischen Rücksichten — besagten, dass England lediglich die Anlegung von Handelsstationen unter seinem Schutze an der Südküste Neu-Guinea's sanktioniren würde, so lassen doch die nunmehr vorliegenden neueren Nachrichten einen fast allgemeinen Umschwung der Stimmung,

auch der Ausschlag gebenden Kreise, zu Gunsten der Bestätigung der von Queensland bereits vollzogenen Annexion in vollem Umfange klar erkennen. || Dem Kaiserlichen Konsulat wird nach unseren früheren bezüglichen Darlegungen die sich steigernde Unruhe erklärlich sein, mit welcher wir diesen, sich zu einer nahen Krisis entwickelnden Vorgängen folgen, und dass wir es als unsere Pflicht betrachten, wiederholt die Aufmerksamkeit auf dieselben zu lenken, da sich an ihren Ausgang die Frage des Weiterbestehens der deutschen Interessen in der Südsee knüpft. || Wir fühlen uns hierzu um so mehr berechtigt, als unsere Gesellschaft (resp. deren Vorgänger) es war, welche mit schweren Opfern nicht nur an Geld, sondern auch Menschenleben in Neu-Britannien und Umgegend Handelsbeziehungen zuerst anknüpfte, dank denen jetzt der Handel des ganzen dortigen Rayons in deutschen Händen ruht, nämlich den unsern und Hernsheims, wie es unsern Anstrengungen auch zuerst gelungen, die dortige Bevölkerung zur Pflanzungsarbeit heranzuziehen und so ein neues Rekrutirungsfeld für den Plantagenbedarf zu erschliessen. || Ganz abgesehen aber von den bestehenden deutschen Handelsinteressen, befinden sich bekanntlich in Neu-Britannien auch zwei Häfen, Mioko und Makada, welche im December 1878 durch S. M. S. „Ariadne“ für das deutsche Reich erworben wurden, welcher Akt vom Reichstage bei Gelegenheit der Annahme des Samoa-Vertrages Bestätigung fand. || Gleichzeitig mit diesem Ereignisse nun lesen wir in allen Zeitungen von Unterhandlungen, welche zwischen England und Frankreich über die Neu-Hebriden im vollen Gange sind, denen zufolge — wenn ihnen ungestörter Verlauf bleibt — diese Inselgruppe sicher einer dieser Mächte zufallen wird, wahrscheinlich wohl der letzteren als Remuneration für die Annexion Neu-Guinea's durch England. || Auch in dieser Gruppe haben wir aber einestheils wichtigen Landbesitz, u. a. den schönsten Hafen derselben, Sandwich-Hafen auf Malicolo, und die Insel Lenure; anderntheils ist es für uns, wie schon neulich betont, von grösster Wichtigkeit, dass diese Gebiete uns nicht auch noch für die Arbeiter-Rekrutirung verschlossen werden. Gerade jetzt haben wir umfassende Vorbereitungen getroffen, um sowohl auf den Neu-Hebriden wie auf der Salomongruppe Arbeiterdepots zu errichten und so durch systematische Bearbeitung einer Deckung unseres Bedarfs etwas bessere Gewähr zu geben. || Ein Blick auf die Karte genügt, um zu zeigen, dass diejenige Macht, oder diejenigen Mächte, welche Neu-Guinea nebst Neu-Britannien sowie die Neuen Hebriden annektiren, gar nicht umhin können, auch die Salomon-Inseln zu nehmen und dass diese Absicht, als eine aus jenen vorhergehenden Schritten sich einfach ergebende Konsequenz auch faktisch existirt, geht klar aus den bezüglichen Aeusserungen der australischen Presse hervor. || Sowie aber alle diese Inseln und Gruppen annektirt werden, sind wir dadurch selbstredend vom Arbeitermarkt ausgeschlossen, und da wir in der ganzen Südsee auf andern Inseln keinen genügenden Ersatz finden können, so würde damit der Lebensnerv unsres Plantagenbaues abgeschnitten sein — es sei denn, dass auch Samoa von einer dieser Mächte in Besitz genommen würde, womit dann aller-

Nr. 8432. Deutschland. 8. Aug. 1883.

dings die deutschen Interessen in der Südsee als solche ein für allemal zu Grabe getragen wären. || Wir haben es uns daher angesichts dieser Sachlage nicht versagen können, das Kaiserliche Konsulat auf die Grösse der drohenden Gefahr nochmals ganz gehorsamst aufmerksam zu machen, und hoffen, dass es noch nicht zu spät ist, eine nachhaltige Sicherstellung der so lange behaupteten Position zu erreichen. || Wir verharren in vorzüglicher Hochachtung

Hauptagentur der Deutschen Handels- & Plantagen-Gesellschaft der Südsee-Inseln zu Hamburg.

Weber.

An

das Kaiserlich deutsche Konsulat für die Südsee-Inseln hierselbst.

Nr. 8433. DEUTSCHLAND. — Geschäftsträger in London (Plessen) an den engl. Min. des Ausw. — Beschwerden über die engl. Arbeiterschiffe, insbesondere den ‚Stanley'. [9.]

Deutsche Botschaft, den 4. September 1883.

Nr. 8433. Deutschland. 4. Sept. 1883.

Milord! — Euerer Excellenz beehre ich mich, erhaltenem Auftrage gemäss, von Nachstehendem vertrauliche Mittheilung zu machen. || Nach Berichten, welche der Kaiserlich deutschen Regierung von dem Kaiserlichen Konsul E. Hernsheim in Jaluit auf den Marshall-Inseln zugegangen sind, wird der Insel-Archipel von Neu-Britannien und Neu-Irland in jüngster Zeit häufig von Schiffen unter englischer Flagge besucht, die in Queensland oder Fidji zu dem Zwecke ausgerüstet sind, um für die dortigen Plantagen Arbeiter unter den Südsee-Insulanern zu rekrutiren. Obgleich diese Schiffe regelmässig von Regierungsbeamten begleitet sind, deren Aufgabe es ist, die Ausführung der kolonialen Vorschriften über die Anwerbung und den Transport der polynesischen Arbeiter zu überwachen, so hat es doch nach den der Kaiserlichen Regierung vorliegenden Mittheilungen an Fällen nicht gefehlt, wo die als freie Arbeiter bezeichneten Eingeborenen wider ihren Willen an Bord gebracht und gewaltsam dort festgehalten wurden. Bei den sozialen Verhältnissen, wie sie, abweichend von den Zuständen auf anderen Inselgruppen der Südsee, in Neu-Britannien und Neu-Irland herrschen, liegt die Versuchung für die Arbeiterschiffe nahe, die zum Schutz der anzuwerbenden Insulaner gegebenen Gesetze nicht allzu skrupulös zu beobachten. || Die Zahl der Eingeborenen, die sich aus freien Stücken oder aus eigenem Antriebe für den Plantagendienst verdingen, ist unter den kriegerischen Stämmen jener entlegenen Eilande eine verhältnissmässig geringe. Es verstehen sich dazu meistens nur solche Leute, die keine Familienverbindungen besitzen und zu arm zur Heirath sind, oder die wegen irgend eines Vergehens von ihrem Stamme flüchten müssen. Dieselben lassen sich durch Versprechungen der Häuptlinge, welche das Handgeld für sie in Empfang nehmen, bewegen, für einige Jahre als Arbeiter in die Fremde zu ziehen, um dann bei ihrer Rückkehr Frauen zu erhalten oder von einflussreichen Land-

besitzern adoptirt zu werden. Die nicht in diese Kategorie gehörigen Insulaner, die sich an Bord der Arbeiterschiffe befinden, sind in der Regel einfach von den Häuptlingen verkauft. Denn unter den dortigen Eingeborenen ist die Sklaverei eine althergebrachte Institution. Um sich Waffen zu verschaffen, verkaufen die Häuptlinge insbesondere die einem fremden Stamme abgenommenen Kriegsgefangenen, nicht selten aber auch ihre eigenen Unterthanen. Natürlich bleiben die unter solchen Umständen auf die Arbeiterschiffe gebrachten Eingeborenen nicht freiwillig an Bord, sondern müssen streng bewacht werden. Bei den sehr häufigen Fluchtversuchen macht die Schiffsmannschaft von ihren Schiesswaffen Gebrauch, und wenn die Verfolgung am Ufer fortgesetzt wird, pflegen oft blutige Konflikte zu entstehen. || Als Beispiele hierfür dürfen die nachstehenden, der Kaiserlichen Regierung amtlich mitgetheilten Vorfälle dienen. Von dem englischen Dreimastschooner „Hopeful“, welcher im Mai d. J. zum Zwecke der Rekrutirung von Arbeitern Neu-Britannien und Neu-Irland besuchte, entwichen von 104 Mann 13, indem sie sich bei Nacht trotz weiter Entfernung vom Lande ins Meer stürzten. Sechs derselben wurden durch die Schiffsbemannung wieder eingebracht, 3 in Folge von Drohungen durch ihre Häuptlinge zurückgeliefert, die übrigen 4 sollen ertrunken sein. || Das von Port Maclay in Queensland kommende Arbeiterschiff „Fanny“ hatte in dem Dorfe Nadup, ungefähr 4 Meilen von Matupi (Neu-Britannien), einige Häuptlinge als Dolmetscher und Rekrutirungsagenten engagirt und war mit denselben im Mai d. J. nach der an der Nordküste von Neu-Britannien gelegenen Insel Man gegangen. Da sich die dortigen Eingeborenen weigerten, an Bord der „Fanny“ zu gehen, kam es zwischen ihnen und der Schiffsmannschaft zu Thätlichkeiten, bei welchen einer der Nadup-Häuptlinge erschlagen wurde. Der Kapitän der „Fanny“ fuhr darauf nach Nadup zurück, um Mittheilung von dem Vorgefallenen zu machen und für den in seinen Diensten umgekommenen Häuptling eine Entschädigung in Waaren zu zahlen. Die Einwohner des Dorfes wurden jedoch durch die Kunde hiervon so erbittert, dass sie zu den Waffen griffen und über den Kapitän und dessen Leute herfielen, welche, von ihren Revolvern Gebrauch machend, sich nur mit Mühe retten konnten. Der Kapitän sowohl, wie der die „Fanny“ begleitende Agent der Queensländer Regierung wurden in diesem Gefechte ernstlich verwundet. Ausserdem kehrte sich die Wuth der Eingeborenen gegen einen, seit längerer Zeit in Nadup ansässigen französischen Missionar Namens Lanuzel, der, obgleich an dem fraglichen Vorfall ganz unbetheiligt, flüchten musste und seine ganze Habe, einschliesslich der Ausstattung für eine römisch-katholische Kirche, einbüsste. Auch der in der Nähe des genannten Dorfes stationirte Agent der deutschen Handels- und Plantagengesellschaft hat sein Haus in Stich lassen müssen, aus Furcht, von den Insulanern, welche sich für die erlittene Unbill an allen Weissen rächen wollten, angefallen zu werden. Endlich wird noch ein dritter Fall gemeldet, in welchem sich die Gewaltthätigkeiten der Arbeiterschiffe freilich nicht gegen die eingeborene Bevölkerung, sondern gegen das

Nr. 8433. Deutschland. 4. Sept. 1883.

Eigenthum einer deutschen Firma richteten. || Etwa Mitte April d. J. kam auf den Laughlan-Inseln, einer durch die Friedfertigkeit ihrer Bewohner bekannten Gruppe, auf welcher das Hamburger Haus Hernsheim & Co. schon seit drei Jahren einen Handelsagenten unterhält, der Queensländer Schooner „Stanley“, Kapitän Davis, an, um auch dort womöglich Arbeiter für die Zuckerplantagen in Queensland anzuwerben. Der Agent Namens Tetzlaff rieth dem eingeborenen Häuptlinge ab, auf diese Werbungen einzugehen, worüber es zwischen ersterem und dem Kapitän Davis zu Streitigkeiten kam, die damit endeten, dass die dortige, der Firma Hernsheim gehörige Station mit Kopra-Vorräthen im Betrage von ca. 20 Tons auf Befehl des Kapitäns in Brand gesteckt wurde. Die genannte Firma hat in Folge dessen Entschädigungsansprüche auf gerichtlichem Wege geltend gemacht, während gleichzeitig zum Zwecke der strafrechtlichen Verfolgung der Schuldigen die Kolonial-Regierung in Queensland von dem Vorfall in Kenntniss gesetzt ist. || Den Südsee-Insulanern stehen derartige gesetzliche Mittel, sich Genugthuung für widerrechtliche Handlungen seitens der Arbeiterschiffe unter englischer Flagge zu verschaffen, nicht zu Gebote, sie greifen daher zur Selbstwehr und üben Vergeltung an allen Fremden, welche der Zufall mit ihnen in Berührung bringt. Hiervon werden zunächst die deutschen Niederlassungen in Neu-Britannien und Neu-Irland betroffen, welche, nachdem die letzten australisch-englischen Handelsstationen im Vorjahre von der deutschen Handels- und Plantagen-Gesellschaft auf Samoa übernommen sind, gegenwärtig allein das dortige Geschäft in Händen haben. Die bisherigen guten Beziehungen zwischen den deutschen Kaufleuten und Eingeborenen jener Gegenden sind durch die von englischer Seite bei Anwerbung von Arbeitern vorgekommenen Missbräuche und Ausschreitungen gestört, und es werden, wenn diesem Treiben nicht rechtzeitig Einhalt geschieht, ernste Gefahren für Leben und Eigenthum der dort ansässigen Deutschen befürchtet. || Indem ich von Vorstehendem im Auftrage meiner Allerhöchsten Regierung Kenntniss zu geben die Ehre habe, darf ich Euere Excellenz ganz ergebenst bitten, mir, wenn thunlich, eine geneigte Aeusserung darüber zukommen lassen zu wollen, ob die Königlich grossbritannische Regierung bereits Nachrichten über das in Neu-Britannien und Neu-Irland befolgte System der Anwerbung von Arbeitern für die Kolonien Queensland und Fidji erhalten hat, und ob Maassregeln eingeleitet sind, um die dort angeblich vorgekommenen Unregelmässigkeiten zu untersuchen und einer Wiederholung derselben vorzubeugen. Die Kaiserliche Regierung ihrerseits beabsichtigt, obgleich derselben bisher ähnliche Vorgänge auf deutschen Arbeiterschiffen nicht gemeldet worden sind, die letzteren bei etwaigen Besuchen auf den genannten Inselgruppen einer scharfen Kontrole zu unterwerfen und zu diesem Zweck während der sogenannten Arbeitersaison vom Mai bis Ende September ein Schiff der Kaiserlichen Marine dauernd in jenen Gewässern zu stationiren. Diesem Schiff wird auch die Aufgabe zufallen, die legitimen deutschen Handelsinteressen in Neu-Britannien und Neu-Irland, welche in letzter Zeit an Wichtigkeit zugenommen haben, kräftig zu schützen

und Gewaltmaassregeln gegen deutsches Leben und Eigenthum mit Gewalt zurückzuweisen. Die Kaiserliche Regierung rechnet bei ihren Bemühungen, friedliche und geordnete Zustände in den dortigen Gegenden zu erhalten, auf die bereitwillige Unterstützung der Königlich grossbritannischen Regierung, welcher nicht weniger als der Kaiserlich deutschen daran liegen dürfte, dass nicht die Grenze, welche den gesetzlich gestatteten polynesischen Arbeiterhandel vom Sklavenhandel trennt, überschritten und dadurch in die ohnehin schwierigen Verhältnisse der Südsee ein neues gefahrdrohendes Element geworfen werde. || Schliesslich erlaube ich mir, Euerer Excellenz zur geneigten Kenntnissnahme Auszug aus einem Bericht des Kommandanten S. M. S. „Carola“ über die von ihm in Neu-Britannien gemachten Erfahrungen unter Rückerbittung hierneben ganz ergebenst mitzutheilen. Dieser Bericht bestätigt, dass in Folge des Treibens der Arbeiterschiffe das Leben der auf den in Rede stehenden Inselgruppen ansässigen Weissen ernstlichen Gefahren ausgesetzt ist, und enthält ausserdem statistische Angaben über den Umfang der dort vorhandenen deutschen Handelsinteressen. || Mit der ausgezeichnetsten Hochachtung habe ich die Ehre zu sein etc.

Plessen.

Anlage.

Batavia, den 6. Juli 1883.

etc. Nach dem, was ich selbst während meines zweimaligen Aufenthalts in Neu-Britannien erfahren, sowie was mir Kapitänlieutenant Geiseler über seine Wahrnehmungen berichtet hat, scheinen mir die Verhältnisse daselbst zur Zeit folgendermaassen zu liegen. || Die Handels- und Plantagengesellschaft, mit dem Hauptsitz in Mioko, hat auf dem östlichen Theil von Neu-Britannien und an der Westküste von Neu-Irland etwa 18 kleine Handelsstationen, von denen zur Zeit circa 10—12 besetzt sind, die Firma Hernsheim & Co. mit dem Hauptsitz in Matupi hat 2 oder 3 Stationen auf Neu-Britannien, 2 auf der Nordseite von Neu-Irland, je eine auf den Laughlan-, Anchoreten- und Hermit-Inseln, von denen die letzteren beiden zur Zeit nicht besetzt sind, aber besetzt werden sollen, sobald sich wieder geeignetes Personal findet etc. || Ein Grund für eine stete Lebensgefahr der auf den Inseln lebenden weissen Ansiedler liegt darin, dass, wie schon vorher erwähnt, die Eingeborenen den Unterschied der Nationalitäten nicht kennen und nach ihren Sitten ein ihnen geschehenes Unrecht an dem Nächsten, dessen sie habhaft werden können, zu rächen versuchen. Die Hauptgefahr wird nach Angabe aller Personen, welche ich gesprochen, in dieser Beziehung durch das Verfahren der Arbeiterschiffe hervorgerufen; selbstverständlich sind die Ansiedler nicht gut auf dieselben zu sprechen und mögen manches übertreiben, wenn aber auch nur ein Theil von dem wahr ist, was mir vom Konsul, der auch darüber berichtet hat, und von andern erzählt ist, so ist die Arbeiteranwerbung nichts anders als Sklaven-

Nr. 8433. Deutschland. 4. Sept. 1883.

handel. Danach kaufen die Kapitäne die Leute nicht nur von den Häuptlingen für Feuerwaffen und zwar Hinterlader mit Munition, sondern sie locken die Leute, welche in ihren Kanoes zum Tauschhandel längsseit kommen, an Bord und halten sie dann zurück, oder sie rauben auch einfach die Besatzung eines Kanoes, welches auf See angetroffen wird. || Wenn der Arbeiteragent seiner Instruktion genau nachkommt, wonach nur solche Arbeiter angeworben werden dürfen, welche freiwillig kommen und welchen die Natur des einzugehenden Kontraktes begreiflich gemacht ist, so würden die meisten Schiffe gar keine Arbeiter erhalten; sie drücken also in den meisten Fällen ein Auge zu und lassen sich an der Versicherung des Kapitäns, dass dies geschehen, genügen; es ist aber ganz unmöglich, dass ein Kapitän sich mit den Eingeborenen, deren Sprache er nicht kennt, trotz der manchmal mitgenommenen Dolmetscher verständigt, da die Sprache fast in jedem der vielen kleinen Distrikte eine verschiedene ist, welche von den Einwohnern der andern garnicht verstanden wird; die Dolmetscher dienen in den meisten Fällen wohl nur als Lockvögel, um die Eingeborenen an Bord zu locken. Dass es dabei manchmal zu kleinen Gefechten kommt, ist natürlich, und ist es mir aufgefallen, dass überall da, wo Arbeiterschiffe hinkommen, die Eingeborenen viel scheuer sind, als anderswo; in Buka z. B., wo die Leute in grosser Zahl sofort längsseit kamen, flohen sie sämmtlich sofort, als von dem Schiff ein Boot zu Wasser geführt wurde; bezeichnend dürfte auch sein, dass z. B. auf den Kapitän der „Fanny“ in Nadup mit denselben Snider-Gewehren und Munition gefeuert wurde, welche er den Leuten einige Tage vorher verkauft hatte. || Die Weissen sind jetzt gerade in besonderer Besorgniss, da in diesem Jahre, nachdem der Handel in den Neu-Hebriden etc. nicht mehr genügende Arbeiter liefert, eine grosse Zahl Arbeiterschiffe, über 20, von Queensland, nach den Küsten von Neu-Britannien etc. gekommen ist. Bei dem grossen Bedarf an Arbeitern für Queensland und der dadurch bedeutenden Ausbeutung dieser Inseln wird die Zufuhr sehr bald in's Stocken gerathen, und werden dadurch die deutschen Interessen auch direkt geschädigt, da jetzt Neu-Britannien und -Irland die einzige Gegend ist, von wo die Handels- und Plantagengesellschaft in Samoa noch eine nennenswerthe Zahl von Arbeitern beziehen kann.

Der Kommandant Karcher,
Korvetten-Kapitän.

An den Chef der Kaiserlichen Admiralität. Berlin.

Nr. 8434. DEUTSCHLAND. — Unterstaatssekretär des Ausw. an den deutschen Botschafter in London. — Information über die Stanley-Angelegenheit und über die Annexions-Propaganda in den australischen Kolonien. [11.]

Berlin, den 5. Januar 1884.

Nr. 8434. Deutschland. 5. Jan. 1884.

Euerer Excellenz beehre ich mich, in Verfolg meiner Erlasse vom 28. und 29. August v. J.*), betreffend den Arbeiterhandel in Neu-Britannien und Neu-Irland, über deren Erledigung ich einem gefälligen Berichte noch entgegensehe, anbei in Abschrift einen Bericht des Konsuls Hernsheim, d. d. Matupi, den 26. August v. J., zu übersenden. || Euere Excellenz wollen daraus gefälligst ersehen, dass der Anfangs August in Matupi eingetroffene englische Deputy High Commissioner, Mr. Romilly, von den seitens des geschädigten Hauses Hernsheim bei der Regierung von Queensland gethanen Schritten ohne eine Einwirkung in London, keinen Erfolg erwartet. || Ich bitte Euere Excellenz, bei Besprechung der Angelegenheit im Sinne der erwähnten Erlasse gefälligst einfliessen zu lassen, dass wir auch unsererseits einen Berufs-Beamten mit der Wahrnehmung der deutschen Interessen im Archipel von Neu-Britannien betrauen werden und der Verweser des Kaiserlichen General-Konsulats für die Südsee-Inseln in Apia, Legationsrath Dr. Stübel, mit Entsendung eines Kommissars nach Matupi beauftragt worden ist. || Wir hofften, dass es den vereinten Bemühungen der deutschen und englischen Beamten gelingen werde, dort wie in anderen Theilen der Südsee das Gefühl der Rechtssicherheit zu befestigen und vor Allem Reibungen zwischen beiderseitigen Unterthanen zu verhüten. || Zu Euerer Excellenz eventueller Verwerthung des Inhalts füge ich noch in Abschrift einen Bericht des Dr. Stübel d. d. Apia, den 30. September v. J., nebst Anlage bei, woraus sich ergiebt, wie zur Förderung der australischen Annexionsgelüste hinsichtlich der unabhängigen Inselgebiete der Südsee einerseits die vorhandenen deutschen Handelsinteressen geflissentlich verleugnet und andererseits nicht bestehende deutsche Annexionsbestrebungen behauptet werden.

Busch.

Anlage 1. Matupi Neu-Britannien, den 26. August 1883.
(Eingegangen in Berlin, den 22. November 1883.)

Im Anschlusse an meinen unterthänigsten früheren Bericht erlaube ich mir Euerer Durchlaucht noch weitere, auf den „Stanley"-Vorfall bezügliche Schriftstücke**) gehorsamst zu überreichen. || Dieselben wurden von dem hier seit

---

*) Nicht abgedruckt; durch dieselben wurde der Kaiserliche Geschäftsträger in London beauftragt, den Inhalt der Note vom 4. September 1883 (No. 8433.) der Königl. grossbritannischen Regierung mitzutheilen. Anm. d. Weissbuchs.

**) Nicht abgedruckt. Anm. d. Weissbuchs.

Nr. 8434. Deutschland. 5. Jan. 1884.

einigen Wochen anwesenden Deputy High Commissioner A. Romilly aufgenommen und dem Immigration office in Brisbane eingesandt. || Der meiner Firma nach den beeidigten Aussagen des Agenten Tetzlaff durch Zerstörung der angesammelten Produkte zugefügte Schaden ist demnach von mir viel zu niedrig taxirt; er übersteigt, gering geschätzt, die Summe von Tausend Pfund Sterling. || Ohne höhere Intervention wird aber auch nach der Meinung des Herrn Romilly an Erlangung einer Kompensation vor Queensland-Gerichten kaum zu denken sein. || Arbeiterschiffe von Queensland und Fidji kommen noch fortwährend hier an, und die Anwesenheit eines englischen Kommissars allein, ohne Exekutive, kann kaum, oder doch wenigstens für geraume Zeit noch nicht, eine Besserung in den geschilderten Zuständen herbeiführen.

(gez.) E. Hernsheim.

Seiner Durchlaucht dem Fürsten von Bismarck.
Berlin.

Anlage 2.

Apia, den 30. September 1883.
(Eingegangen in Berlin, den 18. December 1883.)

(Auszug.)

Euerer Durchlaucht beehre ich mich beifolgend einen Zeitungsausschnitt aus dem „Sydney Daily Telegraph“ enthaltend eine Korrespondenz aus Neu-Britannien vom 2. Juli d. J. ganz gehorsamst zu überreichen. Die Korrespondenz bietet ein lehrreiches Beispiel dafür, auf welche Weise und mit welchen Mitteln für die Annexion der ganzen Südsee an England, bezw. die australischen Kolonien, Propaganda gemacht wird. Besonders beachtenswerth dürfte dabei sein, dass der Korrespondent aller Wahrscheinlichkeit nach ein englischer Missionar ist. || Dieser Korrespondent muss wissen, dass es, abgesehen von den dort hinkommenden englischen Arbeiterschiffen und einer eben entstehenden Plantage des seitherigen Agenten der deutschen Gesellschaft Mr. Farrel, keine anderen als deutsche Interessen daselbst giebt. Trotzdem wird diesen deutschen Interessen jede Bedeutung, ja das Dasein überhaupt abgesprochen. Der Korrespondent muss wissen, dass der Besuch der Kaiserlichen Kriegsschiffe „Carola“ und „Hyäne“ in Neu-Britannien mit Annexion absolut nichts zu thun hatte, und doch wird daraus in tendenziöser Weise Kapital geschlagen. || Was die Klagen über den Verkauf von Feuerwaffen und Munition bezw. den Vertrieb davon bei der Arbeiteranwerbung anbelangt, so handelt es sich dabei um einen nicht bestrittenen Uebelstand. Es ist nur zweifelhaft, ob die Abstellung desselben nicht überhaupt der ganzen Arbeiteranwerbung ein Ende bereiten würde. Jedenfalls kann den Deutschen der Vertrieb von Waffen nicht untersagt werden, so lange nicht ein gleiches Verbot englischerseits nicht nur erlassen, sondern auch streng durchgeführt wird. Im Uebrigen dürfte auch die Behandlung dieser Frage von dem Vorwurfe allzugrosser Gefühlsseligkeit nicht freizusprechen sein. Dazu wird sie englischerseits als politische Waffe zu eigennützigen Zwecken

angewendet. Besonders wir werden Ursache haben, in dieser Beziehung misstrauisch zu sein. Auch in der vorliegenden Korrespondenz ist die Frage tendenziös aufgebauscht etc.

Dr. Stübel.

Seiner Durchlaucht dem Fürsten Bismarck.
Berlin.

Anlage 3.

Angelegenheiten der Südsee-Inseln, Neu-Brittannien, 2. Juli.

(Auszugsweise Uebersetzung eines Artikels des „Sydney Daily Telegraph".)

Die Uebelstände des Arbeiterhandels.

Seit meinem letzten Schreiben vom Februar nehmen die Arbeiterfrage und die beabsichtigte Annexion von Neu-Britannien und Neu-Irland durch die Deutschen, bezüglich deren ich Ihnen ein kurzes Telegramm sandte, das Hauptinteresse in Anspruch. Der erste Punkt von Bedeutung, an welchem die Australier mehr oder weniger und die Engländer im Allgemeinen interessirt sind, ist der Arbeiterhandel. Das gegenwärtig bestehende Arbeitergesetz erfüllt weder den Zweck, für den es gegeben ist, noch sorgt es für das Interesse der einen oder der anderen Rasse. Wenn in der gegenwärtig üblichen Art, Arbeiter zu beschaffen, innerhalb kurzer Zeit keine Besserung geschaffen wird, so muss der Arbeiterbezug aufhören. In Neu-Irland und Neu-Britannien ist eine dichte Bevölkerung, für deren eigenen Gebrauch kaum Nahrung genug hervorgebracht wird. Die Eingeborenen bewohnen ein herrliches Land, welches in weiter Ausdehnung für Ackerbau geeignet ist; aber sie wollen auf ihren eigenen Inseln nicht arbeiten. Wenn diese Leute unter angemessener Aufsicht angeworben würden, so würden sie eine ergiebige Quelle von werthvollen Arbeitskräften für die Pflanzer in den Kolonien sowohl, als auch für diejenigen bilden, welche auf den Inseln wohnen. Das gegenwärtige Arbeiter-Anwerbungssystem ist das schlechteste, welches man einführen konnte. In diesem Jahre allein hatten wir zwölf Arbeiterschiffe hier, nämlich fünf von Queensland, vier von Fidji und drei von Samoa. Von diesen Schiffen mag jedes hundert Arbeiter im Durchschnitt anwerben. Das Hauptzahlungsmittel für die Anwerbung dieser Leute sind Feuerwaffen und Munition. Meiner Schätzung sind für die obengedachten Schiffe 1200 gewöhnliche Musketen und, wie ich annehmen möchte, 150 Snider- und andere Gewehre feinerer Art nebst entsprechender Munition zu rechnen. Wie ich höre, wird der grössere Theil hiervon von Queensland und Fidji aus geliefert. Um die Frage, ob die Arbeiter regelmässig angeworben seien, ganz bei Seite zu lassen, was würden der High Commissioner und das englische Volk den obigen Thatsachen gegenüber zu sagen haben? Möchten sie sich bewusst werden, was sie thun! Das Gesetz wollte niemals die Arbeiter-Anwerbung mit den oben genannten Artikeln, welche Verheerung unter die Eingeborenen bringen, erlauben. Jeder Stamm, in Neu-Britannien

Nr. 8434. Deutschland. 5. Jan. 1884.

insbesondere, raubt Eingeborene von den Nachbarstämmen und verkauft sie an die Arbeiterschiffe für Feuerwaffen. Die Eingeborenen benutzen dieselben, um alsbald auf einander zu schiessen, und höchstwahrscheinlich wird das Ende sein, dass sie die weissen Ansiedler ermorden. Das ist ein schlimmer Stand der Dinge, und je eher die Behörden demselben Einhalt thun, desto besser wird es für beide Rassen sein. Die Mehrzahl der Schiffe geben für jeden Arbeiter eine Muskete, Zündhütchen, Pulver und allerlei verschiedene Handelsartikel; in manchen Fällen geben sie dem Häuptling ausserdem für je vier oder fünf Angeworbene ein Snidergewehr als Prämie.

Meines Erachtens ist die gegenwärtige Art der Arbeiter-Anwerbung in der Südsee mit den mannichfachen Uebelständen, welche sie begleiten, wenig besser als Menschenraub (kidnapping).

Die Nothwendigkeit der Annexion.

Es ist mir nicht recht klar, wo unter den obwaltenden Umständen die Grenze zu ziehen ist, um die Angelegenheit in eine angemessene Lage zu bringen. Aber da die hauptsächlich in Betracht kommenden Interessen britische sind, so bin ich der Meinung, dass wenigstens alle Inseln, welche zwischen Fidji und Neu-Guinea liegen, von Grossbritannien annektirt werden sollten.

Ehe dies geschehen ist, wird es für Weisse und Schwarze kein Glück und kein Gedeihen geben. Wenn Grossbritannien nicht annektiren will, so müssen die Kolonien es thun. Die oben erwähnten Inseln werden binnen kurzer Zeit eine eben so ergiebige Quelle des Reichthums für Australien sein, als das letztere es gegenwärtig für Grossbritannien ist.

Seit November letzten Jahres ist kein britisches Kriegsschiff hier gewesen. Sie dürfen sich daher nicht wundern, wenn die britischen Unterthanen die Rechtspflege selbst in die Hand nehmen müssen. Geduld ist eine Tugend, die wir nicht alle besitzen; je eher ein deputy commissioner hier stationirt wird, desto besser wird es für Schwarze und Weisse sein etc.

Gerüchte von deutschen Annexionsabsichten.

Was den Besuch der „Carola“ vom 7. Juni betrifft, so waren wir über ihre Rückkehr nicht wenig erstaunt, da wir glaubten, dass sie seit Monaten nach Europa zurückgegangen sei. Indessen sagte der Kommandant, sie müssten Kohlen nehmen und seien nach Batavia bestimmt. Nachdem sie die im Ganzen verlangten 50 Tonnen Kohlen erhalten hatten, hiess es, sie seien beauftragt, die Hermit-Inseln zu besuchen, um zu sehen, ob sich dort Eingeborene vorfänden; aber bevor die „Carola“ Neu-Britannien verliess, wurde bekannt, dass der wirkliche Zweck ihres Besuches der war, mit dem stellvertretenden deutschen Generalkonsul über die Annexion von Neu-Irland und Neu-Britannien Rath zu halten. Kapitän Deutsch, der Kaiserlich deutsche Generalkonsul in

Samoa, war an Bord. Hierdurch wird einigermaassen ihr schnelles Vorgehen behufs Bestrafung der Eingeborenen im Januar d. J. sowie der grosse Eifer erklärt, welchen sie bei Ausübung der Aufsicht in diesen Gewässern entfalteten. Die Offiziere machten gegen Ende ihres hiesigen Besuches aus ihrer Mission kein Geheimniss; sie äusserten, es sei ihnen nicht ersichtlich, warum Deutschland diesen Theil des stillen Oceans nicht annektiren solle; eine Annexion Neu-Guinea's durch Queensland schien ihnen zu missfallen. Ich vermag nicht einzusehen, welches Ziel die Deutschen bei dem Wunsch, die oben genannten Inseln zu annektiren, im Auge haben, es möchte denn sein, dass sie Grossbritannien in der Zukunft Opposition zu machen beabsichtigen. Es ist indessen nicht wahrscheinlich, dass die deutsche Regierung die Inseln übernehmen wird, wie sie solches auch nach der Annexion von Samoa, wo mehr oder weniger deutsche Interessen vorhanden sind, nicht gethan hat. In der That haben die Deutschen kein wirkliches Interesse in der Südsee, namentlich nicht in diesem Theile derselben.

Nr. 8434. Deutschland. 5. Jan. 1884.

Die Stimmung bezüglich der Annexion.

Wir, die Neu-Briten, haben nichts dawider, sondern wir wünschen, dass Alt-Britannien oder Alt-Irland Neu-Britannien und Neu-Irland annektire, aber wir protestiren auf das energischste dagegen, dass dies von irgend einer anderen Macht geschehe. Wir wollen hier keine Verbrecherniederlassungen haben. Neunzehn von zwanzig Schiffen im stillen Ozean sind englische. Der grössere Theil der Waaren, welche auf den Inseln gebraucht werden, ist in England produzirt oder fabrizirt, während beinahe die ganze hiesige Produktion nach England geht. Sämmtliche Vorräthe kommen aus den Kolonien. Ich sehe nicht, dass es im südlichen stillen Ozean ausser den englischen irgendwelche thatsächlichen oder berechtigten Interessen giebt. Angesichts der vorhandenen Interessen und Angesichts insbesondere des Arbeiterhandels, vermag ich nicht einzusehen, wie die Verhältnisse auf freundschaftlichem Wege zum Wohl beider Rassen anders geordnet werden können, als durch eine Annexion sämmtlicher Inseln seitens Grossbritanniens.

Nr. 8435. **DEUTSCHLAND.** — Eingabe der Firmen Robertson & Hernsheim und der deutschen Handels- und Plantagen-Gesellschaft zu Hamburg. — Folgen einer engl. Annexion der Südsee-Inseln für die deutschen Interessen.

Hamburg, den 29. Januar 1884.

Euerer Durchlaucht erlauben sich die Endesunterzeichneten darzustellen, in welch' schwerer Weise ihre Interessen auf Inseln der Südsee leiden würden, wenn die von der intercolonial convention in Sydney gefassten Resolutionen in Bezug auf Annexion in Kraft treten sollten. || In diesen Resolutionen, die im

Nr. 8435. Deutschland. 29. Jan. 1884.

Nr. 8435.
Deutschland.
29. Jan. 1884.

Sydney Herald publicirt wurden und zweifelsohne dem Auswärtigen Amt vorliegen, wird die Annexion sämmtlicher zwischen 141° und 170° östlicher Länge und vom Aequator bis 20° südlicher Breite gelegenen Inseln verlangt. || Es würden somit ausser anderen Inseln, auf denen die Unterzeichneten zur Zeit noch keine Niederlassungen haben, die Anchoreten-, Hermit-, Admiralitäts-, Laughlan-Inseln, vor allem aber der Neu-Irland- und Neu-Britannien-Archipel und sogar das 1500 Meilen von Australien gelegene Nawoda oder Pleasant Island in Betracht kommen. || Während nun auf genannten Inseln weder englische noch australische Handlungshäuser in irgend welcher Weise thätig sind, haben die Unterzeichneten daselbst seit 1875 Tauschhandel betrieben, Niederlassungen gegründet und da und dort, wo besonders günstige Verhältnisse Veranlassung dazu gaben, und man sich mit den Eingeborenen genügend verständigen konnte, kleinere oder grössere Strecken Landes erworben. Alle hierauf bezüglichen Kaufakte wurden früher in dem Kaiserlich deutschen Konsulate in Hongkong, und seit Errichtung des Konsulats in Jaluit in letzterem, und zwar bei der ersten Gelegenheit nach erfolgtem Ankaufe eingetragen.

Bis Ende 1882 umfassten die Ankäufe: 4 Plätze der Hermit-Inseln, 1 Platz der Anchoreten-Inseln, 1 Platz der Laughlan-Inseln, 2 Plätze auf Duke of York, 2 Plätze auf Matupi, 7 Plätze auf Neu-Britannien, 9 Plätze auf Neu-Irland, und ist dieser Besitz seither noch niemals von den Eingeborenen bezweifelt oder streitig gemacht worden. || Hatten nun schon nach der Annexion Fidji's die deutschen Grundbesitzer der englischen Regierung gegenüber einen äusserst schwierigen Standpunkt, und wurde die Rechtsgültigkeit ihrer Kaufakte in vielen Fällen in einer Weise angefochten, dass ein die Regierung befriedigender Beweis schlechterdings nicht zu bringen war, so würde die Lage deutscher Grundbesitzer jetzt eine noch weit ungünstigere sein, denn auf Antrag des Sir G. William des Voeux hat die intercolonial convention noch nachträglich eine Resolution angenommen, wonach jeder, vor englischer Annexion gemachte Landankauf null und nichtig sein soll. || Englische Unterthanen werden von dieser Maassregel nicht betroffen; denn, wie bereits erwähnt, haben dieselben auf den angeführten Inseln keinerlei Interessen, und mag es somit die Absicht gewesen sein, der voraussichtlich in Folge der Annexionsabsichten erwachenden wilden Landspekulation eine Schranke zu setzen. || Deutsche Handlungshäuser aber, die allein seit langen Jahren und mit grossen pekuniären Opfern diese Inseln erschlossen haben, würden nicht nur durch eine englische Annexion und Maassregel, wie die beabsichtigte, schwer geschädigt, sondern sie werden auch jetzt schon dadurch wesentlich beeinträchtigt, dass solche Beschlüsse gefasst worden sind. || Denn so lange auch nur die Möglichkeit vorliegt, dass die englische Regierung, sollte sie annektiren, die Rechtsgültigkeit aller Titel für Grundbesitz verwirft, muss nothwendig jede weitere Entwickelung deutscher Unternehmungen aufhören. || Es erlauben sich daher die Unterzeichneten, ganz gehorsamst zu beantragen, Euere Durchlaucht mögen die geeigneten Maassregeln ergreifen, um bereits erworbenen oder noch künftig

zu erwerbenden deutschen Grundbesitz auf den Inseln der Südsee sicherzustellen. Robertson & Hernsheim.

Nr. 8435. Deutschland. 29. Jan. 1884.

Hamburg, den 30. Januar 1884.

Unter den Resolutionen, welche die interkoloniale Konferenz in Sydney gefasst hat, befindet sich auch eine solche, welche in ihrer letzten Sitzung vom Sonnabend, den 8. Dezember v. J., angenommen wurde, und die nach dem Sydney Herald vom 10. Dezember wie folgt lautet: || "That in the opinion of this convention no purchases or pretended purchases of land made before the establishment of British jurisdiction or dominion in New Guinea or other islands of the Pacific not having a recognized Government, should be acknowledged excepting in respect of small areas of land actually occupied for missionary or trading purposes; (dass nach Ansicht der Konferenz kein Kauf von Ländereien, welcher vor Herstellung britischer Rechtssprechung oder britischer Oberhoheit in Neu-Guinea oder auf anderen Inseln des stillen Oceans, die keine anerkannte Regierung haben, wirklich oder angeblich erfolgt ist, anerkannt werden sollte. Eine Ausnahme hiervon sollte nur gemacht werden bezüglich kleiner Landstrecken, welche für Missions- oder Handelszwecke thatsächlich in Besitz genommen sind) u. s. w."

Das Faktum, dass diese Resolution auf Antrag des Herrn Gouverneurs von Fidji gefasst und das darin enthaltene Prinzip von einem einflussreichen Beamten der Hohen englischen Regierung aufgestellt ist, beeinträchtigt in ersichtbarer und erheblicher Weise nicht nur den Verkaufswerth des mehrere Tausend Acres umfassenden Besitzes unserer Gesellschaft auf den Duke of York-, Mioko- und Salomon- — beziehungsweise eventuell Karolinen- und Marshall-Inseln, sondern ist auch durch die dadurch kreirte allgemeine Rechtsunsicherheit geignet, uns bei weiteren Erwerbungen von Ländereien, welche im Interesse des Bestehenden nothwendig oder sonst wünschenswerth erscheinen sollten, zu hemmen — selbst wenn wir die Möglichkeit einer englischen Annexion überhaupt ausschliessen. || Angesichts der schlechten Erfahrungen, welche unser Geschäftsfreund und Agent Herr W. Hennings und andere Deutsche in Fidji bei Vertretung ihres Besitzes haben machen müssen, halten wir es für unsere Pflicht, Euere Durchlaucht auf die durch vorerwähnte, durch den Herrn Gouverneur von Fidji veranlasste Resolution beeinträchtigte Lage der Dinge betreffs Grundbesitzes in der Südsee aufmerksam zu machen und ganz ergebenst zu bitten, Euere Durchlaucht wollen die geeignet erscheinenden Schritte ergreifen, um die Interessen unserer Gesellschaft, sowie anderer deutscher Grundeigenthümer in der Südsee, die wir zu vertreten haben, zu schützen. || Wir verbleiben etc.

Direktion der deutschen Handels- und Plantagen-Gesellschaft
der Südsee-Inseln zu Hamburg.
Godeffroy und Eberhard Schmid.

Nr. 8436. **GROSSBRITANNIEN.** — Min. des Ausw. an den deutschen Botschafter in London. — Eine engl. Kommission ist mit der Frage des Arbeiterhandels in der Südsee beschäftigt. [14.]

(Uebersetzung.) Auswärtiges Amt (London), den 6. Februar 1884.

Nr. 8436. Gross-britannien. 6. Febr. 1884.

Herr Botschafter! — Ich beehre mich, den Empfang Euerer Excellenz Note vom 18. v. M.*) welcher Sie ein Memorandum, betreffend den Arbeiterhandel in Neu-Britannien und Neu-Irland und den in Verbindung hiermit von den Herren Hernsheim erlittenen Schaden, beigefügt hatten, zu bestätigen. In derselben machten Sie mich von neuem auf den Stand der Dinge im Archipel von Neu-Britannien aufmerksam und sprachen die Hoffnung aus, dass alle hierauf bezüglichen Differenzen in befriedigender Weise ausgeglichen werden würden. || In Erwiederung hierauf beehre ich mich, Euere Excellenz zu benachrichtigen, dass eine vor einiger Zeit eingesetzte Kommission mit einer eingehenden Untersuchung der ganzen Frage des Arbeiterhandels beschäftigt gewesen ist, und dass derselben Baron Plessens Mittheilung vom 4. September v. J. vorgelegen hat. Man erwartet, dass der Bericht der Kommission binnen kurzem in so weit vollendet sein wird, dass er Euerer Excellenz behufs Information der deutschen Regierung vorgelegt werden kann. Der Veröffentlichung derselben wird es förderlich sein, wenn Euere Excellenz die Güte haben wollen, mich zu benachrichtigen, ob Ihre Regierung Einwendungen dagegen haben würde, wenn Baron Plessen's Note nebst einem Auszuge aus der Anlage desselben in den gedachten Bericht aufgenommen würde. || Was die einzelnen Punkte betrifft, auf welche in Baron Plessen's Note aufmerksam gemacht worden ist, so gestatte ich mir, Euerer Excellenz den Dank Ihrer Majestät Regierung für diese Mittheilung auszusprechen und Ihnen zu versichern, dass seitens derselben die Bedeutung, welche gerade der Regelung des Arbeiterhandels beizumessen ist, nicht übersehen wird. || Sie werden es begreiflich finden, dass bei der noch bevorstehenden Erwägung des Kommissionsberichts die Maassregeln, welche zur besseren Beaufsichtigung des Arbeiterhandels zu treffen sind, nicht angegeben werden können. || Ich darf hinzufügen, dass der Staatssekretär für die Kolonien ersucht werden wird, die Aufmerksamkeit der Regierung von Queensland auf die in der Anlage zu Euerer Excellenz Note enthaltenen Bemerkungen zu lenken. || Der Bericht des Kapitäns S. M. S. „Carola“ folgt anbei zurück. || Ich habe die Ehre etc.

Granville.

---

*) Nicht abgedruckt. Anm. d. Weissbuchs.

Nr. 8437. **DEUTSCHLAND.** — Staatssekretär des Ausw. an den deutschen Botschafter in London. — Welche Maassregeln denkt die engl. Regierung in Bezug auf den Arbeiterhandel zu ergreifen? [15.]

(Auszug.) Berlin, den 5. April 1884.

Nr. 8437. Deutschland. 5. Apr. 1884.

Wir hoffen, dass die Stationirung eines Kaiserlichen Kriegsschiffes in dem westlichen Theile des Südsee-Archipels und die Entsendung eines Beamten dorthin die von uns beabsichtigte Folge haben und dazu beitragen werden, das freundliche Einvernehmen, welches früher zwischen den Eingeborenen und den deutschen Ansiedlern bestand, wiederherzustellen. || Leider hat die in jenen Gegenden immer noch vorhandene Erbitterung gegen die Weissen neuerlich abermals Ausschreitungen herbeigeführt, welche S. M. Kbt. „Hyäne“ zu sühnen genöthigt war. Einer kürzlich eingetroffenen telegraphischen Meldung des Schiffskommandanten aus Brisbane zufolge, sind nämlich eine deutsche Station auf Nusa, nördlich von Neu-Irland, und bei einer anderen Insel ein Hamburger Schooner von Eingeborenen zerstört und Europäer bei diesen Vorgängen ermordet worden. Die Bestrafung der Eingeborenen erfolgte durch Zerstörung mehrerer Dörfer und Erschiessung einiger Ruhestörer. || Euere Excellenz beehre ich mich zu ersuchen, letztere Vorgänge zu verwerthen und bei Lord Granville auf die Sache zurückzukommen. Ich nehme an, dass der angeregte Ideenaustausch nicht als durch die Uebersendung des dem Parlamente vorgelegten Kommissionsberichtes erledigt gelten soll. Ich sehe vielmehr der von Lord Granville in seinem Schreiben an Euere Excellenz vom 6. Februar d. J. vorbehaltenen Rückäusserung über die Maassnahmen entgegen, welche die grossbritannische Regierung zur Verhütung der Wiederkehr der in der Note des Freiherrn von Plessen vom 4. September v. J. zur Sprache gebrachten Vorkommnisse beschlossen hat, und werde ausserdem gern von den Weisungen Kenntniss nehmen, welche ertheilt wurden, um die Reklamation der Firma Hernsheim wegen Zerstörung ihrer Niederlassung durch das englische Schiff einer der Billigkeit entsprechenden Erledigung zuzuführen. || Bei dem der englischen Regierung unsererseits zu erkennen gegebenen Wunsche, für die Sicherheit der Deutschen und ihrer Handelsunternehmungen in jenen Gegenden ein freundschaftliches Einvernehmen mit England aufrecht zu erhalten, ist es für uns auch von besonderem Werthe, zu erfahren, welche Folge die grossbritannische Regierung den in dem Kommissionsberichte des Parlaments enthaltenen Vorschlägen zu geben beabsichtigt.

Graf von Hatzfeldt.

Nr. 8438. GROSSBRITANNIEN. — Min. der Kolonien an die Gouverneure von Neu-Süd-Wales, Victoria, Süd-Australien, Queensland, Tasmanien, Neu-Seeland und West-Australien. — Vorläufige Einsetzung eines ‚High-Commissioner' für Neu-Guinea. Die Kolonien müssen die Kosten übernehmen.*) [C—3839 Nr. 26.]

Downing Street, May 9, 1884.

Nr. 8438. Grossbritannien. 9. Mai 1884.

My Lord, Sir, — Her Majesty's Government have not lost sight of the resolutions adopted by the Convention of representatives of the Australasian Colonies at Sydney in December last, and have considered the provisions of the Draft Bill for constituting a Federal Council, which the representatives pledged themselves to submit to the Legislatures of their respective Colonies. I had been led to believe, that addresses in favour of this Bill would be adopted by the Colonial Legislatures in time to enable Her Majesty's Government to introduce the measure during the present session of Parliament with a good prospect of its being passed; but the necessary action does not appear to have been yet taken in any Colony. As, therefore, the probability of legislation during this year is diminishing, it appears desirable to consider the position of Her Majesty's Government and of the Colonial Governments in regard to the proposals of the Convention.

2. I had explained in my Despatch of July 11, 1883*) to the Administrator of the Government of Queensland, which was before the Convention, that in order to place Her Majesty's Government in a position to consider proposals for the protection or government of New Guinea or other places in the Western Pacific Ocean, it was desirable for the Australasian Colonies to combine together effectively, and provide the cost of carrying out any policy which it might be decided to adopt, and that in the meantime Her Majesty's Government must continue to decline proposals for large annexations of territory adjacent to Australia; adding, that, if a reasonable annual sum were provided by the Colonies, Her Majesty's Government would be prepared to strengthen the naval force on the Australian station, and make the High Commissionership more effective.

3. The Convention does not appear to have taken this part of my Despatch into consideration, but it agreed that the Governments represented at it should recommend their respective Legislatures to make permanent provision, in proportion to the population, for the cost of the policy advocated, namely, — || (1.) To check, in whatever manner might be deemed wisest and most effectual, the further acquisition of dominion in the Pacific South of the

---

*) Einen Auszug aus diesem Rundschreiben Derbys übersandte der deutsche Generalkonsul in Sydney dem Reichskanzler mit Schreiben vom 26. Juni 1884 (eingegangen in Berlin am 4. August 1884). [Weissbuch Nr. 6.]

**) Staatsarchiv Nr. 8206. Bd. XLIII.

Equator by any Foreign Power; || (2.) To secure the incorporation with the British Empire of so much of New Guinea and the small islands adjacent thereto as is not claimed by the Government of the Netherlands; and || (3.) To acquire, if possible, the control of the New Hebrides in the interests of Australasia. || The Legislature of Queensland has recorded its entire concurrence in these resolutions; but no Colony has taken measures to provide the requisite funds as suggested by the Convention.

4. As, therefore, in the absence of any joint action by the Colonies, Her Majesty's Government are not in a position to deal with those questions of policy to which I have referred, and some further delay seems unavoidable, it may be desirable that your Government should consider with the Governments of the other Australasian Colonies whether there may not be advantage in making provision for the intervening period in the manner suggested by me in paragraph 7 of my Despatch of July 11th last to Sir A. H. Palmer. As I then stated, Her Majesty's Government are confident that no Foreign Power contemplates interference with New Guinea, but in the absence of any controlling authority, it is always possible that the subjects of a Foreign Power might require the protection or intervention of their Government; and British subjects, also, by coming into collision with the natives, or by setting up claims to land, might cause complications which would give much trouble hereafter.

5. Her Majesty's Government are disposed to think, that there should be a High Commissioner, or at least a Deputy Commissioner with large powers of independent action, stationed on or near the Eastern Coasts of New Guinea, and that he should be furnished with a steamship independent of Her Majesty's naval squadron, and with a staff sufficient to enable him to exercise protection in the name of the Queen over those shores. The cost of this arrangement cannot be accurately estimated, as I have previously stated; but if one or more Colonies will secure to Her Majesty's Government the payment of a sum of (say) 15,000 *l.* during the year ending 1st June 1885, they will be prepared to take immediate steps for establishing the High Commissioner's jurisdiction, and will render to the contributing Governments an account of the expenditure incurred. It would be possible after some months to determine whether this arrangement should be further continued, and to consider fully with the Colonial Governments (or with the Federal Council if established) what arrangements should be made for the future supervision of the labour trade, if it should be decided that it can continue to be allowed. Her Majesty's Government have come to no conclusions as to the recommendations of the Western Parcific Committee, in regard to which the Colonies should first be consulted; but I think it doubtful whether it will be found practicable to place the regulation of the labour traffic under Imperial control.

6. I may state in conclusion that the annual expenditure of this country

Nr. 8438. Gross-britannien. 9. Mai 1884.

in the maintenance of the squadron on the Australian station, including schooners and surveying vessels, is estimated as amounting at present to about 157,000 *l.* || I need hardly add, that it is desirable that I should learn as soon as possible the result of the careful consideration which I trust that this Despatch will receive from your Government in conjunction with the Governments of the other Australasian Colonies. || I have, &c.

Derby.

Nr. 8439. DEUTSCHLAND. — Generalkonsul in Sydney an den Reichskanzler. — Entschädigung der deutschen Firmen. [17.]

Sydney, den 23. Mai 1884.
(Eingegangen in Berlin, den 5. Juli 1884.)

Nr. 8439. Deutschland. 23. Mai 1884.

In Sachen der Beschwerde der Firma Hernsheim u. Co. in Jaluit gegen den Kapitän und die Besatzung des Queensländer Arbeiterschiffes „Stanley" benachrichtigt mich der Konsul Heussler aus Brisbane heute, dass die Queensländer Regierung der genannten Firma eine Entschädigungssumme von 550 Pfd. Sterl. zugebilligt hat. || Gegen den Kapitän des „Stanley", Herrn Davis, und den während der Vorfälle auf den Laughlan-Inseln an Bord fungirenden Regierungs-Agenten Mc. Murdo war ausserdem auf Veranlassung des High Commissioner für den westlichen Theil des stillen Oceans eine Kriminal-Untersuchung eingeleitet. Zu diesem Zweck ist, nachdem das erforderliche Anklage-Material gesammelt war, jetzt von dem High Commissioner die Auslieferung der in Brisbane befindlichen Angeklagten verlangt worden. Dieselben werden dann auf dem englischen Kanonenboot „Raven" nach Fidji überführt und dort vor dem Gerichtshof des High Commissioner, in dessen Jurisdiktions-Gebiete die angeblichen strafbaren Handlungen verübt sind, zur Aburtheilung gestellt werden. Die Anklage ist vorläufig auf vier Punkte gerichtet, von denen die drei ersten sich auf Ausschreitungen gegen die Personen und das Eigenthum von Laughlan-Insulanern, der vierte auf das Anzünden des Hernsheim'schen Waarenhauses bezieht. || Der Deputy Commissioner, Mr. Romilly, welcher die Gefangenen auf dem „Raven" nach Fidji begleiten soll, sagte mir, die englische Regierung habe aus Anlass der von uns in London erhobenen Reklamationen die strengste Bestrafung der Schuldigen angeordnet. Im gleichen Sinne äusserte sich auch Mr. le Hunt, der frühere Privatsekretär von Sir Arthur Gordon, welcher, von England kommend, hier kürzlich durchpassirte, um eine Stelle in dem Gerichtshofe des High Commissioner auf Fidji zu übernehmen.

Krauel.

Nr. 8440. **GROSSBRITANNIEN.** — Min. des Ausw. an den deutschen Botschafter in London. — Die Untersuchung gegen das engl. Schiff ist eingeleitet. [16.]

(Uebersetzung.) Auswärtiges Amt (London), den 9. Juni 1884.

Nr. 8440. Gross-britannien. 9. Juni 1884.

Herr Botschafter! — Unter Bezugnahme auf meine Note vom 6. Februar, betreffend die angeblich den Herren Hernsheim durch das Vorgehen des Arbeiterschiffes „Stanley" zugefügten Verluste, beehre ich mich Euerer Excellenz mitzutheilen, dass Ihrer Majestät Staatssekretär für die Kolonien von dem stellvertretenden High Commissioner für den westlichen Theil der Südsee Depeschen erhalten hat, welche zeigen, dass derselbe die Untersuchung wegen des Vorgehens des „Stanley" auf den Laughlan-Inseln energisch in Angriff genommen hat, dass indessen bis jetzt keine Informationen seitens des Gouverneurs von Queensland eingegangen sind. || Ich beehre mich hinzuzufügen, dass in Folge der Verzögerung der Ankunft des „Stanley" nicht für unwahrscheinlich gehalten wird, dass derselbe nach seiner Abfahrt von den Laughlan-Inseln verloren gegangen ist. || Ich habe die Ehre etc.

Granville.

Nr. 8441. **DEUTSCHLAND.** — Konsulats-Verweser in Apia an den Reichskanzler. — Folgen einer Annexion Neu-Guinea's durch England für den deutschen Südsee-Handel. [22.]

Apia, den 17. Juni 1884.
(Auszug.) Eingegangen in Berlin, den 3. August 1884.

Nr. 8441. Deutschland. 17. Juni 1884.

Aus einem in den australischen Zeitungen veröffentlichten Telegramm aus London vom 13. Mai d. J. entnehme ich, dass Lord Derby den Gouverneurs der australischen Kolonien ein Schreiben hat zugehen lassen, wonach die englische Regierung bereit ist, Besitz von der Küste Neu-Guinea's zu ergreifen, wenn die australischen Kolonien einen bestimmten Betrag der Unkosten bewilligen. || Gestützt auf meine seitherige Berichterstattung, bitte ich, mich dahin äussern zu dürfen, dass in einem solchen Vorgehen Englands eine ernste Gefahr für den Fortbestand deutscher Interessen in der Südsee liegen würde. Auch in der Südsee ist der Prozess des Auftheilens der noch nicht in Besitz genommenen Länder im Gange. Er kann vielleicht kurze Zeit aufgehalten, er kann nicht mehr rückgängig gemacht werden. Jeder Aufenthalt kommt nur England und seinen australischen Kolonien zu Gute. Alle Versicherungen des Londoner Kabinets mögen ehrlich gemeint sein. Die Verhältnisse werden darüber hinweggehen. Es arbeitet hier draussen doch jeder, vom höchsten Beamten bis zum kleinsten Händler und Handwerker, an der Englischmachung des Ganzen, unbekümmert um solche Versicherungen und von

Nr. 8441. Deutschland. 17. Juni 1884.

denselben nicht daran verhindert. Deutschland wird sich auf diese Versicherungen nicht verlassen dürfen, wenn es sich nicht eines Tages vor vollendeten, nicht mehr gutzumachenden Thatsachen befinden will. ‖ Die Samoa-Inseln allein wären, was Grösse und Bedeutung anbelangt, ein viel zu geringfügiges Objekt für eine aktive Kolonialpolitik Deutschlands in der Südsee. Von hier aus vertheidigen wir immerhin die bedeutungsvolle Stellung unseres Handels in Tonga und den nördlichen Inselgruppen, deren Kleinheit und Verstreutheit die Erwerbung von Landeshoheitsrechten keiner Macht nahelegen kann. Aber selbst Samoa würde nach allen Richtungen hin ein verlorener Posten sein, wenn es uns nicht gelingt, in dem Archipel festen Fuss zu behalten. Zu dem Archipel von Neu-Britannien gehört politisch und geographisch die Nordküste Neu-Guinea's. Wenn England Ansprüche auf die Südküste erhebt, weil die Bedeutung der Torres-Strasse als englischer Handelsweg es nöthig macht, dass beide Ufer sich im englischen Besitz befinden, und weil anders die englische Machtstellung in Australien durch eine an der Südküste Neu-Guinea's sich festsetzende Macht bedroht werden würde, so dürften auch die deutschen Interessen in dem Archipel von Neu-Britannien es nöthig machen, dass eine fremde Macht an der Besitzergreifung des anderen Ufers der Dampier-Strasse, d. i. der Nordostküste Neu-Guinea's, gehindert werde. ‖ Es kann von englischen Interessen in Neu-Guinea nur auf der Südseite die Rede sein. Nur hier haben sich auch seither englische Missionare niedergelassen. Die bestehenden deutschen Interessen in dem Archipel von Neu-Britannien dürften es möglich machen, eine englische Besitzergreifung von dort fernzuhalten. Die Zukunft dieser Interessen verlangt, dass die englische Besitzergreifung auch von der Nordküste Neu-Guinea's ferngehalten werde. Es ist nur eine Frage der Zeit, dass die deutschen Firmen im Archipel von Neu-Britannien ihre Handelsoperationen nach der Nordküste Neu-Guineas ausdehnen. Es würde seitens der deutschen Handels- und Plantagen-Gesellschaft bereits geschehen sein, wenn sie nicht den Schooner „Mioko" verloren hätte. Es wäre gut, wenn auch ein anderes deutsches Kapital die Nordküste Neu-Guinea's mit erobern hülfe. Ein Gebiet von der Grösse des Archipels von Neu-Britannien mit der Nordküste Neu-Guinea's wäre erst das würdige Objekt einer deutschen Kolonial-Unternehmung. Es würde sich an Holländisch-Indien anlehnen, dadurch der Gefahr der Erdrückung durch rundherumliegenden englischen Besitz entzogen sein und uns die Mittel gewähren, Samoa ebensowohl in kommerzieller und wirthschaftlicher Beziehung als politisch zu halten. ‖ Gerade dem wird England vorbeugen wollen, und es ist im wahrsten Sinne des Wortes eine entscheidende Flankenumgehung unserer Stellung in der Südsee, wenn England von der Nordküste Neu-Guinea's Besitz ergreift. Es wird die hierin unseren Interessen drohende Gefahr nicht ernst genug genommen werden können. ‖ Wir werden England die ganze Südküste nehmen lassen dürfen. Von dem Ost-Kap bis zum 141° östlicher Länge in Humboldt-Bai, wo niederländisches Territorium anfängt, wird diese Nordostküste von einer fremden Macht nur zum

nicht wieder gutzumachenden Schaden unserer Interessen in Besitz genommen werden können.

Nr. 8441. Deutschland. 17. Juni 1884.

Dr. Stuebel.

Nr. 8442. DEUTSCHLAND. — Eingabe der Geh. Kommerzienräthe Hansemann und von Bleichröder um Gewährung des Schutzes des deutschen Reiches für die von ihnen beabsichtigten Unternehmungen in der Südsee. [19.]

(Auszug.) Berlin, 27. Juni 1884.

Nr. 8442. Deutschland. 27. Juni 1884.

Euer Durchlaucht! — Als nach dem ablehnenden Beschlusse des Reichstages über die Samoa-Vorlage die in Verbindung mit derselben errichtete deutsche See-Handels-Gesellschaft in Liquidation treten musste, beschränkte sich die Aufgabe nicht auf die Rettung und nothdürftige Reorganisation des Unternehmens der deutschen Handels- und Plantagen-Gesellschaft der Südsee-Inseln zu Hamburg, sondern zugleich trat aus dem Kreise des Verwaltungsraths der deutschen See-Handels-Gesellschaft das Bestreben hervor, das dieser Gesellschaft ursprünglich gesteckte weitere Ziel in anderer Weise zu verfolgen. || Nach Lage der Verhältnisse konnte indess der zu diesem Zwecke entworfene und Ende des Jahres 1880 Euerer Durchlaucht vorgelegte Plan eines in der Südsee, namentlich auf Neu-Guinea, Neu-Britannien und Neu-Irland gerichteten grösseren Unternehmens nicht zur Ausführung gelangen. || Die Aufgabe blieb, in veränderter Gestalt den Plan zu verwirklichen. Die Vorbereitungen hierzu wurden getroffen, aber mussten unterbrochen werden, als im April 1883 die Regierung der australischen Kolonie Queensland den Versuch machte, von Neu-Guinea und den anliegenden Inseln durch blosse Erklärung eines Polizei-Beamten Besitz zu ergreifen. Erst nachdem sich die Diskussion über diesen Vorgang beruhigt hatte, wurde vor einigen Monaten zur Ausführung des Unternehmens geschritten. || Das Unternehmen soll nach denjenigen Grundsätzen geleitet werden, welche Euere Durchlaucht bei den jüngsten Verhandlungen des Reichstages als maassgebend für den Schutz der deutschen Reichs-Regierung erklärt haben. || Nach aussen wird dasselbe als eine Expedition der deutschen Handels- und Plantagen-Gesellschaft der Südsee-Inseln zu Hamburg erscheinen, die im Bereiche ihres gewöhnlichen Geschäftsbetriebes auf die Erweiterung ihrer bestehenden und die Errichtung neuer Niederlassungen in der westlichen Südsee gerichtet ist. Zu diesem Zwecke ist ein Vertrag abgeschlossen worden, nach dessen Bestimmungen die genannte Gesellschaft für Rechnung des Vereins handelt, welcher sich zur Ausführung des Unternehmens gebildet hat und welcher, aus den folgenden Personen bestehend . . . ., die Unterzeichneten mit der Geschäftsleitung betraut hat. Um so eher war die deutsche Handels- und Plantagen-Gesellschaft der Südsee-Inseln zu Hamburg zur Mitwirkung berufen und auch hierzu bereit, als sie bei der befriedigenden Ent-

Nr. 8442. Deutschland. 27. Juni 1884.

wickelung ihres Geschäfts ihre finanziellen Verhältnisse in neuerer Zeit konsolidirt hat und hierdurch für die Förderung des deutschen Interesses in der Südsee kräftiger eintreten kann. || Für die Unternehmungsreise hat die Handels- und Plantagen-Gesellschaft einen neuen Dampfer in Sydney erworben, welcher als deutsches Schiff „Samoa“ auslaufen wird. || Die Leitung des Unternehmens übertrug der Verein dem Herrn Dr. Finsch aus Bremen, der durch seinen mehrjährigen Aufenthalt in der Südsee, insbesondere in Neu-Britannien und Neu-Guinea, mit den Verhältnissen wohlvertraut und seiner Aufgabe wohlgewachsen ist. In Begleitung des Schiffs-Kapitäns Dallmann aus Bremen und einiger ausgewählter Leute der Schiffsmannschaft befindet sich Dr. Finsch jetzt auf dem Wege nach Sydney, wo er angeblich die Passage auf dem Handelsschiff „Samoa“ zu wissenschaftlichen Zwecken benutzen wird. || Dem Dr. Finsch und dem Kapitän Dallmann als seinem Stellvertreter ist die Aufgabe gestellt, an den zu besuchenden, noch unbekannten oder wenig bekannten Küsten die besten Häfen ausfindig zu machen, den freundlichsten Verkehr mit den Eingeborenen herzustellen und neben der Errichtung von Handelsniederlassungen, wozu die Deutsche Handels- und Plantagen-Gesellschaft die Leute mitgeben wird, Land im weitesten Umfange und in solcher Weise zu erwerben, dass sich hieraus unter Vereinigung mit dem Landbesitz und dem weiteren Landerwerb an den bestehenden Niederlassungen der Deutschen Handels- und Plantagen-Gesellschaft in der westlichen Südsee eine Kolonie bilden lässt, die zur Organisation und Entwicklung auf der gewünschten Grundlage befähigt ist. || Abgesehen von den Unzuträglichkeiten, welche der labour-trade in der Südsee so häufig mit sich bringt, muss derselbe von den für deutsche Niederlassungen neu aufzuschliessenden Gebieten ferngehalten werden, weil gerade die Erhaltung der arbeitstüchtigen Eingeborenen diesen Gebieten gegen andere Inseln in der Südsee, auch gegen die Kolonie Queensland, welche der fremden Arbeiter bedürfen, einen wesentlichen Vortheil gewährt. || Die Deutsche Handels- und Plantagen-Gesellschaft musste daher die Verpflichtung eingehen, in den fraglichen Gebieten keine Arbeiter-Verträge für Samoa abzuschliessen, so streng auch diese Verträge in Bezug auf das Interesse der Arbeiter gehalten werden mögen. || Als Hafen zur fortlaufenden Ausrüstung für die Unternehmungsreise ist Mioko bestimmt, wo sich die Haupt-Niederlassung der Deutschen Handels- und Plantagen-Gesellschaft auf Neu-Britannien befindet. Dr. Finsch und Kapitän Dallmann haben die Instruktion, unter Geheimhaltung ihrer Pläne sich namentlich nach dem südlichen Theil von Neu-Britannien und der gegenüberliegenden Nordostküste von Neu-Guinea bis zum 141. Längengrade zu wenden, während der Besuch der Südostküste von Neu-Guinea an der Torresstrasse ausdrücklich ausgeschlossen ist. || An Euere Durchlaucht richten wir für uns und Namens unserer Mitbetheiligten die gehorsamste Bitte: || „dem Unternehmen hochgeneigtest Schutz angedeihen zu lassen, soweit sich hierzu die Veranlassung darbieten sollte.“

Insbesondere sprechen wir die Bitte aus: || „die Konsularbeamten und

Schiffskommandanten mit den erforderlichen Vollmachten und Befehlen zu versehen, um das erworbene Land einzutragen und in den geeigneten Formen unter den Schutz des Reiches zu stellen.“ || Wir verharren || Euerer Durchlaucht || gehorsamste

Nr. 8442. Deutschland. 27. Juni 1884.

von Hansemann. von Bleichröder.

Seiner Durchlaucht dem Fürsten von Bismarck.

Nr. 8443. DEUTSCHLAND. — Staatssekretär des Ausw. an den deutschen Botschafter in London. — Die deutsche Regierung wünscht sich mit England über die gegenseitigen Interessensphären in der Südsee zu verständigen. [20.]

(Auszug.) Berlin, den 2. August 1884.

Nr. 8443. Deutschland. 2. Aug. 1884.

Auch in der Südsee befolgt die englische Regierung, bezw. das englische Kolonialamt, uns gegenüber die Politik, unsere Mittheilungen, welche den Wunsch zu einer Verständigung bekunden, in der Hauptsache dilatorisch zu behandeln, inzwischen aber mit Hülfe der australischen Kolonien vollendete Thatsachen zu schaffen, welche unseren berechtigten Interessen zuwiderlaufen. || Zufolge des gefälligen Berichts vom 12. Januar d. J.*) über Ihre Unterredung mit Sir Julian Pauncefote aus Anlass einer neuseeländischen Petition, welche die Annexion der Samoa-Inseln durch England bezweckte, hatte der Unterstaats-Sekretär sich gegen Euere Excellenz dahin geäussert, „dass die grossbritannische Regierung keine Annexionen mehr vorzunehmen und sich keine neuen Kolonien mehr aufzubürden beabsichtige, wie dies Lord Derby noch kürzlich den Australiern erklärt habe.“ || Nach den neusten Erfahrungen ist diese von Lord Derby vertretene Kolonial-Politik dahin zu verstehen, dass die englische Regierung die Erwerbung von Kron-Kolonien, deren Verwaltungskosten Anfangs dem Mutterlande ganz zur Last liegen, vermeiden, dagegen die Erweiterung der englischen Macht- und Interessen-Sphäre mit den hieran haftenden politischen und finanziellen Verantwortlichkeiten wesentlich den bestehenden Kolonien zuweisen will. || Lord Derby hat im vorigen Jahre die Annexions-Bestrebungen der australischen Kolonien nicht etwa unbedingt desavouirt; er widersprach vielmehr nur der Legitimation der Kolonien, ohne Zustimmung der grossbritannischen Regierung im Namen der englischen Krone Annexionen vorzunehmen. Die Entschliessung der englischen Krone machte er davon abhängig, dass die australischen Kolonien zu den Kosten beitrügen. Nachdem sich dieselben hierzu bereit erklärt haben, ist die australische Annexions-Politik, wie die Erklärungen des Unterstaats-Sekretärs des Kolonialamts, Mr. Ashley, in der Sitzung des Unterhauses vom 7. d. M. ergeben, als eine von Lord Derby autorisirte an-

*) Nicht abgedruckt. Anm. d. Weissbuchs.

Nr. 8443. Deutschland. 2. Aug. 1884.

zusehen. || Für uns aber kann es nicht gleichgültig sein, wenn die unabhängigen Gebiete der Südsee, auf welchen sich bisher der deutsche Handel frei entfalten konnte, und in welchen er ein Feld auch für deutsche Kolonisations-Bestrebungen erblicken durfte, plötzlich für natürliche Domänen Australiens und wenn, im Hinblick auf die beabsichtigte Beschlagnahme, schon im voraus alle dort von Andern gemachten Erwerbungen für null und nichtig erklärt werden. || Es ist daher nothwendig, der Verwirklichung dieser maasslosen Ansprüche rechtzeitig vorzubeugen. Wir hoffen, dass dies durch eine von gegenseitigem Wohlwollen getragene Verständigung zu erreichen ist, und wünschen deshalb, uns mit der englischen Regierung sowohl über die den beiderseitigen Angehörigen gegenüber anzuwendenden allgemeinen Grundsätze wie auch über eine Abgrenzung derjenigen Gebiete zu verständigen, welche wir beiderseits unter staatlichen Schutz zu stellen beabsichtigen. || Euerer Excellenz beehre ich mich anbei ein Promemoria zu übersenden, welches das thatsächliche Material und zugleich eine Direktive für die Behandlung der Frage enthält. Ich ersuche Sie ergebenst, die Angelegenheit gefälligst ohne Verzug in diesem Sinne mit Lord Granville freundschaftlich, aber doch unter eventueller Verwahrung gegen Beschränkungen unserer bestehenden Handelsverbindungen durch fremde Kontrole, zu besprechen, damit hinsichtlich des Werths, welchen wir auf eine baldige Gewissheit über die Chancen einer Verständigung mit der grossbritannischen Regierung legen, bei dem Herrn Minister ein Zweifel nicht entstehen kann. Euere Excellenz wollen dabei zu verstehen geben, dass wir die Verantwortlichkeit der englischen Kolonial-Regierungen von der der britischen Reichsregierung nicht trennen können. || Einem gefälligen baldigen Berichte über die Erledigung dieses Erlasses werde ich mit Interesse entgegensehen.

Graf von Hatzfeldt.

Promemoria.

Anlage.

Seitens der englischen Regierung ist eine eigentliche Beantwortung der ganz vertraulichen Note des Freiherrn von Plessen an Lord Granville vom 4. September v. J. nicht erfolgt. Wir würden auf eine solche umsomehr Anspruch gehabt haben, als englischerseits unsere Zustimmung zur Publikation der Note ausdrücklich erbeten wurde*). Der Bericht der Western Pacific Royal Commission, welchem die Note angehängt worden ist, hatte der englischen Regierung bereits am 16. October v. J. vorgelegen. || Die im März d. J. erfolgte Publikation des Berichts konnten wir nicht als eine Antwort auf unsere Frage ansehen, welche Folge die englische Regierung den Vorschlägen der Kommission geben werde. || Dass ein Beschluss hierüber schon im Februar d. J. gefasst worden ist, haben wir kürzlich zuerst aus der Kölnischen Zeitung Nr. 169 vom 19. Juni d. J. ersehen. || Die Behandlung dieser Angelegenheit durch den

*) Vergl. No. 8436.

Nr. 8443. Deutschland. 2. Aug. 1884.

Unterstaatssekretär Lord E. Fitzmaurice im englischen Unterhause am 17. März d. J. gab Anlass, durch den Erlass vom 5. April d. J. erneut den Werth zu betonen, welchen wir auf Klarheit in dieser Frage legen. || Die mit dem Bericht vom 17. Juni d. J.*) übersandte Note Lord Granville's vom 9. Juni d. J. vermeidet jedes Eingehen auf die generelle Frage und beschränkt sich auf die Mittheilung, dass das englische Arbeiterschiff „Stanley", welches sich der Zerstörung einer deutschen Niederlassung auf Neu-Irland schuldig gemacht hat, angeblich verloren gegangen sei. Als wir im Begriff standen, darauf aufmerksam zu machen, dass hiermit die Sache nicht erledigt sein könne, berichtete der Kaiserliche General-Konsul in Sydney, dass die queensländer Regierung der geschädigten deutschen Firma einen Ersatz von 550 Pfd. Sterling und die Schuldigen dem kompetenten Gericht in Fidji überwiesen habe. Der grossbritannische Botschafter in Berlin hat sich unter dem 15. Mai und 27. Juni d. J. nur des Auftrags entledigt, einige Schriftstücke über angebliche (nach den Berichten des Konsulats-Verwesers für die Südsee-Inseln nicht nachgewiesene) Gewaltthätigkeiten eines deutschen Arbeiterschiffes in Neu-Britannien mitzutheilen, und mittelst der letzten Note zugleich zu unserer Kenntniss gebracht, dass die Regierung von Queensland die Arbeiter-Rekrutirungen auf Neu-Britannien, Neu-Irland und den benachbarten Inseln für die queensländer Plantagen verboten, sowie dass das englische Kolonialamt den Gouverneur von Fidji angewiesen habe, ein gleiches Verbot für die Fidji-Plantagen zu erlassen. Auch in diesen englischen Mittheilungen fehlt jede Aeusserung, welche bekundete, dass die englische Regierung die Bedeutung unserer Interessen in der Südsee anerkenne und unseren Wunsch nach Verständigung theile. Es ist zu befürchten, dass die Verhandlung mit uns sich hinzieht, bis mit Hülfe der Kolonial-Regierungen durch vollendete Thatsachen eine für uns ungünstige Situation herbeigeführt ist. || Aus den von der Kaiserlichen Botschaft in London eingereichten Blaubüchern über Neu-Guinea und die unabhängigen Inseln ergiebt sich, dass die Bewegung für Annexion dieser freien Gebiete in Australien die unmittelbare Folge eines im November 1882 in der Augsburger Allgemeinen Zeitung erschienenen Artikels war, welcher Neu-Guinea als ein mögliches Kolonisationsgebiet für Deutschland bezeichnete. || Die Australier erklärten ohne Zögern nicht nur Neu-Guinea, sondern auch alle anderen noch freien Gebiete in der Südsee für natürliche Annexe ihrer Kolonien. Die hierdurch entstandene Beunruhigung in deutschen Handelskreisen legte sich einigermaassen, als um die Mitte vorigen Jahres die englische Regierung das eigenmächtige Vorgehen der queensländer Regierung, welche die Annexion von Neu-Guinea durch die Proklamation eines Polizeibeamten von Thursday-Island ausgesprochen hatte, desavouirte, indem sie diesen Akt für null und nichtig erklärte. || Die Reden Mr. Gladstone's, Lord Granville's und Lord Derby's (cfr. die „Times" vom 3. Juli v. Js.) waren bündige Zurückweisungen dieses eigenmächtigen Vorgehens der Kolonien.

*) Nicht abgedruckt. Die Note vom 9. Juni siehe unter No. 8440. Anm. d. W.

Nr. 8443.
Deutschland.
2. Aug. 1884.

Auch die in dem Blaubuch über Neu-Guinea vom Juli v. J. (vom 24. dess. M.) unter Nr. 21 und 39 abgedruckten Depeschen Lord Derby's vom 11. Juli*) und 31. August v. J. begründeten die Hoffnung auf eine maassvolle Behandlung dieser Frage von Seiten der grossbritannischen Regierung. Zufolge Berichts des Kaiserlichen Botschafters vom 12. Januar d. J. hat Sir Julian Pauncefote, als Graf Münster die neuseeländische Bewegung für Annexion von Samoa zur Sprache brachte, die Antwort ertheilt: „es sei die bestimmte Absicht und Meinung der grossbritannischen Regierung, keine Annexionen vorzunehmen und sich keine Kolonien mehr aufzubürden; England habe so schon reichlich viele. Lord Derby habe das auch noch vor kurzem Australien gegenüber in Beziehung auf Neu-Guinea auf das bestimmteste betont.“ || Das seitdem von der grossbritannischen Regierung in der Angelegenheit von Süd-west-Afrika beobachtete Verhalten, ihre Stellungnahme zu den im Dezember v. J. von der australischen Intercolonial Convention gefassten Beschlüssen, die Nichtbeantwortung der Note des Freiherrn von Plessen, und die unmittelbar nach den Indiskretionen in der Budget-Kommission des Reichstages über deutsche Unternehmungen in Neu-Britannien und Neu-Guinea von dem englischen Kolonial-Amt im Parlament angekündigte Entsendung eines High Commissioner mit einem Stabe von Deputy Commissioners nach Neu-Guinea und den freien Inseln, in Uebereinstimmung mit den Vorschlägen des erwähnten Berichts der Western Pacific Royal Commission: dies sind alles Momente, welche geeignet sind, den Besorgnissen für die deutschen Unternehmungen in der Südsee neue Nahrung zu geben. || Es ist daher an der Zeit, den Versuch zu einer Verständigung mit der englischen Regierung zu erneuern. || Die von der Intercolonial Convention im Dezember 1883 auf Vorschlag des Gouverneurs von Fidji beschlossene Resolution, wonach alle bis zu einer englischen Annexion gemachten Landerwerbungen in den unabhängigen Gebieten null und nichtig sein sollen, enthält ein Princip, gegen welches wir nicht früh und bestimmt genug Verwahrung einlegen können. Die damit in Fidji gemachte Erfahrung lässt uns hoffen, dass die englische Regierung für diesen unseren Widerspruch zugänglich sein werde. || Die sonstigen Erfahrungen machen es aber für uns erwünscht, diejenigen Gebiete, in welchen sich der deutsche Handel in vorherrschender Weise ausgebreitet hat, oder wohin kostspielige Expeditionen, deren Berechtigung von Niemand bestritten werden kann, in Ausführung begriffen sind, unter den direkten Schutz des Reiches zu stellen. || Die hervorragende Stellung des deutschen Handels in der Südsee ist der grossbritannischen Regierung nicht unbekannt. Sie wird daher auch nicht verkennen, dass unser Anspruch auf Gleichberechtigung mit anderen Staaten der thatsächlichen Begründung nicht entbehrt, und dass es nur im Interesse einer friedlichen Kulturentwickelung in diesen Regionen liegen würde, wenn die beiden befreundeten Regierungen sich über die Grenzen ihres Herrschafts- oder Schutz-

---

*) Staatsarchiv, Nr. 8206.

Nr. 8443. Deutschland. 2. Aug. 1884.

gebietes sowie über die beiderseits in Anwendung zu bringenden Grundsätze rechtzeitig verständigten. || Wir wünschen, uns mit der grossbritannischen Regierung ebensowohl über die geographische Abgrenzung unserer beiderseitigen Interessensphären, wie über die Grundsätze zu verständigen, welche wir uns gegenseitig verpflichten würden in denjenigen Gebieten zur Anwendung zu bringen, welche jeder der beiden Theile unter seinen speziellen Schutz stellen wird. || Wir würden daher vorschlagen, unseren beiderseitigen Angehörigen den Genuss ihrer wohlerworbenen Rechte zu gewährleisten, für Zweifelfälle ein besonderes Verfahren zu vereinbaren und in allen Beziehungen des Handels, der Schifffahrt, der Niederlassungsfreiheit u. s. w. den Grundsatz der Gleichstellung zur Geltung zu bringen. Auch über eine gemeinsame, oder gleichmässige Kontrolirung des Arbeiterhandels würden wir zu einer Verständigung gern die Hand bieten. || Was die geographische Abgrenzung unserer beiderseitigen Schutz- oder Herrschaftsgebiete anbelangt, so würde es sich empfehlen, die oben erwähnten Depeschen Lord Derby's vom 11. Juli und 31. August v. J. bei den Besprechungen mit Lord Granville zu verwerthen. || Die Depesche vom 31. August v. J. lehnte unter Nr. 3 und 4 die auf Samoa und Tonga sich erstreckenden Annexionsanträge der Australier positiv ab. Unter Nr. 5 trug Lord Derby den Rücksichten Rechnung, welche man in Bezug auf die Neu-Hebriden und die Loyalty-Inseln den Interessen Frankreichs schulde. Unter Nr. 6 erkannte er an, dass es noch eine Anzahl von Gebieten gebe, zu welchen andere Mächte Beziehungen hätten, welche nicht summarisch ignorirt werden könnten. Zu diesen zählte er besonders Neu-Britannien, Neu-Irland, die Salomon- und Santa Cruz-Inseln. Wie bereits in dem Erlasse vom 28. August v. J.*) und in der Note des Baron Plessen vom 4. September v. J.*) hervorgehoben, bestehen bis dahin auf Neu-Britannien, Neu-Irland und auf den Duke of York-Inseln nur deutsche Handelsniederlassungen. Der einzige dort etablirte englische Händler ist der im vorigen Jahre von der Deutschen Handels- und Plantagen-Gesellschaft entlassene Agent Farrel gewesen, welcher indess zufolge neuester Mittheilungen, nachdem er mit einer Konzession zum Arbeiterimport Missbrauch getrieben, den Archipel verlassen hat. || Die Note des Kaiserlichen Geschäftsträgers vom 4. September v. J. und deren spätere mündliche Ergänzungen werden hoffentlich die Wirkung gehabt haben, diese Inselgruppen in den Augen der englischen Regierung als solche erscheinen zu lassen, welche von einer Beschlagnahme seitens Englands oder seiner Kolonien auszuschliessen sind. || Das nächste Annexionsprojekt der Australier bildet Neu-Guinea. || Den Wunsch der Australier, zu verhüten, dass sich eine fremde Macht auf der südlichen Küste von Neu-Guinea an der Torres-Strasse, gegenüber von Queensland, festsetze, erkennen wir als berechtigt an. Für ebenso unberechtigt aber halten wir den Anspruch, das ganze Gebiet von Neu-Guinea, insoweit es nicht von Holland beansprucht wird, schlechthin als ein natür-

*) Vergl. Nr. 8433 und Anmerkung zu Nr. 8434.

Nr. 8443. Deutschland. 2. Aug. 1884. liches Annex Australiens zu behandeln und deshalb Landerwerbungen Deutscher und die Ausübung deutschen Schutzes auf der Nordost-Küste als in die berechtigten Interessen Australiens eingreifend zu bezeichnen. Auch Lord Derby schien im vorigen Jahre ebenfalls dieser Ansicht zu sein. Denn in seiner Depesche vom 11. Juli v. J. erklärte er nicht nur die Annexion von Neu-Guinea durch Queensland an sich für null und nichtig, weil die Kolonial-Regierung hierzu nicht legitimirt sei, sondern er sprach sich zugleich auch dahin aus, dass er keinen Grund einsehe, aus welchem eine eventuell zu beschliessende Annexion sich auf einen so grossen Theil der Insel erstrecken sollte, wie die Proklamation der Regierung von Queensland beabsichtige. Da bisher in Neu-Guinea keine staatlichen Einrichtungen bestehen, so wenden wir auf diese Insel denselben Grundsatz an, über welchen wir uns mit England bei gemeinsamer Zurückweisung der spanischen Ansprüche auf die Karolinen- und Pelew-Inseln verständigt hatten, und den wir kürzlich aus Anlass der Angra-Pequena-Angelegenheit der englischen Regierung in Erinnerung gebracht haben. || Diejenigen Theile von Neu-Guinea, wo keine thatsächlich ausgeübte Souveränität einer civilisirten Macht besteht, sind daher ebenso berechtigte Zielpunkte deutscher wie englischer Unternehmungen. || Zur Verhütung von Reibungen unter den beiderseitigen Angehörigen wünschen wir, uns mit der englischen Regierung über die Grenze der beiderseitigen Schutzgebiete auch auf dieser Insel, überhaupt in dem Südsee-Archipel, im Interesse unserer beiderseitigen Angehörigen im Voraus zu verständigen.

Nr. 8444. DEUTSCHLAND. — Staatssekretär des Ausw. an den deutschen Botschafter in London. — Die Einrichtung von Verbrecher-Kolonien ist nicht beabsichtigt; eine dahingehende Verpflichtung wird Deutschland aber nicht eingehen. [22.]

(Auszug.) Berlin, den 2. August 1884.

Nr. 8444. Deutschland. 2. Aug. 1884. etc. Sollte bei den Erörterungen über die Südsee-Angelegenheit die Frage der Strafkolonien englischerseits zur Sprache gebracht werden, so bittet der Herr Reichskanzler Euere Excellenz, Sich gefälligst dahin zu äussern, dass die Idee, auf den Südsee-Inseln Verbrecher zu interniren, uns fern liege; wir hätten uns schon ebenso bei den pourparlers über Angra Pequena ausgesprochen; Verpflichtungen gingen wir aber nicht ein, ebensowenig wie England dies uns gegenüber thäte.

Graf von Hatzfeldt.

Nr. 8445. DEUTSCHLAND. — Botsch. in London an den Reichskanzler. — Günstige Aufnahme des deutschen Vorschlages (Nr. 8443) in London. Die Annexion der Südküste von Neu-Guinea durch England steht unmittelbar bevor.

(Auszug.) London, den 9. August 1884.

Nr. 8445. Deutschland. 9. Aug. 1884.

Den hohen Erlass vom 2. d. M., die Südsee-Angelegenheit betreffend, habe ich zu erhalten die Ehre gehabt und Lord Granville in der mir vorgeschriebenen Weise gestern von dem Wunsche der Kaiserlichen Regierung, sich mit der englischen Regierung zu verständigen, Kenntniss gegeben. Ich habe dabei besonders hervorgehoben, welchen Werth wir auf eine baldige Gewissheit über die Chancen einer Verständigung legen. || Der Herr Minister nahm meine Mittheilungen, die er als eine allgemeine und vorbereitende Eröffnung ansah, mit lebhaftem Interesse entgegen und erwiederte mir, dass er zunächst nur im Allgemeinen darauf antworten könne. Er wünsche vor allem bestimmt von vornherein zu erklären, dass England keinerlei Eifersucht gegen deutsche Kolonisationsbestrebungen hege, und er verkenne keineswegs die wichtige Stellung, die Deutschland auf einigen Inseln des Südsee-Archipels einnehme. || Soviel er jetzt sagen könnte, würde die britische Regierung nicht nur kein Bedenken haben, sondern sehr damit einverstanden sein, genau zu definiren, in welchen Theilen der Einfluss des einen und des anderen Landes überwiegend sei. || Was Neu-Guinea anbetrifft, so äusserte Lord Granville, er habe bisher nicht gewusst, dass deutsche Interessen dort vertreten seien. Streng vertraulich fügte er hinzu, dass der Abschluss der Verhandlungen, die zwischen der hiesigen Regierung und der australischen Kolonie wegen Annexion des südlichen Theils dieser Insel im Gange seien, unmittelbar bevorstände. || Auf verschiedenen Inseln sei der vorwiegende Einfluss Deutschlands unzweifelhaft, auf anderen derjenige Englands. Es möchten auch Theile vorhanden sein, wo die Interessen beider Länder anscheinend gleichmässig vertreten wären, und hier würde eine eingehendere Prüfung erforderlich sein. Er, Lord Granville, hege aber gar keinen Zweifel, dass es auch da leicht sein würde, sich zu verständigen. || Lord Granville fügte hinzu, dass er es nicht unerwähnt lassen dürfe, wie nach seiner Ansicht eine Verständigung dadurch sehr erleichtert werden würde, wenn man ein gegenseitiges Uebereinkommen gegen die Errichtung von Strafkolonien abschliessen würde. Nach Maassgabe des hohen Erlasses vom 2. d. M. äusserte ich dem Herrn Minister gegenüber, dass die Idee, auf den Südsee-Inseln Verbrecher zu interniren, uns fern liege, dass wir aber diesbezügliche Verpflichtungen nicht eingehen könnten. Lord Granville erwiederte mir darauf, dass er keine Verpflichtungen im Sinne habe, die er nicht auch seinerseits zu übernehmen gewillt sei. Diese Frage sei aber für die Kolonien so wichtig, dass eine Verständigung hierüber die Verständigung in allen anderen Fragen sehr erleichtern würde. || Wiederholt sprach mir Lord Granville

Nr. 8445. Deutschland. 9. Aug. 1884. sein lebhaftes Bedauern darüber aus, dass sich in Deutschland, wie dies namentlich aus den Auslassungen der Presse hervorgehe, ein so grosses Misstrauen gegen England bekunde. Bisher hätten wir uns in den überseeischen Ländern stets so gut verständigt, und er hoffe bestimmt, dass dies auch in Zukunft der Fall sein werde. || In einem mir heute zugegangenen Billet theilt mir Lord Granville nach staatgehabter Berathung mit seinen Kollegen mit, die Ausdehnung der britischen Oberhoheit auf Neu-Guinea, welche nächstens bekannt gemacht werden solle, werde nur den Theil der Insel umfassen, welcher ein spezielles Interesse für die australischen Kolonien habe. Dies werde ohne Präjudiz für irgend welche territorialen Fragen jenseit dieser Grenzen geschehen. || Ich will nicht unerwähnt lassen, dass auch Mr. Gladstone neulich eine Gelegenheit ergriffen hat, um mit mir über die deutschen Kolonisationsbestrebungen und namentlich über Angra-Pequena zu sprechen, und dass er dabei wiederholt hervorgehoben hat, wie er jede deutschen Kolonisationsbestrebung gern sehe und wie sehr er hoffe, dass wir uns über diese Kolonialfragen freundschaftlich verständigen würden, wie dies bisher immer der Fall gewesen sei.

Graf zu Münster.

Nr 8446. DEUTSCHLAND. — Ausw. Amt an den Generalkonsul in Sydney. — Im Archipel von Neu-Britannien und auf Neu-Guinea wird die deutsche Flagge gehisst werden. [24.]

An den Kaiserlichen Generalkonsul in Sydney
vom 19. August 1884. Telegramm.

Nr. 8446. Deutschland. 19. Aug. 1884. Inhalt: Der Kaiserl. Generalkonsul wird beauftragt, den Kaiserl. Kommissar in Neu-Britannien Herrn von Oertzen zu benachrichtigen, dass die Absicht bestehe, zunächst im Archipel von Neu-Britannien und auf dem ausserhalb der berechtigten Interessensphäre der Niederlande und Englands liegenden Theile der Nordostküste von Neu-Guinea überall, wo deutsche Niederlassungen bereits bestehen oder in Ausführung begriffen sind, alsbald die deutsche Flagge zu hissen, und dass er ermächtigt sei, Landerwerbungen von Deutschen in den bezeichneten Gebieten durch Abschluss von Verträgen zu unterstützen und vorbehaltlich aller wohlerworbenen Rechte Dritter als deutsches Eigenthum einzutragen.

Nr. 8447. DEUTSCHLAND. — Reichskanzler an Hansemann und Bleichröder. — Beantwortung von Nr. 8442. [25.]

Varzin, den 20. August 1884.

Nr. 8447. Deutschland. 20. Aug. 1884. Euere Hochwohlgeboren benachrichtige ich auf das in Ihrem eigenen und Ihrer Herren Genossen Namen am 27. Juni d. J. an mich gerichtete Schreiben,

dass mit Allerhöchster Ermächtigung die erforderlichen Weisungen ergehen werden, damit Ihrer Unternehmung im westlichen Theil des Südsee-Archipels die zur Sicherung ihres nationalen Charakters erforderliche amtliche Unterstützung zu Theil werde. Die von Ihrer Genossenschaft beabsichtigten Erwerbungen werden in demselben Masse und unter gleichen Formen wie das hanseatische Unternehmen in Südwestafrika unter den Schutz des Reiches gestellt werden, sobald die Unabhängigkeit der Gebiete, deren Erwerbung von Ihnen in Aussicht genommen ist, festgestellt, also der Nachweis geführt sein wird, dass Ihre Ansprüche nicht mit wohlerworbenen Rechten anderer Nationen kollidiren. von Bismarck.

Nr. 8447. Deutschland. 20. Aug. 1884.

Nr. 8448. DEUTSCHLAND. — Generalkonsul in Sydney an den Reichskanzler. — Die handelspolitischen Interessen der australischen Kolonien in der Südsee sind sehr gering. [7.]

Sydney, den 20. August 1884.
(Eingegangen in Berlin den 4. Oktober 1884.)

Nr. 8448. Deutschland 20 Aug. 1884.

Unter Bezugnahme auf meinen Bericht vom 11. Februar 1882*), betreffend den Handels- und Schiffahrtsverkehr zwischen den australischen Kolonien und den Südsee-Inseln in 1880, beehre ich mich, beifolgend einen die letzten drei Jahre umfassenden Bericht über den gleichen Gegenstand zur hochgeneigten Kenntnissnahme ganz gehorsamst zu überreichen**). || Ich habe mich der Aufgabe, die vorhandenen Handels-Interessen Australiens in der Südsee zu untersuchen und den Umfang derselben statistisch nachzuweisen, nochmals unterzogen, weil kürzlich von australischer Seite in ziemlich geräuschvoller Weise der Anspruch auf Annexion aller noch unabhängigen Inselgruppen in der Südsee erhoben ist. || Wie wenig bisher seitens der australischen Kolonien geschehen ist, um eine solche politische Stellung in der Südsee durch Leistungen auf kommerziellem Gebiete vorzubereiten, geht aus den mitgetheilten Ziffern, die der amtlichen australischen Statistik entnommen sind, unwiderleglich hervor. || Die Kolonie Victoria, in welcher der Ruf nach dem Alleinbesitz der Südsee am lautesten erschallt, steht bisher nur mit Fidji in Handelsverbindungen; sie importirt nichts von und exportirt nichts nach allen denjenigen Südsee-Inseln, welche sie vor der Begehrlichkeit fremder Nationen geschützt wissen will. Ebenso beschränken sich die Handels-Interessen von Süd-Australien in der Südsee auf Mehllieferungen für die französische Strafkolonie in Neu-Kaledonien, während West-Australien und Tasmanien überhaupt nie versucht haben, Beziehungen mit den Inseln des stillen Oceans anzuknüpfen. Neu-Guinea, mit dessen Annexion im Gesammtinteresse Australiens jetzt ein praktischer Anfang gemacht werden soll, ist bisher ohne alle Bedeutung für den austra-

*) Abgedruckt im deutschen Handels-Archiv, Jahrgang 1883, S. 47 ff.
**) Nicht aufgenommen. A. d. Red.

Nr. 8448. Deutschland. 20. Aug. 1884. lischen Handel gewesen. Queensland allein führt einige Artikel nach dort aus, deren Jahreswerth gegenwärtig vielleicht 20 000 Mark betragen mag, während die Rückfrachten der queensländer Schiffe von den Küsten Neu-Guineas hauptsächlich in Bêche de mer, einer chinesischen Delikatesse, bestehen, die nach China weiter verschifft wird. Aus demselben Artikel setzt sich der Import Queenslands von allen anderen Südsee-Inseln zusammen, während sein geringfügiger Export nach dort lediglich Waaren umfasst, welche als Lohn für die dort angeworbenen Arbeiter auf den Queensländer Zuckerplantagen bestimmt sind. Mit der bevorstehenden Unterdrückung dieses Arbeiter-Handels hat es auch mit dem Waaren-Export von Queensland nach der Südsee ein Ende. || Wirkliche kaufmännische Interessen in den unabhängigen Inselgruppen Polynesiens haben somit nur Neu-Süd-Wales und Neu-Seeland. Die von diesen Kolonien dorthin ausgeführten Artikel stammen zu ungefähr 70 Prozent aus Europa oder Amerika; die Exporte von der Südsee nach den Kolonien werden fast sämmtlich nach europäischen und amerikanischen Häfen weiter verschifft, da in Australien kein Markt für Südsee-Produkte ist. Es bleibt somit auch in Bezug auf diese Kolonien wenig übrig, um den Anspruch, dass die bestehende Handels-Suprematie die politische Suprematie nach sich ziehen müsse, zu begründen. Die Zahlen beweisen vielmehr nur, dass das ganze Gerede von den überwiegenden Handels-Interessen Australiens in der Südsee auf Unkenntniss oder auf einer wissentlichen Entstellung der Thatsachen beruht.

Krauel.

Nr. 8449. GROSSBRITANNIEN. — Kolonialamt an das Ausw. Amt. — Beantragt die Proclamirung des britischen Protectorats über gewisse Punkte von Neu-Guinea unverzüglich herbeizuführen. [6.]

Colonial Office to Foreign Office.

Downing Street, August 28, 1884.

Nr. 8449. Gross-britannien. 28. Aug. 1884. Sir, — With reference to the decision of Her Majesty's Government to advise the Queen to establish Her Majesty's protectorate over the greater part of the coasts of New Guinea lying to the eastward of that part of the island which is claimed by the Government of the Netherlands, I am desired by the Earl of Derby to enclose a report taken from the "Times" of the 12th of this month of an answer given in Parliament by Mr. Gladstone to Sir W. McArthur, and to request that you will inform Earl Granville that circumstances render it most desirable, in Lord Derby's opinion, that the proclamation of the Queen's protectorate over so much of the island as it is intended to bring within the scope of it should no longer be delayed, and his Lordship therefore proposes, with Lord Granville's concurrence, to take immediate steps to give effect to Her Majesty's intention in this respect. || The portions of New Guinea over

which it is proposed that the protectorate of Her Majesty should extend consist of all the coasts of the island not in the possession of the Dutch Government, with the exception of that portion of the northern coast comprised between the 145th degree of east longitude and the eastern boundary of the territory claimed by the Dutch, including the small islands immediately adjacent to those portions of the coast over which the protectorate will extend. The 145th degree of east longitude is proposed as the western limit of the British protectorate on the northern coast, in order to include within it the territory owned by natives on the „Maclay coast," whose claim for such protection was a principal consideration with Her Majesty's Government when they determined to advise Her Majesty to assume this responsibility. The Maclay coast extends from the neighbourhood of the Cape Croisilles (which is to the eastward of longitude 145) to Cape King William, and south of this last-mentioned point commences the narrower portion of New Guinea, the whole of which it is necessary to bring under British control. || Lord Derby trusts, that Lord Granville will be able to signify at a very early date his concurrence in the course proposed to be taken in regard to this question. || I am, &c.

R. H. Meade.

New Guinea.

Sir W. McArthur asked the First Lord of the Treasury whether the "Protection" mentioned in Lord Derby's despatch of May 9, 1884, to the Governors of the Australian Colonies, as intended to be established in New Guinea, and towards the cost of which the Australian Colonies had agreed to pay 15,000*l.* for the year, would establish the complete jurisdiction of the British Government over New Guinea and the adjacent islands, so as to afford protection to the natives, not only against the lawlessness of British subjects, but against the lawlessness of the subjects of other nations.

Mr. Gladstone.—The protection mentioned in the despatch of Lord Derby is in the nature of a protection which Her Majesty's Government advised the Queen to establish over so much of the coast of New Guinea as lies to the eastward of the Dutch claim upon the southern coast of that island, but excluding portions on the northern side of the island. I cannot give a minute definition now of the line up to which this protectorate will extend, but within the limits of it, it will answer the purpose mentioned by my hon. friend in his question, that is to say, the jurisdiction of the Government will be sufficient to afford protection to the natives against lawless action, by whomsoever taken, whether by British subjects or foreigners. The jurisdiction does not extend to the islands to the north and east of New Guinea.

Sir H. Wolff asked whether the Government of the Netherlands had been communicated with on the subject.

Mr. Gladstone.—I do not see why there should by any communication with the Government of the Netherlands, inasmuch as everything to which

Nr. 8449. Gross-britannien. 28. Aug. 1884.

that Government lay claim has been carefully excluded from the arrangement.

Sir H. Holland asked whether an independent High Commissioner would be appointed to govern New Guinea.

Mr. Ashley replied, that the High Commissioner, when appointed, would be entirely independent of the Governor of Fiji.

Nr. 8450. DEUTSCHLAND. — Reichskanzler an den deutschen Geschäftsträger in London. — Ernennung von Kommissaren für die Verhandlungen mit England. [26.]

(Auszug.) Varzin, den 31. August 1884*).

Nr. 8450. Deutschland. 31. Aug. 1884.

Dem Berichte des Grafen Münster vom 9. d. M. habe ich entnommen, dass bei Besprechung der Südseefrage mit Lord Granville unsere nach Massgabe des Erlasses vom 2. d. M. von dem Herrn Botschafter zum Ausdruck gebrachten Wünsche eine entgegenkommende Aufnahme gefunden haben.

Euer Hochwohlgeboren ersuche ich demnach, Lord Granville zu sagen, dass wir dem Vorschlage, Kommissare behufs Auseinandersetzung unserer beiderseitigen Interessen in der Südsee zu ernennen, gern zustimmen.

Diesseits sind als Kommissare der Kaiserliche Generalkonsul Dr. Krauel in Sydney und der Konsulatsverweser Legationsrath Dr. Stübel in Apia in Aussicht genommen. Als Sitz der Kommission erscheint das Gebiet, um welches es sich handelt, oder etwa Levuka, besonders geeignet. Eine europäische Oertlichkeit würde bei Erkundigungen und Rückfragen viel Zeit erfordern und die Betheiligung ortskundiger Personen erschweren. Ich ersuche daher Euere Hochwohlgeboren, der grossbritannischen Regierung Levuka in Vorschlag zu bringen. Für uns kommt hierbei, wie ich hinzufüge, noch besonders in Betracht, dass Generalkonsul Krauel in Angelegenheit der Fidji-Reklamationen sich ohnedies dorthin begiebt. || Es liegt uns zunächst nur daran, mit England uns darüber zu verständigen, auf welchem Wege die Grenze der beiderseitigen Interessen in der Südsee sich am besten ermitteln lässt. || Ich ersuche Euere Hochwohlgeboren, mich von der Aufnahme, welche diese Mittheilung findet, seiner Zeit in Kenntniss zu setzen und die Namen der von der englischen Regierung für die Verhandlungen eventuell in Aussicht genommenen Kommissare mitzutheilen.

---

*) Laut Schreibens des Barons von Plessen vom 4. September [Nr. 27 des Weissbuchs] hat er an diesem Tage der engl. Regierung eine entsprechende Mittheilung gemacht. Anm. der Red.

Nr. 8451. DEUTSCHLAND. — Derselbe an Denselben. — Verurtheilung und Begnadigung des engl. Kapitäns und des Regierungsagenten. [18.] (Nr. 8440.)

Nr. 8451. Deutschland. 8. Sept. 1884.

(Auszug.) Sydney, den 8. September 1884.

(Eingegangen in Berlin, den 21. Oktober 1884.)

Im Verfolg meines früheren Berichtes, betreffend die Beschwerde der Firma Robertson & Hernsheim gegen das Arbeiterschiff „Stanley", beehre ich mich ganz gehorsamst anzuzeigen, dass die beiden Angeklagten Kapitän Davis und Regierungsagent Mc. Murdo, nach ihrer Auslieferung an den High Commissioner for the Western Pacific, der ihnen zur Last gelegten Vergehen schuldig befunden und am 7. v. M. durch das zuständige Gericht in Suva, der Hauptstadt der Fidji-Inseln, unter Annahme mildernder Umstände, zu einer Gefängnissstrafe von drei Monaten verurtheilt sind. || Durch einen besonderen Gnadenakt des High Commissioner ist inzwischen bereits am 14. v. M. die Entlassung der Verurtheilten aus dem Gefängniss verfügt worden.

Krauel.

Nr. 8452. GROSSBRITANNIEN. — Geschäftsträger in Berlin an den deutschen Staatssekretär des Ausw. — Die Annexion von Neu-Guinea mit Ausnahme eines Theiles der Nordküste ist beschlossen*). [14.]

British Embassy, Berlin, September 19, 1884**).

Nr. 8452. Grossbritannien. 19. Sept. 1884.

M. le Secrétaire d'Etat, — As your Excellency is doubtless aware, verbal communications have recently passed between Her Majesty's Principal Secretary of State for Foreign Affairs and His Majesty's Ambassador at the Court of St. James with reference to the desire of the Imperial Government to come to a friendly understanding with the Government of the Queen as to the protection of British and German subjects in the South Sea Archipelago, and as to the limits of the islands and territories in those regions over which either country might seek to extend its interests and influence. || On that occasion his Excellency Count Münster observed, that there were parts of the wild country on the north side of New Guinea which might be available as a field for German enterprise, and Earl Granville informed the Ambassador that the extension of British authority in New Guinea, which would be shortly announced, would only embrace that part of the island which specially interests the Australian colonists, without prejudice to any territorial questions beyond those limits. || The result of the communications which have lately been going on between the Home and Colonial Governments is, that Her Majesty's Government now propose to proclaim and establish the Queen's prerogative over

*) Uebersetzung im Weissbuch No. 28.

**) Der Entwurf dieser Note wurde am 6. September dem Kolonial-Amt vom Ausw. Amt übersandt; ersteres sprach am 17. September seine Zustimmung zu derselben aus.

Nr. 8452. Gross-britannien. 19. Sept. 1884. all the coasts of New Guinea not occupied by the Netherlands Government, except that portion of the north coast comprised between the 145th degree of east longitude and the Eastern Dutch Boundary. || The British Protectorate will also include the small islands immediately adjacent to those portions of the coast over which it is established. || The 145th degree of east longitude has been fixed as the Western British limit on the northern coast, in order that it should embrace the territory owned by the natives on the Maclay Coast, whose claim for British protection has long been under the consideration of Her Majesty's Government, and was one of the principal reasons which determined the Cabinet to advise the Queen to assume the responsibility of establishing a protectorate in New Guinea. || The Maclay Coast extends to the southward as far as Cape King William, where commences that part of the coast extending to the Dutch Southern Boundary which for obvious reasons it is indispensable to bring under British control. || In making to your Excellency this communication, I am instructed by Earl Granville to add that Her Majesty's Government have been actuated by their earnest desire to promote the friendly understanding which the Government of the Emperor have proposed to establish with reference to these territorial questions. || I have, &c.

C. Scott.

Nr. 8453. **DEUTSCHLAND.** — Unterstaatssekretär des Ausw. an den deutschen Geschäftsträger in London. — Die beabsichtigte Ausdehnung des engl. Protectorats im Norden und Nord-Osten kommt der deutschen Regierung unerwartet; dieselbe behält sich ihre Stellungnahme dazu vor. [29.]

Berlin, den 25. September 1884.

Nr. 8453. Deutschland. 25. Sept. 1884. Euerer Hochwohlgeboren übersende ich anbei Abschrift eines Schreibens des hiesigen Königlich grossbritannischen Geschäftsträgers vom 19. d. M., wonach die britische Regierung beabsichtigt, alle Küsten von Neu-Guinea, welche nicht von den Niederlanden besetzt sind, mit alleiniger Ausnahme des Theiles der Nordküste, der zwischen dem 145. Grad östlicher Länge und der Ostgrenze der niederländischen Besitzungen belegen ist, unter britisches Protektorat zu stellen. Mitinbegriffen sollen die kleinen Inseln sein, welche sich in unmittelbarer Nähe der unter englischen Schutz zu stellenden Küstenstriche befinden. || Euer Hochwohlgeboren ersuche ich, in Erwiederung hierauf der dortigen Regierung mitzutheilen, dass wir von dem Inhalt des vorstehenden Schreibens Kenntniss genommen haben, dass aber die beabsichtigte Ausdehnung des britischen Protektorates im Norden und Nordosten von Neu-Guinea nach den bisherigen Auesserungen Lord Granville's uns unerwartet kommt und wir uns einstweilen vorbehalten, zu derselben Stellung zu nehmen. Unseres Erachtens werde auch über die Abgrenzung der beiderseitigen Interessensphären an jener Küsten-

strecke eine freundschaftliche Verständigung im Wege kommissarischer Verhandlungen anzustreben sein. || Ueber die Ausführung dieses Auftrages sehe ich Ihrem gefälligen Berichte entgegen. Busch.

Nr. 8453. Deutschland. 25. Sept. 1884.

Nr. 8454. DEUTSCHLAND. — Geschäftsträger in London an den Reichskanzler. — Granville wünscht die Verhandlungen zunächst in Europa zu führen. [30.]

London, den 27. September 1884.

Euerer Durchlaucht beehre ich mich mit Bezugnahme auf den hohen Erlass vom 25. d. M., betreffend die Südseefrage, beifolgend Abschrift eines Privatschreibens*) ganz gehorsamst einzureichen, welches Lord Granville bezüglich des Vorschlages, Kommissare behufs Auseinandersetzung der beiderseitigen Interessen in der Südsee zu ernennen, unter dem 25. d. M. an mich gerichtet hat. || Lord Granville spricht darin die Ansicht aus, dass es vortheilhafter sei, wenn die beiderseitigen Vertreter in Europa, anstatt in unmittelbarer Nachbarschaft von Australien, zusammenträfen und dass es nützlich wäre, wenn eine vorläufige Besprechung zwischen einer mit den Ansichten Euerer Durchlaucht besonders vertrauten und einer in der Sache bewanderten Persönlichkeit hier zunächst stattfinden würde.

Nr. 8454. Deutschland. 27. Sept. 1884.

Plessen.

Nr. 8455. DEUTSCHLAND. — Geschäftsträger in London an den Reichskanzler. — Die Annexion der Südküste durch England ist von der deutschen Regierung als berechtigt anerkannt. [32.]

London, den 8. Oktober 1884.

Euerer Durchlaucht habe ich mittelst Berichtes vom gestrigen Datum**) einen an Mr. Scott gerichteten Erlass Lord Granville's, betreffend die Südseefrage, einzureichen die Ehre gehabt. Bezüglich des Passus in dem Erlass, in welchem der Befriedigung darüber Ausdruck gegeben wird, dass die hiesige Regierung sich hinsichtlich des nunmehr getroffenen Arrangements in vollkommener Uebereinstimmung mit Deutschland befinde, erlaube ich mir ganz gehorsamst zu bemerken, dass Lord Granville mir gegenüber gestern auf eine Mittheilung hingewiesen hat, die der Herr Botschafter demselben in Folge des hohen Erlasses vom 2. August d. J.***) und des dem Erlass beigefügt gewesenen Promemoria gemacht hatte. Inhaltlich des letzteren habe die Kaiserliche Regierung den Wunsch der Australier, zu verhüten, dass sich eine fremde

Nr. 8455. Deutschland. 8. Okt. 1884.

---

*) Nicht abgedruckt. Anm. des Weissbuchs.
**) Nicht abgedruckt. Anm. des Weissbuchs.
***) Vergl. Nr. 8443.

Nr. 8455. Deutschland. 8. Okt. 1884.

Macht auf der südlichen Küste von Neu-Guinea an der Törres-Strasse, gegenüber von Queensland festsetze, als berechtigt anerkannt. Plessen.
An seine Durchlaucht den Fürsten von Bismarck.

Nr. 8456. GROSSBRITANNIEN. — Kolonialamt an die Admiralität. — Auftrag, das engl. Protectorat über die Südküste Neu-Guinea's zu proclamiren. [C—4217 Nr. 32.]

Nr. 8456. Grossbritannien. 8. Okt. 1884.

Downing Street, October 8, 1884.

Sir, — I am directed by the Earl of Derby to acquaint you that Her Majesty's Government have decided that the establishment of the Queen's Protectorate and jurisdiction over the southern coast of New Guinea to the eastward of the 141st meridian of East longitude, as explained by the First Lord of the Treasury in the House of Commons on the 11th August, should now be proclaimed, and to request the Lords Commissioners of the Admiralty to take the necessary steps for carrying the decision into execution. || 2. The Protectorate will for the present extend along the southern shore of New Guinea and over the country adjacent thereto, from the 141st meridian of East longitude before mentioned, eastward as far as East Cape, including any islands adjacent to the mainland in Goschen Strait, and to the southward of the said straits as far south and east as to include Kosman Island. No persons will be permitted to settle or acquire land within the Protectorate unless expressly authorised by an officer of Her Majesty's Government. || 3. Lord Derby understands, that the Commodore on the Australian Station is at present at Sydney awaiting instructions on this subject, and his Lordship will be obliged if the Lords Commissioners will instruct him by telegraph to proceed forthwith to New Guinea and proclaim Her Majesty's Protectorate as defined in this letter at a sufficient number of places along the coast. It is not possible to specify the points at which the flag should be hoisted, and other usual formalities gone through, and it may be desirable to leave these details to the discretion of the Commodore. || 4. The Lords Commissioners of the Admiralty were good enough to give directions for the detention at Cooktown of H. M. S. "Harrier", which is proceeding to New Guinea to convey Mr. Deputy Commissioner Romilly to New Guinea, and Lord Derby will be obliged if instructions are now given for the "Harrier" to proceed with Mr. Romilly to his destination. || 5. Some short time may elapse before the further arrangements for the Protectorate can be completed, and Lord Derby will be glad if the Lords Commissioners of the Admiralty can make provision for the presence of one or more of Her Majesty's ships on the protected coast during the remainder of this year. || I am, &c.

The Secretary to the Admiralty. Robert G. W. Herbert.

Nr. 8457. **GROSSBRITANNIEN.** — Geschäftsträger in Berlin an den deutschen Staatssekretär des Ausw.*) — Beschränkung des engl. Protectorats auf die Südküste**). [16.]

Berlin, October 9, 1884.

Nr. 8457. Gross-britannien. 9. Okt. 1884.

M. le Minister, — With reference to the Note which I had the honour to address to his Excellency Count Hatzfeldt on the 19th ultimo, in regard to the Protectorate which Her Majesty's Government propose to proclaim over part of the coast of New Guinea, I am now instructed by Her Majesty's Principal Secretary of State for Foreign Affairs to state to the Imperial Government that Her Majesty's Government have carefully considered the communication which Baron Plessen was instructed to make on the proposed limit of this Protectorate, and have decided that the declaration to be made shall limit the British Protectorate to the whole of the south coast, including the islands contiguous to it, instead of that which they had at first proposed. || This will be done without prejudice to any territorial question beyond these limits. || It is with great satisfaction, that Her Majesty's Government have come to an arrangement in which they find themselves in perfect accord with Germany. || In case any questions should arise as to those districts which lie beyond the limits described, Her Majesty's Government are of opinion that it would be better to deal with them diplomatically than to refer them to the Commission which it is proposed to appoint with regard to the islands of the Pacific. || I have, &c.

C. S. Scott.

His Excellency the Acting Minister for Foreign Affairs.

Nr. 8458. **DEUTSCHLAND.** — Unterstaatssekretär des Ausw. an den deutschen Geschäftsträger in London. — London wird als Sitz der Kommission acceptirt. [33.]

Berlin, den 13. Oktober 1884.

Nr. 8458. Gross-britannien. 13. Okt. 1884.

Euerer Hochwohlgeboren Berichte vom 27. v. M., sowie vom 7.***) und 8. d. M., betreffend die Südseefrage sind eingegangen. || Zu Ihrer Information übersende ich Ihnen anbei in Abschrift eine Note des hiesigen englischen Geschäftsträgers vom 9. d. M., mittelst deren die Königlich grossbritannische Regierung den Inhalt der Note des Mr. Scott vom 19. v. M. durch die Mittheilung modifizirt, dass sie ihr Protektorat in Neu-Guinea auf die Südküste mit Einschluss der in nächster Nähe dieser Küste liegenden Inseln zu be-

*) Uebersetzung im Weissbuch Nr. 31.

**) Verhandlungen über die Fassung dieser Note zwischen dem Ausw. Amt und Kolonialamt oder eine vorherige Mittheilung derselben an das Kolonialamt sind aus dem Blaubuch nicht ersichtlich. Anm. d. Red.

***) Nicht abgedruckt. Vergl. Anlage zu Nr. 8494.

Nr. 8458. Deutschland. 13. Okt. 1884.

schränken beabsichtigt. || Wir nehmen mit Befriedigung Akt von dieser Erklärung und freuen uns, dass die Königlich grossbritannische Regierung sich in dieser Frage in Uebereinstimmung mit uns befindet. Was das Privatschreiben Lord Granville's an Euere Hochwohlgeboren vom 25. v. M.*) anbetrifft, so sind wir bereit, dem darin ausgedrückten Wunsche entgegenzukommen, dass die zur Auseinandersetzung über einige andere Punkte in der Südsee in Aussicht genommenen kommissarischen Berathungen nach Europa verlegt werden. Demgemäss ist der mit den Südsee-Angelegenheiten besonders vertraute General-Konsul Dr. Krauel in Sydney, welcher für das bezügliche Kommissorium in Aussicht genommen ist, telegraphisch zur Herreise veranlasst worden, und hat sich derselbe bereits am 7. d. M. in Sydney eingeschifft. || Da Dr. Krauel auch für die kommissarische Untersuchung der Fidji-Reklamationen der Königlich grossbritannischen Regierung als deutscher Kommissar namhaft gemacht worden ist, würde es uns erwünscht sein und vielleicht auch der Königlich grossbritannischen Regierung zweckmässig erscheinen, wenn die kommissarischen Erörterungen über diese Angelegenheit zwischen Dr. Krauel und einem englischen Kommissar zunächst gleichfalls in Europa gepflogen werden könnten. || Wir glauben, dass London der geeignete Sitz für die kommissarischen Berathungen über beide Gegenstände sein würde. Insofern es auf Erörterungen an Ort und Stelle ankommen sollte, würden dieselben von deutscher Seite, sei es durch Dr. Krauel bei seiner Rückkehr nach Australien, sei es von einem anderen Kaiserlichen Beamten, vorgenommen werden können. || Ew. etc. ersuche ich ergebenst, Sich in vorstehendem Sinne gegen Lord Granville auszusprechen und über die Aufnahme dieser Mittheilung gefälligst zu berichten.

Busch.

Nr. 8459. GROSSBRITANNIEN. — Kommodore Erskine an die Admiralität. — Proclamirung des engl. Protectorats. Wortlaut der Proclamation. [148.]

"Nelson," at Port Moresby, New Guinea, November 11, 1884.

Nr. 8459. Gross-britannien. 11. Nov. 1884.

Sir, I have the honour to report the progress which I have so far made in the mission with which I have been entrusted. || 2. Having on my arrival at Brisbane on the 25th October received their Lordship's telegraphic instructions to proceed as ordered, I left Moreton Bay on the 27th ultimo and after a favourable passage, arrived and anchored in Port Moresby at 2 p. m., of the 2nd instant; on approaching the land, H. M. S. "Espiègle" was sighted and she entered the port shortly after us. || 3. Here I found H. M. S. "Raven," "Swinger" and "Harrier," which vessels had arrived at Port Moresby on the following dates respectively, viz., "Harrier," 21st October; "Raven," 25th Oc-

*) Vergl. Nr. 8454.

tober; "Swinger," 31st October. || 4. I found to my astonishment on arrival the British flag flying at Port Moresby, it having been hoisted on the 23rd October by Lieutenant Willcox, commanding the "Harrier," on the requisition of Mr. Deputy Commissioner Romilly; the correspondence which ensued on the subject is enclosed. || 5. In order to prevent the appearance of any contretemps, I took no further steps than to direct the Union Jack to be hauled down at sunset, and determined, notwithstanding the unauthorised ceremony which had already taken place, to carry out my instructions, and to hoist and salute the flag and to proclaim Her Majesty's Protectorate in as formal and thorough a manner as possible. || 6. Having procured the invaluable services of the Rev. Messrs. Chalmers and Lawes, I despatched the "Espiègle" and "Raven" to bring in the Chiefs living to the eastward and westward of Port Moresby, and having collected all the influential Chiefs in the Mosu and neighbouring districts, I invited them on board H. M. S. "Nelson," when I delivered an adress (copy enclosed) which was transladed and read to them in the native tongue by the Rev. Mr. Lawes. || 7. At this interview I took the opportunity of informing the natives, through their Chiefs, that it was the intention of Her Majesty to send a High Officer to live amongst them, and that on my departure from the New Guinea Coast, I had been instructed to leave Mr. Romilly in temporary charge of the Protectorate, and having introduced that officer to them, I enjoined them to bring any complaints they might have to his notice, and to submit to his authority and decision in all matters. At the same time I singled out "Boe Vagi" the most influential Chief in the Port Moresby District, and presented him with a handsome present in "trade," together with a stick six of which I had provided at Sydney mounted in silver, with a florin let into the head, that side on which Her Majesty's image and superscription is displayed being uppermost, and presented it to him as an emblem of his authority, and in order that, through the medium of one man in each district, all circumstances in which the interests of the natives were concerned might be brought to the notice of Her Majesty's Representative. I also presented 24 Chiefs of considerable importance with a small present of trade, and having shown them the wonders of the "Nelson" and fired two shells and some rounds of Nordenfelt and Gardner ammunition, they left for the shore. || 8. Between 8.15 and 9 p.m., the ships were illuminated by lights at the yard arms and in the gun ports, and several rockets fired, the "Nelson's" electric light and siren being also used, which had, I believe, considerable effect on the natives. || 9. On the following day at 8 a.m., I publicly proclaimed Her Majesty's Protectorate and hoisted the British flag with the usual formalities. Notes of the proceedings on this occasion, together with a copy of my proclamation and address are enclosed. || 10. On Friday the 7th instant, I left Port Moresby in H. M. S. "Nelson" and proceeded to Hall Sound; the "Raven" having returned the Motu Chiefs to their homes, joined me there at 6 p.m. On the following day, the Chiefs of the following tribes in the neighbourhood

Nr. 8459. Gross-britannien. 11. Nov. 1884.

of Hall Sound, vizt., Lodo, Naara, Maioo, and Kivori, came on board, when I addressed them in the same terms as on the previous occasion, and explained to them the meaning of the ceremony about to be performed on shore, and at the same time I selected "Lavao" the principal Lolo Chief to represent this district, and presented him with his stick. || 11. In the afternoon a landing party was transferred to the "Raven," and the British flag was hoisted in the village of Delena, the Proclamation having been first read with the same formalities as before, the "Nelson" and "Raven," firing a Royal salute. || 12. On Sunday I proceeded to the northward and anchored off the village of Motumotu, the Rev. Mr. Chalmers embarking in the "Raven," and picked up the Chiefs of the villages of Lesi, Iokea and Oiapu. These, together with eight of the Chiefs of the Motumotu district, came on board the "Nelson" and listened to my address which was translated to them with the liveliest interest. || 13. On the following morning, the 10th of November, the Proclamation was read and the British flag hoisted in a prominent position at the entrance of the river off the village of Motumotu, with the usual formalities, and in the presence of a large concourse of natives. An old Chief of Motumotu, Semese by name, was here selected by me as the representative Chief of this district, and present with his staff of office. || 14. The ceremony being concluded, I weighed and returned to Port Moresby, and arrived at 8 a.m. this day. || 15. It is my intention to proceed along the south-east coast of New Guinea and to hoist the flag at various places, probably at Kerepunu, Amazon Bay, South Cape, Dinner Island, East Cape and Testa Island, leaving the latter place for Sydney about the 27th instant. || I have, &c.

James E. Erskine, Commodore.

The Secretary of the Admiralty.

Proclamation.

Proclamation on behalf of Her most gracious Majesty Victoria, by the grace of God, of the United Kingdom of Great Britain and Ireland, Queen, Defender of the Faith, Empress of India, establishing a Protectorate of Her most gracious Majesty over a portion of New Guinea and the islands adjacent thereto.

To all to whom these presents shall come. Greeting.

Whereas it has become essential for the protection of the lives and properties of the native inhabitants of New Guinea, and for the purpose of preventing the occupation of portions of that country by persons whose proceedings, unsanctioned by any lawful authority, might tend to injustice, strife, and bloodshed, and who, under the pretence of legitimate trade and intercourse, might endanger the liberties and possess themselves of the lands of such native inhabitants, that a British Protectorate should be established over a certain portion of such country and the islands adjacent thereto

And whereas Her Majesty, having taken into her gracious consideration the urgent necessity of Her protection to such inhabitants, has directed me to proclaim such protection in a formal manner at this place: Now, I, James Elphinstone Erskine, Captain in the Royal Navy and Commodore of the Australian station, one of Her Majesty's Naval Aides-de-Camp, do hereby, in the name of Her most gracious Majesty, declare and proclaim the establishment of such Protectorate over such portions of the coast and the adjacent islands as is more particularly described in the Schedule hereunto annexed.

Nr. 8459. Grossbritannien. 11. Nov. 1884.

And I hereby proclaim and declare that no acquisition of land whensoever or howsoever acquired within the limits of the Protectorate hereby established will be recognized by Her Majesty. And I do hereby, on behalf of Her Majesty, command and enjoin all persons whom it may concern, to take notice of this proclamation.

Schedule.

All that portion of the southern shores of New Guinea commencing from the boundary of that portion of the country claimed by the Government of the Netherlands on the 141st meridian of east longitude to East Cape, with all islands adjacent thereto south of East Cape to Kosman Island, inclusive, together with the islands in the Goschen Straits.

Given at the harbour of Port Moresby on the 6th day of November 1884*).

James E. Erskine, Commodore.

God save the Queen!

Nr. 8460. GROSSBRITANNIEN. — Kolonialamt an den General-Major Scratchley. — Ernennung zum Kommissar für Neu-Guinea. Instruction. [42.]

Downing Street, November 17, 1884.

Sir, — You are aware that steps have been taken to proclaim Her Majesty's Protectorate and jurisdiction over the southern shore of New Guinea and the country adjacent thereto, from the 141st meridian of east longitude

Nr. 8460. Grossritannien. 17. Nov. 1884.

---

*) Der letzte Absatz erhielt später unter Beibehaltung des ursprünglichen Datums folgende Fassung: [Blaubuch No. 167]. (Vergl. No. 8467)

All that portion of the southern shores of New Guinea commencing from the boundary of that portion of the country claimed by the Government of the Netherlands on the 141st meridian of east longitude to East Cape, with all islands adjacent thereto south of East Cape to Kosmann Island inclusive, together with the islands in the Goschen Straits, and also the D'Entrecasteaux Group, and smaller islands adjacent.

Given on board Her Majesty's ship "Nelson," at the Harbour of Port Moresby, on the 6th day of November 1884.

James Elphinstone Erskine, Commodore.

God save the Queen! Anm. d. Red.

Nr 8460. Gross-britannien. 17. Nov. 1884.

eastward as far as East Cape, including any island adjacent to the mainland in Goschen Straits, and to the southward of the said Straits as far south and east as to include Kosman Island. || 2. I am now directed by the Earl of Derby to inform you, that Her Majesty has been pleased to appoint you to be her Special Commissioner, to exercise her authority within this Protectorate, and that the necessary Commission will shortly be transmitted to you. || 3. Until Her Majesty shall be pleased to make further provision for administering law in the Protectorate, that territory, as well as all other parts of New Guinea up to the 143° east longitude, remain under the operation of the Western Pacific Orders in Council; it is, therefore, necessary that you should be enabled to exercise the authority which is vested by those Orders in the deputies of the High Commissioner, and Sir William des Voeux has been instructed to forward to the care of the Governor ef New South Wales an instrument appointing you to be a Deputy Commissioner. As it is proposed to place a steamer at your disposal for the duties of the Protectorate, you will have more ready means of access to the islands near New Guinea than are at the command of the High Commissioner, and it has accordingly been decided that your powers as Deputy Commissioner shall extend to the islands lying to the north of latitude 15° south, and to the west of longitude 160° east, and for so much of the Solomon Island as lies beyond those limits. Copies of the Western Pacific Orders in Council of 1877, 1879 and 1880 are forwarded herewith. || 4. You will, hovewer, be independent of the High Commissioner in respect to the Protectorate, and will correspond direct with the Secretary of State for the Colonies as regards matters occurring beyond the Protectorate; but within the limits assigned to you as Deputy Commissioner you will act on your own discretion, without referring to the High Commissioner for instructions; but you should, as far as practicable, inform him of your proceedings. || 5. The Australian Colonies have agreed to provide 15,000 *l.* during the year ending June 1, 1885, for the expenses of the Protectorate, and upon your arrival in Australia you will ascertain by communication with the several Governments whether the Colonies will provide in subsequent years a sum adequate to the due maintenance of the Protectorate, as it is clearly understood that the Protectorate is established at the desire of the Colonies, and is not to be a source of expense to this country. You will, therefore, fully understand that you are not to contemplate or to incur any expense in New Guinea for providing buildings for yourself or your officers until the wishes of the Colonies as to the continuance of the Protectorate have been ascertained, and the necessary funds provided. || 6. Upon your arrival in New-Guinea you will place yourself in communication with Mr. Romilly, a Deputy Commissioner of the Western Pacific, who has been placed in temporary charge of the Protectorate pending your arrival, and will take over the charge from him. || 7. You will be supplied in Sydney with a copy of the instructions given to him by the Commodore when leaving him in charge,

8. It is not possible for Lord Derby, with the limited information which he possesses as to the circumstances of the country, to now give you instructions in detail respecting the duties which you will have to perform as Special Commissioner. You should proceed to make yourself acquainted with the country, its harbours and general features; and you should lose no time in entering into friendly relations with the natives, and in endeavouring by all means in your power to inspire their confidence, and acquire their goodwill. || 9. You will especially make it your duty to explain to them that Her Majesty, in taking them under her protection, has their welfare in view, and that you are sent to secure to them the safety of their persons, the enjoyment of their property, and particularly to protect them from being deprived of their lands by force or fraud. At the same time you will make it known to them that if it shall be decided to allow Her Majesty's subjects or others to purchase land, such transactions must in every case be conducted through you; that their wishes in these matters will be respected, and that the purchase money will be paid through you to them, unless in any case it shall appear desirable to apply it in their behalf for some object in which they are directly interested. You will also explain carefully, and satisfy yourself that they comprehend, that by the sale of land they deprive themselves of all further claim to it, and that it becomes the absolute property of the purchasers. In the event of any such purchases being made, it will be your duty to see that both parties agree as to the boundaries of the land, and that these boundaries are defined by beacons or other easily recognisable marks. All such transfers should be carefully recorded in a register, and all subsequent transactions must be similarly recorded, or they will not be recognized by Her Mayesty's Government. || 10. You should give all proper encouragement to peaceful and legitimate trade between the natives and persons who may visit the Protectorate; and in this, and in other matters, you will, doubtless, receive willing and efficient aid from the missionaries who have settled in New Guinea, and established a friendly intercourse with the natives. || 11. It will, however, be your duty to prohibit all dealings with the natives in arms or ammunition, explosive substances, or spirituous liquors, and to enforce by all means in your power the regulation issued by the High Commissioner on the 5th of April 1884, to prohibit the supply of arms, ammunition and explosive substances to natives of the Western Pacific Islands; a copy of this regulation is enclosed. || 12. It is probable that attempts may be made to engage labourers for Queensland, and, possibly, other places, from among the natives in the Protectorate; and should such attempts be made, it will be your duty to place every lawful obstacle in their way. Natives from New Britain and other islands near the Equator have proved not to possess the physique required for continuous labour, and heavy mortality followed their introduction into Queensland. The Government of that Colony have, in consequence, prohibited their further engagement by vessels sailing from Queensland ports. It will be your

Nr. 8460. Grossbritannien. 17. Nov. 1884.

duty to second these praiseworthy efforts of the Colonial Government, and to prevent the recruiting of natives of the Protectorate for employment away from their own country. || 13. Power is given to you by your Commission to appoint such necessary officers as you may think expedient; but at present you should make no other appointments than of an officer to give you general assistance, and of a private secretary. You are at liberty to appoint Mr. Romilly to the former of those two positions; the experience he already possesses of affairs in New Guinea and its neighbourhood should prove of value to you, and as he is a Deputy Commissioner for the Western Pacific, you will be able to utilize his services within the Protectorate or beyond it, should you find it advisable to detach him for serrices to which you cannot personally attend; it being intended that in both capacities he should act under your immediate instructions. || 14. After your arrival in Australia you should report to me whether you find other officers indispensable, and you will be at liberty to engage such as appear to you absolutely necessary, bearing in mind that the funds provided by the Colonies must not in any event be exceeded. || 15. It is also desirable that you should as soon as possible after arrival report what arrangements you will be able to make for locomotion, and for keeping up communication with the Colonies and with England. You are, doubtless, aware that mail steamers run regularly through Torres Straits, calling both ways at Thursday Island. || I am, &c.

Robert G. W. Herbert.

Nr. 8461. **DEUTSCHLAND.** — Botsch. in London an den Reichskanzler. — Kompetenz der Kommission. [34.]

(Auszug.) London, den 22. November 1884.

Nr. 8461. Deutschland. 22. Nov. 1884.

Unter Bezug auf den hohen Erlass vom 13. v. M., betreffend die Südseefrage, beehre ich mich, Euerer Durchlaucht gehorsamst zu berichten, dass Lord Granville mir heute eine offizielle Erwiderung auf die diesseitigen Mittheilungen hat zugehen lassen. || Inhaltlich derselben stimmt die hiesige Regierung unseren Vorschlägen bezüglich der in London abzuhaltenden kommissarischen Berathungen über die Südsee- und Fidjiangelegenheiten zu. Sie will einen Kommissar ernennen, sobald der mit den Fidjiangelegenheiten vollständig vertraute Kolonial-Sekretär Mr. Thurston, welcher auf dem Wege nach England ist, in London eingetroffen sein wird, da sie wünscht, sich zuvor mit diesem über die in Frage stehenden Angelegenheiten zu benehmen. || Lord Granville bemerkt schliesslich, dass es wohl selbstverständlich sei, dass die Vollmachten dieser Kommission darauf beschränkt werden, den beiderseitigen Regierungen ihre Vorschläge zur Prüfung vorzulegen.

Münster.

Nr. 8462. GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Berlin an den engl. Min. des Ausw. — Gerüchte über beabsichtigte engl. Annexion der Samoa- und Tonga-Inseln. [57.]

(Received by Telegraph, December 1.) Berlin, December 1, 1884.

Nr. 8462. Gross-britannien. 1. Dec. 1884.

My Lord, — I have the honour to report, that Prince Bismarck told me to day, in the course of conversation, that he had received a telegram from the German Consul at Samoa, to the effect that the King was endeavouring to obtain for that island British Protectorate. || The Chancellor said, that this step would create a very bad effect in this country, as the Germans had for some years past been interested in the island, and the Reichstag had already had before it for consideration the question of a subsidy to a Hamburgh house trading with Samoa. The Prince added, that he trusted that I should be able to give him an assurance that Her Majesty's Government had no intention of annexing the island. || I am informed by Mr. Meade, that there are apprehensions in New Zealand that the Imperial German Government may, sooner or later, annex both Samoa and Tonga. || Will your Lordship authorise me to state to Prince Bismarck, that Her Majesty's Government will give positive assurances that the independence of both places will be respected by them, provided that reciprocal assurances are made to the Queen's Government by that of His Majesty the Emperor? || I have, &c.

Edward B. Malet.

Nr. 8463. GROSSBRITANNIEN. — Min. des Ausw. an den engl. Botschafter in Berlin. — England wird die Unabhängigkeit der Samoa- und Tonga-Inseln respectiren. [57.]

Telegramm.

Nr. 8463. Gross-britannien. 4. Dec. 1884.

December 4, 1884.—Your Despatch of the 1st has been received, and Her Majesty's Government authorise your Excellency to give assurances, that they will respect the independence of Samoa and Tonga, provided that they receive reciprocal assurances from the German Government. || You may add that, pending the result of the discussion which has been agreed to by the two Governments, Her Majesty's Government do not contemplate any fresh arrangements in the Pacific.

Nr. 8464. GROSSBRITANNIEN. — Kolonialamt an die Admiralität. — Die 'd'Entrecasteaux-Inseln' sind in das Protectorat einzuschliessen. [61.]

Downing Street, December 6, 1884.

Nr. 8464. Gross-britannien. 6. Dec. 1884.

Sir, — With reference to recent correspondence respecting the New Guinea Protectorate I am directed by the Earl of Derby to acquaint you, for

Nr. 8464. Gross-britannien. 6. Dec. 1884.

the information of the Lords Commissioners of the Admiralty, that Her Majesty's Government have decided that the Protectorate should include the d'Entrecasteaux group of islands on the South-East Coast. || Lord Derby understands, that one of Her Majesty's ships is now awaiting orders at Cooktown; and his Lordship requests that their Lordships will be so good as to send telegraphic instructions to the Commodore on the Australian Station to direct that or some other vessel to proceed without delay for the purpose of proclaiming the Queen's Protectorate over these islands and any smaller islands adjacent to them. It is desirable, that he should inform Mr. Romilly when he has done so. || I am, &c.

Robert G. W. Herbert.

The Secretary to the Admiralty.

Nr. 8465. GROSSBRITANNIEN. — Kolonialamt an das Ausw. Amt. — Neu Seeland befürwortet die Annexion der Tonga- und Samoa-Inseln. [64.]

Downing Street, December 11, 1884.

Nr. 8465. Gross-britannien. 11. Dec. 1884.

Sir, — I am directed by the Earl of Derby to transmit to you to be laid before Earl Granville, a copy of a telegram*) from the Governor of New Zealand expressing the hope of his Government that in the forthcoming negociations with Germany and France, Samoa and Tonga may be secured for New Zealand.

I am also to transmit a copy of a further telegram from Sir Wm. Jervois, from which it appears that he has forwarded to the Secretary of State a petition from the King and chiefs of Samoa to Her Majesty to annex this group of islands.

Lord Derby proposes**) to reply***) to these telegrams that the representations of the New Zealand Government have received due attention, but that foreign interests in the islands mentioned preclude Her Majestys Government from accepting the cession of the Navigator Islands, and that the German Government has recently expressed its desire that no step may be taken by this country which could affect German interests in those islands. || I am, &c

John Bramston.

---

*) Datirt vom 19. November 1884 [No. 46 des Blaubuchs].
**) Datirt vom 6. December 1884 [No. 60 des Blaubuchs].
***) Granville stimmte dieser Antwort durch Schreiben vom 20. December bei [77].
Anm. der Red.

Nr. 8466. **DEUTSCHLAND.** — Telegraphische Berichte des Kommandanten S. M. S. Elisabeth an die Kaiserliche Admiralität und des Kaiserlichen Kommissars in Neu-Britannien an das Auswärtige Amt dd. Cooktown, den 17. Dezember. [36.]

Inhalt:

Nr. 8466. Deutschland. 17. Dec. 1884.

Die von Reichsangehörigen gemachten Landerwerbungen sind durch Abschluss von Verträgen mit den Häuptlingen unterstützt worden. Zum Schutze derselben haben unsere Kriegsschiffe an einigen Punkten der Nordküste von Neu-Guinea, östlich von der niederländischen Grenze und im Neu-Britannia-Archipel die deutsche Flagge gehisst.

Nr. 8467. **GROSSBRITANNIEN.** — Gouverneur von Neu-Süd-Wales an den Min. der Kolonien. — Annexion der d'Entrecasteaux-Inseln. [151.]

(Received January 28, 1885.) Sydney, December 17, 1884.

Nr. 8467. Grossbritannien. 17. Dec. 1884.

My Lord, — On the receipt of your Lordship's telegram of the 12th instant*), informing me that it had been decided to include the d'Entrecasteaux group and the small adjacent islands under the Protectorate of the southern coast of New Guinea, I conferred with Commodore Erskine as to the most advisable course to be adopted to carry out your Lordship's instructions. || 2. We came to the decision, that it would be unadvisable to cancel the previous Act of Proclamation, and that the object would be best obtained by adding to the Schedule after the word "Goschen Straits" the following: "and also the d'Entrecasteaux group and smaller islands adjacent thereto." || 3. I consequently directed that 200 copies of the amended Proclamation should be printed for the Commodore (one hundred of which are on strong cotton). These Proclamations will be forwarded by Commodore Erskine to the Naval Commander now at Port Moresby, and to Mr. Romilly, to take the place of the previous Proclamation. || 4. I have the honour to enclose a copy of the amended Proclamation herewith. || 5. I further enclose copies of telegram and correspondence which I have addressed to the Governors of Victoria, South Australia, Tasmania, Western Australia, New Zealand and Queensland, informing them of your Lordship's instructions, and enclosing copies of the Proclamation and schedule as published in the Official Gazette of this Colony. || I have, &c. Augustus Loftus.

The Right Hon. the Earl of Derby, K.G., &c.

---

*) Dasselbe lautet [No. 65]: Dec. 12, 1884.—Naval Officer Commanding has been instructed to included d'Entrecasteaux in the schedule proclamation. Request Australasian Governments notification published in Gazettes. Anm. der Red.

Nr. 8468. **GROSSBRITANNIEN.** — Min. des Ausw. an den engl. Botschafter in Berlin. — Deutschland rechnet darauf, dass vor Abschluss der Unterhandlungen keine neuen engl. Annexionen vorgenommen werden. [73.]

Foreign Office, December 19, 1884.

Nr. 8468. Gross-britannien. 19. Dec. 1884.

Sir, Count Munster called at this office on the 15th instant, to say that Prince Bismarck was very glad to learn from the memorandum which Your Excellency had delivered to him that Her Majesty's Government had the best intentions towards the German Government in respect of Samoa and Tonga, and his Excellency was instructed to thank me for this communication. || His Excellency observed, that some private individuals had been working in those islands for British annexation, and it would be desirable if the Government of Samoa should be informed that such a mouvement was disapproved by Her Majesty's Government. || As to the proposal of an engagement to respect the independence of Somoa and Tonga, the German Government had already declared in 1879 and in 1880 their willingness to do so, and they were now quite willing to enter into negotiations for that object. || With regard to the South Sea Islands, his Excellency observed that the Australian Colonies laid claim to them, and the annexation of a portion of New Guinea had placed Germany at some disadvantage, but the German Government took notice of the assurance of Her Majesty's Government that no further annexation would take place until after the proposed discussion as to the British and German interests in the South Seas had taken place. || I have, &c.

Granville.

His Excellency Sir E. B. Malet, K.C.B., &c.

Nr. 8469. **GROSSBRITANNIEN.** — Kolonialamt an das Ausw. Amt. — Beantragt gegen die deutschen Annexionen energisch zu protestiren und sofort den Rest von Neu-Guinea für England zu sichern. [75.]

Downing Street, December 20, 1884.

Nr. 8469. Gross-britannien. 20. Dec. 1884.

Sir, — I am directed by the Earl of Derby to acknowledge the receipt of your letter of the 19th instant, stating that the British Ambassador at Berlin had been informed by Prince von Bismarck that the German flag had been hoisted at certain spots on the north coast of New Guinea and neighbouring islands. || Lord Derby would suggest that Sir Edward Malet should be instructed to protest strongly against the course taken in regard to New Guinea, and to ascertain more precisely the extent of the territory on the coast of New Guinea thus occupied, and whether the action taken was in pursuance of instructions from home. His Lordship would further recommend that in view

of this action on the part of the German Government, the Queen's Protectorate should at once be extended to the southernmost limit of this territory, and should include Long Island, Rook Island and the Louisiade Group. || I am, &c.

Nr. 8469. Gross-britannien. 20. Dec. 1884.

John Bramston.

Nr. 8470. GROSSBRITANNIEN. — Ausw. Amt an das Kolonialamt. — Zustimmung zur Ausdehnung des engl. Protectorats. [76.]

Foreign Office, December 20, 1884.

Sir, — With reference to your letter of to-day, recommending, by desire of the Earl of Derby, that in view of the action of the German Government in hoisting the German flag on the north coast of New Guinea and the neighbouring islands, the Queen's Protectorate should at once be extended to the southernmost limit of the territory thus annexed by Germany, and should include Long Island, Rook Island and the Louisiade group, I am directed by Her Majesty's Secretary of State for Foreign Affairs to request, that you will state to Lord Derby that Lord Granville has no objection to offer to the proposed extension of the British Protectorate. || I am, &c.

Nr. 8470. Gross-britannien. 20. Dec. 1884.

J. Pauncefote.

Nr. 8471. GROSSBRITANNIEN. — Kolonialamt an die Admiralität. — Die Ausdehnung des Protectorats ist telegraphisch anzuordnen. [79.]

Downing Street, December 21, 1884.

Sir, — I am directed by the Earl of Derby to transmit to you, to be laid before the Lords Commissioners of the Admiralty, copy of a letter from the Foreign Office, of the 19th instant, stating that Prince Bismarck had informed Her Majesty's Ambassador at Berlin, that the German flag has been hoisted at three places in New Guinea, and at ten places in New Britain, New Ireland and Sable Land. || This communication confirms the intelligence conveyed in your letter of the 17th instant, and I am now directed to acquaint you, that Her Majesty's Government have in consequence decided that the coast of New Guinea, from East Cape to Huon Gulf, at the point where the German Protectorate ceases, should, with the land adjacent, be brought under Her Majesty's protection and jurisdiction in the same manner as the southern coast and adjacent lands have already been brought, as far as East Cape; and I am to request, that the necessary instructions may be telegraphed to the Commodore. || I am, &c.

Nr. 8471. Gross-britannien. 21. Dec. 1884.

Robert G. W. Herbert.

Nr. 8472. **GROSSBRITANNIEN.** — General-Agent für Victoria an das Kolonialamt. — ‚Grenzenlose Erbitterung' in den australischen Kolonien über die deutschen Annexionen. [80.]

8, Victoria Chambers, Victoria Street,
Westminster, S.W., December 22, 1884.

Nr. 8472. Gross-britannien. 22. Dec. 1884.

My Lord, — I have the honour to enclose, for your information, copies of two telegraphic Despatches which I have received from my Government on the subject of alleged annexations of territory by the German Government in the South Seas.

2. I have further to request your Lordship's attention to the following resolutions adopted unanimously on the 5th of December 1883 by the Australasian Governments assembled at the Convention of Sydney:— || I. "That further acquisition of dominion in the Pacific south of the Equator by any foreign power would be highly detrimental to the safety and well-being of the British possessions in Australasia, and injurious to the interests of the Empire." || II. "That this Convention refrains from suggesting the action by which effect can best be given to the foregoing resolution in the confident belief that the Imperial Government will promptly adopt the wisest and most effectual measures for securing the safety and contentment of this portion of Her Majesty's dominions." || III. "That having regard to the geographical position of the Island of New Guinea, the rapid extension of British trade and enterprise in Torres Straits, the certainty that the island will shortly be the resort of many adventurous subjects of Great Britain and other nations, and the absence or inadequacy of any existing laws for regulating their relations with the native tribes, this Convention, while fully recognising that the responsibility of extending the boundaries of the Empire belongs to the Imperial Government, is emphatically of opinion that such steps should be immediately taken as will most conveniently and effectively secure the incorporation with the British Empire of so much of New Guinea, and the small islands adjacent thereto, as is not claimed by the Government of the Netherlands." || And I am to inquire whether Her Majesty's Government are prepared to recognise any such annexations if it should prove to be true that they have been attempted. || I have, &c.

Robt. Murray Smith.

Government of Victoria to Agent-General, December 20, 1884*).

(Telegraphic Despatch.)

"At last the end has come. Information received reliable source that Germany has hoisted flag on New Britain, New Ireland and north coast New

---

*) Aehnliche Vorstellungen gingen von andern Kolonien ein [No. 74, 90, 92, 98 des Blaubuchs]. Anm. der Red.

Guinea. The exasperation here is boundless. We protest in the name of the present and the future of Australia if England does not yet save us from the danger and disgrace, as far at least as New Guinea is concerned, the bitterness of feeling towards her will not die out with this generation. We now appeal in terms Lord Derby's Despatch, 11th January 1883 *), second paragraph."

Nr. 8472. Grossbritannien. 22. Dec. 1884.

Government of Victoria to Agent-General, December 21, 1884.

Telegraphic Despatch.

"We have reason to expect that Samoa and Tonga will follow next."

Nr. 8473. GROSSBRITANNIEN. — Admiralität an das Kolonialamt. Die Ausdehnung des Protectorats ist telegraphisch angeordnet. [81.]

Admiralty, December 22, 1884.

Sir, — With reference to your letter of the 12st instant, I am commanded by my Lords Commissioners of the Admiralty to request you will state to the Earl of Derby that the following telegram was despatched yesterday to Commodore Erskine at Sydney: — "Send ship to proclaim Protectorate New Guinea between East Cape and Huon Gulf up to German boundary. Hoist flag at various places. Dispatch is necessary. Report arrangements you make." || I am, &c.

Nr. 8473. Grossbritannien. 22. Dec. 1884.

Evan MacGregor.

Nr. 8474. GROSSBRITANNIEN. — Kolonialamt an die Admiralität. — Auch die Inseln sind in das Protectorat einzuschliessen. [82.]

Downing Street, December 22, 1884.

Sir, — With reference to your letter of this date, intimating that Commodore Erskine had been instructed by telegraph to proclaim Her Majesty's Protectorate over the coast of New Guinea, between East Cape and Huon Gulf, up to the German boundary, I am directed by the Earl of Derby to request that further instructions may be sent to the Commodore to extend the Protectorate to the Louisiade and Woodlark groups, and to Long Island and Rook Island, should it appear that the two last-named islands are not included in the German Protectorate. || I am, &c.

Nr. 8474. Grossbritannien. 22. Dec. 1884.

Robert G. W. Herbert.

The Secretary to the Admiralty.

---

*) Soll wohl heissen: "11th July 1883". Vgl. No. 8206. Anm. der Red.

Nr. 8475. **DEUTSCHLAND. —** Reichskanzler an die deutschen Missionen in London*), Paris, Madrid, Lissabon, Haag, Brüssel, Washington, Rom, Wien, St. Petersburg, Kopenhagen, Stockholm. — Die betreffende Regierung wird von der Errichtung des deutschen Protectorats benachrichtigt. [37.]

Nr. 8475. Gross-britannien. 23. Dec. 1884.

Berlin, den 23. December 1884.

Euere etc. ersuche ich ergebenst, die dortige Regierung mittelst einer Note, deren Entwurf hier beiliegt, von der jüngst erfolgten Unterstellung einiger Gebiete in der Südsee unter den Schutz des Reiches gefälligst amtlich zu benachrichtigen.

Zusatz für die Kaiserl. Botschaft in London:

Euere etc. wollen Lord Granville mündlich sagen, dass durch diese unsere Besitzergreifungen ebensowenig, wie durch die jüngst proklamirte Unterstellung der Südküste von Neu-Guinea unter britisches Protectorat, der in Aussicht genommenen kommissarischen Verhandlung über Abgrenzung der beiderseitigen Machtsphären in der Südsee präjudizirt werde.

von Bismarck.

An
die Kaiserlichen Missionen in London, Paris, Madrid, Lissabon, Haag, Brüssel, Washington, Rom, Wien, St. Petersburg, Kopenhagen, Stockholm.

Anlage.

Nachdem auf der östlich von der niederländischen Grenze gelegenen Nordküste von Neu-Guinea und auf den Inseln im neubritannischen Archipel Angehörige des deutschen Reiches Faktoreien begründet und durch Kaufverträge mit den Eingeborenen Landerwerbungen gemacht haben, sind die betreffenden Gebiete, vorbehaltlich wohlerworbener Rechte Dritter, unter den Schutz Seiner Majestät des Kaisers gestellt und ist die Deutsche Flagge zum Zeichen der Besitzergreifung daselbst gehisst worden.

Der Unterzeichnete ist angewiesen, der . . . . Regierung hiervon amtlich Mittheilung zu machen, und hat die Ehre, sich dieses Auftrages zu entledigen, indem er diesen Anlass benutzt, um Seiner etc. die Versicherung etc.

---

*) In London übergeben am 26. December [Blaubuch No. 91]. A. d. Red.

Nr. 8476. GROSSBRITANNIEN. — Gouverneur von Victoria an den engl. Min. des Ausw. — Verletzung der australischen Interessen durch die deutschen Annexionen. [161.]

(Received February 2, 1885.) Government House, Melbourne, December 24, 1884.

Nr. 8476. Grossbritannien. 24. Dec. 1884.

My Lord, — I have the honour to transmit a memorandum which has been sent to me by Mr. Service, with reference to the recent annexation of part of the North Coast of New Guinea by Germany, in which he expresses the views of the Government of Victoria upon the present position of the Colonies in relation to that question, and his reasons for believing the Australian Colonists may rely with confidence, that their interest in the island of New Guinea will be secured by Her Majesty's Imperial Government, and that consequently Her Majesty's Government will not acknowledge the action taken by Germany with respect to the establishment of a protectorate over any part of that country. || I have, &c.

Henry B. Loch.

Memorandum for His Excellency the Governor.

Premier's Office, Melbourne, December 20, 1884.

Mr. Service begs to draw your Excellency's serious attention to the attached clipping from a second edition of "The Age" newspaper of the 19th instant, headed "German Annexation in the Pacific," also to a clipping from "The Argus" of the 20th idem on the same subject. || The intelligence therein conveyed of definite steps being taken by Germany to annex or establish a Protectorate, not only over the more important islands of the Western Pacific, but even in the Northern portion of New Guinea, has already created consternation in this community.

2. The surprise thus created is based upon the following facts:— || Your Excellency is aware that the Convention which met in Sydney last year, representing the Governments of all the British Colonies of Australasia, passed, as the first of its resolutions, the following, viz.:—"That further acquisition of dominion in the Western Pacific, south of the equator, by any foreign Power would be highly detrimental to the safety and well-being of the British possessions in Australasia, and injurious to the interests of the Empire." || The Right Honourable the Secretary of State for the Colonies, writing subsequently to this, viz., on the 9th May 1884, gave this assurance, viz:— || "Her Majesty's Government are confident, that no foreign Power contemplates interference with New Guinea." || Again, in the House of Commons on the 24th October 1884, the Lord Mayor asked, whether the Government had come to an understanding with Germany as to the occupation by the latter Power of the northern portion of New Guinea, to which the Honourable Mr. Evelyn

Nr. 8476. Gross-britannien. 24. Dec. 1884.

Ashley replied; || "The answer is in the negative." || Prior to this, on the 2nd of July 1883, the Earl of Derby had publicly announced in the House of Lords, that it would be regarded as an "unfriendly act" if any other country attempted to make a settlement on the coast of New Guinea. || Further, in the telegram announcing General Scratchley's appointment as High Commissioner to control the New Guinea Protectorate, it was stated that he would also be Deputy Commissioner for portions of New Guinea outside the Protectorate.

3. In view of all these assurances, Mr. Service submits, that Australian Colonists were entitled to rest in perfect confidence that their interest in the neighbouring island of New Guinea was secured by Her Majesty's Imperial Government, and it must be supposed that the reported action of a foreign Power, if it be a fact, is without the knowledge or consent of Her Majesty's Government. Yet the reports are so detailed and circumstantial, and, furtheri so entirely in accord with the published utterances of the German Chancellor, that it seems vain to doubt them.

4. Mr. Service must, in duty to this Colony, represent to your Excellency that not only surprise but indignation will be the feeling here, if the reports referred to should prove to be true. That feeling will no doubt be intensified, by the recollection, that when Colonists acted in their own interests and hoisted, in Her Majesty's name, the Union Jack in New Guinea, Her Majesty's Government thought fit to repudiate and cancel that proceeding, alleging (to quote from Lord Derby's despatch of 11th July 1883) that—"The apprehension entertained in Australia that some foreign Power was about to establish itself on the shores of New Guinea appears to have been altogether indefinite and unfounded."

In Mr. Service's communication of 18th June 1883, to his Excellency the Governor, Mr. Service in referring to this, and urging action by the Imperial Government, represented that:— || "Australia is, in this respect, fettered in her action by her forming part of the British Empire. She cannot take the course which her truest interest dictates without the authority of the Crown * * * * * a strong feeling of dissatisfaction will spread throughout these Colonies, if England, while holding Australia back from acting in her own interests, at the same time neglects to take a step which Australia deems essential to her future security and welfare." || The present position of matters is this, that Australia is not allowed to act for herself; neither will the Imperial Government act for her, and meanwhile she has to stand by and see territories, the possession of which she regards as essential to her safety and well-being, pass to another Power. || As one who strongly cherishes the connexion of the Colonies with the Empire, Mr. Service cannot adequately express the feeling of disappointment which he entertains at the want of response by Her Majesty's Government to the aspirations of the Colonies. || Whether this report should prove to be true, or whether exaggerated, in either case it illustrates the extreme unwisdom of slighting the perpetual and strong re-

presentations which haye unceasingly been adressed to the Imperial Government on this subject for the last 18 months.

Nr. 8476. Gross-britannien. 24. Dec. 1884.

5. But in the present situation it becomes necessary to consider what is yet practicable. In Lord Derby's despatch of the 11th July 1883, before referred to, it is stated that "If there had been any evidence of the intention which is said to have been apprehended, of a foreign Power to take possession of any part of New Guinea, the views and proposals of the Colonial Government could have been placed before Her Majesty's Government by telegraph, and if the circumstances had justified immediate action, it could have been taken without a delay of more than a very fews hours." || Mr. Service now submits to your Excellency the evidence of the accompauying reports which can be confirmed or disproved by the Commodore on the Australian station. Mr. Service now records the request already verbally made, that your Excellency will be pleased to telegraph the intelligence to the Secretary of State, with a request that steps may be at once anthorised by telegraph, to save to Australasia such of the neighbouring islands as are yet available.

6. Mr. Service further asks your Excellency to convey his strong protest, on behalf of the Colony of Victoria, against the inaction which gives an open invitation to foreign Powers to come and take possession of lands in which no Power can be so much interested as the neighbouring and important communities of Australasia.

James Service, Premier.

Nr. 8477. DEUTSCHLAND. — Botsch. in London an den Reichskanzler. — Erledigung von Nr. 8475. [38.]

London, den 29. December 1884.

Nr. 8477. Deutschland. 29. Dec. 1884.

Die dem hohen Erlass vom 23. d. M. im Entwurf beigefügte Note, betreffs der jüngst erfolgten Unterstellung einiger Gebiete in der Südsee unter den Schutz des Reichs, habe ich der grossbritannischen Regierung unter dem 26. d. M. übersandt. Des ferneren Auftrages, zu sagen, dass durch diese unsere Besitzergreifungen ebenso wenig wie durch die jüngst proklamirte Unterstellung der Südküste von Neu-Guinea unter britisches Protektorat der in Aussicht genommenen kommissarischen Verhandlung über Abgrenzung der beiderseitigen Machtsphären in der Südsee präjudizirt werde, habe ich mich vor einigen Tagen Sir Julian Pauncefote und heute Lord Granville gegenüber mündlich entledigt. Lord Granville, dem die in Folge des hohen Erlasses vom 2. August d. J.*) meinerseits gemachten Eröffnungen nicht mehr ganz gegenwärtig zu sein schienen, war nicht in der Lage, weiter auf die Frage einzugehen.

Graf zu Münster.

Seiner Durchlaucht dem Fürsten von Bismarck.

---

*) Vergl. Nr. 8443.

Nr. 8478. **DEUTSCHLAND.** — Reichskanzler an den deutschen Botschafter in London. — Verhandlungen mit Mr. Meade.*) Widerlegung der Behauptung, dass das Vorgehen Deutschlands in Neu-Guinea mit einer früher gegebenen Zusage in Widerspruch stehe. [39.]

Berlin, den 29. December 1884.

Nr. 8478. Deutschland. 29. Dec. 1884.

Der in Eurer Excellenz gefälligem Bericht vom 10. d. M.**) erwähnte englische Konferenz-Delegirte Mr. Meade hatte vor einiger Zeit dem Unterstaatssekretär des Auswärtigen Amts den Wunsch nach einer vertraulichen Besprechung über Kolonial-Angelegenheiten ausgedrückt, die, wie er hinzufügte, dazu dienen solle, bestehende Missverständnisse aufzuklären und eine spätere amtliche Verständigung über Abgrenzung der beiderseitigen Interessensphären vorzubereiten. Bei der hierauf stattgehabten ersten Unterredung zwischen Dr. Busch und Mr. Meade entwickelte Letzterer folgende Vorschläge, die er als private, seiner persönlichen Initiative entspringende bezeichnete, für die er aber glaubte später die Genehmigung seiner Regierung beibringen zu können, falls sie uns annehmbar erschienen.

1. In der Südsee sollte das englische Protektorat sich über ganz Neu-Guinea (ausser dem holländischen Theile) mit Einschluss der Louisiaden und aller Inselgruppen in einer Entfernung von 20 bis 25 Seemeilen von der Küste erstrecken. || Dafür würde England das Protektorat Deutschlands über Neu-Britannien, Neu-Irland, Duke of York und andere angrenzende Inseln anerkennen. || Die übrigen, noch unter keiner anerkannten Herrschaft stehenden Inseln der Südsee, namentlich Samoa und Tonga, sollten durch internationale Vereinbarung neutralisirt werden. || Die Neu-Hebriden würde man Frankreich überlassen.

2. In Westafrika würde England uns, gegen Abfindung der englischen Privat-Interessenten, die vor Angra Pequena liegenden Inseln, ohne die Walfisch Bai, abtreten. || Wir sollten uns dagegen verpflichten, die unter den Schutz des deutschen Reichs gestellten Gebiete an der Goldküste, wie Bagaida, Togo u. s. w., zunächst England anzubieten, falls wir dieselben jemals aufzugeben Willens sein sollten. Obwohl mir diese Vorschläge nicht annehmbar erschienen, entsprach ich doch dem in Euerer Excellenz Bericht vom 10. d. M. ausgedrückten Wunsche Lord Granville's, Herrn Meade persönlich zu sehen, in der Hoffnung, dass unsere Unterredung dazu beitragen könnte, die Situation zu klären. Bei unserer Unterhaltung am 24. d. M. entwickelte Herr Meade auch mir gegenüber das oben wiedergegebene Programm.

Ich erwiederte ihm, dass nach unseren Nachrichten der Werth der Inseln bei Angra Pequena nach Erschöpfung der Guanolager auf das Robbenschlagen beschränkt sei. Die staatsrechtliche Bedeutung der Inseln sei nicht so gross,

*) Vgl. unten Nr. 8540 u. flg.

**) Nicht abgedruckt. Anm. des Weissbuchs.

Nr. 8478. Deutschland. 29. Dec. 1884.

um den Besitz unsererseits durch unverhältnissmässige Opfer zu erkaufen. Was die Südsee anlangt, so musste Herr Meade zugeben, dass weder in Neu-Guinea, noch im neu-britannischen Archipel irgend welche nennenswerthen englischen Niederlassungen beständen, und dass das Verlangen nach dem Besitz dieser Gebiete auf englischer Seite erst in dem Augenblicke lebendig geworden sei, wo die deutsche Unternehmung sich denselben zugewandt habe. || Ebenso konnte Hr. Meade nicht in Abrede stellen, dass die einzige Nation, für welche vermöge ihrer langjährigen Niederlassungen der neu-britannische Archipel von Werth sei, die deutsche ist. Hieraus ergiebt sich aber auch, dass für uns kein Anlass vorliegt, für die Anerkennung unseres Protektorats über dieses Inselgebiet anderweit Opfer zu bringen. || Zur Motivirung des von ihm vertretenen englischen Anspruchs auf den ganzen, nicht den Holländern gehörigen Theil von Neu-Guinea las Mr. Meade mir ein Telegram des Gouverneurs der Kolonie Victoria an das Kolonial-Amt vor,*) dessen starke Ausdrücke darauf schliessen lassen, dass dasselbe den Eindruck bei uns erzeugen sollte, als ob die Aufregung in Australien über eine Theilung des freien Gebiets von Neu-Guinea zwischen England und Deutschland als eine gröbliche Verletzung wichtiger Interessen Australiens angesehen werde. Ich machte ihn darauf aufmerksam, dass der öffentlichen Meinung in Australien die öffentliche Meinung in Deutschland gleichberechtigt gegenüberstände, ohne dass ich der englischen Regierung zumuthe, sich in ihren Entschliessungen darnach zu richten. || Als die Rede auf die anderen, nach dem Vorschlage des Herrn Meade zu neutralisirenden Inseln kam, bemerkte ich, wie auf den meisten jener Inseln die deutschen Niederlassungen prävalirten und die Neutralisirung derselben daher ein Zugeständniss nicht sowohl Englands, als Deutschlands sein würde. Insbesondere für Samoa komme das zwischen Deutschland, England und Nord-Amerika bestehende Abkommen in Betracht, dessen einseitiges Brechen Herr Meade selbst als eine “meanness” bezeichnen zu sollen glaubte. || Ein Verzicht Englands auf die neuseeländischen Annexionsbestrebungen hinsichtlich Samoa's könnte deshalb nicht als ein von uns zu erkaufendes Zugeständniss angesehen werden.

Schliesslich brachte Herr Meade zur Sprache, wie durch das jüngst gemeldete Vorgehen Kaiserlicher Kriegsschiffe an der Nordküste von Neu-Guinea die Kaiserliche Regierung sich in Widerspruch gesetzt habe mit einer der englischen Regierung ertheilten Zusage, bis zum Abschluss der in Aussicht genommenen Verhandlungen sich einer Besitzergreifung in Neu-Guinea zu enthalten. Er berief sich hierbei auf Noten, die im September und Oktober d. J. zwischen den beiden Regierungen gewechselt seien. || Ich erwiederte ihm, dass ich zwar an die thatsächliche Berechtigung seines Vorwurfes nicht glauben könne, mir aber eine weitere Aeusserung hierüber vorbehalten müsse, bis ich mich über die Einzelheiten näher informirt haben würde, da ich um die frag-

*) No. 8472.

Nr. 8478. Deutschland. 29. Dec. 1884.

liche Zeit von Berlin abwesend gewesen und mir der genaue Verlauf der bezüglichen diplomatischen Verhandlungon nicht gegenwärtig sei. || Ich habe inzwischen die diesseitigen Akten einer Durchsicht unterziehen lassen, und finde ich darnach, dass Herr Meade den Versuch gemacht hat, mir einen Widerspruch ins Gewissen zu schieben, der in der That nicht besteht. || Zu Ihrer Orientirung übersende ich Euerer Excellenz anbei einen Auszug aus den betreffenden Akten. || Nach dem darin resümirten Hergange kann ein Zweifel darüber nicht bestehen, dass die englische Regierung sich uns gegenüber durch die Note ihres Geschäftsträgers vom 9. Oktober d. J. in amtlicher Weise verpflichtet und ausserdem durch Proklamation und Aeusserungen im Parlament erklärt hat, ihr Protektorat auf die Südküste von Neu-Guinea zu beschränken. Eine Verpflichtung unsererseits, von denjenigen Massnahmen hinsichtlich Nord-Guineas Abstand zu nehmen, deren Anordnung bereits vorher im Sommer d. J. erfolgt war, liegt thatsächlich nicht vor. || Wäre uns eine solche Verpflichtung zugemuthet worden, so würden wir sie abgelehnt haben, mit dem Hinweis darauf, dass England nicht von uns das Beharren bei dem status quo verlangen könne, in demselben Augenblick, wo es selbst diesen status quo durch Besitzergreifung der Südküste im Wege der Proklamation ohne thatsächliche Besiedelung alterire.

Mit Rücksicht auf die in letzter Zeit von Lord Granville wiederholt abgegebenen Versicherungen, dass die englische Regierung unserer kolonialen Entwickelung in der Südsee wie in Westafrika sympathisch gegenüberstehe, kann ich nur annehmen, dass der Vorschlag des Mr. Meade zu einem Abkommen der Auffassung des englischen Auswärtigen Amts nicht entsprechen kann. Ich betrachte diesen Vorschlag vielmehr nur als ein neues Symptom dafür, dass die Gesinnungen Lord Granville's für uns wohlwollender sind, als die Politik des englischen Kolonialamtes. || Euere Excellenz ersuche ich ergebenst, diese Angelegenheit mit Lord Granville in vorstehendem Sinne zu besprechen und hierbei keinen Zweifel bestehen zu lassen, dass wir in einem nachträglichen Versuche, den deutschen Unternehmungen auf der Nordküste von Neu-Guinea zwischen der holländischen Grenze und dem Ostkap englischer- oder australischerseits Schwierigkeiten in den Weg zu legen, mit der uns seitens der englischen Regierung bei der Besitzergreifung von der Südküste ertheilten Zusage, das englische Protektorat auf diesen südlichen Theil der Insel zu beschränken, nicht würden in Einklang bringen können. || Wenn ich unter den Umständen auch von einer fortgesetzten Verhandlung mit Mr. Meade mir keinen Erfolg verspräche, so seien wir gleichwohl nach wie vor bereit, uns über die inneren Grenzen zwischen den beiderseitigen Protektoratsgebieten auf Neu-Guinea und wegen der Ausdehnung unserer beiderseitigen Machtsphären über die unabhängigen Inseln der Südsee, sowie die gegenüber den Angehörigen des andern Theils beiderseits zur Anwendung zu bringenden Grundsätze mit der englischen Regierung in der früher besprochenen Form kommissarischer Verhandlungen zu verständigen. von Bismarck.

Akten-Auszug, betreffend unsere Verhandlungen mit England über Neu-Guinea.

Nr. 8478. Deutschland. 29. Dec. 1884.

Schon im Juni d. J. zeigte uns eine Genossenschaft deutscher Reichsangehöriger an, dass sie im Begriff stehe, ein bereits im Jahre 1880 beabsichtigtes, unter dem Eindruck der Ablehnung der Samoa-Vorlage zurückgestelltes Unternehmen nach der Nord-Ostküste von Neu-Guinea und dem neubritannischen Archipel zur Ausführung zu bringen*). Sie verband hiermit den Antrag, dass ihr hierfür der Schutz der Kaiserlichen Regierung in demselben Umfange wie den deutschen Unternehmungen in Westafrika gewährt werden möchte. Diesem Antrage wurde seitens der Kaiserlichen Regierung entsprochen; unsere Konsularbeamten und Schiffskommandanten in der Südsee wurden schon damals ermächtigt, die unabhängigen Gebiete auf der Nordküste von Neu-Guinea, östlich von der holländischen Grenze, sowie im Archipel von Neu-Britannien, wo deutsche Niederlassungen beständen, oder Ländererwerbungen durch Reichsangehörige bewirkt würden, unter den Schutz Seiner Majestät des Kaisers zu stellen. Vermittelst des Erlasses an den Kaiserlichen Botschafter in London vom 2. August**) sprachen wir der englischen Regierung gegenüber den Wunsch aus, uns mit ihr über eine Abgrenzung der beiderseitigen Machtsphären in der ganzen Südsee und über die von jedem Theile den Angehörigen des anderen Theils gegenüber in Anwendung zu bringenden Grundsätze zu verständigen. In dem Promemòria, welches jenem Erlasse beigefügt war und dessen Inhalt später Lord Granville als aide-mémoire mitgetheilt wurde***), war mit Bezug auf Neu-Guinea ausdrücklich bemerkt, dass wir zwar den Wunsch der Australier, den der Kolonie Queensland gegenüberliegenden unabhängigen Theil der Südküste der Insel zu besitzen, für berechtigt, dagegen einen gleichen Anspruch auf die Nord-Ostküste für unberechtigt ansähen. An und für sich seien die unabhängigen Theile von Neu-Guinea ebenso berechtigte Zielpunkte deutscher wie englischer Unternehmungen. Wir beabsichtigten nunmehr, wie in Westafrika, so auch in der Südsee diejenigen Gebiete, welche durch vorherrschende Ausbreitung des deutschen Handels oder in Folge der Vorbereitungen zu dieser als geeignet dazu erschienen, unter den direkten Schutz des Reichs zu stellen. || Zufolge Berichts des Kaiserlichen Botschafters in London vom 9. August d. J.†) über Ausführung jenes Erlasses war Lord Granville auf unsere Anregung wegen einer freundschaftlichen Auseinandersetzung bereitwillig eingegangen. Bezüglich Neu-Guinea's äusserte er sich vertraulich, dass die Verhandlungen zwischen der englischen Regierung und der australischen Kolonie (Queensland) wegen Annexion des südlichen Theils von Neu-Guinea dem Abschlusse nahe seien. || Lord Granville erkannte ferner an, dass auf verschiedenen Inseln der Einfluss Deutschlands, auf anderen derjenige Englands vorwiege, dass aber auch Inseln vorhanden seien, wo die

*) Vergl. Nr. 8442.

**) Vergl. Nr. 8443.

***) Vergl dagegen unten Nr. 8543.

†) Vergl. Nr. 8445.

Nr. 8478. Deutschland. 29. Dec. 1884.

Interessen beider Länder anscheinend sich die Wage hielten; namentlich für diese sei eine eingehende gemeinschaftliche Prüfung und eine Verständigung erwünscht. || Ein gleichzeitig von dem Kaiserlichen Botschafter übersandtes Privatbillet Lord Granville's vom 9. August besagte: || "The extension of some form of british authority in New-Guinea which will be shortly announced, will only embrace that part of the island which specially interests the Australian Colonies, without any prejudice to any territorial questions beyond these limits." || (Die Ausdehnung der britischen Oberhoheit auf Neu-Guinea in irgend einer Form, welche nächstens bekannt gemacht werden soll, wird nur den Theil der Insel umfassen, welcher ein spezielles Interesse für die australischen Kolonien hat. Dies wird ohne Präjudiz für irgend welche territorialen Fragen jenseits dieser Grenzen geschehen.

Durch Erlass vom 31. August*) erklärten wir unsere Zustimmung zu der von Lord Granville gegebenen Anregung, unsere beiderseitigen Interessen in der Südsee zum Gegenstande einer kommissarischen Auseinandersetzung zu machen. Wir bezeichneten den Generalkonsul Dr. Krauel in Sydney und den Konsulatsverweser in Apia, Legationsrath Dr. Stübel, als unsere Kommissare und empfahlen als Sitz der Kommission: Levuka, da ohnehin Dr. Krauel schon angewiesen sei, sich als Kommissar für die Regelung der Fidji-Reklamationen dorthin zu begeben. || In einer Note des hiesigen englischen Geschäftsträgers vom 19. September**) — es ist dies das erste derjenigen Schriftstücke, auf welche Herr Meade seinen Vorwurf gründete — kündigte uns die grossbritannische Regierung überraschender Weise an, dass sie im Begriff stehe, ihr Protektorat über das ganze, nicht unter niederländischer Hoheit stehende Küstengebiet von Neu-Guinea mit einziger Ausnahme des zwischen der niederländischen Grenze und dem 145° östlicher Länge liegenden Strichs der Nordküste zu proklamiren. || Diese Mittheilung stand im Widerspruch mit unseren Vorschlägen für eine Verständigung vom August und mit den vorerwähnten Aeusserungen Lord Granville's. Herr von Plessen ward deshalb durch Erlass vom 25. September***) angewiesen, Lord Granville zu sagen, dass uns die beabsichtigte Ausdehnung des englischen Protektorats im Norden und Nordosten von Neu-Guinea nach den bisherigen Erklärungen unerwartet komme und wir uns vorbehalten müssten, zu derselben Stellung zu nehmen. Im Uebrigen werde unseres Erachtens sich die kommissarische Erörterung auch auf die Abgrenzung der beiderseitigen Interessensphären bezüglich jenes Küstenstrichs erstrecken können. || Freiherr von Plessen überreichte unter dem 27. September†) einen Privatbrief Lord Granville's vom 25. desselben Monats, worin der Wunsch ausgesprochen wurde, dass die kommissarischen Berathungen, welche für die Auseinandersetzung über die kleineren Inseln in

*) Vergl. Nr. 8450.
**) Vergl. Nr. 8452.
***) Vergl. Nr. 8453.
†) Vergl. Nr. 8454.

der Südsee in Aussicht genommen seien, lieber in Europa, statt in der unmittelbaren Nachbarschaft von Australien stattfinden möchten. In Folge dessen wurde unser Generalkonsul Dr. Krauel von Sydney hierher berufen. || Die mittelst botschaftlichen Berichts vom 7. Oktober angekündigte und unter dem 9. desselben Monats von dem englischen Geschäftsträger hier übergebene Note*) — es ist dies das zweite der von Herrn Meade angezogenen Schriftstücke — enthält die ausdrückliche Erklärung, dass die englische Regierung nach sorgfältiger Erwägung der von Baron von Plessen in Betreff der Grenze des englischen Protektorats in Neu-Guinea gemachten Mittheilung beschlossen habe, dieses Protektorat auf die südliche Küste mit Einschluss der vorliegenden Inseln zu beschränken, statt ihm die Anfangs beabsichtigte Ausdehnung zu geben. Dies werde ohne Präjudiz für irgend welche territorialen Fragen jenseits dieser Grenzen geschehen. || Die Note enthielt ferner den Wunsch, etwaige Fragen, welche in Betreff der ausserhalb der bezeichneten Grenze liegenden Distrikte von Neu-Guinea entstehen sollten, lieber diplomatisch zu regeln, als dieselben der Kommission zu überweisen, welche mit Bezug auf die Inseln in der Südsee einzusetzen beabsichtigt werde. (Diese Note ist der Kaiserlichen Botschaft mit Erlass vom 13. Oktober**) mitgetheilt worden.) Unter dem 8. Oktober***) berichtete Freiherr von Plessen, dass Lord Granville ihm gegenüber ausdrücklich auf den Passus des, dem Erlass vom 2. August beigefügt gewesenen Promemoria hingewiesen habe, wonach die Kaiserliche Regierung den Wunsch der Australier, zu verhüten, dass sich eine fremde Macht auf der südlichen Küste von Neu-Guinea festsetze, als berechtigt anerkenne. || Unter dem 11. Oktober†) reichte Herr von Plessen den Inhalt der englischen Proklamation ein, wonach das britische Protektorat über die Südküste von Neu-Guinea östlich vom 141 Grad östlicher Länge und über die vor diesem Küstenstrich liegenden Inseln erklärt wurde. || Auf eine Interpellation im Parlamente am 25. Oktober in Betreff der räumlichen Ausdehnung des britischen Protektorats auf Neu-Guinea antwortete der Unterstaatssekretär im Kolonial-Amt, Mr. Ashley, dass dieses Protektorat nur an der Südküste und über die vorliegenden Inseln proklamirt und dass es zur Zeit nicht möglich sei, die Inlandgrenzen des englischen Protektorats zu definiren; dasselbe werde sich soweit ausdehnen, als die lokalen Verhältnisse dies erfordern würden. || Das mit botschaftlichem Bericht vom 30. November††) eingereichte Blaubuch "New-Guinea and the Western Pacific Islands" (C. 4217) enthält eine Karte, welche die englische Protektoratsgrenze in Neu-Guinea

---

*) Vergl. Nr. 8457.

**) Vergl. Nr. 8458.

***) Vergl. Nr. 8455.

†) Der Bericht ist nicht abgedruckt. (Anm. des Weissbuchs.) Wegen des Wortlauts der Proklamation vergl. No. 8459.

††) Nicht abgedruckt. Anm. des Weissbuchs.

Nr. 8478. Deutschland. 29. Dec. 1884. auf die Südküste zwischen der holländischen Grenze und dem Ostkap unter Einschluss der unmittelbar vor dieser Küste liegenden kleinen Inseln mit deutlichen Linien beschränkt.

Nr. 8479. GROSSBRITANNIEN. — Gouverneur von Neu-Seeland an den Min. der Kolonien. — Erneutes Drängen, Samoa und Tonga zu annectiren. [97.]

(Telegraphic.) Received December 31, 1884.

Nr. 8479. Gross-britannien. 31. Dec. 1884. Intelligence has been received by my Ministry from Samoa to the effect, that the Petition which I forwarded to you 6th December, of the King and Chiefs for annexation to Great Britain or New Zealand, is a genuine expression of the views of the people of Samoa, who are especially desirous to come under British or New Zealand rule. It is urged by my Ministry, that both Samoa and Tonga should be annexed, and they are prepared to propose to Parliament that New Zealand shall bear the expense. Should Her Majesty's Government desire they are also prepared to take over government of Fiji. My Government propose, meanwhile, seven days hence to despatch New Zealand Government steamer to Samoa with the Colonial Secretary to accurately ascertain Samoan feeling.

Nr. 8480. GROSSBRITANNIEN. — Kolonialamt an das Ausw. Amt. — Die Handlungsweise der deutschen Regierung entbindet England von den übernommenen Verpflichtungen; Deutschland ist um Aufklärung zu ersuchen. — Die Abmachungen über Tonga und Samoa sind dadurch in Frage gestellt. [100, 102, 103.]

Downing Street, December 31, 1884.

Nr. 8480. Gross-britannien. 31. Dec. 1884. Sir, — In reply to your letter of the 20th instant, I am directed by the Earl of Derby to observe, that it appears from a telegram published in the "Daily News" newspaper of the 23rd instant, that the recent German annexations in New Guinea and the adjacent islands were effected by the "Hyaene" and the "Elizabeth," which left Sydney on the 23rd of September and the 16th of Oktober respectively. In view of these facts, and of Baron Plessen's note of the 27th of September, enclosed in your letter of the 29th of the same month, Lord Derby is of opinion that the action taken by the German Government before the meeting of the Commission which had been agreed upon, seems to entitle Her Majesty's Government to recover their freedom of action. || It was with this view that Lord Derby caused the letter from this Department of the 20th instant to be addressed to you. || I am &c.

John Bramston.

Nr. 8480. Gross-britannien. 31. Dec. 1884.

Downing Street, December 31, 1884.

Sir, — With reference to previous correspondence respecting the recent German annexation in the South Seas, including a portion of New Guinea, I am directed by the Earl of Derby to transmit to you, to be laid before Earl Granville, a copy of a letter from the Agent-General of Victoria, enclosing two telegrams which he had received from his Government on the subject. || As the German Chargé d'Affairs in London had, on the 27th September last, intimated that the delimitation of the areas which interest Germany and England on the north coast of New Guinea should, in the opinion of the German Government, be the subject of a friendly understanding by means of a Commission, the course now taken in proclaiming German jurisdiction over that coast, without any previous communication with Her Majesty's Government, appears to require explanation. || I am &c. John Bramston.

The Under Secretary of State, Foreign Office.

Downing Street, December 31, 1884.

Sir, — I am directed by the Earl of Derby to acknowledge the receipt of your letter of the 19th instant, enclosing a copy of a Despatch addressed by Earl Granville to Sir Edward Malet, reporting a verbal communication made to his Lordship by the German Ambassador in London, relating to the proposal for a mutual engagement between this country and Germany to respect the independence of Samoa and Tonga, and to the question of further annexation by Great Britain in the South Seas, pending the discussion which had been proposed as to British and German interests in those seas. || Before causing any communication to be made to the Samoan Government in the sense suggested by the German Ambassador, Lord Derby would be glad if Lord Granville would consider the point whether, after the course recently taken by Germany with regard to the annexation of a part of New Guinea and other places in the South Pacific Ocean, the arrangements and understandings referred to in the verbal communication made by Count Münster can be considered to be still in existence and binding. || I am also to suggest, for Lord Granville's consideration, whether, with reference to the concluding paragraph of his Lordship's Depatch of the 19th instant, it may not be desirable to intimate to the German Government that their action in New Guinea had rendered it necessary for Her Majety's Goverment to extend Her Majesty's protection over the remaining portions of New Guinea and the islands in the neighbourhoods. || I am, &c. John Bramston.

The Under Secretary of State, Foreign Office.

P.S. — I am also to acknowledge the receipt of your letter of the 30th instant, covering a copy of a Despatch to Sir Edward Malet on the same subject.

Nr. 8481. **GROSSBRITANNIEN.** — Minister der Kolonien an die Gouverneure von Neu-Süd-Wales, Victoria, Queensland und Süd-Australien. — Die deutschen Annexionen sind ohne Vorwissen der engl. Regierung vollzogen. [108.]

(Telegraphic.)

Nr. 8481. Gross-britannien. 3. Jan. 1885.

3rd January, 1885. — The German annexation in New Guinea has not been made in concert with the Government of this country. Her Majesty's Government are in communication with the Government of Germany on the subject. || In addition to the southern portion of the island, the British Protectorate now includes a considerable part of the north-eastern part, as well as the Louisiade, Woodlark, d'Entrecasteaux and other important islands.

Nr. 8482. **GROSSBRITANNIEN.** — Minister der Kolonien an den Gouverneur von Neu-Seeland. — Neutralisirung der Tonga- und Samoa-Inseln entspricht am besten dem britischen Interesse. [109.]

(Telegraphic.)

Nr. 8482. Gross-britannien. 3. Jan. 1885.

3rd January, 1885. — In reply to yours 31st December. Her Majesty's Government regret, that they are unable to meet wishes New Zealand Government. My telegram 24th ultimo reminded foreign interests Samoa and Tonga impede British annexation: see paragraph 3 letter to Agents-General, 31st August, 1883. German Government has given and received renewed assurance within last few days that independence of these islands shall be maintained. If, therefore, Colonial Government should unfortunately send Colonial Secretary Samoa, German Government would have strong justification for annexing islands accordingly. Her Majesty's Government hope that New Zealand Government will not preclude internationalization of the islands, which is obviously best course for British interests at present juncture.

Nr. 8483. **GROSSBRITANNIEN.** — Ausw. Amt an das Kolonialamt. — Konflikt der Samoanischen Regierung mit den Deutschen. Furcht der Samoaner vor Annexion durch Deutschland und Bitte derselben um britisches Protectorat.

Foreign Office, January 3, 1885.

Nr. 8483. Gross-britannien. 3. Jan. 1885.

Sir, — With reference to your letter of the 11th ultimo, relating to the wish of the King of Samoa for British annexation, and to my letter of the 19th, I am directed by Earl Granville to transmit to you, for the information of the Secretary of State for the Colonies, the accompanying despatch recei-

ved from the Acting British Consul at Samoa, together with its enclosures. || I am, &c.

Nr. 8483. Gross-britannien. 3. Jan. 1885.

Philip W. Currie.

British Consulate, Samoa, November 11, 1884.

My Lord, — I have the honour to inclose a copy of a despatch sent by me to the Consul-General at Fiji, concerning Samoan affairs, since which events have occurred that, a chance opportunity offering, I feel it my duty to report direct. || On the 9th instant I received a visit from the King, who in great distress sought my advice. He told me, that on the previous day the German Consul had sent his interpreter to him, who read a document to the Government virtually giving a preponderance of influence to the Germans, such as establishing a police under German officers, having a German treasurer, and other such things. He asked, that the document be left with him for discussion, but was refused, and was informed that he would be required to sign it the following day. He complained most bitterly, that he was being made under threats of man-of-war compulsion to sign an act that he was not allowed to discuss. || The next day I received the inclosed letters which themselves will give your Lordship a true statement of Samoan feeling. I was, until I received copies, in utter ignorance that such action had been taken, which I believe was done in accordance with my advice given long since, viz., that any such subject must be from themselves without any foreign aid. || There is no doubt whatever that the feeling is universal and genuine, and that the Samoans have now the greatest and sterling anxiety to be saved from what they openly state to be an existence of slavery. I beg, that your Lordship will pardon this hurried despatch, caused by the unexpected chance of sending this information. A complete report will be forwarded on first opportunity. || I have, &c.

W. B. Churchward, Acting British Consul.

Her Britannic Majesty's Principal Secretary of State, for Foreign Affairs.

British Consulate, Samoa, October 28, 1884.

Sir, — Referring to my Despatch of the 6th December 1883, I have now the honour to inform your Excellency that the anticipation stated therein of a certain action being taken by the Germans is likely to be realised, Mr. Weber, as owner of Mulinu Point, the seat of Government, having called upon the Samoans to redeem or vacate this property.

My information is obtained from as reliable a source as is procurable, viz., from a party of natives commissioned to ask my advice and opinion in the matter subsequent to a Fono held amongst themselves.

They were most earnest in the matter and informed me that after a Government consultation they had offered payment, but it had been refused on

Nr. 8483. Gross-britannien. 3. Jan. 1885.

account of a speech from the Vice-King on the subject, at which the German authorities had taken offence.

This speech, I have since ascertained, was to the effect of protesting against the unfairness of the trial that deprived them of Mulinu, also against paying for land that was considered to be really their own. || There existed, in my belief, another reason for this act of severity, viz., that the Samoan Government intended to reopen the question, and for that purpose had arrested the principal witness on whose evidence the case was given against them at the trial. || This man, a chief of Atua, and one whose name is affixed to more bad land deeds than any other single man in the country, made his escape in the night, as is claimed, by outside assistance, consequently the trial could not come off. He is now in Atua amongst his own people, from whence it is highly improbable, if not impossible, for the Government to get him back. || My visitors also informed me, that it was the general opinion the Germans wished to pick a quarrel with their government for annexation purposes. This they said was made clear by speeches to them, by the man-of-war placing flags on various parts of their coast, and also planting cocoa nuts on the reef islands. || Of course I could give no advice or opinion on the first subject, as such would certainly be made public and no doubt have caused bad feeling as an act of interference in what did not concern my office; but I explained; that the flags were merely for surveying purposes, and that the planting cocoa nuts could harm no one, and was not to be taken for an act of possession as such is understood in their own custom. || I knew they had already been to the German Consul concerning the last two subjects, and on my asking why they came to me after interviewing him, they replied that as he belonged to the nationality of the man-of-war whose captain was present at their interview, they were not sure they were correctly informed. || Shortly after this I had to abruptly dismiss them, for becoming excited, they commenced a conversation that I could not listen to in this consulate, such as they would all fight anyone who hoisted any other flag than the British flag over them, and that they would all like to see flying over them. || There can be no doubt, that the natives are really alarmed at the many reports of German annexation, and as a body resent the idea. The increasing loud talk of German power and importance impressed upon them every day of their lives, backed up by the newspaper reports of German desire for land acquisition, all of which in a more or less distorted condition they attain knowledge of and formally discuss, naturally cause them to think very seriously of the matter. || There is a report here that distinct orders have been received from home to enhance in every possible manner the value of German interests in the group, and to lose no opportunity for impressing the natives with German importance, with the view of establishing a Protectorate. || From the very loud and decided manner in which some of the principal Germans have been talking lately, and all of them generally, there would appear to be some reason for believing this re-

port to be a fact. A noticeable thing is that few of the German remarks of their own intentions of advance are unaccompanied with corresponding depreciation of British ideas. || A source of great personal annoyance to the Germans is of course the undeniable and increasing preference that the Samoans have for the British, coupled with the moral certainty, as shown by recent events, of soon being in active commercial opposition with British enterprise and capital. || The preference for the British here has almost taken an official character, as instanced by an entirely unprecedented act on the part of the King, who, previously to the departure of the British Syndicate that came here to negotiate the acquisition of the American and McArthur's land claim, sent the principal member some handsome mats, a ring, &c. These presents were publicly brought to the hotel and delivered by the King's wife, who was escorted by some of the government police. This could not have been done without the consent or knowledge of the whole government, who to a noticeable degree keep His Majesty a sort of prisoner, and regulate all that he does. There can be but little doubt, that the pressure put upon the Samoans in the Mulinu affair has very much more to do with their openly expressed opinion of British sympathy than the speech complained of, which in itself was nothing more than a natural grumble from the loser of a lawsuit, for the vice-king was the man whose claim was disallowed. Before the arrival of the British Land Syndicate; although an arrival was expected, yet it was thought to be in the American interest. Of this the Germans took little or no notice, although a considerable quantity of land is claimed by both parties; but when it was found to be a British enterprise, which, if carried out, would place the Germans very much in the shade, the loud talk became redoubled, and has continued so ever since. || The last cause for complaint is that the missionaries at their annual meeting made use of the word Peretania (Britannia) too frequently, in fact the smallest accidental circumstance forms a subject for loud-spoken suspicion.

30th October — I have just received a message from Mulinu to the effect that the King, Taimua and Taipule, intend doing or saying nothing until the arrival of a British man-of-war, by which they expect a letter in answer to the king's sent last November through Captain Acland, of H. M. S. "Miranda." This is in itself a certain proof of the now universal desire for British influence here. When the letter in question was sent no one appeared in the matter but the King himself and two or three of his people, although others were cognisant of it, yet His Majesty did not wish it to be known what had been done. || Now, I am assured, that the whole Government as a body are most anxious for a favourable answer, and have privately sent me word that it is the desire of the whole people. If they do not receive a favourable answer, they hint at doing something mysterious of their own accord. They have not told me what that is; but I imagine it is what they have threatened to do before, viz., hoist the British flag, and proclaim them-

Nr. 8483. Gross-britannien. 3. Jan. 1885.

selves British. In anticipation of such an occurrence I should be glad of your Excellency's advice in the matter.

31st October. — This morning the annexation alarm amongst the natives was vastly increased by the quite unexpected arrival of the German 12-gun corvette "Marie." This appeared to corroborate all the previous reports that had been spread abroad. The "Elizabeth," 19-gun corvette, being also daily expected, seemed to surely point to a naval demonstration of some sort or other in these parts. The next day I received a visit from the Commander of the "Marie" and the German Consul. The former told me, that he suddenly received telegraphic orders at Callao to proceed without delay to this station. Dr. Stuebel at the same time stated, that he was left in complete ignorance of her mission further than that she had been ordered for service on this station. She is, I understand, to wait here for orders presumably to arrive per "Elizabeth." Although Dr. Stuebel informs me, that he has had no intimation of the "Elizabeth" calling at all. I have been informed from several sources, that the German Consul will, now the "Marie" is in port, proceed to enforce a settlement of certain German causes of complaint against Samoans, the nature and importance of which I have not as yet been able to ascertain. This will have the effect of still more alarming the Samoans. || Finally, I would respectfully again ask your Excellency for instructions as to line of conduct to be observed should the natives carry out their threat and hoist the British flag as against aggression, and proclaim their desire to become British. This, I am confident, they will do, should they come to any difficulties with the Germans, which at present is very likely; and should these difficulties not occur, it is more than probable that before long, perhaps on the arrival of a British man-of-war, an offer of cession will be made. || It is on this account that I am anxious to know your Fxcellency's views as to the line of conduct to be observed.

W. B. Churchward.

Her Britannic Majesty's Consul General in the Pacific Islands.

To W. B. Churchward, Esq., Acting British Consul.

Mulinuu, November 11, 1884.

Sir, — I wish to make known to you that on the 5th day of this month we wrote our prayer to Her Majesty the Queen of Great Britain and Ireland. || Also we wrote an earnest request to the Governor and assistant rulers in the Government of New-Zealand, that they would support our prayer to Her Majesty the Queen of Great Britain and Ireland. || I send you copies of these two letters. || I also beg of you to render what assistance you can in regard to this difficulty (agreement with Germany), concerning which we talked together last night. May you live.

Malietoa, The King of Samoa.

To their Excellencies the Governor and Chief Assistant Rulers of New Zealand.

Nr. 8483. Gross-britannien. 3. Jan. 1885.

Mulinuu, Samoa, November 5, 1884.

Your Excellencies, — We are the King and rulers of Samoa. We write to you to make known our prayer and entreaty to Her Highness the Queen of England in order that there may be set up the sovereignty of the Government of Her Majesty the Queen of England in our islands, and that it should be entirely at the disposal of Her Majesty's Government as to whether they should be formed into an English colony or be connected with your Government in New Zealand. || Our King wrote nearly a year ago giving over the sovereignty of these islands to Her Majesty the Queen and the Government of England. We have also been very anxious for an answer, but no answer has yet reached us. || We, therefore, send this entreaty to you in order that you may forward it to Her Majesty and the Government of England. || We earnestly entreat you to assist us by praying Her Majesty the Queen of England to accept our request. || We earnestly beg, that you will listen to our prayer, and will render us all possible assistance, for our fear is great on account of the information we have received that our islands are about to be seized by Germany. || We love much and respect the Government of England, because we know the Government of England acts justly and protects well the people who are under its rule. We do not want any other government to take possession of our government, || We earnestly entreat and beg your Excellencies to make known our prayer to the Queen and the Government of England by means of a telegram. || We rely on Her Majesty the Queen of England to devise some means to prevent Germany from taking possession of our islands, which is not according to our desire. || We trust, that your Excellencies, by your aid and by your entreaty to Her Majesty the Queen, will bring to pass the setting up of Her sovereignty in Samoa. || May your Excellencies live.

We are.

To Her Majesty Queen Victoria, Queen of Great Britain and Ireland.

Mulinuu, November 5, 1884.

Your Majesty, — We are the King and Chiefs of Samoa, who write to your Majesty to pray and entreat you to receive our request. It is now nearly a year ago since our King wrote to give over to your Majesty the sovereignty of Samoa. || We have been very anxious while waiting for answer, but no answer has been received. || Your Majesty, great is our regard for your Government, for we know well our people will be protected, and we shall have peace under your rule. || Therefore, we entreat your Majesty, that our anxiety may be relieved, which arises from our earnest desire that Samoa may be given over to your Government. || It is entirely at the disposal of Your Majesty as to whether it is better for us to become an English colony,

Nr. 8483. Gross-britannien. 3. Jan. 1885.

or be connected with the Government of New-Zealand. Your Majesty, our hearts are grieved and our fear is very great indeed with regard to other governments who desire to take possession of our Government, which is not according to our wish. Therefore we entreat Your Majesty, that you will speedily come to our assistance in order that you may save us according to the sentiment expressed in our request. || We wish to make clear to Your Majesty, we, the King and Chiefs of Samoa, give over our islands to the sovereignty of the Government of England. || We rely on the Government of Your Majesty to protect our people. We hope and pray to God, that Your Majesty and your Government may prosper.

(Translation.)

To his Highness the Vice-Consul of England.

Mulinuu, November 11, 1884.

Sir, — I wish to inform your highness, that I have now written to Her Majesty the Queen of Great Britain, and made known to Her Majesty our petition which has been committed (placed in the hands of) the Governor of New Zealand. It is mentioned also in that letter. || I beg (have begged) your highness, that you would explain to Her Majesty every-thing that gave rise to my receiving the agreement which was made last night with Germany. || I and my Government have been much distressed lest our group of islands should be taken by Germany. I wrote yesterday to the German Consul to give me a copy of the agreement with me and my Government. But the German Consul replied that he could not give me and my Government a copy. Then the whole Government met together and deliberated what was right to do, and it ended in our rejecting the agreement; it was not received. || Notwithstanding that our distress still continued; it was getting very near the hour of the night that was fixed to hold the meeting, and I was walking in the road when Tupua Tamasese came down. He spoke distressfully and told me that bad story, and I became again very anxious; and I said, “Let us both go and receive the agreement, in order that we may be at peace to-day, and let us wait some decision from Great Britain.” || I beg your highness to make known to Her Majesty the great regard (love) of myself and my Government to the Government of Great Britain; and also our strong desire to give up our group of islands to the Government of Great Britain. I hope in Her Majesty. Do not bear in mind (as an injury) this agreement with Germany. I am determined that when the sovereignty of Her Majesty is exercised over these islands, then that agreement shall end. Let not your highness be offended, but do you make these things clear to Her Majesty the Queen of Great Britain, and do you send this letter by the steamer at Tutuila.

Malietoa, the King of Samoa.

To Her Majesty Queen Victoria, Queen of Great Britain and Ireland.

Nr. 8483. Gross-britannien. 3. Jan. 1885.

Mulinuu, November 11, 1884.

Your Majesty, — This is to make known to your Majesty, that I, the King of Samoa, and the Chiefs of my islands have sent a petition to your Majesty that you would set up your Government in Samoa. || We have sent that petition to the Governor of New Zealand, and have besought him to send it by means of a telegram to your Majesty, and make known to your Majesty that he has received our petition. || We have informed your Majesty in our petition, that painful anxiety has taken possession of our minds, because we are very much afraid of Germany lest they should take our islands against our will. || Your Majesty! We are in distress on account of the Government of Germany, lest they should take our islands. Therefore we have accepted another treaty with Germany. I wish, in consequence, to make clear to your Majesty, that I have accepted that treaty against my will, likewise also against the will of my Government; but I have accepted it on account of my fear, for I have thought if your Government should be set up in these islands then that treaty will become of no effect. || I have entreated the English Consul here that he will make clear to your Majesty all the reasons of our fear which have led us to accept that treaty, and to make clear also to your Majesty the meaning of that treaty, and to inform you also of the great regard of myself and my Government for your Majesty and the Government of England, and our very great desire to give over our islands to the Government of your Majesty. I respect exceedingly the Government of your Majesty, and I trust that speedily you will receive favourably our petition. || May your Government be established.

Malietoa the King,
Samoa,
your humble servant.

Nr. 8484. GROSSBRITANNIEN. — Min. des Ausw. an den engl. Botschafter in Berlin. — Unterredung mit Münster über die deutschen Annexionen.

Foreign Office, January 3, 1885.

Nr. 8484. Gross-britannien. 3. Jan. 1885.

Sir, — Count Münster spoke to me to-day on the subject of New Guinea.

His Excellency said, that he had received a letter from Prince Bismarck on the matter. The Chancellor did not understand the objections which had been made by the English public to the German annexation in New Guinea. || He was ready to treat about the boundaries of our respective possessions in New Guinea, and also about the islands in the South Sea, in the way that was formerly agreed. || The Chancellor had understood, that Her Majesty's

Nr. 8484. Grossbritannien. 3. Jan. 1885.

Government had given Germany full latitude as regarded the North of New Guinea, by what was communicated by Mr. Scott on the 9th October last. || I read to Count Münster the words used by Mr. Scott, which conveyed the decision arrived at by Her Majesty's Government after consideration of the communication which Baron von Plessen made on behalf of his Government respecting the limits of the British Protectorate, viz., that the declaration shall limit the Protectorate to the whole of the southern coast, including the islands contiguous to it, instead of that which they had first proposed. || "This will be without prejudice to any territorial questions beyond these limits. || It is with great satisfaction, that Her Majesty's Government have come to an arrangement in which they find themselves in perfect accord with Germany. || They are of opinion that, if any questions should arise as to those districts which lie beyond the limits described, it will be better to deal with them diplomatically than to refer them to the Commission which it is proposed to appoint with regard to the islands in the Pacific;" and I said that I could not put the same interpretation on them as Prince Bismarck had done; and this view was confirmed by what Count Münster had said in conversation with me on the 15th of December, namely, that "with regard to the South Sea Islands, the Australian colonies laid claim to them, and the annexation of a portion of New Guinea had placed Germany at some disadvantage, but the German Government took notice of the assurance of Her Majesty's Government that no further annexation would take place until after the proposed discussion as to the British and German interests in the South Seas had taken place."

Count Münster said, that it applied to us only, an opinion to which I stated it was impossible to agree. || I added that the Cabinet had considered the matter to-day, and that I should write a despatch on the whole subject in a short time. || In the meanwhile, Lord Derby would answer some pointed questions put from Australia by saying that the German annexation has been made without a previous intimation, and that Her Majesty's Government were now in communication with Germany on the whole subject. || I have, &c.

Granville.

Nr. 8485. DEUTSCHLAND. — Botschafter in London an den Reichskanzler. — Unterredung mit Granville bei Mittheilung von Nr. 8478. [40.]

London, den 5. Januar 1885.

Nr. 8485. Deutschland. 5. Jan. 1885.

Ich habe, der mir durch hohen Erlass Euerer Durchlaucht vom 29. Dezember ertheilten Weisung gemäss, die Südsee-Frage besprochen. || Lord Granville war sehr erfreut und dankbar dafür, dass Euere Durchlaucht mit Mr. Meade die Kolonialfrage besprochen hatten, bedauerte aber, dass dessen Vorschläge von Euerer Durchlaucht für unannehmbar gehalten würden. || Lord Granville wollte

Nr. 8485. Deutschland. 5. Jan. 1885.

die Note Mr. Scotts vom 9. Oktober so interpretiren, als sei darin ausgedrückt gewesen, dass beide Theile sich einer weiteren Besitzergreifung in Neu-Guinea bis auf weitere Abmachungen enthalten sollten, eine Interpretation, der ich entschieden entgegentrat; ich betonte, dass die Note Mr. Scotts die bestimmte Zusage erhalten habe, dass das englische Protektorat auf den südlichen Theil der Insel beschränkt bleiben solle, und wir einen nachträglichen Versuch, den Unternehmungen der deutschen Unterthanen auf der Nordküste von Neu-Guinea zwischen der holländischen Grenze und dem Ostkap englischer- oder australischerseits Schwierigkeiten zu bereiten, damit nicht in Einklang bringen könnten. || Lord Granville sagte mir, die Angelegenheit sei im Kabinet besprochen. Die Aufregung in Australien sei sehr gross; es sei bekannt, dass wegen Neu-Guinea's das Verhältniss zwischen dem Mutterlande und den australischen Kolonien seit einiger Zeit ein sehr gespanntes gewesen und die Lage der Regierung den letzteren gegenüber jetzt sehr erschwert worden sei. Lord Derby sei vom Kabinet ermächtigt worden, Anfragen, die ihm von Australien aus gestellt werden, dahin zu beantworten, dass die deutsche Besitzergreifung ohne vorherige Mittheilung und ohne dass die hiesige Regierung im voraus Kenntniss davon gehabt habe, erfolgt sei, dass aber über die ganze Frage mit der Kaiserlich deutschen Regierung noch verhandelt werde. || Ich erklärte Lord Granville, dass meine hohe Regierung bereit sei, in der früher besprochenen Weise über die inneren Grenzen zwischen den beiderseitigen Protektorats-Gebieten auf Neu-Guinea und wegen der Ausdehnung unserer beiderseitigen Machtsphären in der Südsee durch kommissarische Verhandlungen sich mit der englischen Regierung zu verständigen. || Lord Granville erwiederte, dass er hoffe, nächstens in der Lage zu sein, die Auffassung der hiesigen Regierung in einem längeren Erlasse an Sir Edward Malet niederzulegen und ihn mit Instruktion zu versehen.

Graf zu Münster.

Nr. 8486. GROSSBRITANNIEN. — Kolonialamt an das Ausw. Amt. — Hofft, die deutsche Regierung werde das Vorgehen des deutschen Konsuls in Samoa desavouiren.

Downing Street, January 8, 1885.

Nr. 8486. Grossbritannien. 8. Jan. 1883.

Sir, — I am directed by the Earl of Derby to acknowledge the receipt of your letter of the 3rd instant, with its enclosures, respecting German proceedings in Samoa. || I am to enclose a copy of a telegram from the Governor of New Zealand, giving intelligence respecting the proceedings of two German vessels in regard to a treaty with Germany, which, it is intimated, the King of Samoa was forced to sign. || The proceedings of the German officials, if correctly reported, as they doubtless are, for the telegram corroborates Mr. Churchward's despatch, are altogether in contravention of the assurances given on the 15th ultimo by

Nr. 8486. Gross-britannien. 8. Jan. 1885.

Count Münster, and recorded in the enclosure to your letter of the 19th ultimo; and I am to suggest, for the consideration of Earl Granville, that Sir E. Malet should be instructed to inform the German Government that Her Majesty's Government fully rely upon the assurances then given, and are confident that the action reported to have been taken at Samoa will be disallowed in so far as it may prove to be inconsistent with those assurances. || A letter has been addressed to the Admiralty, requesting that a vessel may be sent as soon as may be possible to ascertain the present state of affairs in the islands. || I am, &c.

John Bramston.

Nr. 8487. DEUTSCHLAND. — Reichskanzler an den deutschen Botschafter in London. — Erwiderung auf Granville's Bemerkungen. [41.]

Berlin, den 10. Januar 1885.

Nr. 8487. Deutschland. 10. Jan. 1885.

Mit Bezug auf den gefälligen Bericht vom 5. d. Mts., die Südsee-Frage betreffend, ersuche ich Euere Excellenz ergebenst, Sich gegen Lord Granville in folgendem Sinne auszusprechen: || Das Bedauern, welches Lord Granville Euerer Excellenz darüber zu erkennen gegeben hat, dass mir die Vorschläge des Mr. Meade unannehmbar erschienen seien, betrachte ich als eine Höflichkeitswendung, da ich nicht glauben könnte, dass jene Vorschläge in den Augen des englischen Herrn Staatssekretärs der auswärtigen Angelegenheiten für uns annehmbar seien. || Was die Note des Mr. Scott vom 9. Oktober v. J. anbelangt, so wäre aus der nicht prägnanten Fassung derselben der ihr von Lord Granville oder Lord Derby beigelegte Sinn nicht zu entnehmen. Ich hätte beim Durchlesen dieser Note vielmehr den Eindruck gehabt, dass die grossbritannische Regierung mit Rücksicht auf den seit Anfang August stattgehabten Meinungs-Austauch uns durch diese Note mittheile, dass sie, abweichend von dem kurz zuvor durch die Note des Mr. Scott vom 19. September zu erkennen gegebenen Vorhaben, gegen das unsererseits Einspruch erhoben worden war, ihr beabsichtigtes Protektorat auf die südliche Küste von Neu-Guinea beschränke, und dass sie hiermit aussprechen wollte, dass die Besitzergreifung der Nordküste seitens des deutschen Reichs mit keinen englischen Interessen kollidiren würde. Ich sei hiervon so überzeugt gewesen, dass ich s. Z. zur Beruhigung der durch die ungemessenen australischen Ansprüche beunruhigten Interessentenkreise in Deutschland eine jener Auffassung entsprechende Mittheilung in den öffentlichen Blättern veranlasst hätte. || Wenn das englische Kabinet aus Gründen der inneren Politik jetzt Lord Derby ermächtigt habe, Anfragen, die ihm von Australien aus gestellt würden, dahin zu beantworten, dass die deutsche Besitzergreifung ohne vorherige Mittheilung von unserer Seite erfolgt sei, so könnten wir nicht zugeben, dass hierdurch an den Thatsachen etwas zu unserem Nachtheil geändert werde. Die Mittheilungen, welche

von Euerer Excellenz in Folge des Erlasses vom 2. August v. J. der englischen Regierung gemacht worden seien, hätten deutlich unsere Absicht zu erkennen gegeben, den nicht unter niederländischer Hoheit stehenden Theil der Nordküste von Neu-Guinea unter deutschen Schutz zu stellen. Wir hätten schon damals ausdrücklich erklärt, dass wir die Berechtigung der australischen Ansprüche auf diese Küste nicht zugäben, dieses Gebiet vielmehr als ein berechtigtes Kolonisationsobjekt für Deutsche und Andere ansähen. Wir hätten schon damals kein Hehl daraus gemacht, dass Expeditionen dorthin unterwegs seien. || Eure Excellenz ermächtige ich, Lord Granville ein der Anlage meines Erlasses vom 29. Dezember v. J. entsprechendes aide-mémoire zu übergeben.

Nr. 8487. Deutschland. 10. Jan. 1885.

(gez.) Fürst von Bismarck.

Nr. 8488. **GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Berlin an den deutschen Staatssekretär des Ausw. — Widerspruch zwischen dem Vorgehen Deutschlands und den getroffenen Vereinbarungen. Mittheilung, dass England die Nordküste von Guinea zwischen Huon-Bai und Ostkap zu annectiren beabsichtige. Anfrage wegen des Vertrages mit Samoa. [136.]

Berlin, January 17, 1885.

Nr 8488. Grossbritannien. 17. Jan. 1885.

M. le Secrétaire d'Etat, — Earl Granville, Her Majesty's Principal Secretary of State for Foreign Affairs, has received from his Excellency Count Münster, the Imperial Ambassador in London, a letter notifying officially to Her Majesty's Government that the German flag has been hoisted in token of annexation on the north coast of New Guinea, and on the islands of the New Britain Archipelago. || Prince Bismarck, on the 19th ultimo, had already apprised me of this fact through Dr. Busch, Under Secretary of State for Foreign Affairs. || Her Majesty's Government were quite unprepared for such an announcement, for the recent negotiations with the Imperial Government, which I will briefly recapitulate, had led them to believe that a friendly understanding had been arrived at between the two Governments, in virtue of which neither Power would make fresh acquisitions in the Pacific Ocean pending the meeting of the Anglo-German Commission which had been agreed upon. || On the 8th August last the Imperial Ambassador intimated to Earl Granville the wish of the Government of His Imperial Majesty to come to a friendly understanding with Her Majesty's Government as to the general principles to be observed for the protection of the subjects of the two countries respectively in the islands of the South Sea Archipelago, and also as to the limits of the islands and territories in which either country was most interested. || Whilst recognising as natural the wish of the Australian Colonies to be paramount in the part of New Guinea opposite their coast, his Excellency said that the

Nr. 8488. Gross-britannien. 17. Jan. 1885.

Government of the Emperor were of opinion that there were parts of the wild country on the north coast of New Guinea which might be available as a field for German enterprise. || Earl Granville pointed out to his Excellency, however, that Germany had as yet founded no establishments there, adding that the Government of the Emperor already knew that communications had taken place between the Home and the Colonial Governments respecting New Guinea, and his Lordship mentioned, in confidence, that these communications were nearer a conclusion than the public yet knew. || On the following day, after consultation with his collegues, Earl Granville informed Count Münster that Her Majesty's Government had no desire to oppose the extension of German colonization in the islands of the South Seas which were unoccupied by any civilized Power; but his Lordship warned his Excellency that the extension of some form of British authority in New Guinea would be shortly announced, explaining, however, that it would only embrace that part of the island which specially interested the Australian Colonies, without prejudice to any territorial questions beyond those limits. || On the 19th September Mr. Scott, Her Majesty's Chargé d'Affaires at this Court, informed the Government of the Emperor that, in consequence of the communications which had lately taken place between the Home and Colonial Governments, Her Majesty's Government proposed to proclaim and establish the Queen's Protectorate over all the coasts of New Guinea not occupied by the Netherlands, except that portion of the north coast comprised between the 145° of east longitude and the eastern Dutch boundary. || It was at the same time explained, that the British Protectorate would include the small islands immediately adjacent to those parts of the coast over which it was established, and that the 145° of east longitude had been fixed as the western British limit on the northern coast in order that it might embrace the territory owned by natives on the Maclay Coast whose claim for British protection had long been under the consideration of Her Majesty's Government. || On the 27th September Baron Plessen, the German Chargé d'Affaires in London, made a communication from the Imperial Government to the effect that the proposed extension of the British Protectorate to the north and north-east of New Guinea was unexpected, and that the Emperor's Government wished temporarily to reserve the attitude to be taken up by them, and it was added that, according to the conception of the Imperial Government, the delimitation of the areas which interest both sides, on that stretch of coast, should be the object of a friendly understanding by means of a communication. || On the 9th October Mr. Scott, Her Majesty's Chargé d'Affaires here, informed the Imperial Government that Her Majesty's Government, having carefully considered the above communication, had decided that they would limit the British Protectorate to the whole of the southern coast, including the islands contiguous to it, but without prejudice to any territorial question beyond these limits. || Mr. Scott expressed the satisfaction of Her Majesty's Government at having come to an arrangement as to which

they found themselves in perfect accord with Germany, and added that, in the opinion of the British Cabinet, if any questions should arise as to those districts which lie beyond the limit described, it would be better to deal with them diplomatically then to refer them to the Commission which it was proposed to appoint with regard to the islands of the Pacific. || On the 15th October Baron Plessen expressed the satisfaction of the Imperial Government at the limitation of the British Protectorate, and suggested that the discussion of the points connected with English and German interests in the South Seas should take place in London. || After consulting Her Majesty's Secretary of State for the Colonies, Earl Granville informed the Imperial Ambassador in London on the 19th November last, that Her Majesty's Government agreed to the proposals of the Imperial Government, and that they would appoint a Commissioner to meet the German Commissioner, Dr. Krauel. || On the 5th December, acting under instructions from Earl Granville, I gave assurances to the Emperor's Government respecting the islands of Samoa and Tonga, and I added that Her Majesty's Government did not contemplate any fresh arrangements in the Pacific Ocean pending the result of the negotiations agreed to between the two Governments. || On the 15th December Count Münster expressed the satisfaction of the Emperor's Government at these assurances. || As regards the South Sea Islands, his Excellency observed at the same time, that the Australian Colonies laid claim to them, and that the annexation of a portion of New Guinea had placed Germany at some disadvantage, but that His Imperial Majesty's Government took notice of the assurance of Her Majesty's Government hat no further annexations would take place until after the proposed discussion respecting British and German interests in the South Seas had taken place. || On the 19th December, only four days later, I informed Earl Granville, by telegraph, that I had received an intimation from Prince Bismarck hat the German flag had been hoisted at three places on the north coast of New Guinea, and at ten places in New Britain, New Ireland and Sable Land; and on the 26th his Lordship received an official communication from the Imperial Ambassador in London to the same effect. || His Excellency Count Münster has further informed Lord Granville that he is instructed to state, that the Government of the Emperor do not consider the establishment by Germany of this Protectorate to be prejudicial to the proposed Commission, any more than the establishment of the British Protectorate on the south-east coast can be so considered. || Earl Granville has since had a further communication from his Excellency in explanation of the course pursued by the Imperial Government, and his Lordship has informed his Excellency that Her Majesty's Government cannot acquiesce in the interpretation which the Imperial Government put upon the negotiations which have passed between the two Governments on the subject of New Guinea. || In view of the action of the Emperor's Government, instructions have been sent to the Commodore on the Australian Station, desiring him to proclaim the Queen's Protectorate in New

Nr. 8488. Gross-britannien. 17. Jan. 1885.

Guinea, from East Cape to the Gulf of Huon, which is understood to be the limit of the German annexations, and over the Louisiade and Woodlark groups of islands. || The d'Entrecasteaux Islands are included in the previous Proclamation. || I am now instructed by Her Majesty's Principal Secretary of State for Foreign Affairs to notify to the Government of the Emperor the steps thus taken by Her Majesty's Government to extend Her Majesty's Protectorate in New Guinea. || In doing so, I am to explain the view taken by Her Majesty's Government of the late negotiations, and to add that the recent action of the Queen's Government has been prompted in a great measure by the desire to obviate all inconveniences that might arise from an absence of jurisdiction on the coast of New Guinea between the limits of the British and German Protectorates. || I am, moreover, empowered to say that, should the Imperial Government still desire it, Her Majesty's Government are ready, with a view to clearing up the question and removing chances of differences between the two Governments, to proceed with the proposed Commission for the consideration of questions affecting British and German interests in the Pacific. || Finally, I am desired to say, that Her Majesty's Government have recently received reports that a Treaty has been signed between the Representative of Germany and the King of Samoa, and I am to inform the Government of the Emperor, with reference to these proceedings, that Her Majesty's Government fully realy on the assurances which have been exchanged between the two Governments in regard to the independence of Samoa and Tonga, and anticipate that any Treaty which may have been signed will not be ratified, so far as it may be inconsistent with those assurances. || I have, &c.

Edward B. Malet.

Nr. 8489. GROSSBRITANNIEN. — Derselbe an denselben. — Welches sind die Grenzen des deutschen Protectorats? [136.]

Berlin, January 17, 1885.

Nr. 8489. Gross-britannien. 17. Jan. 1885.

M. le Secrétaire d'Etat, — With reference to my note of to-day's date respecting the German and British Protectorates on the Island of New Guinea, and to the communication which His Serene Highness Prince Bismarck caused to be made to me on the 19th ultimo to the effect that the German flag had been hoisted in three places on the north coast of New Guinea, I should be much obliged to your Excellency if you would give me, for communication to Earl Granville, such further information as may since have reached the Imperial Government with reference to the extent and limits of the territory which has been occupied by Germany on the coast of New Guinea. || I have, &c.

Edward B. Malet.

Nr. 8490. **GROSSBRITANNIEN.** — Min. des Ausw. an den engl. Botsch. in Berlin. — Die deutsche Regierung ist zu ersuchen, möglichst alle englischen Mittheilungen von Wichtigkeit in das Weissbuch mit aufzunehmen. [142.]

Foreign Office, January 19, 1885.

Nr. 8490. Gross-britannien. 19. Jan. 1885.

Sir, — I mentioned to Count Münster to-day, that I had heard that the German Government intended to publish at once a new White Book upon the subject of New Guinea, and I observed that in the recent Angra Pequena White Book the memorandum*) communicated by Mr. Scott to the German Government on October 10 of last year had been omitted. || This omission, I said, probably arose from inadvertence; but as there was some excitement upon Colonial questions, both in Germany and in England, and as I believed that both Governments wished and considered that such questions might be amicably and satisfactorily arranged, I thought it desirable that in each country the public should understand clearly the position of the other. I hoped therefore, that care would be taken not to omit from the White Book about to be published any important communications from Her Majesty's Government, and I specified more particularly the two notes which Your Excellency addressed to the German Government on the 17th instant. || I am, &c.

Granville.

His Excellency Sir E. Malet, K.C.B., &c.

Nr. 8491. **DEUTSCHLAND.** — Reichskanzler an den deutschen Botschafter in London. — Die Annexion der Nordküste durch England würde mit deutschen Ansprüchen kollidiren. [44.]

Berlin, den 20. Januar 1885.

Nr. 8491. Deutschland. 20. Jan. 1885.

(Telegramm.) Einer Mittheilung des hiesigen Königlich grossbritannischen Botschafters zufolge beabsichtigt England, die Nordküste Neu-Guinea's von der Huon-Bai bis zum Ostkap in Besitz zu nehmen. || Die englischen und deutschen Ansprüche würden kollidiren, wenn die angekündigte Maassregel ausgeführt wird. Durch dieselbe würde sich die grossbritannische Regierung mit der von Lord Granville Eurer Excellenz im August v. J. gegebenen und durch Note des hiesigen englischen Geschäftsträgers vom 9. Oktober v. J. wiederholten Zusage, wonach das englische Protektorat auf die Südküste Neu-Guinea's und die vorliegenden Inseln beschränkt sein sollte, in Widerspruch setzen.

von Bismarck.

---

*) Nr. 8415.

Nr. 8492. DEUTSCHLAND. — Botsch. in London an den Reichskanzler. — Gründe der neuen engl. Annexion. [45.]

London, den 22. Januar 1885.

Nr. 8492. Deutschland. 22. Jan. 1885.

(Telegramm.) Auf meine Anfrage, betreffend Neu-Guinea, antwortete mir Lord Granville, es sei nicht bekannt gewesen, dass Deutschland weitere Besitzergreifungen in Neu-Guinea beabsichtige. Die Gründe für die in Aussicht genommene englische Annexion der zwischen Huon-Bai und dem Ostkap belegenen Küste von Neu-Guinea seien in einer Depesche an den grossbritannischen Botschafter in Berlin dargelegt. Das von Holland, Deutschland und England nicht besetzte Gebiet freizulassen, sei bedenklich gewesen, weil sich Freibeuter auf demselben hätten niederlassen können. || Die mit der Annexion beauftragten Kriegsschiffe seien angewiesen worden, die deutschen Besitzergreifungen zu respektiren.

(gez.) Graf Münster.

Nr. 8493. GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Berlin an den engl. Min. des Ausw. — Unterredung mit Bismarck über die Gründe der Entfremdung zwischen England und Deutschland*).

Berlin, January 24, 1885.

Nr. 8493. Grossbritannien. 24. Jan. 1885.

My Lord, — With reference to my Despatch of to-day's date, I have the honour to inform your Lordship that after I had finished reading to Prince Bismarck your Lordship's Despatch of the 20th instant, he spoke to me at

*) Dieser Bericht trägt im Blaubuch die Nummer 148a; ferner ist derselbe abweichend von den anderen Aktenstücken, welche durch Vermittelung des Auswärtigen Amts dem Kolonialamt zugegangen sind, ohne das übliche Uebersendungsschreiben abgedruckt. Beides scheint darauf zu deuten, dass dieser Bericht erst im letzten Moment zur Publikation im Blaubuch bestimmt worden.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ vom 2. März schreibt über die Veröffentlichung dieses Aktenstücks:

„Unter den Indiskretionen, welche die jüngsten englischen Blaubücher enthalten, ist die Veröffentlichung des Berichtes, welchen der englische Botschafter in Berlin am 25. Januar über eine Unterredung mit dem Reichskanzler erstattet hat, soweit unsere bisherigen Forschungen reichen, die auffälligste und bedauerlichste. Die Möglichkeit erfolgreicher Diplomatie beruht wesentlich auf dem Vertrauen, von welchem der persönliche Verkehr der Diplomaten und auswärtigen Minister beherrscht wird. Kann in demselben nur das gesprochen werden, was sich zu sofortiger polemischer Publication eignet, so wird natürlich die Thätigkeit der Diplomatie eine ziemlich unfruchtbare und man kann wohl sagen, überflüssige werden; denn die Art des Verkehrs, die dann übrig bleibt, kann, wie der Reichskanzler vorgestern richtig bemerkte, auch durch die Post besorgt werden; man braucht sich deshalb nicht den Luxus einer Botschaft und den Steuerpflichtigen die Kosten dafür aufzulegen. Der Reichskanzler ist durch seine

length on the circumstances leading to the present political estrangement between the two countries. || He said, that at every point at which Germany had

Nr. 8493. Gross-britannien. 24. Jan. 1885.

---

freundschaftlichen Beziehungen zu dem verstorbenen Lord Ampthill gewöhnt gewesen, mit dem englischen Botschafter am diesseitigen Hofe vertraulich und offen zu verkehren, und er hat diese Gewohnheit auf dessen Nachfolger um so leichter übertragen können, als beide Herren seit länger als 30 Jahren in Beziehungen stehen, die sich auf das kollegialische und freundschaftliche Verhältniss gründen, welches in Frankfurt a. M. zwischen den Eltern des jetzigen Herrn Botschafters und dem Hause des Reichskanzlers stattfand. So erklärt es sich, dass Fürst Bismarck in seiner Unterredung mit Sir Edward Malet, um diesem den Nachweiss seiner ehrlichen, aber fruchtlosen Bemühungen um Englands Freundschaft zu liefern, sich mit der rückhaltlosen Offenheit, ausgesprochen hat, von welcher der darüber erstattete Bericht Zeugniss giebt. Dass dieser Bericht in der Art, wie er vorliegt, überhaupt erstattet wurde, darin liegt nichts, was zum Vorwurf berechtigte; aber wir sind überzeugt, er würde nicht in diesem Umfange erstattet worden sein, wenn sein Verfasser darauf hätte rechnen können, dass er sofort und in extenso veröffentlicht werden würde. In dieser Veröffentlichung liegt eine Indiskretion, welche vertrauliche Auslassungen zwischen den Staatsmännern beider Regierungen für die Zukunft abschneidet. Der praktische Zweck, den man im Auge gehabt haben kann, wenn man sich in diesem Maasse über die Tradition im Verkehre befreundeter Regierungen hinwegsetzte, ist schwer erkennbar. Man sagt, und entsprechende Zeitungsartikel lassen es vermuthen, dass damit in Frankreich Misstrauen gegen Deutschland hätte geschaffen werden sollen. Ein solcher Wunsch wäre ja begreiflich; der englischen Politik kann weniger an einer Feindschaft zwischen Deutschland und England als an einer solchen zwischen Deutschland und Frankreich gelegen sein. England mag annehmen, dass es Frankreich seinen Wünschen gefügiger finden würde, wenn es darauf rechnen könnte, dass Frankreich mit der Feindschaft Deutschlands von Hause aus belastet ist. Beide Nationen sind gleich stark; stehen sie sich also feindlich gegenüber, so wird der Ueberschuss an Kraft, den eine von ihnen noch gegen eine dritte Grossmacht verwenden könnte, immer nicht bedeutend sein. Wir begreifen also, dass es im Interesse der englischen Politik liegt, in Frankreich Misstrauen gegen Deutschland zu erregen Wird das aber mit der Veröffentlichung dieser Depesche wirklich erreicht? Wir glauben es nicht, auch wenn der Theil der englischen und französischen Presse, welcher das gleiche Interesse hat, sich noch weiter bemüht, die Veröffentlichung dahin auszubeuten. Der Bericht des englischen Botschafters liefert nur einen neuen Beweis für die Geradheit und Offenheit der deutschen Politik. Am 5. Mai hat Graf Münster den Auftrag erhalten, zu verstehen zu geben, dass Deutschland, wenn England sich der Verständigung versage, eine solche mit Frankreich suchen werde. England hat sich dem deutschen Entgegenkommen versagt, und sobald das deutsche Kabinet sich hiervon überzeugt, hat dasselbe, seiner in London gemachten Vorhersagung entsprechend, den Weg der Annäherung an Frankreich betreten. Derselbe hat zu der Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland zunächst über die Kongofrage und die Konferenz, dann aber auch über die ägyptische Frage und zur Uebereinstimmung der kontinentalen Mächte in der letzteren geführt. Diese Thatsachen sind weltkundig, und liegt in ihnen nichts, wodurch das Vertrauen, welches die französische Regierung in die Ehrlichkeit der deutschen Politik setzt, abgeschwächt werden könnte. Dies ist um so mehr der Fall, als der Bericht Sir Edwards selbst die Thatsache konstatirt, dass der Versuch, die französisch-deutschen Beziehungen wiederum zu lockern, an der Ablehnung des Fürsten Bismarck unter Bezugnahme auf die Pflichten gegen Frankreich scheiterte. Ganz unerfindlich ist der Grund, welcher den Leiter der englischen Veröffentlichung dazu bewogen hat, Aeusserungen über den deutschen

Nr. 8493. Gross-britannien. 24. Jan. 1885.

endeavoured to found a Colony England had closed in, making new acquisitions, so as to restrict Germany's power of expansion. He proceeded to the question of New Guinea, and he asserted that he had understood from Mr. Scott's note of the 9th October that we had accorded him free hand with regard to the north; that, to his understanding, the words "without prejudice to any territorrial question beyond these limits" gave him such liberty. || I argued with the Prince on both points to the effect, that we had not extended our protectorates in the order stated; that we had, on the contrary, been going even to the Cameroons before we were in any way aware that Germany intended to establish a protectorate there; that in regard to New Guinea, when first Count Münster had spoken about it, your Lordship had informed him that steps towards annexation had already gone further than was known; as to the words "without prejudice" conveying such a meaning as the Prince attached to them, I assured him that the only meaning which could be attached to them in the English language was that the question with regard to the rest of New Guinea remained as it was before, and that, in any case, the words were followed by the statement of opinion that questions regarding territories beyond those which we had annexed should be dealt with diplomatically. The Prince persisted, that he had understood the words in an entirely different sense, and had considered that he was free to annex that which we had not annexed. || He proceeded to say, that in order to show me how different were our relations only a year ago, and how much he had desired that the good relations then subsisting should continue, he would read me a Despatch which he had addressed to Count Münster on the 5th of last May. || He must believe, that Her Majesty's Government had entirely failed to appreciate the importance which his Government attached to the colonial question, as he could not suppose that, if your Lordship had understood it, the successive annoyances to which Germany had been exposed would not have been averted. This Despatch of the 5th May to Count Münster was a very remarkable one. || It stated the great importance which the Prince attached to the colonial question, and also to the friendship of Germany and England. || It pointed out, that in the commencement of German colonial enterprise, England might render signal service to Germany, and said that for such service Germany would use her best endeavours in England's behalf in questions affecting her interests nearer home. It pressed these considerations with arguments to show the mutual advantage which such understanding would produce, and it then proceeded to instruct Count Münster to say if it could not be effected the result would be that Germany would seek from France the assistance which she had failed to obtained from England, and would draw closer to her on the same lines on which she now endea-

---

Botschafter, Grafen zu Münster, welche der Reichskanzler in seinen vertraulichen Unterhaltungen gethan haben soll, der Oeffentlichkeit zu übergeben. Hierin liegt eine persönliche Gehässigkeit, für welche uns jede Erklärung fehlt." Anm. d. Red.

Nr. 8493. Gross-britannien. 24. Jan. 1885.

voured to meet England. The Despatch was a long one, and the Prince read it to me in German, but the above was the gist of it. || Prince Bismarck went on to say that, not being satisfied with the result, and attributing it in part to the Ambassador not having stated the points with precision, he sent his son, Count Herbert Bismarck, to England, in the hope that he might succeed where Count Münster had failed, but that he, unfortunately, had only succeeded in obtaining those general friendly assurances of goodwill which were of little value in the face of subsequent occurrences. || The Prince then read to me a draft of a Despatch which he is now sending to Count Münster, in which he takes up a remark, which his Excellency attributes to your Lordship, in a Report on the Egyptian question, to the effect that the attitude of Germany on the colonial question makes it difficult for your Lordship to be conciliatory on other points. || The Prince next reverted to what he termed our closing-up system, and he mentioned Zululand, observing that the Boers claimed a cession dating from 1840 with King Panda. || I said, that I feared the Prince's good faith had been imposed upon, as no such State as the Transvaal had existed at that date, and that the only Boers who could have obtained a cession of territory, if such existed, were our own subjects. || The Prince replied, that it was not a question which a lawsuit would settle. || I then said to the Prince that the whole situation was undoubtedly a very unsatisfactory one, and that it gave me great pain, as it had been my hope and endeavour, under instructions from your Lordship, to bring about a more cordial understanding between the two Powers; that I knew that it had never been the intention of Her Majesty's Government to thwart the colonial aspirations of Germany, and that, in my opinion, our action had repeatedly shown this desire; but I said, that it would be impossible for us to act so as to meet his wishes, even where it was easy for us to do so, unless we knew what those wishes were, and I therefore begged him to tell me what now, at this moment, he wanted; was it the parts of New Guinea which we were now annexing? Was it Zululand? I said, that the knowledge of his wishes, whatever they might be, was better than that we should go on mutually acting in the dark, and consequently running against each other. || The Prince replied, that the understanding which he had arrived at with France in consequence of his failure to come to one with us, put it out of his power to take up the question now, as he had expounded it to us in May. The long conversation came to an end by his saying, that he had been anxious to explain to me the series of circumstances that had preceded the present phase of the political relations between the two countries, which he was sure I must regret as much as he did. || I have, &c.

Edward B. Malet.

Nr. 8494. **DEUTSCHLAND.** — Reichskanzler an den deutschen Botschafter in London. — Auftrag, in einer Note Verwahrung gegen die neue engl. Annexion einzulegen und zugleich mündlich die Hoffnung auszusprechen, dass der geplanten Maassregel keine weitere Folge gegeben werde. [46.]

Berlin, den 26. Januar 1885.

Nr. 8494. Deutschland. 26. Jan. 1885.

Euerer Excellenz beehre ich mich im Anschluss an meine Mittheilung vom 20. d. Mts.*), betreffend Neu-Guinea, anbei in Abschrift zwei Noten Sir Edward Malets vom 17. d. Mts. zu Ihrer Information zu übersenden. || Ich ersuche Euere Excellenz ergebenst, eine dem beiliegenden Entwurf entsprechende Note an Lord Granville zu richten. || Die unter dem 22. d. Mts. berichteten Aeusserungen Lord Granville's bitte ich folgendermaassen mündlich zu beantworten: || Wenn es der grossbritannischen Regierung nicht bekannt gewesen sein sollte, dass Deutschland auch östlich von der Huon-Bai weitere Annexionen machen wollte, so könnte dies nur darauf zurückgeführt werden, dass unsere Mittheilungen in diesen Angelegenheiten seitens der grossbritannischen Regierung nicht den Grad von Beachtung gefunden haben, welchen wir bei den freundschaftlichen Beziehungen beider Länder erwarteten. || Nach der Note Sir Edward Malets vom 17. Januar nahm die grossbritannische Regierung den Standpunkt ein, dass die Regelung der Besitzverhältnisse zwischen Deutschland und England, besonders auf dem östlichsten Theile der Insel, den Gegenstand einer noch ausstehenden diplomatischen Verhandlung zwischen den beiden Regierungen bilden solle. Diesem Standpunkt würde es entsprochen haben, wenn die englische Regierung vor Ertheilung der Befehle zur Besitzergreifung des angeblich den Unternehmungen von Freibeutern ausgesetzten Küstenstrichs sich hierüber zunächst mit der Regierung Seiner Majestät des Kaisers ins Einvernehmen gesetzt hätte. || Da die behauptete Ungewissheit über die Absichten Deutschlands nunmehr aufgeklärt ist, so hoffen wir, dass die englische Regierung nach Prüfung unserer Antwort auf die Note Sir Edward Malets vom 17. d. M. geneigt sein werde, jener Maassregel keine weitere Folge zu geben.

von Bismarck.

Anlage.

Entwurf zu einer Note des Kaiserlichen Botschafters an Lord Granville.

London, den Januar 1885*)

Nachdem der Unterzeichnete durch Note vom 26. Dezember v. J. die Ehre gehabt hat, der Königlich grossbritannischen Regierung anzuzeigen, dass die deutschen Niederlassungen auf der Nordküste von Neu-Guinea und im

*) Die Note wurde vom 28. Januar datirt (Blaubuch No. 164, Inclosure 1).

neubritannischen Archipel unter den Schutz Seiner Majestät des Kaisers gestellt worden sind, hat Sir Edward Malet unter dem 17. d M. an die Regierung Seiner Majestät eine Note gerichtet, um ihr mitzutheilen, dass der Kommodore der australischen Station den Befehl erhalten habe, das Protektorat Ihrer Majestät in Neu-Guinea vom Ostkap bis zum Golf von Huon zu proklamiren, welcher dem Vernehmen nach als die Grenze der deutschen Annexionen angesehen werden dürfe, sowie über die Louisiaden- und Woodlark-Inselgruppen. In der Note wird gleichzeitig bemerkt, dass die d'Entrecasteaux-Inseln in der früheren Proklamation mit einbegriffen gewesen seien.

Der Unterzeichnete ist beauftragt, diese Note wie folgt zu beantworten:

Nach den Verhandlungen, welche über diese Angelegenheit zwischen den beiden Kabinetten seit Anfang August v. J. gepflogen worden sind, kann die Königlich grossbritannische Regierung die Mittheilung von der deutschen Besitzergreifung nicht unvorbereiteter erhalten haben, als die Regierung Seiner Majestät des Kaisers im Oktober v. J. die Nachricht, dass England die ganze Südküste von Neu-Guinea und die vorliegenden Inseln durch Proklamation in Besitz genommen habe. || Infolge der ihm unter dem 2. August v. J.*) zugegangenen Instruktion seiner Regierung war der Unterzeichnete in der Lage, am 8. desselben Monats Seiner Excellenz dem Königlich grossbritannischen Herrn Staatssekretär der Auswärtigen Angelegenheiten mitzutheilen, dass die Kaiserliche Regierung beabsichtige, wie in Westafrika, so nunmehr auch in der Südsee diejenigen Gebiete, in welchen sich der deutsche Handel in vorherrschender Weise ausgebreitet hat, oder wohin Expeditionen, deren Berechtigung von Niemand bestritten werden kann, in Ausführung begriffen seien, unter den direkten Schutz des Reichs zu stellen. Zugleich sprach der Unterzeichnete den Wunsch seiner Regierung aus, sich mit der Königlich grossbritannischen Regierung über die geographische Abgrenzung der beiderseitigen Herrschafts- oder Schutzgebiete in der Südsee, sowie im Allgemeinen über die innerhalb dieser Gebiete beiderseits, namentlich den Angehörigen des anderen Theils gegenüber, zur Anwendung zu bringenden Grundsätze zu verständigen. Dass hierbei eine Verständigung über die Grenzen von bevorstehenden Besitzergreifungen gemeint sei, ergiebt sich aus der Thatsache, dass damals deutsche Herrschaftsgebiete in der Südsee noch nicht existirten, sondern nur solche, „in denen der deutsche Handel vorherrschte", oder wohin „Expeditionen in Ausführung begriffen seien". || Was Neu-Guinea anbelangt, so bezeichnete der Unterzeichnete den seit dem Erscheinen eines deutschen Zeitungsartikels vom Jahre 1882, welcher den nicht unter niederländischer Hoheit stehenden Theil der Insel für deutsche Kolonisation empfohlen hatte, in Australien laut gewordenen Anspruch auf diesen ganzen Theil als jeder Berechtigung entbehrend. Er erinnerte daran, dass England bisher in Neu-Guinea überhaupt keinen staatlichen Besitz ergriffen habe, und dass für die Regie-

*) Vergl. Nr. 8443.

Nr. 8494. Deutschland. 26. Jan. 1885.

rung Seiner Majestät des Kaisers dort, wie in der Angra-Pequena-Angelegenheit der vor 10 Jahren gemeinsam mit England in Angelegenheit der Karolinenj, Pelew- und Sulu-Inseln Spanien gegenüber mit Erfolg geltend gemachte Grundsatz massgebend bleibe, wonach nur solche Souveränitätsansprüche anzuerkennen sind, die thatsächlich ausgeübt werden. Obwohl daher an sich der ganze unabhängige Theil von Neu-Guinea prinzipiell ein ebenso berechtigter Zielpunkt deutscher wie englischer Unternehmungen sein würde, wolle die Kaiserliche Regierung gleichwohl die Berechtigung des Wunsches der Australier zugeben, dass sich keine fremde Macht auf der südlichen Küste von Neu-Guinea an der Torresstrasse gegenüber von Queensland festsetze. || Da die Kaiserliche Regierung ein Naturrecht der Australier auf Neu-Guinea und die anderen unabhängigen Inselgebiete in der Südsee grundsätzlich bestreitet, so konnte jener Schritt nicht etwa bezwecken, die Genehmigung der grossbritannischen Regierung zu den beabsichtigten Erwerbungen nachzusuchen. || Der Zweck jenes Schrittes war vielmehr der Wunsch, der Möglichkeit von Kollisionen vorzubeugen. Nachdem das seit dem Frühjahr v. J. in Angriff genommene und unter dem Schutz des Reichs stehende Unternehmen nach Neu-Guinea und dem neubritannischen Archipel in Folge von Enthüllungen und Angriffen auf die Reichspolitik, welche am 27. Juni in der Budgetkommission des deutschen Reichstags stattfanden, in Australien bekannt geworden war, stand zu besorgen, dass englische Unterthanen den Versuch machen würden, diesem Unternehmen Schwierigkeiten in den Weg zu legen, welchen zuvorzukommen der Zweck des deutschen Vorgehens war. || Der Unterredung vom 8. August v. J. folgte ein Meinungsaustausch, welcher, wie die Kaiserliche Regierung bisher angenommen hatte, mit der bestimmten Zusage der Königlich grossbritannischen Regierung endigte, dass sie das ihrerseits beabsichtigte Protektorat in Neu-Guinea auf die Australien gegenüber liegende Südküste und die vor dieser Küste liegenden Inseln beschränken werde. || Die Kaiserliche Regierung ist daher durch den Inhalt der Note Sir Edward Malets vom 17. d. M. peinlicher überrascht worden, als die Königlich grossbritannische Regierung es durch irgend ein diesseitiges Vorgehen sein konnte. || Zunächst hat der Unterzeichnete sich dagegen zu verwahren, dass er in der Unterredung mit Lord Granville vom 8. August v. J. die Absichten Deutschlands auf die Nordküste von Neu-Guinea dahin eingeschränkt habe, „dass es einige Theile des wilden Landes auf dieser Küste gebe, welche sich als ein Feld der Kolonisation für deutsche Unternehmungen eignen könnten“. Er hat vielmehr den ganzen unabhängigen Theil der Nordküste als den Gegenstand eines in Ausführung begriffenen deutschen Kolonial-Unternehmens bezeichnet. || Richtig ist es, dass Lord Granville damals bemerkte, dass Deutschland wenigstens bis dahin in Neu-Guinea keine Niederlassungen begründet habe. Seine Excellenz konnte aber nicht umhin, seinerseits einzuräumen, dass es englische Niederlassungen dort überhaupt nicht gebe. || Der Herr Staatssekretär bemerkte sodann dem Unterzeichneten einstweilen vertraulich, dass mit den australischen

Nr. 8494. Deutschland. 26. Jan. 1885.

Kolonieen über Neu-Guinea Verhandlungen schwebten und dass deren Abschluss im Sinne der Annexion des südlichen Theils dieser Insel bevorstehe. || Ein Zweifel über die geographische Ausdehnung dieses Gebiets konnte bei dem Unterzeichneten um so weniger entstehen, als ihm Lord Granville nach erfolgter Besprechung der Angelegenheit mit den andern englischen Ministern am 9. August das Folgende mittheilte: || „The extension of some form of British authority in New-Guinea which will be shortly announced, will only embrace that part of the island which specially interests the Australian Colonies, without any prejudice to any territorial questions beyond these limits.“ || Die Schlussworte dieses Schreibens: „without prejudice“ u. s. w., konnten nach der stattgehabten Besprechung von dem Unterzeichneten und seiner Regierung nicht anders verstanden werden, als dass die englische Besitzergreifung sich auf die Küste beyond these limits nicht erstrecke, auf dieser vielmehr der status quo ante, in welchem sie staatlich res nullius war, fortbestehe. Die Kaiserliche Regierung würde daher vollständig berechtigt gewesen sein, ohne weiteres den Befehl zu ertheilen, die ganze Nordküste bis zum Ostkap in Besitz zu nehmen. Dies unterblieb jedoch, weil deutscherseits angenommen wurde, dass die vorbehaltene kommissarische Auseinandersetzung über die geographische Abgrenzung der beiderseitigen Machtgebiete in der Südsee sich, insoweit Neu-Guinea in Betracht kam, auf die inneren Grenzen der Insel beziehen solle. Letztere aber konnte in der schmalen Ostspitze derselben mehr Schwierigkeiten als westlich im Innern bieten.

Um so überraschter war daher die Kaiserliche Regierung, als ihr eine Note des grossbritannischen Geschäftsträgers in Berlin vom 19. September zuging*), in welcher ihr, im Widerspruch mit der Mittheilung Lord Granville's vom 9. August**), angezeigt wurde, die englische Regierung beabsichtige ihr Protektorat über alle nicht von den Niederlanden okkupirten Küsten Neu-Guinea's, also über die ganze Südküste, und ausserdem auch über die Nordküste mit Ausnahme des zwischen der niederländischen Grenze und dem 145° östlicher Länge gelegenen Theils dieser Küste, zu erklären. Die Bemerkung in der Note vom 19. September, auf welche jetzt in der Note Sir Edward Malets vom 17. d. Mts. Bezug genommen wird, und welche lautete: || „The 145th degree of East Longitude has been fixed as the Western British limit on the Northern Coast, in order that it should embrace the territory owned by the natives on the Maclay Coast, whose claim for British Protection has long been under the consideration of Her Majesty's Government, and was one of the principal reasons which determined the Cabinet to advise The Queen to assume the responsibility of establishing a Protectorate in New-Guinea“***), || war kein überzeugender Grund für die Kaiserliche Regierung, um auf die

*) Vgl. No. 8452.
**) Vgl. No. 8445.
***) Vgl. No. 8452.

Nr. 8494. Deutschland. 26. Jan. 1885.

Erfüllung der ihr englischerseits am 9. August ertheilten Zusage zu verzichten. Auch der Kaiserlichen Regierung haben seit dem Bestehen des Reichs viele Petitionen wegen Inbesitznahme herrenloser Gebiete vorgelegen, ohne dass sie bekanntlich bis vor 2 Jahren sich dazu entschlossen hätte, einigen dieser Wünsche zu entsprechen. || Der Unterzeichnete hat bereits Anlass gehabt, der Königlich grossbritannischen Regierung mitzutheilen, dass gerade das nach der Nordküste von Neu-Guinea gerichtete Unternehmen schon seit dem Jahre 1880 beabsichtigt war und seitdem den Gegenstand der Erwägung der Regierung Seiner Majestät des Kaisers gebildet hat. Dagegen ergeben die englischen Blaubücher, dass die jetzt von der englischen Regierung geltend gemachten Petitionen früher wiederholt abgewiesen worden sind. Nach den Erfahrungen, die wir in Angra Pequena, an der Goldküste und jüngst auch in Zululand gemacht haben, hat es den Anschein, dass auch der Besitz von Neu-Guinea erst von dem Augenblick an begehrenswerth für England geworden ist, seit Deutschland sein Auge darauf geworfen hat. Ein Bedürfniss der australischen Kolonien wird gegenüber der Thatsache nicht behauptet werden können, dass deren Bevölkerung, namentlich in Queensland, noch nicht ausreicht, um auch nur das Küstenland des australischen Kontinents zu besiedeln. || Der Kaiserliche Geschäftsträger Baron von Plessen ward deshalb unter dem 25. September v. J. beauftragt, auf den Widerspruch zwischen dem Inhalt der Note des Mr. Scott vom 19. September und der Zusage Lord Granville's vom 9. August aufmerksam zu machen.

Hierauf erhielt die Kaiserliche Regierung zu ihrer Genugthuung mittelst einer Note des Mr. Scott vom 9. Oktober die folgende, mit der Zusage vom 9. August übereinstimmende Erklärung: „that Her Majesty's Government have carefully considered the communication which Baron von Plessen was instructed to make on the proposed limit of this protectorate, and have decided that the declaration to be made shall limit the British Protectorate to the whole of the Southern Coast including the islands contiguous to it, instead of that which they had at first proposed. This will be done without prejudice to any territorial question beyond these limits“*). || Wenige Tage darauf wurde seitens der englischen Regierung eine der vorstehenden Erklärung genau entsprechende Proklamation nebst einer die Ausdehnung des englischen Protektorats veranschaulichenden Karte publizirt. || Hiernach durfte die Kaiserliche Regierung sich überzeugt halten, dass nunmehr die freibleibende Nordküste der Insel nicht nur als herrenlos, sondern auch mit vollem Einverständniss der englischen Regierung für deutsche Besitzergreifung offen stände, und dass nur erübrigte, die gegenseitige Abgrenzung nach dem Innern der Insel zu bestimmen, und dass hiermit die Möglichkeit eines Missverständnisses oder gar eines Widerstreits der Interessen ausgeschlossen sei. Für sie schien auch jedes formelle Hinderniss beseitigt, nunmehr auch ihrerseits die Besitzergreifung der

*) Vergl. No. 8457.

Küstenstrecke von der Huon-Bai bis zum Ostkap anzuordnen. In dieser Ueberzeugung war sie gerade durch den in der Note Sir Edward Malets vom 17. d. M. weiter citirten Passus der Note des Mr. Scott vom 9. Oktober bestärkt worden, welcher lautete: „It is with great satisfaction that Her Majesty's Government have come to an arrangement in which they find themselves in perfect accord with Germany".

Für die Kaiserliche Regierung ist es um so unerwarteter, wenn trotzdem die von Baron Plessen, bei Gelegenheit seiner Mittheilung vom 27. September gemachte Bemerkung, dass nach Ansicht der Kaiserlichen Regierung auch über die Abgrenzung der beiderseitigen Interessensphären an jener Küstenstrecke eine freundschaftliche Verständigung im Wege kommissarischer Verhandlungen anzustreben sei, so gedeutet wird, als ob Deutschland in der Hoffnung auf einen ihm günstigen Ausgang der vorgeschlagenen kommissarischen Verhandlungen sich auf ungewisse Zeit gebunden hätte, auch während jahrelanger Verhandlungen überhaupt auf Neu-Guinea und anderwärts nichts in Besitz zu nehmen, während England vorweg die ganze Südküste von Neu-Guinea einschliesslich des Küstenstrichs in der Ostecke in Beschlag zu nehmen sich für berechtigt hielt. Diese Annahme widerspricht der ersten Voraussetzung der von uns vorgeschlagenen freundlichen Verständigung, nämlich dem Prinzip der Gleichberechtigung beider Nationen. || Darauf, dass uns englischerseits eine solche Zumuthung ernstlich gestellt werden könnte, sind wir erst jüngst durch den als englischer Konferenz-Delegirter hier anwesenden Mr. Meade aufmerksam gemacht worden, dessen Vorschläge darauf hinzielten, uns aus Neu-Guinea ganz auszuschliessen. Die Ansicht der Kaiserlichen Regierung über diese Vorschläge hat der Unterzeichnete zufolge der ihm unter dem 29. Dezember v. J.*) und 10. Januar d. J.**) ertheilten Instruktionen zur Kenntniss der Königlich grossbritannischen Regierung gebracht.

In der Note des Mr. Scott vom 9. Oktober war folgender Passus enthalten: „In case any questions should rise as to those districts (of New-Guinea) which lie beyond the limit described, Her Majesty's Government are of opinion that it would be better to deal with them diplomatically, than to refer them to the commission, which it is proposed to appoint with regard to the Islands in the Pacific". || Wenn die Königlich grossbritannische Regierung von der Ansicht ausging, dass bis zu einem Ergebniss der diplomatischen Verhandlungen jede Besitzergreifung auf Neu-Guinea zu unterbleiben habe, so hat sie durch die nach dieser ihrer Erklärung von ihr angeordnete Proklamirung des englischen Protektorats über die ganze Südküste, einschliesslich des östlichen Theils von Neu-Guinea, sich zuerst mit ihrer Erklärung in Widerspruch gesetzt. Die Kaiserliche Regierung hatte ihre Befehle wegen des Hissens der Flagge schon im August v. J. gleich nach Empfang

---

*) Vergl. No. 8478.
**) Vergl. No. 8487.

Nr. 8494. Deutschland. 26. Jan. 1885.

der Erklärung Lord Granville's vom 9. desselben Monats*) ertheilt und verwahrt sich ihrerseits gegen den Vorwurf, einer von ihr eingegangenen Verpflichtung zuwidergehandelt zu haben.

Aus den Erklärungen der grossbritannischen Regierung und aus der bereits erwähnten amtlichen englischen Karte ergiebt sich mit voller Klarheit, dass das englische Protektorat südlich vom Ostkap durch eine etwa mit dem 152. Grad östlicher Länge (Greenwich) zusammenfallende Linie begrenzt sein sollte. Die in der Note Sir Edward Malets vom 17. d. M. enthaltene Angabe, dass die — vor der Nordküste liegenden — d'Entrecasteaux-Inseln bereits in der Proklamation des englischen Protektorats vom 6. November v. J.**) einbegriffen gewesen seien, widerstreitet ebenso sehr den uns englischerseits ertheilten Zusagen vom 9. August und 9. Oktober v. J.***) wie dem Wortlaut der Proklamation und der deutlich eingezeichneten Abgrenzung auf der amtlich veröffentlichten Karte†). || Hiermit erledigt sich auch die in einer zweiten Note Sir Edward Malets vom 17. d. M. an die Kaiserliche Regierung gerichtete Anfrage über die Ausdehnung des deutschen Protektorats. Denn die Kaiserliche Regierung hat von Anfang an beabsichtigt, die ganze Nordküste, von der niederländischen Grenze bis zum Ostkap nebst den vorliegenden Inseln, unter ihren Schutz zu stellen. || An wieviel Stellen die Kaiserliche Flagge zur äusseren Bekundung des deutschen Protektorats auf der Nordküste gehisst worden, ist nicht entscheidend. Diese Frage ist von Seiten der englischen Regierung um so auffallender, als bekanntlich die ganze Südküste der Insel ebenfalls nur durch den an wenigen Punkten vorgenommenen symbolischen Akt des Flaggehissens unter das Protektorat Ihrer Majestät der Königin von England gestellt worden ist. || Das Recht Deutschlands auf die ganze Nordküste würde auch dadurch nicht entkräftet werden können, wenn im Gegensatz mit der im August, bezw. Oktober, stattgehabten Verständigung zwischen den beiden Regierungen jetzt zu unserm Bedauern die englische Flagge auf einzelnen Theilen der Nordküste und auf den vor derselben liegenden Inseln gehisst worden sein sollte. || Die Motivirung des von der englischen Regierung beschlossenen Vorgehens mit dem Wunsche, den aus dem Mangel einer Jurisdiktion auf der Küste von Neu-Guinea sich ergebenden Unzuträglichkeiten abzuhelfen, vermag die Regierung Seiner Majestät des Kaisers nicht als zutreffend anzuerkennen. Denn schon bei dem im August v. J. stattgehabten Meinungsaustausch ist die Frage der Einrichtung einer ausreichenden Jurisdiktion in den beiderseitigen Protektoratsgebieten von dem Unterzeichneten zur Sprache gebracht worden. In Abwesenheit jeder englischen Niederlassung kann ein dringenderes Bedürfniss hierzu gerade von Seiten Englands nicht geltend gemacht werden. Was die Inseln im neubritannischen

*) Vergl. No. 8445.
**) No. 8495.
***) Vergl. No. 8445 und No. 8457.
†) Vergl. auch die Anm. zu No. 8459 Seite 213. Anm. d. Red.

Archipel anbelangt, so bemerkt der Unterzeichnete, dass die Inbesitznahme dieser Inseln zum Gegenstande einer Verhandlung zwischen Deutschland und England zu machen seitens der Kaiserlichen Regierung niemals beabsichtigt war. Denn auf diesen Inselgruppen bestehen, wie dies von dem Unterzeichneten schon in seiner Unterredung vom 8. August bemerkt wurde, seit langer Zeit ausschliesslich deutsche Niederlassungen, und zwar in einem Umfange, dessen zehnter Theil für die englische Regierung genügt haben würde, um schon längst von diesem Archipel Besitz zu ergreifen. Wenn englischerseits beansprucht werden sollte, dass wir vor dieser Besitzergreifung uns wegen eines möglichen Interesses Englands oder seiner Kolonien daran mit der grossbritannischen Regierung hätten verständigen sollen, so steht ein solcher Anspruch nicht im Einklange mit dem Vorgehen Englands gegenüber Deutschland an den Küsten von Afrika. Denn es genügte die erste Nachricht über einige dort gemachte deutsche Erwerbungen, um zu bewirken, dass von englischer Seite sofort und auch nach erfolgter Einladung zur westafrikanischen Konferenz Maassregeln hervorgerufen oder gebilligt wurden, welche bezweckten, durch Beschlagnahme grosser Küstenstrecken, wie derjenigen zwischen Bimbia und Lagos, den deutschen Erwerbungen selbst die Möglichkeit einer weiteren Ausdehnung im Golf von Guinea abzuschneiden. || Nach diesen Erfahrungen würde die Kaiserliche Regierung möglicherweise jetzt auch die Nachricht von der Aufpflanzung der englischen Flagge im neubritannischen Archipel zu gewärtigen haben, wenn sie nicht rechtzeitig die dortigen Niederlassungen unter ihren Schutz gestellt hätte.

Der Unterzeichnete ist beauftragt, gegen die in der Note Sir Edward Malets vom 17. d. Mts. angekündigte und zufolge einer telegraphischen Meldung aus Melbourne anscheinend bereits erfolgte Proklamirung des Protektorats Ihrer Majestät der Königin von Grossbritannien und Irland über den zwischen dem Ostkap und der Huon-Bai gelegenen Theil der Nordküste von Neu-Guinea, sowie über die d'Entrecasteaux-, Woodlark- und andere, vor der Nordküste liegende Inseln als im Widerspruch mit der uns in amtlichen Schriftstücken ertheilten Zusage der englischen Regierung stehend, Verwahrung einzulegen. || Die Kaiserliche Regierung wünscht jedoch auch ihrerseits zur Verhütung jeden Anlasses von Differenzen zwischen den beiden Regierungen sich über die inneren Grenzen der beiderseitigen Protektoratsgebiete auf Neu-Guinea, und zwar namentlich auch in der mehrerwähnten Ostecke der Insel, sowie hinsichtlich der noch unabhängigen Inseln der Südsee, wo die Interessen bald der einen, bald der anderen Nation vorwiegen, und über die gegenseitig zur Anwendung zu bringenden Grundsätze mit der grossbritannischen Regierung im Wege der vorbehaltenen kommissarischen Verhandlung zu verständigen. || Die Ankunft des zu diesem Zweck aus Sydney berufenen Kaiserlichen General-Konsuls Dr. Krauel hat der Unterzeichnete bereits unter dem 29. Dezember v. J. Sr. Excellenz dem Herrn Grafen Granville anzuzeigen die Ehre gehabt. || Die Schlussbemerkung der Note Sir Edward Malets,

Nr. 8494. Deutschland. 26. Jan. 1885.

betreffend ein von dem Kaiserlichen General-Konsul in Apia mit dem Könige von Samoa abgeschlossenes Uebereinkommen, wird der Unterzeichnete in einer besonderen Note beantworten. || Er benutzt auch diesen Anlass, um etc.

Nr. 8495. **DEUTSCHLAND.** — Reichskanzler an den deutschen Botschafter in London. — Der Vertrag mit Samoa beeinträchtigt weder die Unabhängigkeit der Inseln noch die Rechte fremder Unterthanen. [47.]

Berlin, den 26. Januar 1885.

Nr. 8495. Deutschland. 26. Jan. 1885.

Unter Bezugnahme auf meinen Erlass von heute, betreffend Neu-Guinea, beehre ich mich Euerer Excellenz beifolgend den Entwurf einer Note zu übersenden, welche die Erwiederung auf die in der Note Sir Edward Malet's vom 17. d. M. gemachten Bemerkungen über den Abschluss eines deutsch-samoanischen Vertrages enthält. Euere Excellenz bitte ich, eine entsprechende Note gleichzeitig mit der Note, welche sich auf Neu-Guinea bezieht, an Lord Granville zu richten. || Abschrift der zwischen Generalkonsul Dr. Stuebel und der Samoa-Regierung am 10. November v. J. getroffenen Uebereinkunft sowie der Petitionen des Königs und der Häuptlinge von Samoa an die Königin von England und den Gouverneur und die Minister der Kolonie Neu-Seeland vom 5. November v. J.*) folgt zur Kenntnissnahme und eventuellen Verwerthung bei. || Ich beabsichtige, von dem Abschluss der gedachten Uebereinkunft auch die Regierung der Vereinigten Staaten in Kenntniss zu setzen.

v. Bismarck.

Entwurf einer Note des Kaiserlichen Botschafters in London an Lord Granville.

London, den Januar 1885**).

Die Note, welche der Königlich grossbritannische Botschafter in Berlin unter dem 17. d. M. mit Bezug auf Neu-Guinea an den Kaiserlichen Staatssekretär des auswärtigen Amts gerichtet hat, enthält am Schluss die Mittheilung, dass die Königlich grossbritannische Regierung kürzlich Berichte über den Abschlusss eines Vertrages zwischen den Vertretern Deutschlands und dem Könige in Samoa empfangen habe und voraussetze, dieser Vertrag werde nicht ratifizirt werden, soweit die Bestimmungen desselben mit den früher zwischen Deutschland und England ausgetauschten Erklärungen über die Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit Samoa's nicht in Einklang ständen. || Der Unterzeichnete ist angewiesen, auf diesen Punkt, der mit der Neu-Guineafrage nicht direkt zusammenhängt, in einer besonderen Note zu antworten, und

*) Siehe die Anlagen zu No. 8483.

**) Datirt vom 28. Januar (Blaubuch No. 164, Inclosure 2).

Nr. 8495. Deutschland. 26. Jan. 1885.

beehrt sich demgemäss im Auftrage seiner Regierung Folgendes zur Kenntniss Seiner Excellenz des Grafen Granville zu bringen. || Die Regierung Seiner Majestät des Kaisers vermuthet, dass die der Königlich grossbritannischen Regierung zugegangene Mittheilung über den Abschluss eines deutsch-samoanischen Vertrages sich auf das Uebereinkommen bezieht, welches in Ausführung von Artikel VII des deutsch-samoanischen Freundschafts-Vertrages vom 24. Januar 1879*) zwischen dem Kaiserlichen Vertreter in Samoa, General-Konsul Dr. Stuebel, und der dortigen Regierung am 10. November v. J. in Apia unterzeichnet ist. || Indem der Unterzeichnete sich beehrt, anliegende deutsche Uebersetzung dieses Uebereinkommens zur Kenntnissnahme beizufügen, giebt er der Hoffnung Seiner Regierung Ausdruck, die Königlich grossbritannische Regierung werde sich daraus überzeugen, dass die getroffenen Vereinbarungen sich innerhalb des Rahmens des deutschen Vertrages mit Samoa halten und weder die Unabhängigkeit dieser Inselgruppe noch die von anderen Nationen dort erworbenen Rechte beeinträchtigen. || Die Wohlthaten einer grösseren Rechtssicherheit und einer verbesserten Strafpflege in Samoa, deren Herstellung das vorliegende Uebereinkommen bezweckt, werden auch den dort ansässigen Angehörigen der anderen Vertragsmächte zu Gute kommen, während zu den Kosten der getroffenen Einrichtungen nach Artikel VII nur die deutschen Interessenten herangezogen werden. || Die Kaiserliche Regierung beabsichtigt, diese Uebereinkunft, vorbehaltlich der näheren Prüfung von Einzelheiten, zu ratifiziren und darüber zu wachen, dass die Bestimmungen derselben auch von samoanischer Seite genau ausgeführt werden. || Sie rechnet darauf, dass ihre Bemühungen, auf jener Inselgruppe geordnete Zustände zu schaffen, nicht von anderer Seite durchkreuzt werden. || Der Unterzeichnete ist beauftragt, in dieser Beziehung auf die Petitionen zurückzukommen, welche unter dem 5. November v. J. seitens des Königs und der Häuptlinge von Samoa an Ihre Majestät die Königin von England und an den Gouverneur und die Minister der Kolonie Neu-Seeland gerichtet sind. || Der Text dieser Petitionen liegt der Kaiserlichen Regierung jetzt vor und bestätigt die schon früher geäusserte Vermuthung, dass dieselben von englischen Unterthanen verfasst und unter dem Einfluss falscher Vorspiegelungen über einen von deutscher Seite geplanten Gewaltakt gegen die Unabhängigkeit Samoa's unterzeichnet sind. Es geht ferner daraus hervor, dass schon zu Anfang vorigen Jahres der König Malietoa mittelst einer ähnlichen Petition die Herrschaft über sein Land im Geheimen der Königlich grossbritannischen Regierung angetragen hatte. || Das einstweilige Ausbleiben einer Missbilligung des Verhaltens derjenigen, welche den König zu diesem Schritte verleitet hatten, hat offenbar dazu beigetragen, weitere Versuche in dieser Richtung zu ermuthigen. Die Kaiserliche Regierung erwartet mit Zuversicht, dass die jetzt in Aussicht gestellten Instruktionen der Königlich grossbritannischen Regierung auch den

*) Siehe Staatsarchiv Bd. XXXVI. No. 7026.

Nr. 8495. Deutschland. 26. Jan. 1885.

Erfolg haben werden, der von Neu-Seeland aus betriebenen gleichartigen Agitation ein Ende zu machen.

(Uebersetzung.)

Um den in Samoa lebenden Deutschen die Vortheile einer guten Regierung zu sichern und in Ausführung von Artikel VII des deutsch-samoanischen Freundschaftsvertrages vom 24. Januar 1879 haben sich den Verweser des Kaiserlichen Konsulates für die Südsee-Inseln und der König, der Vizekönig und die Regierung von Samoa über die nachstehenden Bestimmungen geeinigt:

Art. I. Es wird ein deutsch-samoanischer Staatsrath gebildet. Zu demselben sollen gehören der deutsche Konsul oder dessen Stellvertreter, zwei Samoaner, von denen der eine von dem Könige, der andere von dem Vizekönig im Einvernehmen mit den Taimua und Faipule ernannt werden, und zwei Deutsche, welche von dem deutschen Konsul ernannt werden.

Art. II. Der deutsch-samoanische Staatsrath soll über alle Gesetze und Einrichtungen berathen und Beschluss fassen, deren Einführung dem gemeinsamen Interesse der Samoa-Regierung und der in Samoa lebenden Deutschen entspricht. Er wird insbesondere gesetzliche Vorschriften aufstellen, welche auf die strafbaren Handlungen von Samoanern Anwendung leiden, wenn damit ein Deutscher oder ein in deutschen Diensten stehender Angehöriger eines anderen Staates oder ein in deutschen Diensten stehender farbiger Arbeiter oder das Eigenthum solcher Personen verletzt worden ist. Die gleichen Vorschriften sollen auf die strafbaren Handlungen der in deutschen Diensten stehenden farbigen Arbeiter Anwendung leiden.

Art. III. Die von dem deutsch-samoanischen Staatsrath aufgestellten Vorschriften werden von dem König und dem Vizekönig unter ihrer Unterschrift als Gesetz erlassen. In dem Eingang ist zu erwähnen, dass das Gesetz nach vorgängiger Feststellung durch den deutsch-samoanischen Staatsrath erlassen wird.

Art. IV. Der König wird im Einvernehmen mit dem deutschen Konsul einen deutschen Beamten der Samoa-Regierung ernennen. Derselbe wird der Sekretär und der Rathgeber des Königs in allen Angelegenheiten sein, welche die in Samoa lebenden Deutschen betreffen. Er wird in den Strafsachen, an welchen die in Samoa lebenden Deutschen ein Interesse haben, sofern nicht auf mehr als zwei Jahre Gefängniss mit harter Arbeit erkannt werden kann, das Amt eines deutschen Richters ausüben; in Gemeinschaft mit einem samoanischen Richter über Samoaner und farbige Arbeiter, welche sich der Verletzung von Samoanern oder von samoanischem Eigenthum schuldig gemacht haben, allein über farbige Arbeiter wegen der von denselben unter einander begangenen strafbaren Handlungen. Wenn auf mehr als zwei Jahre Gefängniss mit harter Arbeit erkannt werden kann, wird der deutsche Konsul, neben einem samoanischen Richter, das Richteramt selber übernehmen oder den deutschen Beamten der Samoa-Regierung oder eine dritte Person damit beauftragen.

Nr. 8495. Deutschland. 26. Jan. 1885.

Art. V. Zur Unterbringung der Strafgefangenen aus Strafsachen, an welchen die in Samoa lebenden Deutschen ein Interesse haben, wird ein Gefängniss errichtet werden. Die zu Gefängniss mit harter Arbeit Verurtheilten sollen zu angemessener Arbeit angehalten werden, welche zur Deckung der entstehenden Verwaltungskosten verwerthet werden kann. Der deutsche Beamte der Samoa-Regierung wird die Aufsicht über das Gefängnisswesen führen.

Art. VI. Der König wird im Einvernehmen mit dem deutschen Konsul Polizisten anstellen, welche den Gefängnissdienst und den Sicherheitsdienst auf den deutschen Pflanzungen versehen werden. Dieselben unterstehen dem Befehle des deutschen Beamten der Samoa-Regierung.

Art. VII. Die in Folge dieser Vereinbarung sich nöthig machenden Ausgaben werden aus den eingehenden Gerichtsgebühren, Geldstrafen, Einkünften aus der Gefangenenarbeit und aus den Steuern gedeckt werden, welche von den deutschen Interessenten aufzubringen sind. || Mit Verwaltung dieser Gelder soll ein Vertreter der deutschen Steuerzahler beauftragt werden. Die Umlegung der Steuern sowie die Feststellung der Höhe der Ausgaben erfolgt durch den deutsch-samoanischen Staatsrath.

Art. VIII. Dieses Uebereinkommen tritt sofort in Kraft vorbehaltlich der Genehmigung durch die Kaiserlich deutsche Regierung. Solange diese nicht erfolgt ist, soll von Deutschen die Zahlung von Steuern nicht verlangt werden können. Die Kaiserlich deutsche Regierung soll das Recht haben, dieses Uebereinkommen zu kündigen, welchenfalls dasselbe nach sechs Monaten ausser Kraft tritt.

Zu Urkunde dessen haben wir hierunter unsere Unterschriften gesetzt.

Geschehen im Kaiserlichen Konsulate zu Apia am 10. November 1884.

Dr. Stuebel.	Malietoa.
Kaiserlicher Konsulats-Verweser.	Le Tupu o Samoa.
Th. Weber,	Tupua,
als Zeuge.	Le Sui Tupu.

Es wird hierdurch bescheinigt, dass Vorstehendes eine getreue Uebersetzung des im Archiv des Kaiserlichen Konsulats aufbewahrten, in samoanischer Sprache abgefassten Originals ist.

Apia, den 11. November 1884.

Der Kaiserliche Konsulats-Verweser. Dr. Stuebel.

Nr. 8496. GROSSBRITANNIEN. — Gouverneur von Queensland an den engl. Min. der Kolonien. — Hört mit Erstaunen, dass die gesammten Kosten der Annexion von den Kolonien getragen werden sollen. [160.]

(Telegraphic.) (Received February 1, 1885.)

Nr. 8496. Grossbritannien. 31. Jan. 1885.

Brisbane, 31st January 1885. — Scratchley instructions have been received, carefully considered. Government learn with surprise, only now in indi-

Nr. 8496. Gross-britannien. 31. Jan. 1885. rect communication, it is expected that the whole of the expenditure should be paid by Australian Colonies. Australian Colonies undertook to defray expenses in what proportion required, on the understanding that Her Majesty's Government complete arrangements for exercise of jurisdiction. Queensland most probably would have been willing to contribute towards the full amount if requested. It was expected, that on appointment of Scratchley full information would have been given us. What is intended by Her Majesty's Government? What arrangements have been made for exercise of jurisdiction? In what mannner, to what extent territorial, by what law? Announcement of proposed annexation has been received with much satisfaction; further information urgently required. It will be essential, that full information given us what is intended by Her Majesty's Government before decision arrived at increase of our continuance of contribution. Despatch follows by mail.

Nr. 8497. GROSSBRITANNIEN. — Min. des Ausw. an den engl. Botschafter in Berlin. — Wünscht baldigen Zusammentritt der Kommission. [174.]

Foreign Office, February 3, 1885.

Nr. 8497. Gross-britannien. 3. Febr. 1885. Sir, — I informed the German Ambassador this afternon, that Mr. Thurston, the Colonial Secretary of Fiji, would be Her Majesty's Commissioner for the inquiry into British and German interests in the Pacific, and that, as far as we were concerned, the Commissioners might meet as soon as possible. On the other hand, if the German Gonvernment would prefer that the general question should first be negotiated directly between the two Governments, we had no objection to that course. || I am, &c.

His Excellency Sir E. Malet, K. C. B.

Granville.

Nr. 8498. GROSSBRITANNIEN. — Kolonialamt an den General-Agenten für Neu-Süd-Wales. — Die Regierung hat angenommen, dass die Kolonien alle Kosten der Annexion übernehmen würden. [168.]

Downing Street, February 4, 1885.

Nr. 8498. Gross-britannien. 4. Febr. 1885. Sir, — I am directed by the Earl of Derby to acknowledge the receipt of your letter of the 29th ultimo, enclosing a copy of a telegram which you had received from your Government relating to the position of General Scratchley in connexion with the administration of New Guinea. || The suggestion contained in this telegram that this country should bear part of the expense connected with the administration of New Guinea, had not been expected by Her Majesty's Government, and places the whole question in a new aspect. || It has at every stage

of the proceedings connected with the acquisition of New Guinea been distinctly understood by Her Majesty's Government, and they have never doubted that the same was the understanding of the Convention at Sydney and of all the Governments of the Australasian Colonies, that the Colonies, or some of them, were pledged to bear the whole cost of any action that might be taken in connexion with New-Guinea in pursuance of the wishes of the Colonies. || It has, therefore, become necessary for Her Majesty's Government to reconsider the subject, more particularly with regard to the contemplated proclamation of British sovereignty in New Guinea, as that step, once taken, would entail greater and more permanent obligations than those of a Protectorate, and the suggestion of your Government shall receive immediate attention. || Lord Derby has telegraphed to Lord A. Loftus his acceptance of the very liberal offer of the "Wolverene." His Lordship had hesitated to do so in consequence of the belief of the Admiralty that the ship was not in a sea-going condition, but he now understands that she is being thoroughly refitted, and the loan of her will be a very valuable assistance to General Scratchley. || I am, &c.

Nr. 8498. Gross-britannien. 4. Febr. 1885.

Robert G. W. Herbert.

Nr. 8499. **GROSSBRITANNIEN.** — Min. der Kolonien an den Gouverneur von Victoria. — England hatte kein Recht, den deutschen Annexionen zu widersprechen. [171.]

Downing Street, February 5, 1885.

Sir, — I have the honour to acknowledge the receipt of your Despatch of the 24th of December last*), enclosing a memorandum by Mr. Service respecting the annexation of part of the Northern Coast of New-Guinea by Germany. || I would observe, with reference to this memorandum, that Her Majesty's Government have at all stages of this question given the fullest consideration to the wishes of the Australasian Colonies with regard to New Guinea and the islands of the Western Pacific, but they have also had to consider the intentions and reasonable wishes of other Powers having large interests in that part of the world; and there is no ground on which it is possible to base an objection to the occupation by Germany of places which lie at a considerable distance from any of the British Colonies, and in which there have been and are no British settlers or traders. || I have, &c.

Nr. 8499. Gross-britannien. 5. Febr. 1885.

Sir H. B. Loch.

Derby.

---

*) No. 8476.

Nr. 8500. **GROSSBRITANNIEN.** — Min. der Kolonien an den Gouverneur von Queensland. — Vor Entscheidung der Kostenfrage können neue Schritte nicht gethan werden. [175.]

(Telegraphic.)

Nr. 8500. Gross-britannien. 7. Febr. 1885.

7th February 1885. — It was intended, that Scratchley (5th paragraph of instructions) should communicate with Australasian Governments respecting expenditure. My telegram of 24th January informed you that jurisdiction would be completed by establishing sovereignty. Always fully understood New-Guinea would entail no cost on this country, and annexation to be effective would require increased expenditure, therefore no further step can be taken pending settlement of financial question. I shall shortly send telegram Colonial Goverments on this subject. Much obliged for your telegram 30th January. Colonial Government will have opportunity for consideration of arrangements.

Nr. 8501. **GROSSBRITANNIEN.** — Min. des Ausw. an den engl. Botschafter in Berlin. — Rechtfertigung der engl. Politik in Angra Pequena, Santa Lucia-Bai, Kamerun und Neu-Guinea*). [176.]

Foreign Office, February 7, 1885.

Nr. 8501. Gross-britannien. 7. Febr. 1885.

Sir, — I have received your Excellency's Despatch of the 24th ultimo, and I have read with interest the account which it contains of the important conversation which you had with Prince Bismarck at your interview of the 24th, when you read to him my Despatch of the 20th ultimo. || The Prince

*) Die „Nordd. Allg. Ztg.“ vom 2. März schreibt über die Veröffentlichung dieser Depesche:

„In den Publikationen des letzten, Ende vorigen Monats ausgegebenen Blaubuchs ist das englische Auswärtige Amt in bemerkenswerther Weise von seinen bisher stets beobachteten Traditionen internationaler Courtoisie abgewichen. Es war sonst stets Gebrauch, dass vor der Veröffentlichung von Noten oder von Berichten, welche vertrauliche Unterredungen wiedergaben, eine Anfrage an die betheiligte Regierung gerichtet wurde, ob dieselbe damit einverstanden wäre. Dasselbe Verfahren ist, soviel wir wissen, auch seitens des deutschen Auswärtigen Amtes bei Zusammenstellung der Weissbücher eingeschlagen worden. Die englische Regierung hat diesmal diese Rücksicht ausser Acht gelassen: sie ist darin so weit gegangen, dass sie z. B. in dem Blaubuch C. 4273 Seite 164 einen an den Kaiser gerichteten Brief des samoanischen Königs Malietoa eher gedruckt hat, als derselbe sich in den Händen Seiner Majestät befand. Es ist dies bezeichnend für die Genesis des Briefes. Auch Lord Granville's Note vom 21. v. M., betreffend Kamerun, lag dem englischen Parlament bereits im Druck vor, ehe sie auf diplomatischem Wege hier bekannt sein konnte.

In dem Erlass Lord Granville's vom 7. v. M. an den englischen Botschafter in Berlin ist der Inhalt eines von diesem selbst geschriebenen Berichtes über eine ganz

on that occasion spoke on the circumstances leading to the present political estrangement between England and Germany, and proceeded to explain its causes from the German point of view. ‖ He stated, that in his opinion Her Majesty's Government had entirely failed to appreciate the importance which his Government attached to their projects of colonization and the value which they set upon the friendship of England; for he could not suppose, had it been otherwise, that the successive annoyances to which Germany had been exposed would not have been averted. He laid much stress on an important Despatch which he appears to have addressed on the 5th May last to the German ambassador in London, and in which Count Münster was instructed to point out to Her Majesty's Government the service which England could render to Germany at the commencement of her colonial enterprise; that in return for such service Germany would support the interests of England nearer home, and that such an understanding would be productive of mutual advantage. The Prince added, that he had sent his son, Count Herbert Bismarck, to England in the hope that he might be able to promote the object in view; but neither his son nor Count Münster had succeeded in obtaining more than general assurances of good-will, which were of little value in the face of subsequent events. The Prince complained of the "closing-up" system which he maintained had been pursued by England at every point at which Germany had endeavoured to found a Colony, so as to restrict her field of

---

vertrauliche Unterredung, die er mit dem Reichskanzler gehabt hatte, reproduzirt und auf diese Weise der Oeffentlichkeit übergeben worden. Die „Köln. Ztg." meint, dass dabei die Absicht vorgewaltet habe, Misstrauen zwischen Deutschland und Frankreich zu säen. Wir können kaum glauben, dass dies die Absicht gewesen sei; denn wir sehen nicht, welchen Grund zum Misstrauen Frankreich aus jenen Andeutungen Lord Granville's schöpfen könnte. Wir sehen in dem Vorgange allerdings einen Vertrauensbruch, aber einen solchen, der von Lord Granville persönlich nicht beabsichtigt sein kann; er ist nutzlos und verdankt sein Entstehen wahrscheinlich der Unmöglichkeit, in welcher Lord Granville sich befand, seine Zeit in diesem Augenblick der Ueberwachung der Redaktion von Noten zu widmen.

Unserem Reichskanzler ist es stets als ein Hauptverdienst in der Diplomatie angerechnet worden, dass er die Wahrheit spricht und eingegangene Verpflichtungen hält: darauf beruht das Vertrauen, dessen er sich bei den fremden Kabinetten erfreut. Dieses Vertrauen kann durch diese und durch weitere Veröffentlichung von Aktenstücken nur gestärkt werden; denn aus derselben wird hervorgehen, dass die deutsche Politik sich weder durch Angriffe in der Presse, noch durch Lockungen in der Politik loyaler und friedliebender Nachbarschaft irre machen lässt, welche es Frankreich gegenüber beobachtet. Einen irrthümlichen Eindruck könnte der Umstand machen, dass der von Sir E. Malet gemeldete Inhalt der Instruktion an Graf Münster vom 5. Mai v. J. in Präsensform gefasst ist, so dass bei jedem oberflächlich Lesenden der Eindruck hervorgerufen werden muss, als hätte der Reichskanzler jetzt gesagt, „that Germany would support", während es heissen müsste „would have supported" und so fort, soweit es sich um die Erwähnung jener älteren Instruktion handelt. Es ist dies ein lapsus calami in der englischen Redaktion, auf dessen Richtigstellung wir Werth legen."

Nr. 8501. Gross-britannien. 7. Febr. 1885.

expansion. || Referring to the action of Germany in New-Guinea, the Prince defended the establishment of the German protectorate there, on the ground that Mr. Scott's note of the 9th October was understood as giving to the German Government full liberty of action with regard to the northern part of that island. || He then questioned the right of England to hoist her flag in Zululand, on the ground of a prior cession from King Panda to the Boers in 1840. || Finally, the Prince intimaded, that the understanding which Germany had arrived at with France, owing to her failure to come to terms with England, precluded him from taking up the question again on the basis proposed in his Despatch to Count Münster of the 5th May last.

Such appears to be the substance of the Prince's remarks, as reported in your Despatch, and I need hardly say that Her Majesty's Government would deeply regret that he should consider that there is anything which approaches to a political estrangement between the two countries. But in their opinion the foregoing views of their policy and action and of the present situation are not warranted by the real facts of the case. || In the first place, I may unhesitatingly affirm that whatever feeling of estrangement may exist in Germany against England, and whatever may be its cause, that feeling has found no echo in this country. The sentiment here remains, as it always has been, most friendly to the German Empire, and far from any desire existing on the part of the British Government to obstruct in any way the expansion of the colonial policy of Germany, they view with great satisfaction the opening up of new countries and the development of trade by a people so long united to Englishmen by a community of sentiments and of interests, and by all the ties which can bind two nations together. || The misunderstandings referred to by Prince Bismarck in his conversation with your Excellency are due to the suddenness with which Her Majesty's Government became acquainted with the departure by Germany from her traditional policy in regard to colonization; and the misconceptions which have produced a change of attitude on the part of Prince Bismarck towards this country can only be attributed to causes for which, as I will presently show, Her Majesty's Government are not responsible. || That Germany should be brought into closer relations of amity with France cannot be a subject of regret to this country, but Her Majesty's Government would greatly deplore any diminution of her friendship towards England, especially if it were based on an erroneous impression of the views and objects of Her Majesty's Government and of the feelings of the British people. || The belief of Prince Bismarck, that the policy of Her Majesty's Government has been intentionally hostile to German colonization, is so devoid of any real foundation, that I think it desirable to enter at some length into the history of the case, from the British point of view.

I may begin by stating, that the despatch of Prince Bismarck to Count Münster of the 5th May, containing an exposition of the policy of Germany

Nr. 8501. Gross-britannien. 7. Febr. 1885.

as to colonization and of the understanding which he desired to bring about between England and Germany, was never communicated to me. || Until the receipt of a report from Lord Ampthill of the 14th June last of conversations he had had with Prince Bismarck, and up to the interviews which I had about the same time with Count Herbert Bismarck, I was under the belief that the Chancellor was personally opposed to German colonization. || The reports of Lord Ampthill were continuously and strongly to that effect, and on the 15th March 1884, his Excellency, referring to the agitation on the subject among the shipping and commercial classes in Germany, stated that it was well known that the Prince was absolutely opposed to their ardent desire for the acquisition of Colonies by Germany, and was determined to combat and oppose their growing influence. || The anxiety expressed by Count Münster on behalf of his Government, that German subjects should be protected at Angra Pequena, in no way removed the misapprehension on my part. || But after the information received in June Lord Derby and I, together with our colleagues, desired to meet the Prince's views with regard to Angra Pequena in every way compatible with the private rights of British subjects, and I know not how it can be said that we departed from that course. || With regard to the observation, that my assurances to Count Herbert Bismarck were only of a vague and general character, I must recall the fact that Count H. Bismarck expressed to me his satisfaction with what I had said, a satisfaction repeated in very friendly terms by the Chancellor to Lord Ampthill. || It was even then not clear whether the wishes of the German Government went beyond the extension of the necessary protection to Herr Luderitz and the German settlers on that coast. That right was not contested, and everything was done by Her Majesty's Government to meet Prince Bismarck's views in that respect. || It was not until the announcement that the German flag had been hoisted at Angra Pequena by the Commander of an Imperial ship of war, that Her Majesty's Government were made positively aware that the intention of the German Government was the foundation of a territorial Protectorate. || Immediately on receipt of this intelligence, Her Majesty's Chargé d'Affaires at Berlin was instructed*) to inform the German Government that, if that were their intention, Her Majesty's Government would welcome Germany as a neighbour on those parts of the South-west Coast which were not already within the limits of the cape Colony, and not actually in British possession; and from that time Her Majesty's Government declined to sanction the proposals of the Cape Colony for further annexations on that coast. || Prince Bismarck is mistaken in attributing to the action of the Secretary of State for the Colonies a step taken in that direction by the Cape Government after the announcement of the German Protectorate, for so far from this being the case, it has been very clearly shown in the Memorandum communicated by your Excellency

*) No. 8333 Bd. XLIII.

Nr. 8501. Gross-britannien. 7. Febr. 1885.

to the German Government on the 10th October last*), that the project of extending British jurisdiction on that coast originated from the Cape Government, and that as soon as the establishment of the German Protectorate was known to Her Majesty's Government they declined to give their sanction to the Resolution of the Cape Parliament, which was passed shortly before that event. || After the establishment of the German Protectorate of Angra Pequena and the explanations which followed, there could no longer be any doubt as to the policy of colonization adopted by Prince Bismarck, and since vigorously pursued by Germany, and Her Majesty's Government have generally had no reason to oppose it. Indeed, a field was open to Germany, both in the East and the West, without entrenching on the legitimate sphere of action of Great Britain. But Her Majesty's Government would have been unmindful of their duties had they neglected to place under the protection of the British flag territories contiguous to British Colonies, the occupation of which by any other Power would seriously prejudice British interests. The introduction of a foreign administrative and commercial régime in territories where British traders had long been settled, and had carried on a flourishing and unrestricted trade, would have obviously raised important practical questions for the consideration of Her Majesty's Government. Moreover, the possibility of the creation by some Powers of penal settlements in the vicinity of British Colonies was a contingency which Her Majesty's Government were bound, if possible, to avert, as being highly injurious to the well-being and prosperity of those communities. || There were also territories to which the British Crown had an inchoate title by cession or otherwise, which had not been perfected by actual possession. || Impelled, therefore, by the above consideration, and certainly not by any wish to oppose the colonial policy of Germany, Her Majesty's Government took measures to secure British influence and control over territories to which they conceived that this country had an equitable and preferential claim, or the acquisition of which was deemed essential to the safety or welfare of some neighbouring British possession.

I do not propose in this Despatch to enter into the history of each particular case. I will only touch at present on the points referred to by Prince Bismarck in conversation with your Excellency, and commencing with Santa Lucia Bay, I have to express my approval of the reply which your Excellency returned to the Chancellor's remarks respecting the hoisting of the British flag in that locality.

The history of the case is as follows: — || On the 5th October 1843, Panda, King of the Zulus by a deed, of which a copy has been already furnished to the Imperial Government, ceded the bay and mouth of the River Umvoloosi to Her Majesty the Queen. || The title thus acquired by this country has been recognised, and has never been relinquished, and during recent years

*) No. 8415.

Great Britain has been in possession of the Transvaal, so that there can be no question as to the extinction of all prior claims if any such existed. The bay is marked as British in German maps. || It is only some 40 miles distant from the boundary of the Zulu reserve, and if the troubles on the frontier of the reserve should continue to increase, it would be of the first importance to Her Majesty's Government to be able to check the importation of arms and ammunition through this port. || This they could not do were the port in the hands of any foreign Power, and accordingly the British flag was hoisted over it. || The reasons, therefore, which actuated this step were in no way founded on any jealousy of foreign trade, but solely on the necessity of securing over the district in question that measure of Imperial control, without which the good order and government of the neighbouring possessions of Her Majesty might have been seriously imperilled. || For similar and equally cogent reasons, Her Majesty's Government felt themselves compelled to proclaim a British Protectorate over the coast of the country known as Pondoland, which lies between the Cape Colony and the Colony of Natal.

As regards the Cameroons and adjacent territories, their annexation or Protectorate had been under the consideration of Her Majesty's Government as far back as 1879, though for various reasons they deferred any final action in the matter until a recent date. || British interests, however, in those territories, are notoriously paramount, and indeed, with the exception of the German houses in the Cameroons, the whole trade may be said to be in British hands. || In November 1883, therefore, the British Cabinet decided to annex the Settlement of Victoria to the dominions of the Crown, and to establish her Majesty's Protectorate over the adjacent territories commonly known as "the Oil River districts." || The actual Proclamation as regards Victoria was made on the 19th July 1884, and Treaties establishing the Oil River Protectorates have also been concluded.

The question of New Guinea I propose to deal with separately in reply to a note which I have since received on the 29th ultimo from the German Ambassador. || I need merely say at present that I approve your Excellency's language to Prince Bismarck on that subject. || I have only now to observe upon the remark which has been attributed to me, to the effect that the attitude of Germany on the colonial question made it difficult for me to be conciliatory on other points. I have never used any threat to obstruct the colonial policy of Germany, or conveyed anything more than the mere fact that the recent attitude of Germany as to Egypt had for the moment changed from the friendly one previously maintained towards this country. All my declarations in public and private, as well as those of Mr. Gladstone, and many of my colleagues, have been most favourable to German colonization. || I authorise your Excellency to leave a copy of this Despatch with Prince Bismarck. I am &c. Granville.

Nr. 8502. **GROSSBRITANNIEN.** — Min. des Ausw. an den deutschen Botschafter in London. — Rechtfertigung der engl. Politik in Neu-Guinea. [178.]

Foreign Office, February 7, 1885.

Nr. 8502. Gross-britannien. 7. Febr. 1885.

M. l'Ambassandeur, — On the 14th ultimo I had the honour to receive from your Excellency a pro memoria respecting the negotiations between the British and German Governments in relation to New-Guinea. || On the previous day I had addressed a despatch to Her Majesty's Ambassador at Berlin, instructing him to make a communication to the German Government on the same subject, and to notify to them the extension of the Queen's Protectorate from East Cape to the Gulf of Huon. That instruction was carried out by his Excellency in a note to Count Hatzfeld of the 17th ultimo. || On the 21st ultimo your Excellency called at this Office and communicated the substance of a telegram from your Government, directing you to inquire whether it was true, as stated by Sir E. Malet, that Her Majesty's Government had proclaimed a Protectorate over that portion of the coast of New-Guinea which lay between East Cape and the Huon Gulf, because, in the opinion of the German Government, their proclamation of sovereignty over the northern coast included the district in question, and the step stated to have been taken by Her Majesty's Government was also, in the opinion of the German Government, not in keeping with the terms of Mr. Scott's note of the 9th October, by which Her Majesty's Government undertook to limit their Protectorate to the southern coast. || On the 29th ultimo I had the honour to receive from your Excellency a note, dated the previous day, communicating the answer which you had been instructed by your Government to return to Sir E. Malet's note of the 17th ultimo. || Your Excellency's note recapitulates the whole course of the negotiations from the point of view of your Government, and concludes with a protest against the extension of the Queen's Protectorate in New Guinea, as notified by Her Majesty's Ambassador. || I do not intend at present to deal in detail with the various statements and arguments contained in your Excellency's note, but I am anxious, without further delay, to make the following observations. || The chief point at issue would seem to be whether in September last, when Her Majesty's Government abandoned their original project of establishing a British Protectorate over all the coasts of New-Guinea not occupied by the Netherlands, except that portion of the north coast comprised between the 141st and 145th degree of east longitude, and when they consequently restricted their Protectorate to the south coast, there was not an understanding between the two Governments that neither of them should take any step involving the annexation of any portion of the still unoccupied coasts of New-Guinea without a previous agreement by means of a Commission or of diplomatic negotiations. || That such an understanding did exist appears very clearly from the following correspon-

dence. || On the 19th September Mr. Scott, Her Majesty's Chargé d'Affaires at Berlin, announced to the German Government the original project of Her Majesty's Government to proclaim the British Protectorate as far as the 145th degree of east longitude. || On the 27th September Baron Plessen, the German Chargé d'Affaires in this country, informed Her Majesty's Government, that their proposal to include in the British Protectorate the north and north-east coasts of New-Guinea was unexpected by the Imperial Government, and that, according to their conception, the delimitation of the areas which interest both sides on that stretch of coast should be the object of a friendly understanding by means of a Commission. || I do not propose to deal here with the reasons, given in your Excellency's note, for the opposition raised by your Government at that time to the establishment of the British Protectorate as far as the 145th degree of east longitude. But I desire to advert to those passages in which it is stated, that, on the 8th August last, your Excellency had informed me that the German Government intended to place under their direct protection districts in which German commerce was predominant, or to which German expeditions "were about to be undertaken", and, further, that the whole independent part of the north coast "was the subject of a German colonial undertaking already in course of being carried out." || The argument which is apparently sought to be deduced from those passages is, that on the 8th August your Excellency had, in fact, given notice to Her Majesty's Government of the intention of the German Government to occupy the north coast of New-Guinea. || It is with regret, M. l'Ambassadeur, that I must here take exception to your account of what passed between us on the 8th August last. || I inclose a copy of my despatch to the late Lord Ampthill of the 9th August recording our conversation upon the occasion in question, and I beg to remind your Excellency that I submitted the draft of that despatch to you at the time, and that you agreed with me that it contained a correct account of our conversation. In it no mention is made of any German colonial undertaking in New-Guinea, or of any decision on the part of the German Government, either expressed or implied, to establish a Protectorate over any part of that island. || Nor did Baron Plessen's note of the 27th September contain any intimation of the kind; but it expressed, as above stated, the wish of his Government that the stretch of coast on the north and north-east should be the subject of a friendly arrangement. || Accordingly, in answer to that note, Mr. Scott, Her Majesty's Chargé d'Affaires at Berlin, was instructed to inform the German Government that, having considered Baron Plessen's communication, Her Majesty's Government had decided to restrict the British Protectorate to the southern coast and contiguous islands, but "without prejudice to any territorial question beyond these limits." || Those words, which have apparently been missapprehended by the German Government, had especial reference to the statement in Baron Plessen's note of the 27th, that, in the opinion of his Government, the question of the delimitation of the interests of the two

Nr. 8502. Gross-britannien. 7. Febr. 1885.

countries on the north and north-east coasts should be the subject of a friendly understanding by means of a Commission; and I desire particularly to draw the attention of your Government to the terms of Mr. Scott's note to Dr. Busch of the 9th October, conveying the reply of Her Majesty's Government, in which it was stated that, if any questions should arise with regard to the districts beyond the southern coast, to which Her Majesty's Government had consented to restrict the British Protectorate, it would be better to deal with them diplomatically than to refer them to the Commission, as suggested by the German Government. || Her Majesty's Government, therefore, consider themselves justified in maintaining that the adoption of East Cape as the British northern limit was a provisional arrangement. || From that time until the announcement of the hoisting of the German flag in New-Guinea, Her Majesty's Government received no communication from the Imperial Government which could lead them to suppose that they did not entirely acquiesce in that arrangement. || On the contrary, as recently as the 15th December your Excellency, in a verbal communication, expressed the satisfaction of your Goverment at the receipt of Sir E. Malet's memorandum of the 5th December respecting the islands of Samoa and Tonga, in which it was stated that Her Majesty's Goverment did not contemplate any fresh arrangements in the Pacific pending the result of the discussion agreed to between the two Governments, and your Excellency was instructed to observe that the annexation of a portion of New-Guinea by Great Britain had placed Germany at some disadvantage, but that your Government took note of the assurance of Her Majesty's Government, that no further annexations would take place until after the proposed discussion of the British and German interests in the South Seas. || It could not for a moment be supposed, that such a communication was intended to mean that Germany should be at liberty to make annexations in New-Guinea and elsewhere in the South Seas while England was to be debarred from so doing. || It was, therefore, with surprise that Her Majesty's Government received, on the 19th December, the announcement, through Sir E. Malet, that, without any previous understanding, the German flag had been hoisted at ten places in New-Britain, New-Ireland, and Sableland, and at three places on the north coast of New-Guinea. || On the same day Her Majesty's Government received a telegram from the British Commodore on the Australian Station, reporting that the Commander of the German ship-of-war "Elisabeth" had stated to the Commander of Her Majesty's ship "Swinger" that the German flag had been hoisted on the north coast of New-Guinea from the 141st degree to Huon Gulf, including the Admiralty, Hermit, Anchorite, New-Britain and New-Ireland groups. || Immediately on receipt of this intelligence, and in consequence of the action of the German Government, instructions were despatched by Her Majesty's Government to the Commodore on the Australian Station to proclaim the British Protectorate between East Cape and the Gulf of Huon up to the German boundary, and also over the Louisiade and Woodlark groups,

and Long Island and Rook Island, provided he found no evidence of a German Protectorate having been proclaimed over the two latter islands. || This shows, that it has throughout been the intention of Her Majesty's Government that the German boundary should not be encroached upon wherever it had been established. || The British naval officer, who was entrusted with the execution of the above instructions, reported that there was no sign of the German flag, and that nothing was known of Germans by the natives up to Cape King William; that he had accordingly hoisted the British flag on that cape as the northern point of British occupation, and also over the islands mentioned in his instructions. || It will be remembered, that Cape King William is the point at which, as stated in Mr. Scott's note of the 19th September, "commences that part of the coast extending to the Dutch southern boundary, which, for obvious reasons, it is indispensable to bring under British control." || The Imperial Government has itself admitted that the desire of the Australian Colonies to have control over the south coast of New-Guinea was reasonable, and I would now point out to your Excellency that, if, in September last, Her Majesty's Government had insisted on proclaiming the British Protectorate not only along the south coast, but up to the 145th degree of east longitude, as they originally intended, they would have been within their strict rights. || But out of deference to the representations of the German Government, Her Majesty's Government consented to restrict their Protectorate to East Cape, upon the understanding, as I have shown, that all questions having reference to the districts beyond that limit should be reserved for ulterior discussion. || The sudden establishment, therefore, of the German Protectorate over a portion of the coast from which Her Majesty's Government had thus withdrawn, and over the vast islands lying off the north-east coast of New Guinea, without any previous understanding with Her Majesty's Government, entirely altered the position, and Her Majesty's Government consider that they were fully entitled to resume their liberty of action as regards the extension of their Protectorate up to the German boundary. || It has been argued in your Excellency's note, that the understanding as to the delimitation of the respective territories in the South Seas had reference, so far as New-Guinea is concerned, to the interior of the island. || But, in the opinion of Her Majesty's Government, there can be no reasonable ground for such an interpretation, which, moreover, would be opposed to the express words of Baron Plessen's note of the 27th September, where it is stated that, according to the conception of your Government, the delimitation of the areas which interest both sides ("interessen-sphären") on that stretch of coast should be the object of a friendly understanding by means of a Commission. || Her Majesty's Government cannot, therefore, admit the validity of the protest, which your Excellency has been instructed to make on behalf of your Government, against the extension of the British Protectorate over the north-east of New-Guinea and the islands adjacent; but as the claims advanced by the German

Nr. 8502. Gross-britannien. 7. Febr. 1884.

Government appear to extend beyond the limits of the coast actually taken possession of by its officers, if the German Government continue of opinion that the boundary proclaimed by Her Majesty's naval officiers has encroached upon the limits of the German Protectorate, and that there has been a mutual misunderstanding on the subject, Her Majesty's Governement are willing to examine the question in a friendly manner with the German Government, in order to settle the best point on the north-east coast of New Guinea for the boundary of the British and German Protectorates. I have, &c.

(Signed) Granville.

Nr. 8503. GROSSBRITANNIEN. — Ausw. Amt an das Kolonialamt. — Bismarck hat die Zusicherungen bezüglich Samoa's wiederholt. [177.]

Foreign Office, February 9, 1885.

Nr. 8503. Gross-britannien. 9. Febr. 1885.

Sir, — I am directed by Earl Granville to request, that you will state to the Earl of Derby that Her Majesty's Ambassador has been informed by the German Government that their Consul at Apia telegraphs that, in reprisal for acts of violence by some Samoan Natives in regard to land near the seat of Government, he has seized the land in question and hoisted the German flag on it. || Prince Bismarck has asked for explanations by telegraph, as he does not understand the action of the Consul. || He has assured Her Majesty's Ambassador, that he has no intention of sanctioning the annexation of Samoa or the establishment of a German Protectorate there, and that he adheres strictly to the terms of the agreement with Her Majesty's Government in regard to the island. || I am, &c.

J. Pauncefote.

Nr. 8504. GROSSBRITANNIEN. — Kolonialamt an das Ausw. Amt. — Bemerkungen über den deutsch-samoanischen Vertrag. [179.]

Downing Street, February 9, 1885.

Nr. 8504. Gross-britannien. 9. Febr. 1885.

Sir, — In reply to your letter of the 2nd instant, forwarding, for the consideration of the Earl of Derby, a printed copy of a note from Count Münster, dated the 28th of January, respecting Samoa, I am directed by his Lordship to submit the following observations: — || A State Council in which Germans alone are represented, will, in the opinion of Lord Derby, give to that nationality a preponderance in the political relations of the Samoans towards other foreigners, which cannot but be injurious to the interests of British settlers in the islands, for the arrival of a British mercantile competitor might be alleged as a danger to German interests, and the state Coun-

cil be pressed to determine upon laws and regulations to operate exclusively in favour of the Germans; and as it would not be possible for Her Majesty's Government to accept a position of less influence and consideration than is given to Germany by this treaty, it would apparently be necessary for Her Majesty's Government to call upon the Samoan King to enter into a precisely similar treaty for the benefit of British subjects, in order to secure the most favoured nation treatment guaranteed by Art. II. of the British Treaty of August 28, 1879.*) || If this treaty had been confined to the establishment of a Court, and the procedure to be observed in civil or criminal cases, and the punishment of offences in which German subjects are concerned, for which alone Art. VII. of the German Treaty of 1879**) provides, the provisions of it would not be open to criticism; but the creation of a State Council, the appointment of a German officer of the Samoan Government, and the enrolment of a German police to protect the plantations of German subjects appears to place Her Majesty's subjects at a disadvantage, and will prevent the Samoan Government from acting independently in matters which affect the whole community. The arrangement seems to give to Germany alone much of the influence which Lord Granville in September 7, 1880, thought was too great an interference with the island government to allow of its being assumed by the representatives of England, Germany, and the United States of Amerika, conjointly. || Lord Derby has no knowledge of the circumstances attending the preparation of the petitions from the King and Chiefs of Samoa of the 5th of November last, beyond what is stated by Mr. Churchward in his despatch of the 11th November 1884, and in the telegrams from the Governor of New Zealand of December 31, and 6th and 9th January last, and his Lordship has no reason to suppose that there is any foundation for Count Münster's complaints. The feeling in Samoa in favour of English annexation appears to be spontaneous, national and genuine. || I am, &c.

Nr. 8504. Grossbritannien. 9. Febr. 1885.

The Under Secretary of State, Foreign Office.

Robert G. W. Herbert.

Nr. 8505. **GROSSBRITANNIEN.** — Min. des Ausw. an den deutschen Botschafter in London. — Ein dem Promemoria vom 2. Aug. 1884 [Nr. 8443] entsprechendes Aide-mémoire ist ihm nicht übergeben worden. [182.]

Foreign Office, February 14, 1885.

M. l'Ambassadeur, — I see, that it is stated at page 59 of the recent German White Book respecting German interests in the South Seas that the pro memoria attached to Count Hatzfeldt's Despatch to your Excellency of

Nr. 8505. Grossbritannien. 14. Febr. 1885.

*) S. Staatsarchiv Bd. XXXVIII No. 7293.

**) Bd. XXXVI No. 7026.

Nr. 8505. Gross-britannien. 14.Febr.1885.

August 2nd of last year was communicated to me in the form of an aide-mémoire. || The same statement was made to Mr. Meade when conversing with Dr. Busch and M. von Kusserow in December last, and I enclose for your Excellency's information a copy of a despatch which I addressed to Her Majesty's Ambassador at that time, explaining that no aide-mémoire on the subject of the Pacific had been given to me by your Excellency. || As this statement has now appeared in an official publication of the German Government, and, being contrary to fact, is calculated to mislead public opinion, I have to beg that you will be good enough to call the attention of your Government to the inaccuracy. || I have, &c.

His Excellency the Count Munster, &c.

Granville.

Foreign Office, December 29, 1884.

Sir, — From Mr. Meade's memorandum of his recent conversation with Dr. Busch and M. von Kusserow, of the German Foreign Office, inclosed in your Despatch of the 14th instant, it appears that they stated that in July or August of this year, Count Münster was ordered to inform Her Majesty's Government that a German expedition was going to the north coast of New-Guinea, and that later his Excellency was desired to leave an aide-mémoire with me on the subject. || I have to acquaint your Excellency, that no aide-mémoire on the subject of the islands in the South Pacific has been given to me by Count Münster. || He communicated to me on the 8th of August the substance of one which he had received from Berlin, and you will find it recorded together with the terms of my reply in my Despatch to the late Lord Ampthill, of the 9th of August. || I submitted the draft of this Despatch to Count Münster, who agreed with me that it contained a correct reflect of our conversation upon the occasion in question. || I am, &c.

His Excellency Sir Edward Malet, K.C.B., &c.

Granville.

Nr. 8506. GROSSBRITANNIEN. — Min. des Ausw. an den deutschen Botschafter in London. — Englands Stellung zum deutsch-samoanischen Vertrage. [184.]

Foreign Office, February 16, 1885.

Nr. 8506. Gross-britannien. 16.Febr.1885.

M L'Ambassadeur, — Her Majesty's Government have attentively considered your Excellency's note of the 28th ultimo, enclosing a German translation of the Agreement signed on the 10th Nowember last between the Imperial Representative in Samoa and the Government of that country. || Before discussing the same permit me to remind your Excellency, that I informed you on the 3rd instant that Mr. Thurston, the Colonial Secretary of Fiji, had

been selected to act as the British Commissioner for the enquiry into British and German interests in the Pacific. || I stated at the same time, that as far as Her Majesty's Government were concerned, the Commissioners might meet as soon as possible, but that on the other hand, if the German Government preferred that the general question should first be negotiated directly between the two countries, Her Majesty's Government had no objection to such a course. I should be glad to receive an early intimation of the wishes of your Government upon this point. || I will now proceed to offer a few remarks in reply to your Excellency's communication of the 28th ultimo. || Your Excellency expresses the hope of your Government, that an examination of the terms of the recent Agreement between Germany and Samoa will convince Her Majesty's Government that the points agreed upon are within the limits of the German Treaty with Samoa of January 24th, 1879, and encroach neither on the independence of this group of islands, nor on the rights acquired there by other nations. || If, M. l'Ambassadeur, this Agreement had been confined to the establishment of a Court, and of the procedure to be observed in civil and criminal cases, and the punishment of offences in which German subjects are concerned, for which alone Article VII of the German Treaty in 1879 provides, its provisions would not in the opinion of Her Majesty's Government have been open to criticism, but the creation of a State Council, the appointment of a German officer of the Samoan Governmeut, and the enrolment of a German police to protect the plantations of German subjects, appear to place Her Majesty's subjects at a disadvantage, and will prevent the Samoan Government from acting independently in matters which affect the whole community. The arrangement seems in fact to give to Germany alone much of the influence with which in 1880 it was proposed to invest an Executive Council, to be composed of one English, one German and one United States member. To this arrangement Her Majesty's Government declined to accede on the ground, that it involved too great an interference with the Government of the Island to allow of its being assumed by the Representatives of Great Britain, Germany and the United States conjointly. || It will not be possible for Her Majesty's Government to accept a position of less influence and consideration than is given to Germany by the agreement under discussion. If therefore, it should be ratified by the Imperial Government in all its essential points, it may become necessary for Her Majesty's Government to call upon the Samoan Government to enter into a precisely similar agreement for the benefit of British subjects, in order to secure the most favoured nation treatment guaranteed to this country by Article II of the British Treaty with Samoa of August 29, 1879.

Your Excellency has further been instructed to revert to the petitions which have been addressed by the King and Chiefs of Samoa to Her Majesty the Queen, and to the Governor and Ministers of the Colony of New-Zealand praying for annexation to Great Britain, and you state that the text of these

Nr. 8506. Gross-britannien. 16. Febr. 1885.

petitions confirms the suppositions that they were drawn up by British subjects whose efforts in this direction have been encouraged by the absence of any expression of disapproval of such conduct on the part of Her Majesty's Government. || I have no knowledge, M. l'Ambassadeur, of the circumstances attending the preparation of these petitions beyond the fact that they were forwarded to the Acting British Consul at the time of the recent German negotiations with Samoa, and I have no reason to suppose that there is any foundation for your Excellency's complaints. || The feeling in Samoa in favour of English annexation appears to be spontaneous and genuine, and there seems no more reason to suppose that it has been instigated by Englishmen, than that it has been intensified by the recent action of the German Representatives. I have so recently informed your Government of the conditions upon which Her Majesty's Government were prepared to respect the independence of both Samoa and Tonga that I need hardly repeat my assurances on this subject. I beg, however, to take this opportunity of expressing the gratification with which I had learnt from Her Majesty's Ambassador at Berlin, and from your Excellency that your Government had promptly repudiated the action of their Consul at Apia in hoisting the German flag over some land there. || It is unavoidable, that in places far distant from Europe the action not only of British and German individuals, but even of official servants of each State may be such as, unchecked, might lead to unnecessary complications. || Immediate enquiry and consequent action on the part of the respective Governments, such as the German Government have now adopted, and which Her Majesty's Government are ready to adopt, on all similar occasions are the best antidotes against this risk. || I have, &c.

Granville.

His Excellency Count Münster, &c.

Nr. 8507. GROSSBRITANNIEN. — Ausw. Amt an das Kolonialamt. — Uebersendung eines Briefs des Königs von Samoa an den deutschen Kaiser*). [185.]

Foreign Office, February 17, 1835.

Nr. 8507. Gross-britannien. 17. Febr. 1885.

Sir, — I am directed by Earl Granville to transmit to you herewith, for the information of the Earl of Derby, copy of a Despatch from the Acting British Consul at Samoa, forwarding a translation of a letter addressed by the King of Samoa to His Majesty the Emperor of Germany. || I am, &c.

T. V. Lister.

*) Vergl. Anm. zu Nr. 8501 Seite 270.

Nr. 8507. Grossbritannien. 17. Febr. 1885.

British Consulate, Samoa, January 5, 1885.

My Lord, — I have the honour to enclose for the information of your Lordship a translation of a copy of a letter forwarded by the King of Samoa to His Majesty the Emperor of Germany, and furnished me by Malietoa, who had previously informed me of his intention to appeal to the German Government. || Beyond the return of the German man-of-war "Albatross," sent specially to New-Zealand to telegraph home for instructions, nothing worthy of mention has occurred. || The native desire as expressed in their petition still remains unchanged, but strengthened, in spite of strong private efforts to shake it. || I am &c.

The Earl Granville, K.G., &c. W. B. Churchward.

To His Imperial Majesty the Emperor of Germany.

Mulinu, December 29, 1884.

Your Majesty, — I am writing to Your Majesty to make known my distress on account of difficulties which are being caused to me and my Government by gentlemen of your Government who are resident in Samoa. || I humble myself and beg and entreat Your Majesty to listen to my complaint. || The first thing concerning which I wish to make known my complaint to Your Majesty is this. || The agreement made on the 10th November between the Government of Germany and the Government of Samoa. || The means by which that agreement was procured were unjust; for we did not want it and we were not permitted to deliberate and consider well concerning it. || I wrote to the German Consul to give me a copy of that agreement in order that we might understand clearly the words in the agreement. But he was unwilling to give me a copy of that agreement in order that we might understand clearly the words in the agreement. But he did not reply, as he was unwilling to give me and my Government a copy unless we should first accept it, after which he would deliver up a copy to me and my Government. But the reason for my accepting it and for writing our names, Malietoa and Tupua, was on account of our fear through our being continually threatened. || I make known this to Your Majesty in order that our withdrawal from the agreement may be known on account of its containing many impracticable clauses. || Therefore I beseech Your Majesty not to assent to that agreement. || There is another matter concerning which I complain to Your Majesty. It is in reference to difficulties which are being caused at the present time by a subject of your Government, M. Weber. He is continually endeavouring to produce divisions which will bring about wars and quarrels in Samoa. I have many accounts of his acts which he is doing at the present time in order to cause difficulties in Samoa. He is scheming with certain Samoan Chiefs and keeps giving them money, in order that they may obey his will, and bring insurrections against my Government. I complain to Your Majesty on account of the wrong things done by M. Weber in order that you may check that gentlemen

Nr. 8507. Grossbritannien. 17. Febr. 1885.

and prevent him from continuing to cause matters to arise which will lead to the shedding of the blood of men of my Government. || I trust, that Your Majesty and your Government may prosper. || I am,

Malietoa, King of Samoa.

Nr. 8508. GROSSBRITANNIEN. — Kolonialamt an das Ausw. Amt. — Widerspruch bezüglich des Zeitpunkts der Annexion der d'Entrecasteaux-Inseln*). [186.]

Downing Street, February 18, 1885.

Nr. 8508. Grossbritannien. 18. Febr. 1885.

Sir, — With reference to your letter of the second instant, covering copies of Count Münster's Notes of the 28th of January, I am directed by the Earl of Derby to state that his Lordship has deferred noticing the Ambassador's observations respecting the d'Entrecasteaux Islands until he was able to transmit to Earl Granville printed copies of the enclosed Despatch from Lord A. Loftus, dated 17th December last, which is now in type for presentation to Parliament. || Lord Derby would suggest, that it might be explained to Count Münster that Her Majesty's Government in deciding to include the d'Entrecasteaux Islands in the New-Guinea-Protectorate did not consider that they were precluded from so doing by reason of the Notes of the 9th of August and 9th of October; for these islands, which his Excellency by some misapprehension speaks of as "lying off the North Coast" of New-Guinea, are at the south end of the Island contiguous to East Cape and Goschen Straits, and from their position specially interest the Australian Colonies. || It might also be intimated, that Her Majesty's Government having accordingly decided to include this group of Islands in the Protectorate, it was thought that this step might be most conveniently effected by inserting them in the schedule to the original proclamation which had not them appeared in the official gazettes of the Australian Colonies, though it was on the point of being published; and by hoisting the flag in the group, and by promulgating the amended schedule there, and at places in the Protectorate where the Proclamation had been previously made. These measures have accordingly been carried out, and I am to point out that they were actually in progress before Her Majesty's Government were aware that the German Government intended to hoist their flag in New-Guinea. || Count Münster will, therefore, have no difficulty in preceiving that the language in which Sir E. Malet was instructed to communicate to the German Government the inclusion of these islands in the British Protectorate was really consistent with the facts of the case. The map to which his Excellency refers shows, and was only intended to show, the effect of the instructions originally transmitted to the naval officers in Australia. || I am &c.

John Bramston.

---

*) Vgl. Seite 262 und Anm. zu No. 8459 Seite 213.

Nr. 8509. DEUTSCHLAND. — Kaiserlicher Schutzbrief der Neu-Guinea-Kompagnie. [Reichsanzeiger Nr. 117 am 21. Mai 1885.]

Nr. 8509. Deutschland. 17. Mai 1885.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden deutscher Kaiser, König von Preussen etc., thun kund und fügen hiermit zu wissen:

Nachdem Wir im August 1884 einer Gemeinschaft von Reichsangehörigen, welche inzwischen den Namen „Neu-Guinea-Kompagnie“ angenommen hat, für ein von derselben eingeleitetes Kolonialunternehmen auf Inselgebieten im westlichen Theile der Südsee, welche nicht unter der Oberhoheit einer anderen Macht stehen, Unseren Schutz verheissen hatten; nachdem diese Kompagnie durch eine von ihr ausgerüstete Expedition in jenen Gebieten unter der Kontrole Unseres dortigen Kommissars Häfen und Küstenstrecken zum Zwecke der Kultur und zur Errichtung von Handelsniederlassungen erworben und in Besitz genommen hat und demnächst auf Unseren Befehl diese Gebiete durch Unsere Kriegsschiffe unter Unseren Schutz gestellt worden sind; nachdem die beiden deutschen Handelshäuser, welche in einem Theile jener Gebiete schon früher Faktoreien errichtet und Grundeigenthum erworben hatten, der Kompagnie beigetreten sind, und nachdem die Kompagnie, rechtlich vertreten durch Unseren Geheimen Kommerzienrath Adolph von Hansemann, nunmehr angezeigt hat, dass sie es übernehme, die zur Förderung des Handels und der wirthschaftlichen Nutzbarmachung des Grund und Bodens sowie zur Herstellung und Befestigung eines friedlichen Verkehrs mit den Eingeborenen und zu deren Civilisirung dienlichen staatlichen Einrichtungen in dem Schutzgebiete auf ihre Kosten zu treffen und zu erhalten, auch damit den Antrag verbunden hat, dass ihr zur Erreichung dieses Zweckes durch einen kaiserlichen Schutzbrief das Recht zur Ausübung landeshoheitlicher Befugnisse unter Unserer Oberhoheit zugleich mit dem ausschliesslichen Recht, unter der Oberaufsicht Unserer Regierung herrenloses Land in Besitz zu nehmen und darüber zu verfügen und Verträge mit den Eingeborenen über Land und Grundberechtigungen abzuschliessen, verliehen werden möchte:

so bewilligen Wir der Neu-Guinea-Kompagnie diesen Unseren Schutzbrief und bestätigen hiermit, dass Wir über die betreffenden Gebiete die Oberhoheit übernommen haben.

Diese Gebiete sind die folgenden:

1) Der Theil des Festlandes von Neu-Guinea, welcher nicht unter englischer oder niedenländischer Oberhoheit steht. Dieses Gebiet, welches Wir auf Antrag der Kompagnie „Kaiser Wilhelms-Land“ zu nennen gestattet haben, erstreckt sich an der Nordostküste der Insel vom 141. Grade östlicher Länge (Greenwich) bis zu dem Punkte in der Nähe von Mitre Rock, wo der 8. Grad südlicher Breite die Küste schneidet, und wird nach Süden und Westen durch eine Linie begrenzt, welche zunächst dem 8. Breitengrade bis zu dem Punkte folgt, wo derselbe vom 147. Grade östlicher Länge durchschnitten wird, dann in einer geraden Linie in nordwestlicher Richtung auf den Schneidepunkt des

Nr. 8509. Deutschland. 17. Mai 1885. 6. Grades südlicher Breite und des 144. Grades östlicher Länge und weiter in west-nord-westlicher Richtung auf den Schneidepunkt des 5. Grades südlicher Breite und des 141. Grades östlicher Länge zuläuft und von hier ab nach Norden diesem Längengrade folgend wieder das Meer erreicht.

2) Die vor der Küste dieses Theiles von Neu-Guinea liegenden Inseln sowie die Inseln des Archipels, welcher bisher als der von Neu-Britanien bezeichnet worden ist und auf Antrag der Kompagnie mit Unserer Ermächtigung den Namen „Bismarck-Archipel" tragen soll, und alle anderen, nordöstlich von Neu-Guinea zwischen dem Aequator und dem 8. Grade südlicher Breite und zwischen dem 141. und 154. Grade östlicher Länge liegenden Inseln.

Ingleichen verleihen Wir der besagten Kompagnie, gegen die Verpflichtung, die von ihr übernommenen staatlichen Einrichtungen zu treffen und zu erhalten, auch die Kosten für eine ausreichende Rechtspflege zu bestreiten, hiermit die entsprechenden Rechte der Landeshoheit, zugleich mit dem ausschliesslichen Recht, in dem Schutzgebiet herrenloses Land in Besitz zu nehmen und darüber zu verfügen und Verträge mit den Eingeborenen über Land und Grundberechtigungen abzuschliessen, dies alles unter der Oberaufsicht Unserer Regierung, welche die zur Wahrung früherer wohlerworbener Eigenthumsrechte und zum Schutz der Eingeborenen erforderlichen Bestimmungen erlassen wird.

Die Ordnung der Rechtspflege sowie die Regelung und Leitung der Beziehungen zwischen dem Schutzgebiete und den fremden Regierungen bleiben Unserer Regierung vorbehalten.

Wir verheissen und befehlen hiermit, dass Unsere Beamten und Offiziere durch Schutz und Unterstützung der Gesellschaft und ihrer Beamten in allen gesetzlichen Dingen diesen Unseren Schutzbrief zur Ausführung bringen werden.

Diesen Unseren Kaiserlichen Schutzbrief gewähren Wir der Neu-Guinea-Kompagnie unter der Bedingung, dass dieselbe bis spätestens ein Jahr vom heutigen Tage ab ihre rechtlichen Verhältnisse nach Maassgabe der deutschen Gesetze ordnet, dass die Mitglieder ihres Vorstandes oder der sonst mit der Leitung betrauten Personen Angehörige des deutschen Reiches sind, und unter dem Vorbehalt späterer Ergänzungen dieses Unseres Schutzbriefes und der von Unserer Regierung zu seiner Ausführung zu erlassenden Bestimmungen sowie der in Ausübung Unserer Oberhoheit über das Schutzgebiet ferner zu treffenden Anordnungen, zu deren Befolgung die Kompagnie bei Verlust des Anspruchs auf Unseren Schutz verpflichtet ist.

Zu Urkund dessen haben Wir diesen Unseren Schutzbrief Höchsteigenhändig vollzogen und mit Unserem Kaiserlichen Insiegel versehen lassen.

Gegeben Berlin, den 17. Mai 1885. Wilhelm.

von Bismarck.

Kamerun*).

Nr. 8510. GROSSBRITANNIEN. — Ausw. Amt an das Kolonialamt. — Die Zeit ist gekommen, Kamerun zu annectiren. [10.]

Nr. 8510. Grossbritannien. 5. Oct. 1883.

Foreign Office, October 5, 1883.

Sir — I am directed by Earl Granville to acknowledge the receipt of your letter of the 18th ultimo, containing a letter from the Rev. W. Collings, which advocates the annexation of the Cameroons by Her Majesty's Government. || The Earl of Derby is aware of the importance which Earl Granville attaches to preserving intact all the rights and freedom now enjoyed by British commerce on the West Coast of Africa, and to averting the dangers to which it will be exposed if other nations now step in, and by annexation of or Protectorates over the native States, gather the fruits of British energy and perseverance, and Earl Granville would submit that the time has now come when it is desirable that Her Majesty's Government should decide in what way they can best protect British trade in the present, and encourage and secure it in the future, in those parts of the West Coast of Africa which lie between Capes St. Paul and St. John, in the Bights of Benin and Biafra, and which comprise the healthy regions round the Cameroons and the rich districts of the Niger and Oil Rivers, with a trade which there is reason to believe would, if properly developed, render them a more valuable possession than the existing British Colonies on that coast. | I am, &c.

T. V. Lister.

Nr. 8511. GROSSBRITANNIEN. — Ausw. Amt an das Kolonialamt. — Die Annexion von Kamerun ist beschlossen. [13.]

Nr. 8511. Grossbritannien. 29. Nov. 1883.

(Extract.) Foreign Office, November 29, 1883.

I am directed by Earl Granville to transmit to you, to be laid before the Secretary of State for the Colonies, the following documents:— || 1. A letter to the Queen, dated the 7th August, 1879, from King Acqua (or Akwa)

*) Die folgenden Aktenstücke sind dem englischen Blaubuch Afrika No. 1 (1885) [C—4279] entnommen. Die Nummern des Blaubuchs sind hinter der Inhaltsangabe in [ ] angegeben. — Vgl. Staatsarchiv Bd XLIII No. 8269 flg. Anm. d. Red.

Nr. 8511. Gross-britannien. 29. Nov. 1883.

and four Princes of Acqua Town, Cameroons River, offering their territory to the British Government. || 2. A letter from Kings Bell and Acqua to Mr. Gladstone, renewing the offer of the sovereignty of their country to the British Government. || 3. A letter to Consul Hewett from King Bell, urging the acceptance by Her Majesty's Government of the offer made to them. 4. A despatch from Consul Hewett, inclosing two Petitions from the Chiefs of two towns at Bimbia, requesting that their territories, which lie at the foot of the Cameroons Mountain, may be taken under British protection, and || 5. A Petition to Consul Hewett from the inhabitants of Victoria, Amboises Bay, a station belonging to the Baptist Missionary Society, praying to be taken under British protection.

Lord Derby is aware, that Her Majesty's Government have decided that these offers by native Chiefs of territory in the Cameroons River and at the foot of the Cameroons Mountain, with any similar offers that it may possibly be found necessary to entertain in order to secure the control of the rivers or creeks lying between those points, be accepted, and that protection be extended to such a limited distance inland as may be found necessary in order to fulfil the engagements entered into with those Chiefs. || Her Majesty's Government, as his Lordship is also aware, consider it essential to include in the arrangement the Settlement held by the British missionaries in Ambas Bay, and to take it under their control, so that there may be no question as to the jurisdiction of the Queen over that bay and the adjacent country. || I am to request, that you will suggest to Lord Derby that, as Mr. Consul Hewett will very shortly proceed to the West Coast, to negotiate Treaties with Chiefs in the Oil Rivers, it would be desirable that he should, at the same time, take out with him Treaties for the cession of the territories in the Cameroons districts and the necessary communication to the Baptist Missionary Society at Victoria; and as Lord Granville concludes that the Treaties will be drawn up at the Colonial Office, I am to point out that it would be advisable that they should be prepared as soon as possible.

Nr. 8512. GROSSBRITANNIEN. — Kolonialamt an das Ausw. Amt. — Vorschläge über die zukünftige Regierung von Victoria (Ambas-Bai). [15.]

(Extract.) Received February 14. Downing Street, February 13, 1884.

Nr. 8512. Gross-britannien. 13. Febr. 1884.

With regard to Ambas Bay, Lord Derby is of opinion, that the best course will be for Consul Hewett to visit that place, and inform the residents that Her Majesty's Government have acceded to the request made by them and by the parent Society that the Settlement should be taken under the protection and control of the British Crown. A notice might then be issued declaring that the Settlement had been acquired and taken over by Her Majesty.

I am to add, that Lord Derby thinks that it would be as well if Mr.

Hewett were desired to report the name or names of the principal men of the Settlement to one or more of whom, as may be advisable, powers of government might properly be entrusted, and that on receiving this information his Lordship will take the necessary steps for passing an Order in Council under the Act 6 Vict., cap. 13.

Nr. 8512. Gross-britannien. 13.Febr.1884.

Nr. 8513. DEUTSCHLAND. — Geschäftsträger in London (Vitzthum) an den engl. Min. des Ausw. — Anzeige der Mission Nachtigalls. [16.]

(Translation.)*) Received April 20. German Embassy, April 19, 1884.

Nr. 8513. Gross-britannien. 19.April1884.

My Lord — I have the honour to state to your Lordship that the Imperial Consul-General, Dr. Nachtigal, has been commissioned by my Government to visit the West Coast of Africa in the course of the next months, in order to complete the information now in the possession of the Foreign Office at Berlin on the state of German commerce on that coast. || With this object, Dr. Nachtigal will shortly embark at Lisbon on board the gun-boat "Möwe." He will put himself into communication with the authorities in the English possessions on the said coast, and is authorized to conduct, on behalf of the Imperial Government, negotiations connected with certain questions. || I venture, in accordance with my instructions, to beg your Excellency to be so good as to cause the authorities in the British possessions in West Africa to be furnished with suitable recommendations, and have, &c. Vitzthum.

Nr. 8514. GROSSBRITANNIEN. — Ausw. Amt an das Kolonialamt. — Die engl. Beamten sind über Nachtigalls Mission zu instruiren. [18.]

Foreign Office, April 23, 1884.

Nr. 8514. Gross-britannien. 23.April1884.

Sir, — Earl Granville has been informed by the German Chargé d'Affaires in this country, that Consul-General Dr. Nachtigal has instructions from his Government to visit the West Coast of Afrika next month, and report on the position of German commerce there. Dr. Nachtigal will be empowered to discuss certain outstanding questions with the British authorities, and I am accordingly to request that you will move the Earl of Derby to cause them to be informed of the nature of his mission, in order that Dr. Nachtigal may meet with a proper reception. He expects to leave Lisbon shortly on board the German gun-boat "Möve". || I am, &c.

T. V. Lister.

---

*) Der deutsche Text ist nicht publizirt. Anm. d. Red.

Nr. 8515. **GROSSBRITANNIEN.** — Unterstaatssecretär des Ausw. an den Consul Hewett. — Anweisung, sofort auf seinen Posten zurückzukehren. Instruction für die Verhandlungen mit den Häuptlingen an der westafrikanischen Küste. [22.]

(Extract.) Foreign Office, May 16, 1884.

Nr. 8515. Gross-britannien. 16. Mai 1884.

I am directed by Earl Granville to state to you, that it is desirable that you should return to your post without delay, as the arrangements which have been for some time under consideration for strengthening the Consular staff in the Niger and Oil River district are now complete. || Her Majesty's Government have given full weight to the representations that have reached them from various quarters as to the development of British trade in that region, and as to the importance of proper protection being afforded to the traders and their agents. While, on the one hand, they have felt it imperative to pause before sanctioning increased Consular expenditure, they have, on the other hand, recognized that it is unquestionable that British trade is largely on the increase, that the absence of a civilized rule makes it essential that the lives and property of the traders should be protected by British officials, and that effectual steps should be taken to guard against the danger to commercial enterprise resulting from the ignorance, greed and weakness of many of the native Chiefs. || It is arranged that on your arrival you shall be met by a man-of-war at Bonny, and you should lose no time in visiting in her the various native Chiefs, with many of whom you are already acquainted. You should explain to them, that you have special instructions to express to them the desire of Her Majesty to maintain and strengthen the relations of peace and friendship which have for a long time existed; you should state, that she is willig, if requested to extend to them her favour and protection, on condition that they give such guarantees as shall be considered satisfactory for the lives and property of British subjects, and for the freedom of commercial intercourse and religious worship. You will further make it clear to them, that it is not Her Majesty's desire to obtain any exclusive privileges for British subjects, but that, in order to prevent such exclusive privileges being granted to the subjects of other Powers, you are instructed to require of them that they should refrain from entering into agreements with other Powers without the knowledge or sanction of Her Majesty. Should you succeed in obtaining assent to these terms, you will be authorized to conclude engagements binding the Chiefs to observe them. The Chiefs will understand that the British Consular officers to be stationed on the coast will watch to see that the conditions are faithfully executed, and will be ready to assist at all times with friendly advice. The Chiefs will, as hitherto, manage their own affairs but will have always at hand counsellors and arbitrators in matters of difficulty or dispute. || A somewhat exceptional treatment will be required as regards the Chiefs of the Cameroons, who

have expressed an urgent wish to cede their territory to Her Majesty. In their case it is not proposed to accept the cession at present, as by so doing the necessity would be entailed of establishing in that particular spot a British Colony or Settlement, with the requisite machinery for government; but the Chiefs will be asked to undertake that they will, if required, cede such portions of their territory as it may be thought desirable to acquire. || Special treatment will also have to be accorded to the Settlement at Ambas Bay, which is the property of the Baptist Missionary Society. You should take an early opportunity of visiting the Settlement, and of informing the residents that Her Majesty's Government have acceded to the request made by them and by the parent Society that it should be taken under the protection and control of the British Crown. You should then issue a notice declaring, that the Settlement has been acquired and taken over by Her Majesty. You should, when this has been done, report the name or names of the principal residents, to one or more of whom, as might be advisable, powers of government might properly be intrusted under an Order in Council which would be passed for the purpose. || You would probably, in the first instance, after the Treaties should have been concluded, fix your own residence in the neighbourhood of the Cameroons; one of the Vice-Consuls would be placed at Old Calabar, or you would yourself reside at the latter, and place the Vice-Consul at the former post. Discretion will be given to you as to the selection of the station of the second Vice-Consul. It is possible, that arrangements may be made for procuring the services of an unpaid Vice-Consul on the Niger. || You will keep me well informed of your proceedings, and I am directed by Lord Granville to state that he is confident from your antecedents that he may rely on finding in you the zeal and judgment necessary for the proper performance of duties which will require considerable energy and discretion.

Nr. 8515. Grossbritannien. 16. Mai 1884.

Nr. 8516. **GROSSBRITANNIEN.** — Vice-Consul Buchan an d. engl. Min. des Ausw. — Proteste der engl. Kaufleute und von Häuptlingen gegen das deutsche Protectorat. [32.]

(Received September 8.) Cameroons River, July 24, 1884.

Nr. 8516. Grossbritannien. 24. Juli 1884.

My Lord, — In compliance with the instructions of Mr. Consul Hewett, I have the honour to forward to your Lordship a protest from the English traders in the above-named river. || I also beg to inform your Lordship, that protests have been sent in from Hickory Town and Joss Town, and there are seven other smaller towns which have not signed either way. They prefer the English, but are waiting to see what the Germans will give them to sign for them, declaring that all those who have signed for the Germans have either received presents (or "dashes"), or a promise of one. These presents, I am afraid, will be the first thing to cause a disturbance, and King Bell informed me that his Chiefs were already giving him a lot of trouble, intimating to him

Nr. 8516. Gross-britannien. 24.Juli 1884.

that the Acqua Chiefs had received their presents, and that they wanted their. || Mail communication is very uncertain at this port, and all that I can at present state is, that I will use my utmost endeavours to carry out the instructions left me by Mr. Consul Hewett. || I have &c.

F. Buchan.

The British Traders in the Cameroons to Earl Granville.

Cameroons River, July 24, 1884.

My Lord, — We, the British traders in the Cameroons River, respectfully approach your Lordship on the subject of the action recently taken by the Germans in annexing this country to the German Empire. || We deem it our duty most strongly to protest against the step so taken, as being opponent to the understanding arrived at between Mr. Consul Hewett and the native Kings and Chiefs of Cameroon last year. || On the occasion of his visit in March and April 1883, he invited both the English and German traders to a meeting, where matters were discussed, and it was unanimously agreed that we should be better off were we taken under British protection. || At the request of the Kings and Chiefs of this river, he drew up a Treaty between them for the better preservation of peace in their country, inserting fines, &c., therein, which they begged him to enforce, stating at the same time their inability to govern their own country. This Threaty was signed by all the Chiefs, and witnessed by the English and German traders, and J. J. Fuller (missionary), interpreter. || We also beg to state, that Mr. Consul Hewett settled the then existing palavers among the natives, and re-established the Court of Equity.|| As opposed to the open and straightforward manner in which Mr. Consul Hewett acted, the German authorities held their meetings at night, and the first intimation we had of the annexation was the hoisting of the German flag. Many Chiefs have strongly protested against this, and dissatisfaction now exists among the natives, and no doubt disturbances will arise greatly affecting the trade of this river. || We humbly beg your Lordship will give this matter your serious consideration, and we have, &c.

F. Buchan. W. A. J. Harris.
Thomas Richards. G. Allan.
J. W. Ewart. T. W. Hamilton.
Walter E. Trott.

Nr. 8517. GROSSBRITANNIEN. — Consul Hewett an den engl. Min. des Ausw. — Annexion von Victoria. [30.]

(Extract.) (Received September 7.) "Flirt," at Brass River, July 28, 1884.

Nr. 8517. Gross-britannien. 8. Juli 1884.

In obedience to your Lordship's instructions conveyed to me in despatch of the 16th May, I annexed to the dominions of Her Majesty the Queen the Settlement of the Baptist Society called Victoria, in Amboises Bay, by the issue

on the 19th instant of the notice, of which the inclosure is a copy, the draft having been supplied to me in the above-mentioned despatch.

Nr. 8517. Grossbritannien. 28. Juli 1884.

Assumption of Sovereignty over the Settlement at Amboises Bay, West Coast of Africa.

I, Edward Hyde Hewett, Her Britannic Majesty's Consul for the Bights of Benin and Biafra, do hereby notify to all whom it may concern that, in compliance with the wish of the inhabitants, the territory which has long been in the possession and occupation of certain British subjects, viz., the Baptist Missionary Society, at Amboises Bay, constituting the Settlement of Victoria, has now been taken over by Her Majesty the Queen of Great Britain and Ireland, and forms an integral part of her dominions.

Given under my hand on board Her Britannic Majesty's ship "Opal", anchored in Amboises Bay, this 19th day of July 1884.

Edward Hyde Hewett.

Nr. 8518. **GROSSBRITANNIEN.** — Consul Hewett an den engl. Min. des Ausw. — Kamerun ist bereits unter deutsches Protectorat gestellt. Verhandlungen mit Nachtigall und den Häuptlingen. [31.]

(Received September 7.) "Flirt," at Sea, July 30, 1884.

Nr. 8518. Grossbritannien. 30. Juli 1884.

My Lord, I have the honour to report, that on the 15th instant, while at Benin, I received information of a German gun-boat having been spoken between Brass and Bonny, proceeding to the eastward, and that she had visited and taken possession of Bay Beach and Bagadah, near to the Gold Coast Colony. I determined to leave as soon as possible for Cameroon. The next day Her Majesty's ship "Forward" arrived from Amboises Bay with a message from the Senior Officer, Captain Brooke, of the "Opal," to the effect that a German gun-boat was at Cameroon, and that a Treaty was being negotiated with the Kings and Chiefs for the transfer of their country to Germany. Lieutenant and Commander Furlonger, of the "Forward," told me that King Bell had promised not to sign any Treaty for a week, in order to give me time to get to Cameroon. The following morning we left Benin and arrived at Amboises Bay early in the morning of the 19th. Captain Brooke and Mr. Lewis, the missionary at Victoria, could give me no certain information respecting the Germans at Cameroon; but the latter had heard that the only Agreement made by the King and Chiefs at Bimbia was for the sale of some land to one of the German firms at Cameroon. My presence at Cameroon I thought was most urgent, so Captain Brooke kindly undertook at my request, to go to Bimbia, and, if possible, make a Treaty extending to

Nr. 8518. Gross-britannien. 30. Juli 1884.

the country British protection; but when I afterwards met him at Fernando Po, I learnt that he was too late, the Germans having already possession of Bimbia. He succeeded in obtaining a copy of the Agreement (Inclosure 1*), by which the King and Chiefs delivered over their country to the Germans. This does not appear to have been legalized, but doubtless the one in Dr. Nachtigal's possession has been. || In the afternoon of the 19th we reached Cameroon, where we found the German gun boat "Möwe" at anchor, and the German national flag flying at Bell and Akwa Towns. From the British traders I received an account of what hat lately taken place there, and I obtained further information from King Bell. The Chairman of the Court of Equity handed me copies of two letters addressed to the British traders. The first (Inclosure 2*) announced, that the country had been placed under the suzerainty of the Emperor of Germany, and that this act did not affect English trade. The second (Inclosure 3*) stated, that the Court of Equity could not continue to exist, and proposed the establishment of a similar institution under the name of the "Cameroon Council," to be presided over by Dr. Nachtigal's representative, and concluded by inviting the English traders to attend a meeting, in order to come to a mutual understanding. || On the morning after my arrival I paid a visit to Dr. Nachtigal, the Imperial German Commissioner and Consul-General for the West Coast of Africa. He was not on board the "Möwe," but he returned my visit shortly afterwards. He gave me an account of how the Cameroon country had been annexed, and told me that the agents of the two German firms there had made an Agreement with Kings Bell and Akwa and the Chiefs, that this Agreement had been afterwards legalized by the German Consul from Gaboon, and that he (Dr. Nachtigal) had then placed the country under the suzerainty of the Emperor of Germany. In answer to my request to be allowed a copy of the document, which might affect British interests, he said he could not give me one before the original, of which there was but one, and that was in his possession, had been submitted to his Government. I then informed him, that Bell and Akwa had written in 1881, begging that their country might be taken over by England; that in consequence of that letter I had, by the directions of Her Majesty's Government, visited Cameroon in 1882, to make a Report on the country, &c., and to ascertain if it was the general and sincere wish of the Kings, Chiefs, and people that England should undertake the government of their country, and this I found, without doubt, to be the case; that subsequently I went to England, when, on the strength of what I reported, Her Majesty's Government had deputed me to take certain steps; that, in fact, the negotiations with Bell and Akwa had not been closed. Dr. Nachtigal told me he was aware of Bell and Akwa's request, and also of my subsequent visit to Cameroon. I inquired

---

*) Nicht aufgenommen. Vgl. den Bericht Nachtigalls vom 16. August 1884. Nr. 8280. Bd. XLIII S. 264. Anm. d. Red.

if I should be permitted to continue to exercise my functions at Cameroon, to which he replied that certainly I should. I then spoke of the abolition of the Court of Equity, which I pointed out had been established by Treaty; that the two Kings of the country had been parties to that Treaty, and were members of the Court, which was under the British Consul to all intents and purposes, since to him lay appeals against its decisions. I concluded by making a verbal protest against the step which had been taken with regard to the Cameroon country and the Court of Equity. As to the latter, in view of what I had laid before him, Dr. Nachtigal was good enough to allow the Court to continue as heretofore, only requesting his representative to be permitted to attend its meetings. I promised, that his wish should be complied with, and assured him that I would co-operate with that officer, and would ask the British traders to do so likewise, to keep peace in the river and the trade open, but that whatever I did was to be considered as without prejudice to any action Her Majesty's Government might think proper to take. Dr. Nachtigal, whom I found most courteous and friendly, said he would give Dr. Buchner, his representative, instructions about the Court of Equity, and would direct him to call on me the next day. He then returned to the "Möve," which immediately got under weigh and left Cameroon River. || Dr. Buchner being now Acting Commissioner, Commander Craigie, of the "Flirt," and I went to call on him. He was out; but we met him afterwards, when I renewed to him the assurance I had given to Dr. Nachtigal of my cordial support to maintain the peace of the river, &c., and invited him to attend a meeting of the Court of Equity the following morning. Having parted from him, we called at the Mission-house, and there we were assured that the general feeling of the people was against the German protection. We next went to King Bell, from whom, and his son Manga, we obtained some particulars of the Treaty, which, so far as they could remember, they said, embraced the following conditions for allowing the Germans to take the country:— || 1. Natives to be allowed to continue to buy women. || 2. There are to be no taxes imposed. || 3. There are to be no duties on trade. || 4. The Germans are not to go to native markets. || 5. "Comey" to be paid as heretofore. || 6. Heavy penalty to be inflicted on Germans in case they rape native women. || 7. Germans to have nothing to do with the farms of natives, *i.e.*, the land in the occupation of the natives to continue to belong to them. || There was a promise of a present, but no stipulation was made as to its value. Akwa had received a present, but Bell nothing. || Bell acknowledged to his great regret at having signed the Treaty, and excused himself for having entered into negotiations with the Germans on the ground of having received no definite answer to the letter which he and Akwa had addressed to Mr. Gladstone in 1881. He assured me, that he had signed the Treaty for his own towns only, as did also Akwa and the Chiefs for their respective towns. Of the eight towns, besides his own, which Bell told me had been signed for, one he was not certain about. With respect to another, I

Nr. 8518. Gross-britannien. 30. Juli 1884.

was snbsequently assured he was mistaken. While a third consists of some runaway people from Hickory Town, belonging to Lock Preso, who is strongly opposed to the Germans. These runaways Bell promised me last year to get back to Hickory Town. From what I could gather, not half the number of the towns, the people of which trade at the factories and hulks, have been signed for in the Treaty, and even in those whose Chiefs have "sold themselves to the Germans," as the natives call it, the German protection has been received with but little favour by the multitude. I do not doubt, that great pressure was brought to bear on Bell for him to have broken his promise to the Commander of the "Goshawk," that he would not sign for a week or ten days. || I was asked by natives to hoist the Union Jack on Hickory side of the river, and was told that if I did so half of the Bell Town people, and those of other towns whose Chiefs had signed the Treaty, would immediately flock over to it to seek British protection. || One of Akwa's Chiefs told me, that some Akwa town people were talking of hauling down the German flag, to show their dissatisfaction. I bade my informant recommend them strongly to do nothing of the sort, and added, that it was a step I could not approve of, and it would without doubt entail on them severe punishment. || During my short stay in the river I urged those who came to complain to me about the Germans taking their country to remain quiet, attend to their trade as usual, and await the decision of the Governments of England and Germany, to whom the question would be referred. || When asked by Bell and others what course they could adopt to undo the harm that had been done, I suggested, if they were really sorry for having signed the Treaty, that they should act straightforwardly, and frankly tell the German authorities so, or petition the Emperor not to approve the Treaty, and I further told them that this advice was the only help I could give them. || Feeling convinced, that there was a great probability of an outbreak among the natives, and that this might be averted by some British authority being present to advise and check them, I appointed Mr. Frederick Buchan, British Vice-Consul for the Cameroon country. He has spent many years there, has acquired much influence among the natives, and his being generally selected as Chairman of the Court of Equity is a proof of the good opinion his colleagues have of him. In addition to the instructions conveyed to Mr. Buchan in the letter of appointment, copy of which I have the honour to forward herein (Inclosure 4), I directed him to communicate directly to your Lordship any occurrence of importance in the river; this I did, as my moving about might cause delay in the receipt of the information by your Lordship if it had to be forwarded by me. The appointment of Mr. Buchan was intended only as a temporary measure against an impending danger, and I trust it will meet with your Lordship's approval. || As regards the Treaty, the great objection I have to it is that the native markets remain closed against European traders; that I take to be the spirit of the clause prohibiting the Germans going to them, for it will not only stop the development of the country up

the river, but by the Cameroon people continuing to act as brokers between the Europeans and the inland natives they will remain neglectful of their own rich land, the cultivation of which should prove a source of wealth to them and of advantage to trade. || There was a report, that trade was not to be taxed with any further duties than the "comey," as paid hitherto, for the next ten years. I heard nothing of this from Bell or his son, nor does Dr. Nachtigal in his letter (Inclosure 2) refer to this subject. || The Treaty has been concluded with the Heads of less than half of the towns of Cameroon—each King or Chief who signed signing only for his own town, and even in these towns signed for the German protection is objected to. English is very generally spoken in Cameroon, while not one knows a word of German. The sympathies of the country are with us, and very naturally they should be, for we are the only nation that has looked after these people at all, and shown any interest in them. It cannot be wondered at, then, that the solution of the question as to whether their country is to be under the protection of Great Britain or Germany is awaited by the Cameroon people with the greatest anxiety. ||
I have, &c. Edward Hyde Hewett.

Consul Hewett to Vice-Consul Buchan.

"Flirt," Cameroon River, July 21, 1884.

Sir — In view of the probability of disturbances taking place in this river in consequence of the diversity of opinion among the natives, as to whether the protection of Cameroon should have been assumed by England as it was asked for when I was last here, or whether Kings Bell and Akwa, and others, were justified, in my absence, in signing a document whereby the protection of their country has been assumed by the Germans and being of opinion that to preserve peace in the river a Vice-Consul should be here, I hereby appoint you to be British Vice-Consul for the Cameroon country. || You will best carry out my wishes by using your good offices to keep order among the natives by the influence which I know you possess with them, and by the sound advice your are so capable of offering them. Your long residence in this river, and the respect which you have gained among the natives, must give you great power, and this, I believe, will be still further increased by your position as Vice-Consul. I further desire you to co-operate with Dr. Buchner, Acting German Commissioner and Consul-General, in any way he may ask, for the preservation of good order, the interests of trade and the settlement of palavers. || I find, that the Heads of many of the towns have not signed the Treaty with the Germans, because they wished for British protection. I should like to have the names of these, but you are not to extend to them British protection; you may give them advice, however, how they should act in case of emergency. If any attempt should be made to induce them to sign a document, recommend them to obtain a copy of it,

Nr. 8518. Gross-britannien. 30. Juli 1884.

that they may show you and obtain your advice as to whether they should sign the original. || I hope to be back in the course of a month or six weeks, if only to remain a few days. In the meantime, I rely upon your jugment and tact to prevent any disturbance of the good order and trade of the river. || I am, &c. Edward Hyde Hewett.

P.S. — You will understand, that this letter of appointment is, of course, subject to be rescinded at any time by order of Her Majesty's Secretary of State for Foreign Affairs. E. H. H.

Nr. 8519. **GROSSBRITANNIEN.** — Min. des Ausw. an den engl. Botschafter in Berlin und den engl. Geschäftsträger in Paris. — Der engl. Consul Hewett ist instruirt, die Abtretung von Kamerun seitens der Häuptlinge anzunehmen*). [24.]

Foreign Office, 23 August 1884.

Nr. 8519. Gross-britannien. 23. Aug. 1884.

My Lord, — I have to request your Excellency to make a communication to the German Government in the sense of the following observations. || For some years past the native Chiefs of various towns and villages within the Oil River and Cameroons districts have petitioned Her Majesty to grant them her protection, and expressed their anxiety to place themselves under English rule. Amongst others, Kings Bell and Acqua, with other Cameroon Chiefs, addressed Petitions in this sense on the 7th August, 1879, and 6th November, 1881. They were informed in March 1882, that the matter would be examined, and a further communication made to them. || Her Majesty's Consul for the district, who was then on leave, was accordingly sent out with instructions to ascertain the necessary details to enable Her Majesty's Government to form a decision. He visited the district in November 1882, and whilst there received Petitions for annexation from the natives of Bimbia also. In April 1883 Kings Bell and Acqua again wrote: "We cannot afford to let any but the British Government annex the country, whilst we have voluntarily invited that Government to take us and our own country under its protection, and are almost daily expecting to see our wish fullfilled." || Circumstances prevented the return of Her Majesty's Consul to the coast until May of this year, when he left with instructions to accept, under certain conditions, the cession of the Cameroons, and to take at once under the protection and control of the British Crown the territories at Ambas Bay, where a British Settlement has long been established. || I am, &c. Granville.

---

*) Vgl. Staatsarchiv Bd. XLIII. Nr. 8279.

Nr. 8520. **GROSSBRITANNIEN.** — Geschäftsträger in Berlin an den engl. Min. des Ausw. — Die deutsche Regierung hat noch keine Information über die Ereignisse in Kamerun. [33.]

(Extract.) (Received September 8.) Berlin, September 3, 1884.

Nr. 8520. Grossbritannien. 3. Sept. 1884.

The Acting Minister for Foreign Affairs spoke to me to-day on the subject of the communication which Lord Ampthill had been instructed by your Lordship's despatch of the 23rd ultimo*) to make in regard to the relations of Her Majesty's Government with the Chiefs of various towns and villages in the Oil Rivers and Cameroons district. || Dr. Busch said, that the accounts of Dr. Nachtigal's proceedings in the same district, which had appeared in the German press, were based on purely private letters. The sole information the Imperial Government had on the subject was contained in a telegram from Dr. Nachtigal, transmitted from Madeira in a form so condensed that its contents were almost unintelligible, and that he would therefore be obliged to await the arrival of the extended Report before forming a judgment on Dr. Nachtigal's action or its consequences, or making any official observations on the communication which I had made to him. || He was at the same time happy to say, that it seemed quite clear that there had been no conflict between any German and English authority in those parts, although it was understood that a reserve had been entered on the spot in favour of any English claims by one of Her Majesty's naval officers. He had been searching in vain at his office for a map sufficiently exact to enable him to follow the description of the localities referred to; but he did not apprehend any material difficulty in reconciling the interests of our two Governments in this and similar questions on the West African coast. || The interests of several countries appeared to be represented in the neighbourhood of the Cameroons and Oil Rivers district, and the French Government, who had also claims in those parts, had expressed themselves grateful to the German authorities for some services rendered to them at Little Popo. || I ventured, while on this topic, to repeat to his Excellency the assurances given by your Lordship to Count Münster, that Her Majesty's Government had no jealousy of German colonization, unless in any particular case it should clash with the acquired rights of England. || Dr. Busch said, that jour Lordship's remarks had been thoroughly appreciated, and would, he understood, be cordially responded to on the part of Germany, with a sincere desire to respect all vested rights and interests.

---

*) Staatsarchiv Bd. XLIII No. 8279.

Nr. 8521. **GROSSBRITANNIEN.** — Unterstaatssekretär des Ausw. an Consul Hewett. — Verhütung von Unruhen. [35.]

(Extract.) Foreign Office, September 12, 1884.

Nr. 8521. Gross-britannien. 12.Sept.1884.

Earl Granville has received from Mr. Buchan a despatch of the 24th July, of which he has no doubt furnished you with a copy, containing a protest, signed by himself and other merchants of the Cameroons, against the annexation of the country by Germany. As regards the future of the country, you should inform Mr. Buchan that the matter will be considered in communication with the German Government, and that meantime he should use his best endeavours to prevent any disturbance on the part of the traders or natives.

Nr. 8522. **GROSSBRITANNIEN.** — Consul Hewett an den engl. Min. des Ausw. — Verhandlungen mit den Häuptlingen in Bimbia über die Art, wie sie zur Unterschrift der deutschen Verträge veranlasst sind. [47.]

(Received October 13.) „Flirt," at Opobo, September 14, 1884.

Nr. 8522. Gross-britannien. 14.Sept.1884.

My Lord, — I have the honour to inform your Lordship, that I visited Bimbia yesterday, with the Chiefs of which the Germans have entered into Treaties, either of protection or annexation, as reported in my despatch of the 30th July. || The report given me verbally and in writing by Lieutenant and Commander Furlonger, of Her Majesty's ship "Forward", of the dissatisfaction of the Chiefs at the Germans taking their country, was fully confirmed by the Head and other Chiefs of the three principal towns, who came off to see me. I took down statements made by these, copies of which are inclosed. The earnestness and apparent sincerity with which the Chiefs spoke disarmed Commander Craigie and myself of all suspicion that they were telling us anything but the truth. || I venture to hope, that when the German Government is apprised of the manner in which the signatures of the Bimbians were obtained to the Treaties they will, before ratifying them, take measures to ascertain if the Bimbians were aware of what the paper contained to which they affixed their marks. || I have, &c.

Edward Hyde Hewett.

Statement of the Head Chief of Dikólo Town, Bimbia, as to how the Treaty was concluded with the Germans.

Dick Merchant, country name Ekún, head Chief of Dikólo Town, came on board Her Majesty's ship "Flirt," anchored off Bimbia, this 13th September, 1884, and stated that the day M. Schmidt came to Bimbia he sent for him to meet him on the beach at King William Town, and so he went. M. Schmidt

said he wanted to buy Dikólo Town, so Dick said he would not sell it; he had heard, that Germans would send the Bimbians to bush country when they had bought their town. M. Schmidt promised, that he would come and set all palavers; but Dick said, that he was going to give his town to the Queen. M. Schmidt told him he must sign a paper, which was produced, and which M. Schmidt said was a promise to put a factory in his town. M. Schmidt did not tell him, that by signing the paper he gave up his country to the Germans. Had he told him so he would not have signed. All that he received was a drink of rum, nor has he had a present or any payment from him since. M. Schmidt sent by his clerk, named Isaac Johnson, a German flag to Dick. The clerk told him he must hoist it, but Dick would not take it; but the clerk told him he had better accept it from him, and return it to M. Schmidt when he came, so Dick took the flag, which has never been hoisted in his town, but has remained in the box ever since. He will give back the flag when he sees Schmidt. || The above statement was read over to and explained to Dick, who declared in our presence that it was true, only adding that he wanted a missionary in his town to teach his people.

R. W. Craigie, Commander, Her Majesty's ship "Flirt."
R. G. Paynter.
Peter N. John Stone.

P. S. — This statement of Dick Merchant was taken down by me, and signed by Commander Craigie, Mr. Paynter, and Peter N. Stone, in my presence, this 13th September 1884.

Edward Hyde Hewett,
Her Britannic Majesty's Consul.

Statement of the Chiefs of Money Town, Bimbia, as to how the Treaty was concluded with the Germans.

Money (head Chief), Nako, Jomu, Yellow, Old Bilét, Young Money, Djako, Chiefs of Money Town, came on board Her Majesty's ship "Flirt" on the 13th September, 1884, when anchored off their town, and stated that when Consul came last year he (Money) told him the country was not quiet, and as he was not an old man all the old men had died, that the people would not obey him, and he asked the Consul to put government for his country; that he wanted to live under the Queen. M. Schmidt, of Cameroon River, was present at that time. The Consul said, that he agreed with him, that he had better write to ask the Queen to take his country, and that he would come later and tell him what answer the Queen send. He waited a long time

Nr. 8522. Gross-britannien. 24. Sept. 1884.

and then went to "bush country" (*i. e.*, inland). When he was there M. Schmidt sent six of his (Money's) boys to say, that he (M. Schmidt) wanted him, and they said that M. Schmidt sent word that the Consul was there (at the town), which led him to suppose that it was the English Consul, whom he had been expecting for a long time. || He went to town, and when he arrived found the Germans (Schmidt and Woermann). M. Schmidt said, "Money, I come for take your town;" so he replied, "That time you come with Consul I done sign book for Queen." Then he (Schmidt) said, "Why do you not agree to sell your town; King William people sell their town, and you will not agree." Money said, "Well, I do not agree; I want to hear from Consul." Schmidt said, "How long Consul be gone, and has not sent any answer; he does not want Bimbia." Money said, "I do not want to sell my country. I will wait till Consul come." Schmidt said, "If Consul come and say he no want Bimbia, will you agree for German to take you;" and Money answered, "If the Consul does not want Bimbia, then I agree to let German take my town." Then M. Schmidt said, "You must put that down for book." He produced a paper which he (Money) signed, supposing that the document was to show that he consented to the Germans taking his town in the event of the English Consul refusing to take him and his country under English protection. When he had signed, M. Schmidt said he must take pay for his country; but he (Money) declined to receive anything until such time as he had seen Consul (English). M. Schmidt said, "Why will you not; King William's people have taken pay;" but Money still refused till he had seen the Consul. M. Schmidt then left. || Directly after Money had signed the paper he returned to the bush country, and came back to town again. M. Schmidt was there, and said to him, "I want to put stick (flag-staff) for your town;" but Money would not agree, and reminded him of what he had said about seeing the Consul before he would let the Germans take his country. M. Schmidt said, "You don't want me to put stick (flag-staff) for your town; I have done so already in King William Town and Nicoll Island", which King Bell had given them. Money on this got vexed with King William Town people for dividing the country. Money still held out, and told M. Schmidt, "I do not care if you give me nothing; I will not agree till Consul come." When the English man-of-war („Opal") was at Bimbia Money was away at bush country at back of Victoria. Word was sent to him, and he started to come to town, but on arriving at Victoria he found the man-of-war had left. M. Schmidt came after this in a German man-of-war, and wanted to take him with him; but Money said he did not know what he would do with him and refused to go, so M. Schmidt, Kongolo and Kwan [*sic*]. After this Money saw no more of M. Schmidt. The above was what Money stated; the other Chiefs had nothing to do with the Germans in Money's absence. || The above statement was read over and explained to Money and his Chiefs, who declared it in our presence to be true, and they still maintained that they, as did their grandfathers, live

under the Queen, and that they do not now wish to let the Germans have their country.

R. W. Craigie, Commander, Her Majesty's ship "Flirt."
R. G. Paynter.
Peter N. Stone.

P. S. — This statement of the Chiefs of Money Town was taken down by me, and signed by Commander Craigie, Mr. Paynters and Peter N. Stone, in my presence, this 13th September, 1884.

Edward Hyde Hewett,
Her Britannic Majesty's Consul.

Statement of the Chiefs of King William Town, Bimbia, as to how the Treaty was concluded with the Germans.

William Bertram (Head Chief of King William Town, Bimbia), Charles Smart, John Priso-Beskwang (Chiefs of same town), appeared on board Her Majesty's ship "Flirt," anchored off Bimbia, the 13th September, 1884, and stated that the Consul had been to Bimbia last year, when he was accompanied by M. Schmidt, of Cameroon, a palaver with whose clerk the Consul then set. About three months ago M. Schmidt came to Bimbia and said to the Chiefs of William Town that he wanted to buy their town; they said they did not agree to that, as they had already signed a paper with the Consul to give their country to Queen of England. M. Schmidt said, that they must look to him that "Germans be all the same for English, they be one." Then he told them, that if any palaver came they must send for him. They agreed, on the strength of what M. Schmidt had said, to sell him half the town from Jubilee Point to Man-of-War Bay. They then signed a paper which was represented to them by M. Schmidt as being an Agreement to sell the ground above-mentioned, and he paid them in goods to the value of 150 kroos. The above transaction was all done in about half-an-hour: they asked to be allowed to consult together; but M. Schmidt would not let them. M. Schmidt left the same day, taking the signed paper with him, and not leaving a copy or duplicate with them. After a lapse of some days, M. Schmidt came again in a man-of-war (German) and went on shore with a number of soldiers (marines) and the German Consul, who read a paper, which they did not understand; after which the soldiers hoisted the German flag and fired guns. M. Schmidt interpreted something the Consul said, and told them King William Town, Money Town, Dikólo Town, and Nicoll Island belonged to the Emperor of Germany, and then gave them some rum and gin to drink, and then they left in the man-of-war. About a fortnight ago two German men-of-war came: M. Schmidt was on board; he went on shore, called two men, Kongolo

Nr. 8522. Grossbritannien. 24. Sept. 1884.

and Kwan, and took them with him. They asked where he was going to take them. He replied, "To Victoria." After the ship weighed from Amboises Bay they again asked him were they were to be taken, and he then told them he was going to take them to Bibundi, and that he was going to put up a factory there. Kongolo said to M. Schmidt he could not agree to that, that the English had already taken that place. When the ship arrived at Bibundi, M. Schmidt landed with the Consul and Kongolo and Kwan. The people came to the beach and told them the English had taken the place. Kongolo and Kwan brought away some kernels they had there and the King Bifongo. They left Bibundi, and M. Schmidt landed the two Bimbians and the King at Bimbia and wend away. At the first meeting with them they told him (M. Schmidt), that he was present when they signed the paper for the Consul (English), and that from the time of their old fathers their country was protected by England. M. Schmidt told them not to mind, and that if any palaver came he would "stand," *i. e.*, that they would have to send for him if the Consul came and made an objection to what they had done.' They do not like the Germans. M. Schmidt agreed to buy half the town, and afterwards the (German) Consul came and took it all. They pulled down the German flag, but were told by Captain of English man-of-war that they might get punished for doing that, that they had better keep it till the Consul (English) came, when he would tell them what to do. They want England to take them, "because their fathers lived under the English flag." || The above statement was read over and explained to William Bertram (native name of whom is Kongolo), Charles Smart, John Priso and Beskwang, who stated that it was all true, and that as to the desire to live under English protection, they spoke in the name of all the people of King William Town. || The statement was made and taken down in the presence of us.

R. W. Craigie, Commander, Her Majesty's ship "Flirt."
R. G. Paynter.
Peter N. John Stone.

P. S. — This statement of the Chiefs of King William Town was taken down by me, and signed by Commander Craigie, Mr. Paynter and Peter N. John Stone, in my presence, this 13th September, 1884.

Edward Hyde Hewett,
Her Britannic Majesty's Consul.

Nr. 8523. GROSSBRITANNIEN. — Consul Hewett an den engl. Min. des Ausw. — Abschluss von Verträgen mit 18 westafrikanischen Häuptlingen. [62.]

(Extract.) (Received November 5.) Akassa, September 24, 1884.

Nr. 8523. Gross-britannien. 24. Sept. 1884.

Old Calabar has signed the full Treaty, with additions to Articles IV and V, the elimination of Article VI, and an addition to Article IX, to relieve them of liability for the actions of the Tom Shot people. The Chiefs of Tom Shot country, of Efut, the country about the River del Rey, and of Idombi, the country about the River Rumby, made declarations that they were subject to Old Calabar. These declarations will be found attached to the Old Calabar Treaty. ‖ The Preliminary Treaties with the small countries to the south of the River Rumby and adjoining Victoria were made by Lieutenant and Commander Furlonger. I have not had time to visit these places; but I intend doing so when time admits of it, in order to get full Treaties signed. Your Lordship will observe that the Bota Treaty is made with M. Stefan Szole Rogozinski, King George and the Chief Molendé. M. Rogozinski, of whom mention is made in my despatch of the 13th September, made a Treaty on the 24th July last with King George and Molendé, a copy of which is in my possession. By this I find that he has purchased some land in Bota; he gives certain rights to the people, while, on the other hand, he obtains some for himself, among which I notice that "no palaver with any person foreign to Bota, or with any other town or country, can from this day be kept by King and people of Bota, but must be every time brought before M. Stefan Szole Rogozinski, or the person to whom he gave the right." I did not deem it expedient to question his right to being a party to the Treaty. When the Treaty was made Lieutenant and Commander Furlonger gave an undertaking, which is attached to the Treaty, "that none of their palavers shall be settled by the Court of Victoria so long as the said Preliminary Treaty shall hold good." M. Rogozinski's objection is to be subject to the jurisdiction of a Court composed as a present. ‖ The Treaties which I now respectfully place in your Lordship's hands embrace the district from Old Calabar to Victoria.*)

List of Treaties sent home in Consul Hewett's despatch of the 24th September, arranged in geographical order, from Old Calabar to Cameroons.

Name of Place or Chief.	Date.
	1884.
Old Calabar, Creek Town	July 23.
Ditto, Duke Town	„ 24
Ditto, including Chiefs of Tom Shot, Efut and Idomby .	September 10.

*) Die Verträge selbst sind hier nicht aufgenommen. Anm. d. Red.

Nr. 8523. Grossbritannien. 24. Sept. 1884.

Name or Place of Chief.	Date.
	1884.
Ba Musso	September 6.
Eyenda	„ 7.
Betika Ngang	August 31.
Betika Madali	„ 31.
Luünya	September 1.
Jandgi Kolleh	„ 1.
Likundu	„ 1.
Bibundi	August 30.
Isobe	„ 29.
Ndgondge	„ 29.
Mobange	September 1.
Bakingi	August 29.
Batoki	„ 28.
Bota, also signed by M. Rogozinski	„ 28.
Victoria, Ambas Bay	July 19.

Nr. 8524. **GROSSBRITANNIEN.** — Admiralität an das Ausw. Amt. Unterhandlungen mit den noch nicht unter deutschem Protectorat stehenden Häuptlingen in Kamerun. (41.)

(Received October 6.) Admiralty, October 3, 1884.

Nr. 8524. Grossbritannien. 3. Oct. 1884.

Sir, — I am commanded by my Lords Commissioners of the Admiralty to transmit to you, for Earl Granville's perusal, the accompanying extract of a letter, dated at Bonny on the 25th August last, from Commander Craigie, of Her Majesty's ship "Flirt" (with an inclosure), reporting the proceedings of that vessel on the West Coast of Africa. || I am, &c.

Evan Macgregor.

Commander Craigie to Rear-Admiral Salmon.

(Extract.) "Flirt," at Bonny, August 25, 1884.

On the 20th I went to Breaker Island, where the "Forward" was at anchor, she having returned from Cameroons. || Breaker Island is a good place for a ship that has been some time in the rivers to visit. There is generally a fresh sea breeze; it is perfectly healthy; plenty of fish to be got by seining, and no liquor can be obtained there. || I beg to inclose Lieutenant and Commander Furlonger's letter of proceedings. || It appears from Lieutenant and Commander Furlonger's Report, that those Chiefs in the Cameroons River who did not

sign the German Treaty, viz., Lock Preso and Green Joss, of Hickory Town, on the north bank, and some Chiefs on the south bank, are still anxious for British protection, and that the Germans are constantly offering them "dashes," and holding out threats if they do not sign. I have therefore sent the "Forward" to the Cameroons at the Consul's request, which I inclose, to tell these Chiefs that the Consul hopes to go there shortly, then proceed to the coast between Rio del Rey and Victoria, to conclude preliminary Treaties with the Kings and Chiefs there. The town of Bibandi has, I hear, a large trade. || The River Mungo, which is not marked on our charts, appear to be of great importance to the ivory trade; the delta of this river is not yet under German protection. || Rogozinski, who is a Pole, says he has bought a large extent of land round Bota, which the missionaries at Victoria state belongs to them.

Nr. 8524. Grossbritannien. 3. Oct. 1884.

Lieutenant-Commander Furlonger to Commander Craigie.

"Forward,"at Bonny, August 21, 1884.

Sir, — Having forwarded to you my letter of proceedings of the 17th instant, I beg now to inclose the following observations:— || In Cameroons River I would submit that the advantage to England would be very considerable, geographically speaking, if we extended our protection to the Chiefs in possession of the land north of Cameroons River, including therein all the islands which form the delta of the Mungo River, which is a good waterway towards Central Africa, joins the source of the Rio del Rey, and nearly approaches the Old Calabar River, about 30 miles in latitude 5⁰ north and longitude 9⁰ 20′ east. || I have &c. A. Furlonger.

Mr. Lister to the Bristol Incorporated Chamber of Commerce and Shipping.

Foreign Office, October 7, 1884.

Gentlemen, — I am directed by Earl Granville to acknowledge the receipt, through Mr. S. Morley, M P., of your Memorial of the 24th ultimo relative to the territories on the West Coast of Africa, recently taken under German protection; and I am to inform you, in reply, that Her Majesty's Government are in communication with the German Government on the subject. || I am &c.

T. V. Lister.

Nr. 8525. **GROSSBRITANNIEN.** — Admiralität an das Ausw. Amt. — Unterhandlungen mit den gegen Deutschland feindlich gesinnten Häuptlingen. [48.]

(Received October 15.) Admiralty, October 14, 1884.

Sir, — I am commanded by my Lords Commissioners of the Admiralty to transmit, for the information of the Secretary of State for Foreign Affairs, the inclosed extract of a letter, dated the 6th September, from Commander

Nr. 8525. Grossbritannien. 14. Oct. 1884.

Nr. 8525. Gross-britannien. 14. Oct. 1884.

Craigie, of Her Majesty's ship "Flirt," relative to the state of affairs at Cameroons, &c. I am, &c.

(Signed) Evan Macgregor.

Commander Craigie to Rear-Admiral Salmon.

(Extrakt.) "Flirt," at Old Calaber, September 6, 1884.

I left Opobo on the 1st September and crossed the bar by the east channel at 11.30 a.m. Buoy in line with the beacon, least water 12 feet, and anchored off King Bell's Town, Cameroon River at 4 p.m. the following day. || Dr. Nachtigal arrived there in the "Möwe" on the 28th August, and the same evening hoisted the German flag at Hickory Town, and then hauled it down immediately, and took the flag-staff away before any of the Chiefs could interfere. || Lock Preso Bell, Green Joss Bell and all the principal Chiefs at once wrote a very strong letter of remonstrance to Dr. Nachtigal against this act, and the Acting British Vice-Consul, Captain Buchan, also protested against it. Dr. Nachtigal sailed the next day for Bimbia; and Dr. Buchner, the Acting Commissioner, wrote a letter in reply, saying that this act of sovereignty had been done because Hickory Town belonged to King Bell. But King Bell distinctly stated, that he signed the Treaty for his own town only, and the Chiefs say he had no power to sign for any of the other towns without their consent; as Dr. Nachtigal had made a verbal agreement with Mr. Consul Hewett the last time we were at Cameroons that no further steps should be taken until the matter had been settled by the home Governments, the German flag ought not to have been hoisted at Hickory Town against the wish of the people. || Captain Buchan informed me, that the "Möwe" had been to Lagos, and also that the French gun-vessel "Voltigeur" anchored at the mouth of the river on the 24th July. || Captain Buchan also told me, that King Money, the principal Chief of Bimbia, had refused to sign the German Treaty. || Lock Preso and Green Joss, the principal Chiefs of Hickory, came on board to see the Consul, and declared they would never sign a Treaty with the Germans, as they wished for English protection; the Consul told them to wait until the result of the decision of the home Government was made known, and to remain quiet until then. King Bell and King Acqua were both up at the markets, so we did not see them. || Lieutenant and Commander Furlonger has been very successful in making preliminary Treaties with the Kings and Chiefs of Bota, Bibundi, and other towns between Rio del Rey and Victoria, and apparently only just in time, as he met His Imperial German Majesty's ships, "Leipsic," with Dr. Nachtigal on board, and the "Möwe", steering direct for Bibundi, the Germans wishing to obtain that place, as all the Bimbian trade comes from there; but Bibundi is a perfectly independent town, and does not belong to the Bimbians, although they have great power there, and it appears from Lieutenant and Commander Furlonger's Re-

port that these Bimbians are prepared to give back the German "dash," and desire English protection. || With reference to Bimbia, it is reported that King Bell has sold Nicoll Island to a German firm; but I have been assured by Lock Preso Bell and others, that King Bell sold it many years ago to a Mr. Nicoll, who, I believe, is a marine officer, and the island was called after him. || I have the honour to bring before your notice the great assistance Lieutnant and Commander Furlon ger has afforded me, and the efficient way in which he has carried out the instructions of Mr. Consul Hewett in making these preliminary Treaties. || M. Rogozinski has bought a large extent of land near Bota, adjacent to the territory of Victoria; and it its reported, that he is preparing the way for the establishment of Jesuit missionaries there.

Nr. 8525. Gross-britannien. 14. Oct. 1884.

Nr. 8526. GROSSBRITANNIEN. — Min. des Ausw. an den engl. Botschafter in Berlin*). — Vorschlag, das deutsche Protectorat nach Süden auszudehnen. [57.]

Foreign Office, October 23, 1884.

Sir, — With reference to Mr. Scott's despatch of the 3rd ultimo, and subsequent despatches relating to the recent proceedings of Dr. Nachtigal in the Cameroons, I have to request your Excellency to inquire of the German Government whether they are now in possession of reliable information as to what has taken place, and to add that Her Majesty's Government would be glad to learn what is the extent of the Protectorate established by Germany in that quarter, and also whether they may feel satisfied that due provision has been made for the security of British subjects and trade in the protected district.

Nr. 8526. Gross-britannien. 23. Oct. 1884.

Her Majesty's Government, being solely actuated by the desire to secure freedom of trade for all countries in the Cameroon district, are far from viewing with distrust the recent movements of German Agents; they are, on the contrary, so confident that the views of the two countries are in harmony that they would suggest that the Protectorate already acquired by Germany in the neighbourhood of the Cameroons should be extended over the adjoining rivers in a southerly direction, viz., the Langasi, Donga Creek, and Qua Qua River, and up to whatever may be the northerly limit of the territory claimed by France as having been acquired by Treaty with King Pass All of Malimba.**)

I have to request your Excellency to make a communication in the above sense to the German Government. || I am, &c. Granville.

*) Die entsprechende Note Malets an den deutschen Staatssecretär des Auswärtigen ist vom 22. October datirt [Nr. 60]. Anm. d. Red.

**) Dieser Absatz entspricht einer Anregung, welche das Kolonialamt durch Schreiben vom 7. October 1884 [No. 43] gegeben hatte. Anm. d. Red.

Nr. 8527. **DEUTSCHLAND.** — Botschafter in London an den engl. Min. des Ausw. — Die inneren Grenzen des Protectorats können noch nicht angegeben werden. [65.]

(Translation)*).

(Received November 10.) German Embassy, London, November 9, 1884.

Nr. 8527. Deutschland. 9. Nov. 1884.

In execution of his instructions, the Undersigned has the honour to reply as follows to the note which Her Majesty's Ambassador in Berlin addressed to the German Government on the 27th ultimo, on the subject of the Cameroon territory. || The first question in that note, namely, whether his Majesty's Government had yet received reliable information as to the proceedings in the Cameroon territory, and what was the extent of the German Protectorate in that neighbourhood, has, in the opinion of His Majesty's Government, been already answered by the information given in the note of the German Chargé d'Affaires of the 15th ultimo, regarding the placing of certain territories on the West African coast under the protection of His Majesty. || The distance to which the frontiers of the German Protectorate extend inland cannot at present be defined. In regard to this the Imperial Government reserves its freedom of decision in the same way as the English do in the occupation of portions of a coast-line, as shown recently by the proclamation of a British Protectorate over the south coast of New Guinea, as to which Mr. Ashley stated on the 25th ultimo, in the House of Commons, that it was not then possible to define the inland frontiers of the English Protectorate, but that the Protectorate would be extended as far as local circumstances might demand. || As for the districts south of the Cameroon, mentioned in Sir Edward Malet's note as those which Her Majesty's Government would wish to see placed under German protection, they already belong to the territorries which were described in the note from this Embassy of the 15th ultimo as having been placed under the protection of His Majesty the Emperor. || With reference to the question whether His Majesty's Government is convinced, that effective precautions will be taken for the safety of British subjects and trade in the Cameroons, Her Majesty's Government may rest assured that the rights and interests of English subjects in the districts which have been placed under His Majesty's protection will remain no less secure than before. || Matters have not yet been developed in these districts, but the Imperial Government is occupying itself in making the necessary arrangements which may be expected of it in view of the Protectorate which it has assumed. English subjects will there be just as favourably treated as Germans are in English Colonies and Protectorates. || The Undersigned, &c. Münster.

---

*) Der deutsche Text ist nicht publicirt. Anm. d. Red.

Nr. 8528. **GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Berlin an den englischen Min. des Ausw. — Bismarck würde das Einschliessen der deutschen Besitzungen durch engl. Annexionen als eine unfreundliche Handlungsweise betrachten. [70.]

(Extract.) (Received December 7.) Berlin, December 1, 1884.

Nr. 8528. Grossbritannien. 1. Dec. 1884.

Prince Bismarck said to me to-day, in the course of conversation, that he bad been informed that the British authorities were gradually surrounding the territory of the Cameroons by further annexations; that he did not know whether the report in question were true or not, but if it proved correct, that he should regard it as an unfriendly act, as the Imperial Covernment desired to extend the commerce and trade of the Cameroons Colony inland, and to maintain its communications with the upper country free.

Nr. 8529. **GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Berlin an den deutschen Staatssekretär des Ausw. — Die Gerüchte, dass England die deutschen Gebiete gegen das Innere abschliesse, sind unbegründet. [71.]

(Extract.) Berlin, December 5, 1884.

Nr. 8529. Grossbritannien. 5. Dec. 1884.

In the course of conversation on the 1st instant Prince Bismarck spoke to me regarding a rumour respecting the Cameroons, to which he requested me to call the attention of Her Majesty's Government. || I beg to inclose to your Excellency a Memorandum dealing with this rumour, and to request you to be so good as to let Prince Bismarck see it.

Memorandum.

Representations having been made to the Imperial Government, that we were contemplating a gradual surrounding of the territory of the Cameroons in such a manner as to cut off the Settlement from free communication with the interior, I am desired by Lord Granville to say that there is absolutely no foundation for it, that the policy Her Majesty's Government has been loyally to accept the position of the Germans on the Cameroons River, and that they will in no way endeavour to impede its extension inland to the upper country.

December 5, 1884. Edward B. Malet.

Nr. 8530. GROSSBRITANNIEN. — Min. des Ausw. an den engl. Botschafter in Berlin. — Verhandlung mit Münster über das Einschliessen der deutschen Besitzungen. [72.]

(Extract.) Foreign Office, December 10, 1884.

Nr. 8530. Gross-britannien. 10. Dec. 1884.

Count Münster called upon me to-day, and told me he had received a letter from Prince Bismarck, in which the Chancellor complained of the conduct of Her Majesty's Government with regard to the Cameroons. || His Excellency observed, that the colonial possessions of Great Britain are so enormous that no German Settlement could ever do them harm. But public opinion in Germany was much excited about their Colonies, and his Excellency added that it was to be hoped that England should show herself friendly to Germany as Germany has been showing herself friendly to England on former occasions in Egypt, and by the way she is treating the Niger question now. || In reply, I repeated the assurances given by your Excellency to the German Minister for Foreign Affairs to the effect that Her Majesty's Government had from the first loyally accepted the position which had been acquired by Germany in the Cameroons; that they viewed with no jealousy her presence in the neighbourhood of our recent acquisitions in the Oil River district, nor the extension of her possessions to the upper waters of the Old Calabar or Cross River, which it was understood was the district referred to by Prince Bismarck in a recent conversation with your Excellency as the "upper country" behind the Cameroons district. || I added, that I did not doubt that if any questions should arise as to the actual boundaries between Bimbia and our Settlement of Victoria they would be easily susceptible of friendly adjustment between the two Governments.

Nr. 8531. GROSSBRITANNIEN. — Kolonialamt an das Ausw. Amt. — Brief König Bells, betr. die Annahme des deutschen Protectorats. [80.]

(Received January 3.) Downing Street, January 2, 1885.

Nr. 8531. Gross-britannien. 2. Jan. 1885.

Sir, — I am directed by the Earl of Derby to transmit to you a letter purporting to come from King Bell, of the Cameroons River, explaining his policy in accepting German protection. || The letter should have been addressed to Earl Granville, who will doubtless decide whether this letter requires an answer. || I am, &c. John Bramston.

King Bell to the Earl of Derby.

Bell Town, Cameroons River, September 30, 1884.

My Lord, — Having written to you, through the English Consuls on the West Coast, several times, covering the space of over five years, in which letters I anxiously inquired to know if the English Government would take

by annexation my country, I at last despaired, having not received any answer from the many applications I made through the Consuls, as also by these letters to the English Government. || I was thereby induced to accept the offer of the German Government for annexation, which I did on the 14th July, 1884, on which date the annexation took place. || Previous to taking this decided step, more than three years previous, the English Consul, now acting, came in the river and, calling all the people, with the Chiefs and King, asked us if we would abide by all English law if annexed to the English Government, and we replied unanimously that we would. Notwithstanding this, I received no answer again from the affair. || This is the reason I changed my mind, and in answer to the German Consul, asking for my country, I made the delivering of my country to Germany, through the German Consul, in a paper signed by all the Chiefs, excepting the Chiefs of Hickory Town. || I write this to you that, if any one, who of my Chiefs or principal men, wish to change their mind, or be influenced for money, you may know that they have signed their names to this, and that I did not annex my country for money for myself, but desired to annex it in a proper manner. || Had I received any answer to my letters sent to the English Government, I would have been encouraged to wait their pleasure. But there was none. I hence concluded that neither the Consuls nor yet the English Government cared anything about my country, not answering me in this long time. || I shall be pleased with an answer to say if you got this as any other of my communications. || Yours, &c.

Nr. 8531. Grossbritannien. 2. Jan. 1885.

King Bell.

Nr. 8532. **GROSSBRITANNIEN.** — Unterstaatssekretär des Ausw an König Bell. — Antwort auf Nr. 8531. [82.]

Foreign Office, January 12, 1885.

Sir, — I am directed by Earl Granville to acknowledge the receipt of your communication of the 30th September last, stating that, failing to learn the views of Her Majesty's Government with regard to the offer that you had made them to place your territory under British protection, you had decided to accept a German Protectorate. || In reply, I am to point out to you that you could not have failed to be aware, both from written and verbal communications with Mr. Hewett, Her Majesty's Consul at Old Calabar, that Her Majesty's Government were considering your offer, and that only a week before you signed the Treaty making over your territory to Germany you were cognizant, from communications with the Captain of Her Majesty's ship „Forward," that Consul Hewett was on his way to you with an offer of British protection. || Under such circumstances, I am to add that the only advice Her Majesty's Government can now tender to you is to remain loyal to the country under whose Protectorate you have placed yourself. || I am, &c.

Nr. 8532. Grossbritannien. 12. Jan. 1885.

T. V. Lister.

Nr. 8533. GROSSBRITANNIEN. — Min. des Ausw. an den engl. Botschafter in Berlin. — Deutsche Klagen über die Intriguen der Engländer in Kamerun. [85.]

Foreign Office, January 13. 1885.

Nr. 8533. Gross-britannien. 13. Jan. 1885.

Sir, — Count Münster called upon Sir Julian Pauncefote to-day, and said that he was instructed to state that the complaint of the German Government against the agent of Messrs. Holt and and Mr. Co. Buchan, Acting British Vice-Consul in the Camaroons, of stirring up the natives against the Germans, is confirmed by the latest reports received by the German Government from the Cameroons; that the natives have become unruly in consequence, and have attacked Europeans, and among others an English captain of a ship. || His Excellency added, that the German Government are taking measures to punish the offenders, and hope that Her Majesty's Government, in accordance with the kind assurance already given by them, will use their best efforts to prevent a continuance of such conduct on the part of the persons referred to. || I am, &c.

Granville.

Nr. 8534. GROSSBRITANNIEN. — Min. des Ausw. an den engl. Botschafter in Berlin. — Das Verhalten der engl. Regierung und der engl. Beamten gegenüber den deutschen Erwerbungen. [87.]

Foreign Office, January 20, 1885.

Nr. 8534. Gross-britannien. 20. Jan. 1885.

Sir, — In view of the speech made by Prince Bismarck in the Reichstag on the 10th instant, of which a Report and précis were sent home in your Excellency's despatch of the 11th instant, Her Majesty's Government think it desirable to recall to the Chancellor's recollection the note addressed by Mr. Scott to Dr. Busch on the 29th August last,*) which explained the position of Her Majesty's Government in the Cameroons district up to the date of the latest reports which they had then received from the coast. || That note remains unanswered. || In the absence of any official intimation of the intentions of the German Government in regard to the Cameroons, Her Majesty's Government did not hesitate, at Prince Bismarck's request conveyed in Count Vitzthum's note of the 19th April, 1884, to instruct their officials on the West Coast of Africa to give Dr. Nachtigall all the assistance in their power in the prosecution of a mission, which was described on the part of the German Government as having for its object the collection of information on the state of German trade, and the settlement of certain questions which had arisen. || It is evident that had Her Majesty's Government supposed that

*) Staatsarchiv Nr. 8279.

Dr. Nachtigal was authorized to annex territories in which they took a special interest, and over which they had then decided to proclaim the Queen's Protectorate, they would have exchanged explanations with the German Government, which must have prevented the present state of things. || When Mr. Hewett, Her Britannic Majesty's Consul, arrived at Benin on the 15th July last, he first heard reports of the views of the German Government in regard to the Cameroons, and at the same time was informed that Kings Bell and Acqua had promised to sign no Treaty before he reached the Cameroons. He arrived there on July 19, and found the "Möwe" at anchor, and the German national flag flying at Bell and Acqua towns. It would not have been unnatural for Consul Hewett, on finding himself thus forestalled, to have shown some signs of irritation. But, on the contrary, Her Majesty's Government are pleased to think that, as stated by Dr. Nachtigal in his Report to the German Government of the 16th August, the attitude of Her Majesty's Consul and the English traders was on that occasion friendly and conciliatory. Consul Hewett did, indeed, lodge a verbal protest against Dr. Nachtigal's action; but having performed this formal act, he assured both Dr Nachtigal and Dr. Buchner, the German Vice Consul, of his cordial support in maintaining the peace of the river; and his advice to the natives and traders was that they should remain quiet, and attend to their trade as usual. Moreover, on being asked by the inhabitants of Hickory Town (who do not recognize the rights claimed over them by Kings Bell and Acqua) to hoist the British flag over the town, he not only refused to do so, but warned them that any such step on their part was likely to meet with severe punishment. So anxious was Mr. Hewett to do all he could in the interests of peace and good order in this district, where he felt that the English sympathies of the natives who have been so long under English control, were likely to lead to trouble on the assertion of German supremacy, that he appointed Mr. Buchan, an old resident and trader of repute, as British Vice-Consul, stating, in his letter of appointment, that Mr. Buchan would best carry out his wishes by using his good offices to keep order among the natives and by coopèrating with Dr. Buchner, in any way he might ask, for the preservation of good order, the interests of trade and the settlement of palavers; adding that he was not to extend British protection to those heads of houses who had signed the German Treaty. || Consul Hewett then left the Cameroons to visit other parts of his Consular district and, beyond a flying visit in the early part of September, he has not, so far as Her Majesty's Government are aware, been there since. Her Majesty's Government are convinced, that a perusal of the above facts will remove from Prince Bismarck's mind any suspicion that their Agents, apart from the special orders given them, are not as anxious for the maintenance of good order as Her Majesty's Government are themselves; but it is evident, that neither Her Majesty's Government nor their Agents can be held responsible for it in districts taken under the German flag, and in regard

Nr. 8534. Gross-britannien. 20. Jan. 1885.

to which Count Münster has, in pursuance of instructions, assured Her Majesty's Government that "the rights and interests of British subjects" . . . . "will remain no less secure than before." This assurance can hardly be said to have been completely carried out if, as stated by the Hamburg Syndicate, and repeated by the Chancellor, the natives have since taken prisoner the captain of an English vessel and killed two of his crew. || Prince Bismarck, in alluding to this circumstance, stated that Count Münster had received instructions to make a communication on the subject; but no such representation had then been made, nor was it received till the 13th instant, when Count Münster called at this Office and stated that a German ship of war had been sent to obtain redress. || Her Majesty's Government are unable to appreciate the value of the article from a Polish newspaper in regard to the proceedings of Lieutenant Rogozinski, to which the Chancellor appeared to attach considerable importance, but their inquiries as to that gentleman's character and antecedents have been satisfactorily answered. He has, however, no connection whatever with Her Majesty's Government, who have never had any direct communications with him, nor, so far as they know, has he ever been on board Her Majesty's ships of war on the African coast, though it is, of course, possible that he may have done so. || As regards the alleged misconduct of the agent of Messrs. John Holt and Co., and the allusions to the expulsion of one of their agents from the Gaboon, Her Majesty's Government have received a protest from that firm who, while repudiating the charges brought against their agent, are desirous of learning their exact nature, a request of which Her Majesty's Government feel sure Prince Bismarck will admit the justice. || In conclusion, I have only to point out that, while Her Majesty's Government have found it expedient, in pursuance of a policy formed before they had any idea of the interest taken by Germany in the West Coast of Africa, to place under the sovereignty or protection of Her Majesty the Queen the territories extending from Ambas Bay to the limits of the Lagos Colony, they have no intention and no desire to hamper or interfere with the legitimate growth and extension of the German acquisitions in the Cameroons; and they can only repeat, that, should it be found that the boundaries of the two Settlements require any local adjustment, they will be ready to approach the question in the most friendly spirit. || Your Excellency will be good enough to read this despatch to Prince Bismarck, and to leave a copy of it with him. || I am, &c.

Granville.

Nr. 8535. **GROSSBRITANNIEN.** — Min. des Ausw. an den deutschen Botschafter in London. — Mittheilung der Annexion von Victoria. [88.]

(Extract.) Foreign Office, January 21, 1885.

Nr. 8535. Gross-britannien. 21. Jan. 1885.

On the 15th and 16th instant Baron Plessen called, on behalf of your Excellency, on Sir J. Pauncefote, and inquired whether it was the fact that the British flag had been hoisted at Victoria, Ambas Bay. Baron Plessen was informed, that the British flag had been hoisted at the place named, but that an answer in writing would be given to your Excellency. || I have, accordingly, now the honour to state that the Settlement of Victoria, Ambas Bay, was formally annexed to the dominions of Her Majesty the Queen on the 19th July, 1884, by a Notice, of which a copy is inclosed, and an announcement to that effect was made by Lord E. Fitzmaurice in the House of Commons on the 7th November last.

Nr. 8536. **GROSSBRITANNIEN.** — Min. des Ausw. an den engl. Botschafter in Berlin. — Dem deutschen Botschafter ist auf dessen Anfrage mitgetheilt, dass der Entschluss, Victoria zu annectiren, schon vor der Sendung Nachtigalls gefasst sei. [91.]

Foreign Office, January 21, 1885.

Nr. 8536. Gross-britannien. 21. Jan. 1885.

Sir, — The German Ambassador called on Lord E. Fitzmaurice this afternoon and made inquiries as to the date of the decision of Her Majesty's Government to occupy the Settlement of Victoria, Ambas Bay. His Excellency was informed, that that decision was taken in the winter of 1883, and that Mr. Consul Hewett had left England at the end of May last to put it into execution. || Count Münster said, that what the German Government wanted to know was whether that decision had been taken prior to any knowledge by Her Majesty's Government of the proceedings of Dr. Nachtigal, not in consequence of that knowledge. || Lord Edmond replied, that the date showed that the decision of Her Majesty's Government was taken prior to their having any such knowledge. Count Münster having observed that at the time of the actual occupation there was something like a race, Lord Edmond said that perhaps that was so, but that he could not suppose that, under any circumstances, Dr. Nachtigal would have taken upon himself to hoist the German flag over a place which, though not at that moment under British sovereignty, was nevertheless British in character and in history, and the acquisition of which had been pressed on Her Majesty's Government by an important English religious body. || Count Münster did not appear to dissent from these observations. || I am, &c. Granville.

Nr. 8537. **GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Berlin an den engl. Min. des Ausw. — Erwiderung Bismarcks auf die Note vom 20. Januar. [95.]

(Received January 26.) Berlin, January 24, 1885.

Nr. 8537. Gross-britannien. 24. Jan. 1885.

My Lord, — With reference to your Lordship's despatch of the 20th instant, on the subject of certain remarks in regard to events in the Cameroons, which Prince Bismarck had made in the course of a recent speech in the Reichstag, I have the honour to inform your Lordship that, in obedience to the instructions contained at the close of that despatch, I to-day read it to the Prince, and left a copy of it with him. || The only remark which he made during the reading of the despatch was on the sentence stating that the object of Dr. Nachtigal's mission to the West Coast of Africa had had for its object "collection of information on the state of German trade." On this the Prince observed, that it had had for its object the protection of German trade, not merely the collection of information regarding it. || When I had finished reading the despatch Prince Bismarck said, that he would offer no remarks on it, but would examine the copy, which I left with him, at leisure. || I have, &c. Edward B. Malet.

Nr. 8538. **DEUTSCHLAND.** — Reichskanzler an den deutschen Botschafter in London. — Beschwerden über das Verhalten der englischen Beamten und Kriegsschiffe in Kamerun. Die Abberufung des Vice-Consuls Buchner wird gefordert.

(Communicated to Earl Granville by Count Münster, February 7.)

(Translation.)*) Berlin, February 5, 1885.

Nr. 8538. Gross-britannien. 5. Febr. 1885.

I have the honour to transmit herewith, for your Excellency's information, copy of a despatch from Lord Granville of the 20th ultimo, which was read to me, and a copy of which was left with me by Sir F. Malet on the 24th ultimo. || In the first place, it is stated in this despatch that Mr. Scott's note of the 29th August last, explaining the position of the British Government towards the Cameroon territory, has remained unanswered. || In reply to this I would observe, that that note merely conveyed the information that the English Government, in view of previous demands for protection by the native Chiefs, would themselves have taken this territory under their protection if it had not been put under that of Germany. There was no proposal or inquiry connected with this communication. To the verbal question of the Chargé d'Affaires as to the extent of our Protectorate, the only answer which could be given at the time was that we were still without any details of the proceedings of Dr. Nachtigal. || As soon as these were received, we gave

*) Der deutsche Text ist nicht publicirt. Anm. d. Red.

Her Majesty's Government, in Baron Plessen's note of the 15th October last, official information concerning our annexations on the West Coast of Africa, and especially in the Cameroon district. || This official communication of ours remained without any direct answer. On the 27th of the same month, however, the English Ambassador handed in a note to the Imperial Government, in which he reverted to the question of the extent of our Protectorate over Cameroon, and, amongst other things, stated that not only did his Government not look upon the Protectorate we had assumed in the Cameroon district with any distrust, but that, on the contrary, they suggested that the German Government should extend it over some neighbouring territories to the south. || Your Excellency answered this communication by a note of the 9th November*) last, in which the question of the boundaries was gone into thoroughly, and, amongst other things, it was said that the territories alluded to in the suggestion of Her Majesty's Government already formed part of the German Protectorate. || From the above it will be seen, that it is not correct to say, that Mr. Scott's note of the 29th August last remained unanswered. || As regards the remark in Lord Granville's despatch of the 20th ultimo, that Her Majesty's Government had not been prepared for the proceedings of Dr. Nachtigal in the Cameroons, I can only refer to what has taken place since our first annexations became known, which proves that English officials would have prevented German acquisitions if it had been known beforehand at what points it was intended to make them. || A special proof of this is the fact alluded to by Lord Granville, that as soon as Consul Hewett, on his arrival at Benin on the 15th July last, heard of the proceedings of Dr. Nachtigal in the Cameroons, he hastened there with a view of forestalling the German annexation, and that immediately afterwards he did all he could, by his action on the coast between Bimbia and Lagos, to prevent an extension of the German possessions on the coast. || The protest of the firm of John Holt and Co. against the accusation brought against their agents of unfriendly conduct towards Germany, which is mentioned in Lord Granville's note, has been brought to the knowledge of the Syndicate for West Africa, and of the military and civil German officials in the Cameroons, so as to give them an opportunity of further explanations. || As regards the question of the Acting British Vice-Consul in the Cameroons, Mr. Buchan, I would first remark that Her Majesty's Government has omitted to ask for our Exequatur to allow this gentleman to exercise official functions although his appointment was made after the proclamation of the German Protectorate. Looking at the complaints which we have received against Mr. Buchan, we should have been justified in refusing to allow him to perform his official functions. We contented ourselves, however, with the instruction to your Excellency of the 27th November, to call the attention

*) No. 8527.

Nr. 8538. Gross-britannien. 5. Febr. 1885.

of Her Majesty's Government to the proceedings of Mr. Buchan and his continued irregular attitude towards us. In answer to your Excellency's communication on this subject, Lord Granville, in his note of the 11th December, forwarded by your Excellency on the 15th of the same month, confined himself to saying, that he would call for a report on the proceedings of this official from his immediate superior. || The Reports which have been recently received from the Commander-in-chief of His Majesty's West African squadron on the subject of the latest events in the Cameroons make it, however, impossible, in the interests of peace and good order, for the Imperial Government to delay its decision any longer. Admiral Knorr has found the opinion, already frequently expressed by the Imperial Representative, Dr. Buchner, to be confirmed by independent information, that the difficulties prepared by a part of the native population in the way of the strengthening of the German Protectorate is owing, in a great measure, to Mr. Buchan. The Admiral has consequently proposed, that Mr. Buchan should be forbidden the further exercise of his official functions in the Cameroons. Before we proceed to this extremity, we ask Her Majesty's Government to be good enough to relieve Mr. Buchan of his functions. || According to a further Report from Admiral Knorr, the English gun-boat "Watchful" arrived in the Cameroons on the 25th December last with Consul Hewett. He and Mr. Buchan on their own account assembled a meeting of the Court of Equity in the German territory. Admiral Knorr, who, in virtue of his full powers and in view of the premeditated disturbances which had broken out, had taken into his own hands the exercise of all supreme powers, could not under the existing circumstances permit the assertion of any authority so near and yet so independent of him, the presence of which was likely to support the doubts felt by the natives and encouraged by the English as to the reality of the German authority. In spite of this, Consul Hewett considered himself justified in demanding a written explanation from Dr. Buchner of his action, taken in concert with the Admiral, in suspending the Court of Equity. I inclose herewith, for such steps as may be proper, copies of the two letters of the 29th and 30th December last, which closed the correspondence exchanged between the English Consul and the German Representative. || On the 26th December the English corvette "Rapid" appeared off the anchorage at Cameroon. As Admiral Knorr reports, this man-of-war omitted to salute the German flag in the usual manner as the territorial flag. To a question put to him on this subject by the Imperial Admiral, Captain Campbell, the Commander of the "Rapid," answered that he had only received private information of the German annexation. Her Majesty's Government will not fail to perceive how easily the omission reported by Captain Campbell of an official notification to English officers and officials of the assumption of a German Protectorate of the Cameroons might, without the temperate forbearance of the German Commandant, have led to misunderstandings between the ships

of two nations which are at peace with one another, and both of which wish to remain so. || According to Admiral Knorr's Report, it is further proved by the evidence of the officers and men of the German landing party that during the fights which took place the rebel negroes availed themselves of English factories and Mission-houses as places of shelter, and from them fired upon the German troops whilst the English flag was flying over the buildings. || It can scarcely be supposed, that this could have been possible without the connivance of the English factory owners and missionaries. Notwithstanding this, the Admiral's orders to respect all British property were carefully observed and carried out during the fights. || With reference to the case mentioned by me in the Reichstag, and by Lord Granville in his despatch of the 20th January, of the capture of a captain of an English ship, and the murder of one of his people by negroes, the answer of the Admiral to the instructions which have been given to him to inquire into the matter and punish the guilty persons has not yet been received. It appears, however, from private communications received by the Syndicate for West Africa, that it was a question of an act of vengeance on the part of the native population, which was caused by an act of the captain of an English ship, who had shortly before taken the law into his own hands in a manner which we, in view of the German Protectorate, must characterize as illegal. || As regards our statement, of which Lord Granville reminds us in his despatch of the 20th January, to the effect that the rights and interests of British subjects would enjoy no less security under German Protectorate than they did before, and his statement that this assurance had not been fully fulfilled, we regret to say that according to all reports we have received from the Cameroons English subjects are not free from blame. || I request your Excellency to be so good as to bring the foregoing to Lord Granville's knowledge, and to ask ("beantragen"), first, that Mr. Buchan may be informed that he cannot be permitted to exercise Consular functions in the Cameroon territory; secondly, that, to avoid future difficulties, British officials and captains of ships should be officially reminded of the obligations imposed upon their conduct, whilst within our Protectorate, by the recognition by Her Majesty's Government of the German Protectorate, and especially that Consul Hewett and the Commander of the British corvette "Rapid" should be made to understand how far their conduct in the Cameroons is out of harmony with those duties. || With reference to the concluding sentence of Lord Granville's despatch of the 20th January, I would remark that in face of the foregoing facts we unfortunately cannot avoid the impression that the acquisitions made by England on the coast between Ambas Bay and the Colony of Lagos since our annexation of the Cameroons were intended, in spite of the assurances to the contrary, to prevent the possibility of an extension of our possession. It stands to reason, that we will willingly concur in the suggestion made by his Excellency for negotiations for marking out a suitable boundary of the terri-

tories of the two Powers, and we are glad to look upon this proposal as the commencement of a policy which will admit of the development of our colonial aspirations in a more benevolent spirit than hitherto.

v. Bismarck.

Consul Hewett to Dr. Buchner.

„Watchful", River Cameroon, December 29, 1884.

Sir, — The letter of yesterday's date, which you did Mr. Vice-Consul Buchan the honour of addressing to him, has been forwarded to me. In that letter you state, that Corvette Capitän Bendemann forbids the meeting of the Court of Equity which was to take place to-day. I have the honour to request you to inform me, for my guidance, whether that officer forbids the meeting as commanding the German naval forces in the port of Cameroon, or if he has superseded you in the civil authority with which, as I understand from Dr. Nachtigal, you have been invested as Acting Commissioner. I may remind you, that Dr. Nachtigal permitted the Court of Equity to continue its function, and that I have since then received no intimation that any change has taken place in the administration of affairs in Cameroons that affects the decision of Dr. Nachtigal that the Court of Equity should still hold its meetings. I notice in your letter, that no reason is assigned for not permitting the Court meeting to-day, and that the prohibition is not extended to the future. I would be much obliged to you, Sir, by your letting me know the grounds for Corvette Capitän Bendemann forbidding the meeting of the Court, and also if he intends to continue to forbid the Court to meet and yet to sanction its existence. || I have, &c.

Hewett.

Dr. Buchner to Consul Hewett.

Cameroon, December 30, 1884.

Sir, — In reply to your favour of yesterday, I have the honour to inform you that the prohibition of the meeting of the Court of Equity was issued by Corvette Capitän Bendemann, on instructions received from Rear-Admiral Knorr, commanding the German West African squadron, and endowed with full power by the Imperial Government. At the actual state of rebellion, war and excitement which reigns in Cameroon, the meeting of an international body of jurisdiction not connected with the said authority, and therefore apt to raise doubts and complications, had certainly to appear inadmissible. The same actual state of war induced not my supersedence, but undoubtedly my subordination under the said authority. The Court of Equity, although permitted to continue by Dr. Nachtigal, was always to be considered as a pro-

visional institution only, which one day had to be replaced by a national German one. About this latter object, an order of Rear-Admiral Knorr will be issued as soon as the pacification of the country will be completed. || I have, &c. Buchner.

Nr. 8538. Grossbritannien. 5. Febr. 1885.

Nr. 8539. GROSSBRITANNIEN. — Min. des Ausw. an den deutschen Botschafter in London*). — Widerlegung der deutschen Beschwerden.

Foreign Office, February 21, 1885.

M. l'Ambassadeur. — I had the honour, on the 9th instant, to receive from your Excellency the copy of Prince Bismarck's note to your Excellency of

Nr. 8539. Grossbritannien. 21. Febr. 1885.

---

*) Ueber diese Depesche schreibt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 3. März:

Der Inhalt der jüngsten englischen Blaubücher kontrastirt in auffälliger Weise mit den sonstigen Gewohnheiten der Diplomatie, wie sie unter den europäischen Mächten üblich sind. Wenn wir auf die anderthalb Jahrzehnte zurückblicken, die seit dem französischen Kriege vergangen sind, so werden wir kaum auf eine öffentliche und amtliche Correspondenz zwischen zwei Cabinetten stossen, welche mit den diplomatischen Traditionen mehr im Widerspruch stände, als die jüngsten Veröffentlichungen der englischen Blaubücher. Die an Graf Münster gerichtete Note vom 21. Februar, mit welcher die deutschen Beschwerden über das Verhalten englischer Offiziere, Beamten und Privatleute in Kamerun beantwortet werden, kann man, ohne ihr Unrecht zu thun, als eine grobe Abfertigung bezeichnen. Kein souveräner Gerichtshof könnte frivole Beschwerden in einer geringschätzigeren Art zur Ruhe verweisen. Die Tonart des Aktenstücks ist nicht die einer Staatsschrift, ausgehend von einer befreundeten Regierung, sondern die einer polemischen Parlamentsrede, welche mehr den Zweck hat, zu verletzen, als zu überzeugen. Dem entsprechend spitzt sich der Schluss zur Anmeldung einer Entschädigungsforderung zu Gunsten angeblich durch britische Unterthanen bei der Aktion der deutschen Streitkräfte in Kamerun erlittener Verluste zu. Es ist unmöglich, dass am 21. Februar, dem Datum der Note, die englische Regierung schon im Besitz sicherer Beweismittel über das Vorhandensein solcher Beschädigungen sein konnte. Solange die Schäden aber nicht ihr selbst überzeugend nachgewiesen waren, hatte sie weder das Interesse, noch den Beruf, in einem amtlichen Aktenstück der deutschen Regierung eine Forderung dafür in Aussicht zu stellen sowie eine solche Forderung in einer unfreundlich stylisirten Fassung der amtlichen Oeffentlichkeit zu übergeben, und zwar, bevor die an den deutschen Botschafter in London gerichtete Mittheilung in den Händen der Regierung sein konnte, für die sie bestimmt war. Die amtlichen Untersuchungen an Ort und Stelle werden erst ausweisen, welche Forderungen das deutsche Reich oder seine Angehörigen England gegenüber geltend zu machen in der Lage sein werden wegen der Betheiligung englischer Beamten und Unterthanen an den Vorgängen in Kamerun. Die englische Regierung hat vor bald drei Jahren eine der grössten Handelsstädte, Alexandrien, durch ihre Flotte zusammenschiessen lassen, ohne dass die Nothwendigkeit der Abwehr von Angriffen auf das Leben oder Eigenthum englischer Unterthanen die Rechtfertigung dafür geboten hätte. England hat für die durch seine Geschütze angerichteten Zerstörungen bisher eine

Nr. 8539. Gross-britannien. 21. Febr. 1885.

the 5th instant, in which he replies to the communication made to him by Her Majesty's Ambassador at Berlin on the 24th ultimo, on the subject of the Cameroons. || I observe, that in that note Prince Bismarck admits that he considered it necessary, when asking Her Majesty's Government to afford facilities for Dr. Nachtigal's journey, to conceal its real object lest he should be forestalled by them. || The German Government are well aware, that the trade in the Oil River districts on the West Coast of Africa is almost exclusively in British hands, and that the natives and traders have long been accustomed to look to British officials for advice and protection. || As I have already informed the German Government, Her Majesty's Government had since 1879 been considering the best means of strengthening and extending this protection, and, some months before receiving the application of the German Government, they had finally settled the course to be adopted. || Relying upon the statements contained in Count Vitzthum's note of the 19th April, they immediately complied with Prince Bismarck's request. But Consul Hewett would have been wanting in his duty to Her Majesty's Government if, on learning the real object of Dr. Nachtigal's journey, he had not at once fulfilled his instructions and secured to this country what was left of that coast. || It is perfectly clear, that this was not done in consequence of the German movement, but in execution of a policy previously determined upon; and it would be as reasonable for Her Majesty's Government to accuse Prince Bismarck of a desire to annex the Cameroons because Her Majesty's Government wished to do so, as it is for the German Government to assert that the British Protectorate was decided upon in order to hinder the extension of a German Colony. || Before leaving this part of the subject I would add, that the readiness of Her Majesty's Government to settle any question of frontier in the Cameroons by means of a local Commission, which is alluded to in the last paragraph of Prince Bismarck's note, was only intended to apply to the

---

Entschädigung nicht gezahlt, scheint dies auch nicht zu beabsichtigen, sondern die Verpflichtung dazu auf Aegypten, das von ihm okkupirte Pfand völkerrechtlicher Verpflichtungen, definitiv abbürden zu wollen. Die Gläubiger Aegyptens sollen durch Reduktion ihrer vertragsmässigen Zinsen in Gestalt einer Besteuerung und durch Verzicht auf die ihnen vertragsmässig zugesicherte Amortisation den Schaden bezahlen, den das englische Bombardement angerichtet hat. Die Indemnitäten sind seit Jahren in ihrem Betrage festgestellt, aber noch unbezahlt, ohne dass den Beschädigten von England wenigstens Verzugszinsen vergütigt würden. Es scheint uns, dass England in den beiden Fällen von Alexandrien und Kamerun mit ungleichem Maasse misst.

Wir werden unser Urtheil suspendiren, bis wir sehen, in welcher Weise die englischen und die deutschen gegenseitigen Entschädigungsforderungen für die Vorgänge in Kamerun dokumentirt sein werden; aber wir sind überzeugt, dass Deutschland darauf halten wird, dass Englands Verfahren in Aegypten, auf dem durch europäische Verträge geschützten Gebiete der Pforte, und das Verfahren der deutschen Flotte auf dem Gebiete der deutschen Kolonie Kamerun mit Gerechtigkeit gegeneinander abgewogen werden. (Vgl. Anm. zu Nr. 8493 und 8501.)

boundaries between Bimbia and Ambas Bay Settlement, and could not be extended to the west, where there can be no question as to the frontiers. || I will now deal with the charges brought against Mr. Buchan and other British traders and the exercise of Vice-Consular functions by the former. || Her Majesty's Government observe, that no proofs are given in support of any of the charges and consequently they are not in a position to discuss their accuracy. It is well known, that the German movement was not a popular one among the majority of the residents; but Her Majesty's Government would much regret if it were proved that British subjects had really taken active steps to resist it. || It is not the practice of Her Majesty's Government to ask for Exequaturs for unpaid Vice-Consuls, whose recognition by the local authorities is considered sufficient to enable them to carry on the simple Consular duties demanded by them. In the case of Mr. Buchan any special formality would have been peculiarly uncalled for and unusual, as his appointment was only of a temporary nature and met with no opposition on the part of Dr. Buchner, the Acting German Commissioner and Consul-General, with whom he was instructed to co-operate in every way for the preservation of good order and in the interests of trade. || The creation of a British Vice-Consulate in the Cameroon River had been decided on before the annexation of the district by the German authorities; and the delay in appointing a permanent Vice-Consul has been owing to some difficulty of selection, which has now been got over by the appointment of Mr. Blair, who will immediately repair to his post.

It remains for me to deal with the accusations of international discourtesy brought against Captain Campbell, of Her Majesty's ship "Rapid", and Mr. Consul Hewett. || Her Majesty's Government cannot but think, that the Admiral commanding the German West African Squadron was more than necessarily susceptible on the points complained of, and they can conceive no ground for the assertion that but for remarkable forbearance on his part a collision might have occurred between the vessels of the two Powers. || If Captain Campbell had not at that time received instructions to recognize the German flag at the Cameroons, he was strictly within his rights in not saluting it, on his own responsibility, as a territorial flag, and such an omission cannot be construed as an act of disrespect to a friendly Power. || As regards the action of Consul Hewett in calling together the Court of Equity, it will be within Prince Bismarck's recollection that Dr. Nachtigal and Consul Hewett had agreed that these Courts should continue as before, and, though it might have been better under the circumstances that the Court should not have been summoned, Her Majesty's Government are unable to see in this act or in the correspondence which is inclosed in Prince Bismarck's note, anything which could give just grounds for accusing Consul Hewett of proceedings calculated to impair the authority of the German Admiral. || Finally, as regards the alleged participation of English missionaries and traders in the recent

Nr. 8539. Gross-britannien. 21.Febr.1885.

hostilities, and the shelter said to have been afforded by their buildings to the natives, Her Majestys Government have no information to show that these charges are founded. On the other hand, they have received claims for losses sustained by British subjects from the action of the German forces, and they reserve the right, which is usual under such circumstances, of claiming damages from the German Government on their behalf. || I have, &c.

Granville.

Deutsche Kolonialpolitik*).

Nr. 8540. **GROSSBRITANNIEN.** — Auszug aus einem Privatbriefe des Mr. Meade an den engl. Min. des Ausw. — Unterredung mit Busch über eine allgemeine Regelung der zwischen Deutschland und England schwebenden Kolonial-Streitigkeiten.

(Private.)

(Received December 15.) Hôtel Royal, Berlin, December 13, 1884.

Nr. 8540. Grossbritannien. 13. Dec. 1884.

I have had a long talk with Dr. Busch, the Under Secretary, and I said all that I wanted to say. As we got friendly and confidential, I developed a scheme I had been considering for a general settlement of all the Colonial questions affecting the two countries. || I need scarcely say, that it was a purely unofficial communication, but I had no hesitation in broaching the subject when I found Dr. Busch willing to entertain it. || I enclose you a copy of the Memorandum recording what passed at our interview, and also of the letter to Dr. Busch in which I sent it to him, asking him to be good enough to say if in any respect I had not done justice to what he said. || On the only occasion on which I saw the lessee of the Angra Pequeña Islands, he told me that he was quite prepared to make terms with the Germans, and only desired to be placed in communication with the German Government, so I do not anticipate difficulty in that quarter. If he is satisfied and we secure promise of fair treatment for any others of our countrymen established within the new German Protectorate, I do not think that the Cape would object to the cession of these islands and rocks to Germany. || I have not had time to make another copy of my Memorandum or of the letter to Busch to send to Herbert. Perhaps you would send this on to him to see, and his copying department can take a copy for the Colonial Office. || I was careful to explain that I only spoke for myself, and I need not say that I shall be very anxious

*) Die Nummern 8540—8544 sind entnommen aus dem Blaubuch C—4290 (Febr. 1885): 'Memoranda of Conversations between Mr. Meade and Prince Bismarck and Dr. Busch.' Ueber die Veranlassung zu ihrer Veröffentlichung siehe No. 8544. Vgl. auch Nr. 8478. — Nr. 8545 und 8546 sind aus dem Blaubuch, Neu-Guinea Nr. 1 (1885) [C—4441]; Nr. 8547, 8549, 8551 und 8552 aus dem Blaubuch, Afrika Nr. 6 (1885) [C—4442]; Nr. 8548 und 8550 aus dem deutschen Reichsanzeiger vom 20. Juni 1885 (Nr. 142).

Nr. 8540. Gross-britannien. 13. Dec. 1884.

to hear whether you and Lord Derby approve what I have done. || If it has not already been done, I think that it would be a very good thing if Governor Young on the Gold Coast and Consul Hewett were both told that as all our disputes on the West Coast may now be considered as having been settled by our respective annexations and Protectorates, he should be careful to cultivate the most friendly relations with the German authorities, Mr. Young with those of Bageidah, and Mr. Hewett with the Cameroons, and that as regards the latter, Mr. Hewett should do what he can to smooth matters down, using whatever influence he may possess with the natives to accept their new masters, and with the English traders to keep quiet, and not raise difficulties.

Memorandum.

I had yesterday a long and interesting conversation, which by mutual agreement was to be of a purely unofficial and private character, with Dr. Busch, at the Foreign Office. || I told him, that it would be very useful to me if he would let me frankly put before him what I had to say, looking at the recent discussions between our two Governments, from the Colonial Office point of view. || I assured him, that we at the Colonial Office had no jealousy whatever of the recent development of German colonial enterprise, that we felt that the world was large enough for all, and that since I had been in Berlin, I had taken every opportunity to use this language, speaking more especially on the subject with Herr Woermann. || I said it would be mere affectation on my part to pretend, that there is not a very strong feeling of suspicion on the part of Germany of English policy in this respect, and that in the last week I had noticed three proofs of it, which gave me great pain, and which I feared showed that all I had said had fallen on barren ground, for I had learned that suspicions had been entertained of our intentions at the Cameroons, the Island of Samoa and Bechuanaland.

As regards the first, I said that we were doing and contemplating nothing which could militate in any way against their free action at the Cameroons, or hamper their development and communication with the interior; that we wished the Germans all success, that no intrigues were or would be tolerated by us, that there was, no doubt, some natural feeling of irritation on the part of the English residents when the German Protectorate was announced, but that this was all past; we certainly had intended to take the Cameroons, but they had forestalled us, and we had no other wish now than for their success; that at this moment Mr. Baynes, the Secretary of the Baptist Missionary Society, was in Berlin, anxious to explain to the Foreign Office that though he would have preferred the sovereignty of our own country, he was quite prepared loyally to accept the new order of things at the Cameroons, and to express his readiness to offer the co-operation of his

Society in facilitating the establishment of German rule. || I said, that we could not control the intrigues of rival traders, but they would not be countenanced by us, and that from what I had heard, the English houses were prepared to work with the new rulers of the country in a friendly manner.

As regards Samoa, I said that we were perfectly guiltless in the matter, that Prince Bismarck's inquiry was the first intimation we received that the King had taken recent steps to obtain definitive protection from us. || It is quite true, that New Zealand has long been anxious to acquire Samoa*), and it is possible that Colonial Ministers may have said things which might alarm the German Consul, but the German Government should receive with great caution statements as to the intentions of Her Majesty's Government received from their Consuls in British Colonies. || A Colonial Government could not undertake annexations, and I believed that much misapprehension had been caused by too great readiness to accept the views expressed by a Colonial Ministry as those of the Imperial Government. || I added, that it would have been especially mean on the part of my Government if they had really done anything of the kind imputed to them when the two Governments had agreed to examine the whole question together, so soon as the German Consul at Sydney reaches Europe.

With regard to Bechuanaland, I said that we were engaged in clearing out certain freebooters from the British Protectorate, whose conduct was condemned by all the respectable community, Dutch and English alike, throughout South Africa; that the Transvaal had not observed the provisions of the Treaty in this respect, signed in London so lately as February in this year; that it was necessary to enforce those provisions, and that I had every hope there would be no figthing at all, but that we could not afford to risk another Majuba Hill, and that it was necessary to send a force before which resistance would be unavailing; to send a weak force would, on the contrary, invite resistance, and that I did not think the 3,500 men of all ranks, including Commissariat, was in excess of the requirements of the service by a single man. || I pointed out, that Angra Pequeña, the inland limits of which are stated by Germany to be 20 miles, is separated from Bechuanaland by over 700 miles, of which the greater part is desert, and that there could be no possible connexion between our expedition and the interests of the German Colony, and the German Government might rest assured that we had no ulterior designs on it whatever.

I reminded Dr. Busch, that on a recent occasion Prince Bismarck had said that it was all very well dealing with the English Foreign Office, but that when the matter in discussion went to the Colonial Office we were in the habit of looking at things from a purely "British interest" point of view. I said, that it was our duty to do so, and it was a compliment which is not

*) Vergl. Staatsarchiv Nr. 8462 und 8465.

Nr. 8540. Gross-britannien. 13. Dec. 1884.

often paid to the Colonial Office by Colonial Governments, who generally accuse us of sacrificing their interests to the exigencies of European diplomacy. But that while standing up, of course, for our own actually acquired rights, we had no jealousy whatever of German colonial extension. || In proof of this I told him, that as soon as we at the Colonial Office realized that Germany wished to found a Colony at Angra Pequena, we at once acquiesced, and had no wish to enter into a quarrel with Germany on such a point. || Further, I said that when we learned that the Germans had definitively taken the Cameroons, it was the Colonial Office that suggested to the Foreign Office that it should be proposed to Germany, having taken the Cameroon rivers, that she would do well in annexing the remaining rivers, the Lungassi, Qua Qua &c., between them and the French. || The German Government had replied, that they had already done so. We were not aware of this at the time, and the proposal coming from the Colonial Office shows that that Department is not as hostile to Germany as Prince Bismarck would appear to suppose. || I expressed a hope, that as they learn that we have no feeling of this kind, they will attach less importance to the numberless rumours that busybodies all over the world are ready to invent. I said, that, whenever we heard some rumour of hostile designs on the part of Germany, we did not found upon them complaints. For instance, I said, we sometimes heard rumours that Germany had designs on the strip of coast between Natal and Delagoa Bay. We knew, that this was impossible, as we had rights there founded on treaties, and that Zululand was especially under our influence and protection. Yet we do not at once write and ask for explanations. We know, that the story is but an idle rumour, and treat it as such. || We send 3,500 men into the interior of South Africa on a matter which in no way concerns any other European power, and the Germans ask us what we are doing. || It never occurred to us to attribute dark designs to the German Government when they sent an unusually powerful squadron of five ships to visit their new acquisitions on the West Coast of Africa. We did not express any uneasiness and imagine, that a coup de main was intended by Germany against any of our colonial possessions. || Dr. Busch replied by thanking me for this frank statement, and said that he was very glad to hear it, and would repeat what I had said to Prince Bismarck, and he hoped it would bear good fruit. I interrupted him for a moment by saying, that I trusted he would till the ground and cultivate the seed I had sown, which he laughingly promised to do. || He went on to say that, as regards the Cameroons, he certainly had heard that considerable opposition had been offered to German proceedings by Consul Hewett, and that he hoped that he and our other subordinate officers would receive instructions to co-operate with the German officers, so that mutually they might assist each other. || I assured him, that this was the wish of our Government, that I thought instructions had been already given to this effect, that any soreness of feeling at being forestalled, which some of our subordinate officers on the

spot might have felt, is now a thing of the past. || As regards Bechuanaland, he said that Prince Bismarck feared we were about to use the large force we had collected forcibly to annex further territories, cutting the Germans off from any extension inland beyond their general limit of 20 miles, but that he was very glad to hear that we had no ulterior objects in sending the force into the Protectorate than those I had mentioned*). || He went on to say that, as regards the five ships, there was a strong feeling in Germany in favour of adequately protecting their new acquisitions; and it was thought wise to send a large force in case there should be any difficulty with the natives. || I begged him to understand, that I did not mean to imply that the fact that they sent five ships required any explanation; I had only referred to the subject as an illustration in my argument, but he insisted on explaining it. || On the general subject he said, that he looked on this step taken by Germany as an experiment. It might succeed or it might fail. If it succeeded, in all probability England would reap a large share of the reward by the opening up of fresh trade routes. If, as was possible, it should fail, then at least something would have been done by Germany, and whatever fruit there might be would then certainly be gathered by England. || I then discussed with him a subject which, I said, seemed to me very desirable: whether we could not come to some general arrangement embracing all the questions which affect the two countries in South Africa and the Pacific. || I told him, that I had no overture to make, that I was not authorised in any way to discuss the subject, a portion of which relating to the islands in the Pacific, indeed, it is proposed to examine by means of a Commission; that I thought that, when two Commissioners meet to discuss each separate subject, necessarily going into great detail, there is almost inevitably a tendency towards a spirit of rivalry which renders difficult a satisfactory settlement. || That I had been turning the subject over in my mind, and that I thought I could sketch out a scheme which would meet the wishes of both countries, and satisfy their respective aspirations, and on his assurance that he would receive it in the same spirit, as a perfectly unofficial and confidential communication between us as two friends and not in our official capacities, I proceeded in the following manner. || I said, that they, the Germans, were much hampered at Angra Pequena by our possession of the islands; that those islands were as much British territory as the Isle of Wight, or as Berlin is German soil, and it would be impossible for us to submit a question of this kind to a Commission. || We, on the other hand, were hampered by our desire to meet Prince Bismarck's wishes by taking as little of New Guinea as possible, and that, in consequence, we found great inconvenience in having for the moment limited our Protectorate to the south shore with the islands. || The lower part of New Guinea is very narrow, and at the lowest part it is only 19 miles

*) Vergl. Staatsarchiv Nr. 8424.

Nr. 8540. Gross-britannien. 13. Dec. 1884.

broad. Therefore, the establishment of another Power, or of filibusters and escaped convicts from New Caledonia, would be especially dangerous to the British Protectorate. Half way up the coast is the Maclay territory, the natives of which have specially asked for British protection, and if any portion of the north end (on which it is believed there are no German traders established) is left unoccupied, the result will be that it will become an Alsatia, in which all the crimes will be committed which the Protectorate is designed to prevent. || The establishment of our Protectorate on the southern shore was only just in time to stop a scheme, possessing exceptionally objectionable features, which was to be carried out under the protection of a foreign flag. || Any arrangement which embraced the Pacific would have to be in some degree of a tripartite nature, as France has claims and would have to be considered. || I thought that we should be free to extend our Protectorate to the whole or to as much as we thought proper, of New Guinea, eastward of the 141° of east longitude, including Rock Island, Long Island the Louisiade Group as far as Rossel Island and Woodlark Island, with whatever contiguous islands may belong to New Guinea and are within, say, 20 or 25 miles of the coast. || Germany to take the sole charge, including, of course, sovereignty, of New Britain, New Ireland, Duke of York's Island, and the other contiguous islands forming that group, and where there are some German trading ports already established: Germany, of course, recognising and protecting any English traders who may be there. || It would be necessary, to soothe the susceptibilities of Australia and New Zealand, that an assurance should be given that convicts would not be sent to the South Seas. Dr. Busch explained, that, as regards Germany, she could not send any, there being no Imperial German convicts, each State in the Empire disposing of their own convicts. || I said, that this being so it would be easy to set their minds at rest by giving such an undertaking. || There should also be a mutual agreement to repress outrages on natives in connexion with the labour traffic. I reminded Dr. Busch, that it is in Germany's interest to do what she properly can to conciliate Australasian sympathy in view of the trade relations she is cultivating in that part of the world and of her new subsidized steam lines. || Tonga and Samoa, with any other quasi-civilised islands (if such there are) to be internationalised in some manner, so as to remain free for the commercial enterprise of everybody. Probably the simplest plan would be an arrangement whereby the Powers interested should mutually agree to respect their independence. || I pointed out, that this would give Germany perfect freedom to develop their commercial enterprise in Samoa should the German Parliament make the necessary appropriation. || France to be allowed to take the New Hebrides Group, which lie away from the others, and would naturally fall into the New Caledonian system. || Germany to undertake to respect and protect the rights of the lessee or lessees of the Angra Pequena Islands, or to purchase their rights; the lessee being placed in communication with

the German Government for that purpose, and when a satisfactory arrangement is made in this respect, England to cede the islands to Germany. || Bageidah and Togo, &c., on the confines of the Gold Coast, have been taken by Germany, and we are content to have Germany as our neighbour. The strip of country is, however, very small, and is wedged in between English and French territories. If, therefore, at any time Germany should desire to quit that portion of the coast, she should undertake to give Great Britain the refusal of it before offering it to any other Power. || I said, that I thought that this would make a general scheme satisfactory to both parties, that I had no power to offer it, but it was one which I could press on the acceptance of my Government, and though I did not expect him then and there to give a final opinion on its merits, if I could receive from him an assurance equally of an unofficial character that the scheme seems acceptable, I would at once endeavour to get the adhesion of my Government to it, and ask them to make the proposal officially. || He asked me to give him something in writing which should possess the same confidential and unofficial character as our conversation; and he would then let me know what reply he could make, but that, speaking generally and subject to consideration, he was disposed to think favourably of it, and that it was quite possible we might come to some satisfactory arrangement by means of this friendly talk.

December 7, 1884. R. H. Meade.

Mr. Meade to Dr. Busch.

Hôtel Royal, Berlin, December 8, 1884.

Dear Dr. Busch, — At the interview you were good enough to give me on Sunday I promised to send you a Memorandum of the general scheme on which, in my opinion, a satisfactory settlement could be made of all the questions in which our two Governments are jointly interested. || I am anxious to preserve as accurate a recollection as possible of our conversation, and I therefore venture to ask you to glance over the accompanying Memorandum, which gives the substance of our talk, and also of the scheme which I suggested to you. || If I have omitted anything material in what you said, or have failed to catch your meaning correctly, I hope you will kindly tell me, and that you will treat this letter on the same confidential and unofficial form as our conversation. || In returning it, perhaps you may be able to tell me, confidentially, whether the scheme for the suggested settlement is one likely to commend itself to the acceptance of your Government, in which case I would earnestly press it on my Government, and it might then be made the subject of an official communication. || I have not been able to find in the shops here a satisfactory map, but I enclose a tracing which shows New Guinea and some of the islands with which I propose to deal. || Thanking you once more for the kindness with which you received me || I remain, &c.

R. H. Meade.

Nr. 8541. GROSSBRITANNIEN. — Memorandum Meade's über eine Unterredung mit Busch.

Nr. 8541. Gross-britannien. 14. Dec. 1884.

Dr. Busch called on me to-day and said he had no alteration to suggest in the above Memorandum, which was a complete record of what had passed. Prince Bismarck desired him to say, that he would see me himself in the course of a few days, and in the meantime, he, Dr. Busch, was to make inquiries and ascertain whether any German firms contemplated or had already made any establishments on New Guinea. He thought from what he had heard that this was the case, but he had received instructions to clear this up. He was also to make inquiries about New Britain, New Ireland, &c. || Dr. Busch said, that with regard to the Cameroons and their complaints of our intrigues, he found that they were partly founded on a report of the language of Consul Hewett and the captain of an English vessel of war (the "Forward," he thought), held to the natives, telling them they were great fools for selling themselves to Germany, and they would find out later that they would have done better to accept English rather than German protection. || I said this, if correctly reported, could only have been the expression of a not unnatural irritation at being forestalled, which no doubt had now passed away.

R. M.

December 14, 1884.

Nr. 8542. GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Berlin an den engl. Min. des Ausw. — Berichte Meade's über Unterredungen mit dem Reichskanzler, Busch und Kusserow.

(Confidential.) Berlin, December 24, 1884.

Nr. 8542. Gross-britannien. 24. Dec. 1884.

My Lord, — I have the honour to enclose herewith two Memoranda by Mr. Meade of conversations on Colonial questions which he has had to-day, in the first instance with Prince Bismarck and, secondly, with Dr. Busch, Under Secretary of State for Foreign Affairs, and Herr von Kusserow, the third German Plenipotentiary at the West African Conference. || I have, &c.

Edward B. Malet.

Memorandum by Mr. Meade.

(Extract.)

I called by appointment this morning on Prince Bismarck. He received me kindly, and our conversation lasted over an hour. || He commenced by saying, that German trade got on very well in British Colonies, at least in those possessing Responsible Government, but that in colonies belonging to some other Powers this was not the case. || His principle is to follow his traders when they establish themselves on territory under no civilized juris-

diction, and to afford them protection, not against competition by levying differential duties, but against direct aggression from without.

I told him, that there was no difference in the commercial system of our Colonies under Crown Government, and I gave him as an example that, finding a few months ago a local law at the Gambia which restricted the navigation of that river to the flag of France only among foreign nations, we had at once directed its repeal, thus throwing open to all nations the freedom of the river, though we were assured that the old law was a dead letter, and never acted upon; that we did this because it was against our whole system to apply differential treatment. || I told him much, that I had already said to Dr. Busch, as I found that the only part of my Memorandum which was shown to him was that relating to the suggested settlement as between England and Germany.

H. S. H. went back over the old ground as to our intrigues in the Cameroons, though to-day he referred to a new point, the supposed difficulty the Germans would be in by reason of the missionaries buying land behind them, and so, to use his own phrase, "girdling in the German Settlement and cutting them off from the interior."

I repeated the assurances given by Lord Granville, and I told him, as I had told Dr. Busch, of the object Mr. Baynes, the Secretary of the Baptist Missionary Society, had in coming to Berlin, and that I believed he had assured M. von Kusserow that their only desire was to carry on their work and to act hand in hand with the Germans, and by their influence with the natives to facilitate their rule, frankly accepting the new order of things. I added, that they were not a trading society, and purely occupied themselves with their mission work. || I was also able to inform him, that orders had actually been sent to all British authorities on the coast to co-operate with German officers, and to be careful to throw no difficulties in their way.

The Prince then again referred to our supposed desire to cramp their energies at Angra Pequena. || He said, that the coast was barren and of no value except as it gave access to the interior. || He produced a map and showed me the Kalahari desert, and said that he was informed that it was erroneously described a desert, that there are elephants there, trees, grass and water. I told him, that we were within our rights in taking over the Kalahari district, which merges into Bechuanaland, but that behind the coast line of Angra Pequena was a waterless tract some 30 miles broad, but behind that again was a better country, and that Lord Granville had said that there was no desire to interfere with Damaraland or Namaqualand behind the coast line, and that there could be no objection from our point of view to Germany going into the interior even as far as the 20th degree of longitude, which I pointed out to him on his map, and beyond which westward we did not propose to go.

I told him that, encouraged by the conversation I had had with Dr. Busch,

Nr. 8542. Gross-britannien. 24. Dec. 1884.

I had ventured to sketch out to him a plan, which was purely my own, made without the knowledge of Lord Granville, which I thought might form a basis on which our mutual relations in the Australasian waters might be satisfactorily adjusted. || Dr. Busch told me 10 days ago, that he (the Prince) wished to discuss the matter with me himself, and I should be glad to hear his opinion on the subject.

Prince Bismarck said, that when it was first suggested to him he was disposed to think well of it, as he preferred a group of islands all to himself to being mixed up with other people on the mainland; that he had consulted the Association interested in that trade. He learned from them that the islands (the New Britain group) were of little value, but that the north coast was especially valuable, that his system was to follow trade, not to precede it; and when he found that German houses were established in a country under no foreign jurisdiction, to afford them the protection of the German flag; that some months past he had been urged to annex the north coast of New Guinea; that he had not precisely ordered the flag to be hoisted on this occasion, but that he had generally replied to the request for protection that, where German trade was established in a place where there is no foreign jurisdiction, he would afford support, and that, in consequence, the flag had been hoisted on the north coast of New Guinea, and on hearing from us that we had taken the south coast he considered that the action could not be open to any objection whatever.

I replied, that I could not expect him to take my opinion on the relative value of these places, but, as a matter of fact, I could state that no German establishments were on the mainland, while several were on the islands, where, as I learn from his White Book, there is only one English trader. As regards the north and south coasts, I could only say, that this was not the view I took of it, and I asked to be allowed to tell him frankly how it struck me. I said, that I was not a diplomatist, and I trusted to the kindness with which he had received me to forgive me if I said anything which a trained diplomatist would put differently. || I told him, that the result of his hoisting the flag on New Guinea would have a deplorable effect in Australia; that we had announced to him our intention to declare a Protectorate up to a certain point in New Guinea, and that I considered that we were entitled to rest assured that, pending our negotiations with him, Germany would not take possession of the most important portion of the territory in question. || I told him, that on the 19th September Mr. Scott wrote a note*) to Dr. Busch announcing that Her Majesty's Government intended to establish a Protectorate over the coast, together with the contiguous islands, with the exception of that portion of the coast between the 145th degree of longitude and the eastern Dutch boundary. || On the 9th Oc-

*) Staatsarchiv 8452.

tober*) Mr. Scott, in consequence of certain representations made in London by Baron von Plessen, wrote that, as an act of courtesy, Her Majesty's Government would, for the moment, limit the immediate declaration to the south coast and islands, it being understood that this was done without prejudice to any territorial question beyond that limit, adding that any question as to districts lying beyond the limit actually taken should be dealt with, in the opinion of Her Majesty's Government, diplomatically rather than be referred to the South Sea Committee as suggested by Baron von Plessen. || Having thus, from a feeling of courtesy, temporarily withdrawn from assuming the Protectorate we had formally announced our intention of taking, we could never suppose that Germany would, herself, annex a portion of the territory in question without waiting for its suggested treatment, whether by means of the Committee or by the ordinary diplomatic procedure.

Prince Bismarck told me, that this correspondence was new to him; that he had no recollection of seeing it, and that he had understood that he was free to take the north shore, when we had limited our Protectorate to the south side.

I told him this was not the case. I gave him the dates of Mr. Scott's two notes and begged him to read them.

He then said, that we had immense possessions in that part of the world, that we already had more land than we could colonize for years to come, that our navy was strong enough to protect those possessions, and that it was not worthy of us to grudge Germany a Settlement on the coast of New Guinea, separated from Australia by the islands and the south shore which we had taken.

I said, that the population of our possessions in Australasia were now counted in millions, and it was their fixed idea, however idle he might think it, that a foreign establishment on the mainland of New Guinea would be a source of danger, I said that Germany is interested in conciliating Australasian opinion, as she is developing her trade there, and is about to establish steam lines of communication. H. S. H. replied by asking if I really believed in this supposed strong feeling in Australia. I told him there could be no doubt of it whatever, that already we had heard that a bitter feeling of resentment against the mother country had been aroused, and that his own agents, I felt confident, would tell him the same story. I told him I had in my pocket a copy of a telegram from the Prime Minister of Victoria, one of the most important of the Australian Group. I had not intended, of course, to read it to him, but that under the circumstances I would do so confidentially. It ran as follows**): "At last the end has come. Information received reliable source that Germany has hoisted flag on New Britain, New Ireland

*) Staatsarchiv Nr. 8457.

**) Staatsarchiv Nr. 8472. Vergl. Bd. XLIII Nr. 8206.

Nr 8542. Gross-britannien. 24. Dec. 1884.

and north coast of New Guinea. The exasperation here is boundless. We protest in the name of the present and future of Australia; if England does not yet save us from the danger and disgrace as far at least as New Guinea is concerned, the bitterness of feeling towards her will not die out with this generation. We now appeal in terms Derby, Despatch 11th July 1883, second paragraph." ‖ I explained, that this Despatch stated that, if there had been any evidence of a foreign Power intending to take possession of any part of New Guinea, Her Majesty's Government would have taken it without the delay of more than a few hours, and that Her Majesty's Government were satisfied then, in July 1883, that no such step was contemplated by any foreign Power.

The Prince then argued, that this strip of New Guinea was very small and of little value to England. I said, that it included the Maclay coast, in which we were specially interested, and I asked him whether Germany would think of annexing land, with or without value, which she had just proposed should form the subject of special negotiation. ‖ He seemed displeased at this question, and rather sharply replied that that sort of question should be treated on general grounds of policy. Up to two years ago he had done everything he could to facilitate English policy in Egypt and elsewhere; but for some time past he has been treated in a different manner by England, whose actions do not accord with her professions. ‖ As for Samoa, it was all very well for me to propose that its independence should be respected; but that was no concession to Germany, — she and the United States, equally with England, had interests in that island. ‖ With regard to Angra Pequena, he said that he attached no value to these islands. He said, that the guano would soon be exhausted, when they would become valueless. I then showed him a map, which, at my request, Mr. Bolton had prepared for me, which I told him showed the islands which I had suggested might be ceded under certain conditions to Germany. ‖ He interrupted me with the question, "Including Walfisch Bay?" To which I replied, "Oh, no; that is a regular British Settlement on the mainland; I am only proposing to deal with the islands." I then showed him their position, remarking that they were as much British territory as the soil on which Berlin stands is German territory, and I thought it would be very inconvenient to Germany to have islands subject to a foreign jurisdiction close to her new territory, and some lying in the very mouth of the principal harbour. ‖ Prince Bismarck said he had considered this and attached no importance to it, he made no alternative proposal, and he wound up by saying, "I do not find your proposals sufficient."

I expressed my regret, that this was so, saying that I was in the painful position of falling between two stools, as he rejected my scheme, and I had not in any way been authorised by my own Government to propose it.

With this my visit terminated. R. M.

Berlin, December 24, 1884.

Memorandum by Mr. Meade.

Nr. 8542. Gross-britannien. 24. Dec. 1884.

After my visit to Prince Bismarck I thought that it would be useful if I went to see Dr. Busch, and explain to him the view I had expressed to Prince Bismarck of the correspondence which had passed between our two Governments.

Dr. Busch began by explaining to me, that he was desirous of assuring me that when he saw me he was not aware of the orders given, or that the German flag was in fact already hoisted on the north coast of New Guinea; that he was only imperfectly informed on the subject, but he was anxious to remove from my mind any feeling that he had acted unfairly.

I entirely accepted his assurances, and went on to tell him what I had told the Chancellor, and especially what I had said respecting our two notes of the 19th September*) and the 9th October, on which I contended we had not been fairly treated, and that, as Prince Bismarck would speak to him, I wanted to make my point quite clear to him. He then sent for M. de Kusserow, as being thoroughly conversant with the matter, and I found that they put an interpretation on these communications of a wholly different character. They look upon our second note as a final withdrawal from any claim to go to the northward of the limit we then fixed, and that the question to be diplomatically treated was, not whether we should ultimately go further up the coast, but merely how far inland towards the interior from the south coast. || M. de Kusserow reminded me, that, when a question was asked in Parliament as to our limits inland, the reply was that it would depend on local requirements, and would be decided later; and this was the question, in their view, which was left open for diplomatic treatment.

I altogether denied this, and I begged them, before seeing the Chancellor, to look at the two notes from the British Embassy and at the communication**) made by Baron von Plessen, and they would see that the two notes hung together, that the interior limits were in no way referred to, and that the sole question to be diplomatically considered, or referred to the Committee, was how far up the coast we should go beyond our temporary limits.

They told me, that in July or August of this year Count Münster was ordered to tell us that a German expedition was going to the north coast of New Guinea, and that they were apprehensive of the jealousy of the Australian Colonies, who had actually recommended that everything in that quarter of the Globe not already British territory should be at once annexed. || Later, Count Münster was desired to leave an aide-mémoire with Lord Granville, so that their intentions might be clearly made known. || We had therefore full

---

*) Staatsarchiv No. 8452 und 8457.

**) Datirt vom 27. September 1884; inhaltlich identisch mit No. 8453.
A. d. Red.

Nr. 8542. Gross-britannien. 24. Dec. 1884. warning, they said, that this expedition was about to be made. It is being carried out by the same Association—something like our own East India Company—as that which some years ago would have undertaken a similar task in Samoa, and was only prevented by the refusal of the German Parliament to vote the necessary funds. M. de Kusserow supposed, that they had gone to an expense of 1,000,000 (marks?) in fitting out this expedition.

I pointed out on the map the part of our proposed Protectorate they had taken, viz., from the 145th degree of longitude southwards as far as the Gulf of Huon. He asked me if that was the southern point they had taken. I said, that I understood that the German flag has been hoisted on three points between longitude 141° and the Gulf of Huon.

He replied, that the orders given were that this trading association should be recognised and the protection of the German flag accorded to it if they established themselves at any point between the Dutch limit, 141st degree of longitude, and East Cape, which is our limit on the southern coast. || This expedition, I gathered, sailed (I presume from some Australian port) in July or August, I think the latter. The name of the principal person in it is Finsch, which I said sounded like an English name. I was told, however, that he is a German from Silesia. || As regards New Guinea, therefore, their case may shortly be summed up that they had duly warned us that an expedition was going to New Guinea, that they had always contended that the north coast should be open to them; that they looked on the limits of our Protectorate on the south coast as finally settled by Mr. Scott's note of the 9th October, and that the only question remaining open was how far the limits of our Protectorate inland should extend, so as not to clash with theirs on the opposite coast.

I asked whether further annexations were contemplated in the South Seas, or whether I might rest assured that nothing would be done now, in Samoa, for instance, pending the discussion of these questions by the proposed Committee. I reminded them, that so far as I was aware Lord Granville had received no reply to his offer of assurances to respect Samoa if Prince Bismarck would give reciprocal assurances. They replied that we might safely assume that nothing would be done by them in the South Seas pending the deliberations of the Committee. || I took back the Memorandum which I had given Dr. Busch, confidentially, detailing our conversation of the 7th, regretting that it should have come to nothing, and I asked them to do two things. To read the two notes of the 19th September and 9th October, together with Baron von Plessen's communication, and to let me know whether it did not bear out the construction I put upon it; and secondly, whether it was too late for any arrangement to be made by which we could go to the 145th degree of longitude, and I remarked that there need be no difficulty on the score of the Association, which is said to have established itself within this territory, as we could undertake their protection.

They said, that, having promised the protection of the German flag, they did not think it would be possible to withdraw it. || They asked if I was remaining in Berlin, and I said that, if I could see any chance of a settlement and of being useful, I would willingly stay for any length of time, and that I would not, therefore, now leave Berlin. They finally said, that they would communicate with me again when they had looked up the subject and spoken to the Chancellor. R. M.

Nr. 8542. Grossbritannien. 24. Dec. 1884.

Berlin, 24th December 1884.

Nr. 8543. GROSSBRITANNIEN. — Min. des Ausw. an den engl. Botschafter in Berlin. — Die angebliche Mittheilung der Pläne der deutschen Regierung, betreffend die Kolonisation von Neu-Guinea, ist nicht erfolgt.

Foreign Office, December 29, 1884.

Nr. 8543. Grossbritannien. 29. Dec. 1884.

Sir, — From Mr. Meade's memorandum of his recent conversation with Dr. Busch and M. von Kusserow, of the German Foreign Office, enclosed in your Despatch, Confidential, of the 24th instant, it appears that they stated that in July or August of this year Count Münster was ordered to inform Her Majesty's Government that a German expedition was going to the North Coast of New Guinea, and that later his Excellency was desired to leave an aide-mémoire with me on the subject. || I have to acquaint your Excellency that no aide-mémoire on the subject of the islands in the South Pacific has been given to me by Count Münster. || He communicated to me, on the 8th August, the substance of one which he had received from Berlin*), and you will find it recorded, together with the terms of my reply, in my Despatch to the late Lord Ampthill of the 9th August**). || I submitted the draft of this Despatch

---

*) Staatsarchiv Nr. 8443.

**) Blaubuch C. 4273 Nr. 5. Dieselbe lautet: Foreign Office, August 9, 1884.

My Lord, — The German Ambassador called upon me yesterday by appointment, and informed me that his government wished to take steps to protect more efficiently those islands, and those parts of islands in the South Sea Archipelago, where German trade is largely developed and is daily increasing. They desired, therefore, to come to a friendly understanding with Her Majesty's Government as to the general principles to be observed for the protection of subjects of the two countries respectively, and also as to the limits of the islands and territories in which either country is most interested. || Count Münster added, that the wish of the Australian colonies to settle on the side of New Guinea opposite to Australia, and to exclude from that part of the island settlements or establishments of other countries was regarded by the German Government as perfectly natural. But the German Government were of opinion, that there are parts of the wild country on the north side of New Guinea which might be available as a field for German enterprise. || I observed to Count Münster, that the statement which he had just made appeared to me to be of a general and preliminary character. I could only answer in a general way and from a personal knowledge of the views of the Colonial Office on these subjects. || I must

Nr. 8543. Gross-britannien. 29. Dec. 1884.

to Count Münster, who agreed with me that it contained a correct report of our conversation upon the occasion in question. || I am, &c.

Granville.

Nr. 8544. GROSSBRITANNIEN. — Memorandum Meade's über den Zweck und den Charakter seiner Unterredungen mit dem Reichskanzler und Busch.

Hôtel Royal, Berlin, February 10, 1885.

Nr. 8544. Gross-britannien. 10. Febr. 1885.

I observe, that the "White Book" on the subject of New Guinea and the Western Pacific, just issued, contains some portion of the Confidential Memorandum which I handed to Dr. Busch after my conversation with him of December 7*). || As this has given rise to misconceptions, it may perhaps be thought right to present to Parliament the whole of that Memorandum, as

---

repeat, I said, that we had no jealously of German colonisation, unless in any particular case it should clash with the acquired rights of this country. I was quite aware of the important positions which Germany occupies in some of the islands alluded to. The German Government, on the other hand, must also be aware of those in which Great Britain has a great interest. I did not think, that the Colonial Office would object to; on the contrary, I believed, that they would approve of, a more precise definition of the places in which the two countries respectively held a predominant position. || With regard to New Guinea, on which island Germany had as yet founded no establishment, the German Government knew that communications had been taking place between the Home and Colonial Governments, and I might mention, but at present in confidence, that those communications are nearer a conclusion than is as yet known to the public. || I added, that there were islands on which the predominance of Germany is undoubted, there were others on which that of Great Britain is clear. There might be spots where the interest of the two countries is more equal, and where the arrangements to be made would require more careful consideration; but I believed, that there ought to be no difficulty in coming to conclusions satisfactory to both countries. || It appeared to me, I said, that it would facilitate a good understanding if the two Governments were to come to some such common agreement against the foundation of convict establishments, as I had recently proposed with regard to South Africa. || I begged Count Münster to consider this answer as informal. It was only intended to encourage the German Government to give a more distinct idea of their views, and further explanations as to the particular islands and parts of islands referred to as being those where German trade is largely developed and is daily increasing. || After consultation with my colleagues, I was able this afternoon further to inform Count Münster that Her Majesty's Government had no desire to oppose the extension of German colonisation in the islands of the South Seas which are unoccupied by any civilized Power. || I added, that the extension of some form of British authority in New Guinea, which will be shortly announced, will only embrace that part of the island which specially interests the Australian colonies, without prejudice to any territorial questions beyond those limits. || I am, &c.

His Excellency Lord Ampthill, G. C. B., Granville.
&c. &c. &c.

*) Staatsarchiv Nr. 8478.

well as my further reports, including that of the interview which His Serene Highness Prince Bismarck was good enough to give me on December 24. || The conversation with Dr. Busch, in which I developed to thim a suggestion of my own for the general arrangement of questions pending between us in New Guinea and the South Seas, was purely personal and unofficial. I took every possible precaution, that this should be clear, and it was so accepted by Dr. Busch. || He called on me a week later to tell me, that Prince Bismarck wished to discuss the matter with me himself. If I had anticipated, that the confidential character of my proposal would thereby be removed, and that it would be published, I should have either refrained from carrying on the discussion or gone into much greater detail. || Finding in Berlin a strong impression as to our supposed antagonism to German colonization, I thought it would be well to endeavour to define some general policy which might place our Colonial relations with Germany on a better footing. Hence my conversation with Dr. Busch of December 7. || Had I been given any hint a the time of this conversation that Germany, in contravention of what every one of us at home believed to be the understanding between the two Governments, had assumed a protectorate over any part of New Guinea, I should never have broached the subject, but it was discussed between us as if no such step had ever been contemplated. || There seems to be some not unnatural misapprehension in England, and consequently, I fear, in the Colonies, as to my observations in regard to the New Hebrides, and I should like to explain that my reference to those Islands was solely intended to show that Germany and England are not the only Powers interested in the South Seas. The questions between England and France respecting this particular group were our own concern, and I therefore merely mentioned the subject, without going into the details of what we should require from France as an equivalent for the withdrawal of the understanding as to the independence of the New Hebrides. || It is of course obvious that I never intended to propose to give the New Hebrides to France as part of a bargain with Germany, or to surrender any British claims there, except upon terms which would be thoroughly satisfactory to the Australasian Colonies, and this was fully understood at the Foreign Office and the Colonial Office when my Memorandum was received.

R. H. Meade.

Nr. 8544. Grossbritannien. 10. Febr. 1885.

Nr. 8545. GROSSBRITANNIEN. — Min. des Auswärtigen an den deutschen Botschafter in London. — Abgrenzung der beiderseitigen Gebiete in Neu-Guinea.

Foreign Office, April 25, 1885.

M. l'Ambassadeur, — In the note which I did myself the honour to address to you on the 16th ultimo, I stated that Her Majesty's Government were disposed to suggest that the boundary between the British and German

Nr. 8545. Grossbritannien. 25. Apr. 1885.

Nr. 8545. Gross-britannien. 25. Apr. 1885. Protectorates in New Guinea should be on the north-eastern coast, the point of intersection of the 8th parallel of south latitude, and that, as regards the interior, a fair and equal division of the territories should be arrived at by means of a conventional line or lines, to be drawn from the coast boundary to some point on the 141st meridian of east longitude, which divides the Dutch possessions from the rest of the island. || Her Majesty's Government are now prepared to propose a line which will, in their opinion, answer to these conditions. It would run as follows: — || Starting from the coast near Mitre Rock on the 8th parallel of south latitude, it would follow that parallel until it is intersected by the meridian of 147° east longitude; would proceed thence in a straight line in a north-westerly direction to the point of intersection of the 6th parallel of south latitude, with the 144th meridian of east longitude, and would continue thence in a west-north-westerly direction until it meets the point of intersection of the 5th parallel of south latitude with the 141st meridian of east longitude. || This line would give an area on the German side of about 67,000, on the English side of about 63,000, square miles, and would nearly approach the waterparting line, or natural boundary. || I should be glad to hear from your Excellency whether it would be considered by the German Government to be a satisfactory frontier. || I have, &c.

Granville.

Nr. 8546. DEUTSCHLAND. — Botschafter in London an den engl. Minister des Ausw. — Zustimmung der deutschen Regierung.

(Translation.) German Embassy, London, April 29, 1885.

Nr. 8546. Deutschland. 29. Apr. 1885. My Lord, — I have the honour to acknowledge the receipt of your note of the 25th instant, in which, with reference to the contents of your Excellency's note of the 16th ultimo, the proposal of Her Majesty's Government with regard to the settlement of the boundaries of the German and British Possessions in New Guinea is communicated. || This proposal is to the effect that the point on the north-east coast of New Guinea, where the 8th parallel of south latitude cuts the coast, should form the boundary, and that the line described as under should determine the boundaries inland of the respective territories.

[Folgt Absatz 3 von No. 8545.]

Having submitted the above proposal for regulating the boundary to my Government, I am empowered to announce the acceptance of it on the part of the Imperial Government. || I have, &c.

Münster.

Nr. 8547. GROSSBRITANNIEN. — Min. des Auswärtigen an den deutschen Botschafter in London. — Uebereinkommen wegen Abgrenzung der gegenseitigen Schutzgebiete am Golf von Guinea.

Earl Granville to Count Münster.

Foreign Office, April 29, 1885.

Nr. 8547. Gross-britannien. 29. Apr. 1885.

M. l'Ambassadeur, — In my note of the 19th ultimo I had the honour to forward to your Excellency the draft of a Memorandum of Agreement for separating and defining the spheres of action of Great Britain and Germany in those parts of Africa where the Colonial interests of the two countries might conflict. In the subsequent negotiations it has been notified, that the German Government accept the proposed Agreement with certain modifications. I am consequently now in a position to state, that Her Majesty's Government are prepared, on receiving the assent of the German Government, formally to adhere to the following arrangement. || Great Britain engages not to make acquisitions of territory, accept Protectorates, or interfere with the extension of German influences in that part of the coast of the Gulf of Guinea, or in the interior districts to the east of the following line; that is, on the coast, the right river bank of the Rio del Rey entering the sea between 8° 42′ and 8° 46′ longitude east of Greenwich; in the interior a line following the right river bank of the Rio del Rey from the said mouth to its source, thence striking direct to the left river bank of the Old Calabar or Cross River, and terminating after crossing that river at the point about 9° 8′ of longitude east of Greenwich, marked "Rapids" on the English Admiralty Chart. || Germany engages not to make acquisitions, accept Protectorates, or interfere with the extension of British influence in that part of the coast of the Gulf of Guinea lying between the right river bank of the mouth of the Rio del Rey, as above described, and the British Colony of Lagos, nor in the interior to the west of the line traced in the preceding paragraph. || Both Powers agree to withdraw any Protectorates already established within the limits thus assigned to the other, a reservation being specially made as to the settlement of Victoria, Ambas Bay, which will continue to be a British possession. || Germany engages to withdraw her protest against the hoisting of the British flag at Santa Lucia Bay, and to refrain from making acquisitions of territory or establishing Protectorates on the coast between the Colony of Natal and Delagoa Bay. || I shall be glad to receive from your Exeellency a formal notification, that the German Government accept the arrangement above recorded. || I have, &c.

Granville.

Foreign Office, April 29, 1885.

M. l'Ambassadeur, — Your Excellency is aware that, in the Agreement for defining the limits of the territorial jurisdiction of Great Britain and Ger-

Nr. 8547. Gross-britannien. 29. Apr. 1885.

many on the West Coast of Africa in the neighbourhood of the Cameroons, which I proposed to Count Herbert Bismarck, and of which I am to-day requesting the formal acceptance by the German Government, I made an express exception as regards Ambas Bay on account of the rights there of a settlement of Baptist missionaries whom Her Majesty's Government could not undertake to transfer against their will to German jurisdiction. || I stated, however, at the time, and I have the authority of the Secretary of State for the Colonies to repeat, that if, the German Government should be able themselves to come to a satisfactory arrangement with the missionaries, there being no political necessity involved, the difficulty as to the cession of Ambas Bay would disappear, and Her Majesty's Government would be ready to agree to its being included in the territories to be placed, in accordance with the arrangement, under German protection. || I have, &c.

Granville.

Nr. 8548. DEUTSCHLAND. — Botschafter in London an den engl. Min. des Ausw. — Zustimmung zu diesem Uebereinkommen.

Deutsche Botschaft. London, den 7. Mai 1885.

Nr. 8548. Deutschland. 7. Mai 1885.

Mylord, — Eurer Excellenz Note vom 29. April d. J., betreffend die Verhandlungen zwischen der Kaiserlichen und der Königlich grossbritannischen Regierung über eine Trennung und Abgrenzung der beiderseitigen Machtsphären in den Gebieten am Golf von Guinea, habe ich zu erhalten die Ehre gehabt. Es wird darin ein Uebereinkommen nachstehenden Inhalts vorgeschlagen:

[Folgt eine wörtliche Uebersetzung der Absätze 2—5 von No. 8547.]

Nachdem Eure Excellenz in der oben erwähnten Note vom 29. April mir mitgetheilt haben, dass die Königlich grossbritannische Regierung bereit sei, sobald die deutsche Regierung ihre Zustimmung erkläre, das vorstehend vorgeschlagene Uebereinkommen formell als bindend anzuerkennen, bin ich ermächtigt worden, die Annahme dieses Uebereinkommens seitens der Kaiserlichen Regierung zu erklären. || Ich benutze diesen Anlass, Mylord, etc. etc.

Münster.

Deutsche Botschaft. London, den 7. Mai 1885.

Mylord, — In der Note Eurer Excellenz vom 29. April d. J., welche sich auf die Abgrenzung der deutschen und englischen Machtsphären im Golf von Guinea bezieht, ist ausgesprochen, dass die Niederlassung von Victoria in der Ambas-Bai einstweilen eine britische Besitzung bleibe. Eure Excellenz haben jedoch mit Bezug auf die über die Cession der Ambas-Bai stattgehabten Verhandlungen durch Note von demselben Tage im Einverständniss mit dem Herrn Staatssekretär für die Kolonien die dem Grafen Bismarck gegebene Zusage

wiederholt, dass die Cession der Ambas-Bai keine politische Schwierigkeit biete, und dass die englische Regierung derselben zustimmen werde, sobald die deutsche Regierung eine Verständigung mit der englischen Missionsgesellschaft herbeigeführt haben wird. || Indem ich den Empfang dieser Note und das Einverständniss beider Regierungen über den Inhalt derselben bestätige, benutze ich die Gelegenheit, um Eure Excellenz etc. Münster.

Nr. 8548. Deutschland. 7. Mai 1885.

Nr. 8549. GROSSBRITANNIEN. — Min. des Auswärtigen an den deutschen Botsch. in London. — Handelspolitische Grundsätze, welche in dem Golf von Guinea zur Anwendung kommen sollen.

Foreign Office, May 16, 1885.

Nr. 8549. Grossbritannien. 16. Mai 1885.

M. l'Ambassadeur, — Dr. Krauel, in his recent interviews respecting the arrangement now concluded regarding the Protectorates of Great Britain and Germany on the African coast, stated that it is the wish of the German Government that the settlement of the boundary between the British and German Protectorates on the Gulf of Guinea should be followed by negotiations for a commercial arrangement insuring equality of treatment for the trade of the two countries in the respective Protectorates. || It was pointed out that while Her Majesty's Government fully accepted the principle of equality of treatment, it was premature to negotiate the adoption of formal engagements as the question of the administration of the Protectorates must first be settled. Dr. Krauel urged, that at any rate such assurances might be exchanged as might satisfy traders that there would be not differential treatment, and that no excessive duties would be imposed. These assurances Her Majesty's Government have no difficulty in giving, and I have consequently to request your Excellency to convey to the German Government the following expression of their views and intentions. || Her Majesty's Government cannot at present make any definite declaration as to the limit of duties to be imposed, but they are prepared to give the assurance that those duties will be levied solely for the purpose of meeting the expenses necessary to enable them to carry out the obligations imposed upon them by the Protectorates, and that they will be as moderate as possible. || They are prepared to give every assurance that there shall be no differential treatment of foreigners or foreign goods. || They will be fully prepared to apply to the British Protectorates the provisions of the second paragraph of the Vth Article of the Act of Berlin, which secures protection to the persons and property of foreigners, and to engage that there shall be no differential treatment of foreigners as to settlement or access to the markets, it being understood that the regulation of these questions must be subject to administrative dispositions in the interests of commerce and of order. || They are ready to undertake that no less than four months' notice shall be given by the local authorities of

Nr. 8549. Grossbritannien. 16. Mai 1885.

the adoption of any alteration in the Tariff of duties. || I have to request your Excellency to explain, that these assurances are given subject only to the receipt of a reciprocal undertaking from the German Government as regards the German Protectorates, and I shall be glad to learn from your Excellency whether the German Government are prepared to give such an undertaking. || I have, &c. Granville.

Nr. 8550. DEUTSCHLAND. — Botschafter in London an den engl. Min. des Ausw. — Zustimmung der deutschen Regierung zu diesen Grundsätzen.

(Deutsche Botschaft.) London, 2. Juni 1885.

Nr. 8550. Deutschland. 2. Juni 1885.

Mylord, — Euere Excellenz haben mir in der Note vom 16. d. M. eine Zusammenstellung derjenigen Grundsätze übermittelt, welche die Königlich grossbritannische Regierung zum Zwecke der Regelung des Handels und Verkehrs in den ihrer Schutzherrschaft unterworfenen Gebieten am Golf von Guinea einzuhalten bereit ist. Euere Excellenz fügten hinzu, dass die Verpflichtung, diese Grundsätze zur Anwendung zu bringen, unter der Bedingung ausgesprochen wäre, dass für die deutschen Schutzgebiete am Golf von Guinea Seitens der Kaiserlichen Regierung gleiche Zusicherungen ertheilt würden. || Ich habe nicht unterlassen, meiner Hohen Regierung die erwähnte Note Euerer Excellenz zu unterbreiten, und bin jetzt ermächtigt worden, dieselbe, wie folgt, zu beantworten. || Mit Rücksicht auf die von der Königlich grossbritannischen Regierung ertheilten Zusagen erklärt sich die Regierung Sr. Majestät des Kaisers bereit, in ihren Schutzgebieten am Golf von Guinea die nachstehenden Verpflichtungen zu übernehmen: || Zölle sollen nur insoweit erhoben werden, als dies zur Deckung der durch die Uebernahme der Schutzherrschaft entstehenden Kosten für erforderlich erachtet wird. Die Zollsätze sollen so niedrig als möglich bemessen werden, ohne jedoch an einen bestimmten Höchstbetrag gebunden zu sein. || Es soll keine ungleiche Behandlung von englischen Unterthanen oder von englischen Gütern stattfinden. || Die in Absatz 2 Artikel 5 der General-Akte der Berliner Konferenz vom 26. Februar d. J. enthaltenen Bestimmungen, welche der Person und dem Eigenthum von Ausländern Schutz gewährleisten, sollen in den deutschen Schutzgebieten für englische Unterthanen zur Anwendung kommen, und vorbehaltlich gewisser Verwaltungsvorschriften im Interesse des Handels und der öffentlichen Ordnung soll keine ungleiche Behandlung von englischen Unterthanen in Bezug auf Niederlassung oder Zugang zu den Handelsmärkten gestattet sein. || Etwaige Abänderungen in dem Zolltarif sollen mindestens vier Monate vor ihrer Einführung von den Ortsbehörden bekannt gemacht werden. || Ich benutze u. s. w.

Münster.

Nr. 8551. **GROSSBRITANNIEN.** — Min. des Auswärtigen an den deutschen Geschäftsträger in London. — Bittet um Aufklärung über eine Differenz in den gegenseitigen Zusicherungen.

Foreign Office, June 10, 1885.

Nr. 8551. Grossbritannien. 10. Juni 1885.

M. le Baron, — I have the honour to request, that you will be good enough to furnish me with an explanation of the point which is not altogether clear in the note from his Excellency Count Münster of the 2nd instant, on the subject of the commercial relations of Great Britain and Germany in the territories in the Gulf of Guinea under their Protectorate. || In my note of the 16th May I said, that Her Majesty's Government would be ready to give every assurance that there should, in the British Protectorate, be no differential treatment of foreigners. I added, that they would be prepared to engage that there should be no differential treatment as to settlement or access to the markets, it being understood that the regulation of these questions, as well as of the application of the provisions of Article V of the Act of Berlin, must be subject to administrative dispositions in the interests of commerce and of order. || In Count Münster's reply a corresponding general assecurance was given as to differential treatment, and in response to the suggestion as to the additional engagement, the following words are used: "es soll ... vorbehaltlich gewisser Verwaltungsvorschriften im Interesse des Handels und der öffentlichen Ordnung keine ungleiche Behandlung von englischen Unterthanen in Bezug auf Niederlassung oder Zugang zu den Handelsmärkten gestattet sein." I have the honour to inquire whether the meaning of these words is that the equality of treatment of British subjects as to settlement or access to markets is subject to regulations to be made from time to time; and if this is the meaning, as it doubtless will have arisen from a misconception of the phrase used in my note, I have to explain that the assurance which it was intended that the two Governments should exchange was that there should be absolute equality of treatment on these points. In making the reservation respecting regulations my object was to let it be understood, that foreigners would be subject, equally with British subjects, to such rules as regards settlement and access as the Administration might think proper to impose. || I have &c. Granville.

Nr. 8552. **GROSSBRITANNIEN.** — Min. des Ausw. an den engl. Botschafter in Berlin. — Die deutsche Regierung versteht das Uebereinkommen in demselben Sinne wie die englische.

Foreign Office, June 16, 1885.

Nr. 8552. Grossbritannien. 16. Juni 1885.

Sir, — Baron von Plessen called to-day and stated that he had been instructed to explain, in reply to my note to Count Münster of the 10th in-

Nr. 8552. Grossbritannien 16.Juni 1885.

stant, that the passage in his Excellency's note to which I had referred was meant to be a translation of the corresponding passage in my note of the 16th May. He said, that he was authorized to state that the German Government understood the assurance given by them in the same sense as that in which Her Majesty's Government interpreted the assurance given on the part of England. || I am, &c.

Granville.

Nr. 8553. BELGIEN, BRASILIEN, FRANKREICH, GUATEMALA, ITALIEN, NIEDERLANDE, PORTUGAL, SALVADOR, SERBIEN, SPANIEN, SCHWEIZ*) — Internationale Convention zum Schutz des industriellen Eigenthums vom 20. März 1883.

[Die Ratifikations-Urkunden sind ausgetauscht zu Paris am 6. Juni 1884.]

Paris, March 20, 1883.

Nr. 8553. 20.März1883.

SA Majesté le Roi des Belges, Sa Majesté l'Empereur du Brésil, Sa Majesté le Roi d'Espagne, le Président de la République Française, le Président de la République de Guatemala, Sa Majesté le Roi d'Italie, Sa Majesté le Roi des Pays-Bas, Sa Majesté le Roi de Portugal et des Algarves, le Président de la République de Salvador, Sa Majesté le Roi de Serbie et le Conseil Fédéral de la Confédération Suisse, || Également animés du désir d'assurer, d'un commun accord, une complète et efficace protection à l'industrie et au commerce des nationaux de leurs États respectifs et de contribuer à la garantie des droits des inventeurs et de la loyauté des transactions commerciales, ont résolu de conclure une Convention à cet effet et ont nommé pour leurs Plénipotentiaires, savoir: [Folgen die Namen der Bevollmächtigten]

Lesquels, après s'être communiqué leurs pleins pouvoirs respectifs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus des Articles suivants:—

Art. I. Les Gouvernements de la Belgique, du Brésil, de l'Espagne, de la France, du Guatemala, de l'Italie, des Pays-Bas, du Portugal, du Salvador, de la Serbie et de la Suisse sont constitués à l'état d'Union pour la protection de la Propriété Industrielle.

Art. II. Les sujets ou citoyens de chacun des États Contractants jouiront, dans tous les autres États de l'Union, en ce qui concerne les brevets d'invention, les dessins ou modèles industriels, les marques de fabrique ou de commerce et le nom commercial, des avantages que les lois respectives accordent

---

*) Grossbritannien ist dem Vertrage am 17. März 1884 (Blaubuch Commercial Nr. 28 [1884] C—4043) beigetreten. Deutschland hat den Beitritt abgelehnt.
Anm. der Red.

actuellement ou accorderont par la suite aux nationaux. || En conséquence, ils auront la même protection que ceux-ci et le même recours légal contre toute atteinte portée à leurs droits, sous réserve de l'accomplissement des formalités et des conditions imposées aux nationaux par la législation intérieure de chaque État.

Art. III. Sont assimilés aux sujets ou citoyens des États Contractants les sujets ou citoyens des États ne faisant pas partie de l'Union qui sont domiciliés ou ont des établissements industriels ou commerciaux sur le territoire de l'un des États de l'Union.

Art. IV. Celui qui aura régulièrement fait le dépôt d'une demande de brevet d'invention, d'un dessin ou modèle industriel, d'une marque de fabrique ou de commerce, dans l'un des États Contractants, jouira, pour effectuer le dépôt dans les autres États, et sous réserve des droits des tiers, d'un droit de priorité pendant les délais déterminés ci-après. || En conséquence, le dépôt ultérieurement opéré dans l'un des autres États de l'Union avant l'expiration des ces délais ne pourra être invalidé par des faits accomplis dans l'intervalle, soit, notamment, par un autre dépôt, par la publication de l'invention ou son exploitation par un tiers, par la mise en vente d'exemplaires du dessin ou du modèle, par l'emploi de la marque. || Les délais de priorité mentionnés ci-dessus seront de six mois pour les brevets d'invention, et de trois mois pour les dessins ou modèles industriels, ainsi que pour les marques de fabrique ou de commerce. Ils seront augmentés d'un mois pour les pays d'outre-mer.

Art. V. L'introduction par le breveté, dans le pays où le brevet a été délivrê, d'objets fabriqués dans l'un ou l'autre des États de l'Union, n'entraînera pas la déchéance. || Toutefois le breveté restera soumis à l'obligation d'exploiter son brevet conformément aux lois du pays où il introduit les objets brevetés.

Art. VI. Toute marque de fabrique ou de commerce régulièrement déposée dans le pays d'origine sera admise au dépôt et protégée telle quelle dans tous les autres pays de l'Union. || Sera considéré comme pays d'origine le pays où le déposant a son principal établissement. || Si ce principal établissement n'est point situé dans un des pays de l'Union, sera considéré comme pays d'origine celui auquel appartient le déposant. || Le dépôt pourra être refusé, si l'objet pour lequel il est demandé est considéré comme contraire à la morale ou à l'ordre public.

Art. VII. La nature du produit sur lequel la marque de fabrique ou de commerce doit être apposée ne peut, dans aucun cas, faire obstacle au dépôt de la marque.

Art. VIII. Le nom commercial sera protégé dans tous les pays de l'Union sans obligation de dépôt, qu'il fasse ou non partie d'une marque de fabrique ou de commerce.

Art. IX. Tout produit portant illicitement une marque de fabrique ou de commerce, ou un nom commercial, pourra être saisi à l'importation dans

ceux des États de l'Union dans lesquels cette marque ou ce nom commercial ont droit à la protection légale. || La saisie aura lieu à la requête soit du Ministère Public, soit de la partie intéressée, conformément à la législation intérieure de chaque État.

Art. X. Les dispositions de l'Article précédent seront applicables à tout produit portant faussement, comme indication de provenance, le nom d'une localité déterminée, lorsque cette indication sera jointe à un nom commercial fictif ou emprunté dans une intention frauduleuse. || Est réputé partie intéressée tout fabricant ou commerçant engagé dans la fabrication ou le commerce de ce produit, et établi dans la localité faussement indiquée comme provenance.

Art. XI. Les Hautes Parties Contractantes s'engagent à accorder une protection temporaire aux inventions brevetables, aux dessins ou modèles industriels, ainsi qu'aux marques de fabrique ou de commerce, pour les produits qui figureront aux Expositions Internationales officielles ou officiellement reconnues.

Art. XII. Chacune des Hautes Parties Contractantes s'engage à établir un service spécial de la Propriété Industrielle et un dépôt central, pour la communication au public des brevets d'invention, des dessins ou modèles industriels et des marques de fabrique ou de commerce.

Art. XIII. Un office international sera organisé sous le titre de "Bureau International de l'Union pour la Protection de la Propriété Industrielle." || Ce bureau, dont les frais seront supportés par les Administrations de tous les États Contractants, sera placé sous la haute autorité de l'Administration Supérieure de la Confédération Suisse, et fonctionnera sous sa surveillance. Les attributions en seront déterminées d'un commun accord entre les États de l'Union.

Art. XIV. La présente Convention sera soumise à des révisions périodiques en vue d'y introduire les améliorations de nature à perfectionner le système de l'Union. || A cet effet, des Conférences auront lieu successivement, dans l'un des États Contractants, entre les Délégués des dits États. || La prochaine réunion aura lieu en 1885, à Rome.

Art. XV. Il est entendu que les Hautes Parties Contractantes se réservent respectivement le droit de prendre séparément, entre elles, des arrangements particuliers pour la protection de la Propriété Industrielle, en tant que ces arrangements ne contreviendraient point aux dispositions de la présente Convention.

Art. XVI. Les États qui n'ont point pris part à la présente Convention seront admis à y adhérer sur leur demande. || Cette adhésion sera notifiée par la voie diplomatique au Gouvernement de la Confédération Suisse, et par celui-ci à tous les autres. || Elle emportera, de plein droit, accession à toutes les clauses et admission à tous les avantages stipulés par la présente Convention.

Art. XVII. L'exécution des engagements réciproques contenus dans la présente Convention est subordonnée, en tant que de besoin, à l'accomplissement des formalités et règles établies par les lois constitutionnelles de celles

des Hautes Parties Contractantes qui sont tenues d'en provoquer l'application, ce qu'elles s'obligent à faire dans le plus bref délai possible.

Nr. 8553. 20. März 1883.

Art. XVIII. La présente Convention sera mise à exécution dans le délai d'un mois à partir de l'échange des ratifications et demeurera en vigueur pendant un temps indéterminé, jusqu'à l'expiration d'une année à partir du jour où la dénonciation en sera faite. || Cette dénonciation sera adressée au Gouvernement chargé de recevoir les adhésions. Elle ne produira son effet qu'à l'égard de l'État qui l'aura faite, la Convention restant exécutoire pour les autres Parties Contractantes.

Art. XIX. La présente Convention sera ratifiée, et les ratifications en seront échangées à Paris, dans le délai d'un an au plus tard. || En foi de quoi les Plénipotentiaires respectifs l'ont signée et y ont apposé leurs cachets.

Fait à Paris, le 20 Mars, 1883.

Beyens.
Villeneuve.
Duc de Fernan-Nunez.
P. Challemel-Lacour.
Ch. Hérisson.
Ch. Jagerschmidt.
Crisanto-Medina.
Ressman.
Baron de Zuylen de Nyevelt.
Jose da Silva Mendes Leal.
F. d'Azevedo.
J.-M. Torres-Caïcedo.
Sima M. Mărinovitch.
Lardy.
J. Weibel.

Final Protocol.

Au moment de procéder à la signature de la Convention conclue, à la date de ce jour, entre les Gouvernements de la Belgique, du Brésil, de l'Espagne, de la France, du Guatemala, de l'Italie, des Pays-Bas, du Portugal, du Salvador, de la Serbie et de la Suisse, pour la protection de la Propriété Industrielle, les Plénipotentiaires soussignés sont convenus de ce qui suit: || 1. Les mots "Propriété Industrielle" doivent être entendus dans leur acception la plus large, en ce sens qu'ils s'appliquent non seulement aux produits de l'industrie proprement dite, mais également aux produits de l'agriculture (vins, grains, fruits, bestiaux, &c.) et aux produits minéraux livrés au commerce (eaux minérales, &c.). || 2. Sous le nom de „Brevets d'Invention" sont comprises les diverses espèces de brevets industriels admises par les législations des États Contractants, telles que brevets d'importation, brevets de perfectionnement, &c. || 3. Il est entendu que la disposition finale de l'Article II de la Convention ne porte aucune atteinte à la législation de chacun des États Contractants, en ce qui concerne la procédure suivie devant les Tribunaux et la compétence de ces Tribunaux. || 4. Le paragraphe 1er de l'Article VI doit être entendu en ce sens qu'aucune marque de fabrique ou de commerce ne pourra être exclue de la protection dans l'un des États de l'Union par le fait seul qu'elle ne satisferait pas, au point de vue des signes qui la composent, aux conditions

Nr. 8553. 20. März 1883.

de la législation de cet Etat, pourvu qu'elle satisfasse, sur ce point, à la législation du pays d'origine et qu'elle ait été, dans ce dernier pays, l'objet d'un dépôt régulier. Sauf cette exception, qui ne concerne que la forme de la marque, et sous réserve des dispositions des autres Articles de la Convention, la législation intérieure de chacun des États recevra son application. || Pour éviter toute fausse interprétation, il est entendu que l'usage des armoiries publiques et des décorations peut être considéré comme contraire à l'ordre public, dans le sens du paragraphe final de l'Artiete VI. || 5. L'organisation du service spécial de la Propriété Industrielle mentionné à l'Article XII comprendra, autant que possible, la publication, dans chaque État, d'une feuille officielle périodique. || 6. Les frais communs du Bureau International institué par l'Article XIII ne pourront, en aucun cas, dépasser, par année, une somme totale représentant une moyenne de 2,000 fr. par chaque État Contractant. || Pour déterminer la part contributive de chacun des États dans cette somme totale des frais, les États Contractants et ceux qui adhéreraient ultérieurement à l'Union seront divisés en six classes contribuant chacune dans la proportion d'un certain nombre d'unités, savoir:—

1re classe	25 unités.
2e classe	20 „
3e classe	15 „
4e classe	10 „
5e classe	5 „
6e classe	3 „

Ces coefficients seront multipliés par le nombre des États de chaque classe, et la somme des produits ainsi obtenus fournira le nombre d'unités par lequel la dépense totale doit être divisée. Le quotient donnera le montant de l'unité de dépense. || Les États Contractants sont classés ainsi qu'il suit, en vue de la répartition des frais:—

1re classe	France, Italie.
2e classe	Espagne.
3e classe	Belgique, Brésil, Portugal, Suisse.
4e classe	Pays-Bas.
5e classe	Serbie.
6e classe	Guatemala, Salvador.

L'Administration Suisse surveillera les dépenses du Bureau International, fera les avances nécessaires et établira le compte annuel, qui sera communiqué à toutes les autres Administrations. || Le Bureau International centralisera les renseignements de toute nature relatifs à la protection de la Propriété Industrielle et les réunira en une statistique générale qui sera distribuée à toutes les Administrations. Il procédera aux études d'utilité commune intéressant l'Union et rédigera, à l'aide des documents qui seront mis à sa disposition par les diverses Administrations, une feuille périodique, en langue Française, sur les questions concernant l'objet de l'Union. || Les numéros de

cette feuille, de même que tous les documents publiés par le Bureau International, seront répartis entre les Administrations des États de l'Union, dans la proportion du nombre des unités contributives ci-dessus mentionnées. Les exemplaires et documents supplémentaires qui seraient réclamés, soit par les dites Administrations, soit par des Sociétés ou des particuliers, seront payés à part. || Le Bureau International devra se tenir en tout temps à la disposition des membres de l'Union, pour leur fournir, sur les questions relatives au service international de la Propriété Industrielle, les renseignements spéciaux dont ils pourraient avoir besoin. || L'Administration du pays où doit siéger la prochaine Conférence préparera, avec le concours du Bureau International, les travaux de cette Conférence. || Le Directeur du Bureau International assistera aux séances des Conférences et prendra part aux discussions sans voix délibérative. Il fera, sur sa gestion, un Rapport annuel, qui sera communiqué à tous les membres de l'Union. || La langue officielle du Bureau International sera la langue Française.

Nr. 8553. 20. März 1883.

7. Le présent Protocole de Clôture, qui sera ratifié en même temps que la Convention conclue à la date de ce jour, sera considéré comme faisant partie intégrante de cette Convention, et aura mêmes force, valeur et durée.

En foi de quoi, les Plénipotentiaires soussignés ont dressé le présent Protocole.

[Folgen dieselben Unterschriften wie oben.]

Nr. 8554. DEUTSCHLAND und MADAGASKAR. — Konvention zwischen dem deutschen Reiche und dem Königreiche Madagaskar. Vom 15. Mai 1883.

[Reichsgesetzblatt Nr. 20 von 1885.]

Seine Majestät der deutsche Kaiser Wilhelm I., König von Preussen, im Namen des deutschen Reiches einerseits, und Ihre Majestät Ranavalomanjaka II. Königin von Madagaskar, andererseits, von dem Wunsche geleitet, das zwischen dem deutschen Reiche und dem Königreiche Madagaskar glücklicherweise bestehende gute Einvernehmen zu erhalten und den Handelsverkehr zwischen beiden Ländern zu fördern, haben beschlossen, den Unterthanen und Angehörigen des einen Landes in dem anderen Lande alle Rechte zu sichern, welche die Unterthanen und Angehörigen der meistbegünstigten Nationen dort geniessen; zu diesem Zweck sind die folgenden Artikel zwischen dem Grafen Paul von Hatzfeldt-Wildenburg, Staatsminister und Staatssekretär des Auswärtigen Amts, der hierzu von Seiner Majestät dem deutschen Kaiser, König von Preussen, gehörig bevollmächtigt worden ist, und Ravoninahitriniarivo, der 15. Rangklasse, Offizier des Palastes und erster Staatssekretär für die auswärtigen Angelegenheiten, und Ramaniraka, der 14. Rangklasse, Offizier des Palastes, Mitglied des Geheimen Staatsrathes, welche hierzu von Ihrer Majestät

Nr. 8554. Deutschland und Madagaskar. 15. Mai 1883.

Nr. 8554. Deutschland und Madagaskar. 15. Mai 1883.

der Königin von Madagaskar ermächtigt worden sind, vereinbart und unterzeichnet worden:

Art. I. Friede, Freundschaft und gutes Einvernehmen soll für alle Zeit zwischen Seiner Majestät dem deutschen Kaiser, König von Preussen, und Ihrer Majestät der Königin von Madagaskar, Ihren Erben und Nachfolgern, und zwischen den Unterthanen und Angehörigen des deutschen Reiches und des Königreiches Madagaskar fortbestehen.

Art. II. Die diplomatischen, konsularischen und maritimen Vertreter, Agenten und Offiziere des einen vertragschliessenden Theiles sollen in Ausübung ihrer Pflichten innerhalb der Besitzungen des anderen Theiles, und die Unterthanen und Angehörigen des einen Landes sollen für ihre Person und ihr Eigenthum und in Ansehung des Handels, des Gewerbes und der Schifffahrt und in jeder anderen Beziehung in dem anderen Lande denselben Schutz und dieselben Rechte, Privilegien, Vortheile, Immunitäten und Befreiungen geniessen, welche nach den Gesetzen dieses Landes jetzt oder in Zukunft den diplomatischen, konsularischen und maritimen Vertretern, Agenten und Offizieren und den Unterthanen und Angehörigen der meistbegünstigten Nation eingeräumt werden.

Art. III. Diese Konvention soll von beiden Hohen vertragschliessenden Theilen ratifizirt, und die Ratifikations-Urkunden sollen beiden Regierungen durch Vermittelung des deutschen Konsulates in Tamatave übersandt werden. || Diese Konvention wird in dem Königreich Madagaskar mit dem Tage der Ratifizirung durch Ihre Majestät die Königin von Madagaskar, welche so früh als möglich innerhalb von drei Monaten nach der Unterzeichnung erfolgen soll, und in dem deutschen Reiche mit dem Tage ihrer Ratifizirung durch Seine Majestät den deutschen Kaiser, König von Preussen, welche sobald als möglich innerhalb von sechs Monaten nach der Ratifizirung durch Ihre Majestät die Königin von Madagaskar stattfinden soll in Kraft treten.

In doppelten, in deutscher und malegassischer Sprache ausgefertigten Originalen, unter Anheftung einer englischen Uebersetzung, unterzeichnet und gesiegelt zu Berlin, den 15. Mai des Jahres 1883.

Graf von Hatzfeldt. Ravoninahitriniarivo.
Ramaniraka.

Nr. 8555. DEUTSCHLAND und KOREA. — Handels-, Freundschafts- und Schifffahrtsvertrag zwischen dem Reiche und dem Königreiche Korea. Vom 26. November 1883.

[Reichs-Gesetzblatt 1885 S. 221.]

Nr. 8555. Deutschland und Korea. 26. Nov. 1883.

Seine Majestät der Deutsche Kaiser, König von Preussen, im Namen des Deutschen Reichs einerseits, und Seine Majestät der König von Korea andererseits, von dem Wunsche geleitet, die Beziehungen zwischen den beiden Reichen dauernd freundschaftlich zu gestalten und den Handelsverkehr zwischen den

beiderseitigen Staatsangehörigen zu erleichtern, haben den Entschluss gefasst, zur Erreichung dieser Zwecke einen Vertrag abzuschliessen, und haben zu diesem Ende zu Ihren Bevollmächtigten ernannt: || Seine Majestät der deutsche Kaiser, König von Preussen, Allerhöchstihren Generalkonsul in Yokohama, Eduard Zappe, Seine Majestät der König von Korea Allerhöchstihren Präsidenten des Auswärtigen Amts, Würdenträger des ersten Ranges, ersten Vicepräsidenten des Staatsrathes, Mitglied des Königlichen Geheimen Rathes und zweiten Vormund des Kronprinzen, Min Jöng-mok, welche, nachdem sie sich ihre Vollmachten gegenseitig mitgetheilt und solche in guter und gehöriger Form befunden haben, über nachstehende Artikel übereingekommen sind.

Art. I. 1. Zwischen Seiner Majestät dem deutschen Kaiser, König von Preussen, und Seiner Majestät dem König von Korea sowie zwischen den Angehörigen des deutschen Reiches und des Königreiches Korea soll dauernd Friede und Freundschaft bestehen; auch sollen Deutsche in Korea und Koreaner in Deutschland Schutz und Sicherheit für Leben und Eigenthum in vollem Umfange geniessen. || 2. Sollten zwischen Einem der vertragschliessenden Theile und einer dritten Macht Streitigkeiten entstehen, so wird der andere vertragschliessende Theil auf ein diesfallsiges Ersuchen seine guten Dienste leihen und eine freundschaftliche Erledigung des Streites herbeizuführen suchen.

Art. II. 1. Die vertragschliessenden Theile bewilligen sich gegenseitig das Recht, einen diplomatischen Agenten zu ernennen, welcher seinen Wohnsitz dauernd oder vorübergehend in der Hauptstadt des anderen Theiles nimmt, desgleichen einen Generalkonsul sowie Konsuln oder Vicekonsuln für die in den beiderseitigen Gebieten dem Handel geöffneten Häfen und Plätze zu bestellen. || Die diplomatischen Agenten sowie die Konsularbeamten jedes der vertragschliessenden Theile sollen in ihrem persönlichen oder schriftlichen Verkehr mit den Behörden des anderen Theiles ebenso frei und unbehindert sein, auch ebensolche Vorrechte und Freiheiten geniessen, wie dieselben in anderen Staaten den diplomatischen und konsularischen Beamten gewährt sind. || 2. Der diplomatische Agent und die Konsularbeamten jedes der beiden vertragschliessenden Theile sowie ihre Untergebenen sollen das Recht haben, in der ganzen Ausdehnung der Gebiete des anderen Theiles ohne Hinderniss zu reisen. Die koreanischen Behörden werden den deutschen Beamten für diese Reisen Pässe ausstellen und ihnen zu ihrem Schutze eine Eskorte in einer den Umständen entsprechenden Stärke beigeben. || 3. Die Generalkonsuln, Konsuln und Vicekonsuln der vertragschliessenden Theile werden die Ausübung ihrer amtlichen Thätigkeit erst beginnen, nachdem ihnen von dem Souverän oder der Regierung des Landes, in welchem sie ihren Sitz haben, das Exequatur ertheilt ist. || Handelsgeschäfte zu betreiben, soll denselben nicht gestattet sein.

Art. III. 1. Die Gerichtsbarkeit über deutsche Reichsangehörige und ihr Eigenthum soll in Korea ausschliesslich den gehörig ermächtigten deutschen Behörden zustehen. || Vor diesen Behörden soll die Verhandlung und Ent-

Nr. 8555. Deutschland und Korea. 26. Nov. 1883.

scheidung aller Klagen stattfinden, welche gegen deutsche Reichsangehörige von solchen oder von Angehörigen anderer fremder Staaten angebracht werden, und die koreaniechen Behörden haben sich jeder Einmischung zu enthalten. || 2. Klagen und Beschwerden, von koreanischen Behörden oder Unterthanen gegen deutsche Reichsangehörige in Korea erhoben, sollen vor den deutschen Behörden verhandelt und von ihnen entschieden werden. || 3. Klagen oder Beschwerden, von deutschen Behörden und Staatsangehörigen gegen koreanische Unterthanen in Korea erhoben, sollen vor den koreanischen Behörden verhandelt und von diesen entschieden werden. || 4. Ein Deutscher, welcher in Korea eine strafbare Handlung begeht, soll von den deutschen Behörden nach den deutschen Gesetzen verfolgt und bestraft werden. || 5. Ein Koreaner, welcher in Korea eine gegen einen deutschen Reichsangehörigen gerichtete strafbare Handlung begeht, soll von den koreanischen Behörden in Gemässheit der koreanischen Gesetze abgeurtheilt und bestraft werden. || 6. Alle Ansprüche auf Geldstrafen oder Konfiskationen für Zuwiderhandlungen gegen Bestimmungen dieses Vertrages oder einer auf Grund desselben erlassenen oder später zu erlassenden Verordnung sollen vor den deutschen Behörden zur Verhandlung und Entscheidung gebracht werden. Die Geldstrafen oder Konfiskationen, welche von diesen letzteren ausgesprochen werden, sollen der koreanischen Regierung zufallen. || 7. Deutsche Güter, welche in einem offenen Hafen von den koreanischen Behörden mit Beschlag belegt werden, sollen von den koreanischen und den deutschen Behörden versiegelt und von den ersteren so lange in Verwahrung gehalten werden, bis die letzteren ihre Entscheidung gefällt haben. Fällt diese Entscheidung zu Gunsten des Eigenthümers der Güter aus, so sollen dieselben sofort der deutschen Behörde zur weiteren Verfügung ausgehändigt werden. Hat jedoch der Eigenthümer der mit Beschlag belegten Güter ihren Werth bei den koreanischen Behörden deponirt, so sind ihm dieselben noch vor der Entscheidung der deutschen Behörde auszufolgen. || 8. In allen Civil- und Strafsachen, welche in Korea vor koreanischen Gerichten oder vor deutschen Konsulargerichten verhandelt werden, können die Behörden des Klägers einen Beamten abordnen, um bei den Verhandlungen zugegen zu sein. Der zu diesem Zwecke abgeordnete Beamte soll mit gebührender Rücksicht behandelt werden, und es soll ihm gestattet sein, Zeugen vorzuladen und vernehmen zu lassen, auch gegen das Verfahren oder die Entscheidung Einspruch zu erheben. || 9. Wenn ein Koreaner, der angeschuldigt ist, die Gesetze seines Landes übertreten zu haben, in dem Besitzthum eines Deutschen oder auf einem deutschen Kauffahrteischiffe Zuflucht sucht, so sollen die deutschen Behörden auf den Antrag der koreanischen Behörden die nöthigen Schritte thun, um den Angeschuldigten zu ergreifen und ihn behufs Aburtheilung auszuliefern. Ohne die Ermächtigung der zuständigen deutschen Behörde aber soll es koreanischen Beamten weder gestattet sein, das Besitzthum eines deutschen Reichsangehörigen ohne dessen Einwilligung, noch ein deutsches Handelsschiff ohne die Zustimmung des Schiffs-

führers oder seines Vertreters zu betreten. || 10. Auf das Ersuchen der zuständigen deutschen Behörden sollen die koreanischen Behörden deutsche Reichsangehörige, welche strafbarer Handlungen beschuldigt sind, sowie Deserteure von deutschen Kriegs- oder Handelsschiffen verhaften und dieselben der requirirenden Behörde ausliefern.

Art. IV. 1. Für den deutschen Handel sollen von dem Tage, an welchem dieser Vertrag in Kraft tritt, die folgenden Plätze geöffnet sein: a) die Häfen Chemulpo (Jenchuan), Wönsan (Gensan) und Pusan (Fusan), oder, wenn der letztere Hafen nicht entsprechen sollte, irgend ein anderer Hafen in der Nähe desselben; b) die Städte Hanyang (Seoul) und Yanghwachin, oder an Stelle des letzteren irgend ein anderer Platz in dessen Nähe. || 2. Die deutschen Reichsangehörigen sollen berechtigt sein, an den oben genannten Plätzen Grundstücke oder Häuser zu kaufen oder zu miethen und Wohnhäuser, Magazine und Fabriken zu errichten; auch sollen sie das Recht freier Religionsübung geniessen. Alle Maassregeln, welche die Auswahl, Abgrenzung und Vermessung der für die Niederlassung der Fremden bestimmten Ländereien oder den Verkauf von Grundstücken in den verschiedenen koreanischen, dem fremden Handel eröffneten Häfen und Plätzen betreffen, sollen von den koreanischen Behörden gemeinschaftlich mit den zuständigen fremden Behörden vereinbart werden. || 3. Diese Ländereien sollen von der koreanischen Regierung den Eigenthümern abgekauft und für die Benutzung hergerichtet werden. Die dadurch erwachsenen Kosten sollen in erster Linie aus dem Ertrage der Landverkäufe gutgemacht werden. Die jährliche Grundabgabe, welche von den koreanischen Behörden in Gemeinschaft mit den fremden Behörden vereinbart werden wird, soll an die ersteren zahlbar sein, welche einen angemessenen Theil derselben als Entschädigung für die Grundsteuer zurückbehalten werden. Der Ueberschuss und die aus den Landverkäufen etwa erübrigten Summen fliessen einem Munizipalfonds zu, welcher von einem Gemeinderath verwaltet werden soll, über dessen Zusammensetzung von den koreanischen Behörden in Gemeinschaft mit den zuständigen fremden Behörden Bestimmung zu treffen ist. || 4. Deutsche Reichsangehörige können ausserhalb der Grenzen der fremden Niederlassungen, in einem Umkreise von zehn koreanischen Li, Grundstücke oder Häuser kaufen oder miethen. Derartiger Grundbesitz soll aber allen Verordnungen und Grundabgaben unterworfen sein, welche die koreanischen Behörden dafür festsetzen werden. || 5. Die koreanischen Behörden werden in jedem der dem fremden Handel eröffneten Orte ein passendes Grundstück als Begräbnissplatz für die Fremden kostenfrei zur Verfügung stellen. Derselbe unterliegt keinerlei Pacht, Grundsteuer oder anderweitigen Abgaben, und seine Verwaltung wird dem oben bezeichneten Munizipalrath überlassen bleiben. || 6. Innerhalb einer Entfernung von einhundert koreanischen Li von den dem fremden Handel geöffneten Häfen und Plätzen, oder innerhalb solcher Grenzen, wie sie von den zuständigen Behörden beider Länder in Zukunft vereinbart werden, soll es deutschen Reichsangehörigen gestattet sein, sich ohne Pass nach Belieben zu bewegen.

Nr. 8555. Deutschland und Korea. 26. Nov. 1883.

Dieselben sollen auch berechtigt sein, in allen Theilen des Landes zum Vergnügen oder zu Handelszwecken zu reisen, mit Ausnahme von Büchern und Drucksachen, welche der koreanischen Regierung nicht genehm sind, Waaren aller Art zu transportiren und zu verkaufen, sowie Landesprodukte einzukaufen. Zu diesem Ende müssen sie sich aber mit Pässen versehen, welche von den Konsularbehörden ausgestellt und von den koreanischen Lokalbehörden gegengezeichnet oder abgestempelt werden. Die Pässe müssen von den Reisenden auf Verlangen in den Distrikten, welche sie berühren, vorgezeigt werden. Sind dieselben ordnungsmässig, so ist dem Inhaber die Fortsetzung der Reise zu gestatten, und es soll ihm freistehen, sich die von ihm benöthigten Transportmittel zu verschaffen. Reist ein Deutscher ausserhalb der obenbezeichneten Grenzen ohne Pass, oder begeht er im Innern eine ungesetzliche Handlung, so soll er verhaftet und der nächsten deutschen Konsularbehörde zur Bestrafung übergeben werden. Wer die genannten Grenzen ohne Pass überschreitet, wird mit einer Geldstrafe bis zu einhundert Dollars bestraft, neben welcher auf Gefängniss bis zu einem Monat erkannt werden kann. || 7. Deutsche Reichsangehörige in Korea sollen den Munizipal- und Polizeiverordnungen unterworfen sein, welche für die Erhaltung der Ruhe und öffentlichen Ordnung von den zuständigen Behörden der beiden Länder vereinbart werden. Diese Verordnungen sind, um denselben für deutsche Reichsangehörige verbindliche Kraft zu geben, durch die zuständigen deutschen Behörden vorschriftsmässig zu verkünden; desgleichen sollen Zuwiderhandlungen gegen dieselben von den deutschen Behörden bestraft werden.

Art. V. 1. In jedem der dem fremden Handel eröffneten Plätze sollen deutsche Reichsangehörige das unbeschränkte Recht haben, von allen fremden und den geöffneten koreanischen Häfen Güter einzuführen, mit den Unterthanen Korea's oder anderer Staaten Kaufs- und Verkaufsgeschäfte zu vereinbaren, ferner nach allen fremden und den geöffneten koreanischen Häfen Güter aller Art, mit Ausnahme der vertragsmässig verbotenen Waaren, gegen Zahlung der in dem angehängten Tarif vorgesehenen Zölle auszuführen. Sie haben das Recht, ihre Geschäfte mit koreanischen Unterthanen oder Angehörigen anderer Staaten unbehindert und ohne Dazwischenkunft koreanischer Beamten oder sonstiger Personen abzuschliessen; auch soll es ihnen freistehen, jede Art industrieller Unternehmungen zu betreiben. || 2. Die Eigenthümer oder Konsignatäre aller aus einem fremden Hafen eingeführten Waaren, für welche der tarifmässige Zoll entrichtet worden ist, sind berechtigt, bei Wiederausfuhr der Waaren nach irgend einem fremden Hafen, falls dieselbe innerhalb von dreizehn Monaten koreanischer Zeitrechnung nach dem Tage der Einfuhr stattfindet, einen Rückzollschein über den Betrag des gezahlten Einfuhrzolles zu beanspruchen, vorausgesetzt, dass die Originalverpackung noch unversehrt ist. Diese Rückzollscheine sollen von den koreanischen Zollämtern entweder bei Vorzeigung in baar eingelöst oder in jedem offenen koreanischen Hafen bei Entrichtung von Zöllen an Zahlungsstatt angenommen werden. ||

Nr. 8555. Deutschland und Korea. 26. Nov. 1883.

3. Werden koreanische Waaren von einem koreanischen offenen Hafen nach einem anderen versandt, so soll der bei der Ausfuhr gezahlte Zoll in dem Verschiffungshafen zurückbezahlt werden, sobald durch eine zollamtliche Bescheinigung nachgewiesen wird, dass die Waare im Bestimmungshafen angekommen ist, oder falls genügender Nachweis geliefert wird, dass die betreffenden Güter durch Schiffbruch verloren gegangen sind. || 4. Alle von Angehörigen des deutschen Reiches nach Korea eingeführten Waaren, von welchen die tarifmässigen Zölle entrichtet worden sind, können nach irgend einem anderen koreanischen Hafen zollfrei versandt werden, und wenn sie in das Innere transportirt werden, sollen sie in keinem Theile des Landes irgend einer weiteren Abgabe, Steuer oder einem Durchgangszoll unterliegen. In gleicher Weise soll der Versandt aller für die Ausfuhr bestimmten koreanischen Produkte und Waaren nach den offenen Häfen völlig frei von jeglicher Beschränkung vor sich gehen, und dieselben sollen keinerlei Abgaben, Steuern oder Durchgangszöllen unterliegen, weder am Produktionsorte, noch auf dem Wege zu einem offenen Hafen, gleichviel aus welchem Theile Koreas sie kommen. || 5. Der koreanischen Regierung steht es frei, für den Transport von Gütern oder Passagieren nach nicht offenen Häfen Korea's deutsche Kauffahrteischiffe zu chartern. Auch koreanischen Unterthanen soll dies gestattet sein, wenn die koreanischen Behörden ihre Zustimmung dazu ertheilen. || 6. Wenn die koreanische Regierung gegründete Besorgniss hegt, dass eine Hungersnoth im Lande ausbrechen könnte, so wird Seine Majestät der König von Korea durch Dekret zeitweise die Ausfuhr von Cerealien nach fremden Ländern verbieten, sei es von allen geöffneten koreanischen Häfen, sei es von einigen oder von einem derselben, und ein solches Verbot soll verbindliche Kraft für deutsche Reichsangehörige in Korea nach Ablauf eines Monats erlangen, von dem Zeitpunkt an gerechnet, an welchem dasselbe von den koreanischen Behörden zur amtlichen Kenntniss des deutschen Konsuls in den in Frage kommenden Häfen gebracht worden ist; es soll aber nicht länger, als durchaus erforderlich, in Kraft bleiben. || 7. Deutsche Kauffahrteischiffe sollen für die Registertonne dreissig mexikanische Cents Tonnengelder bezahlen. Eine einmalige Entrichtung der Tonnengelder giebt dem Schiffe das Recht, alle koreanischen offenen Häfen während eines Zeitraums von vier Monaten zu besuchen, ohne dass es weiteren Abgaben unterliegt. Alle Tonnengelder sollen verwandt werden für die Einrichtung von Leuchtthürmen und Baken sowie die Auslegung von Bojen an den koreanischen Küsten und vor allen Dingen an den Zugängen zu den geöffneten Häfen und für die Vertiefung oder sonstige Verbesserung ihrer Ankerstellen. Fahrzeuge, welche in den offenen Häfen zum Löschen und Laden verwandt werden, zahlen keine Tonnengelder. || 8. Es wird hiermit vereinbart, dass gleichzeitig mit diesem Vertrage der Tarif und die Handelsbestimmungen, welche ihm angehängt sind, in Kraft treten. Die Behörden beider Länder können die Handelsbestimmungen von Zeit zu Zeit einer Revision unterziehen, um im Wege gemeinsamer Verständigung

Nr. 8555. Deutschland und Korea. 26. Nov. 1883.

solche Abänderungen vorzunehmen und solche Zusätze anzufügen, deren Zweckmässigkeit durch die Erfahrung dargethan ist. Jedoch sollen die von den beiderseitigen Behörden getroffenen Vereinbarungen für deutsche Reichsangehörige erst nach ihrer Bestätigung durch die Kaiserlich deutsche Regierung in Kraft treten.

Art. VI. Ein deutscher Reichsangehöriger, welcher Waaren in einen dem fremden Handel nicht geöffneten koreanischen Hafen oder sonstigen Ort eingeschmuggelt, soll den doppelten Betrag des Werthes der geschmuggelten Güter verwirken, und diese selbst unterliegen ausserdem der Konfiskation. Der Versuch ist in gleicher Weise zu bestrafen. Die koreanischen Lokalbehörden können derartige Waaren mit Beschlag belegen und jeden deutschen Reichsangehörigen festnehmen, der bei dem Schmuggel oder dem Versuche des Schmuggels betheiligt ist. Die festgenommenen Personen sollen sie sofort der nächsten deutschen Konsularbehörde behufs Untersuchung der Sache zuführen lassen, während sie die Waaren so lange festhalten dürfen, bis eine endgültige Entscheidung über den Fall abgegeben worden ist.

Art. VII. 1. Wenn ein deutsches Schiff an den Küsten Korea's Schiffbruch leidet oder strandet, so sollen die Lokalbehörden unverweilt die nöthigen Schritte thun, um das Schiff und seine Güter vor Plünderung, die zu demselben gehörigen Personen aber vor jeder Unbill zu bewahren, sowie um ausserdem etwa erforderliche Hülfe zu leisten. Die Lokalbehörden sollen die nächste deutsche Konsularbehörde von dem Vorfalle in Kenntniss setzen; auch sollen sie, falls dies nöthig ist, den Schiffbrüchigen diejenigen Transportmittel zur Verfügung stellen, deren sie bedürfen, um zum nächsten offenen Hafen zu gelangen. || 2. Alle Ausgaben, welche der koreanischen Regierung aus der Rettung schiffbrüchiger deutscher Reichsangehöriger, aus Beschaffung von Kleidung, aus Verpflegung oder für aufgewandte Reisekosten, aus der Auffindung der Leichen Ertrunkener, aus der ärztlichen Behandlung Kranker und Verletzter und aus der Bestattung der Todten erwachsen, sollen ihr von der deutschen Regierung erstattet werden. || 3. Was aber diejenigen Ausgaben betrifft, die gemacht werden, um ein wrackes Schiff oder das an Bord befindliche Eigenthum zu bergen, beziehungsweise zu erhalten, so soll die deutsche Regierung für die Erstattung derselben nicht verantworlich sein. Für derartige Ausgaben sollen die geborgenen Güter haften, und sind sie von den Interessenten bei Empfang der letzteren zurückzubezahlen. || 4. Aufwendungen, welche den Regierungsbeamten, den Lokal- und Polizeibehörden durch Reise zum Wrack, Eskortirung der Schiffbrüchigen oder durch amtliche Korrespondenz verursacht werden, sind der deutschen Regierung nicht in Rechnung zu stellen, sondern sollen von der koreanischen Regierung getragen werden. || 5. Wenn deutsche Schiffe in Folge von Unwetter, oder Mangel an Brennmaterial oder Vorräthen genöthigt werden, einen nicht geöffneten Hafen Korea's als Nothhafen anzulaufen, so soll denselben gestattet sein, Reparaturen auszuführen und sich mit

den nöthigen Vorräthen zu versehen. Die erwachsenen Ausgaben hat der Führer des Schiffes zu tragen.

Art. VIII. 1. Den Kriegsschiffen jedes der Hohen vertragschliessenden Theile steht es frei, alle Häfen des anderen Theiles zu besuchen. Denselben soll für etwa erforderliche Reparaturen und für ihre Ausrüstung jede Erleichterung gewährt werden. Sie unterstehen den Handels- oder Hafenbestimmungen nicht, noch sind sie der Zahlung von Zöllen oder Hafenabgaben irgend welcher Art unterworfen. || 2. Wenn deutsche Kriegschiffe nicht-geöffnete koreanische Häfen besuchen, so dürfen Offiziere und Mannschaften zwar landen, aber nicht ins Innere gehen, ohne mit Pässen versehen zu sein. || 3. Vorräthe aller Art für die Kriegsmarine des deutschen Reiches dürfen in den geöffneten Häfen Korea's gelandet und der Aufsicht von deutschen Beamten übergeben werden, ohne dass Zölle davon zu entrichten sind. Wenn derartige Vorräthe aber veräussert werden, so soll der Käufer an die koreanischen Behörden den tarifmässigen Zoll entrichten. || 4. Die koreanische Regierung wird Schiffen der deutschen Kriegsmarine, die sich mit Vermessungsarbeiten in koreanischen Gewässern beschäftigen, alle möglichen Erleichterungen gewähren.

Art. IX. Die koreanische Regierung wird es in keiner Weise verhindern, wenn deutsche Reichsangehörige in Korea koreanische Unterthanen als Lehrer, Dolmetscher, Diener etc. in Dienst nehmen und zu Beschäftigungen verwenden, welche nicht gesetzlich verboten sind. Ebenso soll es koreanischen Unterthanen ohne jede Beschränkung gestattet sein, deutsche Reichsangehörige anzustellen, solange sie deren Dienste für nichts Ungesetzliches beanspruchen. Angehörigen des einen Landes, welche sich in das andere begeben, um dessen Sprache, Literatur, Gesetze, Künste oder Industrie zu studiren, oder daselbst wissenschaftliche Forschungen anzustellen, soll jede thunliche Erleichterung bei ihrem Vorhaben gewährt werden.

Art. X. Es wird hiermit festgesetzt, dass von dem Tage, an welchem der gegenwärtige Vertrag in Kraft tritt, die Regierung, die Beamten und die Angehörigen des Deutschen Reichs alle Rechte, Freiheiten und Vortheile, insbesondere bezüglich der Ein- und Ausfuhrzölle, geniessen sollen, welche zu dieser Zeit von Seiner Majestät dem König von Korea der Regierung, den Beamten oder den Angehörigen irgend eines anderen Staates gewährt sind, oder welche von demselben ihnen in Zukunft gewährt werden sollten.

Art. XI. Nach Ablauf von zehn Jahren, von dem Zeitpunkte an gerechnet, an welchem dieser Vertrag in Kraft tritt, soll jeder der Hohen kontrahirenden Theile das Recht haben, nachdem ein Jahr zuvor dem anderen Theile von der bestehenden Absicht Mittheilung gemacht worden ist, eine Revision des Vertrages oder des demselben angehängten Tarifs zu verlangen, um im Wege gemeinsamer Verständigung solche Abänderungen vorzunehmen, welche die Erfahrung als wünschenswerth dargethan hat.

Art. XII. Der gegenwärtige Vertrag ist in deutscher, englischer und chinesischer Sprache niedergeschrieben. Alle drei Fassungen haben dieselbe

Nr. 8555. Deutschland und Korea. 26. Nov. 1883.

Bedeutung; jedoch wird hiermit vereinbart, dass bei Meinungsverschiedenheiten über den Wortsinn der englische Text massgebend sein soll. Vorläufig soll allen von den deutschen an die koreanischen Behörden gerichteten Schreiben eine chinesische Uebersetzung beigegeben werden.

Art. XIII. Der gegenwärtige Vertrag soll von Seiner Majestät dem deutschen Kaiser, König von Preussen, und Seiner Maiestät dem König von Korea, unter Namensunterschrift und Siegel, ratifizirt werden. Die Ratifikationen sollen baldmöglichst, aber spätestens innerhalb eines Jahres von dem Tage der Unterzeichnung an gerechnet, in Hanyang (Seoul) ausgewechselt werden. Der Vertrag, welcher von den Regierungen beider Staaten zu veröffentlichen ist, tritt an dem Tage des Austausches der Ratifikationen in Wirksamkeit. || Urkundlich dessen haben die obengenannten beiderseitigen Bevollmächtigten diesen Vertrag unterzeichnet und demselben ihr Siegel beigedrückt.

So geschehen in je drei Ausfertigungen in der deutschen, englischen und chinesischen Sprache zu Hanyang den sechsundzwanzigsten November im Jahre Eintausendachthundertdreiundachtzig, entsprechend dem siebenundzwanzigsten Tage des zehnten Monats des Vierhundertundzweiundneunzigsten Jahres der koreanischen Zeitrechnung.

Ed. Zappe.
Min Yöng-mok.

Bestimmungen zur Regelung des deutschen Handelsverkehrs in Korea.

I. An- und Abmeldung der Schiffe.

1. Nach Ankunft eines deutschen Schiffes in einem koreanischen Hafen soll der Führer desselben innerhalb eines Zeitraumes von 48 Stunden, bei dessen Berechnung die Sonn- und Festtage nicht mitgezählt werden, den Zollbehörden die Bescheinigung des deutschen Konsuls darüber einreichen, dass alle Schiffspapiere im Konsulat hinterlegt worden sind. || Die hiernach stattfindende Einklarirung des Schiffes ist durch Uebergabe eines Schriftstücks zu bewirken, welches den Namen des Schiffers, des Schiffes und des Hafens, von dem es kommt, den Tonnengehalt des Schiffes, die Zahl und, falls es gefordert wird, die Namen der Passagiere und die Zahl der Schiffsmannschaft enthält. || Der Schiffsführer hat dieses Schreiben zu unterzeichnen und die Richtigkeit der darin enthaltenen Angaben zu bescheinigen. Gleichzeitig soll er ein schriftliches Manifest seiner Ladung überreichen, welches die Zeichen und Nummern der Frachtstücke und ihren Inhalt angiebt, wie sie in seinen Konnossements bezeichnet sind, nebst den Namen der Personen, an welche sie konsignirt sind. Die Richtigkeit des Manifestes hat er gleichfalls unter seiner Namensunterschrift zu bescheinigen. || Nachdem ein Schiff vorschriftsmässig angemeldet ist, werden die Zollbehörden die Erlaubniss zum Oeffnen der Lade-

räume ertheilen, und die hierüber ausgestellte Bescheinigung ist dem an Bord des Schiffes stationirten Zollbeamten vorzuzeigen. || Werden die Laderäume ohne die vorbezeichnete Erlaubniss geöffnet, so wird der Schiffsführer mit einer Geldstrafe bis zu einhundert mexikanischen Dollars bestraft.

2. Wird irgend ein Irrthum in dem Manifest entdeckt, so darf derselbe innerhalb 24 Stunden (Sonn- und Festtage nicht gezählt) nach Einreichung desselben ohne Zahlung einer Gebühr berichtigt werden. || Aber für jede Aenderung oder Eintragung in das Manifest nach jenem Zeitraume soll eine Gebühr von fünf mexikanischen Dollars bezahlt werden.

3. Jeder Schiffsführer, der es versäumen sollte, sein Schiff bei dem Zollamt binnen der durch diese Bestimmung festgesetzten Zeit einzuklariren, soll einer Geldstrafe verfallen, welche aber fünfzig mexikanische Dollars für die Versäumniss von je 24 Stunden nicht übersteigen soll.

4. Bleibt ein deutsches Schiff kürzere Zeit als 48 Stunden (Sonn- und Festtage nicht gezählt) im Hafen und hat seine Ladungsluken nicht geöffnet, oder hat es den Hafen als Nothhafen angelaufen, oder lediglich um Schiffsproviant einzunehmen, so bedarf es der Anmeldung nicht und sind keine Tonnengelder zu zahlen, solange nicht Frachtgüter ein- oder ausgeladen werden. || 5. Sobald ein Schiffsführer auszuklariren beabsichtigt, hat er die Abmeldung bei der Zollbehörde unter Einreichung eines Exportmanifestes zu bewirken, welches ähnliche Angaben wie das Importmanifest enthalten muss. || Die Zollbehörde wird ihm hierauf ein Ausklarirungsattest ausstellen und ihm die vorerwähnte, vom Konsul ertheilte Bescheinigung über die Hinterlegung der Schiffspapiere zurückgeben. Erst nachdem diese Schriftstücke dem Konsulat eingereicht sind, erfolgt die Aushändigung der Schiffspapiere an den Schiffsführer.

6. Falls ein Schiff den Hafen verlassen sollte, ohne in der vorgeschriebenen Weise abgemeldet worden zu sein, so verfällt der Führer desselben einer Geldstrafe, deren Betrag zweihundert mexikanische Dollars nicht übersteigen darf.

7. Deutsche Dampfer können an demselben Tage ein- und ausklariren und brauchen kein Manifest einzureichen, ausser für solche Güter, die in dem Einklarirungshafen gelandet oder umgeladen werden sollen.

II. Löschung und Einnahme von Ladung sowie Entrichtung der Zollabgaben.

1. Wenn ein Importeur seine Güter zu landen wünscht, so soll er beim Zollamt eine diesbezügliche, mit seiner Namensunterschrift versehene Eingabe machen, in welcher er seinen eigenen Namen sowie den Namen dns Schiffes, auf welchem die Güter eingeführt werden, anzugeben, die Waaren nach Marken, Stückzahl, Inhalt und Werth zu bezeichnen und die Richtigkeit der gemachten Angaben zu bescheinigen hat. || Das Zollamt kann Vorzeigung der Fakturen verlangen und falls, dieselben nicht beigebracht werden, auch keine genügende Aufklärung für ihr Fehlen gegeben wird, die Genehmigung für die Löschung

Nr. 8555. Deutschland und Korea. 26. Nov. 1883.

der Waaren davon abhängig machen, dass ausser dem tarifmässigen Zoll ein gleich hoher Betrag hinterlegt werde. || Die Rückzahlung des letzteren Betrages erfolgt erst nach Beibringung der Fakturen.

2. Die so deklarirten Waaren dürfen an dem dazu bestimmten Orte von den Zollbeamten untersucht werden. Diese Untersuchung hat ohne Verzug stattzufinden, und jede Beschädigung der Waaren ist zu vermeiden. Die ursprüngliche Verpackung ist, soweit dies ausführbar, wiederherzustellen.

3. Falls die Zollbehörden die Angabe des Werthes bei solchen Waaren, von denen ein ad valorem Zoll zu bezahlen ist, als zu niedrig gegriffen erachten, so können dieselben die Zahlung des Zolles nach demjenigen Werthe beanspruchen, den der Taxator des Zollhauses festsetzt. || Will sich der Kaufmann hierbei nicht beruhigen, so soll er innerhalb 24 Stunden, Sonn- und Festtage nicht gezählt, seine Einwendungen bei dem Zolldirektor anbringen und durch einen von ihm selbst ernannten Taxator eine neue Schätzung vornehmen lassen, deren Ergebniss er anzuzeigen hat. Dem Zolldirektor wird alsdann freistehen, diese letztere Schätzung der Zollerhebung zu Grunde zu legen oder die Waaren zu dem durch dieselbe festgesetzten Preise mit einem Zuschlag von 5 Prozent zu übernehmen. || In diesem Falle soll die Zahlung für die Waaren innerhalb fünf Tagen nach dem Tage geleistet werden, an dem der Kaufmann die Schätzung des von ihm bestellten Taxators zur Anzeige gebracht hat.

4. Eine der Billigkeit entsprechende Herabsetzung des Zolles soll bei der Einfuhr von Waaren gewährt werden, die auf dem Transport beschädigt worden sind. Das Maass derselben soll von dem Grade der Beschädigung abhängen, den die Waare erlitten hat, und hierauf bezügliche Meinungsverschiedenheiten sollen ihre Erledigung in derselben Weise finden, wie dieselbe im vorstehenden Paragraphen angeordnet ist.

5. Alle zur Ausfuhr bestimmten Güter sollen, bevor sie verladen werden, auf dem Zollamt deklarirt werden. Die Deklaration soll schriftlich sein und den Namen des Schiffes, worin die Güter ausgeführt werden, mit den Marken und Nummern der Kollis, und die Menge, die Beschaffenheit und den Werth des Inhaltes angeben. Der Exporteur muss die Richtigkeit der von ihm gemachten Angaben schriftlich mit seiner Namensunterschrift bescheinigen.

6. Die Abladung und Verschiffung von Gütern darf nicht anders als an den von den koreanischen Zollbehörden bestimmten Stellen und weder zwischen Sonnenuntergang und Sonnenaufgang, noch an Sonn- und Festtagen stattfinden, es sei denn, dass im einzelnen Falle die Genehmigung der Zollbehörden ertheilt wäre, welche in Anbetracht der hieraus erwachsenen Mühewaltung zur Erhebung einer mässigen Gebühr berechtigt sind.

7. Reklamationen von Seiten der Importeure oder Exporteure wegen zu viel bezahlter Zölle oder von Seiten des Zollamts wegen nachzuzahlender Zölle, sollen nur Berücksichtigung finden, solange sie nicht später als 30 Tage nach dem Datum der geschehenen Zahlung angebracht werden.

Nr. 8555. Deutschland und Korea. 26. Nov. 1883.

8. Passagiergepäck sowie Vorräthe für deutsche Schiffe, ihre Mannschaften und Passagiere brauchen nicht beim Zollamt angemeldet zu werden; das erstere kann jederzeit gelandet oder verschifft werden, sobald die zollamtliche Abfertigung stattgefunden hat.

9. Fahrzeuge, welche der Ausbesserung bedürftig sind, dürfen zu diesem Zweck ihre Ladung landen, ohne Zoll zu bezahlen. Alle so gelandeten Güter sollen in Verwahrung der koreanischen Behörden bleiben, und alle angemessenen Forderungen für Aufbewahrung, Arbeit und Aufsicht sollen dafür von dem Schiffsführer bezahlt werden. || Wird indessen ein Theil solcher Ladung verkauft, so sollen für diesen Theil die tarifmässigen Zölle entrichtet werden.

10. Wenn Waaren von einem Schiff zum anderen gebracht werden sollen, so ist die zollamtliche Genehmigung dafür einzuholen.

III. Zollschutz.

1. Die koreanische Regierung soll das Recht haben, Zollbeamte an Bord der in koreanischen Häfen liegenden deutschen Kauffahrteischiffe zu stationiren. || Diese Beamten sollen zu allen Theilen des Schiffes, in welchen sich Ladung befindet, Zugang haben, sie sollen höflich behandelt werden und ein geziemendes Unterkommen erhalten, wie es das Schiff bietet.

2. Die Zollbeamten dürfen die Luken und sonstigen Zugänge zu den Ladungsräumen für die Zeit zwischen Sonnenauf- und Sonnenuntergang und für die Sonn- und Festtage durch Anlegung von Siegeln, Schlössern oder in anderer Weise verschliessen und verwahren. Wenn irgend Jemand ohne gehörige Ermächtigung einen so verwahrten Zugang absichtlich öffnen, oder ein Siegel, Schloss oder sonstigen von den Zollbeamten angelegten Verschluss erbrechen oder abnehmen sollte, so soll nicht nur gegen Jeden, der sich so vergeht, sondern auch gegen den Schiffsführer eine Geldstrafe verhängt werden, die aber einhundert mexikanische Dollars nicht übersteigen darf.

3. Ein deutscher Reichsangehöriger, welcher Güter landet oder verschifft, ohne dieselben in Gemässheit obiger Vorschriften beim Zollamt angemeldet zu haben, soll den doppelten Werth der betreffenden Waaren als Strafe entrichten, und die Waaren selbst sollen konfiszirt werden. Dasselbe gilt, wenn die Kolli andere als die in der Ein- oder Ausfuhrdeklaration angegebenen oder wenn sie verbotene Waaren enthalten. Der Versuch ist in gleicher Weise zu bestrafen.

4. Jemand, der mit der Absicht einer Zolldefraudation eine falsche Bescheinigung oder Deklaration unterzeichnet, hat eine Geldstrafe bis zu zweihundert mexikanischen Dollars verwirkt.

5. Alle Zuwiderhandlungen gegen die vorstehenden Bestimmungen, welche nicht besonders mit Strafe bedroht sind, sollen mit Geldstrafe bis zum Betrage von einhundert mexikanischen Dollars bestraft werden.

Bemerkung. Im Verkehr mit den Zollbehörden können alle in den vorstehen-

Nr. 8555. Deutschland und Korea. 26.Nov.1883.

den Bestimmungen erwähnten Schriftstücke, ebenso wie auch sonstige Eingaben, in englischer Sprache abgefasst werden.

Ed. Zappe.
Min Yöng-mok.

Schlussprotokoll.

Bei der am heutigen Tage stattgefundenen Unterzeichnung des Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsvertrages zwischen dem deutschen Reiche und dem Königreiche Korea haben die beiderseitigen Bevollmächtigten folgende Erklärungen und Verabredungen in das gegenwärtige Protokoll niedergelegt.

Zu Artikel III des Vertrages.

Dem Rechte der exterritorialen Jurisdiktion über deutsche Reichsangehörige wird von der Kaiserlich deutschen Regierung entsagt werden, sobald nach ihrer Auffassung das Gerichtsverfahren und die Gesetze des Königreichs Korea so weit geändert und verbessert worden sind, um die gegenwärtig bestehenden Bedenken gegen eine Unterstellung deutscher Reichsangehöriger unter die koreanische Gerichtsbarkeit zu beseitigen, und die koreanischen Richter eine gleichartige richterliche Befähigung und eine ähnliche unabhängige Stellung wie der deutsche Richterstand erreicht haben werden.

Zu Artikel IV des Vertrages.

Das Recht, in der Hauptstadt Hanyang zu wohnen und Handelshäuser zu etabliren, welches im verflossenen Jahre chinesischen Unterthanen bewilligt worden ist, soll deutschen Reichsangehörigen nur so lange zustehen, als dasselbe von der Kaiserlich chinesischen Regierung für chinesische Unterthanen in Anspruch genommen wird. Die Kaiserlich deutsche Regierung wird diesem Rechte entsagen, sobald die Kaiserlich chinesische Regierung demselben entsagt, und für so lange, als dasselbe weder chinesischen noch den Angehörigen eines anderen Staates von der Königlich koreanischen Regierung eingeräumt wird.

Zu Artikel XIII des Vertrages.

Die Bevollmächtigten sind übereingekommen, dass das gegenwärtige Protokoll zugleich mit dem Vertrage den Hohen vertragschliessenden Theilen vorgelegt werden soll, und dass im Falle der Ratifikation des letzteren auch die in ersterem enthaltenen Erklärungen und Verabredungen ohne weitere förmliche Ratifikation derselben als genehmigt angesehen werden sollen.

Es wurde hierauf das gegenwärtige Protokoll in der deutschen, englischen und chinesischen Sprache in je dreifacher Ausfertigung vollzogen.

Hanyang, den 26. November 1883.

Ed. Zappe.
Min Yöng-mok.

Nr. 8556. GROSSBRITANNIEN und TRANSVAAL. — Convention between Her Majesty the Queen of the United Kingdom of Great Britain and Ireland and the South African Republic.*)

Nr. 8556. Gross-britannien und Transvaal. 27. Feb. 1884.

Whereas the Government of the Transvaal State, through its Delegates, consisting of Stephanus Johannes Paulus Kruger, President of the said State, Stephanus Jacobus du Toit, Superintendent of Education, and Nicholas Jacobus Smit, a member of the Volksraad, have represented that the Convention, signed at Pretoria on the 3rd day of August 1881**) and ratified by the Volksraad of the said State on the 25th October 1881, contains certain provisions which are inconvenient and imposes burdens and obligations from which the said State is desirous to be relieved, and that the south-western boundaries fixed by the said Convention should be amended, with a view to promote the peace and good order of the said State and of the countries adjacent thereto; and whereas Her Majesty the Queen of the United Kingdom of Great Britain and Ireland, has been pleased to take the said representations into consideration: Now, therefore, Her Majesty has been pleased to direct, and it is hereby declared, that the following articles of a new Convention, signed on behalf of Her Majesty by Her Majesty's High Commissioner in South Africa, the Right Honourable Sir Hercules George Robert Robinson, Knight Grand Cross of the Most Distinguished Order of Saint Michael and Saint George, Governor of the Colony of the Cape of Good Hope, and on behalf of the Transvaal State (which shall herein-after be called the South African Republic) by the above-named Delegates, Stephanus Johannes Paulus Kruger, Stephanus Jacobus du Toit and Nicholas Jacobus Smit, shall, when ratified by the Volksraad of the South African Republic, be substituted for the articles embodied in the Convention of 3rd August 1881; which latter, pending such ratification, shall continue in full force and effect.

Art. 1. The Territory of the South African Republic will embrace the land lying between the following boundaries, to wit:

Beginning from the point where the north-eastern boundary line of Griqualand West meets the Vaal River, up the course of the Vaal River to the point of junction with it of the Klip River; thence up the course of the Klip River to the point of junction with it of the stream called Gansvlei; thence up the Gansvlei stream to its source in the Drakensberg; thence to a beacon in the boundary of Natal, situated immediately opposite and close to the source of the Gansvlei stream; thence in a north-easterly direction along the ridge of the Drakensberg, dividing the waters flowing into the Gansvlei stream from the waters flowing into the sources of the Buffalo, to a beacon

*) Blaubuch C—3914.

**) Siehe Staatsarchiv Bd. XL. Nr. 7672.

Nr. 8556. Grossbritannien und Transvaal. 27. Feb. 1884.

on a point where this mountain ceases to be a continuous chain; thence to a beacon on a plain to the north-east of the last described beacon; thence to the nearest source of a small stream called "Division Stream;" thence down this division stream, which forms the southern boundary of the farm Sandfontein, the property of Messrs. Meek, to its junction with the Coldstream; thence down the Coldstream to its junction with the Buffalo or Umzinyati River; thence down the course of the Buffalo River to the junction with it of the Blood River; thence up the course of the Blood River to the junction with it of Lyn Spruit or Dudusi; thence up the Dudusi to its source; thence 80 yards to Bea. I., situated on a spur of the N'Qaba-Ka-hawana Mountains; thence 80 yards to the N'Sonto River; thence down the N'Sonto River to its junction with the White Umvulozi River; thence up the White Umvulozi River to a white rock where it rises; thence 800 yards to Kambula Hill (Bea. II.); thence to the source of the Pemvana River, where the road from Kambula Camp to Burgers' Lager crosses: thence down the Pemvana River to its junction with the Bivana River; thence down the Bivana River to its junction with the Pongolo River; thence down the Pongolo River to where it passes through the Libombo Range; thence along the summits of the Libombo Range to the northern point of the N'Yawos Hill in that range (Bea. XVI.); thence to the northern peak of the Inkwakweni Hills (Bea. XV.); thence to Sefunda, a rocky knoll detached from and to the north-east end of the White Koppies, and to the south of the Musana River (Bea. XIV.); thence to a point on the slope near the crest of Matanjeni, which is the name given to the south-eastern portion of the Mahamba Hills (Bea. XIII.); thence to the N'gwangwana, a double-pointed hill (one point is bare, the other wooded, the beacon being on the former), on the left bank of the Assegai River and upstream of the Dadusa Spruit (Bea. XII.); thence to the southern point of Bendita, a rocky knoll in a plain between the Little Hlozane and Assegai Rivers (Bea. XI.); thence to the highest point of Suluka Hill, round the eastern slopes of which flows the Little Hlozane, also called Ludaka or Mudspruit (Bea. X.); thence to the beacon known as "Viljoen's," or N'Duko Hill; thence to a point north-east of Derby House, known as Magwazidili's Beacon; thence to the Igaba, a small knoll on the Ungwempisi River, also called "Joubert's Beacon," and known to the natives as "Piet's Beacon" (Bea. IX.); thence to the highest point of the N'Dhlovudwalili or Houtbosch, a hill on the northern bank of the Umqwempisi River (Bea. VIII.); thence to a beacon on the only flat-topped rock, about 10 feet high and about 30 yards in circumference at its base, situated on the south side of the Lamsamane range of hills, and overlooking the valley of the great Usuto River; this rock being 45 yards north of the road from Camden and Lake Banagher to the forests on the Usuto River (sometimes called Sandhlanas Beacon) (Bea. VII.); thence to the Gulungwana or Ibubulundi, four smooth bare hills, the highest in that neighbourhood, situated to the south of the Umtuli River (Bea. VI.); thence to a flat-topped

rock, 8 feet high, on the crest of the Busuku, a low rocky range south-west of the Impulazi River (Bea. V.); thence to a low bare hill on the north-east of, and overlooking the Impulazi River, to the south of it being a tributary of the Impulazi, with a considerable waterfall, and the road from the river passing 200 yards to the north-west of the beacon (Bea. IV.); thence to the highest point of the Mapumula range, the watershed of the Little Usuto River on the north, and the Umpulazi River on the south, the hill, the top of which is a bare rock, falling abruptly towards the Little Usuto (Bea. III.); thence to the western point of a double-pointed rocky hill, precipitous on all sides, called Makwana, its top being a bare rock (Bea. II.); thence to the top of a rugged hill of considerable height falling abruptly to the Komati River, this hill being the northern extremity of the Isilotwani range, and separated from the highest peak of the range Inkomokazi (a sharp cone) by a deep neck (Bea. I.). (On a ridge in the straight line between Beacons I. and II. is an intermediate beacon.) From Beacon I. the boundary runs to a hill across the Komati River, and thence along the crest of the range of hills known as the Makongwa, which runs north-east and south-west, to Kamhlubana Peak; thence in a straight line to Mananga, a point in the Libombo range, and thence to the nearest point in the Portuguese frontier on the Libombo range; thence along the summits of the Libombo range to the middle of the poort where the Komati River passes through it, called the lowest Komati Poort; thence in a north by easterly direction to Pokioens Kop, situated on the north side of the Olivant's River, where it passes through the ridges; thence about north north-west to the nearest point of Serra di Chicundo; and thence to the junction of the Pafori River with the Limpopo or Crocodile River; thence up the course of the Limpopo River to the point where the Marique River falls into it. Thence up the course of the Marique River to "Derde Poort," where it passes through a low range of hills, called Sikwane, a beacon (No. 10) being erected on the spur of said range near to, and westward of, the banks of the river; thence, in a straight line, through this beacon to a beacon (No. 9), erected on the top of the same range, about 1,700 yards distant from beacon No. 10; thence, in a straight line, to a beacon (No. 8) erected on the highest point of an isolated hill, called Dikgagong, or "Wildebeest Kop," situated south-eastward of, and about $3^1/_3$ miles distant from a high hill, called Moripe; thence, in a straight line, to a beacon (No. 7) erected on the summit of an isolated hill or "koppie" forming the eastern extremity of the range of hills called Moshweu, situated to the northward of, and about two miles distant from, a large isolated hill called Chukudu-Chochwa; thence, in a straight line, to a beacon (No. 6) erected on the summit of a hill forming part of the same range, Moshweu; thence, in a straight line, to a beacon (No. 5) erected on the summit of a pointed hill in the same range; thence, in a straight line, to a beacon (No. 4) erected on the summit of the western extremity of the same range; thence, in a straight line,

Nr. 8556. Grossbritannien und Transvaal. 27. Feb. 1884.

to a beacon (No. 3) erected on the summit of the northern extremity of a low, bushy bill, or "Koppie," near to and eastward of the Notwane River; thence, in a straight line, to the junction of the stream called Metsi-Mashwane with the Notwane River (No. 2); thence up the course of the Notwane River to Sengoma, being the Poort where the river passes through the Dwarsberg range; thence, as described in the Award given by Lieutenant-Governor Keate, dated October 17, 1871, by Pitlanganyane (narrow place), Deboaganka or Schaapkuil, Sibatoul (bare place), and Maclase, to Ramatlabama, a pool on a spruit north of the Molopo River. From Ramatlabama the boundary shall run to the summit of an isolated hill, called Leganka; thence in a straight line, passing north-east of a Native Station, near "Buurman's Drift," on the Molopo River, to that point on the road from Mosiega to the old drift, where a road turns out through the Native Station to the new drift below; thence to "Buurman's Old Drift;" thence, in a straight line, to a marked and isolated clump of trees near to and north-west of the dwelling-house of C. Austin, a tenant on the farm "Vleifontein," No. 117; thence, in a straight line, to the north-western corner beacon of the farm "Mooimeisjesfontein," No. 30; thence, along the western line of the said farm "Mooimeisjesfontein," and in prolongation thereof, as far as the road leading from "Ludik's Drift," on the Molopo River, past the homestead of "Mooimeisjesfontein," towards the Salt Pans near Harts River*); thence, along the said road, crossing the direct road from Polfontein to Sehuba, and until the direct road from Polfontein to Lotlakane or Pietfontein is reached; thence, along the southern edge of the last-named road towards Lotlakane, until the first garden ground of that station is reached; thence, in a south-westerly direction, skirting Lotlakane, so as to leave it and all its garden ground in native territory, until the road from Lotlakane to Kunana is reached; thence along the east side, and clear of that road towards Kunana, until the garden grounds of that station are reached; thence, skirting Kunana, so as to include it and all its garden ground, but no more, in the Transvaal, until the road from Kunana to Mamusa is reached; thence, along the eastern side and clear of the road towards Mamusa, until a road turns out towards Taungs; thence, along the eastern side and clear of the road towards Taungs, till the line of the district known as "Stellaland" is reached, about 11 miles from Taungs; thence, along the line of the district Stellaland, to the Harts River, about 24 miles below Mamusa; thence, across Harts River, to the junction of the roads from Monthe and Phokwane; thence, along the western side and clear of the nearest road towards "Koppie Enkel," an isolated hill about 36 miles from Mamusa, and about 18 miles north of Christiana, and to the summit of the said hill; thence, in a straight line, to that point on the north-east

*) Bis hierher lautet die Grenzbeschreibung wörtlich wie in dem Vertrage vom 3. August 1881. Anm. d. Red.

boundary of Griqualand West as beaconed by Mr. Surveyor Ford, where two farms, registered as Nos. 72 and 75, do meet, about midway between the Vaal and Harts Rivers, measured along the said boundary of Griqualand West; thence to the first point where the north-east boundary of Griqualand West meets the Vaal River.

Art. II. The Government of the South African Republic will strictly adhere to the boundaries defined in the first Article of this Convention, and will do its utmost to prevent any of its inhabitants from making any encroachments upon lands beyond the said boundaries. The Government of the South African Republic will appoint Commissioners upon the eastern and western borders whose duty it will be strictly to guard against irregularities and all trespassing over the boundaries. Her Majesty's Government will, if necessary, appoint Commissioners in the native territories outside the eastern and western borders of the South African Republic to maintain order and prevent encroachments. || Her Majesty's Government and the Government of the South African Republic will each appoint a person to proceed together to beacon off the amended south-west boundary as described in Article I of this Convention; and the President of the Orange Free State shall be requested to appoint a referee to whom the said persons shall refer any questions on which they may disagree respecting the interpretation of the said Article, and the decision of such referee thereon shall be final. The arrangement already made, under the terms of Article 19 of the Convention of Pretoria of the 3rd August 1881, between the owners of the farms Grootfontein and Valleifontein on the one hand, and the Barolong authorities on the other, by which a fair share of the water supply of the said farms shall be allowed to flow undisturbed to the said Barolongs, shall continue in force.

Art. III. If a British officer is appointed to reside at Pretoria or elsewhere within the South African Republic to discharge functions analogous to those of a Consular officer he will receive the protection and assistance of the Republic.

Art. IV. The South African Republic will conclude no treaty or engagement with any State or nation other than the Orange Free State, nor with any native tribe to the eastward or westward of the Republic, until the same has been approved by Her Majesty the Queen. || Such approval shall be considered to have been granted if Her Majesty's Government shall not, within six months after receiving a copy of such treaty (which shall be delivered to them immediately upon its completion), have notified that the conclusion of such treaty is in conflict with the interests of Great Britain or of any of Her Majesty's possessions in South Africa.

Art. V. The South African Republic will be liable for any balance which may still remain due of the debts for which it was liable at the date of Annexation, to wit, the Cape Commercial Bank Loan, the Railway Loan and the Orphan Chamber Debt, which debts will be a first charge upon the

revenues of the Republic. The South African Republic will moreover be liable to Her Majesty's Government for 250,000 l., which will be a second charge upon the revenues of the Republic.

Art. VI. The debt due as aforesaid by the South African Republic to Her Majesty's Government will bear interest at the rate of three and a half per cent. from the date of the ratification of this Convention, and shall be repayable by a payment for interest and Sinking Fund of six pounds and ninepence per 100 l. per annum, which will extinguish the debt in twenty-five years. The said payment of six pounds and ninepence per 100 l. shall be payable half-yearly, in British currency, at the close of each half year from the date of such ratification: Provided always that the South African Republic shall be at liberty at the close of any half year to pay off the whole or any portion of the outstanding debt.

Interest at the rate of three and a half per cent. on the debt as standing under the Convention of Pretoria shall as heretofore be paid to the date of the ratification of this Convention.

Art. VII. All persons who held property in the Transvaal on the 8th day of August 1881, and still hold the same, will continue to enjoy the rights of property which they have enjoyed since the 12th April 1877. No person who has remained loyal to Her Majesty during the late hostilities shall suffer any molestation by reason of his loyalty; or be liable to any criminal prosecution or civil action for any part taken in connexion with such hostilities; and all such persons will have full liberty to residy in the country, with enjoyment of all civil rights and protection for their persons and property.

Art. VIII. The South African Republic renews the declaration made in the Sand River Convention, and in the Convention of Pretoria, that no slavery or apprenticeship partaking of slavery will be tolerated by the Government of the said Republic.

Art. IX. There will continue to be complete freedom of religion and protection from molestation for all denominations, provided the same be not inconsistent with morality and good order; and no disability shall attach to any person in regard to rights of property by reason of the religious opinions which he holds.

Art. X. The British Officer appointed to reside in the South African Republic will receive every assistance from the Government of the said Republic in making due provision for the proper care and preservation of the graves of such of Her Majesty's Forces as have died in the Transvaal, and if need be, for the appropriation of land for the purpose.

Art. XI. All grants or titles issued at any time by the Transvaal Government in respect of land outside the boundary of the South African Republic, as defined in Article 1, shall be considered invalid and of no effect, except in so far as any such grant or title relates to land that falls within the boundary of the South African Republic; and all persons holding any

such grant so considered invalid and of no effect will receive from the Government of the South African Republic such compensation, either in land or in money, as the Volksraad shall determine. In all cases in which any Native Chiefs or other authorities outside the said boundaries have received any adequate consideration from the Government of the South African Republic for land excluded from the Transvaal by the first Article of this Convention, or where permanent improvements have been made on the land, the High Commissioner will recover from the native authorities fair compensation for the loss of the land thus excluded, or of the permanent improvements thereon.

Art. XII. The independence of the Swazis, within the boundary line of Swaziland, as indicated in the first Article of this Convention, will be fully recognised.

Art. XIII. Except in pursuance of any treaty or engagement made as provided in Article 4 of this Convention, no other or higher duties shall be imposed on the importation into the South African Republic of any article coming from any part of Her Majesty's dominions than are or may be imposed on the like article coming from any other place or country; nor will any prohibition be maintained or imposed on the importation into the South African Republic of any article coming from any part of Her Majesty's dominions which shall not equally extend to the like article coming from any other place or country. And in like manner the same treatment shall be given to any article coming to Great Britain from the South African Republic as to the like article coming from any other place or country. || These provisions do not preclude the consideration of special arrangements as to import duties and commercial relations between the South African Republic and any of Her Majesty's colonies or possessions.

Art. XIV. All persons, other than natives, conforming themselves to the laws of the South African Republic (a) will have full liberty, with their families, to enter, travel, or reside in any part of the South African Republic; (b) they will be entitled to hire or possess houses, manufactories, warehouses, shops and premises; (c) they may carry on their commerce either in person or by any agents whom they may think fit to employ; (d) they will not be subject, in respect of their persons or property, or in respect of their commerce or industry, to any taxes, whether general or local, other than those which are or may be imposed upon citizens of the said Republic.

Art. XV. All persons, other than natives, who established their domicile in the Transvaal between the 12th day of April 1877 and the 8th August 1881, and who within twelve months after such last-mentioned date have had their names registered by the British Resident, shall be exempt from all compulsory military service whatever.

Art. XVI. Provision shall hereafter be made by a separate instrument

for the mutual extradition of criminals, and also for the surrender of deserters from Her Majesty's Forces.

Art. XVII. All debts contracted between the 12th April 1877 and the 8th August 1881 will be payable in the same currency in which they may have been contracted.

Art. XVIII. No grants of land which may have been made, and no transfers or mortgages which may have been passed between the 12th April 1877 and the 8th August 1881, will be invalidated by reason merely of their having been made or passed between such dates.

All transfers to the British Secretary for Native Affairs in trust for Natives will remain in force, an officer of the South African Republic taking the place of such Secretary for Native Affairs.

Art. XIX. The Government of the South African Republic will engage faithfully to fulfil the assurances given, in accordance with the laws of the South African Republic, to the natives at the Pretoria Pitso by the Royal Commission in the presence of the Triumvirate and with their entire assent, (1) as to the freedom of the natives to buy or otherwise acquire land under certain conditions, (2) as to the appointment of a commission to mark out native locations, (3) as to the access of the natives to the courts of law, and (4) as to their being allowed to move freely within the country, or to leave it for any legal purpose, under a pass system.

Art. XX. This Convention will be ratified by a Volksraad of the South African Republic within the period of six months after its execution, and in default of such ratification this Convention shall be null and void.

Signed in duplicate in London this 27th day of February 1884.

Hercules Robinson.
S. J. P. Kruger.
S. J. du Toit.
N. J. Smit.

Druck von Bär & Hermann in Leipzig.



